Ludwig Quidde

Der deutsche Pazifismus während des Weltkrieges 1914-1918

Aus dem Nachlaß Ludwig Quiddes
herausgegeben von Karl Holl
unter Mitwirkung von Helmut Donat



HARALD BOLDT VERLAG · BOPPARD AM RHEIN

CIP-Kurztitelaufnahme der Deutschen Bibliothek

Quidde, Ludwig:
Der deutsche Pazifismus während des Weltkrieges 1914–1918 [neunzehnhundertvierzehn bis neunzehnhundertachtzehn]: aus d. Nachlaß L. Quiddes / Ludwig Quidde. Hrsg. von Karl Holl unter Mitw. von Helmut Donat. – Boppard am Rhein: Boldt, 1979.
(Schriften des Bundesarchivs; 23)
ISBN 3-7646-1647-4

ISBN: 3 7646 1647 4

Herstellung: boldt druck boppard gmbh

Vorwort

Das Manuskript einer Arbeit Ludwig Quiddes über den deutschen Pazifismus während des Ersten Weltkrieges, woran dieser in den Jahren 1934–1940 arbeitete, nun der Öffentlichkeit in einer wissenschaftlichen Edition vorzulegen, entspricht einer Verpflichtung des Bundesarchivs, das den schriftlichen Nachlaß des 1941 im Schweizer Exil verstorbenen weltbekannten Pazifisten und Friedensnobelpreisträgers des Jahres 1927 vor fast einem Jahrzehnt erwerben konnte.

Historiker, Demokrat, Republikaner, Pazifist, Gegner eines modischen Antisemitismus bereits der Kaiserzeit, Verfasser der bissigen Satire „Caligula" auf die wilhelminische Gesellschaft und den sie repräsentierenden Deutschen Kaiser, Editor der Deutschen Reichstagsakten (Ältere Reihe), Gründer der „Deutschen Zeitschrift für Geschichtswissenschaft", Initiator und Ausrichter erster deutscher Historikertage – schon dieses allein reicht aus, um schlaglichtartig das Spektrum dieses eigenwilligen Intellektuellen zu umreißen, der letztlich doch immer ein Außenseiter blieb. In jahrzehntelangem, beständigem politischen Kampf bemühte er sich, mit der Überwindung des Militarismus in der Welt eine Garantie für eine dauerhafte Demokratie und damit für einen immerwährenden Frieden herbeizuführen. Die „Organisation des Friedens" blieb sein vornehmstes politisches Kampfziel, das er 15 Jahre hindurch bis 1930 als Vorsitzender der „Deutschen Friedensgesellschaft" verfolgte und dem er noch in den Jahren seiner Genfer Emigration (1933–1941) nachhing.

Ich freue mich, daß mit dieser Veröffentlichung aus dem Nachlaß, die Prof. Dr. Karl Holl besorgte, das Bundesarchiv vielleicht einen kleinen Beitrag dazu leisten kann, Gedanken und Werk eines fast vergessenen Historikers und Politikers der Diskussion unserer Gegenwart wieder etwas näherzubringen.

Koblenz, im Februar 1979

Professor Dr. Hans Booms
Präsident des Bundesarchivs

Inhaltsverzeichnis

Seite

Vorwort 5

Vorbemerkung 9

Abkürzungen 10

Einleitung des Herausgebers 11

Ludwig Quidde: Der deutsche Pazifismus während des Weltkrieges

Einleitung, Standpunkt des Verfassers, Quellen und Bearbeitungen . 37

I. Die Deutsche Friedensgesellschaft vor Kriegsausbruch . . . 40

II. Die Deutsche Friedensgesellschaft vom Kriegsausbruch bis Ende des Jahres 1914 44

III. Tagung des Internationalen Friedensbureaus im Januar 1915 59

IV. Der Bund Neues Vaterland und die Gründung der Zentralorganisation für dauernden Frieden 66

V. Die Gründung der Internationalen Frauenliga für Friede und Freiheit 75

VI. Kampfschriften des Jahres 1915 78

VII. Generalversammlung der Deutschen Friedensgesellschaft in Leipzig November 1915 85

VIII. Nachwirkungen der Generalversammlung 92

IX. Unter dem Druck militärischer Verbote 95

X. Die Zentralstelle Völkerrecht bis Ende des Jahres 1916 . . 112

XI. Nach dem deutschen Friedensangebot 122

XII. Organisation des deutschen Pazifismus 130

XIII. Nach der Eröffnung des unbeschränkten U-Boot-Krieges . . 133

XIV. Nach der russischen Revolution 136

XV. Im Kampf gegen Annexionsforderungen 141

XVI. Im Kampf gegen den Belagerungszustand 144

XVII. Um die Kriegszielresolution des Reichstages 148
XVIII. Um das Eingreifen Papst Benedikts 155
XIX. Weiter im Kampf um Kriegsziele 156
XX. Berner Zusammenkunft zur Besprechung der künftigen Völkerbeziehungen vom 19. bis 22. November 1917 162
XXI. Pazifistische Tagung in Erfurt vom 1. und 2. Dezember 1917 165
XXII. Friede im Osten 173
XXIII. Kriegführung und Friedensfrage im Westen – Wilsons 14 Punkte 179
XXIV. Ein persönliches Intermezzo 189
XXV. Im Kampf um Friedensmöglichkeiten 191
XXVI. Um den Völkerbund 197
XXVII. Organisatorische und propagandistische Tätigkeit 1918 . . . 202
XXVIII. Die letzten Kämpfe gegen militärische Unterdrückung . . . 207
XXIX. Der Zusammenbruch. Waffenstillstandsbedingungen 216
XXX. Revolution und Neuordnung des Reichs 220
XXXI. Die Friedensbedingungen 229
Quiddes Notizen zum unvollendeten Kapitel „Die Friedensbedingungen" 231

Anhang . . . .
Verzeichnis der Beilagen 237
Beilagen Quiddes 239
Beilagen des Herausgebers 297

Anmerkungen des Herausgebers 323

Quellen- und Literaturverzeichnis 391

Personenindex 404

Sachindex 410

Vorbemerkung

Später als vorgesehen wird jetzt endlich die Edition des Manuskripts „Der deutsche Pazifismus während des Weltkrieges" aus dem Nachlaß Ludwig Quiddes der Öffentlichkeit übergeben. Nicht nur litt die Arbeit an der Vorbereitung der vorliegenden Edition immer wieder unter längeren Unterbrechungen, die durch eine Vielzahl von Verpflichtungen und unvorhersehbaren Aufgaben des Herausgebers verursacht wurden; auch die Editionsarbeit selbst erwies sich wegen mancher Probleme, die das Alterswerk Quiddes stellte, als schwieriger, als nach dem ersten Eindruck angenommen werden durfte.

Daran, daß das letzte Opus Quiddes nunmehr dennoch im Druck vorliegt, haben zahlreiche Personen und Institutionen ihren Anteil.

Herr Helmut Donat hat sich an der letzten Phase der editorischen Arbeit mit einem außerordentlichen Maß an Einfühlung und Umsicht und mit unermüdlichem Einsatz beteiligt, so daß die vorliegende Edition in erheblichem Umfang zugleich das Ergebnis seiner Mitarbeit darstellt. Ich schulde ihm Dank ebenso für seine zuverlässige Hilfe wie für die menschlich angenehme Form der Zusammenarbeit.

Sodann sind die Damen und Herren der Archive zu nennen, deren Unterstützung und Beratung vielmals in Anspruch genommen werden mußten. Das Bundesarchiv, Koblenz, ermöglichte darüber hinaus den Druck durch die Aufnahme der Edition in die Reihe seiner Schriften. Der Harald Boldt Verlag, Boppard, übernahm in großzügiger Weise die verlegerische Betreuung der Edition. Die Bibliothek der Universität Bremen half bei der Beschaffung der Literatur. Die notwendigen Archivreisen hätten ohne die finanzielle Unterstützung durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft, später durch die Universität Bremen nicht durchgeführt werden können. Die Erstellung großer Teile des Typoskripts besorgten Frau Barbara Rohlf und Frau Mirèse Heyn. Herr Johann Scharringhausen besorgte den Sachindex und las auch die Korrekturen mit. Es ist mir eine gern geübte Pflicht, den genannten Personen und Institutionen meinen Dank auszusprechen.

Mein Dank wäre unvollständig, würde ich darin nicht jenen an meine Frau einschließen; sie hat den langwierigen und oft mühevollen Entstehungsprozeß der Edition mit großer Geduld und ständiger Ermutigung begleitet.

Bremen, im Sommer 1978 Karl Holl

Abkürzungen

AA/Pol. Arch.	Auswärtiges Amt, Politisches Archiv
BA	Bundesarchiv Koblenz
BHStA	Bayerisches Hauptstaatsarchiv
DDP	Deutsche Demokratische Partei
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DNVP	Deutschnationale Volkspartei
GWU	Geschichte in Wissenschaft und Unterricht
HStA	Hauptstaatsarchiv
HZ	Historische Zeitschrift
NL	Nachlaß
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
MdN	Mitglied der Nationalversammlung
MdR	Mitglied des Reichstages
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
StA	Staatsarchiv
Sten.Ber.	Stenographische Berichte
USPD	Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands
VfZG	Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte
ZfG	Zeitschrift für Geschichtswissenschaft

Einleitung

1. LUDWIG QUIDDE. DAS LEBEN EINES DEUTSCHEN PAZIFISTEN

Von den drei nicht mehr lebenden deutschen Trägern des Friedensnobelpreises ist die Erinnerung an den zuletzt verstorbenen am ehesten verblaßt. Die Frage drängt sich auf, was die Gründe dafür sein mögen, daß die historische Vergegenwärtigung von Persönlichkeiten wie Gustav Stresemann und Carl von Ossietzky ungleich nachhaltiger gelingt als die Ludwig Quiddes. Genügt es zur Erklärung, daß die große Aufgabe für die ersten Jahre der Bundesrepublik Deutschland, die Verständigung und Aussöhnung mit Frankreich, mit welcher legendären Verklärung seiner außenpolitischen Leistung auch immer, vor allem an Stresemann hat anknüpfen können? Ist die Intensität der historischen Erinnerung an Carl von Ossietzky hinreichend erklärt mit dem Hinweis auf die Märtyrerschaft des Weimarer Publizisten unter dem Nationalsozialismus? Genausowenig mag es ausreichen zur Erklärung der weitverbreiteten Unkenntnis von Quiddes pazifistischem Wirken, wollte man sagen, er sei eben weder handelnder Außenpolitiker noch Märtyrer des NS-Regimes gewesen.

Eine vorläufige, gewiß nicht sämtliche wesentlichen Sachverhalte seiner politischen Biographie hinreichend erklärende Antwort wird diese sein können: Ludwig Quidde ist von einem bestimmten Punkt seines Lebens an Außenseiter gewesen, er hat sich vorgezeichneten Bahnen wenig angepaßt, festen Kategorien politischer und sozialer Art kaum eingefügt, so daß für keine politische Gruppierung Anlaß bestand, ihn ganz für sich zu reklamieren, so daß auch keine Quidde-Legende, sei es im positiven, sei es im negativen Sinne, entstehen konnte, die seine emotionale Vereinnahmung gesichert hätte. Es bleibt dabei die Frage, ob er jene Außenseiterrolle bewußt gesucht hat, oder ob wichtige Schlüsselereignisse seines Lebens ihn in solche Positionen gedrängt haben, eine Frage, die erst eine sorgfältige Erforschung seiner Biographie beantworten könnte und die auch der bisher einzige umfassender angelegte biographische Versuch[1]) nicht befriedigend zu beantworten vermag. Versucht man Quiddes Persönlichkeit als die eines Außenseiters zu charakterisieren und damit ihrer Deutung näher zu kommen, so darf man nicht übersehen, wie sehr der Pazifismus seinerseits im Wilhelminischen Deutschland eine Randerscheinung gewesen ist[2]).

Die politische Kultur Deutschlands zu jener Zeit ist im Gegensatz zu den westeuropäischen Ländern und zu den USA weitgehend defizitär

in Bezug auf die organisierte Friedensbewegung und deren Resonanz in der öffentlichen Meinung; ein soziales und politisches Phänomen wie der Pazifismus gehört, zumindest in der Zeit, in welcher Quidde politisch tätig zu werden begann, nicht zur Grundausstattung des öffentlichen Lebens in Deutschland.

Nun bietet freilich der Weg des am 23. März 1858 in Bremen geborenen Kaufmannssohnes Ludwig Quidde zunächst noch keine Hinweise darauf, daß er eines Tages in eine Außenseiterexistenz führen würde. Die ersten prägenden Eindrücke lieferte das hanseatische Milieu der Vaterstadt. Der aus Halberstadt stammende, seit 1852 in Bremen ansässige Vater Ludwig August Quidde war Teilhaber eines florierenden Handelshauses. Die frühverstorbene Mutter, Anna Adelheid Quidde, war Tochter eines Handelsmaklers. Der jüngere Bruder, Rudolf Quidde, sollte als Rechtsanwalt und als ein am evangelischen Gemeindeleben Bremens rege beteiligter Bürger zu solch hohem Ansehen gelangen, daß er lange Jahre hindurch in die bremische Bürgerschaft gewählt wurde und als deren Vizepräsident, dann als deren Präsident tätig war[3]).

Ludwig Quiddes Bindung an Bremen lockerte sich seit seinem Abitur, das er, 1876, vorzüglich bestanden hatte[4]). Nachdem er während eines Kuraufenthaltes einen Sprachfehler, der sich in Stottern äußerte, fast völlig behoben hatte, widmete er sich seit 1877 in Straßburg, dann in Göttingen, besonders von Hermann Baumgarten und Julius Weizsäcker als akademischen Lehrern angeleitet und beeinflußt, dem Studium der Geschichte, daneben dem der Philosophie und der Volkswirtschaftslehre. Mit seiner Promotion mit einer von Weizsäcker betreuten Dissertation über die Wahl König Sigismunds, der editorische Hilfsarbeiten vorausgingen und kleinere Veröffentlichungen folgten, schien der berufliche Weg Quiddes mit einer gewissen Folgerichtigkeit in eine akademische Historikerlaufbahn mit dem Schwerpunkt spätmittelalterliche Geschichte einzumünden. Jedoch entschloß sich Quidde dazu, Habilitationspläne einstweilen – und, wie sich ergeben sollte, für immer – zurückzustellen und übernahm stattdessen die Stelle eines Mitarbeiters bei der Herausgabe der Deutschen Reichstagsakten.

Wegen seiner Eheschließung – er hatte 1882 Margarethe Jacobson, die Tochter des Königsberger Ophthalmologen Julius Jacobson geheiratet – erstrebte er eine wirtschaftliche Sicherung. Quidde nahm seinen Wohnsitz in Frankfurt am Main, später, 1886, für die nächsten Jahre in Königsberg. Seine, neben wissenschaftlicher Leistung, hervorragende organisatorische Begabung verschaffte ihm soviel Anerkennung, daß er 1887 zum außerordentlichen Mitglied der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften berufen, 1889 mit der Leitung der Edition der Deutschen Reichstagsakten (ältere Reihe) betraut wurde. Im Jahre 1889 begann er auch, die bald hochangesehene „Deutsche Zeitschrift für Geschichtswissenschaft" herauszugeben, und 1890 nahm er die mit der Verleihung des Professortitels verbundene Berufung als leitender Sekretär des Preußischen Historischen Instituts in Rom an. Inzwischen nach Mün-

chen übergesiedelt, das für viele Jahre – mit der Adresse Gedonstraße 4, in Schwabing, nahe dem Englischen Garten[5]) – seine Wahlheimat werden sollte, erhielt er 1892 seine letzte wissenschaftliche Auszeichnung: die Berufung zum außerordentlichen Mitglied der Bayerischen Akademie der Wissenschaften.

Die Bedeutung Quiddes als Historiker, die auch seine Rolle als Mitinitator der deutschen Historikertage einschließt, ist bereits mehrfach gewürdigt worden[6]). Hier mag es deshalb genügen festzuhalten: das historiographische, editorische und wissenschaftsorganisatorische Werk Quiddes verrät, in welch bedeutendem Maße er befähigt gewesen wäre, die historische Forschung anzuregen. Die besondere Richtung freilich, die seine schon während des Studiums in Göttingen einsetzende politische und publizistische Tätigkeit nahm, sollte seine wissenschaftliche Karriere abrupt beenden. Das Selbstverständnis der zeitgenössischen historiographischen Gelehrtenwelt akzeptierte, ja, förderte die Politisierung der Wissenschaft in kleindeutsch-borussischem und insofern in konformistischem Sinne; die Überschreitung der damit gezogenen Grenzen in Richtung auf ein kritisches Infragestellen der politischen Verhältnisse etwa im Sinne demokratischer, großdeutscher Systemkritik verfiel den zeitgenössischen Ächtungsmechanismen.

Aus der Rückschau will es scheinen, als habe Quidde den Weg der Selbstausschließung aus der Gelehrtenwelt bereits beschritten, kaum daß er diese betreten hatte: seit er 1881 als Göttinger Student mit einer den antisemitischen Zeitgeist in der deutschen Studentenschaft bekämpfenden, anonymen Streitschrift hervorgetreten war. An diesem frühen Zeugnis seiner politischen Publizistik erwies sich bereits die politische Scharfsichtigkeit Quiddes, indem er eine in weiten bürgerlichen Kreisen unwidersprochen hingenommene Zeiterscheinung im Rahmen einer mutigen Gesellschaftsanalyse als bedenkliches Krisensymptom einer an „realpolitischer", im Effekt chauvinistischer und moralfreier Erfolgsanbetung orientierten jungen Akademikergeneration beschrieb. In Göttingen war Quidde rasch als Verfasser der Schrift ausfindig gemacht. Als Quidde in einer alsbald notwendig gewordenen zweiten Auflage die Bemerkung hinzufügte, Bismarck werde die antisemitische Studentenpetition, die Anlaß von Quiddes Streitschrift gewesen war, gewiß nur als einen Streich „dummer Jungen" betrachten, war die Reaktion darauf eine Reihe von Duellforderungen. Quidde nahm, obwohl Duellgegner, eine der Herausforderungen an, da er Grund zu der Befürchtung hatte, seine Gegner suchten einen Vorwand, um ihn als philosemitischen Feigling abzutun. Der Zweikampf auf Pistolen verlief freilich unblutig. Fand dieser erste Vorstoß in scheinbar tagespolitische Bereiche zunächst keine Fortsetzung, so manifestierte sich in Anlage und Intention der von ihm gegründeten historischen Zeitschrift mit ihrer wissenschaftstheoretisch pluralistischen Ausrichtung der entschiedene Nonkonformismus, dem sich Quidde zu verschreiben begann. In die gleiche Richtung wiesen seine Bemühungen, der fortschreitenden Politisierung der

Geschichtswissenschaft, die sich vielfach als blinde Hohenzollern- und Bismarck-Verehrung darbot, entgegenzuwirken.

Immer schärfer trat nun das politische Profil Quiddes hervor, immer rascher trieb seine Tätigkeit dem gesellschaftlichen Eklat, seine Karriere der frühen Peripetie entgegen. Im Jahre 1893 veröffentlichte er, ebenfalls anonym, seine zweite politische Schrift, die von ihm so bezeichnete „Anklageschrift" „Der Militarismus im heutigen Deutschen Reich". Mit Recht ist die Schrift „eine der glänzendsten zeitgenössischen Analysen des Militarismus" genannt worden, „eine Analyse, wie sie von einem deutschen Historiker dieser Jahre kaum zu erwarten war[7])."

Mit großem Weitblick beschrieb Quidde darin die verheerenden Folgen, die der Geist des Militarismus in der deutschen Gesellschaft, namentlich in ihren bürgerlichen Schichten, hinterließ. Seine politischen Überzeugungen schienen in dieser Schrift in nuce ausgebildet: seine bürgerlich-demokratische Haltung in der Nachfolge der Märzrevolution, seine Gewißheit, daß die 1849 gescheiterte deutsche Revolution nur im Bündnis mit den freiheitlichen Kräften des in der Sozialdemokratie organisierten Proletariats zu vollenden sei und schließlich, daß nur von einer solchermaßen sich demokratisierenden Gesellschaft die Bewahrung des äußeren Friedens zu erwarten sei. Die Schrift stellte denn auch die konkrete Beziehung zu der demokratisch und großdeutsch orientierten Deutschen Volkspartei her, der Quidde noch im selben Jahre beitrat und für deren programmatische und organisatorische Entwicklung in Bayern er einen Gewinn bedeutete. In der süddeutschen bürgerlichen Demokratie, wie sie von Friedrich Payer, den Brüdern Haußmann und Leopold Sonnemann repräsentiert wurde, sah er am ehesten seine politischen Ideale verwirklicht[8]). Während sonst nur noch die deutsche Sozialdemokratie die Erinnerung an die Märzrevolution hochhielt, konnte er in jenem politischen Milieu aus Anlaß der fünfzigsten Wiederkehr des Revolutionsjahres ein Preisausschreiben für eine „geschichtliche Darstellung der Volkserhebung von 1848" anregen – zur Veröffentlichung einer der preisgekrönten Arbeiten steuerte er eine Einleitung bei – und als Redner an einer ebenfalls von der Volkspartei veranstalteten Gedächtnisfeier mitwirken[9]).

Ein Jahr nach seinem Eintritt in die Volkspartei hatte Quidde jene Schrift erscheinen lassen, die seine wissenschaftliche Laufbahn mit einem Schlage beenden sollte: „Caligula. Eine Studie über römischen Cäsarenwahnsinn". Es handelt sich um ein glänzend geschriebenes, in wissenschaftlichem Gewande auftretendes Charakterbild des römischen Kaisers, in welchem nicht nur Eingeweihte mühelos den deutschen Kaiser Wilhelm II. wiederentdecken konnten. Der von seinen Fachgenossen ausgehende wissenschaftliche und gesellschaftliche Ächtungsmechanismus funktionierte prompt. Die Schrift, vom Verfasser bewußt in der Schwebe gehalten zwischen wissenschaftlicher Studie und wissenschaftlicher Parodie, durch den Ort ihrer Veröffentlichung in der sozialpolitischen Monatsschrift „Die Gesellschaft" jedoch eindeutig in ihrer Absicht als politische Äußerung erkennbar, wurde in der

„Historischen Zeitschrift", der Konkurrenzzeitschrift zu Quiddes Periodikum durch eine scheinbar ernstgemeinte Rezension[10]) wissenschaftlicher Verachtung preisgegeben. Quidde war seither als „roter" Demokrat stigmatisiert, blieb künftig ohne Aussicht, je einen Lehrstuhl an einer deutschen Universität zu erhalten, mußte seine renommierte Zeitschrift in Ermangelung von Beiträgen seiner ihn boykottierenden Fachgenossen aufgeben und um die Fortführung seiner Editionsaufgaben kämpfen. Hatte die in zahlreichen Auflagen verbreitete, in vielen Besprechungen kommentierte, in einer großen Zahl von Gegenschriften bekämpfte Schrift auch Sensation gemacht[11]), so konnte sich Quidde, wie es ihm später bei anderen Gelegenheiten gelingen sollte, einem juristischen Verfahren entziehen. Für eine gerichtliche Verfolgung bot Quidde erst 1896 eine allzu willkommene Handhabe, als er die Tatsache der Stiftung eines Gedenkzeichens auf Kaiser Wilhelm I., auf Wilhelm „den Großen", als „Lächerlichkeit und politische Unverschämtheit"[12]) bezeichnete. Der Vorgang endete für Quidde mit einer Verurteilung zu dreimonatiger Gefängnishaft wegen Majestätsbeleidigung: Quidde machte zum ersten Male Bekanntschaft mit dem Gefängnis München-Stadelheim.

Damit war der weitere Weg Quiddes vorgezeichnet. Von Gelegenheitsarbeiten abgesehen, ist künftig von dem tüchtigen Mediävisten, der Quidde war, kaum ein wissenschaftlicher Beitrag mehr veröffentlicht worden, da er von nun an ganz in jenen beiden politischen Lebensaufgaben aufging, die für ihn nur zwei Seiten der selben Sache darstellten. Da war erstens seine Tätigkeit in linksliberalen Parteien: nach seinen Anfängen bei der Deutschen Volkspartei gehörte er der 1910 aus der Fusion von Deutscher Volkspartei, Freisinniger Volkspartei und Freisinniger Vereinigung entstandenen Fortschrittlichen Volkspartei, dann der Deutschen Demokratischen Partei an; zwischen 1902 und 1911 wirkte er als Mitglied des Münchener Gemeindekollegiums in der Kommunalpolitik der bayerischen Landeshauptstadt, zwischen 1907 und 1918 als Landtagsabgeordneter und 1918/19 als Mitglied des Provisorischen Bayerischen Nationalrates in der bayerischen Landespolitik, 1919/1920 in der Deutschen Nationalversammlung. Da war zweitens und in enger Verschränkung mit dem erstgenannten Wirkungsfeld seine pazifistische Tätigkeit im Rahmen der 1892 gegründeten Deutschen Friedensgesellschaft. Der Arbeit für den Linksliberalismus hat Quidde gewiß sehr viel Kraft und – denkt man etwa an die von ihm 1894 gegründete Tageszeitung „Münchner Freie Presse" – auch viel Geld zugewandt. Als seine eigentliche Lebensaufgabe sah er indes den Einsatz für die Friedensbewegung an, die ihm auch Ausgleich für manche unerfüllte Hoffnung werden mußte.

Quiddes pazifistische Aktivität begann in der Münchener Friedensvereinigung. Seine Agitation für die Beendigung des Burenkrieges machte ihn weit über München hinaus als Pazifisten bekannt[13]). Von nun an stieg er in der deutschen Organisation der Friedensbewegung zu Führungsaufgaben auf: seit 1901 leitete er die deutsche Delegation auf den Weltfriedenskongressen; dem Internationalen Friedensbureau in Bern gehörte er als deutscher Vertreter an, zugleich, seit 1902, dem Präsidium der Deutschen Friedensgesell-

schaft. Kaum weniger intensiv wirkte Quidde seit 1907 in der deutschen Gruppe der Interparlamentarischen Union mit.

Pazifismus – es klang bereits an – war im Kaiserreich, und wie sich zeigen sollte, nicht minder in der Weimarer Republik, eine Sache von Außenseitern, und so blieb Quiddes Wirken auch in Zukunft nicht frei von politischen Behinderungen. Aber man wird bei der Prüfung seiner pazifistischen Programmatik heute sagen müssen, daß wenig Utopisches und Gefährliches darin enthalten war. Vielmehr ist Quiddes pazifistischen Überzeugungen aus heutiger Sicht ein wohltuender Realismus eigentümlich. Die Verhinderung von Kriegen sei möglich durch die Schaffung internationaler Institutionen wie eines Weltschiedsgerichtshofes und durch die Ausgestaltung eines internationalen Kriegsrechtes, insgesamt durch wirksame und alle Kontrahenten verpflichtende völkerrechtliche Sicherungen. Quiddes historische Forschungen über das mittelalterliche Fehdewesen und dessen Überwindung durch die Landfriedensbewegung standen bei dieser Auffassung Pate. Quiddes Realismus äußerte sich auch in seiner Überzeugung, daß eine totale Beseitigung des Militärs und wohl auch der allgemeinen Wehrpflicht dort, wo sie bestand, kaum gelingen könne. Überhaupt hat er die allgemeine Wehrpflicht keineswegs abgelehnt, sondern sie unter der Voraussetzung, daß sie nur für den Ernstfall des von ihm bejahten Verteidigungskrieges bestehe, gemäß seinen demokratischen Überzeugungen als ein Spezifikum demokratischer Gemeinwesen betrachtet. Als unbedingt erstrebenswertes Ziel sah er jedoch die Einfügung des in Deutschland bislang quasi-autonomen militärischen Bereichs in die Gesellschaft und seine parlamentarisch-demokratische Kontrolle an. Ebensowenig hielt er eine sofortige totale Abrüstung für erreichbar, sondern allenfalls die allmähliche Abrüstung beziehungsweise Rüstungsbeschränkungen aufgrund zwischenstaatlicher Vereinbarungen. Dies waren zugleich wesentliche Elemente des außenpolitischen und militärischen Programms der Deutschen Volkspartei, an dessen Formulierung Quidde maßgeblich beteiligt war.

Im Rahmen der nach ihrer Mitgliederzahl unbedeutenden deutschen Friedensbewegung bewährte sich vor allem Quiddes hervorragendes Organisationstalent. Landauf, landab Deutschland bereisend, Vorträge über Friedenssicherung haltend, Vorschläge zur Organisation des Pazifismus unterbreitend, Gegensätze ausgleichend, Eingaben formulierend, von Kongreß zu Kongreß eilend, Kontakte mit ausländischen Pazifisten anknüpfend und ausbauend – das war der Quidde der Jahre zwischen 1894 und 1918, dann erneut während der Zeit der Weimarer Republik – mehr als vierzig Jahre für den deutschen Pazifismus!

Es ist dabei nicht zu verkennen, daß, mit Ausnahme der pazifistischen Programmatik Quiddes, dem gesamten deutschen Vorkriegspazifismus und besonders seiner Agitationstätigkeit eine gewisse Realitätsferne anhaftete. Der deutsche Pazifismus vor 1914 orientierte sich in außenpolitischer wie in gesellschaftspolitischer Hinsicht am Status quo; er war davon überzeugt, daß von dem Vorbild der individuellen pazifistischen Haltung die erhoffte

Wirkung auf die gesamte Gesellschaft, namentlich auf die führenden Repräsentanten des Staates – Kaiser, Kanzler, Minister, Politiker – ausgehen müsse.

Dem von Alfred Hermann Fried theoretisch begründeten sogenannten „organisatorischen" Pazifismus, der von der wachsenden wirtschaftlichen und gesamten politischen Kommunikation der Weltgesellschaft die Erreichung des Zieles erwartete, konnte Quidde als Neukantianer nicht viel abgewinnen[14]). Sein Pazifismus war der eines starken, ethisch fundierten Willens. Dabei war Quiddes Wirken keineswegs betont der Öffentlichkeit zugewandt. Er glaubte sich Zurückhaltung auferlegen zu müssen, um nicht der Sache zu schaden, da er seit der Caligula-Affäre gesellschaftlich boykottiert wurde. Es bedeutete deshalb eine angenehme Überraschung für ihn, daß der von ihm erfolgreich organisierte Weltfriedenskongreß von München im Jahre 1907 ohne peinliches Aufsehen, ja, mit offizieller Anerkennung durch den bayerischen Ministerpräsidenten abgehalten werden konnte[15]).

Längst hatte sich erwiesen, daß der demokratische Internationalismus und Pazifismus Quiddes eine stark nationale und patriotische Komponente enthielt. Die Elsaß-Lothringen-Frage zum Beispiel, die trennend zwischen deutschen und französischen Pazifisten stand, war für Quidde keineswegs durch die Aufhebung der Annexion von 1871 zu lösen. Allenfalls eine Autonomielösung, bei der Elsaß-Lothringen auf jeden Fall innerhalb des Reichsverbandes verbleiben müsse, war für ihn annehmbar. Aber er verstand es, französische Vorbehalte mit einer die Gegensätze ausgleichenden Haltung zu überwinden. Der versöhnliche Händedruck, den er auf dem Luzerner Friedenskongreß von 1905 mit dem führenden französischen Friedenspolitiker Frédéric Passy austauschte, blieb ihm in nachhaltiger Erinnerung[16]).

Seine Kompromißfähigkeit und sein Organisationstalent waren hilfreich auch bei den am Vorabend des Ersten Weltkrieges zustandegekommenen deutsch-französischen Parlamentarierkonferenzen von Bern (1913) und Basel (1914), mit welchen neue Ausgleichsmöglichkeiten zwischen beiden Ländern genutzt werden sollten[17]). Es mußte für Quidde dabei eine schmerzliche Erfahrung bedeuten, daß das pazifistische Engagement der Sozialdemokraten in Deutschland inzwischen bei weitem das des deutschen Linksliberalismus überwog, denn in der Tat begann die SPD sich nach Jahren verächtlicher Behandlung des Pazifismus als einer bürgerlichen Verschleierungsideologie für eben diesen „bürgerlichen" Pazifismus zu interessieren und schien der deutschen Friedensbewegung mit ihren knapp 10 000 Mitgliedern damit jene Massenbasis zu verschaffen, die ihr bislang gefehlt hatte.

Wenige Monate vor Kriegsausbruch fand der nationale und internationale Einsatz Quiddes für den Frieden Anerkennung durch die eigentlich gegen seinen Willen erfolgte Wahl an die Spitze der Deutschen Friedensgesellschaft. Quiddes auch durch ausgezeichnete Fremdsprachenkenntnisse ermöglichten Auslandskontakte ließen ihn für dieses Amt geeigneter erscheinen als den seitherigen, überdies durch seine Erblindung behinderten Vizepräsidenten, den Stuttgarter Stadtpfarrer Otto Umfrid.

Der entgegen allen Hoffnungen und Erwartungen vieler Pazifisten in Deutschland und Europa erfolgte Ausbruch des Ersten Weltkrieges wurde von Quidde wie von seinen Gesinnungsgenossen als ein entsetzlicher Rückschlag für ihre Bemühungen empfunden. Der Zerstörung internationaler Beziehungen folgte in der Innenpolitik Deutschlands die weitgehende Außerkraftsetzung bürgerlicher Freiheiten im Zeichen des Belagerungszustandes. Durch die Militärbehörden vielfach verfolgt, erwies sich Quidde als erfindungsreicher Organisator. Unter mannigfachen Behinderungen hielt er die deutsche Friedensbewegung zusammen, verfaßte immer wieder neue mahnende und warnende Eingaben zur Kriegszielpolitik, gleichzeitig alldeutscher Verblendung entgegentretend, wehrte die Eingriffe der Behörden, so gut es ging, ab und bemühte sich darum, die Beziehungen zu pazifistischen Freunden im feindlichen und neutralen Ausland aufrechtzuerhalten oder neu anzuknüpfen. Vielfach bespitzelt, erlebte Quidde seine Ausweisung aus Berlin. Von München aus, wo er unter vergleichsweise milderer Überwachung stand, setzte er seine Aktionen fort.

Nicht zuletzt innerhalb der Friedensbewegung selbst hatte der Krieg tiefgreifende Wandlungsprozesse in Gang gesetzt. Da war einmal – vor allem Quidde war davon betroffen – die zunehmende Entfremdung von den Pazifisten der Entente-Mächte, wie die erbittert geführten letzten Diskussionen während des Krieges innerhalb des Berner Friedensbureaus 1915 deutlich machen. Da war zum anderen die wachsende Radikalisierung in den Reihen der deutschen Pazifisten – Ausdruck der Unzufriedenheit mit der vielen allzu harmonistisch erscheinenden Politik Quiddes und mit dem Agitations- und Organisationsstil des Honoratiorenpazifismus aus der Vorkriegszeit. Die künftigen Auseinandersetzungen in der deutschen Friedensbewegung kündigten sich an.

Der Zusammenbruch des Kaiserreiches, die Revolution des November 1918, der Weg zum neuen staatlichen Anfang an der Schwelle der Weimarer Republik, besonders die verbreitete pazifistische Grundstimmung in den Massen bescherten der deutschen Friedensbewegung die Chance eines vorher nicht gekannten öffentlichen Einflusses. Es war auch Quiddes Chance.

Im revolutionären München der kurzen Ära Kurt Eisner wurde Quidde nun der Respekt gezollt, der ihm solange versagt geblieben war. Der bayerische Linksliberalismus der Hammerschmidt und Müller-Meiningen hatte seinen Anteil am Annexionismus gehabt[18]). Quidde konnte im Vergleich zur Verstrickung auch von Teilen des Linksliberalismus mit dem politischen System des Kaiserreiches als integrer und nichtdiskreditierter Politiker gelten und so als Vizepräsident des provisorischen Bayerischen Nationalrates einen wenn auch sehr begrenzten Einfluß auf die Regierung Eisner ausüben[19]).

Ähnlich motiviert war die Bereitschaft der neuen Deutschen Demokratischen Partei, sich Quiddes als eines pazifistischen Aushängeschildes zu bedienen. Quidde wurde in die Weimarer Nationalversammlung gewählt, wo sein öffentlich zur Kenntnis genommenes Wirken freilich im wesentlichen auf jenes leidenschaftliche Bekenntnis zur internationalen Ausgleichspolitik

und zu einer wahrhaft auf Recht gegründeten Neuordnung der Welt beschränkt blieb, mit dem er im Mai 1919 die Ablehnung der Unterzeichnung des Versailler Friedens begründete und die Verweigerungshaltung der DDP in der Unterzeichnungsfrage glaubwürdiger machen half[20]). Es lag nahe, daß sich an seinen Namen auch die Durchsetzung der Farben Schwarz-Rot-Gold als der Farben der neuen deutschen Trikolore knüpfte, für die er in seiner Fraktion entschieden eintrat[21]).

Nach dem Abschluß des Weimarer Verfassungswerkes hat Quidde bezeichnenderweise nie wieder Gelegenheit erhalten, gestützt auf ein linksliberales Reichstagsmandat, seine pazifistischen Überzeugungen in die konkrete Wirklichkeit umzusetzen. Stattdessen mußte er erfahren, wie die Deutsche Demokratische Partei, der er in kritischer Solidarität treu zu dienen versuchte, seine Zugehörigkeit zu ihr als genierlich empfand, seit die Juniwahlen von 1920 die Erosion ihrer bürgerlichen Wählerschaft eingeleitet hatten. Künftig versuchte die DDP im Sinne ihres „demokratischen Nationalismus"[22]), die weitere Auszehrung ihres Einflusses auf ihre bürgerlichen Anhängerschichten aufzuhalten und sich durch eine aktive Revisionspolitik als national zuverlässige Partei auszuweisen – eine Strategie, die sich insgesamt nicht nur als erfolglos, sondern auch als verhängnisvoll erweisen sollte. Die durch das Fortleben von Vorstellungen des liberalen Imperalismus und linksliberaler Mitteleuropakonzepte verstärkte, letztlich jedoch für ihre Überlebensmöglichkeiten vergebliche nationale Politik der DDP minderte in erheblichem Maße die Erfolgschancen eines bürgerlich-demokratischen und sich ebenfalls als patriotisch verstehenden Pazifismus, wie er von Quidde repräsentiert wurde[23]).

Andererseits ließen sich seitens der DDP genuin linksliberale Traditionen eines bürgerlichen Internationalismus und Pazifismus nicht völlig desavouieren und aus ihrer Mitgliederschaft eliminieren, so daß die Haltung der Partei ihren dezidiert pazifistischen Mitgliedern und namentlich Quidde gegenüber von einer eigentümlichen Ambivalenz, ja, von einer gefährlichen Entscheidungsunfähigkeit bestimmt war. Quidde selbst wurde damit ein ständiger Balanceakt abverlangt.

Einerseits ließ es Quiddes zutiefst bürgerliches Identitätsbewußtsein nicht zu, seine politische Heimat links von der DDP, etwa bei der SPD, zu suchen, solange seine Partei noch irgendeine Garantie für die Erfüllung seiner politischen Zielvorstellungen zu bieten schien. Langmütig ertrug er manche Kränkung und Zurücksetzung durch seine Partei und ihre ihm gegenüber zur Schau getragene Distanz; die Toleranz, welche die Partei dem die Reichswehr allzu nachsichtig behandelnden Reichswehrminister Otto Geßler als DDP-Mitglied allzulange erwies, forderte Quidde ein zusätzliches Maß an Geduld ab.

Andererseits war Quiddes Stellung innerhalb des organisierten deutschen Pazifismus außerordentlich prekär geworden. Zwar wurde er bis Ende der zwanziger Jahre regelmäßig, wenn auch meist unter recht demütigenden Umständen in den Vorstand und zum geschäftsführenden Vorsitzenden der

Deutschen Friedensgesellschaft gewählt, und auch im Friedenskartell, das die vielen neu entstandenen, heterogenen pazifistischen Gruppierungen und die alten Friedensorganisationen als Dachverband umfaßte, nahm er bis zu dessen Verfall das Präsidentenamt ein. Aber da sich der deutsche Pazifismus seit dem Ende des Ersten Weltkrieges und unter dem Eindruck des Krieges weithin radikalisiert hatte und längst nicht mehr ohne jede Einschränkung als „bürgerlicher" Pazifismus etikettiert werden konnte, galt Quidde für eine wachsende Zahl deutscher Pazifisten vor allem der Frontgeneration als Vertreter des honoratiorenmäßig beengten, betulichen, nun überholten Vorkriegspazifismus. Der ethisch fundierte, Massenwirksamkeit ausschließende, individualistische Pazifismus Quiddes schien zum Beispiel dem Jungpazifismus des radikalen Westdeutschen Landesverbandes der Deutschen Friedensgesellschaft ebenso ungeeignet für die Lösung der aktuellen Probleme der Friedenssicherung wie der von Hans Wehberg, Walther Schücking und anderen repräsentierte „organisatorische" Pazifismus. Was nun zählte, war eine Massenagitation mit klassenkämpferischem Charakter, war die für Deutschland neue, angesichts der durch den Versailler Friedensvertrag gesetzten Rahmenbedingungen scheinbar nur theoretische Forderung der Kriegsdienstverweigerung, war die von Friedrich Wilhelm Foerster inspirierte, entschieden antipreußische Interpretation der Zeitgeschichte, – dies alles Positionen, mit denen sich Quidde weder anfreunden mochte noch aufgrund seiner politischen Tradition und seiner Parteiloyalität ganz oder auch teilweise identifizieren konnte.

Prüft man die Vorhaltungen, die Quidde innerhalb seiner Partei gemacht wurden und jene, denen er sich innerhalb der Friedensbewegung ausgesetzt sah, so kann man dazu neigen, Quiddes Behandlung als überwiegend ungerechtfertigt zu empfinden. Wurde er von seiner Partei für jeden der in den Augen seiner innerparteilichen Kritiker verdammenswerten Vorgänge in der deutschen Friedensbewegung verantwortlich gemacht, wie die Vorwürfe Foersters gegenüber einer Reichsregierung, der die Existenz der Schwarzen Reichswehr zwar bekannt sei, die diese aber dennoch hinnehme; wie die angebliche Duldung von Separatistenführern in der Deutschen Friedensgesellschaft; wie die heftigen Angriffe auf die Parteien der Weimarer Koalition aus den verschiedensten Anlässen, – so konnte Quidde nur antworten, seine Tätigkeit an der Spitze des deutschen Pazifismus verhindere oder mäßige doch wenigstens die Zuspitzung der Entwicklung in Richtung auf einen pazifistischen Extremismus. Wurde er andererseits durch Pazifisten der Verharmlosung der schleichenden Remilitarisierung Deutschlands geziehen, und auf die klägliche Haltung der republikanischen Parteien, nicht zuletzt auch seiner eigenen angesprochen, so mußte er auf die Gefahr der totalen Isolierung der Friedensbewegung von ihren natürlichen politischen Verbündeten, eben den Parteien der Weimarer Koalition, verweisen. Seine Partei lasse ihn allein mit seinen Problemen, darum dürfe sie sich nicht wundern über die Radikalisierung der deutschen Friedensbewegung, so beklagte sich Quidde bei ihm nahestehenden Parteifreunden[24]).

Die so zu skizzierende Situation erklärt, weshalb Quiddes Verbandspolitik den Charakter bewußten Lavierens gewann, weshalb viele seiner organisatorischen Entscheidungen und Maßnahmen sich wie manipulatorische Schachzüge ausnahmen. Quidde deshalb als „mauvais caractère" abzutun, wie es später geschehen ist[25]), heißt seine schwierige Lage verkennen. Wie auch immer eine Beurteilung seiner Weimarer Tätigkeit ausfallen mag, Mangel an Mut, an Ausdauer, an Konsequenz ist Quidde nicht nachzusagen. Nachdem er lange vergeblich die linksliberale Presse zur Aufdeckung der friedensvertragswidrigen Vorgänge um die Schwarze Reichswehr aufgefordert hatte, veröffentlichte er am 10. März 1924 in Hellmut von Gerlachs Wochenzeitung „Die Welt am Montag" den verantwortungsvollen und besorgten, den patriotischen und mutigen Artikel „Die Gefahr der Stunde". Es folgte wenige Tage später, nachdem die Postkontrolle ergeben hatte, daß er Sonderdrucke des Artikels an einige Freunde versandt hatte, die Inhaftierung durch die bayerischen Behörden wegen des Verdachts publizistischen Landesverrats: ein zweites Mal München-Stadelheim! Der Fall erregte im In- und Ausland großes Aufsehen. Aber erst massive Demarchen vor allem von englischer Seite, die im übrigen längst über eine Vielzahl der in dem Artikel angedeuteten Vorgänge informiert war[26]), führten zur Freilassung Quiddes und zur Niederschlagung der Quidde drohenden gerichtlichen Verfolgung[27]). – Wenn Quidde freilich in den folgenden Jahren im Ausland – vielleicht aus falsch verstandener Loyalität gegenüber der Reichsregierung – die Fortdauer geheimer deutscher Wiederaufrüstung in Abrede stellte, wurde ihm dies von deutschen Pazifisten als unverzeihliche Naivität übelgenommen.

Ebensowenig fehlte es Quidde an Ausdauer: trotz unablässiger Rückschläge ließ er sich nie entmutigen, wie in der Vorkriegs- und Kriegszeit, seine inquisitorisch bohrenden Fragen an die für die Reichswehrpolitik Verantwortlichen fortzusetzen. Und er setzte sich zur Wehr, wenn ihm Seeckt in hochfahrender und beleidigender Manier auf eine Eingabe die Antwort entgegenschleuderte: „Die Gedankengänge des internationalen Pazifismus sind für ein international derart mißhandeltes Volk wie das deutsche schon an sich schwer verständlich. Wenn es aber Deutsche gibt, die sich nach den Erfahrungen des Ruhreinfalls und in einer Zeit, in der Frankreich den Vertrag von Versailles täglich mit Füßen tritt, für die Durchführung dieses Vertrages im Interesse der Franzosen einsetzen, so kann ich das nur als den Gipfel nationaler Würdelosigkeit bezeichnen[28])."
Und auch Konsequenz läßt sich Quidde nicht absprechen: als die Deutsche Demokratische Partei im Jahre 1930 ihr Heil in einer Quasi-Fusion mit dem antipazifistischen und zumindest latent antisemitischen Jungdeutschen Orden suchte, aber in der Reichstagswahl vom September 1930 eine neue Niederlage erlitt, argumentierte Quidde, von wenigen Delegierten unterstützt, auf dem Hannoveraner Auflösungsparteitag der DDP eindringlich gegen die Fortsetzung des Experiments der Staatspartei-Gründung, mit oder ohne Jungdo. Er habe nie verlangt, daß die DDP sich als eine pazifistische Partei bezeichne, sondern sei zufrieden gewesen, wenn sie wenigstens Politik im pazifistischen

Sinne gemacht habe. Von der neuen Partei jedoch sei dies nicht mehr zu erhoffen. Quidde spielte darauf an, daß die deutsche Völkerbunds- und Locarno-Politik von der DDP mitgetragen worden war, während die Außenpolitik der neuen Partei eine schroffe revisionistische Wendung zu nehmen drohte. Da er mit seiner beschwörenden Rede die Ausführung längst vorbereiteter Entschlüsse nicht mehr abzuwenden vermochte, lehnte er eine Beteiligung an der Staatspartei kategorisch ab, um sich, freilich von Skrupeln bedrückt, an der Fortsetzung der von ihm mitgegründeten „Vereinigung Unabhängiger Demokraten" als „Radikal-Demokratische Partei" zu beteiligen[29]).

Dem ihn zutiefst enttäuschenden Verlust seiner alten politischen Heimat war in den Jahren 1928/29 die endgültige Verdrängung Quiddes vom Vorsitz der Deutschen Friedensgesellschaft vorausgegangen. Mit Fritz Küster, dem Führer des Westdeutschen Landesverbandes der Organisation, und dem von Küster als Alternative zu Quidde empfohlenen General a. D. Paul Freiherr von Schoenaich hatte sich am Ende die kompromißlose Linie im Nachkriegspazifismus durchgesetzt. Offenbar hatte sich Quiddes bürgerlicher Pazifismus überlebt, aber Quidde sollte Recht behalten mit seiner Warnung, das Verhältnis der deutschen Friedensbewegung zu den Parteien der Weimarer Koalition keiner dauernden Belastungsprobe auszusetzen. Der mit der Radikalisierung der Deutschen Friedensgesellschaft motivierte Unvereinbarkeitsbeschluß von SPD und DDP hinsichtlich einer gleichzeitigen Mitgliedschaft in der Deutschen Friedensgesellschaft ließ den organisierten Pazifismus in Deutschland nun vollends in die Isolierung geraten.

Für Quidde lag zwischen 1918 und 1930, in der kurzen Zeitspanne, die seine parteipolitische Tätigkeit im Rahmen der Deutschen Demokratischen Partei und seine pazifistische Tätigkeit in der Deutschen Friedensgesellschaft von Weimar umschloß, eine nicht abreißende Kette von kämpferischen und organisatorischen Aktionen: die Auseinandersetzungen um die Schwarze Reichswehr; die Formulierung der pazifistischen Positionen im Ruhrkampf; die Bemühungen, im Jahre 1925 die Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten abzuwenden; die Diskussion um die Frage der Fürstenenteignung (1926); die Kontroverse um den Panzerkreuzerbau (1928); und allgemein die zahlreichen gegen die Ausweitung des Reichswehretats gerichteten Aktivitäten. Hinzu kamen die publizistische Tätigkeit vor allem in der linksliberalen Presse, Quiddes Teilnahme an vielfach von ihm vorbereiteten Friedenskongressen im In- und Ausland, sorgfältige Studien zur Abrüstungsproblematik und zur Frage des Schutzes nationaler Minderheiten in Europa, Vortragsreisen, eine davon in die USA, die Tätigkeit als Mitglied des Internationalen Friedensbureaus in Bern, – alles Verpflichtungen, die dem sprachgewandten, auch im Ausland wieder zunehmend anerkannten Friedenskämpfer niemand, auch nicht unter seinen innerverbandlichen Kritikern, abnehmen mochte.

Und immer wieder der zermürbende Kleinkrieg innerhalb der Deutschen Friedensgesellschaft und des Friedenskartells, der ja nicht nur in Quidde sein Objekt fand, sondern sich häufig wie ein Kampf aller gegen alle aus-

nahm! Hier waren nicht nur Quiddes vielgerühmtes Organisationstalent gefordert, sondern auch seine unerschöpfliche Geduld im Schlichten von Feindschaften zwischen rivalisierenden Gruppen und Individuen, Bemühungen, die dem Zwecke dienten, das labile, zerbrechliche Gebilde, das die Deutsche Friedensgesellschaft und das Deutsche Friedenskartell darstellten, am Leben zu erhalten, – Bemühungen zugleich, durch eine vorsichtige Balance zwischen den extremen Flügeln zu verhindern, daß der Schwerpunkt des organisierten Pazifismus sich allzuweit von der Mitte des politischen Spektrums von Weimar entfernte. Im übrigen ließ die politische Mäßigung, die Quiddes Lebensart entsprach, ihn auch gegenüber jedem Bündnisangebot der Kommunistischen Partei (etwa in der Frage der Fürstenenteignung und des Panzerschiffbaus) Mißtrauen und Vorsicht üben. Und in der Frage des nationalen Verteidigungskrieges und der Kriegsdienstpflicht beharrte Quidde auf seiner entschieden bejahenden Haltung, die ihn immer weiter von großen Teilen der deutschen Friedensbewegung entfernte.

Der aus seinem Nachlaß rekonstruierbare ausgedehnte Schriftverkehr, den Quidde mit zahlreichen amtlichen Stellen, mit Organisationen und Einzelpersönlichkeiten unterhielt, legt Zeugnis ab von dem rastlosen Einsatz des nun greisen Mannes, der, meist zwischen seinem Wohnort München und der Zentrale der Deutschen Friedensgesellschaft in Berlin, Zimmerstraße 87, mit der Eisenbahn hin- und herpendelnd, ein beträchtliches Arbeitspensum zu bewältigen hatte.

Die Inflation hatte den infolge des väterlichen Erbes ursprünglich sehr vermögenden Mann in eine wirtschaftlich höchst unsichere Lage geraten lassen, so daß das Schreiben von Zeitungsartikeln für ihn zur unverzichtbaren Einnahmequelle geworden war. Als er 1927, zusammen mit dem französischen Pädagogen und Pazifisten Ferdinand Buisson endlich – eine längst verdiente öffentliche Ehrung – mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet wurde und die damit verbundene finanzielle Zuwendung für seine persönlichen Zwecke, für seinen Lebensabend und den seiner Frau sowie zur Pflege seiner in seinem Haushalt lebenden kranken Schwägerin verwenden wollte, war er Vorwürfen aus den Reihen der deutschen Friedensbewegung ausgesetzt, wo man erwartet hatte, er werde den Preis ungeschmälert der Friedensbewegung zuführen[30]).

Während seiner gesamten Weimarer Tätigkeit war Quidde das Ziel heftiger Kritik seitens der politischen Rechten, und die Zuerkennung des Friedensnobelpreises an Quidde bot einen weiteren Anlaß für Schmähungen gegenüber einem Manne, der Versailles nicht durch die Vorbereitung eines Revanchekrieges, sondern durch geduldige Erfüllungs- und Revisionspolitik abgebaut sehen wollte. Dem neuen Phänomen des Nationalsozialismus stand Quidde hilflos gegenüber. Lag es an seiner Verwurzelung im bürgerlich-demokratischen Erbe Deutschlands und an seinem bürgerlichen Humanismus, daß er dem Faschismus nicht mit der erforderlichen Energie und Militanz die Stirn zu bieten vermochte? Jedenfalls entsprachen auch jetzt seine politische Ahnungslosigkeit, seine von Gesinnungsgenossen nicht selten gerügte

Naivität seiner im privaten Bereich an den Tag gelegten Gutmütigkeit und Treuherzigkeit, – alles in allem eine „Parsifal-Natur", wie es Hans Wehberg ausgedrückt hat[31]).

Als Quidde im Frühjahr 1933 auf der Flucht vor dem Nazi-Regime in der Schweiz eintraf[32]), um die weitere Entwicklung der deutschen Verhältnisse vorerst in Genf abzuwarten, mochte er wohl noch an Rückkehr nach Deutschland in nicht allzuferner Zeit denken. Er hatte seine Frau, in der Sprache der neuen Zeit „Halbjüdin", und deren pflegebedürftige Schwester in München zurücklassen müssen. Stecke man ihn in Deutschland auch wahrscheinlich ins Gefängnis, so werde man ihn doch, wie er allen Ernstes meinte, dort an seinen lange liegengebliebenen historischen Projekten weiterarbeiten lassen. Seine Freunde hatten zunächst Mühe, ihm Pläne einer Rückreise nach Deutschland auszureden. So beantragte er – in den Akten der Fremdenpolizei in Genf[33]) als «homme de lettres et historien», als «Viceprésident du Bureau International de la Paix», als «homme de grande réputation», «pas un juif, mais pacifiste» geführt — eine dann immer wieder verlängerte Aufenthaltserlaubnis der Schweizer Behörden. War seine Auskunft auf die Frage nach der Dauer seines voraussichtlichen Aufenthaltes in der Schweiz im Jahre 1933 noch: «La durée de mon séjour dépend de la situation en Allemagne», so antwortete er am 14. September 1940 knapp und entschieden: „Sobald das Hitler-Regime gestürzt ist". Die Lage in Deutschland hatte er inzwischen als hoffnungsloser einzuschätzen gelernt: „Als tätiger Pazifist und Demokrat wäre ich Verbringung in ein KL ausgesetzt", – so seine Antwort auf die Frage der Fremdenpolizei „Aus welchen Gründen haben Sie Deutschland verlassen?".

Seine Genfer Anschrift lautete zunächst 15, Rue de l'Athenée; dann 21, Glacis de Rive; dann 62, Route de Florissant; dann 7, Route de Malagnou; dann 7, Cours de Rive; schließlich, seit dem 1. August 1938 und bis zu seinem Tode: 8, Avenue Blanc. Dort bewohnte er eine Zwei-Zimmer-Wohnung bei Frau Charlotte Kleinschmidt, einer deutschen Freundin, die ihm aus seiner Berliner Zeit während des Ersten Weltkrieges bekannt war und die nun das Exil mit ihm teilte.

Noch immer und jetzt vielleicht intensiver als je zuvor empfand Quidde sich als Glied einer großen Bewegung: ein guter Teil seiner Reisetätigkeit von Genf aus war dem Besuch von Kongressen der Schweizer Pazifisten und des internationalen Pazifismus gewidmet. So sahen ihn die Weltfriedenskongresse von Locarno (1934), Cardiff (1936), Paris (1937) und Zürich (1939) als ihren Gast, ebenfalls der französische Friedenskongreß in Nîmes (1938). Aber auch der Fortführung seiner lange vernachlässigten Editionsarbeit an den Reichstagsakten dienten die eine oder andere Reise, Reisen nach Österreich oder innerhalb der Schweiz. Eine weitere Reise führte ihn 1936 nach Italien zu Verwandten – eine Schwägerin, Frau Friderike Rungioli, und ein Neffe wohnten in Mailand, ein anderer Neffe in Civitavecchia – und nach Rom, das er seit seiner frühen Tätigkeit am Preußischen Historischen Institut nicht wiedergesehen hatte.

Noch im Jahre 1933 hatte Quidde eine Reise durch einige Balkanstaaten angetreten und dort vor größerem Auditorium und in Presse-Interviews den angeblich friedfertigen Charakter von Hitlers Außenpolitik betont[34]). Wer nicht wußte, daß er solche öffentlichen Bekundungen vor allem abgab, um zum Schutze seiner Frau beizutragen[35]), mochte wie manche seiner Freunde in der Emigration „entsetzt" sein – so jedenfalls gestand er Georg Gothein[36]). Er müsse mit Rücksicht auf seine Frau politisch sehr vorsichtig sein, vertraute er auch Harry Graf Keßler an, der im Exil in Paris lebte und bei dem er Verständnis voraussetzte, weil er erfahren hatte, Keßler meide die öffentliche Begegnung mit deutschen Emigranten. Zumindest beim Auswärtigen Amt sei er, so meinte Quidde gegenüber Keßler, „aufgrund von Artikeln, die ich zur Abrüstungsfrage geschrieben habe, persona grata"[37]). In der Tat blieb seine Frau, die am 25. April 1940 starb, von Verfolgung, er selbst lange von der Ausbürgerung verschont, die ihn erst im Juni 1940 traf, nachdem die Nazis einen ihn belastenden Brief, der die Annexion Österreichs scharf kritisierte, entdeckt hatten.

Offenbar hatten sich anfängliche, aber nicht weiterverfolgte Überlegungen des Auswärtigen Amtes, ihn für die deutsche Auslandspropaganda einzusetzen, in diesem Zusammenhang Demarchen des Auswärtigen Amtes bei der Gestapo mit dem Ziel, seine Ausbürgerung zu verhindern[38]), über Jahre hinweg zu seinen Gunsten ausgewirkt. Während Quidde so vorübergehend eine Rolle im Kalkül reichsdeutscher Stellen spielte, stießen seine Äußerungen zur Außenpolitik des neuen Deutschland freilich in deutschen Emigrantenkreisen vielfach auf eisige Ablehnung.

Zum Beispiel hatte Quiddes Auftreten auf dem Weltfriedenskongreß in Locarno mit seiner mißdeutungsfähigen Kommentierung der Frage deutsch-polnischer Grenzrevisionen und der österreichischen Anschlußfrage soviel Kopfschütteln unter den deutschen Exilpazifisten ausgelöst, daß er sich zur Versendung einer umfangreichen Rechtfertigungserklärung an zahlreiche Empfänger genötigt sah[39]). Ob Quidde seine öffentlichen Bekundungen des Verständnisses für die Außenpolitik Hitlers in den ersten Jahren nach 1933 in der Tat soweit treiben mußte zu behaupten, der Nationalsozialismus habe „für die praktische Politik die Grundsätze und Forderungen des Pazifismus übernommen", erschien auch alten Kampfgefährten, denen seine persönlichen Verhältnisse durchaus bekannt waren, zweifelhaft. So rügte ihn Hellmut von Gerlach:

> „Es ist mir unbegreiflich, wie Sie die riesenhafte illegale Aufrüstung Hitlers als die Übernahme der Grundsätze und Forderungen des Pazifismus interpretieren können. Ein Satz wie der von mir zitierte könnte aus dem Zusammenhang gerissen von Goebbels prachtvoll als Rechtfertigung der deutschen vertragswidrigen Aufrüstung und als Kampfmittel gegen die emigrierten deutschen Pazifisten verwertet werden. Selbst wenn Sie den Satz nach Ihrer Überzeugung für unanfechtbar halten, *hätten Sie ihn wegen der Verwertbarkeit für die Nazi-Propaganda* meiner Ansicht nach nicht veröffentlichen dürfen. Unfaßbar ist für mich, daß Sie an die Ehrlichkeit der Friedensversicherungen Hitlers glauben, soweit es sich bei Hitler nicht bloß um den Wunsch handelt, Frieden zu halten, bis er mit seiner Aufrüstung fertig ist[40])."

Trotz allem bekam Quidde bereits im Jahre 1935 persönlich „die harte Nazi-Faust“[41]) zu spüren: einen Schmerz besonderer Art fügte ihm die gleichgeschaltete deutsche Geschichtswissenschaft zu, indem durch einen Akt von damnatio memoriae sein Name künftig in Veröffentlichungen der Historischen Kommission der Bayerischen Akademie der Wissenschaften nicht mehr erscheinen durfte. Keßler gegenüber kommentierte Quidde den Vorgang:

„Damit werde ich aus dem wissenschaftlichen Unternehmen der Kommission der Deutschen Reichstagsakten (14. u. 15. Jahrh.) ... ausgeschlossen. Das trifft mich empfindlich, da ich meine wissenschaftl. Lebensarbeit mit der Veröffentlichung eines Ergänzungsbandes abschließen wollte. Ich versuche, mich, ehe der Konflikt zum vollen Ausbruch kommt, in den Besitz des Materials zu setzen und werde dann wohl den Kampf aufnehmen. Daß man mich nächstens aus der Kommission ausschließen wird, berührt mich weniger[42]).“

Zu erfolgreichem Widerstand gegen die Entscheidung fehlte Quidde indes jede Möglichkeit. Es verdient aber zitiert zu werden, in welch nobler Weise er Karl Alexander von Müller antwortete, als die erwartete Mitteilung seiner Entfernung von der Leitung des Unternehmens aus München eingetroffen war:

„Ihre Mitteilung, daß die Historische Kommission mich meiner Stellung als Abteilungsleiter der Deutschen Reichstagsakten, ältere Reihe, enthoben hat, trifft mich nicht unvorbereitet.

Nach den Grundsätzen, die im nationalsozialistischen Deutschland herrschen, mußte ich als Demokrat und Pazifist, der seinen Anschauungen treu geblieben ist und deshalb zu der herrschenden Partei in unversöhnlichem Gegensatz steht, darauf gefaßt sein.

Allerdings habe ich mich, wie ich auch bei dieser Gelegenheit betonen möchte, von der Emigranten-Agitation durchaus ferngehalten (ein Artikel von mir über Karl den Großen, der in dem ‚Pariser Tageblatt‘ erschien, war ein widerrechtlicher Nachdruck aus einer Schweizer Zeitung)[43]), und ich habe zur Abrüstungsfrage eine Reihe von Artikeln veröffentlicht[44]), die den Standpunkt der Deutschen Regierung vertraten. Sie sind in amtlichen deutschen Kreisen, wie ich zufällig erfahren habe, als eine Unterstützung der deutschen Politik, gerade da sie von einem Pazifisten und Gegner des Nationalsozialismus herrührten, sehr willkommen gewesen. Die Geheime Staatspolizei scheint aber dabei zu bleiben, daß ich mich hier ‚landesverräterisch betätige‘.

Nicht gelten lassen kann ich die Begründung, daß mein ‚dauernder Aufenthalt im Ausland‘ die Enthebung notwendig mache. Ich habe, wie ich schon zu dem Beschluß von 1934 zu bemerken mir erlaubte, meine Pflichten als Abteilungsleiter in Genf genau so gut wie in München erfüllt. Die beiden mir bisher unterstellten Mitarbeiter werden bezeugen müssen, daß nicht die kleinste Behinderung eingetreten ist.

Es ist natürlich schmerzlich für mich, aus der Stellung zu scheiden, nachdem ich seit 1881, also seit 54 Jahren, Mitarbeiter, seit 1889, also seit 46 Jahren, Leiter des Unternehmens war. Schmerzlich besonders, weil mich das Gefühl und die Verpflichtung der Pietät gegenüber meinem Lehrer Julius Weizsäcker, der mir, seinem jugendlichen Schüler, die Verwaltung seines Erbes anvertraut hatte, an die Arbeit fesselte.

Dafür, daß Sie die Gelegenheit benutzen, mir die Anerkennung der Kommission für meine langjährige Arbeit auszusprechen, sage ich meinen herzlichen Dank. Was alles dieser Arbeit gefehlt hat, was ihr teils aus dem Bereich meines eigenen Lebens, teils von außen hindernd in den Weg getreten ist, weiß ich selbst ja am

besten. Beim Scheiden aus der Stellung tröstet mich das Bewußtsein, meiner Überzeugungstreue, die keine äußere ‚Gleichschaltung' duldete, das Opfer bringen zu müssen." . . .[45])

Daß Quidde das Exil physisch so lange zu ertragen vermochte, verdankte er seiner Bedürfnislosigkeit, seiner optimistischen Lebenseinstellung, seiner Fähigkeit, sich an neue und erschwerte Situationen anzupassen und nicht zuletzt seiner robusten Gesundheit, auf die er gern hinzuweisen pflegte[46]). War er bereits in seinen letzten Münchener Jahren – bei der Anlage des ihm aus dem Friedensnobelpreis zugeflossenen Geldes schlecht beraten – in wirtschaftliche Bedrängnis geraten, so war er nun, nachdem er nahezu mittellos in der Schweiz eingetroffen war, gänzlich ohne Einkommen.

Der von Wehberg aus der Erinnerung vermittelte Eindruck von Quiddes Genfer Lebensumständen trügt[47]). Zwar gab es Freunde, die Quidde zu Weihnachten 1934 zu neuer Kleidung verhalfen, andere, die ihm zu seinem achtzigsten Geburtstag mit einer ansehnlichen Ehrengabe von 5300 Franken erfreuten[48]). Aber der Alltag Quiddes war nicht selten von Not und Sorge um die materielle Zukunft erfüllt[49]). Gelegentliche Artikel für schweizerische Zeitungen und für die von seinem Freund Wehberg herausgegebene und redigierte, nach wie vor angesehene pazifistische Zeitschrift „Die Friedens-Warte" konnten noch als Fortsetzung früher ausgeübter Tätigkeiten gelten. Daneben zwang die Not aber auch zu ungewohnten Arbeiten als Korrektor einer Druckerei, sogar zu Gartenarbeiten als Einnahmequellen, wie Quidde der Fremdenpolizei zu Protokoll[50]) gab. Die ihm vom Osloer Friedensnobelkomitee gewährte bescheidene monatliche Unterstützung – über sie wird noch ausführlicher zu reden sein – hatte angesichts dieser Lage den Vorzug einer regelmäßigen finanziellen Zuwendung.

Ungeachtet seiner eigenen Notlage bewährte sich Quiddes oft bewiesene Hilfsbereitschaft in der Organisierung von Unterstützungsmaßnahmen für andere Exilierte. Wie sich nun zeigte, hatte Quidde sein Talent zur Organisation auch in der Emigration nicht eingebüßt. Sein ureigenstes, bald nach seiner Ankunft in Genf aufgebautes Werk war das «Comité de secours aux pacifistes exilés»[51]), als dessen Generalsekretär er fungierte. Im Rahmen dieser Hilfsorganisation hat er sich in zahlreichen Fällen unter Einschaltung einflußreicher Schweizer Kollegen[52]) und Freunde für notleidende Emigranten eingesetzt und Gelder zu ihrer Unterstützung zusammengebracht. Zuwendungen gingen sowohl an eine bis Anfang 1939 in Prag lebende Gruppe deutscher Pazifisten[53]), unter ihnen Elsbeth Bruck[54]) und Kurt Hiller[55]), als auch an isolierte Emigranten. Als Beispiele für viele Fälle seien genannt der zunächst in Straßburg, in armseligen Verhältnissen lebende, dann auf der Flucht vor den deutschen Truppen 1940 nach Mittelfrankreich ausgewichene einstige Sekretär der Deutschen Friedensgesellschaft Fritz Röttcher[56]) und seine Frau Anni Röttcher-Mertens, der nach Luxemburg gelangte frühere Redakteur des Dortmunder Generalanzeigers Max Reinheimer[57]), ein Parteifreund Quiddes aus den Jahren der DDP und der Radikaldemokratischen Partei, sowie Stefan Stillich[58]), der Sohn des radikaldemokratischen und pazi-

fistischen Privatgelehrten Oskar Stillich. Wehberg, der bis zu Quiddes letzten Tagen mit diesem häufigen und engen Umgang pflegte, weiß darüber hinaus zu berichten:

„Obwohl die vom Nobelkomitee und anderen Quidde zukommenden Beträge nur eine sehr bescheidene Lebensführung gestatteten, war Quidde doch immer bereit, von seinen geringen Mitteln einen nicht unwesentlichen Teil an hilfsbedürftige Emigranten zu verschenken[59])."

Ging es um Hilfe für deutsche Pazifisten, so war es für Quidde selbstverständlich, daß solche, die in der Friedensbewegung seine Gegner gewesen waren, nicht ausgeschlossen sein durften. Er trug ihm zugefügte Unbill nicht nach, so etwa im Falle Fritz Küsters, der zu seinen entschiedensten Kritikern gehört hatte und von den Nazis in einem Konzentrationslager festgehalten wurde[60]). Als Quidde durch den von Paris aus die Hilfsaktionen für Carl von Ossietzky koordinierenden Hellmut von Gerlach um seine Unterschrift zugunsten des Vorschlages für die Zuerkennung des Friedensnobelpreises an Ossietzky ersucht wurde, wollte er die Aktion mit einer gleichgerichteten zugunsten von Fritz Küster verbunden sehen[61]).

Eine ernsthafte, aktue Erkrankung überfiel Quidde Ende 1940, nachdem er sein chronisches urologisches Leiden im Vertrauen auf seine kräftige Konstitution allzulange vernachlässigt hatte. Er mußte zu Weihnachten des Jahres das Genfer Kantonshospital aufsuchen, glaubte sich aber Mitte Februar 1941 bereits soweit wiederhergestellt, daß er sich in seine Wohnung zurückbegab, um sich erneut von Frau Kleinschmidt pflegen zu lassen. Indes verschlimmerte sich seine Krankheit, und eine Lungenentzündung ließ sein Leben am 5. März 1941 erlöschen.

Nur wenige Freunde waren bei der Trauerfeier am 8. März 1941 auf dem Friedhof von St. Georges in Genf zugegen, darunter Vertreter des Internationalen Friedensbureaus und der Interparlamentarischen Union, manche davon ebenfalls Emigranten. Neben anderen sprachen die deutschen Freunde Edouard de Neufville und Hans Wehberg zu seinem Gedenken. Quiddes Leiche wurde im Dezember 1941 eingeäschert, die Asche auf dem Friedhof von Petit-Saconnex beigesetzt.

Als Erbin seines Nachlasses hatte Quidde Frau Charlotte Kleinschmidt bestimmt. Ungeachtet des bedeutenden Wertes von Quiddes schriftlicher Hinterlassenschaft für die Erforschung der Geschichte der deutschen Friedensbewegung und der deutschen Emigration nach 1933 blieb das gesamte Material der historischen Forschung lange Zeit unzugänglich, da sich Frau Kleinschmidt nicht in der Lage sah, sich von den ihr anvertrauten Papieren zu trennen. Im Jahre 1971 konnte der Herausgeber der vorliegenden Edition Frau Kleinschmidt auf dem Wege der Vermittlung durch ihre Tochter – ebenfalls Charlotte Kleinschmidt – davon überzeugen, daß der Aufbewahrungsort von Quiddes Nachlaß in der Bundesrepublik Deutschland sein sollte. So gelangte der Nachlaß Quiddes, darin enthalten das Manuskript „Der deutsche Pazifismus während des Weltkrieges", im Mai 1971 ins Bundesarchiv Koblenz, wo er seither der Forschung zur Verfügung steht.

2. QUIDDES WERK ÜBER DEN DEUTSCHEN PAZIFISMUS IM ERSTEN WELTKRIEG

Entstehung und Zweck

Wer eine Arbeit wie Quiddes Studie über den deutschen Pazifismus im Weltkrieg 1914 bis 1918 durch eine Edition der Öffentlichkeit zugänglich macht, muß sich zuallererst fragen, ob er damit im Sinne des Verfassers handelt und gewissermaßen dessen letzten Willen ausführt. Im Falle Quiddes gibt es nicht den geringsten Zweifel, daß das im Nachlaß aufgefundene Fragment Teil einer Arbeit war, die Quidde selbst veröffentlicht hätte, wäre er dazu in der Lage gewesen, und die er vernichtet hätte, wenn er ihre Veröffentlichung hätte verhindern wollen. Abgesehen davon rechtfertigt jedoch in erster Linie der erhebliche Wert des Manuskripts als einer wichtigen Quelle für die Erforschung der Geschichte der deutschen Friedensbewegung dessen Edition. Denn keine der vorliegenden autobiographischen Darstellungen von pazifistischer Seite läßt in einem ähnlichen Ausmaß die Fülle und die Vielgestaltigkeit pazifistischer Aktivitäten im Ersten Weltkrieg sowie die Interaktionen zwischen Friedensbewegung und Behörden erkennen wie die Studie Quiddes.

Es ist zu vermuten, daß Quidde sich schon lange mit der Absicht trug, eine Darstellung der Geschichte des deutschen Pazifismus im Ersten Weltkrieg zu verfassen. Seine durch die Emigration erzwungene relative Untätigkeit und seine Mittellosigkeit dürften solche Pläne verstärkt haben. Seit dem 1. März 1934 erhielt Quidde vom Nobelkomitee des Storting in Oslo eine monatliche Subvention, die nach der Erinnerung Hans Wehbergs etwa 200 Schweizer Franken betrug[62]). Anfang 1935 richteten Guglielmo Ferrero, William E. Rappard und Hans Wehberg ein von dem zuletztgenannten verfaßtes Schreiben an das Friedensnobelkomitee, in welchem sie den Antrag auf Fortsetzung der Subvention in Höhe von 150 Schweizer Franken stellten[63]). Quidde sollte damit, wie in dem Schreiben betont wurde, die Fortsetzung der Arbeit an seinem Werk über den deutschen Pazifismus im Weltkrieg ermöglicht werden.

Quidde war den Mitgliedern des norwegischen Nobelkomitees selbstverständlich kein Unbekannter. Nicht nur, daß er dem Komitee durch die Tatsache der Verleihung des Friedensnobelpreises und durch die der Auswahl vorausgehenden Vorschlagsprozeduren in guter Erinnerung sein mußte. Wichtig war wohl auch der Umstand, daß mit Christian Louis Lange, dem Generalsekretär der Interparlamentarischen Union (1909–1933) und norwegischen Vertreter beim Völkerbund (1920–1937), ein langjähriger Bekannter Quiddes dem Komitee angehörte[64]). Quidde stand aber auch sonst in Kontakt mit dem Komitee. So hatte er auf Drängen Gerlachs Carl von Ossietzky im Jahre 1935 für den Friedensnobelpreis vorgeschlagen. Später trat er wenigstens noch einmal in direkte Verbindung mit dem Komitee: im Jahre 1937, als er dem Komitee zusammen mit einer Liste von zur Emi-

gration gezwungener deutscher Pazifisten den Antrag übermittelte, dem „Comité de secours aux pacifistes exilés" den Friedensnobelpreis zuzuerkennen[65]).

In dem Schreiben Ferreros, Rappards und Wehbergs heißt es weiter:

> „Herr Prof. Quidde hat im vergangenen Jahre damit begonnen, umfassendes Material über die von ihm bearbeitete Frage zusammenzutragen. Die Unterlagen, die sich in Deutschland befanden, waren unter den heutigen Umständen sehr schwer zu beschaffen. Doch ist es Herrn Prof. Quidde gelungen, das entscheidende Material, das seiner Arbeit als Grundlage zu dienen hat und aus den mannigfachsten Kundgebungen, Briefen und sonstigen Schriftstücken aus der Kriegszeit besteht, ausfindig zu machen und in Genf dem Gewahrsam der Völkerbundsbibliothek anzuvertrauen."

Der letzte Teil dieser Mitteilung enthielt jedoch nicht die ganze Wahrheit. Offenbar hatte Quidde der Völkerbundsbibliothek nur jene Teile seiner Handakten – und um diese scheint es sich gehandelt zu haben – nach deren Überführung von München nach Genf überlassen, die er nicht unmittelbar für seine historiographische Arbeit benötigte, nämlich die Deutsche Friedensgesellschaft und das Deutsche Friedenskartell betreffende Akten aus den zwanziger Jahren. Alle übrigen Teile seines privaten Archivs dagegen, außerdem seine pazifistische Handbibliothek, nahm Quidde zu sich, eine Handhabung, die schon aus arbeitsorganisatorischen Überlegungen geboten schien. Wenn er nicht das gesamte nach Genf gelangte und ihm gehörende Material übernahm, so mochte sich dies aus den speziellen, uns nicht bekannten Abmachungen mit der Völkerbundsverwaltung ergeben, aber auch aus dessen Umfang, der für die beschränkten Wohnverhältnisse Quiddes in Genf zugleich ein Problem der Lagerung und sicheren Aufbewahrung bedeutete[66]). Für den hier dargestellten Eindruck spricht auch die Tatsache, daß der zuletztgenannte Bestand sich heute als „Fonds Quidde" in der Bibliothek der Vereinten Nationen, der früheren Völkerbundsbibliothek befindet, während das Manuskript Quiddes in dem an das Bundesarchiv Koblenz gelangten und umfänglicheren Genfer Nachlaß Quiddes enthalten ist.

Jedenfalls hatte Quidde demnach Anfang 1934 die Arbeit an seiner Darstellung des deutschen Pazifismus im Weltkrieg aufgenommen. Es mußte ihm inzwischen klar geworden sein, daß an eine baldige Rückkehr in seine deutsche und Münchener Heimat nicht mehr zu denken war. Die ihm durch eine Auftragsarbeit winkende Aussicht, seine Existenz angesichts seiner Notlage auf die sichere Grundlage einer regelmäßigen Zuwendung zu stellen, dürfte eine mächtige Triebfeder für ihn gewesen sein, zumal sich manches Nebenprodukt der Arbeit zugleich für journalistische Veröffentlichungen eignete[67]). Daneben und vor allem mußte ihm bewußt werden, daß er vielleicht bald einer der letzten zuverlässigen Zeugen jener Jahre und jener Vorgänge sein würde, und wie lange zu leben war ihm selbst, dem jetzt Sechsundsiebzigjährigen, noch vergönnt? Ständig erhielt er Nachricht vom Tode einstiger Mitkämpfer, in Deutschland, die meisten in der Emigration wie er. Von Mal zu Mal reduzierte sich damit die Zahl der befragbaren Zeugen. War

leren Kenntnis pazifistischer Zusammenhänge ohnedies nur auf mehr oder veniger große Ausschnitte aus der Geschichte des Pazifismus beschränkt, o hinterließen sie jedenfalls, soweit ihm bekannt war, keine der seinigen 'ergleichbare Darstellung jener Zeit, und mit ihrem Tod ging in aller Regel uch das etwa noch in ihren Händen gewesene schriftliche Material verloren. Nach Lage der Dinge konnte also nur er, Quidde, eine den Umständen entprechend optimale historiographische Arbeit liefern.

Indem er sich dies vergegenwärtigte, mußte ihm klar sein, daß er damit ugleich einen Wettlauf gegen die Zeit aufnahm. Immerhin lagen die zu childernden Geschehnisse zwanzig Jahre zurück, und es war zu befürchten, laß seine Erinnerung ihn angesichts der Fülle der zu rekonstruierenden Details immer wieder im Stich lassen würde. Überdies standen ihm in Genf ur Überprüfung der von ihm genannten Fakten seiner Darstellung nicht ibermäßig viele Hilfsmittel zur Verfügung. Es mußte als ein Glücksfall gelten, daß der Freund Hans Wehberg, der ohnedies als Registrator und Gutachter der Fortschritte seiner Arbeit gegenüber dem Nobel-Komitee des Storting diente und alljährlich die von Quidde verfaßten Rechenschaftsberichte[68]) mit dem jedesmal neu zu stellenden Antrag auf Fortsetzung der Subvention nach Oslo weiterleitete, ebenfalls in Genf lebte und in manchen Einzelheiten um Rat gefragt werden konnte.

Neben den genannten Motiven war ein letztes Motiv von wesentlicher, wenn nicht gar ausschlaggebender Bedeutung. Mit einem Werk über die Geschichte des deutschen Pazifismus im Weltkrieg nahm Quidde eine einzigartige Chance wahr, seine eigene beträchtliche Rolle in den Jahren 1914–1918 so zu beschreiben, wie er sie sah und wie er wünschte, daß andere sie sahen. Über seine Rolle im Ersten Weltkrieg gab es im In- und Ausland Versionen, die ihm nicht nur erfreulich sein konnten und die manche der Schwierigkeiten erklären halfen, denen er sich im Laufe der Nachkriegszeit innerhalb der deutschen und auch der internationalen Friedensbewegung gegenübergesehen hatte. Vermeintlich oder tatsächlich falscher Legendenbildung entgegenzuwirken und womöglich eine positive Legende der eigenen Tätigkeit aufzubauen, konnte demnach ebenfalls eine starke Antriebskraft hinter dem Plan Quiddes sein und begründen, weshalb gerade jene Phase und nicht die der Vorkriegszeit oder die der Weimarer Republik für eine historiographische Behandlung ausgewählt wurde[69]).

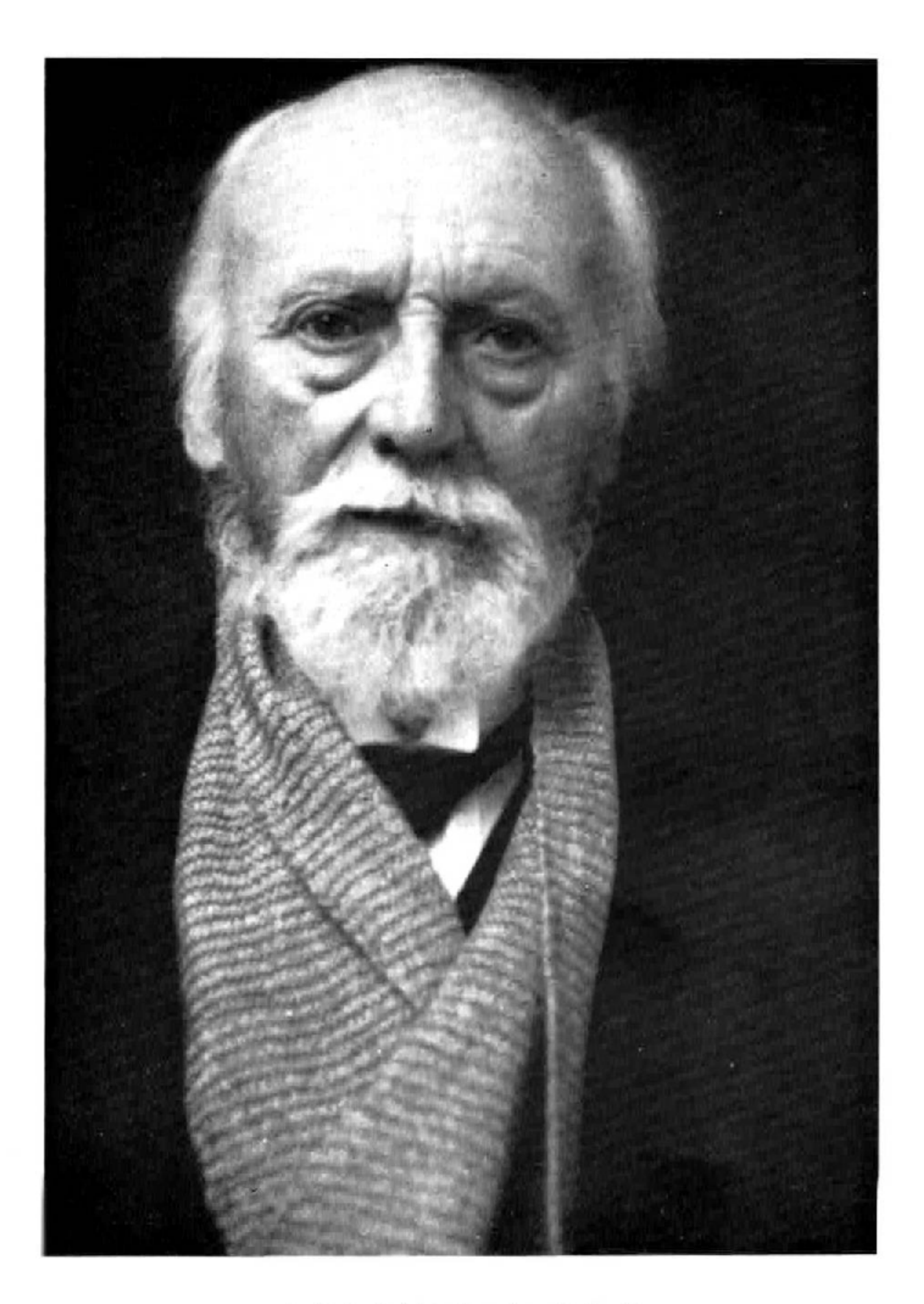
Aber vertrug es sich mit dem Ethos des gewissenhaften Geschichtsforschers, sich selbst von Verdachtsmomenten zu reinigen, wo ihnen zumindest der Schein von Berechtigung anhaftete? Zu sehr erfahrener Historiker, wußte Quidde wohl, daß an seinem Wege Gefahren lauerten, die sein Werk zu einem Fall memoirenmäßiger Rechtfertigungsliteratur deformieren lassen konnten. Dennoch ist er im großen und ganzen jenen Gefahren nicht erlegen, und man wird sagen müssen, daß er sein Werk ebensosehr von Selbstbeweihräucherung wie von larmoyanter Klage über ungerechte Behandlung freizuhalten gewußt, im Gegenteil die Leistungen seiner pazifistischen Zeitgenossen chronistisch einwandfrei dargestellt und seine eigenen Fehlleistun-

gen selbstkritisch registriert hat. Daß er darüber hinaus solche Urteile, die aus seiner Sicht Fehlurteile darstellten, zu korrigieren versuchte, wird man demgegenüber als legitim betrachten müssen. Und überhaupt steckt die von ihm vertretene und gewünschte Sicht der Dinge in erster Linie in seiner subjektiven Darstellung, in Anlage und Duktus seiner Argumentation selbst.

Es war bereits die Rede von Akten, deren Überführung von Deutschland in die Schweiz Quidde geglückt war und ohne deren Verfügbarkeit die ins Auge gefaßte Arbeit schlechterdings unmöglich gewesen wäre. Aus seiner darin enthaltenen Handakte mit die Tätigkeit der deutschen Friedensbewegung im Ersten Weltkrieg betreffenden Dokumenten sowie aus Papieren, die ihm Fritz Röttcher auf seine Bitte hin überlassen hatte, legte Quidde eine umfangreiche Dokumentensammlung[70]) an. Diese sollte ihm vor allem als Rekonstruktionshilfe bei seiner Arbeit aus der Erinnerung dienen, daneben für einen etwaigen Abdruck einzelner Dokumente daraus in einem Anhang des Gesamtwerkes bereitliegen. Daß Quidde seine Darstellung durch einen Anhang mit Beilagen ergänzen wollte, geht zweifelsfrei aus seinen häufigen Hinweisen auf solche Beilagen hervor. Entsprechend dieser Intention Quiddes sind deshalb die von ihm bezeichneten Beilagen in einem Anhang der vorliegenden Edition beigegeben worden. Daran schließen sich fünf weitere vom Herausgeber ausgewählte Beilagen an, die, teils wegen ihres illustrativen Charakters, teils weil sie von Quidde beschriebene Sachverhalte differenzierter und präziser darstellen, als es Quidde selbst möglich war, einen Abdruck im Rahmen der Edition rechtfertigen. Einen guten Einblick in die Fülle der von Quidde herangezogenen Materialien und auch in seine Arbeitsweise gewährt das in seinem Nachlaß enthaltene „Chronologische Verzeichnis"[71]).

Darüberhinaus bat Quidde ihm bekannte emigrierte deutsche Pazifisten darum, ihm wichtige Details mitzuteilen. Aber damit ließ sich allenfalls eine subsidiäre und keineswegs ausschlaggebende Quelle erschließen: mit der Hektik der außenpolitischen Ereignisse wechselten die Aufenthaltsorte jener Emigranten; daß sie sich dabei mit der Aufbewahrung, Sicherung und Weitergabe von Materialien belasteten, verbot sich in den meisten Fällen von selbst, wenn sie nicht gar, wie es vielfach geschehen war, Hals über Kopf und natürlich ohne ihre privaten Archive mitnehmen zu können, Deutschland hatten verlassen müssen. Allenfalls für schriftliche Auskünfte konnten sie also in Frage kommen, und Quidde hat davon in einigen wenigen Fällen auch Gebrauch machen können, so etwa im Falle von Fritz Röttcher[72]) und Elsbeth Bruck[73]). Seit der Annexion Österreichs, des Sudetenlandes, dann der Resttschechoslowakei, schließlich vollends mit dem Ausbruch des Zweiten Weltkriegs verengte sich die Existenzmöglichkeit aller deutschen Emigranten rapide und einschneidend. Auch für den in seiner Reisetätigkeit zunehmend eingeschränkten Quidde wurde damit die Möglichkeit zusätzlicher Informationsbeschaffung drastisch reduziert.

Vor diesem Hintergrund wird man die zermürbende Wirkung des Schocks zu ermessen haben, den Quidde mit der Besetzung Norwegens



Ludwig Quidde in seiner Exilzeit

durch deutsche Truppen Anfang April 1940 empfand. Zunächst einmal würden damit die regelmäßigen Subsidien des Nobel-Komitees des Storting endgültig versiegen, nachdem ihm das Komitee am 7. März 1939 erneut 3000 Kronen bewilligt[74]), einen am 26. Januar 1940 von Quidde mit dem Hinweis auf die gestiegenen Lebenshaltungskosten erbetene Erhöhung der Subvention auf 3600 Kronen[75]) abgelehnt und stattdessen nur noch eine Summe von 2000 Kronen zugestanden hatte[76]). Aber was ebenso schwer wog und Quidde nahezu unerträglich belastet haben muß: das freie, ihm für seine Arbeit noch offenstehende Europa hatte eine weitere Schrumpfung erfahren. Bald kamen die Niederlande, Belgien, Frankreich an die Reihe. Würde der deutsche Faschismus die neutrale Schweiz verschonen?

Weitere Schicksalsschläge kamen hinzu. Ende April 1940 erreichte ihn die Nachricht vom Tode seiner Frau. Wie Wehberg später einem Verwandten Quiddes mitteilte[77]), erwog Quidde danach die Eheschließung mit Frau Kleinschmidt. Dieser Plan zerschlug sich jedoch wegen der inzwischen erfolgten Ausbürgerung Quiddes, die Frau Kleinschmidt im Falle der Eheschließung ebenfalls staatenlos gemacht und in erhebliche Schwierigkeiten hinsichtlich ihres Aufenthaltes in der Schweiz gebracht hätte.

Ungeachtet derartiger Belastungen arbeitete Quidde, nachdem er in früheren Jahren wegen seiner Arbeit für das Hilfskomitee gelegentlich längere Pausen hatte einlegen müssen, nun an seinem Alterswerk stetig weiter, am Ende vielleicht noch eiliger als zuvor, und wie ernst es ihm mit dem Abschluß der Arbeit zu tun war, offenbaren gelegentliche Mitteilungen an alte Bekannte und Freunde über das Werk und dessen Fortgang[78]). Eine Datierung von Quiddes Hand vom 14. September 1940[79]) läßt erkennen, daß er noch zu diesem Zeitpunkt intensiv mit seinem Werk beschäftigt war. Aber was Wehberg von Quiddes schriftstellerischer Arbeit allgemein feststellte, bestätigte sich auch bei seinem letzten Werk: „Zu viel Fragen des Alltags nahmen ihn immer wieder gefangen". Außerdem habe, so meinte Wehberg, „schon früher seine Tragik darin bestanden, daß er größere Werke zwar zu schreiben begonnen, aber nicht leicht vollendet hatte"[80]).

Überlieferung und Textgestaltung

Die Arbeit Quiddes ist in drei Exemplaren eines ersten Teiles und einem Exemplar eines zweiten Teiles erhalten.
Im einzelnen handelt es sich um

1 a) ein in einem blauen Aktendeckel liegendes Typoskript[81]) mit einem Umfang von 89 Blättern (Format: etwa DIN A 4). Der Aktendeckel trägt in Quiddes Handschrift die Aufschrift „Der deutsche Pazifismus während des Weltkrieges (Erstes Exemplar)". Das Typoskript enthält ein Umschlagblatt mit der Aufschrift in Quiddes Handschrift „Der deutsche Pazifismus während des Weltkrieges. 1. Exemplar." und dem Zusatz: „Es fehlt Kapitel IV Bund Neues Vaterland und Zentralorganisation für dauernden Frieden".

b) ein Manuskript[82]) in der Handschrift Quiddes auf weißen Blättern (Format: etwa DIN A 5). Das Manuskript enthält das Kapitel IX „Unter dem Druck militärischer Verbote" (55 Blätter) sowie das Kapitel X „Die Zentralstelle Völkerrecht bis Ende des Jahres 1916" (26 Blätter).

2) ein in einem blauen Aktendeckel liegendes Typoskript[83]) mit einem Umfang von 103 Blättern (Format: etwa DIN A 4). Der Aktendeckel trägt in Quiddes Handschrift die Aufschrift „Der deutsche Pazifismus während des Weltkrieges. Zweites Exemplar". Das Typoskript enthält ein Umschlagblatt mit der Aufschrift in Quiddes Handschrift „Der deutsche Pazifismus während des Weltkrieges. Zweites Exemplar. Es ist das einzige Exemplar, in dem die Umstellung vorgenommen ist, die nötig wurde, da ich das 3. u. 4. Kriegsflugblatt fälschlich ins Jahr 1915 statt 1914 gesetzt hatte. Das einzige auch, in das alle Nachträge eingereiht sind. 14. II. 37."

3) ein Manuskript[84]) in der Handschrift Quiddes auf weißen Blättern (Format: etwa DIN A 5). Dieser Teil des Manuskripts schließt an das Kapitel IX an und enthält die überwiegende Zahl der Kapitel, nämlich 21 und einen Teil des Kapitels „Friedensbedingungen Frühjahr 1919".

4) ein Typoskript[85]) mit einer Aufschrift in der Handschrift Quiddes auf dem das Typoskript enthaltenden Aktendeckel „Manuskript V VI. zugleich Der deutsche Pazifismus während des Weltkrieges 3. Exemplar."

Ein Vergleich der einzelnen Exemplare des Typoskripts ergibt zunächst, daß die Exemplare 1a, 2 und 4 die Erstschrift und zwei Durchschriften des in maschinenschriftlicher Fassung vorliegenden ersten Teils des Gesamtwerkes darstellen. Darüber hinaus handelt es sich aber auch um drei verschiedene Bearbeitungsstufen des Textes, wobei die am weitesten fortgeschrittene Fassung – und zwar aufgrund von offenbar späteren Korrekturen und Hinzufügungen von Quiddes Hand – das erste Exemplar (1a) darstellt. (Quidde hat, so scheint es, versäumt, die auf dem zweiten Exemplar vorgenommene, seiner Erinnerung dienende Eintragung später zu annullieren.) Einen Hinweis auf unterscheidbare Bearbeitungsstufen liefert auch der Befund, daß Quidde nur an den Exemplaren 1a und 2 eine Paginierung vorgenommen hat. Das Exemplar 4 dagegen weist keine Hinweise auf eine weitere Bearbeitung auf.

Das Manuskript 3 übertrifft an Umfang bei weitem die einzelnen maschinenschriftlichen Exemplare, zu welchen es inhaltlich jeweils die Fortsetzung bildet. Es ist offenkundig, daß Quidde sich mit fortschreitender Zeit nicht mehr mit einer maschinenschriftlichen Reinschrift aufhalten wollte, sondern – oft mit eiliger Hand – den Text niederschrieb, wohl in der Hoffnung, die maschinenschriftliche Abschrift später, nach völligem Abschluß des Werkes, nachholen zu können. Er selbst hat den Verzicht auf eine vorzeitige maschinenschriftliche Reinschrift mit der „Notwendigkeit nachträglicher Überarbeitung"[86]) begründet. Während die Anfertigung des Typoskripts von einer Bekannten Quiddes und Wehbergs, Frau Böhmer-Springer[87]), sowie von

Frau Charlotte Kleinschmidt (Mutter und/oder Tochter) besorgt worden war, fand Quidde auch vielleicht jetzt niemanden mehr, der sich unentgeltlich der Mühe unterzog, seine schwieriger werdende Handschrift zu entziffern oder nach seinem Diktat in die Maschine zu schreiben.

Unter dem Gesichtspunkt, nach Möglichkeit den geschlossensten Eindruck von Quiddes Absichten, seiner Planung und der von ihm vorgenommenen Organisation des Stoffes zu vermitteln, ergab sich die Notwendigkeit, für die Edition das Exemplar 1a auszuwählen, ihm das Manuskript 3 folgen zu lassen und das Manuskript 1b, Kapitel IX, an dafür von Quidde vorgesehener Stelle einzufügen. Das Exemplar 2 wurde zur vergleichenden Kontrolle und zur Ergänzung von Fehlendem[88]) herangezogen.

Auf jeden Fall liegt damit freilich nur ein Torso vor. Weder hat Quidde seine Absichten zu einem vollen Abschluß führen können – es fehlen sieben Kapitel und die Schlußbetrachtung, dazu noch ein Teil des Kapitels „Die Friedensbedingungen Frühjahr 1919" –, noch hat er Zeit zu einer redaktionellen und stilistischen Überarbeitung seines Werkes gefunden, geschweige denn zu einer Überprüfung der Zitate und Fundorte. Andererseits war das Werk weiter gediehen, als Wehberg annahm, der davon spricht, daß von den beabsichtigten 35 Kapiteln etwa die Hälfte zur Ausführung gelangt seien.

Um dem Benutzer einen Begriff von den Absichten Quiddes in Bezug auf die inhaltliche Gestaltung wie auf die Anordnung und Auswahl des noch zu bearbeitenden Stoffes zu vermitteln, werden im Anschluß an den Text die Notizen Quiddes zum unvollendeten Kapitel „Die Friedensbedingungen" abgedruckt, die Quidde kurz vor seinem Tod niedergeschrieben haben dürfte[90]).

An zwei Stellen sind Materialien bzw. Teile von Quiddes Konzept eingefügt[91]), die im Zusammenhang mit seiner Absicht stehen, die Situation und *die Tätigkeit von Vertretern des deutschen Pazifismus sowie im Ersten Welt*krieg emigrierter deutscher Pazifisten darzustellen[92]).

Der textliche Zustand des Manuskripts wurde unverändert erhalten, doch wurden Orthographie und Interpunktion der heutigen Praxis stillschweigend angeglichen. Offensichtliche Versehen Quiddes wurden ebenfalls stillschweigend korrigiert. Dies gilt auch für die bei der Überprüfung von Quiddes Quellen- und Literaturverweisen festgestellten Unrichtigkeiten. Eckige Klammern bezeichnen Ergänzungen des Herausgebers. Bei der Numerierung der Kapitel ab Kapitel XI stellen die jeweils in Klammern gesetzten römischen Ziffern Quiddes ältere Zählung dar[93]). Die Anmerkungen Quiddes sind an den Fuß der entsprechenden Textseite gestellt, während die Anmerkungen des Herausgebers geschlossen nach hinten (S. 323 ff.) gerückt wurden.

Der deutsche Pazifismus während des Weltkrieges

Einleitung, Standpunkt des Verfassers, Quellen und Bearbeitungen

Die Aufgabe, die Geschichte des deutschen Pazifismus während des Weltkrieges zu schreiben, hat mich zunächst vor die Frage gestellt, wie ich es mit mir selbst halten sollte, ob ich von mir in der ersten oder in der dritten Person zu sprechen hätte. Ich habe während des Krieges so sehr im Mittelpunkt des organisierten deutschen Pazifismus gestanden, als Vorsitzender der Deutschen Friedensgesellschaft, dann als Geschäftsführer der „Zentralstelle Völkerrecht", auch als Verfasser fast aller Kundgebungen, Eingaben und Denkschriften, die namens der Organisationen hinausgegangen sind, daß eine Darstellung unserer Tätigkeit, von mir geschrieben, zu einem guten Teil autobiographischen Charakter tragen wird. Es schien mir richtiger, das offen hervortreten zu lassen, als durch eine Stilisierung, die Ludwig Quidde wie alle anderen in der dritten Person vorführt, eine Objektivität vorzutäuschen, die in Wirklichkeit nicht vorhanden ist. Die Objektivität eines unbeteiligten Historikers ist dieser Schrift versagt, sowohl was die Auswahl der Tatsachen anbelangt, wie auch im Urteil über unser Tun und Lassen. Es ist unvermeidlich, daß Geschehnisse, an denen ich persönlich beteiligt war oder die durch persönliche Berührung meinem Interesse nahegerückt wurden, stärker hervortreten als solche, die mir nur durch Quellen anderer Art bekannt geworden sind. Es ist auch unvermeidlich, daß ich mich nicht werde ganz frei machen können von der Vorherrschaft jener Motive, die mein Handeln und das meiner Freunde bestimmt haben. Man sagt mir ein hohes Maß von Objektivität nach, und man wird finden, daß ich versuche, an unserer Tätigkeit Kritik zu üben, auch der Tätigkeit von Gegnern rechts und links, Nationalisten und „radikalen" Pazifisten gerecht zu werden. Aber man soll niemals vergessen, daß hier jemand berichtet, der zu den Mithandelnden gehörte und der für die Haltung des organisierten deutschen Pazifismus während des Krieges mehr als irgend jemand sonst die Verantwortung trägt. Deshalb das subjektive „Ich", und nicht das objektive „Er".

Dieses subjektive und autobiographische Element in meiner Darstellung veranlaßt mich auch, mit ihr nicht beim Ausbruch des Krieges einzusetzen, sondern ein Vierteljahr vorher mit meiner Wahl zum Vorsitzenden der Deutschen Friedensgesellschaft auf der Generalversammlung in Kaiserslautern.

Auch das zur Verfügung stehende Quellenmaterial gibt der Darstellung unvermeidlich eine gewisse Subjektivität. Um die Geschichte des deutschen

Pazifismus während des Weltkrieges nach allen Seiten gleichmäßig aufzuhellen, müßte man neben den gedruckten Quellen die Archive der verschiedenen militärischen Behörden, die Akten der pazifistischen Organisationen und die Erinnerungen aller mitwirkenden Personen heranziehen können. Den Zugang zu den Archiven verwehren heute die Behörden, die Akten der Deutschen Friedensgesellschaft und jene der Liga für Menschenrechte[1] sind, als die Nationalsozialisten zur Macht kamen, beschlagnahmt worden. Meine pazifistische Korrespondenz aus der Kriegszeit, sorgsam aufgehoben und geordnet, würde dafür einen Ersatz geboten haben. Aber auch sie hat das Schicksal der Beschlagnahme erreicht, als ich versuchte, sie der Bibliothek des Völkerbundes anzuvertrauen. Ein Austausch der Erinnerungen mit den während des Krieges tätigen Freunden, soweit diese noch in Deutschland leben, ist ausgeschlossen, da man durch Erkundigungen sie kompromittieren würde.

Neben der gedruckten Literatur steht mir nur eine Sammlung von Dokumenten, Denkschriften, Flugblättern etc. zur Verfügung, die ich während des Krieges in einem „Handakt" zusammengelegt habe, ergänzt durch eine ähnliche Sammlung Fritz Röttchers[94]), des früheren Sekretärs der Deutschen Friedensgesellschaft, dem ich für Überlassung seiner Materialien sehr zu Dank verpflichtet bin. Die so ergänzte Sammlung ist gewiß eine sehr wertvolle Quelle. Doch schiebt sie natürlich die Ereignisse, an denen ich persönlich oder das Sekretariat der Deutschen Friedensgesellschaft beteiligt war, stark in den Vordergrund. Andererseits habe ich, je mehr meine Arbeit fortschritt, um so mehr die Lückenhaftigkeit dieser Dokumentensammlung empfunden. Es fehlt z. B. ein Teil der militärischen Verfügungen, durch die unsere Tätig-

---

[1] Lehmann[95]) erwähnt Seite 58 eine ihm vorliegende Hunderte von Schriftstücken umfassende „Darstellung der Geschehnisse des Schriftwechsels mit dem Oberkommando in den Marken". Er hat sie nur wenig benutzt, da sein Interesse anderen Ereignissen zugewandt war.

Berichte über die Tätigkeit des Nationalen (später „Deutschen") Frauenausschusses für dauernden Frieden, seit Mai 1919 Internationale Liga für Friede und Freiheit, deutscher Zweig, sind gegeben in den Heften „Völkerversöhnende Frauenarbeit". Von ihnen geht uns an das erste, „Völkerversöhnende Frauenarbeit während des Weltkrieges, Juli 1914 bis November 1918" (64 Seiten stark) und teilweise noch das zweite, „Völkerversöhnende Frauenarbeit. November 1918 bis Dezember 1920" (36 Seiten). Diese Berichte geben Stimmungsbilder und die vom Frauenausschuß ausgegangenen Kundgebungen, Eingaben und Proteste, teils im Wortlaut, teils im Auszug, leider zum Teil ohne genaueres Datum.

Die aus der Kriegszeit stammende Schrift „Pazifismus und Belagerungszustand. Eine Eingabe an den Deutschen Reichstag (vom 1. Juli 1917) nebst einer Denkschrift ‚Die Handhabung des Gesetzes über den Belagerungszustand gegenüber den deutschen Pazifisten' und einem Anhang von Beilagen, enthaltend Dokumente des Pazifismus" (Druck der Union-Druckerei und Verlagsanstalt, G.m.b.H., Frankfurt 1917, 72 Seiten stark) verarbeitet ein gewaltiges Material und ergänzt oft durch genauere Angaben, was sich aus anderen Quellen ergibt[96]).

keit verboten wurde, ebenso ein Teil unserer Beschwerdeschriften. Sie stecken in den beschlagnahmten Akten der Friedensgesellschaft oder, soweit sie mich persönlich angingen, in meiner beschlagnahmten pazifistischen Korrespondenz. Erhalten sind gedruckte Jahresberichte des Deutschen Zweiges der Internationalen Frauenliga. Zu dem Aktenmaterial kommen, natürlich mit großer Vorsicht zu benutzen, meine eigenen Erinnerungen und die einiger Freunde.

Das Thema, dem meine Arbeit gilt, hat schon zwei Bearbeiter gefunden, 1926 durch Gustav Fuchs[1] in einer Bonner, und 1935 durch Gerda Starker[2]

---

[1] Die Schrift von Gustav Fuchs: Der deutsche Pazifismus im Weltkriege. Erschienen als Heft 4 der „Beiträge zur Geschichte der nachbismarckischen Zeit und des Weltkrieges", hrsg. von Prof. Dr. Fritz Kern in Bonn (Stuttgart 1926, Umfang 27 Seiten) ist eine höchst einseitige Behandlung des Themas[97]). Sie beschäftigt sich, wenn nicht ausschließlich, doch vorzugsweise mit den Äußerungen einzelner Pazifisten wie Schücking[98]), Wehberg[99]), Fried[100]), Friedrich-Wilhelm Foerster[101]), Popert[102]), die alle an der verantwortlichen Leitung der deutschen pazifistischen Organisationen nicht beteiligt waren, oder auch, wie Richard Grelling[103]), der Verfasser von „J'accuse", oder Graf Montgelas[104]) gar keine Beziehungen zu ihnen hatten, während über die Stellungnahme der Deutschen Friedensgesellschaft, des Bundes Neues Vaterland oder der Zentralstelle Völkerrecht fast kein Wort zu finden ist. Wie wenig der Verfasser über die Friedensbewegung unterrichtet ist, ergibt sich schon daraus, daß er es fertigbekommt zu behaupten, (S. 4) der deutsche Pazifismus habe, „bis zu dem Mißerfolg im Haag nur die Abrüstung gefordert" (unsere Leser werden wissen, daß das Gegenteil richtig ist), und die Folge der internationalen Ablehnung des russischen Abrüstungsantrages sei „ein heftiger Kampf im pazifistischen Lager" gewesen. Wir haben in unseren Organisationen von diesem Kampf nichts gemerkt.

[2] Gerda Starker: Die geschichtliche Entwicklung des Pazifismus seit 1900. Ein Beitrag zum Zusammenbruch Deutschlands im Weltkrieg. Heidelberger Inaugural-Dissertation. Düsseldorf 1935, Nolte. 67 S. Der Haupttitel erweckt eine irrige Vorstellung vom Inhalt; denn die Untersuchung geht nicht über 1918 hinaus, nicht einmal bis zum Friedensschluß, geschweige denn bis zur Gegenwart. Ein einleitender Abschnitt (S. 1–11) behandelt den „Pazifismus in seinen verschiedenen Richtungen". Im zweiten Abschnitt „Geschichtliche Entwicklung des deutschen Pazifismus in der Zeit von 1900–1918" sind 18 S. (S. 11–29) dem eigentlichen Pazifismus gewidmet. Er wird von der Verfasserin „Rechtspazifismus" genannt; gemeint ist damit der Pazifismus, der eine Rechtsordnung erstrebt. Knappe 8 Seiten kommen auf die Kriegszeit, deren Darstellung doch den „Beitrag zum Zusammenbruch" liefern müßte. Der größere Teil der Schrift (S. 28–61) gilt dem „Marxistischen Pazifismus", d. h. der Haltung der deutschen Sozialdemokratie (S. 35–61) während der Kriegszeit. Ein Schlußabschnitt „Zusammenfassung" beschäftigt sich fast ausschließlich mit der Sozialdemokratie. Diese Inhaltsübersicht zeigt schon, wie außerordentlich dürftig trotz der im Nebentitel ausgesprochenen Absicht unser Thema, die Stellung des deutschen Pazifismus zum Kriege, behandelt ist. Die Verfasserin nennt weder die von der Deutschen Friedensgesellschaft herausgegebenen Zeitschriften, noch die Berichte über die von ihr veranstalteten deutschen Friedenskongresse. Immerhin wird hie und da auf Kundgebunden unserer Organisationen Bezug genommen. Selbst wenn man das als einen Vorzug gegenüber der Fuchs'schen Schrift gelten lassen möchte, wird er mehr als aufgewogen durch die Oberflächlichkeit

in einer Heidelberger Dissertation. Ganz abgesehen von der anti-pazifistischen Tendenz darf man wohl sagen, daß beide Arbeiten, auch wenn man nur den Maßstab skizzenhafter Behandlung anlegt und den notgedrungenen Verzicht auf Benutzung ungedruckter Quellen in Rechnung zieht, höchst ungenügend sind. Sie haben mir für meine Arbeit nicht den geringsten Nutzen gebracht.

Weit höher steht die Schrift „Weltkrieg ohne Waffen" von Hans Thimme[1]. Sie behandelt laut Nebentitel „die Propaganda der Westmächte gegen Deutschland, ihre Wirkung und ihre Abwehr"[106]). Unser Thema berührt sie nur in den Abschnitten, die den pazifistischen Emigranten, besonders in der Schweiz, dem Kreise um die „Freie Zeitung" gewidmet sind. Die Tätigkeit des organisierten deutschen Pazifismus wird von ihr nicht berührt. Im Personenregister findet sich kein einziger Name aus dem Kreise der in Deutschland tätigen Pazifisten. Die Angaben Thimmes sind in meinem Kapitel XII benutzt.

Einen Teil meines Themas behandelt Otto Lehmann-Rußbüldt in den ersten Abschnitten seines Buches[2] „Der Kampf der Deutschen Liga für Menschenrechte für den Weltfrieden 1914–1927". Lehmann hat natürlich die Akten der Liga benutzen können und entschädigt uns dadurch etwas für deren Verlust. Auffallend dürftig und ungenau ist, was er über die Jahre 1916–17 sagt, erklärlich vielleicht dadurch, daß er zum Heere eingezogen wurde und nur manchmal auf Urlaub nach Berlin kam.

I. Die Deutsche Friedensgesellschaft vor Kriegsausbruch

Seit im Jahre 1900 der Sitz der 1892 gegründeten Deutschen Friedensgesellschaft von Berlin nach Stuttgart verlegt wurde, war Dr. Adolf Richter[107]) in Pforzheim ihr Vorsitzender. Er gehörte zu den wenigen in Deutschland, die den internationalen Friedensbestrebungen ihr tätiges Interesse zugewandt hatten. Er war seit 1879 Mitglied der 1867 gegründeten «Ligue internationale de la Paix et de la Liberté»[108]), die ihn 1896 in ihr Komitee wählte, und hatte,

---

der Darstellung und durch die weit stärker als bei Fuchs hervortretende gehässige Tendenz[105]). Der Wille der Pazifisten, im Kriege eine Friedensorganisation aufzubauen, ist der Verfasserin der erste Schritt zum Volksverrat, den sie trotz Anerkennung der „subjektiven Lauterkeit des weltanschaulichen Pazifismus" (S. 63) im Lauf der Jahre vollendet sieht. Besonders hat sie, die Düsseldorferin, es auf ihren Landsmann Wehberg abgesehen. Da dieser eine Anklage speziell gegen den deutschen Militarismus erhob, „stempelte er sich selbst zu einem verantwortungslosen Volksverräter, der nicht scharf genug als solcher für alle Zeiten gebrandmarkt werden kann". Das Zitat genügt wohl zur Charakteristik.

[1] Stuttgart und Berlin 1932, Cotta, 294 S.

[2] Berlin 1927, Hensel & Co., 190 S.

soviel ich weiß, als einziger Deutscher an den Weltfriedenskongressen in Rom 1891, in Bern 1892, in Chicago 1893 teilgenommen, dann auch zusammen mit Vertretern der Deutschen Friedensgesellschaft die Kongresse in Antwerpen 1894 und in Budapest 1896 besucht und den Hamburger Kongreß 1897 geleitet.

Mir ist noch lebhaft in Erinnerung, wie auf dem ersten demokratischen Parteitag, an dem ich teilgenommen habe, dem Mainzer 1893, Richter, den ich dort erst kennenlernte, berichtete, er habe auf dem Friedenskongreß in Chicago der Versammlung erzählt, es gäbe in Deutschland eine Partei, die sich in ihrem Programm zum Friedens- und Freiheitsbund der Völker bekenne.

Richter war ausgezeichnet durch eine allen Versuchungen standhaltende gefestigte Überzeugung und durch ein sicheres, ruhiges Urteil, kein fortreißender Redner, aber ein sicherer Führer. Seiner besonnenen Leitung ist die Friedensgesellschaft – oder sagen wir nach deren Auflösung allgemeiner: die Friedenssache – unvergänglichen Dank schuldig. Seit etwa 1904 kränkelte er, so daß er sich die Teilnahme an mehreren internationalen Kongressen versagen mußte. Sobald er auch nur „kümmerlich genas", war er wieder auf dem Posten, führte den Vorsitz in der Friedensgesellschaft und auf unseren nationalen Kongressen.

Als er zu Anfang des Jahres 1914 erkannt hatte, daß ihm sein Gesundheitszustand nicht mehr erlauben würde, das Amt des Vorsitzenden weiter wahrzunehmen, berief er einen Kreis von Freunden an sein Krankenlager nach Pforzheim. Seine Absicht war, sein Haus zu bestellen und eine Verständigung über die Wahl des Nachfolgers herbeizuführen.

Otto Umfrid[109]) in Stuttgart, der die vielen Jahre seit 1900 der zweite Vorsitzende war und mehr als irgend ein anderer Reichsdeutscher mit Wort und Schrift für die Friedenssache gewirkt hatte, war nicht anwesend und, soviel ich weiß, auch nicht geladen. Von der Stuttgarter Geschäftsleitung war nur der treffliche Schriftführer Wilhelm Hartmann[110]) zugegen. Die Übergehung Umfrids und die Ignorierung des so naheliegenden Gedankens, den verdienten II. Vorsitzenden zum Nachfolger zu wählen, geht, wenn ich nicht sehr irre, darauf zurück, daß Richter trotz der Wertschätzung, die er selbstverständlich für Umfrids rastlose Tätigkeit hegte, ihm nicht die für die Leitung der Bewegung nötige Besonnenheit zutraute, genügend Realismus, neben dem hochfliegenden Idealismus, besonders in den politischen Fragen. Auch spielte wohl die Erwägung eine Rolle, daß dem Vorsitzenden der Friedensgesellschaft die Leitung der deutschen Delegation auf den internationalen Kongressen gebührte und daß Umfrid dafür, da seine Kenntnis fremder Sprachen nicht ausreichte, nicht in Betracht kommen konnte. Richter hat überhaupt – *wie ja schon seine Teilnahme an der Gründung des Berner Bureaus[111]) und* an den im Ausland abgehaltenen internationalen Kongressen beweist – auf innige Fühlungnahme mit der internationalen Bewegung viel mehr Wert gelegt als die Stuttgarter Geschäftsleitung, Umfrid eingeschlossen. Genug, Umfrid wurde zu der Besprechung nicht zugezogen, und nicht er selbst,

sondern auch seine Stuttgarter Freunde haben das begreiflicherweise bitter empfunden.

Richters Wunsch war in erster Linie, Dr. Heinrich Rößler[112]) in Frankfurt als Vorsitzenden zu gewinnen. Dieser lehnte entschieden ab. Nun war guter Rat teuer. Ziemlich allgemein hieß es, es sei eigentlich gegeben, mich, der ich, seit Dr. Richter durch sein Befinden am Besuch der internationalen Kongresse verhindert war, d. h. seit 1905, dort die Leitung der deutschen Vertretung gehabt hatte, und der ich außerdem durch Organisation und Leitung des Münchener Kongresses 1907 eine starke Stellung gegenüber den ausländischen Organisationen gewonnen hatte, zum Vorsitzenden zu wählen. Dem stand aber entgegen, daß die Friedensgesellschaft Wert darauf legen mußte, bei Kundgebungen und Eingaben an die Reichsregierung nicht von vornherein verschlossene Türen zu finden, und daß deshalb durch den „Caligula"[113]) meine Kandidatur ausgeschlossen sei. Ich selbst teilte diese Bedenken[114]). Andere Kandidaturen, die vorübergehend auftauchten, darunter die Edouard de Neufvilles[115]), schienen auch nicht annehmbar. Man ging in Pforzheim ohne Ergebnis auseinander. Dr. Richter machte mir nachher starke Vorwürfe, daß sowohl Dr. Rößler wie ich ihn durch unsere Weigerung im Stich gelassen hätten, was ja nur insofern stimmte, als ich die von so ziemlich allen Anwesenden gegen meine Kandidatur geäußerten Bedenken als berechtigt anerkannt hatte.

Schließlich einigte man sich faute de mieux darauf, mich zu wählen. Das geschah auf der Generalversammlung, die mit dem Deutschen Friedenskongreß in Kaiserslautern verbunden war, im Mai 1914.

Es war natürlich ein Mißstand, daß der Vorsitzende seinen Wohnsitz in München hatte, während die Geschäftsleitung und das Sekretariat selbstverständlich in Stuttgart verblieben. Aber man hatte diesen Mißstand schon vierzehn Jahre, wenn auch mit allerhand Unbequemlichkeiten, ohne wesentliche Nachteile ertragen, und man rechnete darauf, daß ich von München zu den Sitzungen nach Stuttgart herüber kommen würde, wie Richter es von Pforzheim aus getan hatte.

Umfrid hatte es nicht ohne Bitterkeit hingenommen, daß man über seinen Kopf weg mich zum Vorsitzenden machte. Aber er hat es mich nicht entgelten lassen, und wir haben, so lange er noch teilnehmen konnte, auf das beste und freundschaftlichste zusammengearbeitet.

Auf dem Kongreß in Kaiserslautern war Gaston Moch[116]) als Vertreter französischer Pazifisten anwesend. Wir freuten uns der Fortschritte unserer Arbeiten für die Gründung einer Deutsch-Französischen Liga.

Bald kam eine Gelegenheit, das deutsch-französische Einvernehmen weiter zu fördern. Der Vorsitzende der Gesellschaft „La Paix par le Droit"[117]), Prof. Théodore Ruyssen[118]) lud mich ein zu der Pfingsten (31. Mai und 1. Juni) in Lyon stattfindenden Generalversammlung und ersuchte mich, in einer halböffentlichen Versammlung zusammen mit einem elsässischen und einem französischen Redner über deutsch-französische Annäherung und die elsaß-lothringische Frage zu sprechen[119]). Ich fragte Ruyssen, ob er seinem

Publikum wirklich mein Auftreten zumuten könne; denn ich würde Ausführungen machen müssen, die für französische Ohren nicht angenehm zu hören seien; er müsse bedenken, daß ich eine Rede zu halten hätte, die ich in Deutschland würde verantworten müssen; Ruyssen meinte, noch vor wenigen Jahren hätte er einen solchen Versuch nicht wagen dürfen: jetzt aber sei die Zeit dafür gekommen.

Die Versammlung fand statt. Sie war nach dem Bericht in „Paix par le Droit" von 700 bis 800 Personen besucht. Der Bürgermeister von Lyon, Herr Herriot[120]), hatte zugesagt, den Vorsitz zu führen[121]). Er war dadurch verhindert, daß er zur gleichen Zeit an einer Zusammenkunft von Vertretern deutscher und französischer Parlamentarier teilnehmen mußte, die sich über die Fortführung der im Vorjahre zu Bern begonnenen deutsch-französischen interparlamentarischen Konferenzen verständigen sollten[1].

Für Frankreich sprach Ruyssen selbst, für Elsaß-Lothringen Pfarrer Scheer[122]) von Mülhausen, der im Jahr zuvor, als die Balkankrise die Gefahr eines Krieges auftauchen ließ, die Initiative ergriffen hatte für Kundgebungen im Elsaß, die den Willen der Elsässer bekundeten, daß um Elsaß-Lothringen willen kein Krieg geführt werden dürfe. Wir hatten starken Erfolg bei dem französischen Publikum trotz meines mangelhaften Französisch und trotz der sehr deutlichen Erklärung Scheers, daß der „Protest" im Elsaß erledigt sei und daß der Versuch, bei den Wahlen den Gegensatz zwischen Eingeborenen und Eingewanderten zur Wahlparole zu machen, elend zusammengebrochen sei; wenn die Franzosen den Elsässern einen Dienst erweisen wollten, *könne er sie nur bitten, „hört auf, uns zu bemitleiden"; im Elsaß* habe man sich trotz aller Sympathien für Frankreich mit der Eingliederung in das Deutsche Reich abgefunden; man strebe nicht Rückkehr zu Frankreich, sondern Autonomie innerhalb des Reiches [an], wolle kulturell und politisch die Brücke zwischen beiden Ländern sein[2].

---

[1] In Basel waren damals deutsche und französische Parlamentarier (wenn ich nicht irre, sechs von jeder Seite) beisammen, um sich über Ort und Zeit der nächsten Konferenz zu verständigen. Es war auf deutscher Seite gelungen, über den so eng begrenzten Kreis der deutschen Teilnehmer von Pfingsten 1913 hinaus Reichstagsabgeordnete auch aus der Nationalliberalen Partei und der Zentrumspartei für die Fortführung der Konferenzen zu interessieren. Man beschloß in Basel, nun nicht mehr in der neutralen Schweiz zu tagen, aber, um nicht den nationalistischen Elementen in einem der beiden Länder Anlaß zur Geltendmachung törichter Prestige-Einwendungen zu geben, eine Doppelkonferenz zu veranstalten, in München und Lyon. Die Wahl fiel auf diese beiden Städte, da man in beiden sich eine freundliche Aufnahme versprach und außerdem in beiden Ausstellungen stattfanden. Ich war schon gebeten worden, mich, obgleich ich dem Reichstag nicht angehörte, an den örtlichen Vorbereitungen zu beteiligen, als der Krieg ausbrach.

[2] Über die Versammlung ist berichtet in „La Paix par le Droit" 1914, S. 383–400. Die Reden von Ruyssen und Scheer sind im Wortlaut gegeben, die meine nur in einem Auszug, dem ein von mir in den Münchner Neuesten Nachrichten erstatteter Bericht zu Grunde liegt. Der Wortlaut meiner Rede sollte nachgetragen und überhaupt die Versammlung zum Gegenstand einer eigenen Propa-

Als ich Scheer angesichts des warmen Beifalls, den wir gefunden hatten – er noch weit mehr als ich –, fragte, ob man uns mit all den Konsequenzen unserer Darlegungen auch wohl ganz verstanden habe, erwiderte er: „Natürlich hat man uns verstanden; man ist froh, daß wir, zu deren ehrlicher internationaler Gesinnung man Vertrauen hat, ihnen das Gefühl der Verantwortung, für Elsaß-Lothringen zu sorgen, abnehmen[1]."

Am 31. Mai 1914 fand diese begeisterte Kundgebung für deutsch-französische Verständigung statt, auf der man gewagt hatte (auf französischem Boden vor einem französischen Publikum!), die heikelste aller Fragen, die elsaß-lothringische, in voller Aufrichtigkeit zu behandeln. Nur zwei Monate später brach der Krieg aus.

Nun war ja gewiß, wie ich oft betont habe, diese pazifistische Versammlung in Lyon nicht gleichbedeutend mit Lyon, und Lyon vielleicht noch weniger gleichbedeutend mit Frankreich. Aber wenn man diese Aussprache, die wenige Jahre vorher nach dem Urteil französischer Freunde nicht möglich gewesen wäre, zusammenhält mit der Berner Zusammenkunft deutscher und französischer Parlamentarier, mit der festen Absicht, die Verständigung unter den Parlamentariern weiter zu verfolgen und mit der Gründung der Deutsch-Französischen Liga, so wird man wohl sagen dürfen, daß die deutsch-französische Verständigung, ebenso übrigens wie die deutsch-englische, auf dem Marsche war, und es erscheint deshalb um so entsetzlicher, was der im Osten ausbrechende Konflikt für Westeuropa an aussichtsvollen Ansätzen zu einer friedlichen Entwicklung zerstört hat, die voraussichtlich den Frieden Europas auf lange Zeit gesichert hätte.

II. Die Deutsche Friedensgesellschaft vom Kriegsausbruch bis Ende des Jahres 1914

Als nach der österreichischen Kriegserklärung an Serbien die Gefahr eines großen europäischen Krieges nahe rückte, wandte sich die Deutsche Friedensgesellschaft am 29. Juli mit einer Kundgebung „Vor dem europäischen Krieg?" an die deutsche Öffentlichkeit[2]. Das Flugblatt, nachher als „Erstes

---

ganda-Schrift gemacht werden. Der Ausbruch des Krieges hat die Ausführung dieses Planes begreiflicherweise verhindert.

[1] Pfarrer Scheer wurde, um das hier vorwegzunehmen, während des Krieges in Göttingen interniert. Nach Friedensschluß wurde er in die französische Deputiertenkammer gewählt und trat dort dem „Nationalen Block" bei.

[2] Alle Kundgebungen der Deutschen Friedensgesellschaft aus der Kriegszeit, ebenso später jene der Zentralstelle Völkerrecht sind, wenn nicht ausdrücklich etwas anderes gesagt ist, von mir verfaßt oder von mir entworfen und mit geringfügigen Änderungen von den zuständigen Vorstandschaften angenommen worden. Auch wo einmal der Entwurf von anderer Seite herrührte, trage ich die Verantwortung, außer wo das betreffende Schriftstück von seinem Verfasser gezeichnet ist.

Kriegsflugblatt der Deutschen Friedensgesellschaft" bezeichnet, wurde an alle Ortsgruppen und an die Presse mit der Bitte um Verwertung verschickt. Ich gebe es im Wortlaut unter den Beilagen[123]). Die politische Lage ist vielleicht etwas einseitig deutsch gesehen: „in der Haltung Rußlands liegt die Gefahr für den Weltfrieden"; aber das Flugblatt wendet sich doch deutlich nicht nur gegen die damals in Deutschland in erschreckendem Maße auftretende Kriegshetze, sondern übt auch Kritik an dem österreichischen Ultimatum an Serbien und begrüßt den (von Sir Edward Grey[124]) ausgegangenen) Gedanken, daß England, Deutschland, Frankreich und Italien die Vermittlung zwischen Rußland und Österreich in die Hand nehmen sollten; es schildert klar die furchtbaren Folgen, die aus der Ausdehnung des Konfliktes entstehen müßten und wendet sich gegen die „bis zur Gewissenlosigkeit leichtfertigen" Gedanken, daß der große europäische Krieg ja doch unvermeidlich sei und daß man ihn besser jetzt als später führe, daß es besser sei, dem nun schon Jahre lang anhaltenden Druck fortwährender Unsicherheit und Kriegsangst ein Ende zu machen, selbst ein Ende mit Schrecken, als diesen Druck noch immer weiter zu tragen. Zum Schluß heißt es:

„Wenn angesichts der entsetzlichen Gefahr eines großen europäischen Krieges die Massen nicht nur ihrer Teilnahme mit dem verbündeten und stammverwandten Österreich Ausdruck geben, sondern in Kriegsjubel ausbrechen und in nationalem Fanatismus toben, so ist dieses sinnlose und gemeingefährliche Geschrei nicht geeignet, die Achtung vor der politischen Reife des Deutschen Volkes zu erhöhen.

In so ernster schicksalsschwerer Stunde geziemt der Nation eine Haltung, in der das lebhafte Empfinden nationaler Gemeinschaft sich paart mit dem reifen Verständnis für menschliche Kulturgemeinschaft und das ruhige Gefühl nationaler Würde mit dem tiefen Bewußtsein schwerer Verantwortung."

Zur gleichen Zeit wurde eine Sitzung des Rates des Internationalen Friedensbureaus nach Brüssel einberufen. Von den deutschen Mitgliedern nahmen de Neufville und ich teil. Es wurde beschlossen, an alle beteiligten Staatsoberhäupter Depeschen zu senden, in denen mit den eindringlichsten Worten die Pflicht zur Erhaltung des Friedens betont und auf die unausdenkbaren Folgen eines Krieges hingewiesen wurde. In die Verhandlungen hinein kam während der Mittagspause am 31. Juli die Nachricht, daß die deutsche Regierung den drohenden Kriegszustand erklärt hatte. Wohl war uns klar, daß das zunächst nur eine Maßnahme von innerpolitischer Bedeutung war und noch nicht gleichbedeutend mit der Kriegserklärung; aber *ebenso klar war, daß nur noch eine verschwindende Aussicht auf Erhaltung des Friedens bestand. Bei einem Teil der Ausländer, besonders bei Franzosen* und auch bei unserem Präsidenten La Fontaine[125]) begegneten wir der Auffassung, daß die deutsche Sozialdemokratie den Krieg verhindern werde. Man berief sich dafür auf Äußerungen, die die Vertreter der Partei, Hugo Haase[126]) und Hermann Müller[127]), bei einer Konferenz der II. Internationale abgegeben hätten. Ich widersprach und sagte, nach Beobachtungen, die ich

in München gemacht hätte, werde die Sozialdemokratie, wenn es zum Krieg komme, einschwenken und zwar mit der Begründung, daß es sich um einen Kampf für deutsche Freiheit gegen den Zarismus handle.

Als de Neufville und ich auf dem Wege über Lüttich zurückkehrten, war der Eisenbahnverkehr an der Grenze gesperrt. Wir mußten sie bei Nacht zu Fuß überschreiten und auf deutscher Seite stundenlang auf einer kleinen Station warten, bis wir weiterfahren konnten. Das war ein schwacher Vorgeschmack der Verkehrsstörungen, die unser warteten.

Unser Reiseziel war Stuttgart, wo wir eine Vorstandssitzung der Deutschen Friedensgesellschaft abhielten. Das Ergebnis unserer Beratungen war ein Artikel von mir, den der Stuttgarter Beobachter zum Abdruck brachte. Er entwickelte die Idee, wenn der Krieg im Osten schon unvermeidlich sei, den Westen eine Zeit lang zu neutralisieren, um Zeit für Friedensverhandlungen zu gewinnen, eine Idee, die vorübergehend auch von Sir Edward Grey vertreten ist. Der Gedanke war natürlich ganz aussichtslos, da ihm, was wir nicht wissen konnten, der deutsche Kriegsplan, so rasch wie möglich, unter Verletzung der belgischen Neutralität, im Westen vorzugehen, entgegenstand.

Ich habe diesen Gedanken nach meiner Rückkehr nach München noch weiter verfolgt, war deshalb beim französischen Gesandten, mit dem wir in geselligen Beziehungen standen, beim britischen Generalkonsul und bayerischen Außenministerium, natürlich ohne jeden Erfolg, auch ohne jede Möglichkeit, an irgendwelche politisch maßgebende Stelle heranzukommen.

Um zu der durch die Kriegserklärungen gegebenen Lage Stellung zu nehmen, hielten wir am 15. August in Stuttgart wieder eine Vorstandssitzung ab. Deren Ergebnis war unser „Zweites Kriegsflugblatt". Es ist von besonderer Wichtigkeit, weil es die grundsätzliche Stellung der Deutschen Friedensgesellschaft – nicht zum Krieg, wohl aber zu dem nun einmal ausgebrochenen Krieg, in den das eigene Land, einerlei ob auch durch Schuld der verantwortlichen Staatslenker, verwickelt war, festlegte[1].

Im Flugblatt wird zunächst abgerechnet mit der Politik, die zum Krieg geführt hat, ohne daß versucht würde, mit der Verantwortung der einzelnen Regierungen abzurechnen. Vom Kriege selbst wird gesagt: „Was uns in den nächsten Wochen und Monaten erwartet, wird ein grausiger Anschauungsunterricht sein in den Lehren des Pazifismus ... Zu den großartigen und erhebenden Erfahrungen allgemeiner nationaler Opferwilligkeit wird sich sehr bald das Entsetzen gesellen über das Elend, die Verrohung, die Barbarei des Krieges, das laute Jammern über unsagbare Leiden und das stille Weinen über zerstörtes Lebensglück." Es wird die Hoffnung ausgesprochen, daß nach Wiederherstellung des Friedens Millionen einstimmen werden in den Ruf „Das muß der letzte europäische Krieg gewesen sein". „Aber dieser Gewinn (sagt das Flugblatt) ist mit dem Tode, den Leiden und dem Elend von Mil-

---

[1] Ich gebe deshalb, auch zur Kontrolle meines Auszugs, den Wortlaut im Anhang[126]).

lionen unschuldiger Opfer zu teuer erkauft." Über die den Friedensfreunden erwachsenen Pflichten sagt das Flugblatt: „Wir deutschen Friedensfreunde haben stets das Recht und die Pflicht der nationalen Verteidigung anerkannt... Jetzt, da die Frage, ob Krieg oder Frieden, unserem Willen entrückt ist, und unser Volk von Ost, Nord und West bedroht, sich in einem schicksalsschweren Kampf befindet, hat jeder deutsche Friedensfreund seine Pflichten gegenüber dem Vaterlande genau wie jeder andere Deutsche zu erfüllen." Dann wird über die besonderen Pflichten der Friedensfreunde gesprochen, die sich ergeben „überall da, wo blinde nationale Leidenschaft an die Stelle patriotischer Hingabe und Begeisterung tritt"; es wird gemahnt an „die Pflichten der Gerechtigkeit" und insbesondere an die Pflicht, „Beziehungen der Friedensfreunde zum Ausland zu benutzen, um gegenüber einem System lügenhafter Berichterstattung ... der Wahrheit ... zu ihrem Recht zu verhelfen." Das Flugblatt schließt mit der Verkündung des Entschlusses, beim Friedensschluß dafür einzutreten, „daß ein Friede gewonnen werde, der nicht den Keim neuer Kriege in sich trägt, sondern den Weg öffnet für eine dauernde Friedens- und Rechtsgemeinschaft der europäischen Kulturnationen."

Weder dem Rat des Internationalen Friedensbureaus, der am 31. Juli in Brüssel tagte, noch dem Vorstand der Deutschen Friedensgesellschaft ist es in den Sinn gekommen, zur Kriegsdienstverweigerung oder zum Generalstreik aufzufordern, um damit den Krieg zu verhindern.

Nach dem Krieg ist öfter von verschiedenen Seiten, insbesondere auch von radikalen Pazifisten, behauptet worden, der Pazifismus habe vor dem Kriege oder im Kriege versagt. Ich habe nie recht verstanden, was damit gemeint ist. Die Pazifisten haben niemals behauptet, daß es in ihrer Macht stehe, einen Krieg zu verhindern; sie haben immer nur den Ausbau von Einrichtungen gefordert, die es ermöglichen oder erzwingen würden, internationale Konflikte friedlich zu lösen und so Kriege zu verhindern. Wenn aber radikale Pazifisten, die heute Kriegsdienstverweigerung und Generalstreik als das Entscheidende im Pazifismus betrachten, etwa meinen, wir hätten uns 1914 zu diesem Standpunkt bekennen sollen, so plädiere ich nicht etwa auf mildernde Umstände wegen unseres „Versagens", sondern behaupte, es wäre geradezu verbrecherisch gewesen, so zu handeln.

Kriegsdienstverweigerung und Generalstreik sind taugliche Mittel zur Verhinderung eines Krieges, wenn in allen Ländern die Massen fest entschlossen sind, mit ihnen Ernst zu machen.

Daß diese Voraussetzungen im Jahre 1914 gegeben gewesen wären, wird niemand wagen zu behaupten. Und daß es in der Macht der Pazifisten gelegen hätte, diese Voraussetzungen durch ihre Agitation in den vorangegangenen Jahren zu schaffen, liegt auch außerhalb jeder vernünftigen Abschätzung ihrer Einflußmöglichkeiten. Wenn unter solchen Umständen unsere internationale oder gar allein unsere nationale Organisation die Parole der Dienstverweigerung ausgegeben hätte, so würden wir gewissenlos die einzelnen, die sich von uns hätten beeinflussen lassen, ans Messer geliefert haben,

ohne der Führung des Krieges auch nur die allergeringsten Schwierigkeiten zu bereiten.

Auf die Frage, ob etwa in anderer Weise der Pazifismus versagt habe, d. h. ob er es versäumt habe, in den Wechselfällen des Krieges seine Pflicht zu tun und zu seinen Grundsätzen zu stehen, wird die weitere Darstellung Gelegenheit bieten zurückzukommen. Vorgreifend darf schon hier gesagt werden, daß, wie in allen Ländern, es auch in Deutschland Pazifisten gegeben hat, die durch das Erlebnis des Krieges oder nachher durch ihr Entsetzen über die Friedensbedingungen aus dem Geleise geworfen wurden – von bekannten Persönlichkeiten nenne ich den Physiker Wilhelm Ostwald[129]) und den Dichter Otto Ernst[130]), Vorsitzender der Hamburger Ortsgruppe – daß aber im allgemeinen unsere Freunde, die in den Organisationen, bis in kleine Ortsgruppen hinab, führend tätig waren, sich ausgezeichnet gehalten haben und daß wir als Gesamtheit die Haltung, die wir, oft unter großen Schwierigkeiten, eingenommen haben, im Ganzen durchaus verantworten können. Damit soll nicht gesagt sein, daß wir nicht manchmal geirrt, nicht auch manchmal Rücksichten genommen hätten, die heute rückblickend nicht als unbedingt geboten erscheinen, und nicht bei gewissen Gelegenheiten unseren Standpunkt noch entschiedener hätten wahren können.

Vom 15. August datiert das zweite Kriegsflugblatt der Deutschen Friedensgesellschaft, von dem zuletzt die Rede war. Wir sprachen in unserer Sitzung darüber, wie wünschenswert es sei, sich mit den ausländischen Pazifisten zu verständigen, und Ende des Monats machte ich mich auf den Weg, um mit ihnen Fühlung zu suchen. Es konnte sich nur um die Schweiz oder Holland handeln. Ich entschied mich für Holland, weil ich glaubte, dort leichter eine Zusammenkunft mit La Fontaine, dem Präsidenten unseres Internationalen Bureaus und mit englischen Freunden erzielen zu können, während es für die Franzosen, wie ich meinte, keinen großen Unterschied machen könnte, ob wir uns in der Schweiz oder in Holland träfen. Ich unterschätzte dabei die Gefährlichkeit der zweimaligen Überquerung des Kanals. Als ich auf der Fahrt nach Den Haag in Köln übernachtete (im Belgischen Hof, der in einen „Hessischen Hof" umgetauft war), rollten über die Rheinbrücke Militärzüge vom linken auf das rechte Ufer hinüber. Sie brachten die beiden Armeekorps nach Ostpreußen, jene beiden, die nachher bei der Entscheidung im Westen fehlten.

Im Haag bin ich etwa sechs Wochen lang geblieben. Meinen Zweck, eine Besprechung unter Pazifisten der kriegführenden Länder zustande zu bringen, erreichte ich nicht. Immerhin konnte ich vom neutralen Boden aus ungehinderter korrespondieren, als es von Deutschland aus möglich gewesen wäre. Die Erfahrungen, die ich bei dieser Korrespondenz machte, waren zum Teil wenig erfreulich. Der französische Freund, an den ich mich in erster Linie wandte, mir durch langjährige gemeinsame Arbeit verbunden, erklärte, jetzt gäbe es für den Pazifisten nur eins: in den Reihen der Alliierten mitzukämpfen, um den preußischen Militarismus niederzuringen. Er hatte also, trotzdem er seit vielen Jahren, länger als ich, in der pazifistischen Bewegung

tätig war, noch nicht gelernt, daß der Krieg ein untaugliches Mittel zur Überwindung des Militarismus ist, daß er im Gegenteil alle Chancen hat, den Militarismus zu stärken, beim Sieger, weil das triumphierende Militär eine bevorzugte Stellung im Staat und in der Gesellschaft beansprucht, beim Besiegten, weil man dem Volke sagen wird, die Niederlage zeige, daß man noch nicht genug gerüstet habe, und nun gelte es, sich auf den Tag der Revanche seelisch und militärisch vorzubereiten. Nur ein Krieg, der ohne Sieger und Besiegte mit allseitiger furchtbarer Enttäuschung endigt, kann Aussichten auf Überwindung des Militarismus eröffnen. Einen solchen Friedensschluß erstrebten ja aber offenbar jene französischen Pazifisten nicht, die während des Krieges sich zu „Jusqu'auboutisten" entwickelten.

Der positive Gewinn des sechswöchentlichen [sic!] Aufenthaltes im Haag für mich und damit, da ich an der Spitze der deutschen Organisation stand, auch für die deutsche Friedensbewegung war, daß ich, im engsten persönlichen Verkehr mit holländischen Freunden verschiedener Richtungen, jeden Tag aufs Neue erfuhr, wie die Fragen, die uns alle beschäftigten, sich vom Standpunkt der Neutralen aus ansahen, daß ich genötigt war, meine Auffassung der Geschehnisse gegenüber diesen Neutralen zu vertreten, an ihren Argumenten zu prüfen und vielfach nach ihrer besseren Kenntnis der Tatsachen zu berichtigen. Diese Neutralen waren zum Teil ausgesprochen deutschfreundlich, sahen aber trotzdem die Dinge ganz anders an als die von der militärischen Diktatur beeinflußte öffentliche Meinung in Deutschland; sie waren zum Teil, ich will nicht gerade sagen, deutschfeindlich, aber doch überwiegend england- oder auch frankreichfreundlich, viele auch stark kritisch und besorgt gegenüber deutschen Machterweiterungsplänen. Daß ich damals, gleich zu Anfang des Krieges, wochenlang die Luft Neutraliens geatmet habe, war ein unverlierbarer Gewinn, der der Leitung der deutschen Friedensbewegung während des Krieges zugute gekommen ist.
In die nächsten persönlichen Beziehungen trat ich vor allem zu Dr. de Jong van Beek en Donk[131]) und seiner Frau[1], die den Friedenskongreß von 1913 glänzend organisiert hatten. Durch sie gewann ich Fühlung mit dem zur Zeit meiner Anwesenheit gegründeten Anti-Oorlog-Raad[132]), was uns deutschen Pazifisten später, als dieser in Deutschland zu Unrecht angefeindet wurde, die Stellungnahme erleichterte[133]).

Entsetzt war ich über die Beobachtungen, die ich auch in deutschfreundlichen Kreisen über die Wirkung der ungeschickten und aufdringlichen (in den Augen neutraler Holländer oft auch so unwahren) deutschen Propaganda

[1] Dr. de Jong van Beek en Donk war Beamter (wir würden etwa sagen Ministerialrat) im Justizministerium. Er war die Seele des Anti-Oorlog-Raads und später der Zentrale für dauernden Frieden. Er opferte seine amtliche Stellung, um sich ganz der Friedenspropaganda zu widmen, ging schon während des Krieges nach der Schweiz und lebt dort als Journalist. Seine Frau hat nach Trennung der Ehe ihren Mädchennamen wieder angenommen und bekleidet als Frau Kluyver eine wichtige Stellung im Ministerium des Auswärtigen.

machen mußte. Wie verheerend in dieser Beziehung das vielbesprochene Manifest der 93, das während meines Aufenthaltes im Haag veröffentlicht wurde, wirkte, konnte ich verzweifelt feststellen[134]). Aber auch sonst fing man es täppisch genug an. Ein Deutschland wohlgesinnter Führer der Liberalen klagte mir, daß man mit Massen deutscher Propaganda überschüttet würde, die die Holländer über Dinge zu unterrichten unternähmen, die man dort doch, dank der freien Verbindungen nach allen Seiten, sehr viel besser wisse. Solche Aufdringlichkeit, wurde mir wiederholt gesagt, wirkte nur aufreizend. Ich faßte die gewonnenen Eindrücke in sehr vorsichtiger Form und ergänzt durch Anregungen, wie man es positiv machen müsse, in einem Artikel zusammen, den ich einer deutschen Zeitung sandte. Die Redaktion veröffentlichte den Artikel nicht, sondern schrieb mir, bestens dankend, sie ersähe aus meiner Zuschrift zu ihrer Genugtuung, daß die deutsche Auslandspropoganda ganz auf dem rechten Wege sei, da sie so verfahre, wie ich es empfohlen hätte!

Der Aufenthalt im Haag hatte für mich noch ein Nachspiel: Einer meiner einstigen Kollegen aus der liberalen Landtagsfraktion, mit dem ich bei allen sachlichen Meinungsverschiedenheiten persönlich immer recht gut gestanden hatte, glaubte mich in der Presse öffentlich angreifen zu sollen, da ich im Haag so etwas wie Landesverrat trieb, u. a. Elsaß-Lothringen an meine französisch-belgischen Freunde verschacherte. Ich war genötigt, wegen Beleidigung zu klagen. Die Gerichtsverhandlung endete mit einer glänzenden Genugtuung für mich[135]).

Im Oktober 1914 veröffentlichte die Deutsche Friedensgesellschaft ihr drittes Kriegsflugblatt, als Sonderabdruck aus dem von Umfrid herausgegebenen „Völkerfrieden"[136]). Umfrid war auch der Verfasser. Unter dem Titel „Ein Denkmal für die Gefallenen" wandte es sich in beredten und warmen Worten an die Hinterbliebenen der Gefallenen, um ihnen zu sagen, daß der allein mögliche Trost, der über das Todesleid der Gegenwart hinwegheben könne, gegeben sei in der „Arbeit für die kommenden Geschlechter, im Wirken für die goldene Zeit des wahren Völkerfriedens, die als reife Ernte aus der Blutsaat der Gegenwart aufsprossen soll." Es wird die Hoffnung ausgesprochen, daß, „nachdem ganz Europa in ein Meer von Blut und Tränen getaucht ist", man „der Stimme der Vernunft eher Gehör schenken wird". Man werde nun aufmerken, „wenn wir vorschlagen, daß an Stelle der durch Eifersucht voneinander getrennten Mächtegruppen ein Staatensystem treten muß, das womöglich bei völliger Gleichberechtigung[137]) sich den Besitz, die Unabhängigkeit, die Ordnung garantiere und den Frieden durch gemeinsame und einheitlich dirigierte Waffenrüstung wie durch eine über den Staaten stehende Rechtspflege aufrechterhalte." Hier ist also von Umfrid schon eine internationale Streitmacht, die an die Stelle der nationalen Armeen treten solle, gefordert. Die Friedensfreunde, heißt es weiter, hoffen, daß ihre Reihen verstärkt werden durch die Hinterbliebenen der im Kriege Gefallenen. „Sie werden damit den Verewigten, um die sie trauern, das schönste Denkmal setzen."

Am 31. Oktober traten auf Veranlassung von Fried und Nippold[138]) schweizerische und deutsche Pazifisten in Bern unter dem Vorsitz von Bucher-Heller[139]), dem Präsidenten der Schweizerischen Friedensgesellschaft, zu einer freien Aussprache zusammen[1], deren Zweck es sein sollte, Ansichten über die Lage und Aufgaben des Pazifismus auszutauschen und auch dem Internationalen Friedensbureau, das die Veröffentlichung der Zeitschrift „Mouvement pacifiste" seit Ausbruch des Krieges eingestellt hatte, Anregungen zu geben. Anwesend waren außer den genannten drei Personen aus der Schweiz Carrière[140]) und Bovet[141]) (Bern), Generalsekretär Golay[142]), Ständerat Quartier-la-Tente[143]) (Neuchâtel) und Dr. Gustav Maier[144]) (Zürich, Reichsdeutscher), aus Deutschland de Neufville und Quidde, alle bis auf Nippold, Quartier-la-Tente und Maier, Mitglieder des Rates. Einige Anwesende, besonders Fried und Quidde, betonten, daß, um den Zusammenhang zwischen den Pazifisten aufrecht zu erhalten, es wünschenswert sei, ihnen Gelegenheit zum mündlichen Meinungsaustausch zu geben und daß unter diesem Gesichtspunkt die Einberufung des Rates eine vortreffliche Sache sein würde. Bovet machte demgegenüber Bedenken geltend: es sei zu fürchten, daß die zweifellos vorhandenen Meinungsverschiedenheiten sich verschärfen würden; von den französischen Mitgliedern würde auch nur Ruyssen abkömmlich sein. Quartier-la-Tente meinte, man müsse sehr vorsichtig vorgehen; aber vielleicht könne das Bureau, wenn es die Veröffentlichung der Zeitschrift nicht glaube aufnehmen zu können, doch ein Manifest erlassen. Dr. Carrière verwies auf die Dienste, die das Bureau jetzt in aller Stille durch Auskunftserteilung und Briefvermittlung leiste. Prof. Nippold wünschte, daß alle internationalen Organisationen sich verständigten zur Vorbereitung des Friedens.

In der Nachmittagssitzung wurde ein von mir entworfener Aufruf „Der Pazifismus angesichts des Krieges", von dem nachher die Rede sein wird, angenommen und seine Veröffentlichung in der nächsten Nummer des „Mouvement pacifiste" beschlossen[2]. Ferner einigte man sich auf meinen Antrag dahin, beim Bundesrat die Einsetzung von offiziellen Kommissionen anzuregen, deren Aufgabe es wäre, in den kriegführenden Ländern eine Kontrolle der Lager von Internierten und Gefangenen durchzuführen. Dieses Ersuchen wurde hinfällig, weil in Frankreich und Deutschland diese Aufgabe von der amerikanischen resp. spanischen Botschaft übernommen war.

Ein weiteres Ergebnis der Zusammenkunft war die gleichfalls von mir entworfene Kundgebung, die unter dem Titel „Ein wenig gesunde Vernunft" zusammen mit jenem Aufruf im vierten Kriegsflugblatt der Friedensgesellschaft abgedruckt ist.

Die beiden Kundgebungen, obgleich das Ergebnis einer internationalen Besprechung, darf ich nach ihrem Ursprung wohl als Dokumente des deutschen Pazifismus betrachten. *Sie sind so bezeichnend für unsere Haltung*

---

[1] Ich folge dem Bericht im «Mouvement pacifiste» 1914, Nr. 8/12, Seite 371 f.

[2] Im Mouv. pacif. 1914, S. 374, «Le pacifisme et la guerre»[145]).

während des Krieges, daß ich glaube, sie hier in einem teilweise wörtlichen, wenn auch stark verkürzten Auszug wiedergeben zu sollen. Die erste wendet sich gegen den Kleinglauben in den eigenen Reihen und gegen den Hohn der Gegner; die zweite mahnt zur Besonnenheit gegenüber der Kriegsgreuelhetze, die in allen Ländern betrieben wurde.

„Man sagt, der Pazifismus sei tot. Nein, er lebt! Er erwartet, nach dem Kriege stärker dazustehen als zuvor", so beginnt die erste Kundgebung, betitelt „Der Pazifismus angesichts des Krieges", um dann fortzufahren: „Es ist wahr – und wir wollen es nicht leugnen –, daß der Krieg eine furchtbare Enttäuschung für viele von uns gebracht hat." Das wird kurz ausgeführt. Dann heißt es weiter: „Aber dieser Krieg ist auch eine Bestätigung dessen, was wir Pazifisten immer gesagt haben: daß der Friede ohne Sicherung des Rechts und ohne eine tiefgreifende Umwandlung in der Gesinnung der Völker nicht gewahrt werden könne... Lügen gestraft sind nicht wir, sondern jene, die den Frieden durch Rüstungen haben sichern wollen. Auf sie hat man gehört, nicht auf uns. Der Krieg selbst" (wird des näheren ausgeführt) „stellt einen grausigen Anschauungsunterricht in den Lehren des Pazifismus dar... Mit dem Friedensschluß wird die große Stunde unserer Bewegung schlagen." Alle Welt fordert einen Frieden ganz neuer Art, einen Vertrag auf pazifistischer Grundlage. „Für diesen Moment müssen wir Pazifisten uns bereithalten. Jetzt sind wir gezwungen zu schweigen... Aber unsere Stunde kommt. Darum Pazifisten aller Länder, bewahrt Euer Vertrauen auf unsere Sache! Trotz alledem und jetzt erst recht! Stärkt Eure Organisationen und haltet Euch bereit!"

Die zweite Kundgebung trägt den Titel „Ein wenig gesunde Vernunft! Mahnwort an alle, die es angeht, auch an Pazifisten"[146]). Ich zitiere mit starken Auslassungen: „In allen kriegführenden Ländern werden heute die wildesten Anklagen gegen die feindlichen Völker und deren Heere erhoben; die schauerlichsten Geschichten werden überall erzählt und geglaubt... Es würde uns Pazifisten schlecht anstehen, leugnen zu wollen, daß entsetzliche Greueltaten im Kriege begangen wurden; denn gerade wir waren es ja, die in Friedenszeit nicht müde geworden sind, gegenüber dem frevelhaften Gerede vom ‚frischen, fröhlichen Krieg' die wahre Natur des Krieges in all ihrer Entsetzlichkeit zu schildern. Diese Greueltaten stehen unmittelbar neben Handlungen der Aufopferung und reinen Menschentums... In der Atmosphäre von Blut und Leichen, in dem Feuer brennender Ortschaften und im wilden Kampf auf Tod und Leben werden Dinge möglich, vor denen die Täter sich im Frieden entsetzen würden. Aber darum bleibt es doch wahr, daß die Erzählungen über absichtlich und systematisch verübte rohe Barbareien, von denen die Presse aller Länder voll ist, zum großen Teil das Ergebnis krankhaft entarteter Phantasie und ebenso krankhafter Leichtgläubigkeit sind... Sogar Selbstanklagen sind kein sicherer Beweis; denn massenhaft prahlen Menschen mit Untaten, die sie niemals begangen haben. Es handelt sich gar nicht einmal immer um bewußte Unwahrheit. Gewiß wird während eines Krieges entsetzlich gelogen. Aber viel mehr als gelogen wird

phantasiert. Deshalb ruhig Blut! Alles für möglich halten, aber nichts glauben. Völker, die sich in langen Friedensjahren gegenseitig für Kulturvölker gehalten haben und die gewöhnt waren, bei aller Verschiedenheit ihrer Volksart, vielleicht sogar bei starken Antipathien sich gegenseitig ehrlich zu achten, dürfen jetzt nicht voneinander glauben, daß sie zu Barbaren geworden sind... Am wenigsten dürfen wir Pazifisten in diesen Fehler verfallen. Wir würden unsere ganze Vergangenheit preisgeben, ... wenn wir jetzt kritiklos in die einseitigen und leidenschaftlichen nationalen Anklagen einstimmen wollten. Wir müssen vielmehr unseren Volksgenossen immer wieder sagen: Der Krieg ist Barbarei, auch wenn jene, die ihn führen, keine Barbaren sind[1] ... Vernehmlicher und eindringlicher als alles, was die Beredtesten unter uns je gesagt haben, predigt der Krieg: Krieg dem Kriege. Diese Lehre muß bleiben, wenn es wieder Friede ist."

---

[1] Nicht lange vor Ausbruch des Krieges hatte ich Gelegenheit, diese Auffassung öffentlich zu vertreten. Die studentische Vereinigung „Corda Fratres" veranstaltete in München im großen Saal des Bayerischen Hofs eine Versammlung, in der über die Greuel des Balkankrieges auf Grund des Berichtes einer von der Carnegie-Stiftung eingesetzten Kommission referiert werden sollte. Der Vorstand bat mich, den Vorsitz zu übernehmen, da er mit der Möglichkeit von Unruhen rechnete, und der Vorsitzende, ein Inder, Padmanabba Pillay[147]), sich begreiflicherweise solchem Risiko nicht gewachsen glaubte. Ich sah mir die Veröffentlichung der Carnegie-Stiftung flüchtig an und fand, daß die Methode der Untersuchung sehr ungenügend war, da einfach Aussagen wiedergegeben wurden, statt daß ein kontradiktorisches Verfahren durchgeführt wäre (was vielleicht in den meisten Fällen allerdings nicht möglich gewesen sein mochte). Außerdem aber schien mir das Ergebnis sehr einseitig zu Gunsten der Bulgaren gegen Griechen und Serben gefärbt zu sein, da die bulgarische Regierung der Kommission, zu der ein russischer General, von Geburt Bulgare, gehörte, jede Erleichterung gewährt hatte, während die griechische und die serbische Regierung ihr Schwierigkeiten in den Weg legten. Ich fürchtete, gewarnt durch Vorgänge in einer früheren Versammlung, erregte Szenen, besonders von Seiten der griechischen und serbischen Studenten, vielleicht Gewalttätigkeiten. Deshalb schickte ich als Präsident dem Referat zwei Bemerkungen voraus: Wenn man den Referenten von Greueltaten berichten höre, die von Bulgaren, Griechen oder Serben verübt seien, so möge man den Umstand, ob im einzelnen Fall diese oder jene Nation schuldig erscheine, als nebensächlich betrachten. Es sei nicht die Absicht, Anklage gegen irgendeine der drei Nationen zu erheben, sondern Anklage gegen den Krieg. Die Mittel- und Westeuropäer aber unter den Hörern möchten sich nicht pharisäisch überheben und glauben, daß solche Greuel in Europa nur auf dem Balkan möglich seien. Wenn, was ja hoffentlich ausgeschlossen sei, ein Krieg in Mittel- und Westeuropa ausbrechen sollte, so würden wir von den Heeren jener Völker, die sich für die höchstzivilisierten der ganzen Welt hielten, ähnliche Greuel erzählt bekommen. Der Krieg sei eine Barbarei und lasse Nicht-Barbaren wie Barbaren handeln. Während des Krieges bin ich einige Male auf diese Rede angesprochen worden, der man zu viel Ehre erwies, wenn man sie „prophetisch" nannte; denn sie sprach nur aus, was für einen Pazifisten eine Selbstverständlichkeit war. Aber ich konnte mich auf sie berufen, wenn man mir einen Vorwurf daraus machte, daß ich mich für die Nachprüfung der Greuelberichte im einzelnen nicht besonders interessierte.

Dem Abdruck dieser beiden Aufrufe im „Vierten Kriegsflugblatt"[148]) wurde die Bemerkung vorangeschickt, wir gäben „ihnen um so lieber weitere Verbreitung, da inzwischen die amtliche Veröffentlichung der französischen Regierung ‚Les Atrocités allemandes en France' besondere Veranlassung gegeben hat, die Mahnung zu kritischer Besonnenheit im Namen der deutschen Friedensfreunde an das Ausland zu richten."

Diese Kundgebung bedarf übrigens wohl einer Erläuterung, um sie für den heutigen Leser ins rechte Licht zu stellen. Wer den Krieg nicht als Erwachsener miterlebt hat oder auch wer zwar Zeitgenosse war, aber sich um die Erscheinungen der Kriegspsychose nicht kritisch bekümmert hat, kann sich keine Vorstellung davon machen, welche tollen Gerüchte verbreitet und geglaubt wurden[149]). Ich sehe von den Greuelmärchen, den ausgestochenen Augen, die man sich gegenseitig vorwarf, ohne je einen Fall nachweisen zu können, und von ähnlichen Geschichten ganz ab, erinnere aber an einige Beispiele aus der ersten Zeit des Krieges und aus den vorangehenden Wochen, so an die mit französischem Gold beladenen Autos, die den Serben die finanziellen Mittel zur Kriegführung brachten, an die mit Cholerabazillen vergifteten Wasserleitungen und an die zahlreichen erschossenen Spione[150]). Ein sonst glaubwürdiger Mann erzählte mir z. B., er sei auf dem Marienplatz in München dabei gewesen, wie man einer Nonne die Kleider vom Leibe riß und in ihr einen serbischen Spion entdeckte. Kein wahres Wort war daran. Münchener Zeitungen[151]) veröffentlichten Soldatenbriefe, denen der Stempel wilder blutdürstiger Erfindung für jeden normalen Menschen aufgedrückt war, veröffentlichten sie nicht etwa, um dem Publikum zu zeigen, was für einen Blödsinn diese Leute nach Hause berichteten, sondern ganz gutgläubig als interessante patriotische Stimmungsbilder von der Front. So urteilslos waren diese Redakteure selbst geworden. Erst die militärische Zensur machte diesem Unfug ein Ende. Ja, amtliche Stellen schenkten dem größten Schwindel Glauben. Ich pflegte als Beispiel eines besonders kritiklosen Hereinfalls den in alle Zeitungen übergegangenen Bericht eines preußischen Regierungspräsidenten zum besten zu geben, der behauptete, französische Offiziere hätten, verkleidet als preußische Offiziere, in zwölf Autos von Belgien aus unter Verletzung der holländischen Neutralität die deutsche Grenze zu passieren versucht, um auf deutschem Gebiet Tunnels und Brükken zu sprengen; der Versuch sei aber vereitelt worden. Wie blödsinnig diese ganze Nachricht ist, brauche ich wohl nicht erst darzulegen. Als ich einmal auf diese Geschichte im Gespräch mit dem deutschen Gesandten im Haag anspielte, sagte mir dieser, das sei noch gar nichts; die deutsche Regierung habe ihn beauftragt, wegen dieser Verletzung der holländischen Neutralität bei der Regierung offiziell vorstellig zu werden. Man war also in der Wilhelmstraße auf die Schwindelnachricht hereingefallen. Er und die Herren der Gesandtschaft, die im Haag gegen deutsche Märchen etwas widerstandsfähiger waren, hätten sich geschämt, diesen Auftrag ausführen zu müssen, aber es sei ihnen nichts übrig geblieben als zu gehorchen. Die Antwort der holländischen Regierung sei natürlich entsprechend ausgefal-

:n. – Auch in der Beurteilung der Kriegslage gab es Äußerungen, die be-
/iesen, daß die Kriegspsychose den gesunden Menschenverstand bei vielen
lenschen selbst auf diesem Gebiet ausgeschaltet hatte. Als gemeldet wurde,
nglische Truppen würden in Flandern den Belgiern und Franzosen zu Hilfe
ommen, erklärte ein Blatt diese Nachricht für ganz unglaubwürdig; denn
nsere weittragenden schweren Geschütze (die damals eben die belgische
;renze überschritten hatten) würden keine englischen Schiffe über den Kanal
ommen lassen. Vielleicht noch grotesker war es, daß, als die im Oberelsaß
ingedrungenen Franzosen am 10. August zum Rückzug gezwungen wurden,
ine große Zeitung schrieb, nun sei das Schwerste überstanden. Man kann
ie Unzurechnungsfähigkeit, die mit der Kriegspsychose verbunden ist, gar
icht hoch genug einschätzen. Sie trat, wenn ich richtig beobachtet habe, in
en tollsten Formen bei Beginn des Krieges auf, wohl weil da die Menschen
us dem Gleichgewicht ihres friedlichen Daseins plötzlich herausgeworfen
vurden. Mit der Gewöhnung an den Kriegszustand nahmen die Erscheinun-
en völliger Verblödung ab. Die Urteilsunfähigkeit zeigte sich dann in an-
leren Formen, weniger grotesk, aber ernsthafter und verhängnisvoller.

Die Kundgebung „Ein wenig gesunde Vernunft" läßt die Frage aufwer-
en, wie sich die deutschen Pazifisten zu den Greuelnachrichten gestellt
ıaben.

Es ist nicht zu leugnen, daß sie zunächst nicht ganz unbeeinflußt blieben
on den in Deutschland verbreiteten Nachrichten über Greuel, die auf der
;egenseite verübt würden. Ausschreitungen belgischer Franctireurs, die aus
lem Hinterhalt auf unsere marschierenden Soldaten geschossen haben soll-
en, die Verwendung von Dum-Dum-Geschossen, die Mißhandlung von Ge-
angenen, grauenerregende Zustände in den Lazaretten und in den Konzen-
rationslagern – das waren so ungefähr die Anklagepunkte, die auch auf die
neisten von uns zunächst einigen Eindruck machten.

Auf meiner Reise nach dem Haag habe ich von Köln aus eine Eingabe
ın neutrale Regierungen – nach meiner Erinnerung an die schweizerische
ınd an die niederländische – gerichtet, um sie zu veranlassen, den Behaup-
ungen der deutschen Heeresleitung über die Verwendung von Dum-Dum-
Geschossen nachzugehen und eventuell wegen Beachtung der völkerrecht-
ichen Vorschriften bei der englischen und der französischen Regierung vor-
stellig zu werden.

Stärker noch als ich ließ sich in jener ersten Zeit des Krieges Umfrid
von Greuelnachrichten beeinflussen.

Die Frankfurter Zeitung, die damals zum großen Kummer vieler Demo-
kraten, u. a. Conrad Haußmanns[152]), stark unter dem Einfluß der herrschen-
den Kriegsstimmung stand, hatte den Brief eines deutschen Unteroffiziers
veröffentlicht[153]), in dem dieser über die „allem Menschlichen hohnspre-
chende Behandlung" deutscher Gefangener durch die Engländer klagte und
haarsträubende Einzelheiten erzählte. Wer jetzt den Brief liest, wird wohl
nicht zweifeln, daß man es mit einer Fälschung oder mit dem Produkt einer
krankhaft erregten Phantasie zu tun hat. Umfrid aber nahm den Brief zum

Anlaß, um sich an Lord Courtney[154], den Präsidenten des Londoner Friedenskongresses von 1908, an dem Umfrid teilgenommen hatte, zu wenden. Er berief sich auf die in Deutschland immer wieder auftauchenden Erzählungen von der „unmenschlichen Behandlung, der die deutschen Zivil- und Kriegsgefangenen in England unterworfen sein sollen", und fügte den in der Frankfurter Zeitung veröffentlichten Brief als „Beweis" für das „Elend deutscher Kriegsgefangener" bei, ohne irgendeinen Zweifel an dessen Echtheit auszusprechen. Umfrids Brief an Lord Courtney erschien im Stuttgarter Beobachter[155]).

Lord Courtney beantwortete das Schreiben Pfarrer Umfrids, wie dieser selbst betont, in zuvorkommender Weise. Er gab zu, daß die Gefangenenlager im Anfang nicht allen Anforderungen entsprochen hätten und daß manche Härten zu beklagen gewesen seien, bemerkte aber andererseits, daß die nach Deutschland gedrungenen Gerüchte übertrieben seien. Zum Beleg führte er an, daß aus einem Lager, in dem sich 700 Gefangene befanden, für eine Woche 46 Todesfälle gemeldet seien, wogegen festgestellt wurde, daß seit Bestehen des Lagers sich insgesamt fünf Todesfälle ereignet hätten, die in keinem Zusammenhang mit der Gefangenenbehandlung standen. Ein Lager von Richmond, über das besonders haarsträubende Berichte in der deutschen Presse gestanden haben, existiere überhaupt nicht. Viele Zivilpersonen, die aus Spionenfurcht gefangen gesetzt wurden, seien inzwischen freigelassen worden. Lord Courtney verwies weiter auf das gleich zu Anfang des Krieges gebildete Hilfskomitee und auf den guten Willen der Kommandanten, Übelstände zu beseitigen, endlich auch auf die Berichte amerikanischer Beamten, die sowohl englische wie deutsche Gefangenenlager besucht hätten. Über den Brief des Unteroffiziers, auf den Umfrid Bezug genommen hatte, sagt Lord Courtney nichts[156]). Wohl weil ihm dessen Unglaubwürdigkeit zu offenbar zu sein schien, um einer ausdrücklichen Widerlegung zu bedürfen.

Um Entgleisungen wie jene Umfrids gerecht zu beurteilen, muß man sich in die damalige Atmosphäre wildester Gerüchte und Greuelmeldungen, von der meine Schilderung nur einen schwachen Begriff hat geben können, versetzen. Es war außerordentlich schwer, sich der Einwirkung dieser Umgebung ganz zu entziehen.

Doch gelang das den deutschen Pazifisten, wie man wird anerkennen müssen, nach kurzer Zeit. Bald bemühten sich von Stuttgart aus Umfrid und Röttcher, Zeugnisse für gute Behandlung deutscher Gefangener in England und Frankreich, für die Bekundung humaner Gesinnung auf Feindesseite, besonders auch für die Tätigkeit des „Emergency Committee", des hauptsächlich von Quäkern organisierten englischen Not- und Hilfskomitees, im Völkerfrieden und in der Tagespresse zu veröffentlichen[157]). Der Weg der Publikation war in der Regel der, daß die Mitteilung in dem demokratischen Stuttgarter Beobachter zum Abdruck kam und dann im Sonderabdruck an zahlreiche Tagesblätter mit der Bitte um Weiterverbreitung gesandt wurde. Mitglieder unserer Ortsgruppen unterstützten das Stuttgarter Sekretariat

bei dieser Aufklärungsarbeit, sowohl durch Zusendung geeigneten Materials wie durch Weitergabe an die örtlichen Zeitungen.

Deutschen Greuelmeldungen nachzugehen und ihnen, wenn sie sich als falsch herausstellten, entgegenzutreten, war eine Aufgabe, die begreiflicherweise in der Regel unsere Kräfte überstieg. Wir waren dafür auf Mitteilungen ausländischer Freunde angewiesen, und diese Quelle floß nur sehr spärlich.

Unser Kampf gegen hetzerische Falschmeldungen war selbstverständlich ein Kampf nach zwei Fronten. Wir suchten auch irrigen, im Ausland verbreiteten Greuelmeldungen, wo uns die Möglichkeit dazu gegeben war, entgegenzutreten. Damit erfüllten wir mit der international-pazifistischen zugleich eine deutsch-vaterländische Pflicht.

Ein günstiger Zufall spielt mir, während ich schreibe, die Belege für zwei Beispiele in die Hände, in denen ich durch kritische Prüfung von Zusendungen, die ich während meines Aufenthaltes im Haag von englischen Freunden erhielt, englische Fälschungen aufdecken konnte. Ich gebe sie hier wieder, weil diese Erfahrungen bezeichnend sind für die – natürlich auf beiden Seiten! – skrupellos mit Fälschungen arbeitende Kriegspropaganda.

In dem einen Fall behauptete eine an den Redakteur einer englischen Zeitung gerichtete Zuschrift, es sei in Deutschland vom früheren preußischen Kriegsminister „Feldmarschall" Bronsart von Schellendorf ein Buch erschienen „Preußen unter den Waffen", in dem zur Erfüllung der Deutschland von der Vorsehung zugewiesenen zivilisatorischen Aufgabe, Annexionsforderungen vertreten würden, – viel toller noch als in den alldeutschen Veröffentlichungen, mit denen wir es nachher zu tun haben werden. In dem Buch sollte es heißen: „Wir werden nach und nach alle an Preußen (!) angrenzenden Provinzen (!) aufsaugen. Wir werden schrittweise Dänemark, Holland, Belgien, die Schweiz, Livland, Triest, Venedig und endlich den Norden Frankreichs von der Somme bis zur Loire annektieren". Es gab zwei preußische Kriegsminister Bronsart von Schellendorf[158]). Keiner von ihnen war je „Feldmarschall". Der überlebende der beiden Brüder ließ mir sagen, daß in seiner Familie niemand als Verfasser des Buches in Frage kommen könne und daß seines Wissens ein Buch *„Preußen unter den Waffen"* überhaupt nicht existiere[159]). Ich wandte mich weiter noch an einen befreundeten Historiker, der in der alldeutschen Bewegung an hervorragender Stelle stand. Auch er wußte nichts von einer Schrift, der das Zitat entnommen sein könne. Es handelte sich also, wie ich nach England berichten konnte, sicher um eine freche Fälschung.

In dem zweiten Fall hatten englische Freunde mir schon Mitte September ein in Liverpool verbreitetes Plakat eingesandt, das in großer blauer Schrift mit leuchtend rotem Rand einen Tagesbefehl Kaiser Wilhelms wiedergab, in dem dieser unter Ausdrücken der Verachtung zur Vernichtung des englischen Heeres aufrief. Ohne erst an amtlicher Stelle anzufragen, habe ich am 26. September vom Haag aus nach London telegraphiert und brieflich näher begründet, daß der Text zweifellos eine Fälschung sei. Er begann mit

den Worten „It is my Royal and Emperial Command“ (es ist mein königlicher und kaiserlicher Befehl), eine für ein deutsches Original ganz unmögliche Wendung, aber bezeichnend für den englischen Ursprung, da der englische Königstitel dem indischen Kaisertitel immer vorangeht. Noch sicherer aber war die Fälschung zu erweisen durch das Datum „Headquarter, Aix-la-Chapelle, August 19th, 1914“ (Hauptquartier, Aachen, 19. August 1914). Jedermann in Deutschland wußte, daß man aus begreiflichen Gründen aus der Lage des Hauptquartiers ein Geheimnis machte und daß deshalb alle aus ihm stammenden Kundgebungen ohne Ortsangabe waren. Außerdem war am 19. August das Hauptquartier sicherlich nicht in Aachen. Es bestand also gar kein Zweifel über das „made in England“. Mein englischer Korrespondent hat sicher sein möglichstes getan, um die ihm gewordene Aufklärung zu verbreiten. Gegen Mitte Oktober erst wurde dieser „Tagesbefehl“ amtlich als Erfindung charakterisiert[160]). Die pazifistische Aufklärungsarbeit war also der amtlichen um mehr als zwei Wochen vorangegangen. Vermutlich wurde sie in England auch mit mehr Vertrauen aufgenommen als das amtliche Dementi.

In dem „Vierten Kriegsflugblatt“ kam außer den beiden Aufrufen, die auf die Berner Konferenz vom 31. Oktober zurückgehen, auch eine Kundgebung des Frauenbundes der Deutschen Friedensgesellschaft zum Abdruck. Dieser Frauenbund war nicht lange vor Ausbruch des Krieges zur Zeit des Kongresses in Kaiserslautern gegründet worden. Dieser Akt hatte Frau von Suttner[161]) Anlaß zu einem warmen Begrüßungsschreiben gegeben. Der Bund war eingegliedert in die Deutsche Friedensgesellschaft und hatte wie diese seinen Vorstand in Stuttgart. Vorsitzende war Frau Professor Endriß[162]). Neben ihr trat in Stuttgart Frau Frida Perlen[163]), die an der Gründung der internationalen Frauenorganisation stark beteiligt gewesen war, hervor. Frau Endriß vertrat eine vorsichtigere, auch auf die Zusammenarbeit mit der Muttergesellschaft und den Männern mehr bedachte Richtung, während Frau Perlen die radikalere war und für den Frauenbund auf selbständiges Auftreten Gewicht legte.

Diese Vereinigung nun erließ in jenen Tagen einen Aufruf. Derselbe erhob Anklage gegen die Frauen, daß sie sich viel zu wenig um die Herbeiführung des Weltfriedens gekümmert hätten. „Wo waren die Frauen, die für den Frieden wirkten? Viel haben wir versäumt! Wir sind auch mitschuldig an dem Blute, das heute fließt.“ Der Jammer, der heute die Welt erfülle, müsse den Wunsch zur Leidenschaft werden lassen, „alles, alles zu tun, um eine Wiederkehr des Entsetzlichen zu vereiteln.“ Welche anderen Pflichten auch immer der Frauen warteten, müsse der Geist des Friedens ihr Wirken durchdringen; andere Anschauungen als die heute herrschenden müßten sie in die Welt tragen. „Noch gilt der Satz: daß, wer die Macht hat, auch das Recht hat; wir wollen dem Recht zur Macht verhelfen. Schiedsgericht statt Krieg sei unsere Losung!“ Der Aufruf wendet sich an die Frauen aller Welt, soweit Kultur eine Stätte hat; sie „müssen sich die Hand zum Bunde reichen, in gleicher Weise, wie sie sich längst zur Erringung

politischer Rechte die Hand gereicht haben." Die Kundgebung schließt mit den Worten: „Frauen, auf Euch ruht die Hoffnung der Welt. Erfüllt sie, sorgt, daß dieser Krieg der letzte in Europa bleibe!"

III. Tagung des Internationalen Friedensbureaus im Januar 1915

Am 6. und 7. Januar 1915 fand in Bern eine Ratssitzung des Internationalen Friedensbureaus statt. Da dieser Sitzung vielfach eine sehr weittragende Bedeutung beigemessen wird, gebe ich hier zunächst genau die Präsenzliste. Welche Wichtigkeit man der Sitzung zuschrieb, zeigt der Umstand, daß es die einzige[1] ist, deren Verhandlungen jemals stenographisch aufgenommen wurden[2].

Anwesend waren von den Mitgliedern der Präsident La Fontaine (Belgien), die Deutschen Heilberg[167]), de Neufville, Quidde, der Österreicher Fried, der Engländer Alexander, die Ungarin Frau Zipernowsky[168]), der Italiener Giretti, die Schweizer Bovet, Bucher-Heller, Carrière, dazu der Generalsekretär Golay. Vertreten ließen sich die Franzosen Gaston Moch (durch Bovet), Ruyssen (durch Giretti), der Engländer Moscheles[169]) (durch Alexander), der Holländer Bart de la Faille[170]) (durch Jong van Beek en Donk), der Russe Semenoff[171]) (durch La Fontaine), der Schwede Nilsson[172]) (durch den Holländer Rutgers)[173]), die Amerikanerin Mrs. Fern Andrews[174]) (durch Frau La Fontaine) und Professor Dutton[175]) (durch den Holländer Schaper)[176]), der Däne Bajer[177]) (durch den Ungarn Giesswein)[178]). Es waren also stimmberechtigt vertreten dreizehn Länder mit zusammen zwanzig Stimmen, während dem Rat damals [35] Mitglieder angehörten. Es waren das Belgien, Dänemark, Deutschland (3 Stimmen), England (2), Frankreich (2), Italien, Niederlande, Österreich, Rußland, Schweden, Schweiz (3), Ungarn, Vereinigte Staaten (2). Die Anwesenden gehörten freilich nur acht Ländern an: Belgien (3 Stimmen), Deutschland (3), England (2), Italien (2), Niederlande (3), Österreich, Schweiz (4), Ungarn (2).

---

[1] Auch in der Sitzung, die am 30. Juli 1914 in Brüssel stattfand, sollen die Reden stenographisch aufgenommen sein. Aber im Internationalen Friedensbureau befindet sich keine Spur eines solchen Stenogramms.

[2] Das Stenogramm ist an manchen Stellen mangelhaft. Es läßt z. B. nicht klar erkennen, wie es in der zweiten Sitzung zu dem Verzicht auf eine Abstimmung über den Antrag Giretti[164]) kam. Es fehlt der Wortlaut der in der zweiten Sitzung beratenen, schließlich zurückgezogenen Anträge Alexander[165]), deren Inhalt sich aus der Diskussion nur ungenau erkennen läßt. Ebenso fehlt der Wortlaut der Anträge Fried, die den Beratungen der dritten Sitzung zu Grunde lagen, so daß die in der Diskussion vertretenen Ansichten und Änderungsvorschläge nicht immer verständlich sind. Dieser Mangel ist freilich nicht sehr schlimm, da die beschlossenen Kundgebungen im Wortlaut vorliegen, der französische Text im «Mouvement pacifiste», die deutsche Übersetzung (dem Ursprung nach eigentlich das Original) in der Friedenswarte[166]).

Daß französische Mitglieder nicht persönlich anwesend waren, wurde natürlich allerseits als ein großer Übelstand empfunden. Sie waren, gleich dem Präsidenten selbst und dem Italiener Giretti, gegen die Einberufung der Sitzung gewesen, die zu nichts Gutem führen könne; aber ihre Abwesenheit bedeutete keine absichtliche Boykottierung, sondern war durch ernste Verhinderungsgründe veranlaßt. Einige von ihnen standen im Heer.

Die deutschen Mitglieder und Fried hatten auf Einberufung der Sitzung gedrängt. Ihr Motiv war, wie schon in der Aussprache vom 31. Oktober hervorgetreten ist, das Bedürfnis, unter den Pazifisten eine Verständigung über ihre Haltung zu den durch den Krieg aufgeworfenen Fragen, insbesondere aber über ihre Forderungen für den Inhalt des Friedens herbeizuführen. La Fontaine hatte geglaubt, durch Art. 10 der Satzung genötigt zu sein, diesem Verlangen, da es durch mehr als ein Viertel der Mitglieder unterstützt wurde, nachgeben zu müssen, obgleich die Antragsteller selbst sich auf diese Satzungsbestimmung nicht berufen hatten und es ihnen (worauf sie Wert legten) fernlag, den Präsidenten zwingen zu wollen.

Es fanden drei Sitzungen statt, die erste Mittwoch, 6. Januar, Nachmittag, die zweite und die dritte Donnerstag vormittag und nachmittag.

Die erste Sitzung wurde ausgefüllt durch eine sehr unerquickliche Diskussion. Der italienische Vertreter Giretti beantragte eine Resolution, die eine scharfe Verurteilung der österreichisch-ungarischen Note an Serbien und der Verletzung der belgischen Neutralität aussprach. In der vorangegangenen Korrespondenz hatte er mich loyal darauf hingewiesen, er werde genötigt sein, einen solchen Antrag zu stellen, und die Deutschen würden aus Rücksicht auf die Stimmung in ihrem Lande dadurch in eine peinliche Lage geraten. Wir aber hatten geglaubt, gleichwohl auf Einberufung der Sitzung bestehen zu sollen, in der Hoffnung, daß eine Verständigung möglich sein werde. Girettis Antrag lautete:

„Der am 6. Januar 1915 in Bern versammelte Rat des Internationalen Verbandes der Friedensgesellschaften betrachtet es als seine Pflicht, die von allen Friedenskongressen verkündeten Grundsätze aufs neue zu bekräftigen und energisch zu protestieren gegen alle Verletzungen des Völkerrechts, die im Lauf des gegenwärtigen Krieges begangen sind, namentlich gegen den aggressiven und unentschuldbaren Charakter des von der österreichisch-ungarischen Regierung an Serbien gerichteten Ultimatums und gegen die brutal zugestandene Verletzung der Verträge, die Deutschland und Österreich-Ungarn verpflichteten, die Neutralität Belgiens und Luxemburgs zu achten und zu verbürgen."

Im Namen der Vertreter der Mittelmächte, d. h. also der drei Deutschen, Frieds und der beiden Ungarn Frau Zipernowsky und Giesswein, verlas ich darauf folgende von Heilberg entworfene[1] Erklärung:

[1] Das Konzept von Heilbergs Hand liegt noch bei dem stenographischen Protokoll im Akt der Sitzung, den das Internationale Friedensbureau verwahrt. Nur geringfügige Kleinigkeiten sind von mir korrigiert.

„Den sämtlichen kriegführenden Mächten werden bedauerliche Verletzungen des Völkerrechts vorgeworfen. Feststehend auf den Grundsätzen des Pazifismus, beklagen und verwerfen wir alle Verletzungen des Völkerrechts, gleichviel von welcher Seite sie kommen. Aber angesichts der Meinungsverschiedenheiten über die Formulierung eines Protestes gegen derartige Rechtsverletzungen, angesichts der Gefahr, daß die Diskussion darüber eine Störung der Einigkeit herbeiführen kann, welche für die Erfüllung der Aufgaben des internationalen Pazifismus notwendig ist, angesichts der noch größeren Gefahr einer Abstimmung durch Mehrheitsbeschluß in diesem oder jenem Sinne, angesichts des dringenden Interesses, die Intervention und den Einfluß der internationalen Friedensbewegung und des Internationalen Friedensbureaus bei der künftigen Formulierung der Friedensbedingungen und der weiteren Entwicklung des Zusammenlebens der Staaten nicht zu beeinträchtigen, sehen wir von jeder weiteren Beteiligung an der Diskussion dieser Frage ab und bitten: a) eine Abstimmung über einen solchen Protest nicht herbeizuführen, b) unsere weiteren Verhandlungen auf die Formulierung der Aufgaben zu beschränken, welche den pazifistischen Organisationen für ihre weitere Propaganda und welche dem Internationalen Friedensbureau beim künftigen Friedensschlusse zu empfehlen sind."

Mündlich begründeten die deutschen Mitglieder ihre Haltung damit, daß eine solche Resolution, die aus allen Völkerrechtsverletzungen einseitig nur zwei Verschuldungen der Mittelmächte heraushebe, ihnen jede Betätigung in Deutschland unmöglich machen werde. Englands Verhalten gegenüber dem Handel der Neutralen sei gleichfalls eine schwere Verletzung des Völkerrechts. Die deutschen Pazifisten hätten das österreichisch-ungarische Ultimatum an Serbien öffentlich scharf verurteilt, und es gebe (wie auch La Fontaine anerkannte) keinen deutschen Pazifisten, der die Verletzung der belgischen Neutralität verteidigt hätte. Etwas ganz anderes aber sei die Annahme oder auch nur Duldung (durch Stimmenthaltung) einer solchen einseitigen Resolution. Sie seien durchaus bereit, einer ganz allgemein gehaltenen Verurteilung der Völkerrechtsverletzungen, die vom ersten Tage des Krieges an stattgefunden hätten, zuzustimmen; dabei werde gewiß jeder Leser an die Verletzung der belgischen Neutralität denken, womit ja der Zweck des Antrages erreicht sei. Heilberg schlug vor zu sagen:

„Der am 6. Januar 1915 in Bern versammelte Rat des Internationalen Friedensbureaus fühlt sich verpflichtet, die von allen pazifistischen Kongressen ausgearbeiteten und feierlich genehmigten Grundsätze zu bestätigen, und protestiert energisch gegen die Verletzungen des Völkerrechts."

Alexander fühlte sich verpflichtet, der Resolution Giretti zuzustimmen; er begriff aber die schwierige Lage der Deutschen und empfahl ihnen, sich der Stimme zu enthalten. Zugleich schlug er vor, in einem Zusatz zur Resolution für die Entstehung des Krieges das System der Bündnisse, die Geheimdiplomatie und den Rüstungswettkampf verantwortlich zu machen, ein Vorschlag, der bei allen Anwesenden, auch bei den Deutschen, Zustimmung fand.

Die Vertreter der Mittelmächte fanden Unterstützung bei dem Deutsch-Schweizer Bucher-Heller und bei den Holländern Rutgers und de Jong. Rutgers sah nicht ein, was die Resolution nützen solle, und er machte geltend, die Frage der Verletzung der belgischen Neutralität sei noch nicht genügend geklärt. Dieser Auffassung trat La Fontaine unter Hinweis auf die unzweifelhafte Verurteilung seitens der deutschen Kollegen entgegen.

Giretti hatte wohl Verständnis für die schwierige Lage der Deutschen, weigerte sich aber, die Resolution abzuschwächen. Gewiß seien viele Verletzungen des Völkerrechts begangen; aber nur zwei hätten das internationale Gewissen beunruhigt[1]; das Ultimatum an Serbien und die Verletzung der Neutralität von Luxemburg und Belgien; das Internationale Friedensbureau müsse um seines Ansehens willen diese Wahrheit bekennen. Noch schärfer gab Golay dieser Auffassung Ausdruck: wenn das Bureau schweige, so spreche es sich selbst das Todesurteil.

Seltsamerweise glaubten Befürworter der Resolution aus dem Widerstand der Deutschen den Schluß ziehen zu sollen, daß man sich mit ihnen über die Grundsätze eines künftigen Friedens nicht werde einigen können. Auf die Frage Golays, ob die Deutschen bereit seien, zusammen mit den Kollegen Prinzipien des künftigen Friedens zu votieren, antwortete ich: „Selbstverständlich".

In Konsequenz ihrer rein opportunistischen Bedenken verlangten wir nicht etwa die Ablehnung der Resolution, sondern wir warfen die Vorfrage auf, die „question préalable", ob über sie abgestimmt werden sollte. Die Abstimmung ergab Stimmengleichheit: zehn gegen zehn. Mit den sechs Vertretern der Mittelmächte stimmten Bucher-Heller und die drei Holländer.

Nach dieser Abstimmung boten wir Giretti an, den Versuch zu machen, ob man nicht noch unter Beschränkung auf eine allgemeinere Formel zu einem einstimmigen Beschluß kommen könne. Um die Lage in Ruhe erwägen zu können, wurde die Sitzung nach fast vierstündiger Dauer geschlossen und die Beschlußfassung auf den nächsten Tag vertagt.

In der Vormittagssitzung vom 7. Januar[2] wurde klargestellt, daß der Antrag auf Übergang zur Tagesordnung mit Stimmengleichheit abgelehnt sei, über den Antrag Giretti also abgestimmt werden könne. Gleichwohl einigte man sich nach längerem Hin und Her, auf Befürwortung besonders des Präsidenten La Fontaine, dahin, auf die Abstimmung zu verzichten. Bestimmend war wohl, daß die Resolution voraussichtlich mit dem gleichen Stimm-

---

[1] Giretti setzt hier offenbar die bei den Verbündeten herrschende, allerdings vielfach auch auf die Neutralen übergreifende Erregung gleich mit dem internationalen Gewissen, unter Ignorierung der Empörung, die Englands Kaperkrieg bei einem beträchtlichen Teil der öffentlichen Meinung, auch einem Bestandteil des Weltgewissens, wachgerufen hatte.

[2] An Stelle von Heilberg, der hatte abreisen müssen, war Gustav Maier getreten, ein in Zürich wohnhafter deutscher Pazifist, der uns schon bei der Aussprache vom 31. Oktober begegnet ist.

verhältnis (10 zu 10) abgelehnt worden wäre, was niemand, auch nicht die Opposition, wünschen konnte.

Aus unserer Haltung in dieser Frage ist uns später oft ein schwerer Vorwurf gemacht worden[179]). Bucher-Heller hat einmal gesagt, er bereue es bitter, damals mit uns gestimmt zu haben, und von Gerlach[180]) äußerte, als ihm 1920 das Protokoll vorgelegt wurde, sein „Entsetzen"[181]). Mir selbst will es heute nicht recht verständlich scheinen, daß wir uns nicht auf die angebotene Stimmenthaltung einließen. Es ist aber doch wohl an dem, daß diese späteren Urteile (mein eigenes mit eingeschlossen) sich nicht genügend in die Lage von Anfang 1915 hineinversetzen. Wir waren damals einmütig der Überzeugung, daß die Annahme der Resolution uns jede weitere Tätigkeit in Deutschland unmöglich gemacht und uns jeder Aussicht, auf die öffentliche Meinung in Deutschland Einfluß zu gewinnen, beraubt hätte[182]). Wenn ein so nüchterner und klar denkender Mann wie der Jurist Heilberg diese Überzeugung teilte, so sollte das denen zu denken geben, die vom sicheren Port der Sieger oder der Neutralen oder auch vom Standpunkt des besiegten Deutschland aus uns heute etwa verurteilen. Wie die in Deutschland herrschende Auffassung war, gegen die wir zu kämpfen hatten, zeigt ein von mir in der Diskussion zitiertes Wort der Frankfurter Zeitung: „Alles was bisher als internationales Recht galt, ist von den Engländern mit Füßen getreten worden. Sie haben den Krieg gewollt, nicht wir." Wenn das am grünen Holz der Frankfurter Zeitung möglich war, so kann man sich vorstellen, wie es in der von Hause aus chauvinistischen Presse aussah. Solchem Kriegswahnsinn standen wir gegenüber. Da konnten wir nicht von einer internationalen Sitzung mit einer einseitigen Verurteilung Deutschlands und Österreich-Ungarns nach Hause kommen.

Ein Fehler war es, scheint mir heute, daß wir nicht beantragten, in die Resolution eine Verurteilung der englischen Seekriegführung aufzunehmen, die in der Ausdehnung des Begriffs der Contrebande gegenüber der neutralen Schiffahrt sicher völkerrechtswidrig war[1]. Auch die Gegenseite hat uns nicht vor die Frage gestellt, ob wir der Girettischen Resolution zustimmen würden, wenn die Anklage paritätisch auch gegen die englische Völkerrechtsverletzung erhoben würde. Ich vermag heute nicht zu sagen, wie wir uns verhalten hätten. Mir scheint, daß wir hätten zustimmen müssen und daß wir so zu einer einmütigen Beschlußfassung hätten kommen können.

Der größte Teil der Vormittagssitzung am 7. Januar wurde beansprucht durch Beratung zweier Anträge Alexanders. Sie wandten sich an die Neutralen, um durch deren Vermittlung die Kriegführenden zur Bekanntgabe ihrer Friedensbedingungen zu veranlassen und auf diesem Weg zu einer Beendigung des Krieges zu gelangen. Der zweite Antrag wollte insbesondere dem Schweizer Bundesrat diese Aufgabe zuweisen.

---

[1] Vgl. Wehberg, Ist die Aushungerung eines Landes im Seekriege zulässig? (Völkerfriede 1915, S. 97 f.). Wehberg bejaht die Frage, führt aber aus, daß die Ausdehnung des Begriffs Contrebande auf Getreide völkerrechtswidrig sei.

Die Anträge fanden viel grundsätzliche Sympathie, stießen aber auf zwei Einwände. Den einen machte besonders Fried geltend: es sei nicht Aufgabe der Pazifisten, auf baldige Beendigung des Krieges zu dringen, sondern für einen Frieden einzutreten, der pazifistische Forderungen erfülle. Der andere Einwand kam von entgegengesetzter Seite: ein Friede, der geschlossen werde, solange Belgien und französisches Gebiet von Deutschen besetzt seien, werde ein Friede zu Gunsten Deutschlands sein und könne nicht den Forderungen des Rechts entsprechen. Bezeichnend ist es, daß die amtlichen Stellen und die Nationalisten in Deutschland gegen Bestrebungen, zu einem baldigen Friedensschluß zu kommen, genau den entgegengesetzten Vorwurf erhoben: damit würden die militärischen Erfolge Deutschlands preisgegeben und die Feder verdürbe wieder, was das Schwert errungen hätte. Als ich im September im Haag war, wurde ich, da ich angeblich für baldigen Friedensschluß geworben hätte, geradezu des Landesverrats beschuldigt[183]).

Abänderungsanträge, die ich vertrat, gingen dahin, einzufügen, daß der Schweizerische Bundesrat „im ersten geeigneten Moment" (also nicht sofort) intervenieren möge, und zweitens, zu sagen, daß der Frieden „auf der Grundlage der allgemeinen Freiheit und Gleichberechtigung der Völker" beruhen müsse.

Dr. de Jong schlug vor: wenn man die Regierungen der kriegführenden Mächte nicht zur Bekanntgabe ihrer Friedensbedingungen bestimmen könne, so solle man die Anschauungen führender Persönlichkeiten erkunden.

Schließlich zog Alexander seine Anträge zurück, da die französischen Kollegen, die voraussichtlich von irgendwelchen Friedensverhandlungen nichts wissen wollten, nicht zugegen seien.

Am Schluß der Vormittagssitzung legte Fried die Entwürfe zu vier Kundgebungen vor: erstens zu drei Rundschreiben, und zwar an die Friedensgesellschaften, an die internationalen Organisationen und an die Intellektuellen der kriegführenden Länder, zweitens zu pazifistischen Forderungen für den künftigen Frieden.

Während zwei langdauernde Sitzungen ganz ergebnislos geblieben waren, verständigte man sich in der Nachmittagssitzung überraschend schnell und leicht über den Wortlaut von drei Kundgebungen (die Forderungen für den Friedensschluß wurden in das Schreiben an die Friedensvereine hineingearbeitet). So wurde es nicht nötig, wie man während der Sitzung wohl gemeint hatte, die Kundgebungen nur in den Grundlinien festzulegen und die Ausarbeitung einem Redaktionskomitee zu übertragen.

Man findet den Wortlaut aller drei Kundgebungen in der „Friedens-warte", 1915, S. 3–9, und im «Mouvement pacifiste», 1915, Nr. 1–2, S. 2–13. Die erste Kundgebung wandte sich – eine Erweiterung gegenüber dem Friedschen Entwurf – an „die geistigen Führer aller Nationen", nicht nur der kriegführenden Länder, die zweite an „die internationalen Organisationen", die dritte an „die Friedensgesellschaften aller Länder". Die beiden ersten

für die große Öffentlichkeit bestimmten Aufrufe, wurden der Presse übermittelt. Für uns ist das Rundschreiben an die Friedensvereine, das den mehr internen Charakter einer Auseinandersetzung innerhalb der Bewegung trägt, das wichtigste Ergebnis der Beratungen, und innerhalb desselben das Programm des Friedensschlusses. Ich gebe deshalb aus dem sehr umfangreichen Schriftstück hier einen Auszug, dazu im Anhang den Wortlaut des Friedensprogramms[184]), schon um eine Vergleichung mit dem späteren Minimalprogramm eines dauernden Friedens zu ermöglichen.

Das Schreiben begründet zunächst kurz, weshalb das Bureau von einem ihm nahegelegten Protest gegen die Verletzungen des Völkerrechts und von Vorstellungen behufs Beendigung des Krieges und Friedensvermittlung abgesehen hat. (Selbst über diesen heikelsten Teil des Schreibens hatte man sich ohne Schwierigkeit verständigt)[1]. Es entwickelt dann den Gedanken, daß mit dem Friedensschluß der Friedensbewegung große Aufgaben erwachsen werden. Wohl in ihren Hoffnungen, aber nicht in ihren Überzeugungen seien die Friedensfreunde durch den Krieg enttäuscht worden. Nicht sie, sondern ihre Gegner, die den Frieden durch fortwährende Steigerungen der Rüstungen sichern wollten, seien durch diesen Krieg Lügen gestraft. Die nach dem Krieg gestellte Aufgabe, einen wirklich für lange Zeit gesicherten Frieden zu schaffen, sei zu lösen nur möglich auf der Grundlage gewisser pazifistischer Forderungen, die das Rundschreiben im einzelnen entwickelt und den Friedensgesellschaften zum Studium empfiehlt. Die Pazifisten würden, wenn es erst zu ernsthaften Friedensverhandlungen komme, mit ihren Ideen sicher nicht allein stehen. Für die Zwischenzeit fordert das Rundschreiben die Friedensfreunde auf, in dem Strom von Haß und Verhetzung, von Lügen und Verleumdungen, der wie eine Schlammlawine das öffentliche Leben überschwemme, aufrecht zu bleiben als Vertreter der internationalen Gemeinschaft, der Gerechtigkeit und der Wahrheit. Jeder habe Pflichten gegen sein Land zu erfüllen; das sei kein Hindernis für die Erfüllung der Menschheitspflichten. Um zur rechten Zeit bereit zu sein, mahnt das Rundschreiben,

---

[1] Es folgte aber ein eigenartiges Nachspiel. In dem Satz, der von den Verletzungen des Völkerrechts handelt, hatten wir unterschieden zwischen jenen, die tatsächlich und rechtlich feststånden, und jenen, die bestritten seien. In der Stimmung der letzten Sitzung hatte ich, um den Freunden der Resolution Giretti eine Genugtuung zu gewähren, beantragt, bei der ersten Kategorie einzufügen „telle la violation de la neutralité belge". Der Antrag wurde angenommen. Auf der Heimreise wurde mir klar, daß mein Verständigungswunsch mir einen bösen Streich gespielt hatte und daß der Erfolg, den wir bei Bekämpfung der Resolution Giretti erzielt hatten, damit vielleicht preisgegeben war. Ich bat Golay, die paar Worte, die doch allein durch mich in den Text hineingekommen waren, mir zu Gefallen zu streichen, wozu die Zustimmung La Fontaines einzuholen wäre. Fried unterstützte mich dabei. Golay weigerte sich, formal sicher mit Recht. Fried war darüber empört und hat in seinem Abdruck der deutschen Fassung in der „Friedenswarte" die Worte ausgelassen. Die Fälschung (denn um eine solche handelt es sich zweifellos) ist, soviel ich weiß, unbeachtet geblieben, hat jedenfalls zum Glück keine weiteren Folgen gehabt.

die bestehenden Organisationen zu erhalten, zu stärken und auszubauen, unter Umständen auch neue zu schaffen; es berichtet von erfreulichen Erfahrungen über die dem Kriegszustand angepaßte Tätigkeit und das Wachstum mancher Gesellschaften, selbst in kriegführenden Ländern; es verweist auf die Erfolge des in Holland gegründeten Anti-Oorlog-Raad, der vielleicht für andere neutrale Länder ein Muster werden könne.

Das Schreiben schließt mit dem Satz: „Wie jetzt wir, Pazifisten aus neutralen und kriegführenden Ländern, in unserem Rat gemeinsam getagt haben, und wie wir trotz unvermeidlicher Unterschiede in der Beurteilung gar mancher Vorgänge zu gemeinsamen Beschlüssen gelangt sind, so wollen wir Pazifisten allesamt dafür sorgen, daß wir über den alles zerstörenden Krieg unsere Organisationen und unsere internationale Gemeinschaft ungebrochen hinüberretten, als Zeugnis für den unzerstörbaren Wert unserer gemeinsamen Sache, die alle nationalen Gegensätze, allen Haß unserer Nationen und auch die Bitterkeit unserer eigenen Empfindungen überwindet."

IV. Der Bund Neues Vaterland und die Gründung der Zentralorganisation für dauernden Frieden

Die beiden Organisationen, die in Deutschland neben der Deutschen Friedensgesellschaft für Völkerverständigung eintraten, die deutsche Gruppe der Interparlamentarischen Union[185]) und der Verband für Internationale Verständigung[186]) wurden durch den Ausbruch des Krieges lahmgelegt.

Für die interparlamentarische Gruppe verstand sich das von selbst; denn die eigentliche Tätigkeit des Parlamentarier-Verbandes entfaltete sich auf den interparlamentarischen Konferenzen; den nationalen Gruppen lag es nur ob, sich mit der Vorbereitung dieser internationalen Zusammenkünfte und mit der Durchführung ihrer Beschlüsse zu beschäftigen. Da während des Krieges die interparlamentarischen Konferenzen ausfallen mußten, pausierte auch die deutsche Gruppe. Im Jahre 1916, um das vorwegzunehmen, unternahm der Generalsekretär der Union eine Rundreise, um die Fühlung mit den nationalen Gruppen in den neutralen und kriegführenden Ländern aufrecht zu erhalten und kam auf dieser Rundreise auch nach Deutschland, nach Berlin und nach München.

Für den Verband für Internationale Verständigung bestanden Hindernisse dieser Art nicht. Er hätte an sich weiterarbeiten können. Aber die Geschäftsführung versagte. Der geschäftsführende Vorsitzende, der in erster Linie diesen reichsdeutschen Verband gegründet hatte, Professor Dr. Otfried Nippold, besann sich beim Ausbruch des Krieges auf seine schweizerische Staatsangehörigkeit, verließ fluchtartig seinen Posten in Frankfurt und ließ die Organisation im Stich, wobei es noch zu recht unerfreulichen finanziellen

Auseinandersetzungen zwischen ihm und anderen Vorstandsmitgliedern kam. In der Schweiz trat Nippold, der 1913 auf der Nürnberger Tagung des Verbandes für Internationale Verständigung dem Pazifismus wie dem Idealismus feierlich abgeschworen hatte, als radikaler Pazifist auf, der an der deutschen Politik eine überaus scharfe, in vielen Punkten leider berechtigte, aber vielfach ins Gehässige ausartende Kritik übte, viel schärfer als Alfred Fried, der, um seine Friedenswarte unbehelligt durch die Zensur herausgeben zu können, in die Schweiz gegangen war und nun, während ihn deutsche Nationalisten des Landesverrats bezichtigten, zu seiner Verwunderung zu seiner Linken Nippold auftauchen sah. Er mußte sich neben ihm fast deutsch-national vorkommen.

Des verwaisten Verbandes für Internationale Verständigung nahmen sich von den Vorsitzenden besonders Schücking (Marburg) und Piloty[187]) (Würzburg) an, in Frankfurt selbst der dem Pazifismus treu ergebene Bankdirektor Hermann Maier[188]). Aber zu einer energischen Tätigkeit ist der Verband während des Krieges nicht gelangt. Die Zusammensetzung seiner Mitgliedschaft erschwerte oder verbot ihm das auch, da unter den Mitgliedern, anders als bei der Friedensgesellschaft, die Opportunisten internationaler Verständigung überwogen, die unter den Eindrücken des Krieges nicht standhielten. Die aktiveren Mitglieder des Verbandes beteiligten sich von 1916 an in der Zentralstelle Völkerrecht, von der nachher die Rede sein wird.

Dafür entstand, gerade unter dem Eindruck des Kriegsausbruches, eine neue Organisation, die für die Entwicklung der Friedensbewegung von großer Bedeutung werden sollte, der Bund Neues Vaterland, später umgewandelt in die Deutsche Liga für Menschenrechte[1].

Anfang Oktober erschien in einem schnell gegründeten Verlag Neues Vaterland (Lilli Jannasch)[189]) eine Schrift Otto Lehmann-Rußbüldts, der vorher besonders in der Kirchenaustrittsbewegung tätig war, „Die Schöpfung der Vereinigten Staaten von Europa". Unter Bezugnahme auf diese Broschüre richteten im Lauf des Monats Kurt von Tepper-Laski[190]), bekannt als allererste Autorität im Rennsport und zugleich als Vertreter freier politischer und religiöser Ansichten, und Lehmann ein Rundschreiben an ihnen bekannte Männer und Frauen mit der Aufforderung, sich zu energischer Arbeit zusammenzuschließen.

Am 16. November wurde der Verein gegründet, der den sehr glücklich gewählten Namen des oben erwähnten Verlages Bund Neues Vaterland annahm. Tepper-Laski wurde dessen Vorsitzender; ihm trat bald Graf Georg Arco[191], der ausgezeichnete Elektrotechniker, als stellvertretender Vorsitzender zur Seite, später auch Landrat a. D. Karl von Puttkamer[192]), Sekretäre

[1] *Ich übernehme hier in allem wesentlichen die Tatsachen der Darstellung Lehmann-Rußbüldts* in seinem Buche „Der Kampf der Deutschen Liga für Menschenrechte, vormals Bund Neues Vaterland für den Weltfrieden 1914–1927", Berlin 1927.

waren Lehmann-Rußbüldt und Frl. Lilli Jannasch, bald auch noch der Schriftsteller, spätere Berliner Stadtrat Ernst Reuter[193]).

Der Bund Neues Vaterland war von der Friedensgesellschaft grundsätzlich dadurch unterschieden, daß er sich von Anfang an, seinem Namen entsprechend, auch innerpolitische Aufgaben setzte, vor die das deutsche Volk durch den europäischen Krieg gestellt sein werde[194]). Mit dem bisherigen System, „wonach einige Wenige über Wohl und Wehe von Hunderten Millionen Menschen zu entscheiden haben", müsse gebrochen werden, „um eine politische und wirtschaftliche Verständigung zwischen den Kulturvölkern herbeizuführen[1]." Ungefähr zur gleichen Zeit wurden in England und in Holland Organisationen gegründet, die man zu dem Bund Neues Vaterland einigermaßen in Parallele stellen kann, die Union of Democratic Control[195]) und der Nederlandsche Anti-Oorlog-Raad[196]).

Der Bund suchte Beziehungen zu mehr rechtsgerichteten Kreisen zu gewinnen, um so Einfluß auf die Herbeiführung des Friedens ausüben zu können. Andererseits fühlten sich Männer zu ihm hingezogen, die der unseligen Außenpolitik des Kaisers und des Fürsten Bülow Schuld gaben an der Isolierung Deutschlands und am Ausbruch des Krieges, oder die den verderblichen Einfluß der militärischen Diktatur auf die in eine ganz unsinnige Auffassung der Kriegslage und der Friedensmöglichkeiten hineingehetzte öffentliche Meinung fürchteten.

Viele Diplomaten traten dem Bund freundschaftlich näher, in erster Linie Graf U. v. d. Gröben[198]), früher Botschaftsrat bei der Botschaft in Paris, dann Graf Leyden[199]), früher Gesandter in Stockholm, Fürst Lichnowsky[200]), bei Ausbruch des Krieges Botschafter in London, Graf Monts[201]), früher Botschafter in Rom; auch Dr. Schlieben[202]), bei Ausbruch des Krieges Konsul in Belgrad, ist hierher zu rechnen. Er stand, gleich Graf Gröben, dem Bunde besonders nahe, ging nachher in die Schweiz und gesellte sich dort zu dem Kreise, der sich um die „Freie Zeitung" gruppierte. Die Informationen und Anregungen, die von diesen Kennern der Außenpolitik ausgingen, veranlaßten den Bund, mit einer Denkschrift über die auswärtige Politik des Fürsten Bülow hervorzutreten[2]. Verfasser war Ernst Reuter. Am 13. März 1915 wurde sie, nicht in Druck, sondern in Schreibmaschinenschrift vervielfältigt, an Interessenten versandt, führte dem Bund neue Kräfte zu und machte im Auswärtigen Amt einigen Rumor[203]).

---

[1] In den Anlagen s. § 1 der Satzung des Bundes[197]). Bei Lehmann, S. 17, einige Angaben über die der Beschlußfassung vorangegangene Beratung. Lehmann nennt als Anlaß zur Gründung des Bundes die Beobachtung, daß die Gesellschaften, die für den Weltfrieden eintraten, glaubten, „sich am meisten in der Betätigung dieser Gesinnung zurückhalten zu müssen" und zitiert als Beleg dafür eine Äußerung im Organ der Deutschen Friedensgesellschaft: „Unsere Ortsgruppen werden jetzt in der Hauptsache zur Untätigkeit verurteilt sein." Diese Bemerkung galt nur für die Ortsgruppen (bewahrheitete sich übrigens durchaus nicht für alle, vgl. Kapitel IX, S. 95–99 I), nicht für die Zentrale.

[2] Sie ist im Wortlaut abgedruckt bei Lehmann, S. 143–152.

Vertrauensmann des Bundes im Auswärtigen Amt war Graf Botho Wedel[204]). Bei dem starken Gegensatz, der während des ganzen Krieges zwischen dem Auswärtigen Amt und den militärischen Stellen bestand, lag die Möglichkeit nicht fern, Einfluß auf die Politik der Regierung zu gewinnen, aber eine Unterredung mit dem Legationsrat Riezler[205]), der das besondere Vertrauen des Reichskanzlers genoß, zeigte bald, daß nicht viel von einem noch so losen Zusammenwirken zu erwarten war. Auch Unterstaatssekretär Zimmermann[206]) war nur sehr bedingt zugänglich.

Immerhin sah man es im Auswärtigen Amt nicht ungern, als Vertreter des Bundes, von Tepper-Laski und Lehmann-Rußbüldt, zugleich auch Professor Schücking einer im Einvernehmen mit verwandten Organisationen der Schweiz und der skandinavischen Länder erfolgten Einladung des Anti-Oorlog-Raad zu einer internationalen Besprechung von Verständigungsfreunden im Haag folgten.

Diese Konferenz fand vom 7. bis 10. April statt. Den Vorsitz führte der Generalsekretär des Niederländischen Justizministeriums van Dresselhuys[207]). Unter den holländischen Teilnehmern trat der Schriftführer des Anti-Oorlog-Raad Dr. de Jong van Beek en Donk besonders hervor. Von anderen Ländern waren vertreten: Belgien durch Paul Otlet[208]), Generalsekretär des Verbandes internationaler Gesellschaften, den nahen Freund La Fontaines, Deutschland durch Tepper-Laski, Lehmann-Rußbüldt, Schücking, Quidde, England durch Lowes Dickinson[209]), Professor der Staatswissenschaften an der Universität Cambridge, eine Dame, Miss C. MacMillan[210]), von der britischen Abteilung des Women's International Congress, und am letzten Tag noch durch das Parlamentsmitglied Allen Baker[211]), einen der angesehensten Quäker des Landes, Norwegen durch Dr. Christian Lange[212]), Generalsekretär der Interparlamentarischen Union, Österreich durch Rudolf Goldscheid[213]), der hier zum erstenmal mit deutschen Pazifisten in jene enge Verbindung trat, die im Krieg so fruchtbar werden sollte und den Krieg überdauert hat. Schweden durch Baron Adelswärd[214]), Mitglied des Schwedischen Reichsrates, die Schweiz durch den bekannten Gelehrten Auguste Forel[215]) und zwei Völkerrechtslehrer, Professor Mercier[216]) und Professor Sauser-Hall[217]), Ungarn durch Prälat Alexander Giesswein, die Vereinigten Staaten durch Mrs. Fanny Fern Andrews von der American School Peace League. Franzosen waren nicht erschienen, ob aus Mißtrauen gegen die Veranstaltung[1] oder weil die Regierung die Reise verweigerte, weiß ich nicht. Immerhin war auch aus Frankreich[2], wie aus Dänemark, Italien, Rußland und Spanien eine grundsätzliche Zustimmungserklärung eingelaufen.

---

[1] So sagt Lehmann, S. 28. Bei vielen französischen Pazifisten machte sich auch später ein tiefes Mißtrauen geltend, daß jede auf Beendigung des Krieges hinzielende Bemühung einseitig im Interesse Deutschlands läge.

[2] So ist im Völkerfrieden vom September 1915, S. 94, von mir berichtet. Lehmann sagt S. 28, „Franzosen waren weder erschienen noch hatten sie Begrüßungen gesandt". Wahrscheinlich war die Erklärung aus Frankreich vereinzelt, und es fehlten Begrüßungen gerade von den wichtigsten Persönlichkeiten.

Aufgabe der Konferenz war es nicht, in den Fragen, um die der Krieg geführt wurde, oder zwischen den Friedensforderungen der kämpfenden Mächte eine Vermittlung zu suchen, sondern ein Programm aufzustellen, das der Friedensschluß erfüllen müsse, wenn es ein dauernder Friede sein sollte, mit starken Garantien gegen die Wiederkehr einer solchen Katastrophe wie der des August 1914.

Diese Aufgabe hat die Konferenz in einer, wie wir heute noch rückschauend sagen dürfen, mustergültigen Weise erfüllt. Es wurde ein Mindestprogramm für einen dauernden Frieden aufgestellt, das Annexionen gegen den Willen der Bevölkerung ausschloß, den nationalen Minderheiten Schutz gewährte, Handelsfreiheit in den Kolonien etc. forderte, weiter den Ausbau des Haager Werkes durch Schaffung einer dauernden Organisation mit periodischen Sitzungen, dazu einen wirklich ständigen Gerichtshof und ein ständiges Untersuchungs- und Vermittlungsamt, Verpflichtung aller Mächte zum gemeinsamen Einschreiten gegen einen Staat, der, statt diese Einrichtung zu benutzen, zu militärischen Maßnahmen greifen würde; Herabsetzung der Rüstungen, Abschaffung des Beuterechts und Freiheit der Meere, öffentliche Kontrolle über die auswärtige Politik, Nichtigkeit aller Geheimverträge. Dieses Mindestprogramm nahm den Völkerbund vorweg, doch ohne die Klauseln, die in der Völkerbundsatzung dem Krieg noch einen weiten Spielraum lassen. Bei der Bedeutung dieses Mindestprogramms, auch für die deutsche Friedensbewegung, gebe ich den Wortlaut unter den Beilagen[218]).

Aus den Beratungen ist mir eine kleine im Hinblick auf die spätere Entwicklung interessante Episode in Erinnerung geblieben. Als wir unter Ziffer 1 eine Forderung zu Gunsten der nationalen Minderheiten aufstellten, sagte ich, ich wisse nicht recht, ob es leichtsinnig sei, wenn ich vorschlüge, für die nationalen Minderheiten das Recht zu verlangen, daß sie gegen die Regierung ihres Landes wegen Verletzung ihrer Rechte bei einem internationalen Gerichtshof klagen könnten. Dr. Lange erwiderte darauf, er fürchte allerdings, daß unser Freund sehr leichtsinnig sei, wenn er einen solchen Antrag stellen würde; denn unser Mindestprogramm, das im übrigen durchaus realpolitisch gehalten sei, werde damit für alle Regierungen unannehmbar; keine Regierung werde sich einen solchen Eingriff in ihre Souveränität gefallen lassen. Es scheint mir nützlich, daran zu erinnern, wie weit damals entschiedene Pazifisten noch davon entfernt waren, die Entwicklung zu ahnen, die die Minderheitenfrage sehr bald nehmen würde. Sie marschierte damals mit Siebenmeilenstiefeln. Was im April 1915 unmöglich schien zu fordern, war im Herbst 1917 für einen viel weniger pazifistisch beeinflußten Kreis schon fast eine Selbstverständlichkeit und wurde, wenn auch in einer sehr unvollkommenen Form, ein Bestandteil der Friedensverträge. Zu leicht wird heute vergessen, welch ein enormer Fortschritt des Völkerrechts darin gegenüber den Zuständen vor dem Kriege enthalten ist. Man stelle sich einmal vor, daß dem Fürsten Bismarck jemand mit der Forderung gekommen wäre, einen internationalen Vertrag abzuschließen, der es den preußischen

Polen ermöglicht hätte, an irgend eine internationale Stelle sich wegen Beeinträchtigung ihrer Rechte auf Gebrauch der Muttersprache zu wenden!

Von dieser vorgreifenden Abschweifung zurück zu der Haager Konferenz vom Anfang April 1915.

Sie begnügte sich nicht damit, ein Friedens-Mindestprogramm aufzustellen, sondern beschloß die Gründung einer Zentralorganisation für einen dauernden Frieden behufs Zusammenfassung aller in verschiedenen Ländern ähnliche Ziele verfolgenden Organisationen und Personen. Für diese Zentralorganisation sollte ein großer internationaler Rat gebildet werden, für den man in allen Ländern angesehene Persönlichkeiten aus den verschiedensten Gebieten zu gewinnen hoffte[219]). Als Vollzugsausschuß aber wurde der Vorstand des Nederlandsche Anti-Oorlog-Raad, verstärkt durch auswärtige Mitglieder, eingesetzt. Deutschland wurde in diesem Ausschuß durch Schücking vertreten.

Die Versammlung beschloß, sich mit einem Aufruf an die große Öffentlichkeit zu wenden. Dafür wurden zwei Entwürfe vorgelegt, der eine von Otlet, der andere von mir. Der Otletsche Entwurf war, der Persönlichkeit des Verfassers entsprechend, sehr schwungvoll, voll hoher Gedanken, großartig, aber auch phantastisch, der Quiddesche Entwurf weit nüchterner, dem nächsten Zweck angepaßt. Er wurde mit einigen Änderungen angenommen, während der Otletsche Entwurf, wie gesagt wurde, für eine spätere Veröffentlichung benutzt werden sollte. Auch diesen Aufruf der Zentralorganisation findet man in den Beilagen[220]).

Es wurde weiter beschlossen, eine offizielle Erläuterungsschrift zu dem Mindestprogramm zu veröffentlichen. Ihre Bearbeitung wurde Dr. Lange anvertraut[221]).

Später beschloß der Vollzugsrat der Zentralorganisation, Denkschriften über die im Mindestprogramm berührten wichtigen Fragen der Friedensorganisation bearbeiten zu lassen, und zwar jedes Mal durch Zusammenwirken seiner Mitglieder und Freunde verschiedener Nationalität. Verschiedene dieser Denkschriften sind veröffentlicht worden.

Neben den Verhandlungen über das Mindestprogramm und die Zentralorganisation gingen im Haag private Besprechungen her, die eine viel aktuellere Bedeutung hatten und in Deutschland bald viel größeres Aufsehen erregten.

In einer Besprechung mit Tepper-Laski und Schücking erbot sich Dresselhuys nach Berlin zu fahren und dort über die Friedensmöglichkeiten zu verhandeln, falls die deutsche Regierung bereit sei, Belgien in voller Unabhängigkeit wiederherzustellen und für die Schäden, die der Krieg dort angerichtet hätte, eine Entschädigung zu zahlen. Er war überzeugt, daß, wenn die deutsche Regierung eine solche Erklärung abgebe, er in London, wohin er sich dann begeben wolle, auf Bereitschaft zu Friedensverhandlungen stoßen werde. Wenn diese Fühlungnahme günstige Ergebnisse habe, wollte

er die Angelegenheit seinem Minister übergeben, damit schließlich die Königin offiziell ihre Vermittlung beantragen könne.

Die englischen Freunde erklärten, sie hätten die Überzeugung, daß, wenn die deutsche Regierung befriedigende Erklärungen bezüglich Belgien abgebe, die englische Regierung zu Friedensverhandlungen bereit sein werde.

Die Möglichkeiten und Schwierigkeiten eines Friedensschlusses wurden natürlich unter uns Teilnehmern der Haager Zusammenkunft, auch soweit wir in die Absichten von Dresselhuys nicht eingeweiht waren, lebhaft besprochen. Uns allen war klar, daß ohne befriedigende Regelung der belgischen Frage kein Friede möglich war, daß es aber bei der sinnlosen Irreführung der öffentlichen Meinung in Deutschland sehr schwer sein werde, von der deutschen Regierung die notwendige Erklärung zu erreichen und daß besonders die Zahlung einer Kriegsentschädigung an Belgien auf fast unüberwindliche Hindernisse stoßen würde. Es wurde in unseren Kreisen der Vorschlag besprochen, daß Belgien den Kongostaat oder Teile des Kongostaates an Deutschland abträte und daß Deutschland dafür eine Summe zahle, die mehr als ausreichend sei zur Wiederherstellung des Landes, d. h. zur Begleichung aller Kriegsschäden.

Schücking machte Dresselhuys noch darauf aufmerksam, daß man in Berlin vielleicht zwar die Räumung Belgiens grundsätzlich zugestehen, aber außer Zugeständnissen auf kolonialem Gebiet (die auch nach Meinung der Engländer keine erheblichen Schwierigkeiten bereiten würden) gewisse Bedingungen über militärische Sicherungen in Belgien stellen werde. Dresselhuys erklärte sich bereit, selbst dann nach Berlin zu kommen, obschon nach seiner Ansicht dann die Verständigung in England wahrscheinlich scheitern werde.

Schücking hat über die Haager Besprechungen durch Vermittlung des früheren Botschafters Ferdinand von Stumm[222]) eine Denkschrift[1] an das Auswärtige Amt gelangen lassen. Der Bescheid ging gegen Ende des Monats dahin, daß der Besuch des Herrn Dresselhuys nicht erwünscht oder wenigstens (eine Milderung, die Schücking erreichte) zur Zeit nicht am Platze sei. Der Unterstaatssekretär, Herr Zimmermann, soll später bei einer Unterredung mit den Herren Graf Arco, Goldscheid und von Tepper-Laski erklärt haben, er habe von den Besprechungen im Haag keine Kenntnis erhalten und würde die Angelegenheit anders behandelt haben.

Noch heute bin ich überzeugt, daß, wenn damals die deutsche Regierung einen klaren Verzicht auf Belgien ausgesprochen hätte, die Friedensaussichten besser waren als jemals im Lauf des Krieges. Damals war Italien noch nicht in den Krieg eingetreten[223]), die Versenkung der Lusitania, die die Kriegsstimmung in England aufpeitschte, war noch nicht erfolgt[224]), und die Umbildung des englischen liberalen Kabinetts zu einem nationalen Kriegskabinett hatte auch noch nicht stattgefunden[225]).

---

[1] Bei Lehmann findet man S. 153–159 eine auf der Schückingschen Denkschrift beruhende Darstellung.

Diese Haager Besprechungen hatten in Deutschland zwei Nachspiele:

In der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung vom 25. April und 6. Juni erschienen zwei offiziöse Auslassungen, in denen den Gerüchten von Anbahnung von Friedensverhandlungen zum Zweck eines Sonderfriedens mit England und über ein von Deutschland zurückgewiesenes englisches Friedensangebot entgegengetreten wurde. Diese Auslassungen gaben Tepper-Laski Veranlassung, am 8. Juni an die Redaktion der Zeitung ein vertrauliches Schreiben zu richten, von dem der Bund Neues Vaterland gedruckte Kopien dem Reichskanzler und allen Mitgliedern der Budget-Kommission des Reichstags zugehen ließ[226]). In diesem Schreiben gab er eine Darstellung der Haager Besprechungen und der im Auswärtigen Amt erfolgten Abweisung. Nicht nur Dresselhuys, sondern auch Lowes Dickinson und Allan Baker waren mit Namen genannt, und auf ihre Erklärungen über die Geneigtheit der englischen Regierung zu gewissen Zugeständnissen war Bezug genommen[1]. Der Bund verfolgte mit diesem Schreiben, das selbstverständlich (am 20. Juni in der „Berner Tagwacht") in die Öffentlichkeit kam[227]), den Zweck, die Reichstags-Mehrheit gegen die einer solchen Friedensmöglichkeit ausweichenden Kreise scharf zu machen. Der Zweck wurde nicht erreicht.

Schücking war über den Bruch der Vertraulichkeit (der für die beiden Engländer sehr unangenehme Folgen haben konnte) sehr unwillig. Graf Arco beruhigte ihn nach einer Unterredung mit dem Grafen Wedel wegen der Wirkung im Auswärtigen Amt[2]. Man begründete jetzt die Ablehnung damit, daß nach absolut sicheren Informationen man überzeugt sei, daß bei der englischen Regierung keinerlei Friedensgeneigtheit bestehe.

Einen Erfolg erreichte der Brief: die Aufmerksamkeit in starkem Maße auf den Bund zu lenken.

Eine große Rolle spielten die Haager Verhandlungen bei den Auseinandersetzungen innerhalb der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, die schließlich zur Trennung von Mehrheitssozialisten und Unabhängigen führten[228]).

Auf der einen Seite verwertete man diese Verhandlungen, um zu beweisen, daß die deutsche Regierung eine Bereitwilligkeit der englischen, sich auf Friedensverhandlungen einzulassen, zurückgewiesen habe, daß deshalb die Partei verpflichtet sei, zu dieser, der Kriegsverlängerung schuldigen Regierung in schärfste Opposition zu treten. Auf der anderen Seite stellte man, da man diesen Schritt nicht tun wollte, die Haager Vorgänge als ganz bedeutungslos hin, wie eine lächerliche Gschaftlhuberei ganz unbedeutender Persönlichkeiten. Noch geraume Zeit später wandte sich ein Mitglied der Mehrheitssozialisten, Dr. Quarck[229]), an mich, um von mir bestätigt zu erhalten, daß an dem ganzen Gerede nichts Ernsthaftes gewesen sei.

---

[1] Der Wortlaut des Briefes bei Lehmann, S. 32–34.

[2] Wortlaut des Briefes bei Lehmann, S. 42.

Die Geschäftsleitung der Deutschen Friedensgesellschaft beschloß in ihrer Sitzung vom 15. Juni einstimmig, dem Aufruf und dem Mindestprogramm der Zentralorganisation für einen dauernden Frieden zuzustimmen und die Zentralorganisation nach Kräften zu unterstützen. Die Ortsgruppen wurden ersucht, dem Sekretariat ausdrücklich ihre Zustimmung mitzuteilen und zugleich Adressen von Personen anzugeben, die für die Zentralorganisation interessiert werden könnten. Ortsgruppen und Mitglieder wurden auf die Wichtigkeit der jetzt an die Friedensfreunde herantretenden Aufgaben hingewiesen.

Im Völkerfrieden vom September gelangten Aufruf und Mindestprogramm zum Abdruck, begleitet von einer Erläuterung des Programmes und den für Ortsgruppen und Mitglieder der Friedensgesellschaft bestimmten Mitteilungen[230]).

Die Erläuterung gibt der Genugtuung darüber Ausdruck, daß zwei deutsche „Kriegsziele" im Programm enthalten seien, „die offene Tür" und „die Freiheit der Meere" und wendet sich dann den fünf Ziffern des Programms zu. Bemerkenswert ist, was zu Ziffer 1 gesagt ist:

„Alle Friedensfreunde werden ja darüber einig sein, daß es in Europa keine Annexionen unter Vergewaltigung der Bevölkerung geben darf, wenn nicht binnen kurzem ein neuer Krieg ganz unvermeidlich sein soll. ‚Annexionen', ‚Revindikationen' und ‚Angliederungen' sind dabei gleichzusetzen. Andererseits dürfen wir es dem Sieger nicht verwehren wollen, seine günstige militärische Lage für die Erwerbung von Kolonien, Flottenstützpunkten oder Kohlenstationen oder für militärisch vorteilhafte Grenzberichtigungen, denen die Bevölkerung ausweichen kann, auszunützen. Auch darf das stark umstrittene, besonders in Deutschland ziemlich anrüchige ‚Plebiszit' nicht als einzige Form betrachtet werden, in der die Zustimmung der Bevölkerung sich äußern kann."

Pazifisten, die mit den Anschauungen von heute diese Bemerkungen lesen, werden an den Zugeständnissen, die hier dem Sieger gemacht werden, besonders an den militärisch vorteilhaften „Grenzberichtigungen, denen die Bevölkerung ausweichen kann", Anstoß nehmen. Sie vergessen, wie damals die Stimmung in Deutschland war. Die militärische Lage schien für Deutschland günstig. Die Massen waren fest davon überzeugt, daß der Krieg uns aufgezwungen sei. Da wir uns gegen eine Welt von Feinden siegreich behaupteten, schien es diesen Massen (auch den sozialdemokratischen) selbstverständlich, daß der Friedensschluß einen Gewinn für uns bringen müsse. Man wollte nicht für Eroberungen weiterkämpfen. Aber die Zumutung, auf jeden Machtzuwachs zu verzichten, schien selbst sehr verständigen Leuten unfaßbar. Wir mußten also, wenn wir irgendwie zu Gehör kommen wollten, die Möglichkeit solchen Machtzuwachses offen lassen, soweit damit nicht die Vergewaltigung einer zur Selbstbestimmung reifen Bevölkerung verbunden war. Die Formulierung „Grenzberichtigungen, denen die Bevölkerung ausweichen kann" geht auf mich persönlich zurück. Ich habe sie öfter erläu-

tert, durch den Vergleich mit der Anlage von Stauseen oder großen militärischen Übungsplätzen. Dabei kommt es vor, daß die Bevölkerung ganzer Dörfer verpflanzt werden muß. So war die Voraussetzung statthafter militärischer Grenzberichtigungen die Möglichkeit, die betroffene Bevölkerung in ihrem Vaterlande nicht weit von der alten Heimat anzusiedeln. Solche kleinen Grenzkorrekturen im Namen des Selbstbestimmungsrechtes oder der Verurteilung aller Annexionen bekämpfen wollen, wäre ja lächerlich.

Es gehörte damals, was heute nur zu leicht übersehen wird, in Deutschland Mut dazu, Annexionen „gegen die Interessen und Wünsche der Bevölkerung" radikal abzulehnen, wie es im „Mindestprogramm" geschah und von den deutschen Pazifisten vom ersten bis zum letzten Augenblick des Krieges unbedingt gefordert worden ist.

V. Die Gründung der Internationalen Frauenliga für Friede und Freiheit

Wenige Wochen nach Gründung der Zentralorganisation für einen dauernden Frieden fand vom 28. April bis 1. Mai im Haag eine zweite internationale Tagung[231]) statt. Sie vereinigte Frauen, die für Völkerverständigung und für einen die Zukunft sichernden Frieden eintraten, hatte aber einen ganz anderen Charakter als die Zusammenkunft vom 7. bis 10. April. Während dort ein kleiner Kreis von Personen (vorwiegend, aber nicht ausschließlich Männern) vertraulich getagt hatte, um ein Minimalprogramm für einen dauernden Frieden auszuarbeiten, wandten die Frauen sich von vornherein an die große Öffentlichkeit und beriefen einen internationalen Frauenkongreß ein.

Zur Vorbereitung desselben hatte, auf Einladung von Frau Dr. Aletta H. Jacobs[232]), am 12. und 13. Februar in Amsterdam eine Besprechung stattgefunden, an der neben zahlreichen holländischen, vier belgischen und fünf englischen Frauen auch vier deutsche teilgenommen hatten. Dr. Anita Augspurg[233]), Lida Gustava Heymann[234]), Frau Frida Perlen und Frau von Schlumberger[235]). Man hatte dort verschiedene Komitees eingesetzt, u. a. ein Resolutions-Komitee, das für die Verhandlungen sehr wichtig wurde; es trat eine Woche vor dem Kongreß zusammen, um die eingelaufenen Anträge zu sichten, und wurde dann vom Kongreß als „internationales Komitee", dem aus jeder Nation zwei Mitglieder angehörten (von Deutschen Dr. Augspurg und Frl. Heymann) mit der Vorbereitung der Verhandlungen und mit der endgültigen Redaktion mancher Resolution betraut, deren Fassung in den Beratungen des Plenums nicht geglückt war.

Der Erfolg der in alle Länder hinausgetragenen Propaganda war überraschend groß. Die erste Abendversammlung war von 1400, die letzte von 2400 Personen besucht. Aus Holland ließen sich etwa tausend Frauen als

Mitglieder einschreiben. Die Zahl der auswärtigen Teilnehmerinnen war 136. Sie wäre sehr viel größer gewesen, wenn nicht 180 aus England angemeldete Frauen verhindert worden wären zu kommen. Die Regierung hatte zuerst ihnen allen die Pässe verweigert, dann, als sie deshalb im Parlament zur Rede gestellt war, 25 Frauen die Reise gestattet. Deren Kommen aber wurde dadurch unmöglich gemacht, daß jeder Schiffsverkehr im Kanal eingestellt wurde. Nur eine der 25, Miss Courtney[236]), kam rechtzeitig hinüber, da sie schon zur Sitzung des Resolutionskomitees am 21. fuhr, eine andere, Miss MacMillan war schon in Holland, und hatte, wie wir wissen, an der früheren Konferenz teilgenommen, eine dritte Engländerin kam mit der amerikanischen Delegation. Auf deren Ankunft wartete man im Haag in großer Aufregung; denn der Dampfer wurde drei Tage in Dover aufgehalten. Gerade noch im letzten Moment vor dem Begrüßungsabend langte er an, und mit ihm die Präsidentin des Kongresses, Jane Addams[237]), die wegen ihrer sozialpolitischen Verdienste in ganz Amerika angesehene Gründerin des Hull House in Chicago.

Vertreten waren Belgien (5), Canada (2), Dänemark (6), Deutschland (28), Großbritannien (3), Italien (1), Niederlande (gegen 1000), Norwegen (12), Österreich (6), Schweden (16), Ungarn (10), Vereinigte Staaten (47). Französinnen waren nicht anwesend. Innere Hemmungen und äußere Schwierigkeiten hatten das verschuldet. Die einzige Französin (Jeanne Mélin)[238]), die sich über England auf den Weg gemacht hatte, wurde mit den Engländerinnen zusammen verhindert, ihre Absicht auszuführen. Auch Frau Perlen, die schon an den Vorbesprechungen teilgenommen hatte, wurde der Paß verweigert.

Unter den 136 ausländischen Kongreßteilnehmerinnen stellten die deutschen Frauen also nach den 47 amerikanischen mit 28 das stärkste Kontingent. Unter ihnen haben sich während der Verhandlungen rednerisch bemerkbar gemacht: Dr. Anita Augspurg, Frau Constanze Hallgarten[239]), Frl. Lida Gustava Heymann, Frau Auguste Kirchhoff[240]), Dr. Elisabeth Rotten[241]), Frau Margarethe Selenka[242]), Dr. Helene Stöcker[243]).

Die Berechtigung teilzunehmen war abhängig von der Anerkennung zweier Grundsätze, daß internationale Streitigkeiten durch friedliche Mittel ausgeglichen werden sollen und daß den Frauen politische Gleichberechtigung mit den Männern zu gewähren sei. Grundsatz für die Verhandlungen war, auszuschließen 1) Erörterungen über die relative nationale Verantwortlichkeit für den gegenwärtigen Krieg und die Art seiner Führung und 2) Resolutionen, die Regelung künftiger Kriegführung enthalten. Daran wurde streng festgehalten.

An den Beratungen ist sehr bemerkenswert eine Meinungsverschiedenheit, die sich schon bei den Vorbereitungen für den Kongreß geltend machte. Die einen wollten vor allem dem Blutvergießen ein Ende machen und forderten deshalb vor allen Dingen den baldigen Abschluß eines Waffenstillstandes. Die anderen erklärten dieses Verlangen für ganz unannehmbar, da

der Waffenstillstand den Kriegführenden nur ermöglichen würde, ihre Rüstungen zu vervollständigen, vor allem aber, da ein unter den gegebenen Verhältnissen abgeschlossener Friede sicher den Forderungen des Rechtes nicht entsprechen würde. Der Gegensatz wurde dadurch ausgeglichen, daß die zuerst geplante Waffenstillstands-Resolution durch die Friedensschluß-Resolution ersetzt wurde, die in den Anlagen abgedruckt ist[244]). In ihr werden die Regierungen aufgefordert, das Blutvergießen zu beenden und Friedensverhandlungen zu beginnen. Zugleich aber wird gefordert, daß der abzuschließende Friede ein dauerhafter sei und auf Grundsätzen der Gerechtigkeit aufgebaut werde, wie sie in den Beschlüssen des Kongresses zum Ausdruck gebracht sind.

Die Resolution stellt fünf Forderungen an den künftigen Frieden, die in fünf besonderen Resolutionen etwas ausführlicher noch wiederholt werden. Es sind Forderungen, die, abgesehen von der Gleichberechtigung der Frauen, auch in dem „Mindestprogramm für einen dauernden Frieden" vom 8. April enthalten sind. Es stellte deshalb im Namen des Anti-Oorlog-Raad Frau Bakker-Van Bosse[245]) den Antrag, sich im Interesse eines möglichst geschlossenen Auftretens dieses Mindestprogramm zu eigen zu machen mit einem Zusatz, der die Gleichberechtigung von Männern und Frauen forderte. Der Antrag wurde abgelehnt, da man auf selbständige Beschlüsse Gewicht legte.

Der Kongreß richtete zugleich an die neutralen Länder die Aufforderung, eine Konferenz einzuberufen, die unverzüglich ständige Vermittlungsbereitschaft anbieten und Vorschläge für den Friedensschluß machen soll. Er sprach sich aus für die Weiterentwicklung der Haager Institutionen und forderte *als einen Schritt zur allgemeinen Abrüstung Verstaatlichung* der Rüstungsindustrie sowie internationale Kontrolle des Waffenhandels.

Interessant ist, daß man zwar einig war, die Gleichberechtigung der Frauen zu fordern, daß aber Meinungsverschiedenheiten bestanden über das Zusammenarbeiten von Männern und Frauen. Ein Antrag von Frau de Jong van Beek en Donk, der die gemeinschaftliche Arbeit als Regel anerkannte und ein besonderes Vorgehen der Frauen nur für jene Fragen forderte, bei denen besonders Fraueninteressen im Spiel wären, blieb in der Minderheit.

Man erkannte auf Antrag von Frau Bakker-Van Bosse wohl an, „daß ein Zusammenwirken von Männern und Frauen in der Sache des Friedens erwünscht ist", beschloß aber ein besonderes Internationales Frauenkomitee für dauernden Frieden einzusetzen, dem u. a. die Aufgabe gestellt wurde, einen internationalen Frauenkongreß zur Zeit und am Orte der offiziellen Friedensverhandlungen zu organisieren. Die deutschen Mitglieder waren Dr. Augspurg, Frl. Heymann (beide München), Frau Minna Cauer[246]) (Berlin) und Frau Marie Wegner[247]) (Breslau). – Während die Zentralorganisation für dauernden Frieden ihre Tätigkeit mit Friedensschluß einstellte, hat sich aus dem Internationalen Frauenausschuß, wie wir sehen werden, etwas Dauerndes entwickelt: die Internationale Frauenliga für Friede und Freiheit.

Der Kongreß förderte nicht weniger als zwanzig Resolutionen zu Tage, die Beschlüsse, die den Internationalen Ausschuß betrafen, noch nicht gerechnet. Die Gesamtheit dieser Beschlüsse hat – begreiflich genug nach der Art ihrer Entstehung – nicht die Geschlossenheit des Mindestprogramms, es fehlt auch nicht an Wiederholungen. Aber sie haben doch weiterhin aufrüttelnd gewirkt und blieben richtunggebend für die Frauenliga.

Der Kongreß tat – nach einigem Schwanken – einen kühnen Schritt, der den Vorrang vor allen anderen Organisationen sicherte. – Er beschloß, seine Resolutionen den Regierungen (kriegführenden und neutralen) durch vom Kongreß ernannte Delegierte zu überreichen. Nach Berlin gingen Jane Addams und Dr. Aletta Jacobs. Sie wurden am 21. Mai von Staatssekretär von Jagow[248]) empfangen, Jane Addams allein am folgenden Tage von Reichskanzler von Bethmann Hollweg.

Die Frauen, die an dem Kongreß teilgenommen hatten, wurden bald Gegenstand heftiger Angriffe, besonders auch aus Frauenkreisen. Der Bund deutscher Frauenvereine (Vorsitzende Dr. Gertrud Bäumer)[249]) tat sie förmlich in die Acht[250]).

VI. Kampfschriften des Jahres 1915

Bald nach den beiden Tagungen im Haag, von denen die beiden letzten Kapitel handelten, gab das Treiben der Annexionsfanatiker Anlaß zu einer sehr wichtigen Aktion, die vom Bund Neues Vaterland ausging.

In einer Sitzung am 31. Mai machte Geheimrat Witting[251]) früherer Oberbürgermeister von Posen (ein Bruder von Maximilian Harden)[252]) darauf aufmerksam, daß weit gefährlicher als alle anderen Kriegstreibereien eine Eingabe sei, die schon im März und jetzt eben wieder von sechs wirtschaftlichen Verbänden an die Reichsregierung gerichtet sei; denn diese Verbände umfaßten Millionen von Mitgliedern und seien außerordentlich einflußreich[253]). Ihre Forderungen gingen auf Annexionen im Westen und Osten. Vor allem aber sollte das Reich Belgien in der Hand behalten. Man kam zu dem Beschlusse, dieser Eingabe mit einer Gegeneingabe entgegenzutreten[254]). In der Diskussion hatte ich gesprochen und besonders entwickelt, mit welchen Argumenten man den auf Belgien gerichteten Forderungen entgegentreten könne. Herr von Gerlach wurde ersucht, die Eingabe oder Denkschrift zu entwerfen. Als wir schon im Fortgehen waren, sagte er mir, ihm liege die Aufgabe nicht, während ich doch nur meine Rede zu Papier zu bringen brauche. So ging der Auftrag auf mich über.

Ich habe dann die Gegenschrift, die unter dem Titel: „Sollen wir annektieren?"[255]) erschienen ist, fast in einem Zuge niedergeschrieben, nur für den Teil, der das Verlangen nach den Gruben von Longwy und Briey und nach den belgischen Bergwerken behandelte, die Hilfe Georg Gotheins[256]).

des Fachmanns in Bergwerksfragen, in Anspruch genommen. Er hat mich nicht etwa nur beraten, sondern den betreffenden Abschnitt selbst geschrieben[1].

Die Denkschrift wurde als Eingabe in Folioform in einer kleinen Auflage von nur 700 Exemplaren gedruckt und am 14. Juli an ausgewählte Adressen, Minister, Reichstagsabgeordnete und einflußreiche Persönlichkeiten versandt. Kaum war die Versendung erfolgt, so verfügte das Oberkommando in den Marken das Verbot weiterer Verbreitung und die Beschlagnahme des Restbestandes. Es fielen der Behörde in dem Bureau des Bundes nur wenige Exemplare in die Hände.

Graf Arco, der als stellvertretender Vorsitzender die Versendung zu verantworten hatte, wurde wiederholt vernommen. Dem Vorwurf, die Zensurvorschriften, die insbesondere die Erörterung von Friedensfragen zensurpflichtig machten, übertreten zu haben, begegnete er mit dem Einwand, er habe geglaubt, diese nur an einen bestimmten Personenkreis als vertraulich versandte Eingabe falle nicht unter das Verbot. Das Oberkommando sah mit Rücksicht auf seinen guten Glauben von weiterer Strafverfolgung ab, erteilte aber ihm und dem Bund eine scharfe Verwarnung.

Erfreulicher war die Wirkung an anderen Stellen. Wir erhielten viele Zustimmungserklärungen. Als Professor Hans Delbrück[257]) ins große Hauptquartier reiste, um im Auftrage der Philosophischen Fakultät der Berliner Universität Falkenhayn[258]) das Diplom eines Doktor honoris causa zu überbringen, sprach ihn jemand auf die „sehr vernünftige" Schrift an. Es war, wie er später erzählte, der Chef des Zivilkabinetts von Valentini[2]. [259])

Da die öffentliche Meinung, auch in den neutralen Ländern, durch Eroberungspläne, wie sie in der Denkschrift der sechs wirtschaftlichen Verbände entwickelt waren, auf das stärkste gegen Deutschland eingenommen wurde, schien es uns geboten, unsere Gegenschrift im Ausland zunächst in

---

[1] Lehmann stellt die Entstehung der Schrift unrichtig dar, wenn er sagt, ich hätte in jener Sitzung „den wesentlichen Teil einer vom Bund beabsichtigten Gegendenkschrift vorgetragen, deren weitere Ausarbeitung dann mit Beiträgen von dem Abgeordneten Gothein und anderen erfolgte" (S. 50). Noch sonderbarer heißt es nachher bei ihm (S. 52): „Das Mosaik dieser Denkschrift aus zahlreichen Beiträgen und Änderungen". Abgesehen von dem Beitrage Gotheins ist jedes Wort der Denkschrift von mir geschrieben. Lehmann spricht auch wiederholt von seiner „Schlußredaktion". Richtig ist daran, daß ich mich bei der Korrektur, die durch Lehmanns Hand ging, gegen seine Eingriffe in mein Manuskript zu wehren hatte. Er glaubte Ausführungen streichen zu sollen, die ich für nötig hielt, und da er, am Ort der Drucklegung seßhaft, mir gegenüber im Vorteil war, gelang es mir nur einen Teil der Striche wieder aufzumachen.

[2] Es sei noch einer charakteristischen Episode gedacht; Valentini fragte, wer der Verfasser der Denkschrift sei. Delbrück nannte meinen Namen und fügte hinzu, ich legte Wert darauf, nicht genannt zu werden, weil ich fürchtete, mein Name könne wegen meiner Schrift „Caligula" der objektiven Würdigung der Denkschrift, gerade in Kreisen, auf die es ankomme, schaden. Darauf Valentini: „Das macht doch jetzt nichts mehr".

die Hände unserer pazifistischen Freunde zu bringen. Da die Grenzkontrolle gegenüber Drucksachen damals noch nicht entfernt so streng war wie später, wo die harmlosesten Blätter selbst nicht als Einwickelpapier die Grenze passierten, gelang es uns, die Denkschrift aufgelöst in einzelne Blätter und eingelegt in Nummern der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung nach Holland zu Mitgliedern des Anti-Oorlog-Raad durchzuschmuggeln. Sie kam auch in die Schweiz. Nach Schweden nahm sie Breitscheid[260]) mit, als er zur Stockholmer Sozialisten-Konferenz fuhr. Von der Schweiz aus lieferte Grumbach[261]), der unter dem Pseudonym Homo für die «Humanité» schrieb, dem sozialistischen Blatt eine vollständige Übersetzung[1]. Die französische Presse stellte übrigens nicht erst aus diesem Anlaß fest, daß es in Deutschland einen im Bund Neues Vaterland vereinigten Kreis tapferer Männer und Frauen gäbe, die sich dem Kriegswahnsinn widersetzten, und ein Blatt wie der «Gaulois» meinte, daß der Verfasser der Denkschrift «un homme sage» sei. In Schweden erschien ein Abdruck der Denkschrift[2], wenn ich nicht irre, auf Veranlassung des Bürgermeisters Lindhagen[262]) in Stockholm; desgleichen eine schwedische Übersetzung, von der ich zwei Auflagen kennengelernt habe. Die Wirkung in Schweden war, wie uns gesagt wurde, sehr günstig für Deutschland.

Ich hatte befürwortet, daß man die Denkschrift gleich in Oktav umbrechen und als Broschüre in einigen hunderttausend Exemplaren, die durch Vertrauensmänner im Lande zu verbreiten wären, drucken sollte, so daß, wenn die Eingabe in die Hände der Regierung gelangte, die Verbreitung der Broschüre nicht mehr gehindert werden könnte. Das war abgelehnt worden. Man wollte korrekt vorgehen und die Genehmigung des Oberkommandos dafür, daß die Eingabe als Broschüre gedruckt und verbreitet würde, einholen.

Da das nun vereitelt war und es wichtig schien, unseren Argumenten gegen die sechs wirtschaftlichen Verbände größere Verbreitung zu geben, machte ich mich daran, den gleichen Stoff noch einmal zu verarbeiten. Als Titel der Schrift benutzte ich, einer Anregung Rudolf Goldscheids folgend, das vom Reichskanzler Herrn von Bethmann geprägte Schlagwort von den „realen Garantien". „Reale Garantien für einen dauernden Frieden" nannte ich die Schrift[263]).

Der Sinn war natürlich, daß die wirklich realen Garantien eines dauernden Friedens nicht in irgendwelchen Annexionen bestehen könnten, sondern nur in Friedensbedingungen, die kein Volk in seinen Lebensinteressen vergewaltigten, in Bedingungen also, die von allen Seiten als dauernde Bedingungen friedlichen Zusammenlebens anerkannt werden könnten.

---

[1] Grumbach hat die Schrift der sechs Verbände und unsere Gegenschrift in seinem noch während des Krieges erschienenen Buch „Das annexionistische Deutschland" abgedruckt, die letztere an erster Stelle des Anhangs „Das antiannexionistische Deutschland".

[2] Auf der Münchener Staatsbibliothek war bis vor kurzem die Schrift „Sollen wir annektieren?" nur in dem schwedischen Nachdruck vorhanden.

Es gelang mir, die Mittel für den Druck dieser Schrift in einer Auflage von 130 000 Exemplaren aufzubringen. Schwierigkeiten entstanden sowohl bei der Drucklegung wie bei der Verbreitung. Mein alter Freund Karl Köhl[264]) in Würzburg wollte die Schrift verlegen, hatte dann aber, als sie schon bei ihm gesetzt war, Bedenken, da er fürchtete, sein „Würzburger Journal" werde die Überschreitung der Zensurvorschriften büßen müssen. Die Matrizen des fertigen Satzes wanderten nach München. Dort übernahm die Druckerei des Sozialdemokraten Ernst[265]) den Druck. Mein Versuch, einen größeren Kreis von Freunden für die Verbreitung zu gewinnen, mißglückte. Nur von München, von Nürnberg und von Augsburg aus erfolgte am 26. August die Versendung an viele tausend ausgewählte Adressen. Die von München ausgehenden Sendungen wurden ganz oder teilweise abgefangen. Den Einwand, daß die Schrift ja „als Manuskript" gedruckt sei und ich deshalb geglaubt hätte, sie nicht zur Zensur vorlegen zu müssen, ließ die Zensurbehörde des Bayerischen Kriegsministeriums[1] begreiflicherweise angesichts der großen Auflage nicht gelten. Die Ziffernangabe, die uns entgegengehalten wurde, zeigte aber zu unserer Freude, daß viele Tausend Exemplare der Beschlagnahme entgangen waren. Ein Strafverfahren wurde nicht eingeleitet.

Der Inhalt der „Realen Garantien" deckte sich in der Hauptsache mit dem der Denkschrift „Sollen wir annektieren?" Nur hatte ich den Teil der positiven, vom pazifistischen Standpunkt aus vertretbaren Kriegsziele weiter ausgebaut und insbesondere der verhängnisvollen, alle Friedensmöglichkeiten zerstörenden Idee, daß Deutschland die Hand auf Belgien legen müsse, die Gewinnung eines besser abgegrenzten afrikanischen Kolonialreiches entgegengestellt. Ich folgte dabei Gedanken, die nach seiner Rückkehr aus Amerika Dernburg[269]) entwickelt hatte. Zur Begründung und Erklärung noch einige Worte.

Die öffentliche Meinung in Deutschland war unter dem Einfluß der Propaganda, die von der Heeresleitung und einflußreichen wirtschaftlichen Interessenten ausging, ganz überwiegend darauf eingestellt, daß Belgien der Kaufpreis – alle Welt meinte: der Siegespreis – sein müsse.

Nicht gerade annektieren wollte man das Land, aber doch es politisch, wirtschaftlich und militärisch an Deutschland angliedern. Die belgische Frage schien mir und wohl den meisten deutschen Pazifisten die Kernfrage eines Friedensschlusses, die völlige Preisgabe (und Entschädigung) Belgiens die

[1] In Bayern unterstanden die Generalkommandos, anders als in anderen Teilen des Reiches, dem Kriegsministerium auch in Zensurfragen. Wir hatten es deshalb in der Hauptsache mit der Zensurstelle des Kriegsministeriums zu tun. An ihrer Spitze stand ein wissenschaftlich hochgebildeter Offizier, Oberstleutnant Falkner von Sonnenburg[266]). Man empfand im Verkehr mit ihm, daß er trotz der scharfen gegen uns erlassenen Verordnungen Verständnis für unsere Auffassung besaß. Er unterschied sich damit vorteilhaft von der Zensurstelle im Generalkommando des I. Bayerischen Armeekorps, die dem Hauptmann Roth[267]), später deutschnationalem Landtagsabgeordneten und Justizminister unterstand, und von jener bei dem Oberkommando in den Marken (Hauptmann Henninger)[268]).

absolute Vorbedingung für Friedensmöglichkeiten. Darum kam alles darauf an, die öffentliche Meinung von der Einstellung auf Belgien abzubringen. Mit einer rein negativen Polemik, die an Stelle des positiven Kriegszieles lediglich einen Verzicht verlangte, war das damals nicht möglich. Das wird jeder bestätigen müssen, der jene Zeiten erlebt hat. Wollte man beim Publikum gegen die bis zur Besessenheit gesteigerte Forderung, Belgien nicht herauszugeben, etwas ausrichten, so mußte man ein anderes positives Kriegsziel an die Stelle setzen. Dafür bot sich die Idee des afrikanischen Kolonialreiches. Sie war mir altem Kolonialgegner an sich sehr unwillkommen. Aber das Ziel, die Wege zum Friedensschluß zu ebnen und den wahnsinnigen Annexionsplänen, die dem deutschen Volke vorgegaukelt wurden, wirksam entgegenzutreten, ging allen anderen vor. Um einige tausend Quadratkilometer Afrikas mehr oder weniger würde, wenn sonst Friedensgeneigtheit vorhanden wäre, der Krieg keinen Tag länger geführt werden, und ebensowenig konnte daraus die Gefahr eines neuen Krieges entstehen.

Jedem Exemplar der „Realen Garantien" lag ein Formular für Zustimmungserklärungen bei, die an gewisse Adressen geschickt werden konnten. Es liefen immerhin, ehe die Briefkontrolle uns das Handwerk legte, Tausende von Zustimmungserklärungen ein. Bald aber wurden diese beschlagnahmt und nicht mehr ausgeliefert.

Statt froh zu sein, daß ich einer Bestrafung entging, beschwerte ich mich über die Beschlagnahme der Schrift und der Zustimmungsschreiben. An der Zentralstelle des I. Bayerischen Armeekorps hieß es, ich gehörte von Rechts wegen eingesperrt. Beim Reichskanzler, an den ich mich gelegentlich seines Besuches in München wandte, hatte ich besseren Erfolg. Ich wurde angewiesen, mich mit Herrn von Schön[270]), dem früheren Botschafter in Paris, der damals Gesandter in München war, in Verbindung zu setzen. Er sagte mir am Telephon recht unvorsichtig (denn unsere Telephone wurden doch wahrscheinlich militärisch überwacht): „Was wollen Sie, heute regiert doch in Deutschland der miles gloriosus." Unsere darauf folgenden Besprechungen führten zu dem Erfolg, daß mir die Versendung an näher bezeichnete amtliche Stellen gestattet wurde. Damit war uns, da es auf Beeinflussung weiter Kreise ankam, wenig gedient. Aber es war doch etwas und zeigte, daß die für unsere Politik verantwortlichen Stellen anders als die militärischen Behörden dachten. Schlimm nur, daß sie in dem ungleichen Kampf so machtlos waren.

Das Schicksal der Schrift hatte noch ein eigenartiges Nachspiel. Eines Tages erhielt ich einen Nachdruck zugestellt. Als Absender war eine Stelle (ich weiß nicht mehr genau, welche) des Roten Kreuzes, ich glaube einer Frauenorganisation genannt. Daß das ein Schwindel war, lag auf der Hand. Ich habe mich trotzdem mit gut geheuchelter Naivität bei den Absendern über den ohne meine Genehmigung veranstalteten Nachdruck beschwert, aber keine Antwort erhalten. Es ließ sich leicht vermuten, wer den Nachdruck veranstaltet und augenscheinlich in Tausenden von Exemplaren verbreitet hatte. Es waren offenbar pazifistische Freunde, die zu den „Unabhängigen"

;ehörten oder ihnen nahestanden. Da ich erwartete, es würde eine Unter-
uchung eingeleitet und ich als Zeuge vernommen werden, bat ich, mir ja
:eine Andeutung über den Ursprung des Nachdruckes zu machen, damit
ch im Verhör meine Unwissenheit beeidigen könnte. Es erfolgte aber nichts.

Ende August, wenige Tage nachdem die Versendung der „Realen Ga-
antien" erfolgt war, trat der Bund Neues Vaterland an eine neue Aufgabe
ıeran. Es galt, die im wesentlichen negative Denkschrift „Sollen wir annek-
ieren?" durch ein großes positives Werk über die Gestaltung des künftigen
'riedens zu ergänzen. Die Anregung ging von Rudolf Goldscheid aus. Er
dachte an eine große Denkschrift, die etwa zu betiteln wäre: „Deutschland
nach dem Kriege, ein Programm für dauernden Frieden"[1]. Dafür sollte die
Mitwirkung von berufenen Fachleuten für die einzelnen Gebiete und Fragen
gewonnen werden. Ein Komitee, bestehend aus den Herren Graf Georg Arco,
Eduard Bernstein[271]), Rudolf Goldscheid, Ludwig Quidde und Walther
Schücking lud einen großen Kreis von Politikern und Gelehrten zu einer
Besprechung, die Samstag und Sonntag, 28. und 29. August, im Russischen
Hof stattfand[272]). Den Vorsitz führte Schücking, mir war das Referat über-
tragen, und ich führte aus, die Aufgabe sei, in allen Einzelheiten zu zeigen,
wie ein dauernder Friede ohne vergewaltigende Annexionen zu erreichen
sei[2]. Die meisten Teilnehmer stimmten diesem Gedanken zu. Jastrow[273]) und
Naumann[274]) machten jedoch Bedenken gegen die bedingungslose Ablehnung
von Annexionen geltend, da wir dadurch die Stellung Deutschlands bei den
Friedensverhandlungen schwächen würden. Naumann zeigte trotz gewiß ehr-
lichen Bestrebens, international zu denken, eine merkwürdige Voreinge-
nommenheit in der belgischen Frage, was Wehberg zu einer Erwiderung
veranlaßte. Für den Gedanken Goldscheids trat neben Schücking, von Ger-
lach und Breitscheid besonders Eduard Bernstein ein. Er führte aus, daß es
notwendig sei, dem Mißtrauen gegen deutsche Annexionspläne entgegen-
zuwirken. Die Grundlage des Werkes müsse die Wiederherstellung Europas
sein. Wenn man von den gleichen Rechten aller Nationen im internationalen
Leben ausgehe, dann könne eine solche Denkschrift sehr viel Gutes wirken
und den europäischen Frieden vorbereiten[3].

Trotz der Meinungsverschiedenheiten, die in der Diskussion hervor-
getreten waren, kam man zu einem – soviel ich feststellen kann – einstim-
mig gefaßten Beschluß[4]:

---

[1] Die Formulierung entnehme ich Lehmann, S. 54.

[2] So nach Wehberg, Als Pazifist im Weltkrieg, S. 58.

[3] So ebenfalls nach Wehberg, a.a.O., S. 58–60.

[4] In dem offiziellen Programm des Unternehmens, das von mir dem Redaktions-
ausschuß vorgelegt und von diesem genehmigt wurde (s. Beilagen), heißt es,
daß die Versammlung „sich nach eingehenden Beratungen auf folgenden Be-
schluß einigte". Weiterhin folgten die im Text zitierten Worte: „Es bestand in
der Versammlung Einmütigkeit darüber" etc. – Ob Teilnehmer, die, wie Nau-
mann und Jastrow, Vorbehalte gemacht hatten, am Sonntag bei der Abstim-
mung noch zugegen waren, kann ich nicht sagen[275]).

„Die Versammlung beschließt ein Werk herauszugeben (evtl. in einer Reihe von Einzelschriften) mit dem Zweck, zu zeigen, wie ohne Begründung neuer, auf Gewalt beruhender Herrschaftsverhältnisse, die die innere Geschlossenheit des Deutschen Reiches gefährden würden, ein Frieden geschlossen werden kann, der die Interessen des deutschen Volkes und seine freie nationale, wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung sichert, sowie ein dauerndes friedliches Zusammenleben der zivilisierten Völker gewährleistet."

Als Titel des Werkes wurde vorläufig „Deutschlands Friede" in Aussicht genommen. Zur Durchführung wurde ein Redaktionsausschuß eingesetzt, bestehend aus den Herren Ed. Bernstein, R. Goldscheid, G. Gothein, L. Quidde, W. Schücking. Die eigentliche Herausgebertätigkeit wurde mir übertragen.

Der Redaktionsausschuß genehmigte ein von mir entworfenes Programm „Aufgabe und Plan des Unternehmens", das in den Beilagen zum Abdruck kommt[276]). Auf den grundsätzlichen Teil, der die Annexionsfrage behandelt, sei besonders aufmerksam gemacht. Er ist für unsere grundsätzlich sehr entschiedene und doch der Mannigfaltigkeit der tatsächlichen Verhältnisse Rechnung tragenden Auffassung des Annexionsproblems höchst bezeichnend.

Bei Prüfung der Frage, welche Änderungen im territorialen Besitzstand unter dem Begriff der „neuen auf Gewalt beruhenden Herrschaftsverhältnisse" fallen würden, werden vorsichtig drei Kategorien unterschieden. In diesem Punkte waren wir damals vollkommen einig.

Ich machte mich gleich an die Arbeit, Mitarbeiter zu gewinnen, auch militärische zur Behandlung des Rüstungsproblems. Wohl zeigten sich Schwierigkeiten, aber nicht unüberwindliche. Von Einzelheiten wird noch heute interessieren, daß damals Korfanty[277]) bereit war, den Abschnitt 16 „Polen, a) politisch" zu übernehmen, und zwar unter Anerkennung der Grundgedanken, daß Kongreßpolen ein selbständiger Staat unter Anlehnung an die Mittelmächte werden sollte, daß die preußischen Polen aber, selbstverständlich unter Anerkennung all der Rechte, die seitdem Forderungen des Minderheitenschutzes geworden sind, etwaige Grenzkorrekturen vorbehalten, bei Preußen bleiben sollten.

Der Minderheitenfrage war in dem Programm der Arbeit natürlich ein besonderes Kapitel eingeräumt.

Es stellte sich bald heraus, daß der ursprünglich in Aussicht genommene Termin der Veröffentlichung (Ende des Jahres 1915) nicht inne gehalten werden konnte. Ich muß auch gestehen, daß meine auf die Gewinnung von Manuskripten gerichtete Tätigkeit zeitweilig, weil andere Verpflichtungen mich beanspruchten, nachließ. Goldscheid mahnte, sich nicht entmutigen zu lassen und für den Mai 1916 bereit zu sein. Da machte ein an Bernstein und mich gerichteter Ukas des Oberkommandos in den Marken unserer Tätigkeit ein Ende[278]), da durch die militärische Kontrolle unserer Korrespondenz die Gewinnung auswärtiger Mitarbeiter fast unmöglich gemacht,

vor allem aber jede Aussicht auf eine in absehbarer Zeit mögliche Veröffentlichung abgeschnitten wurde[1].

VII. Generalversammlung der Deutschen Friedensgesellschaft in Leipzig, November 1915

Samstag, den 6. und Sonntag, den 7. November 1915 fand in Leipzig im Saal des Lehrervereinshauses die Hauptversammlung der Deutschen Friedensgesellschaft statt. Ursprünglich war Jena als Tagungsort in Aussicht genommen. Dort war aber eine Typhusepidemie ausgebrochen, die zur Zeit, da die Einladung versandt werden mußte, zwar in der Hauptsache überwunden, aber doch nicht ganz erloschen war.

Die Versammlung war von dem Stellvertretenden Generalkommando gestattet worden, unter der Bedingung, daß von jeder öffentlichen Agitation abgesehen würde und auch die zu fassenden Beschlüsse nicht veröffentlicht werden dürften. In der Einladung wurde betont, daß die Veranstaltung den Charakter einer „vollständig geschlossenen Versammlung" trage, „bestimmt zur Erledigung der ihr satzungsgemäß obliegenden Geschäfte, und zur Aussprache über die Stellung der deutschen Friedensfreunde zu den ihnen heute gestellten Aufgaben[279])." Die Tagesordnung umfaßte: 1) den Geschäftsbericht des Sekretärs Fritz Röttcher; 2) den Kassenbericht des Schatzmeisters Paul Alber[280]); 3) Neuwahlen; 4) jetzige und künftige Arbeit, Referent L. Quidde; 5) Verhältnis zu befreundeten Organisationen, Referent Otto Umfrid; 6) Frauenbund der Deutschen Friedensgesellschaft und andere Frauenorganisationen; 7) ausländischer Pazifismus während des Krieges; 8) Anträge, soweit sie nicht zu Ziffer 1–7 gehören.

Die Verhandlungen zeigten im allgemeinen eine sehr erfreuliche Geschlossenheit. Von einer Verzagtheit war nichts zu merken. Von keiner Seite wurde verlangt, während des Krieges über die von der militärischen Zensur auferlegten Rücksichten hinaus etwa auf Agitation zu verzichten. Eine radikale, (vielleicht darf ich sagen: fanatische) Opposition gegen die vom Vorstand eingenommene Haltung fand nur eine kleine Minderheit auf ihrer Seite. Es waren die Herren Wilhelm Herzog[281]), Herausgeber des „Forum", und Franz Pfemfert[282]), Herausgeber der kommunistisch gerichteten „Aktion", die, mit einigen Abweichungen untereinander, den Standpunkt vertraten, daß die Pazifisten nur grundsätzlich Stellung nehmen dürften, ohne auf die militärische Lage und auf die bei der Regierung, bei der Heeresleitung und bei den Massen herrschenden Vorurteile irgendwie Rücksicht zu nehmen,

[1] Wenn Wehberg S. 60 das Scheitern der Unternehmung darauf zurückführt, daß viele, die als Mitarbeiter vorgesehen waren, wie Dernburg und Naumann, ablehnten, so ist das nicht ganz richtig. Entscheidend war das Zensurverbot.

daß vielmehr jede solche Rücksichtnahme eine Versündigung am Pazifismus sei[283]). Die Vereinsleitung trat dieser Auffassung mit dem realpolitischen Argument entgegen, daß der deutsche Pazifismus sich, wenn er dem Verlangen der Opposition nachkomme, zur völligen Einflußlosigkeit verurteilen würde, daß es vielmehr unter den gegebenen Verhältnissen seine Aufgabe sei zu zeigen, und wenn möglich die Massen zu überzeugen, daß die von der militärischen Propaganda aufgestellten Kriegsziele und alle Annexionen in Wirklichkeit die deutschen nationalen Interessen schädigten und zugleich die Kriegsgefahr verewigten, während, auch unter Berücksichtigung der militärischen Lage und unter Verwertung der sich daraus ergebenden Vorteile, ein Verständigungsfriede möglich sei, der die berechtigten deutschen Interessen wahre, ohne fremdes Volkstum zu vergewaltigen; man müsse besonders die Idee bekämpfen, daß die, wenn auch versteckte Herrschaft über Belgien der Lohn des Krieges sei, da dadurch jeder Friede unmöglich gemacht und der Krieg sinnlos verlängert werde; diese Bekämpfung aber sei praktisch nicht möglich, wenn man nur unsere idealen Grundsätze solcher Geistesverwirrung entgegenstelle; sie erfordere vielmehr, daß wir auf die realen Tatsachen eingingen und ein positives, mit den nationalen Interessen und zugleich mit pazifistischen Grundsätzen vereinbartes Programm aufstellten; es sei durchaus möglich, dabei das Grundsätzliche immer wieder zu betonen, so daß die Ideen des Pazifismus in keiner Weise verleugnet würden. Die große Mehrheit stimmte dieser realpolitischen Auffassung zu, wie sich auch in der Wiederwahl der alten Geschäftsleitung zeigte (Vorsitzende Quidde und Umfrid, Schriftführer Hartmann, Schatzmeister Alber).

Ein Zwischenfall beleuchtete noch den Gegensatz zwischen Radikalen und Realpolitikern, Fanatikern und Gemäßigten. Eine Rednerin von der im Haag gegründeten Internationalen Frauenliga äußerte, keine Frau dürfe einem Soldaten, der von der Front heimkehre, noch die Hand reichen; denn diese Frontkämpfer seien allesamt Mörder. Eine junge Frau, deren Mann im Kriege gefallen war, erwiderte, sie würde ihrem Mann beide Hände entgegengestreckt haben, wenn er nur überhaupt heimgekehrt wäre. Sie hatte damit die Versammlung auf ihrer Seite.

Die von der Hauptversammlung gefaßten Beschlüsse scheinen mir wichtig genug, um sie im Anhang im vollen Wortlaut zu geben[284]). Diese Versammlung hat ja bis zu der Erfurter Tagung vom 1. und 2. Dezember 1917[285]) die einzige Gelegenheit geboten, um den in der deutschen Friedensgesellschaft organisierten deutschen Pazifismus[1] durch seine aus allen Ortsgruppen versammelten Vertreter zu Wort kommen zu lassen. Verbote der militäri-

[1] Man darf für diese Zeit die Hauptversammlung der Deutschen Friedensgesellschaft noch als die Vertretung des gesamten deutschen Pazifismus ansehen. Der Verband für Internationale Verständigung hatte sich zur Untätigkeit verurteilt, der Bund Neues Vaterland war durch Vorstandsmitglieder und Sekretäre auf der Hauptversammlung vertreten. Die im Haag gegründete Frauenliga ebenfalls durch ihre Ausschußmitglieder.

schen Behörde machten bald, wie wir sehen werden, solcher Möglichkeit ein Ende.

Die beiden politisch wichtigsten Beschlüsse, die mit besonderem Begleitschreiben dem Reichstag und persönlich auch dem Reichskanzler übermittelt wurden, betrafen die Friedensziele und die Aufhebung der Zensur für die Erörterung der Kriegsziele.

1) In der ersten Resolution wird vom Friedensschluß „die dauernde Sicherung des deutschen Volkes und der übrigen zivilisierten Völker gegen die Wiederkehr eines Krieges" gefordert. Er soll deshalb nicht nur die „politischen, wirtschaftlichen und nationalen Interessen des deutschen Volkes sicherstellen", sondern auch „die Grundlagen für eine bleibende Rechts- und Kulturgemeinschaft der Völker erneuern und sichern. Beiden Forderungen (heißt es weiter) widerspricht ... das Verlangen von Annexionen innerhalb Europas, bei denen der Wille der Bevölkerung vergewaltigt werden soll." Das wird näher begründet. Die Resolution schließt mit dem Ersuchen an die Reichsregierung, „öffentlich zu erklären, daß sie bereit ist, auf diesen Grundlagen in Friedensverhandlungen einzutreten, sobald und so oft sich dazu eine geeignete Gelegenheit bietet."

2) In der zweiten Resolution[1] wird die Forderung der endlichen Aufhebung der Zensur für die Erörterung der Kriegsziele damit begründet, daß „seit Monaten die wildesten Annexionsforderungen in zahlreichen Tageszeitungen, Zeitschriften und Broschüren vertreten werden und dadurch eine Irreführung der öffentlichen Meinung entstanden ist, die für die Gestaltung der Zukunft unseres Vaterlandes eine große politische Gefahr bedeutet." Es ist „eine Forderung primitivster Gerechtigkeit, daß die Freiheit des Wortes endlich für alle Kreise gewährt wird."

3) In einer besonderen Resolution wurde (und zwar auf Antrag eines Protestanten, des Herrn von Puttkamer) eine Danksagung an Papst Benedikt beschlossen „für die herrlichen Worte der Enzyklika vom 8. September".

4) Eine andere erhob Anklage gegen die Kriegshetze, die von der rücksichtslosen Verfolgung wirtschaftlicher Interessen, besonders des Rüstungskapitals, und von einem großen Teil der Presse aller Nationen ausging.

5) Weiter sprach die Versammlung „ihre Sympathie allen unterdrückten und mißhandelten Völkern aus, insbesondere den Armeniern und russischen Juden"[286]), sie forderte von den Regierungen „im Interesse der Menschlichkeit Abhilfe zu schaffen."

Vier weitere Entschließungen betrafen mehr innere Fragen der Gesellschaft, ihre Organisation und ihre Tätigkeit.

6) Die Geschäftsleitung wurde beauftragt, einen besonderen Ausschuß für Jugenderziehung einzusetzen, um „der Militarisierung der Jugend entgegenzuarbeiten und deren Erziehung im pazifistischen Sinne zu fördern."

---

[1] Da ich die beiden an den Reichstag übermittelten Resolutionen hier aneinander gereiht habe, ist die Zählung der Entschließungen 2–5 hier oben etwas abweichend von der offiziellen des Anhangs.

7) Die im Vorjahre erfolgte Gründung des Frauenbundes der deutschen Friedensgesellschaft und dessen Tätigkeit wurden mit warmer Sympathie begrüßt. Daran anknüpfend wurde die Überzeugung ausgesprochen, daß es mit Leichtigkeit möglich sein wird, besonders während des Krieges, mit anderen gleiche Ziele verfolgenden Frauenorganisationen, besonders mit dem nationalen Frauenausschuß für einen dauernden Frieden freundschaftlich zusammenzuarbeiten.

8) Die Geschäftsleitung wurde beauftragt im Sinne einer von mir vorgelegten Denkschrift, von der noch die Rede sein wird, die finanziellen Mittel für eine erhöhte Tätigkeit der Gesellschaft zu beschaffen.

9) Endlich erhielt sie den Auftrag, sobald die Versammlungsfreiheit wieder hergestellt sei, eine einheitliche große Versammlungs-Propaganda zu organisieren[287]).

Zur Erläuterung des Beschlusses Ziffer 7 betreffend den Frauenbund ist noch einiges zu sagen, und dann müssen wir auf die in Ziffer 8 erwähnte Denkschrift eingehen.

Nach der Frauentagung im Haag vom April 1915 konnte man die Frage aufwerfen, ob der Frauenbund aufrechtzuerhalten oder zu Gunsten der neuen, über den Kreis der Friedensgesellschaft hinausgreifenden Frauenorganisation aufzulösen sei. Die Versammlung legte Wert darauf, den in die Friedensgesellschaft eingegliederten Frauenbund fortbestehen zu lassen. Die weitere Entwicklung ist dann aber dahin gegangen, daß der Frauenbund den Krieg nicht überdauert hat, während der nationale Frauenausschuß, umgewandelt zur deutschen Gruppe der Internationalen Frauenliga für Friede und Freiheit, gestützt auf den internationalen Verband, innerhalb der deutschen Friedensbewegung eine bedeutende Rolle gespielt hat.

Die in Ziffer 8 der Beschlüsse erwähnte, der Generalversammlung vorgelegte Denkschrift trug den Titel „Die Lage der Deutschen Friedensgesellschaft, ihre nächsten Aufgaben und ihre Finanzen"[288]). Sie ist ein außerordentlich umfangreiches Schriftstück, das mit Erörterung der grundsätzlichen Fragen überall den Zweck verbindet, zu erweisen, wie notwendig es sei, größere Geldmittel zu beschaffen.

Die Denkschrift tritt zunächst der Auffassung entgegen, daß der Krieg die Tätigkeit der Gesellschaft lahmgelegt hätte und daß deshalb auch eine Beschränkung der finanziellen Mittel ertragen werden könne. Im Gegenteil: „Der Krieg hat die Deutsche Friedensgesellschaft vor Aufgaben gestellt, so groß und umfassend wie noch niemals." Dazu sind „Mittel erforderlich, weit über die bisherigen bescheidenen Ziffern unseres Haushaltes hinaus."

Ausführlich werden die Aufgaben, die zu erfüllen sind, besprochen, und zwar in vier Abschnitten: 1) die besonderen Aufgaben während des Krieges, 2) jene während der Friedensverhandlungen, 3) jene nach Friedensschluß und 4) die allgemeinen und dauernden Aufgaben.

Im ersten Abschnitt wird a) ein Bild gegeben von der „Auskunft und Vermittlung zwischen Angehörigen der kriegführenden Länder" und b) ein Programm für „literarische Arbeit und Pressedienst" aufgestellt.

Die Angaben über die Auskunfts- und Vermittlungstätigkeit sind überraschend[289]. „Die Erfahrung zeigt, daß sehr häufig unsere Vermittlung zum Ziel führt, wo der amtliche Apparat versagt hat, oder daß wir erheblich rascher arbeiten. Bis Anfang November 1915 sind mehr als 1800 Auskünfte über vermißte Personen vermittelt worden. Die Zahl der beförderten Briefe geht in das dritte Hunderttausend... Dazu kommt der Briefverkehr mit Belgien und jetzt namentlich mit dem in deutscher Verwaltung befindlichen Russisch-Polen. Die Korrespondenz des Genfer Roten Kreuzes, sowie der großen schweizerischen Hilfsorganisationen für Russisch-Polen läuft über unser Büro... Weiter handelt es sich darum, für bedrängte Ausländer in Deutschland einzutreten und ihnen die Hilfe ihrer Angehörigen oder der im Ausland bestehenden Hilfskommissionen zu vermitteln. Die Korrespondenz eines erheblichen Teils der in Deutschland vorhandenen Zivilinternierten ist ebenfalls über unser Büro gelaufen." Die Denkschrift erwähnt dann das Zusammenarbeiten mit verschiedenen in- und ausländischen Organisationen „besonders auch – durch holländische Vermittlung – mit den englischen Friedensfreunden und dem englischen Notstandskomitee zur Unterstützung der in England in Not geratenen Deutschen." Als die Räume des Sekretariats bald völlig unzureichend wurden, erhielten wir durch das Kabinett des Königs von Württemberg Räume im königlichen Kunstgebäude zur Verfügung gestellt. „Beschäftigt werden dort neben 2 Angestellten 15–20 freiwillige Hilfskräfte. Der tägliche Ein- und Auslauf stieg auf etwa 300 Sendungen." (Dabei sind die lediglich weiterbeförderten Briefe nicht gerechnet.)

Der literarischen Arbeit und dem Pressedienst wird die doppelte Aufgabe gestellt: „Die Aufrechterhaltung der Gemeinschaft in den eigenen Reihen" und „die Einflußnahme auf die außenstehende Presse des In- und Auslandes". Die Fortführung der Zeitschrift „Der Völkerfriede" und die Herausgabe der „Kriegsflugblätter" sollen diesen Zwecken dienen. In der Tagespresse war es die besondere Aufgabe, „den massenhaft verbreiteten Unwahrheiten entgegenzutreten, die den Völkerkampf so furchtbar vergiften", – und zwar nach beiden Seiten hin. „Aber was wir auf diesem Gebiet getan haben, war notgedrungen sehr unvollkommen aus Mangel an Mitteln. Es fehlten die finanziellen und zum Teil deshalb auch die persönlichen Kräfte, um den Pressedienst so auszugestalten, wie er es verdiente. Es wäre höchst wünschenswert, noch während des Krieges nach dieser Richtung hin mehr leisten zu können."

In dem Abschnitt „Unsere besonderen Aufgaben während der Friedensverhandlungen" geht die Erörterung davon aus, daß sich, wenn der Krieg zu Gunsten Deutschlands beendet werde, in der Diskussion der Friedensbedingungen sehr scharfe Gegensätze geltend machen werden. Einig sei man darin, einen dauernden Frieden zu fordern. „Aber in der Beurteilung der Frage, durch welche Maßnahmen ein dauernder Friede möglichst verbürgt werden kann, gehen die Meinungen weit auseinander." Gegenüber jenen Kreisen, die „die Sicherung dieses Zieles in einer Politik der Eroberungen, gepaart mit der äußersten Schwächung und Demütigung unserer Gegner"

erblicken, ist es unsere Überzeugung, daß „jede Eroberung, die Gebiete mit volksfremder und deutschfeindlicher Bevölkerung dem Reiche einzugliedern versuchen wollte, eine Schwächung des Reichs bedeuten würde und daß vor allem eine solche Politik nach allem menschlichen Ermessen fast die ganze Welt uns zu Feinden machen und binnen kurzer Zeit mit zwingender Notwendigkeit zu einem neuen, noch furchtbareren Krieg führen müßte." Es werden von uns Friedensbedingungen gefordert, „die es auch dem Besiegten ermöglichen, sich mit den neuen Existenzbedingungen als einer endgültigen Entscheidung abzufinden und die vor allem für die Staaten Europas oder der ganzen Welt eine neue Rechtsordnung im Sinne unserer Forderungen schaffen, um nach Möglichkeit die Ursachen, aus denen bisher trotz des Friedenswillens der Völker die Kriegsgefahr erwachsen ist, aus dem Wege zu räumen." „Der bevorstehende Friedensschluß" (heißt es in der Denkschrift weiter) „macht die Probleme, die bisher uns vorwiegend theoretisch beschäftigt haben, zu unmittelbaren Problemen der praktischen Politik." Die Pazifisten dürfen zwar nicht erwarten, ihre Ziele restlos verwirklicht zu sehen. Aber es eröffnet sich die Möglichkeit einer Annäherung an deren Verwirklichung, da die Erkenntnis, daß die Dinge so wie vor dem Kriege nicht weiter laufen dürfen, „wenn unser alter Erdteil nicht bei der nächsten Katastrophe ein Opfer der Selbstzerfleischung werden soll", sich weit über den Kreis der Friedensgesellschaft verbreitet hat. Die Denkschrift rechnet für den Kampf um die Friedensbedingungen auf Bundesgenossen in den verschiedensten Kreisen und meint, die Reichsregierung werde möglicherweise geradezu darauf angewiesen sein, „zur Abwehr gewisser Richtungen Anlehnung bei uns und anderen uns nahestehenden Kreisen zu suchen." Es wird darauf hingewiesen, was alles im einzelnen nötig ist, um „den Widerstand gegen Forderungen, die die schleichende Kriegsgefahr verewigen würden", zu organisieren und unseren Ideen Anhang zu gewinnen. „Das alles wird große Geldmittel erfordern."

Unsere besonderen Aufgaben nach Friedensschluß werden zu einer „Agitation allergrößten Stils" führen, „um unsere Vereine zu stärken und Mitglieder zu gewinnen." Es wird im einzelnen die Hoffnung begründet, daß dafür die Aussichten nach dem Kriege so günstig sein werden wie nie zuvor. „Hat die Agitation Erfolg, so macht sie sich nach einiger Zeit durch das Wachstum der Mitglieder selbst bezahlt. Für den Anfang aber werden finanzielle Mittel erforderlich sein, die unsere regelmäßigen Einnahmen um ein Vielfaches übersteigen. Können wir sie nicht gewinnen, so geht eine niemals wiederkehrende Gelegenheit verloren."

Es ist natürlich nicht die Absicht der Denkschrift, „unsere allgemeinen und dauernden Aufgaben" einer umfassenden Betrachtung zu unterziehen. Es soll nur „auf zwei Punkte hingewiesen werden, weil in ihnen die Unzulänglichkeit unserer bisherigen Mittel sich besonders empfindlich fühlbar gemacht hat: die Versammlungstätigkeit und die Verbreitung unserer Literatur." Die vor fünf Jahren endlich erreichte Errichtung eines Sekretariats mit einem besoldeten Sekretär (bis dahin kannte die Gesellschaft nur ehren-

amtliche Arbeit) hat die darauf vielfach gesetzten Hoffnungen nicht erfüllen können. Auch die Verdoppelung der persönlichen Kräfte im Sekretariat, die nur dadurch möglich war, „daß die beiden neu eingetretenen Sekretäre, Herr Röttcher und Herr Dr. Grosch[290]), sich aus warmem Interesse für unsere Sache, was wir nicht genug anerkennen können, mit einem außerordentlich bescheidenen Gehalt begnügten", wird ohne Erhöhung der Sachausgaben nicht voll wirksam werden können. Aus den gleichen Gründen „hat auch die literarische Tätigkeit, die Propaganda durch Schriften, durch Flugblätter und in der Presse nicht so gepflegt werden können, wie es wünschenswert gewesen wäre. Auch dafür reichten die persönlichen und finanziellen Kräfte nicht aus... In der Zukunft wird es doppelt nötig sein, dauernd nach beiden Richtungen hin erheblich mehr als bisher zu leisten."

In dem letzten (5.) Abschnitt der Denkschrift „Unsere finanzielle Lage" werden die Einnahmequellen und ihre Beeinflussung durch den Krieg im einzelnen besprochen, mit dem Ergebnis einer doppelten Notwendigkeit. „Einerseits müssen wir suchen, die laufenden Einnahmen zu steigern, um nicht nur den Einnahmeausfall von etwa 5000 Mark, der uns jetzt durch den Krieg getroffen hat, wettzumachen, sondern auch künftig den bisher nicht gedeckten Ansprüchen an unsere Tätigkeit, von denen im vierten Abschnitt die Rede war, nachkommen zu können. Andererseits müssen wir versuchen, einen großen Agitationsfonds zusammenzubringen, um die besonderen Aufgaben erfüllen zu können, die unser, sobald erst die Friedensbedingungen zur Erörterung stehen und sobald der Frieden geschlossen ist, warten."

Mit Erhöhung der laufenden Einnahmen um 5000 Mark könnte man auskommen, „wenn nach Friedensschluß neue Mittel aus Stiftungen und aus neuen Mitgliederbeiträgen zur Verfügung stehen." Nach Friedensschluß wird ein zweites Sekretariat (für Norddeutschland) in Berlin errichtet werden müssen, was natürlich bedeutende Mittel erfordern wird.

In der Denkschrift wird die Zeichnung der Jahresbeiträge einstweilen für eine beschränkte Zeit in Aussicht genommen, als Agitationsfonds aber für die besonderen Aufgaben während der Friedensverhandlungen und nach Friedensschluß die Summe von 100 000 Mark gefordert. Für die Durchführung der finanziellen Werbearbeit soll ein besonderes Komitee gebildet werden, das die Aufgabe haben wird, hilfsbereite und hilfskräftige Freunde ganz persönlich heranzuziehen. Über die Verwendung der Mittel soll einer Vertretung der Spender, zunächst aber dem Komitee der Sammler, ein Mitentscheidungsrecht zustehen.

Man darf diese von der Geschäftsleitung und der Generalversammlung gebilligte Denkschrift, einschließlich ihrer weitgehenden, finanziellen Forderungen, wohl als einen Beweis dafür gelten lassen, wie sehr man innerhalb der Friedensgesellschaft auf intensive und großzügige Arbeit eingestellt war.

VIII. Nachwirkungen der Generalversammlung

Die Beschlüsse der Generalversammlung durften, wie gesagt, nicht veröffentlicht werden; aber sie wurden zur Kenntnis derer gebracht, auf die es ankam.

Zunächst wurde die Danksagung an den Papst durch mich dem Münchner Nuntius, dem Kardinal Frühwirth[291]), überreicht. Er zeigte sich darüber sehr erfreut und sagte die Übermittlung an den Papst zu. Von diesem Empfang beim Nuntius machte ich der Presse Mitteilung[292]). Das trug mir eine scharfe Verwarnung ein, da ich damit das Gebot der Geheimhaltung der Beschlüsse übertreten hatte. Sehr sonderbar war es, daß das Stellvertretende Generalkommando des XIII. Armeekorps (Württemberg) eine Mitteilung über diese Danksagung und über meine Audienz beim Nuntius zum Abdruck genehmigte. Der am 20. November im „Deutschen Volksblatt" erfolgte Abdruck wurde von uns anstandslos weiterverbreitet. Dieser Vorgang war ein hübsches Beispiel für die Selbständigkeit der einzelnen Generalkommandos in ihrem Befehlsbereich[293]). Ich hatte von Anfang an dem Generalkommando, das für Leipzig zuständig war, das Recht bestritten, uns irgend ein Verbot aufzuerlegen, das über die Grenzen seines Befehlsbereichs Geltung hätte, und ich habe unter diesem Gesichtspunkt auch gegen den mir erteilten Verweis energisch protestiert. Nachträglich erfuhr ich, daß das Generalkommando in Leipzig auf Weisung einer Berliner Zentralstelle (wohl des Kriegsministeriums) gehandelt hatte.

Am 16. November hatte ich eine vom Unterstaatssekretär Zimmermann vermittelte Audienz beim Reichskanzler, um bei ihm im Sinne der Beschlüsse der Hauptversammlung vorstellig zu werden. Die Versammlung hatte eine aus fünf Köpfen bestehende Deputation damit beauftragt. Als ich aber für diese die Vermittlung des Unterstaatssekretärs in Anspruch nahm, bestand dieser darauf, daß ich allein zum Reichskanzler gehen müsse; dieser werde sich dann viel offener aussprechen können, als wenn er eine fünfköpfige Abordnung vor sich habe.

Im Anhang findet man einen Bericht über unsere Unterredung, den ich fast unmittelbar danach aufgezeichnet habe[294]). Der pazifistische Kritiker von heute wird vielleicht finden, daß ich das Grundsätzliche unserer pazifistischen Forderungen nicht genug betont und vor allem der Berücksichtigung der militärischen Lage unzulässige Zugeständnisse gemacht habe. Vielleicht wäre diese Kritik nicht ganz unberechtigt. Im übrigen kann ich nur auf die Ausführungen verweisen, die ich weiter oben zur Begründung unserer „realpolitischen" Haltung gemacht habe. Was die Haltung des Reichskanzlers anlangt, so ist bemerkenswert, daß er der von mir vertretenen Auffassung in sehr wesentlichen Punkten Recht gab, um dann doch die sich daraus ergebenden Konsequenzen abzulehnen, da er fürchtete, die von uns verlangten Erklärungen könnten als Zeichen der Schwäche gedeutet werden und die Stellung Deutschlands bei Friedensverhandlungen ungünstig beeinflussen. Ich hatte den Eindruck, daß Herr von Bethmann Hollweg gern eine andere

Haltung eingenommen hätte, wenn er nicht unter dem Druck der Obersten Heeresleitung gestanden hätte.

Vom 1. Dezember erst datiert ein von Umfrid und mir unterzeichnetes Schreiben, mit dem wir die beiden an erster Stelle besprochenen Beschlüsse der Hauptversammlung (betreffend Friedensziele und Freigabe der Erörterung der Kriegsziele) dem Reichstag und dessen Mitgliedern übermittelten.

Ich habe geglaubt, auch dieses Schriftstück trotz seines Umfangs im Anhang wörtlich mitteilen zu sollen[295]), da es so systematisch wie kein anderes unsere Auffassung der Friedensfrage entwickelt und zugleich recht lebendig zeigt, mit welchen Schwierigkeiten unsere Tätigkeit zu kämpfen hatte. Das Ersuchen an den Reichstag geht dahin, derselbe „wolle den Reichskanzler zu einer Erklärung der Kriegsziele der Reichsregierung veranlassen, um dadurch den Boden für Friedensverhandlungen vorzubereiten, und wolle zugleich Freiheit für die Erörterung der Kriegsziele fordern."

Bemerkenswert scheint mir, wie wir am Anfang des Schreibens den Gedanken begründen, daß jetzt die Zeit zu Friedensverhandlungen gekommen sei. Solche seien nicht möglich, solange die beiden Gegner die militärische Lage und deren Aussichten ganz verschieden beurteilen. Das sei der Fall gewesen, solange das Schicksal der Dardanellen und Konstantinopels zweifelhaft war, da beide Parteien an den Ausgang des Kampfes um die Dardanellen weitgehende Hoffnungen knüpften. Jetzt sei deren Schicksal entschieden und damit eine klare, eindeutige Lage, eine Vorbedingung für aussichtsvolle Friedensverhandlungen, geschaffen.

Die Forderungen, die für den Friedensschluß vertreten werden, kennen wir schon aus anderen Schriftstücken. Die Polemik wendet sich hier noch besonders gegen die Auffassung, daß die Stellung Deutschlands geschwächt werde, wenn Reichstag und Regierung sich für einen Verständigungsfrieden aussprechen. Daß scharf zwischen Ost und West zu unterscheiden sei, wird nachdrücklich betont. Bedenklich kann man finden, daß wir die Forderung „weitgehender Kompensationen" für die Freigebung der besetzten Gebiete anerkennen. Deutlich aber wird der Verzicht auf Annexionen gefordert. Dieser Verzicht folgt nach unserer Auffassung schon aus der militärischen Lage. Den grundsätzlichen Standpunkt der Pazifisten sucht das Schreiben zu wahren, indem es andere Erwägungen als entscheidend bezeichnet. „Für uns ist ein solcher Verzicht geboten durch das eigene deutsche Interesse, da unserem Staatswesen und unserem Volksleben die Einzwingung volksfremder, feindlich gesinnter Bevölkerungsteile nur zum Unheil gereichen könnte. Für uns ist der Verzicht geboten durch das dringende Bedürfnis aller Völker und auch des deutschen Volkes, möglichste Gewähr für einen dauernden Frieden zu gewinnen, da Annexionen, die fremdes Volkstum vergewaltigen, mit zwingender Notwendigkeit zu einem Vergeltungskrieg führen müßten. Für uns ist der Verzicht geboten durch die Notwendigkeit, nach dem Kriege eine neue friedliche – kulturelle, rechtliche und politische – Gemeinschaft der Kulturvölker neu aufzubauen, da ein mit Eroberungen belastetes Deutschland von solcher Gemeinschaft ausgeschlossen wäre. Für uns ist der

Verzicht geboten durch die allgemeinen Grundsätze der Achtung vor der Unabhängigkeit und Selbständigkeit aller Völker, da diese Grundsätze um ihrer selbst willen zu respektieren sind und ihre Mißachtung sich an uns selber rächen müßte." Die deutsche Regierung wird, wenn sie sich auf unseren Standpunkt stellt, Forderungen vertreten können, „bei denen die eigenen deutschen Interessen zusammenfallen mit allgemeinen, weit über Deutschlands Grenzen hinausgreifenden Fortschritten. Sie wird – um nur an einiges zu erinnern – mit bester Aussicht auf Erfolg eintreten können für die Freiheit der Meere, die der ganzen Welt zugutekommen würde und für die allgemeine Anerkennung des Grundsatzes der offenen Tür, der gleichfalls Gemeingut aller werden muß; sie wird die Sache der Freiheit unterdrückter Völker führen können und wird sich für die bessere Sicherung des alle Nationen umfassenden Völkerrechts einzusetzen haben." Die Bedeutung dieses letzten Punktes, der in unseren Erklärungen während des Krieges immer wiederkehrt, wird dann noch nachdrücklich betont.

Auffallend mag scheinen, daß von Belgien in dem Schreiben nicht ausdrücklich die Rede ist, wo wir doch während des ganzen Krieges die Freigebung und Schadloshaltung Belgiens als den Schlüssel zum Frieden betrachtet haben. Die Belgien angehende Forderung war allerdings offenbar in dem Verzicht auf alle Annexionen enthalten. Wir haben aber bewußt davon abgesehen, sie noch ausdrücklich zu stellen, weil es uns darauf ankam, erst einmal Erklärungen zu erreichen, die die Friedensbereitschaft Deutschlands unter annehmbaren Bedingungen festgestellt hätten. Wir konnten sicher sein, daß dann die belgische Frage ganz von selbst in den Vordergrund treten würde. Immerhin war es wohl eine Schwäche, nicht klipp und klar zu sagen, daß die Freigebung und Entschädigung Belgiens die Vorbedingung für jede mögliche Verständigung sei.

Ein zweiter großer Abschnitt dieser Denkschrift fordert, wie gesagt, Freiheit für die Erörterung der Kriegsziele. Für den Fall, daß unbegrenzte Freiheit der Tagespresse nicht gewährt werden könne, wird als ein „Übergangsstadium" Freigabe für die privatim verbreiteten Flugschriften gefordert. Es wird darauf hingewiesen, daß die bisherige, durchaus einseitige Handhabung der Zensurvorschriften dazu geführt habe, daß namentlich aufgeführte „Eingaben und Schriften, in denen maßlose Annexionsforderungen vertreten werden", lange Zeit ungehindert verbreitet werden konnten, in vielen Tausenden, vielleicht Hunderttausenden von Exemplaren, daß aber der nach langem Schweigen von uns Pazifisten im Sommer 1915 unternommene Versuch, dieser Hetze entgegenzutreten, sofort rücksichtslos unterdrückt wurde. Die Schriften „Sollen wir annektieren?" (nur in 700 numerierten Exemplaren gedruckt) und „Reale Garantien für einen dauernden Frieden" wurden sogleich nach Erscheinen beschlagnahmt[296]).

Die Freiheit für Erörterung der Kriegsziele wird gefordert im Namen der Rechtsgleichheit, aber auch im nationalen Interesse. „Es ist gar nicht abzuschätzen, einen wie ungeheuren Schaden unausgesetzt, auch jetzt noch, die alldeutsche Agitation dem deutschen Volke im Ausland zugefügt hat.

Im neutralen Ausland hat sie uns, besonders auch in den Deutschland wohlgesinnten Kreisen, viele Sympathien gekostet und Elemente, die schwankten, geradezu in die Reihen unserer Gegner getrieben. Man hatte dort den Eindruck, daß in Deutschland Bestrebungen mächtig seien, die die Unabhängigkeit aller Völker bedrohten und die mit dem Wohl aller unvereinbar seien. Im feindlichen Ausland hat man aus der alldeutschen Agitation, mit der man fälschlich die Reichsregierung identifizierte, geschlossen, daß mit einem Deutschland, das so gesinnt sei, sich über einen Frieden überhaupt nicht verhandeln lasse und daß man deshalb bis zur Niederzwingung durchkämpfen müsse, ja lieber untergehen, als sich solchen Bestrebungen ausliefern. Für die Aufpeitschung der Kriegsstimmung in England und Frankreich hat es nichts Wirksameres gegeben, als die Auszüge aus den Schriften der deutschen Annexionsfanatiker."

Schließlich wird darauf hingewiesen, daß es gegenüber den hochgespannten Forderungen, die im Friedensschluß, auch nach Auffassung militärischer Autoritäten, unmöglich erfüllt werden könnten, eine furchtbare Enttäuschung geben werde, zum Unheil für die Reichsregierung und für das politische Leben nach Friedensschluß.

„Deshalb verlangen wir, im nationalen Interesse die Freiheit des Wortes für uns, die wir dem deutschen Volke hoffen zeigen zu können, daß gewisse Dinge, die der Friede nicht bringen wird, sein eigenes Unheil wären." Der Reichstag wird gebeten, „die Gefahren zu erwägen, die in der Fortdauer der jetzigen Zustände liegen, und die nationalen Forderungen, die wir erheben, gegenüber dem Herrn Reichskanzler zu vertreten."

Diese Eingabe an den Reichstag wurde am 6. Dezember den Ortsgruppen zugestellt mit dem Bemerken, daß sie ausschließlich für Mitglieder bestimmt sei, denn, da Kriegsziele darin erörtert würden, sei zur Zeit jede Verwertung in der Öffentlichkeit ausgeschlossen.

IX. Unter dem Druck militärischer Verbote[1] [297])

Die Leipziger Generalversammlung bezeichnet einen Einschnitt in der Behandlung der Friedensbewegung durch die Militärbehörden[298]). Wohl waren die Vereine bis dahin mancherlei Einschränkungen unterworfen worden. Sie durften nicht an die Öffentlichkeit treten, wie ja auch die Leipziger Versammlung nur unter dieser Einschränkung gestattet war. Aber im geschlossenen Kreise konnten wir noch zusammenkommen.

Die meisten Ortsgruppen haben wohl darauf verzichtet. Aber an manchen Orten fanden regelmäßig Mitgliederversammlungen statt, vielfach mit

[1] Ich folge hier vielfach, zum Teil wörtlich, den Angaben der von mir verfaßten Denkschrift vom Juli 1917 „Pazifismus und Belagerungszustand".

Zuziehung von Gästen, so in Berlin, in Hamburg, in München, in Jena (monatlich), in Leipzig (seit April 1915 monatlich), in Wiesbaden, wo der Frauenbund vierwöchentlich zu tagen beschloß, weniger regelmäßig in Stuttgart und in Frankfurt. Pazifistische Redner traten auch in verwandten Vereinen auf, so in Stuttgart, in Geislingen und in Königsberg.

In Königsberg hatte die Ortsgruppe zuerst Schweigen als Pflicht proklamiert, nachdem „das allein zuständige Internationale Friedensbureau" gesprochen habe (gemeint sind die am 30. Juli von Brüssel ausgegangenen Telegramme); vom November an fanden dann aber bis zum Mai 1916 streng auf Mitglieder beschränkte Monatsversammlungen statt[299]). Daneben widmete die Ortsgruppe sich nach dem Einfall der Russen[300]) sehr erfolgreich der Ostpreußenhilfe[301]).

In Frankfurt organisierte der Vorsitzende Justizrat Dr. Dietz[302]) einen sehr segensreich wirkenden „Ausschuß für Rat und Hilfe in staats- und völkerrechtlichen Angelegenheiten für In- und Ausländer"[303]).

Überall, wo Versammlungen gehalten wurden, berichtete man von erfreulich starkem Besuch und von Mitgliederzuwachs. Auch die Zentrale machte ähnliche Erfahrungen. Sie verzeichnete 1914/15 etwa tausend Neuanmeldungen[304]).

Am stärksten war die Versammlungstätigkeit in München, wo man zuerst vierzehntägig, dann wöchentlich zusammenkam. Man hatte so seit dem Dezember 1914 bis zum Eintreten der Sommerpause im Frühjahr 1915 vierzehn Versammlungen gehalten, so viel wie sonst in drei bis vier Jahren. Der Besuch war besser, die Anmeldungen waren zahlreicher als in Friedenszeiten. An einem Abend hatten wir die Freude, Professor Lammasch[305]), den berühmten österreichischen Völkerrechtsgelehrten und Obmann in mehreren vom Haager Weltgerichtshof gebildeten Schiedsgerichten, bei uns zu sehen[306]). Über die Leipziger Generalversammlung konnte in einer solchen geschlossenen Versammlung noch berichtet werden[307]). Wir machten bei dieser Gelegenheit aber eine sehr merkwürdige Erfahrung. Eine Äußerung der Referentin (Lida Gustava Heymann) wurde einige Tage darauf unserem Leipziger Vorsitzenden Herrn Achilles[308]) auf der dortigen Polizei vorgehalten. Es war also der Behörde möglich gewesen, unsere Versammlung, obschon nur Mitglieder und persönlich eingeführte Gäste Zutritt hatten, bespitzeln zu lassen[309]).

Auch andere Ortsgruppen machten bald schlimme Erfahrungen mit den Militärbehörden[310]). In Königsberg wurde der Ortsgruppe unter Androhung sofortiger Schließung verboten, über die auf der Leipziger Hauptversammlung gefaßten Entschließungen, soweit solche sich auf Kriegsziele und Jugenderziehung bezögen, der Mitgliederversammlung vom 27. November 1915 Bericht erstatten zu lassen. Als der Vorsitzende, Herr Kossak[311]), mit der Einrichtung der Königsberger Geschäftsstelle der Ostpreußischen Lebensmittelversorgung betraut wurde, verlangte man, daß er die Leitung der Friedensgesellschaft niederlege, da dieselbe „nicht verträglich mit seinem Amte" sei. Als in der Königshalle, dem vornehmsten Lokal der Stadt, Mitte

November bei Gründung einer angeblich politisch neutralen „Otspreußischen Gesellschaft" die wüstesten, auch gegen die „schwächliche" Reichsregierung gerichteten Reden gehalten waren (u. a. von dem Landschaftsdirektor Kapp[312]), dem späteren Putschisten), forderte die Ortsgruppe in einer Eingabe an den Reichskanzler Untersuchung der Vorgänge in der Königshalle und Milderung, wenn nicht Aufhebung der „Zensur hinsichtlich einer Aussprache über Kriegsziele". Sie erhielt vom Oberpräsidenten den Bescheid, daß das Vorkommnis in der Königshalle seine Sühne gefunden habe; gegen eine Wiederholung sei Sicherheit getroffen. In Wirklichkeit blieb die Rechtsungleichheit bestehen, der Tätigkeit der Friedensgesellschaft blieben enge Schranken gezogen, die Alldeutschen und deren Gesinnungsgenossen konnten weiter ungehindert agitieren.

In Hamburg hatte die Ortsgruppe seit dem Herbst 1915 unter dem Verbot von Versammlungen und der Beschlagnahme von Schriften zu leiden. Beschlagnahmt wurde beim Vorsitzenden Rektor Bloh[313]) u. a. ein aus der Friedenszeit stammendes Flugblatt „Was wir wollen". Denunziationen nötigten ihn, sich gegenüber seiner vorgesetzten Behörde zu verantworten. Im Januar 1917 versandte die Ortsgruppe einen Bericht an die Presse, in dem aus einer Vorstandssitzung mitgeteilt war, daß der Vorsitzende seiner Freude über das Friedensangebot der Zentralmächte und die Erklärung des Reichskanzlers vom 9. November 1916 Ausdruck gegeben und über die Versammlung der Zentralstelle Völkerrecht vom 2. und 3. Dezember (wovon das nächste Kapitel handeln wird) berichtet habe. Ihm wurde auf Befehl des Generalkommandos mitgeteilt, daß derartige Pressenotizen unzulässig seien und daß bei weiterem öffentlichen Hervortreten der Gesellschaft ein Verbot auf Grund des Belagerungsgesetzes ergehen werde. Wenige Tage später aber veranstaltete der „Alldeutsche Verband" in Hamburg eine Versammlung, in der der Vorsitzende des Verbandes, Rechtsanwalt Claß[314]) aus Mainz, den Reichskanzler aufs schärfste angriff, die weitgehendsten Eroberungsabsichten vertrat und meinte, „wir müßten Gott auf den Knien danken, daß unser Friedensangebot zurückgewiesen sei".

Ganz ähnliche Erfahrungen machte die Ortsgruppe Kassel. Während ihr eine Versammlung nur unter der Bedingung gestattet wurde, daß nichts in die Presse kam, hielten die Alldeutschen öffentliche Versammlungen, in denen ausschweifende Annexionsforderungen vertreten wurden.

In Stuttgart wurde der Ortsgruppe eine öffentliche Versammlung, in der Professor Kinkel[315]) aus Gießen über ein so akademisches Thema wie „Staat und Sittlichkeit" sprechen sollte, untersagt. Erlaubt wurde der Vortrag unter so einschränkenden Bedingungen[316]), daß der Vorstand lieber darauf verzichtete, einen auswärtigen Redner zu bemühen.

In Berlin waren der Ortsgruppe seit dem Dezember 1915 Versammlungen, nicht nur öffentliche, sondern auch geschlossene, auf Mitglieder beschränkte Versammlungen verboten. Man veranstaltete statt ihrer regelmäßige, zwanglose Zusammenkünfte eines Kreises von Freunden, die aber durchaus nicht alle der Friedensgesellschaft angehörten, Zusammenkünfte

ohne jede Organisation, ohne Einladungen, ohne Leitung, nur auf Grund persönlicher Verabredung. Man sprach sich untereinander aus. Beschlüsse wurden nicht gefaßt. Natürlich war das eine Umgehung des Versammlungsverbotes, und es war nicht zu verwundern, daß die Behörde dagegen einschritt.

Eine solche Zusammenkunft im Vereinslokal, dem Café Austria in der Potsdamerstraße, in der ich Bericht erstatten sollte, wurde, noch ehe ich ein Wort gesprochen hatte, von der Polizei aufgelöst[1]. Ein Mitglied, Frau Hanna Hamburger[2], lud darauf alle Mitglieder, deren sie habhaft werden konnte, zu sich zum Tee, und auf diesem Tee hielt ich mein von der Polizei verhindertes Referat, an das sich noch eine lebhafte Diskussion anschloß. Unter den Anwesenden befand sich auch Albert Einstein[317]), den ich bei dieser Gelegenheit kennenlernte, ohne von seiner wissenschaftlichen Bedeutung einen Begriff zu haben. Es war natürlich von Frau Hamburger ein großes Wagnis. Aber die tapfere Frau blieb unbehelligt, obschon die Behörde doch sicher Kenntnis erhielt, welcher Streich ihr gespielt war.

Ein Gesuch um Gestattung derartiger Zusammenkünfte wurde auch in der Beschwerdeinstanz abgelehnt, da sie „zur Schädigung des Staatswohls führen könnten" und „somit eine Gefahr für die öffentliche Ruhe, Sicherheit und Ordnung" bildeten! Auch das Gesuch, wenigstens geschlossene Mitgliederversammlungen zu gestatten, wurde noch am 2. Juni 1917 abgelehnt, denn das Oberkommando halte nach wie vor fest „an dem Grundsatz, keine Tätigkeit der Deutschen Friedensgesellschaft in seinem Befehlsbereich zu dulden"[319]).

Man sieht aus diesem Überblick, wie tapfer manche Ortsgruppen an der Vertretung ihrer Überzeugungen festhielten, mit welchen Schwierigkeiten sie dabei zu kämpfen hatten und wie von den Militärbehörden gegenüber Alldeutschen und Pazifisten mit zweierlei Maß gemessen wurde. Das wird uns noch stärker entgegentreten, wenn wir uns gleich dem Schicksal der die Ortsgruppen umfassenden Organisation und ihrer Organe zuwenden.

Im ganzen hat der Bestand der Ortsgruppen durch den Krieg doch stark gelitten. Als die Behörden dazu übergingen – um das gleich vorwegzunehmen – die Auslieferung von Mitgliederlisten zu erzwingen[320]), ließen sich viele Mitglieder einschüchtern, besondern wenn ihnen (wie z. B. in Schweinfurt) gedroht wurde, ihre Korrespondenz würde, wenn sie nicht austräten,

---

[1] Es ist gewiß die Zusammenkunft vom 5. April 1917, von der in der Schrift „Pazifismus und Belagerungszustand", S. 11, berichtet wird. Meine Erinnerung würde das Ereignis ein Jahr früher datieren. Wohl nur ein Beispiel für die Unzuverlässigkeit solcher Erinnerungsdaten.

[2] Nicht zu verwechseln mit Frau Hamburger-Ludwig, Schwester von Emil Ludwig[318]), verheiratet mit einem Augenarzt, die nach dem Kriege während des Kongresses vom Sommer 1919 eine pazifistische Ausstellung veranstaltete und später unter der Parole „Pazifisten aller Richtungen, vereinigt euch" zu Tees (etwa drei in jedem Winter) einlud. – Frau Hanna Hamburger (Luisenstraße) war die Frau eines Rechtsanwaltes Dagobert Hamburger.

der militärischen Zensur unterworfen werden. Das Endergebnis nach Beendigung des Krieges war, daß die Zahl der Ortsgruppen und die der Mitglieder auf etwa die Hälfte reduziert war.

Nur zwei Ortsgruppen wurden während des Krieges neu gegründet, Göttingen und Kiel. Schon zu Anfang des Jahres 1915 entstand die Ortsgruppe Göttingen, „infolge der hingebenden Arbeit von Dr. Grelling und anderen"[321]). Gemeint ist jedenfalls Grelling jr.[322]), der später der Broschüre „J'accuse" mit einem „Anti-J'accuse" entgegentrat. Maßgebenden Einfluß in der Göttinger Ortsgruppe übte bald der Philosoph Dr. Leonard Nelson[323]). Viel später, im ... [324]) kam es zur Gründung der Ortsgruppe Kiel. Die führende Persönlichkeit dort war Dr. med. Leonhart[325]).

Die Zeitschrift der Deutschen Friedensgesellschaft „Der Völkerfriede", der nach wie vor von Pfarrer Otto Umfrid geleitet wurde, durfte im Jahre 1915 noch erscheinen[326]). Allerdings war sie seit Ende 1914 der Vorzensur unterworfen, und weiße Zensurlücken zeugen seit dem März 1915 von deren Wirksamkeit. Ein Artikel Wehbergs „Gerechtigkeit auch gegenüber dem Gegner" war der erste, der davon betroffen wurde. In dem gleichen Heft wurde auch gleich ein ganzer Artikel gestrichen, ohne daß uns leider das Inhaltsverzeichnis darüber Aufschluß gäbe, welcher Beitrag das Mißfallen der Zensurbehörde erregt hat. Kurz vorher war der Ortsgruppe Stuttgart auferlegt worden, von etwaigen Vorträgen das Manuskript vorher vorzulegen[327]).

Dieser Zustand dauerte nur bis zum November 1915. Kurz nach der Leipziger Generalversammlung am 17. November wurde das Erscheinen des Völkerfrieden verboten[328]). Der Jahrgang 1915 schließt mit dem Novemberheft.

Den Anstoß zu den gegen uns Pazifisten und unsere Organisationen ergriffenen Maßnahmen hatte ein Erlaß des preußischen stellvertretenden Kriegsministers von Stein[329]) gegeben, der am 7. November sich, unter offenbarer Überschreitung seiner Befugnisse, nicht nur an ihm unterstellte militärische Behörden, sondern auch an Zivilbehörden[330]), den Minister des Innern etc. gewandt hatte[1] [331]).

Das Verbot des Völkerfrieden und andere militärische Verfügungen aus der gleichen Zeit (Ende des Jahres 1915) zeichnen sich durch eine Begründung aus, die mit den Tatsachen in der einseitigsten und willkürlichsten Weise verfuhr und darauf eine schwer ehrverletzende Anklage gründete. Mit geringen redaktionellen Abweichungen wurde in Erlassen verschiedener Generalkommandos gesagt, daß die in Deutschland seit einiger Zeit sich in erhöhtem Maße geltend machenden weltbürgerlichen Friedensbestrebungen

[1] Wir haben davon erst im Herbst 1918 Kenntnis erhalten, als uns ein Geheimerlaß des Kriegsministers vom 8. Juli in die Hände fiel, in dem zum Schluß auf den Erlaß vom 7. November 1915 Bezug genommen wurde. Da der Erlaß von 1918 sich an Zivilbehörden wendete, wird jener von 1915 an die gleichen Adressaten gegangen sein.

im Ausland als Zeichen von Schwäche oder Uneinigkeit ausgelegt und zur Belebung des Willens und der Hoffnung Deutschlands niederzwingen zu können, benutzt würden; besonders bedenklich sei es, daß die anfangs mehr wissenschaftlich auftretende Bewegung neuerdings mit scharf international gerichteten Sozialistengruppen aller Länder Fühlung zu nehmen suche. An diese jeder tatsächlichen Begründung entbehrende Darstellung schloß sich dann der ungeheuerliche Vorwurf, die pazifistischen Bestrebungen grenzten an Landesverrat, da sie geeignet seien, auf Kosten unserer eigenen Widerstandsfähigkeit diejenige des Feindes zu stärken und den Krieg in unnötiger Weise zu verlängern.

Umfrid erhob gegen das Verbot natürlich sogleich Beschwerde; er verlangte amtliche Belege für das behauptete Einvernehmen mit ausländischen Sozialdemokraten scharf internationaler Observanz; sie sind ihm nie zugestellt worden. Er protestierte ebenso vergeblich gegen die unerhörte Anschuldigung eines an Landesverrat grenzenden Treibens. Der Völkerfriede blieb das ganze Jahr 1916 verboten und durfte erst von Anfang 1917 an wieder erscheinen.

Anfang Dezember machte Röttcher den Mitgliedern der Friedensgesellschaft Mitteilung von dem Verbot und kündigte die Veröffentlichung einer neuen Zeitschrift an[332]). Sie erschien vom Januar 1916 an, herausgegeben von Umfrid, unter dem Titel Menschen- und Völkerleben. Sie litt unter einer geradezu schikanösen Handhabung der Zensur. Auch die harmlosesten Berichte über Friedensbestrebungen, die in anderen Ländern zu Tage traten, wurden unterdrückt, so daß das Blättchen fast alle aktuellen Nachrichten vermissen ließ und das Bild vollendeter Harmlosigkeit bot[333]). Immerhin hat es den Zweck erfüllt, eine Verbindung mit den Ortsgruppen und den Mitgliedern aufrechtzuerhalten.

Dem Verbot des Völkerfrieden folgten bald andere, tiefer einschneidende Maßnahmen.

Zunächst wurde davon der Bund Neues Vaterland betroffen[334]). Gegen ihn war schon am 18. März 1915 das Verbot ergangen, Mitteilungen, die er allwöchentlich an seine Mitglieder und an einen kleinen Kreis von Interessenten herausgab, an andere Personen als an seine Mitglieder zu versenden. Eine förmliche Pressehetze ging dann gegen den Bund los, als nach der Tagung im Haag von Tepper-Laskis „vertraulicher" Brief an die Norddeutsche Allgemeine Zeitung veröffentlicht wurde (s. oben Kapitel IV, S. 73). Dann wurde im Juli 1915 nach Versendung der Denkschrift „Sollen wir annektieren?" (s. Kapitel VI, S. 78 f.) Graf Arco zur Rechenschaft gezogen, da die Verordnung vom 18. März übertreten sei. Von einer Strafverfolgung wurde nur abgesehen, da er sich in gutem Glauben befunden habe. In der alldeutschen und annexionistischen Presse aber begann ein wahres Kesseltreiben gegen den Bund. Besonders wegen seiner Beziehungen zu dem angeblich deutschfeindlichen Anti-Oorlog-Raad wurde der Bund als eine Gruppe von gefährlichen Vaterlandsverrätern geschmäht; es wurde behauptet, daß er Material gegen Deutschland an das Ausland liefere; die Behörden

wurden eindringlich aufgefordert, diese Gesellschaft endlich hinter Schloß und Riegel zu setzen. Eine Wirkung dieser Hetze war es wohl, daß schon Anfang August 1915 alle Schriften des Bundes, sogar die Satzungen, von einem Ausfuhrverbot getroffen und Versammlungen, an denen Gäste teilnehmen sollten, verboten wurden. Gegen die ungeheuerlichen Beschuldigungen der nationalistischen Presse wandte sich der Bund unter Vorlegung umfangreichen Tatsachenmaterials, Schutz und Recht suchend an die Behörden, – ohne eine Antwort zu erhalten. Vielmehr erließ das Oberkommando in den Marken, kurz nachdem die Rheinisch-Westfälische Zeitung am 26. September einen besonders gehässigen Artikel „Schüsse in den Rücken" veröffentlicht hatte, am 2. Oktober ein neues Verbot, dahingehend, daß fortan auch keine Mitteilungen an die Mitglieder mehr versandt werden durften. Davon durfte nicht einmal den Mitgliedern Mitteilung gemacht werden!

Monatelang wurde in der alldeutschen Presse behauptet, gegen den Bund schwebe beim Reichsgericht ein Verfahren wegen Landesverrats. Irgendeine gerichtliche Vorladung ist aber keinem der Beteiligten jemals zugegangen. Schutz gegen diese Verdächtigungen war nicht zu erlangen.

Wenige Tage nach dem Verbot des Verkehrs mit den Mitgliedern erfolgte eine mehrstündige Haussuchung in der Geschäftsstelle. Sechs Wochen lang blieben die Drucksachen beschlagnahmt; dann wurden sie in der Hauptsache freigegeben. Irgendeine weitere Folgerung wurde nicht gezogen. Die Durchforschung der gesamten Papiere hatte also nichts Belastendes ergeben.

Die Generalkommandos in Münster, Stuttgart, Kassel und Breslau sind mit besonderen Verfügungen gegen den Bund vorgegangen. Die Verfügung des Generalkommandos in Münster sprach von „Bestrebungen grenzend an Landesverrat". Die Wendung kannten wir aus dem Verbot des Völkerfrieden. Sie kehrt in anderen Verfügungen jener Tage wieder.

Bis zum Ende des Jahres 1915 war immerhin noch die Möglichkeit einer sehr eingeschränkten Tätigkeit gegeben. Am 7. Februar 1916 erfolgte aber die vollständige Lahmlegung des Bundes, die dann das Muster für entsprechende Maßnahmen gegen andere Organisationen und gegen die in den Organisationen tätigen Personen wurde. Dem Bunde wurde mitgeteilt, daß ihm „für die Dauer des Krieges jede weitere Betätigung im Sinne der Bestrebungen des Bundes nebst Herstellung und Versendung von Mitteilungen, Sonderdrucken, Flugschriften" verboten sei[335]). Den Vorwand für das Verbot hatte ein Vorfall gegeben, an dem der Bund ganz unbeteiligt war. Ich hatte einen von der Zensur genehmigten Artikel (Sonderdruck aus dem „Völkerfrieden") versandt, in dem für die im Haag gegründete „Zentralorganisation für einen dauernden Frieden" geworben wurde; und ich hatte dafür u. a. auch im Büro des Bundes geschriebene *Briefumschläge benutzt. Darin wurde eine Umgehung des Verbotes vom 2. Oktober 1915 gesehen.* Hätte man diesen Vorwand nicht benutzt, dann gewiß einen anderen. Das Verbot jeder Tätigkeit war auf jeden Fall erfolgt. Das zeigen die Vorgänge bei der Friedensgesellschaft, von denen gleich zu berichten sein wird.

Das Verbot vom 7. Februar war für die ganze Kriegszeit gedacht und kam für diese Periode der völligen Auflösung des Bundes gleich. Eine Eingabe an den Reichskanzler, die den Sachverhalt klarlegte und um Abhilfe bat, blieb natürlich erfolglos.

Damit aber war es nicht genug der Verfolgungen! Am 31. März 1916 erfolgte die Verhaftung von Frl. Lilli Jannasch, der Geschäftsführerin des Bundes und des unter ihrem Namen gegründeten Verlages. Eine Woche vorher war ihr bei einem Verhör auf dem Polizeipräsidium gesagt, daß sie schweren Landesverrates verdächtig sei. Den unmittelbaren Anlaß zu der Verhaftung gab, soweit sich das feststellen läßt, ihre Verbindung mit der schon vier Wochen vorher in München verhafteten Frau Dr. Lucy Hoesch-Ernst[336]). In deren beschlagnahmter Korrespondenz war ein Brief von Lilli Jannasch gefunden worden, in dem sie sich für einen Beitrag bedankte, den diese für ein „Fest" gegeben hatte. – Weiter unten wird darauf zurückzukommen sein.

Frl. Jannasch blieb vierzehn Wochen, also bis Anfang Juli, in „Schutzhaft", ohne daß jemals ein Verhör stattgefunden hätte. Als sie, wieder ohne Angabe von Gründen, freigelassen wurde, mußte sie eine Erklärung unterschreiben, durch die sie sich verpflichtete, für die Dauer des Krieges keinerlei politische Arbeit mehr zu leisten. Bei Androhung nochmaliger Haftstrafe wurde ihr verboten, den Wortlaut dieser Erklärung an dritte Personen mitzuteilen.

Der Nachfolgerin von Lilli Jannasch, die schon seit dem Januar 1915 als ihre Mitarbeiterin im Büro tätig gewesen war, Elsbeth Bruck[337]), ist es, um das vorwegzunehmen, im Jahre 1918 noch viel schlimmer ergangen. Gleichwohl schrieb sie mir jetzt in Erinnerung an jene Zeit und an die oft sehr drolligen Einzelheiten, die wir erlebten, in Erinnerung daran, wie wir uns freuten und lachten, Lilli, deren alte Mutter, Elsbeth Bruck und ich, „wenn ein Stücklein gelang, und es gelang manches": sie möchte diese „große Zeit" nicht aus ihren Erinnerungen hergeben. Der tägliche Kleinkrieg mit den Behörden war in der Tat manchmal recht amüsant, und einem Teil der Freunde war erst recht wohl, wie ich mit gelindem Spott sagte, wenn sie etwas „Verschwörerle spielen" konnten[338]).

Bald nach der Verhaftung von Frl. Jannasch erhielt der Vorsitzende des Bundes die Aufforderung, die Mitgliederliste einzureichen. Es blieb nichts anderes übrig, als diesem Verlangen zu entsprechen, [um] uns nicht jede Möglichkeit zur Wiederaufnahme der Tätigkeit abzuschneiden. Auch die Veröffentlichung dieser Verfügung wurde, wenn nicht mit schweren Strafen, mit Gefängnisstrafe nach § 9 b des Gesetzes über den Belagerungszustand bedroht.

Der Bund richtete wegen der offenbaren Verletzung des Reichsvereinsgesetzes eine Eingabe an den Reichstag, ohne damit irgendetwas zu erreichen.

Am 15. August 1916 hatte Unterstaatssekretär Wahnschaffe[339]) im Auftrag des Reichskanzlers, in Beantwortung einer Eingabe der Berliner Orts-

gruppe der Friedensgesellschaft, eine Erklärung abgegeben, wonach zwar eine unbeschränkte öffentliche Erörterung der Kriegsziele nicht freigegeben werden könne, aber bei Beachtung gewisser von ihm formulierter Richtlinien eine öffentliche Erörterung insbesondere in Versammlungen gestattet sei, wobei ausdrücklich erklärt wurde: „diese Richtlinien besitzen gleiche Geltung für die Veranstaltungen aller Organisationen und Parteien"[340]). Unter Bezugnahme auf diese Erklärung ersuchte der Bund am 9. Oktober 1916 um Aufhebung der gegen ihn erlassenen Verfügungen. Die Antwort lautete am 26. Oktober dahin, daß es bei den Verfügungen vom 2. Oktober 1915, 7. Februar 1916 etc. sein Bewenden haben müsse.

Als für die Handhabung des Belagerungszustandes eine Beschwerdeinstanz in der Person des Obermilitärbefehlshabers, des stellvertretenden Kriegsministers General von Stein, geschaffen war, richtete der Bund am 26. Dezember 1916 an diesen eine neue Beschwerde. Es wurde eingehend darauf hingewiesen, daß seit dem Herbst 1916 sowohl die Tagespresse wie die politischen Parteien aller Richtungen Kriegsziele im weitesten Maße durch Wort und Schrift erörtern dürften und daß somit jede Berechtigung fehle, dem Bund diese Arbeit zu untersagen. Am 17. Januar 1917 gab der Kriegsminister die gleiche ablehnende Antwort wie das Oberkommando ein Vierteljahr vorher.

Die Lahmlegung der Deutschen Friedensgesellschaft und ihrer Organe erfolgte etwas später als die des Bundes Neues Vaterland, aber nicht weniger gründlich.

Den Anfang machte Bayern. Vom 6. März datiert die Verfügung des Bayerischen Kriegsministeriums, durch die mir persönlich jede unmittelbar oder mittelbar pazifistischen Bestrebungen dienende Tätigkeit untersagt wurde[341]). Gleichzeitig ergingen entsprechende Verfügungen gegen die Münchner Friedensvereinigung und mehrere in ihr tätige Mitglieder. Vom 3. April erst datiert meine Beschwerdeschrift[342]). Das Bayerische Kriegsministerium folgte offenbar einer von Berlin ausgegangenen Direktive, berief sich dabei auf die „anderwärts von den zuständigen Militärbefehlshabern bereits getroffenen Maßnahmen", was chronologisch wohl nicht stimmte, wenn nicht das Vorgehen gegen den Bund Neues Vaterland vom 7. Februar gemeint ist. Es folgten nun bald Verfügungen in anderen Teilen des Reiches, alle nach demselben Schema, oft mit wörtlicher Übereinstimmung, und doch mit gewissen, wohl nicht beabsichtigten sachlichen Abweichungen. In München wurde mir *jede* Art von Betätigung, in Berlin (jedenfalls etwas später) nur die öffentliche verboten, was später dem Berliner Zensor zu einer gut gespielten Komödie Anlaß geben sollte[1]. In München erfolgte auch die erste unsere Bewegung treffende politische Verhaftung. Am 5. März wurde Frau Dr. Lucy Hoesch-Ernst in „Schutzhaft" genommen. Anlaß dazu gab, so viel ich weiß, die Beschuldigung, daß sie die Schrift „J'accuse" verbreitet habe. Sie erlangte Ende April die Freiheit wieder.

---

[1] S. Kapitel X, S. 117 f., die Vorgeschichte meiner Ausweisung aus Berlin.

Dem Vorgehen in München folgte das in Stuttgart. Am 10. April wurde die Buchhandlung der Deutschen Friedensgesellschaft, obgleich diese nur von der Zensur genehmigte Schriften vertrieben hatte, geschlossen und zugleich dem zweiten Vorsitzenden der Gesellschaft Stadtpfarrer Otto Umfrid sowie dem Sekretär Fritz Röttcher untersagt: 1. „jede auf die Herstellung, Ausgabe oder Verbreitung vervielfältigter Mitteilungen irgendwelcher Art (einschließlich von Vereinsmitteilungen und Sitzungsprotokollen) gerichtete Tätigkeit, sofern die Mitteilungen irgendwie auf pazifistische Bestrebungen oder Vereine Bezug haben" und 2. „jeder mittelbar oder unmittelbar pazifistischen Bestrebungen dienende schriftliche Verkehr (insbesondere der Post- und Telegraphenverkehr) mit dem Auslande", beides „sofern nicht das stellvertretende Generalkommando hierzu vorher seine Genehmigung erteilt hat."

Unberührt von diesen Verboten blieb zunächst „der den rein karitativen Zwecken der Nachrichtenvermittlung auf Grund der Ermächtigung des K. Preußischen Kriegsministeriums vom 18. März 1915 der Gefangenenfürsorge und der Nachforschung nach Zivilinternierten dienende Briefverkehr"[343]). Auch diese karitative Tätigkeit wurde aber am 30. Mai der Friedensgesellschaft untersagt: mit der Begründung, daß „diese Tätigkeit mit den Propagandabestrebungen der Gesellschaft unter den gegenwärtigen Verhältnissen unvereinbar" sei[344]). Das Generalkommando machte also der Friedensgesellschaft nicht etwa den Vorwurf, daß sie die karitative Tätigkeit für Propagandazwecke gebraucht bzw. mißbraucht hätte. Es erschien schon unzulässig, daß eine Gesellschaft, die im übrigen pazifistische Propagandazwecke verfolgt, zugleich karitative Tätigkeiten ausübte und dadurch vielleicht indirekt bei den Personen, denen ihre Dienste zugutekommen, für sich Propaganda machte. Diese indirekte Propaganda war in der Tat sehr umfangreich; denn die Zahl der durch die Friedensgesellschaft vermittelten Korrespondenzen ging in die Hunderttausende.

Das Generalkommando übertrug die bisher von der Friedensgesellschaft geleistete Tätigkeit einem neu ins Leben gerufenen Unternehmen der Kriegsfürsorge[345]). In Wirklichkeit hatte es sich zum Werkzeug einer sehr üblen Intrige gemacht. Eine Dame aus sehr guter Familie, die zuerst als freiwillige Hilfskraft, dann als bezahlte Angestellte der Gesellschaft tätig gewesen war, hatte Unterschlagungen begangen (darüber besteht kein Zweifel; ich habe wegen der Anschuldigung, die mir zunächst unglaublich vorkam, selbst die Untersuchungen geführt); sie war deshalb entlassen worden und rächte sich durch Denunziationen, verstand es, sich beim Generalkommando in Gunst zu setzen[346]).

Am 4. Juni ging eine ausführlich begründete Beschwerde, von Umfrid und mir unterzeichnet, an das Württembergische Generalkommando[347]); am 5. Juni eine von mir persönlich vertretene an das Preußische Kriegsministerium wegen der gesamten, auf das Ministerium zurückzuführenden Unterdrückungsmaßnahmen[348]); denn, wenn auch nicht von allen Generalkommandos in ganz gleicher Weise verfahren wurde, so waren doch von Frühjahr

1916 an im allgemeinen alle Versammlungen, auch geschlossene Mitgliederversammlungen der Ortsgruppen verboten, und es wurde den Vereinen sowie allen irgendwie tätigen Mitgliedern persönlich jede Art von Werbetätigkeit für pazifistische Bestrebungen untersagt.

Dazu gesellte sich die Briefkontrolle, unter der alle stärker hervortretenden Vertreter des Pazifismus zu leiden hatten[349]). Zuerst wurde sie als heimliche Spionage geübt, auch wohl gelegentlich abgeleugnet, obschon in den meisten Fällen die Öffnung des Briefes, dessen Wiederverschließung leicht zu erkennen war, keinem Zweifel unterliegen konnte. Die Behauptung, daß diese heimliche Briefspionage verübt wurde, war zunächst Offizieren, die zur Rede gestellt wurden, außerordentlich peinlich. Das Publikum und unbeteiligte Behörden waren geneigt, in unseren Anschuldigungen Verleumdungen zu sehen. Ein deutscher Universitätsprofessor schrieb: „Dieses Verfahren der Kabinette aus der Zeit Metternichs hat man in der Geschichte immer als die schlimmste Niedertracht angesehen. Solchen Verhaltens sind Angehörige unserer Armee nicht fähig." Sie waren dessen fähig[350]). Die Gewöhnung hat bald Schamgefühl und Entrüstung bei den ausübenden Behörden wie beim Publikum schwach und schwächer werden lassen. Die Briefkontrolle wurde amtlich zugestanden, und die Aufhebung des Briefgeheimnisses gegenüber Pazifisten mit der Notwendigkeit der Kontrolle begründet. Sichtbare amtliche Herkunft hat Briefe nicht davor geschützt, geöffnet zu werden. Schreiben, die als solche der Reichskanzlei, des Auswärtigen Amtes, des Reichsamtes des Innern oder der Kabinettskanzlei eines deutschen Fürsten kenntlich waren, sind geöffnet worden[351]). Diese zivilen Stellen waren doch den Militärbehörden des Zusammenwirkens mit Pazifisten verdächtig.

Das Ergebnis der Briefspionage war lächerlich gering und führte in keinem einzigen Fall zu einer strafrechtlichen Verfolgung wegen Landesverrats. Alles was man entdeckte, waren einige Fälle der Versendung verbotener oder auch erlaubter Schriften oder der Veranstaltung einer Zusammenkunft oder von Übertretung des Verbotes, Zwangsverfügungen geheimzuhalten. Nur in ganz wenigen Fällen kam es zur Verhängung von Strafen; die höchste war eine Geldstrafe von einhundert Mark[352]).

Wenige Tage nachdem unsere große Beschwerdeschrift an das Württembergische Generalkommando abgegangen war, hatte unser Sekretär Fritz Röttcher Veranlassung, wieder bei der gleichen Stelle Beschwerde zu führen, da man eine Sendung des Internationalen Friedensbureaus, enthaltend Nr. 1–4 des „Mouvement pacifiste" (Jahrgang 1916) beschlagnahmt hatte[353]).

Die mir vorliegenden Beschwerden vom 3. April 1916 (gerichtet an das Bayerische Kriegsministerium), vom 4. Juni 1916 (an das Württembergische Generalkommando), vom 5. Juni 1916 (an das Preußische Kriegsministerium) sind sich im Gedankengang sehr ähnlich.

Die militärischen Verfügungen aus dem Anfang des Jahres 1916 sprachen nicht mehr, wie jene des November/Dezember 1915, davon, daß das Treiben der Pazifisten an Landesverrat grenze. Wir nahmen davon mit Genugtuung

Kenntnis, setzten uns aber entschieden zur Wehr gegen die Behauptungen, mit denen jetzt die Verbote begründet wurden. Es wurde in den Münchener Verfügungen gesagt, ähnlich wie schon beim Verbot des Völkerfrieden: die von verschiedenen „Vereinen und Einzelpersonen des In- und Auslandes in gegenseitigem Zusammenwirken betriebene pazifistische Werbetätigkeit" habe „in den letzten Monaten einen Umfang und Formen angenommen, welche die öffentliche Sicherheit gefährden." Wir führten demgegenüber aus, daß wir (leider) unsere Werbetätigkeit sowohl im Inland wie im Verkehr mit ausländischen Freunden infolge der uns von den Behörden gemachten Schwierigkeiten außerordentlich hätten einschränken müssen. Der Charakter unserer Tätigkeit ergebe sich am besten aus dem Bericht über die Leipziger Generalversammlung und aus der Eingabe vom 1. Dezember an den Reichstag, ferner aus den vier Kriegsflugblättern. Daß dadurch die öffentliche Sicherheit gefährdet sei, werde wohl auch das Kriegsministerium nicht behaupten wollen. In der Hauptsache beschränke sich unsere derzeitige Tätigkeit auf Vorbereitung für die Zeit, in der wir, nach Aufhebung des Kriegszustandes, wieder frei wirken könnten. Das sei die Vorbereitung einer Tätigkeit, die den jetzigen Machtbefugnissen des Kriegsministeriums entrückt sein werde. In der Münchener Friedensvereinigung hätten seit der Generalversammlung vom 21. Januar 1916 drei Versammlungen stattgefunden; in allen dreien standen die Reichstagsverhandlungen vom 9. Dezember 1915 und die Stellungnahme der ausländischen Presse dazu zur Diskussion. Das Ergebnis war, daß trotz der im einzelnen zu übenden Kritik die Äußerungen des Reichskanzlers und die der beiden Hauptredner dazu geeignet gewesen seien, Friedensverhandlungen zu ermöglichen, daß es aber an dem guten Willen auf der Gegenseite gefehlt habe, woraus sich für die Pazifisten die Aufgabe ergebe, aufklärend zu wirken! Die öffentliche Sicherheit sei durch diese Erörterungen gewiß nicht gefährdet worden. Damit solle nicht behauptet werden, daß unsere Anschauungen nicht auch im Konflikt mit denen der Reichsleitung und militärischen Behörden kommen könnten; wir wahren uns die Freiheit der Kritik, eventuell auch scharfer Opposition, eine Freiheit, von der die uns schroff entgegenstehende Richtung ausgiebig Gebrauch mache, ohne in der Weise wie wir unterdrückt zu werden. Der Zweck dieser Hinweise sei nur „zu zeigen, wie weit wir von voreingenommener Gegnerschaft und von einseitiger Beurteilung der deutschen Politik entfernt sind, wie wenig vollends von einer Gefährdung der öffentlichen Sicherheit die Rede sein kann."

Was die Beziehungen zum Ausland anlangt, so heißt es: „Was wir mit ausländischen Pazifisten verhandelten, haben wir nicht zu verheimlichen gesucht. Im Gegenteil. Wenn führende Mitglieder unserer Bewegung ins neutrale Ausland gereist sind oder Mitteilungen von dort, auch indirekt aus dem feindlichen Ausland, erhalten haben, so haben sie vielfach Wert darauf gelegt, die zuständigen Stellen in Deutschland zu unterrichten." Es sei uns bekannt, „daß einige schriftliche Berichte und Denkschriften als wertvoll anerkannt und von amtlichen Stellen vertraulich benutzt worden sind."

Dieser Teil der Beschwerde schließt mit der Bitte, mitzuteilen, auf welche Angaben sich das Kriegsministerium bei der Charakterisierung unserer Tätigkeit stütze. Dieser Bitte ist niemals entsprochen worden.

Das Hauptargument für die Unterdrückungsmaßnahmen ging dahin, daß im feindlichen Ausland pazifistische Stimmen aus Deutschland als Zeichen der Schwäche verwertet würden, um den Kriegswillen durch Hoffnung auf baldigen Zusammenbruch Deutschlands zu stärken, daß unsere Tätigkeit deshalb dazu beitrage, den Krieg zu verlängern und Friedensverhandlungen zu erschweren.

Wir forderten immer wieder, uns Belege für diese Behauptung mitzuteilen, um der mißbräuchlichen Verwertung unseres Auftretens begegnen zu können. Immer vergebens, obschon es doch offenbar im deutschen Interesse gelegen hätte, uns Gelegenheit zur Berichtigung zu geben. Wir schlossen daraus, daß solche Belege, die einer Kritik standhalten könnten, nicht vorhanden seien.

Es sei ja auch klar, sagten wir, daß unser Auftreten von halbwegs kritischen und halbwegs urteilsfähigen Gegnern nicht in dem angedeuteten Sinne verwertet werden könne.

„Wenn Deutsche", so hieß es in der Beschwerde vom 4. Juni, „die in einem früheren Stadium des Krieges die halbe Welt politisch umgestalten wollten, jetzt bescheidener in ihren Forderungen geworden sind, so kann man diesen geistigen Gesundungsprozeß wenigstens mit einem Schein von Recht mißdeuten. Aber die deutschen Pazifisten vertreten in der Hauptsache Forderungen, die vom Gang des Krieges ganz unabhängig sind, grundsätzliche Forderungen, für die sie sich schon in Friedenszeiten eingesetzt haben." Daraus „auf Schwäche des deutschen Volkes und auf eine durch Schwäche veranlaßte Kriegsmüdigkeit zu schließen, wäre ganz unsinnig." Wir verwiesen darauf, daß aus dem Auftreten englischer Pazifisten wie Norman Angell[354]), Ramsey MacDonald[355]), Morel[356]), Ponsonby[357]), Bernard Shaw[358]), Snowden[359]), Trevelyan[360]) in Deutschland niemand solche Schlüsse ziehe; vielmehr rechne man allgemein diesen Männern ihr mutiges Auftreten zur Ehre an und „würde in einem wachsenden Einfluß dieser Richtung eine Erleichterung der Friedensverhandlungen erblicken, ohne zu glauben, daß wir deshalb England etwas abzwingen können, was es nicht auf Grund der Kriegslage zuzugestehen sich genötigt sieht."

Wir gingen aber auch von der Verteidigung zum Angriff über und führten aus, daß das ungehinderte Auftreten der Alldeutschen, die die öffentliche Meinung in Deutschland zu beherrschen scheinen, im Auslande, sogar bei Deutschland wohlgesinnten Personen, die Auffassung entstehen lasse, daß mit diesem Deutschland keine Verständigung möglich sei. Das schwerste Friedenshindernis ist der Glaube, „man könne nicht zu einem dauernden, die Zukunft sichernden Frieden gelangen, ohne das gewalttätige auf Eroberungen und Weltherrschaft ausgehende Deutschland niedergezwungen und unter die Herrschaft des Rechtes gebeugt zu haben."

Wenn die Regierung diesen Irrglauben bekämpfen wolle, so müsse sie uns Pazifisten freie Hand lassen. Wir forderten deshalb für uns die Freiheit des Wortes, in dem Maße wie sie den Alldeutschen und Annexionspolitikern gewährt ist, wir forderten, „den Verkehr deutscher Pazifisten mit dem neutralen *Auslandes nicht zu verhindern, sondern viel eher zu begünstigen.*" In vielen Fällen werde eine Aufklärungsarbeit, die anderen unmöglich ist, von uns geleistet werden können, auf Grund des Vertrauens, das wir durch unsere frühere Arbeit besitzen.

Charakteristisch für unsere durchaus pessimistische Einschätzung der Einsicht der Militärbehörden ist der Schluß der Beschwerde vom 4. Juni:

„Alle bisherigen Erfahrungen mit militärischen Zensurbehörden haben nur gezeigt, daß diese leider durch ihre Voreingenommenheit gegen den von ihnen völlig mißverstandenen Pazifismus gehindert werden, den wichtigen vaterländischen Interessen, die wir vertreten, das nötige Verständnis entgegenzubringen. Wir geben uns deshalb nicht der Hoffnung hin, mit unseren Vorstellungen irgend etwas zu erreichen. Aber wir würden geglaubt haben unsere Pflicht zu versäumen, wenn wir nicht die völlige Unterdrückung der Wirksamkeit der Deutschen Friedensgesellschaft mit diesem Protest beantworteten, dessen Inhalt wir in das Ersuchen zusammenfassen: Das K. Stellvertretende Generalkommando des XIII. Armeekorps wolle 1) alle in eigener Zuständigkeit gegen die Deutsche Friedensgesellschaft und deren Mitglieder verfügten Maßnahmen rückgängig machen und 2) bei den anderen zuständigen Stellen, den Kriegsministern und Generalkommandos anregen, daß diese in gleicher Weise verfahren."

In Konsequenz dieser gleichen halbresignierten Auffassung hieß es in meiner Eingabe vom folgenden Tage, 5. Juni 1916, gerichtet an das Preußische Kriegsministerium, von dem augenscheinlich die Weisungen für das einheitliche Vorgehen der militärischen Behörden ausgegangen waren: „Zweck dieser Zeilen ist es nicht, eine Aufhebung der getroffenen Maßnahmen zu erreichen. So sehr ich im vaterländischen Interesse einen solchen Schritt für geboten erachte, gebe ich mich doch nach den gemachten Erfahrungen *nicht der Hoffnung hin, dafür Entgegenkommen zu finden. Ich möchte mir vielmehr erlauben, gewisse positive Maßnahmen aufzuzeigen,* um Übelstände zu beseitigen, die sich wohl auch nach Auffassung des K. Kriegsministeriums aus dem bisherigen Vorgehen ergeben haben. Es handelt sich um zweierlei: 1) Es wären der Vertretung pazifistischer Anschauungen im vaterländischen Interesse, besonders wegen der Wirkung auf das Ausland, ein gewisser Spielraum zu geben. 2) Es wäre deutschen Pazifisten der Verkehr mit dem neutralen Ausland im Interesse deutscher Aufklärungsarbeit zu ermöglichen." Es wird dann vorgeschlagen, die natürlich von Fall zu Fall zu treffende Entscheidung nicht den Generalkommandos zu überlassen, sondern zu zentralisieren etwa 1) für die publizistische Tätigkeit im Kriegspresseamt und 2) für den Verkehr mit dem Ausland im preußischen Kriegsministerium. Die Begründung folgt den Gedankengängen der fast gleich-

zeitig von Umfrid und mir unterzeichneten Eingabe an das Württembergische Generalkommando.

Die am 15. August vom Unterstaatssekretär Wahnschaffe wegen bedingter Freigabe der Erörterung von Kriegszielen abgegebene Erklärung veranlaßte am 7. Oktober, wie zwei Tage darauf den Bund Neues Vaterland, auch die Friedensgesellschaft zu einer Beschwerde beim Reichskanzler[361]). Sie blieb ohne Erfolg.

Als dann am 9. November im Hauptausschuß des Reichstages der Reichskanzler davon gesprochen hatte, daß der Schrei nach Verständigung und Abmachungen erhört werden müsse, und zugleich feierlich erklärte, daß Deutschland bereit sei, bei Errichtung eines Friedensbundes der Völker mitzuwirken, und als in der Reichstagssitzung vom 12. Dezember der Kanzler ein feierliches Friedensangebot der Mittelmächte verkündet hatte, da hätte, sollte man meinen, auch die Stunde für Aufhebung der gegen uns Pazifisten erlassenen Maßnahmen schlagen müssen. Aber es dauerte noch geraume Zeit, bis man sich dazu entschloß.

Als ich Anfang Januar ins Bayerische Kriegsministerium kam, empfing mich der Referent Oberstleutnant Falkner von Sonnenburg ungefähr mit den Worten: „Ich habe Sie schon erwartet. Sie kommen gewiß um die Aufhebung der gegen die Pazifisten erlassenen Verfügungen zu verlangen. Wenn der Reichskanzler selbst Ihr Programm vertritt, können wir natürlich Ihnen nicht mehr den Mund verbieten." Aber dem Wort folgte nicht die Tat. Das Bayerische Kriegsministerium glaubte, sich erst mit anderen Militärbefehlshabern in Verbindung setzen zu müssen, und im Einvernehmen mit diesen wurde dann das Gesuch der Ortsgruppe dahin beschieden, daß die bestehenden Verbote aufrecht blieben, daß aber Ausnahmen auf Antrag von Fall zu Fall gemacht werden könnten.

Immerhin wurden in München Verfügungen, die sich gegen einzelne Mitglieder persönlich richteten, im Januar 1917 aufgehoben, – doch mit Beschränkung auf männliche Mitglieder! Frauen, ohne Unterschied, ob sie sich während des Krieges irgendwie betätigt hatten oder nur zufällig mit einer Verfügung bedacht waren, schienen dem Kriegsministerium zu gefährlich, um ihnen die Wohltat gemeinen Rechtes zu Teil werden zu lassen[362]). Das traf neben weiblichen Mitgliedern der Friedensgesellschaft, wie z. B. Frau Dr. Hoesch-Ernst, die Frauen der Frauenliga, von denen nachher die Rede sein soll[363]). – Im Januar 1917 wurde auch das Erscheinen des Völkerfriedens wieder gestattet. Anfang April fielen Verfügungen, die ein Jahr vorher in Stuttgart gegen Umfrid und Röttcher ergangen waren. In Kraft aber blieben noch tief in das Jahr 1917 hinein die Verbote, Versammlungen oder doch öffentliche Versammlungen zu halten. Die Praxis war nicht überall die gleiche. Mit am schlimmsten war das Oberkommando in den Marken. Darunter hatte der Bund Neues Vaterland zu leiden, und die Geschichte der Zentralstelle Völkerrecht, von der das nächste Kapitel handelt, wird von den Schikanen des Oberkommandos noch zu erzählen haben. Immerhin wurden

die Zügel soweit gelockert, daß der Bund Neues Vaterland, die Friedensgesellschaft und die Frauenliga sich an den Eingaben beteiligen konnten, die unter Firmierung der Zentralstelle Völkerrecht dem Reichstag unterbreitet wurden.

Der aus den Haager Beratungen vom April 1915 hervorgegangene Nationale Frauenausschuß für dauernden Frieden (später Deutsche Sektion der Internationalen Frauenliga für Friede und Freiheit) war insofern in etwas anderer Lage als die übrigen pazifistischen Gemeinschaften, als er keinen Verein im Sinne des Gesetzes bildete, amtlichen Vorstand und keine Satzungen besaß. In den Bekanntmachungen des Ausschusses wurden drei Geschäftsstellen (München, Stuttgart, Hamburg) genannt. Von Persönlichkeiten traten, gleichsam repräsentativ, aber nicht als Vorstand, gelegentlich hervor Frau Frida Perlen (in Stuttgart), Frl. Lida Gustava Heymann und Dr. Anita Augspurg (in München und Hamburg) und Frau von Schlumberger (in Gebweiler). Der Druck der Haager Kongreßbeschlüsse wurde in Deutschland nicht gestattet. Die deutsche Übersetzung mußte in Amsterdam gedruckt werden. Ihre Verbreitung wurde in Hamburg und München, später auch in Stuttgart verboten. Ein Aufruf, den Frl. Heymann noch vor der Haager Tagung verfaßt hatte „Frauen Europas, wann erschallt euer Ruf?" durfte in Bayern nicht erscheinen. Als er in Preußen in der Zeitschrift „Die Frauenbewegung" abgedruckt wurde[364]), fand bei der Verfasserin in München Haussuchung statt. Auch ein Aufruf, den der Ausschuß im Herbst 1915 erlassen wollte, wurde verboten. In diesem Aufruf hieß es: „Wir erklären Krieg dem Kriege nicht mit Waffengewalt, mit Vernichtung höchster Kultur, Vernichtung von Menschenleben, mit Massenmord, Verwüstung, sondern mit Waffen von zwingender, moralischer, politischer und wirtschaftlicher Gewalt!" Gefordert wurden u. a. Stellung der auswärtigen Politik unter Kontrolle der Öffentlichkeit, politische Gleichberechtigung der Frauen, allgemeine Abrüstung, ständige internationale Zusammenkünfte, Handelsfreiheit, Verstaatlichung der Waffen- und Munitionsfabrikation. „Es gilt eine neue Weltordnung schaffen, die Frauen der ganzen Welt wollen das Ihre dazu beitragen[365])."

Bis etwa zum Herbst 1915 hatten die Frauen des Ausschusses, außer über diese Verbote, nicht über besondere Belästigungen zu klagen. Im Winter 1915/16 aber setzte, wie gegenüber der Friedensgesellschaft und dem Bund Neues Vaterland eine schärfere Verfolgung ein. Sie richtete sich teils gegen die genannten Frauen persönlich, teils gegen die Geschäftsstellen. Als Frl. Heymann mit einem in München ausgestellten Paß am 4. Dezember die holländische Grenze überschreiten wollte, um den Ausschuß auf einer Konferenz zu vertreten, wurde sie zurückgehalten und einer Spionin gleich (was damals sonst noch nicht üblich war) einer Leibesvisitation unterzogen. Statt ihr in München zu sagen, daß sie die Grenze nicht passieren könne, hatte man sie die 16stündige Fahrt umsonst machen lassen. Den Geschäftsstellen in München und Stuttgart wurden alle Versammlungen verboten, sogar Zusammenkünfte in Privathäusern, und jede Werbetätigkeit wurde ihnen unter-

sagt. Wie gegenüber Ortsgruppen der Friedensgesellschaft und dem Bund Neues Vaterland verlangte man Auslieferung der Mitgliederliste, die nicht existierte. In Stuttgart und in München fand eine Haussuchung auf den Geschäftsstellen statt und wurden alle Papiere beschlagnahmt. Im März 1916 wurde Frau Perlen verboten, ein Kunstblatt von Käthe Kollwitz[366]), eine in Schmerz erstarrte Frau darstellend, mit der Unterschrift „Die Mütter 1914–1916" zu vertreiben. Auch die Briefsperre wurde gegen die Frauen verhängt, u. a. gegen Frau Marie Wegner in Breslau und Frau Auguste Kirchhoff in Bremen.

Im März 1917 wurde Frl. Heymann, die nicht bayerische, sondern hamburgische Staatsangehörigkeit besaß, aus München, wo sie seit vielen Jahren ansässig war, ausgewiesen. Es wurde ihr vorgeworfen, daß sie das ihr wie anderen Pazifisten auferlegte Agitationsverbot übertreten habe. Sie bestritt entschieden die Richtigkeit dieser Behauptung für Bayern und verlangte, daß die sie belastenden Tatsachen namhaft gemacht würden. Diesem Verlangen wurde, wie in allen ähnlichen Fällen, nicht entsprochen. Niemals hat irgendeine Behörde den Beweis für Behauptungen, die wir bestritten, angetreten.

Als am 30. April der Frauenausschuß eine Eingabe an den Reichskanzler richtete, in der er diesen ersuchte, die deutschen Kriegsziele bekannt zu geben und auf Annexionen zu verzichten, wurde die Veröffentlichung in Stuttgart verboten, trotzdem hunderte und aberhunderte ähnlicher Kundgebungen damals in der Presse verbreitet wurden. Der „Völkerfriede" ließ sich dadurch nicht abhalten, die Eingabe zu veröffentlichen[367]).

Der Verband für Internationale Verständigung zählt nicht zu den pazifistischen Vereinigungen im engeren Sinne, wenn auch an seiner Leitung entschiedene Pazifisten beteiligt waren. Er hat sich während des Krieges wohl mit Rücksicht auf die Zusammensetzung seines Mitgliederbestandes außerordentliche Zurückhaltung auferlegt. Gleichwohl sind ihm Erfahrungen mit der Handhabung des Gesetzes über den Belagerungszustand durch die Militärbehörden nicht erspart geblieben.

Der Verband hatte seine Jahresversammlung 1915 ausfallen lassen und die von 1916 in aller Stille unbeanstandet halten können.

Als er im Januar 1917 wieder eine geschlossene Versammlung plante, auf der außer dem Jahresbericht des Vorsitzenden Professor Schücking nur wissenschaftliche Referate standen (von Geheimrat Curtius[368]), Professor Rade[369]), Reichstagsabgeordneter Gothein und Dr. Nelson), stieß er auf Schwierigkeiten. Genehmigt wurde schließlich die Versammlung unter polizeilicher Überwachung und unter der Bedingung, daß keine Berichterstattung an die Presse stattfinden dürfe. Zu vergleichen ist damit die Haltung gegenüber den leidenschaftlichsten Versammlungsreden vieler alldeutscher Agitatoren.

In der Versammlung wurde beschlossen, ein Telegramm an den Kaiser zu senden, das unter Bezugnahme auf das Friedensangebot und dessen Ab-

lehnung dem Kaiser huldigte und die Hoffnung auf einen Erfolg der deutschen Waffen wie der Friedensbestrebungen aussprach. Während die Presse in jenen Tagen voll war von Telegrammen an den Kaiser (die Versammlung fand am 21. Januar statt), dauerte es geraume Zeit, bis die Veröffentlichung dieses pazifistisch verdächtigen Telegramms erfolgen durfte.

Ist es dem Verband gelinde ergangen (kein Wunder, da er sich so still verhielt), so gehört das Vorgehen gegen den Verbandsvorsitzenden Professor Walther Schücking (damals in Marburg), den späteren Richter am Weltgerichtshof, zum Unerhörtesten und Skandalösesten, dessen sich die militärischen Gewalthaber schuldig gemacht haben. Darauf werden wir an anderer Stelle noch zurückkommen[370]).

In einer Eingabe an den Reichstag vom 1. Juli 1917 forderten die vier pazifistischen Organisationen Deutsche Friedensgesellschaft, Bund Neues Vaterland, Deutscher Frauenausschuß für dauernden Frieden und Zentralstelle Völkerrecht die Aufhebung des Belagerungszustandes[371]). Die Eingabe war begleitet von einer sehr umfangreichen Denkschrift, die ein erdrückendes Material darbot über die Bedrückung der Pazifisten und über die ungleiche Behandlung, die, im schreienden Widerspruch zur Haltung der Reichsregierung, seitens der Militärbehörden den Alldeutschen und ihren Gesinnungsgenossen einerseits, den Pazifisten andererseits zuteil wurde. Wir benutzten die Gelegenheit, um im Anhang eine Reihe von Dokumenten zusammenzustellen, deren Verbreitung zum Teil verboten war[372]). Die Eingabe mit der begründeten Denkschrift druckten wir als Broschüre unter dem Titel „Pazifismus und Belagerungszustand"[373]). Sie hat Zeitungen, die mit uns sympathisierten, und Rednern im Reichstag, die gegen die herrschende Rechtlosigkeit auftraten, Material geliefert.

Da unsere Eingabe vom 1. Juli im Reichstag nicht mehr zur Beratung kam, haben die vier Organisationen am 2. Oktober sich aufs neue an den Reichstag gewandt[374]). Die Eingabe vom 1. Juli wurde wieder beigelegt und in der Begründung der neuen Eingabe ergänzendes Material vorgelegt.

X. Die Zentralstelle Völkerrecht bis Ende des Jahres 1916[375])

Da sowohl der Deutschen Friedensgesellschaft wie dem Bund Neues Vaterland, ebenso auch dem Deutschen Frauenausschuß für dauernden Frieden jede Tätigkeit unmöglich gemacht war, beschäftigte uns der Gedanke einer Neugründung, von der wir hofften, daß sie nicht sofort den gleichen Verboten verfallen würde wie die älteren Organisationen.

An einem schönen Sonntagvormittag, 30. Juli, kamen wir im Garten der Brüder Gerson[376]) in Dahlem zusammen, Vertreter der Friedensgesellschaft, des Bundes Neues Vaterland und auch Unorganisierte. Auf die anwesenden Personen kann ich mich nicht sicher besinnen.

Wir beschlossen, eine neue Organisation ins Leben zu rufen. Ursprünglich war an die Gründung eines Deutschen Volksbundes für dauernden Frieden gedacht. Einen solchen hatte Paul Löbe[377]), der spätere Reichstagspräsident, Redakteur des sozialdemokratischen Blattes in Breslau, vorgeschlagen. Davon wurde aber abgesehen, da wir, um den Bedrückungen der Militärbehörden weniger ausgesetzt zu sein, eine vereinsmäßige Organisation vermeiden wollten. Wir gaben uns keine Satzungen, wählten keinen Vorstand, hatten keine Mitglieder, sondern nur „Freunde", die sich (meist öffentlich) zu uns bekannten. So konnte man uns nicht die Auslieferung einer Mitgliederliste auferlegen, und auch andere Maßregeln der Behörde waren wenigstens formell erschwert.

Wir waren nur eine „Stelle", ein Punkt, und einen Punkt kann man nicht auflösen. Wir begnügten uns mit Errichtung einer „Geschäftsstelle". Wurde ihr die Tätigkeit untersagt, so konnten wir anderswo, im Bereich eines anderen Generalkommandos, eine neue Geschäftsstelle des nicht existierenden Vereins aufmachen. Ich übernahm die Leitung der Geschäftsstelle, ein Büro fanden wir in der Kantstraße, nahe dem Bahnhof Zoo, und als Sekretärin engagierten wir eine eifrige Gesinnungsgenossin, Frau Schwann-Schneider[378]).

Der Gründungs-Aufruf wurde nach Maßgabe der am 30. Juli besprochenen Richtlinien von Gustav Landauer[379]) und mir verfaßt[1]. Die Aufforderung, sich diesem Aufruf anzuschließen, wurde unterzeichnet von dem Historiker Geheimrat Max Lehmann[380]) in Göttingen, Professor Dr. Heinrich Rößler in Frankfurt a. M. und Herrn Hellmut von Gerlach in Berlin. Am 25. August wurde der Aufruf mit vierzig Unterschriften veröffentlicht[381]). Sonntag, 27. August erschien er in der Frankfurter Zeitung, um die gleiche Zeit in zahlreichen freisinnigen und sozialdemokratischen Blättern. Zusammen mit der gleich zu erwähnenden Eingabe wurde er etwa Mitte November[2] als „Flugblatt Nr. 1" der Zentralstelle Völkerrecht verbreitet[383]). Dieser Abdruck trägt 216 Unterschriften[3]. Es folgt hier der Wortlaut des Aufrufs:

---

[1] Auffallenderweise fehlt der Name Landauers unter den Unterschriften. Vielleicht trug er selbst Bedenken, als „Anarchist" die Gewinnung von Zustimmungen zu erschweren. Daß wir beide den Aufruf verfaßt haben, ist meine ganz bestimmte Erinnerung. Der erste Entwurf war von mir. Auf Landauers Veranlassung wurden dann Änderungen vorgenommen. In der Sache stimmten wir beide, er, der Anarchist, und ich, der bürgerliche Demokrat, ganz überein[382]).

[2] Oben auf dem Flugblatt steht das Datum „Ende August 1916". Das ist nicht das Datum des Flugblattes, sondern des Gründungsaufrufs. Die auf dem Flugblatt noch abgedruckte Petition ist Ende September eingereicht. Am Schluß des Flugblatts ist auf die Erklärung des Reichskanzlers vom 9. November Bezug genommen. Daraus ergibt sich die Datierung.

[3] Auffallenderweise findet man unter den Unterschriften wohl Vorstandsmitglieder des Bundes Neues Vaterland wie Graf Arco, von Gerlach und Tepper-Laski, aber nicht Lehmann-Rußbüldt. Lehmann behandelt die Zentralstelle (er nennt sie ungenau „Zentralstelle für Völkerrecht") mit großer Geringschätzung. Er weiß von ihr nur zu sagen, sie habe „mancherlei durch Proteste zu erreichen gesucht". Die Gründung verlegt er nach „Ende 1916"! Die Erklärung für diese

„Nachdem der ‚Deutsche Nationalausschuß' und der ‚Unabhängige Ausschuß für einen deutschen Frieden' den gegenwärtigen Zeitpunkt für geeignet gehalten haben, sich mit Kundgebungen zu Kriegszielen an die Öffentlichkeit zu wenden, haben sich deutsche Männer und Frauen, die einen dauernden Frieden auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechtes der Völker und einer neu einzuleitenden Verständigungspolitik erstreben, zu einer deutschen Zentrale für dauernden Frieden unter dem Namen Zentralstelle ‚Völkerrecht' zusammengeschlossen.

Der Friede, der diesen Krieg beendigt, soll selbstverständlich nach der Auffassung der Zentralstelle die Freiheit des deutschen Volkes, die Unabhängigkeit des Deutschen Reiches, die Unversehrtheit des deutschen Bodens, die Wahrung der deutschen Interessen im Auslande und die Erhaltung der wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten des deutschen Volkes sicherstellen; aber er soll auch jede Gewähr der Dauer in sich tragen. Dazu ist erforderlich, daß er von allen Beteiligten als eine befriedigende Ordnung ihrer internationalen Beziehungen anerkannt werden kann, daß er also nicht die Unterlegenen durch gewaltsame Annexionen, durch Beeinträchtigung ihrer Selbstbestimmung oder durch andere unerträgliche Bedingungen zur Vorbereitung eines Vergeltungskrieges nötigt, daß er zugleich wirksame Einrichtungen schafft für friedliche Erledigung künftiger internationaler Streitigkeiten auf dem Wege geordneter Vermittelung oder rechtlicher Entscheidung, und daß er damit der alten friedensgefährdenden Politik des Wettrüstens ein Ende setzt. Um einem solchen Frieden volle Wirksamkeit zu geben, muß ein neuer Geist das nationale und internationale politische Leben erfüllen. Die deutsche Zentralstelle ‚Völkerrecht' ist der Überzeugung, daß im deutschen Volke, wie bei allen anderen Kulturvölkern, die Vorbedingungen für diese neue Politik gegeben sind, und daß nur ein solcher Friede der ‚Deutsche Friede' im besten Sinne des Wortes sein würde.

Zweigstellen der deutschen Zentrale ‚Völkerrecht' sind in allen Teilen Deutschlands gebildet oder in Bildung begriffen. Die Zentrale wird, sobald Freiheit für die Erörterung von Kriegs- und Friedenszielen gewährt ist, mit Kundgebungen an die Öffentlichkeit treten. Zustimmungserklärungen werden einstweilen erbeten an die Geschäftsstelle Charlottenburg, Kantstraße 159, Gartenhaus III[384])."

Die neu gegründete Organisation wandte sich sogleich mit einer Eingabe an den zum 28. September einberufenen Reichstag[385]). In dieser Eingabe richtete die Zentralstelle Völkerrecht die Bitte an den Reichstag, „er möge als seinen und des deutschen Volkes Willen bekunden, daß der Friede, der diesen Krieg beendet, nicht nur selbstverständlich die Lebensinteressen des deutschen Volkes, die Unabhängigkeit seines politischen Daseins, die Unversehrtheit seines vaterländischen Bodens, die Freiheit seiner wirtschaftlichen Entwicklung sicherstellen, sondern auch jede erreichbare Gewähr der

---

und andere Fehler in der Darstellung der Jahre 1916 und 1917 liegt vielleicht darin, daß Lehmann-Rüßbüldt, zum Heere eingezogen, nicht in Berlin war.

Dauer in sich tragen soll. Deshalb möge der Reichstag insbesondere erklären: 1. Der kommende Frieden soll, um nicht den Keim künftiger Kriege in sich zu tragen, keinem Volke unerträgliche Bedingungen aufzwingen, insbesondere nicht Annexionen enthalten, die den freien Willen einer Bevölkerung vergewaltigen, oder Eingriffe in die Selbständigkeit bisher unabhängiger Staaten vornehmen. 2. Der kommende Friede soll aber auch, um ein dauernder Friede zu sein, die Grundlagen für ein neues Völkerrecht legen, durch Schaffung einer überstaatlichen Organisation, die Gewähr bietet für friedliche Erledigung künftiger internationaler Streitigkeiten auf dem Wege geordneter gütlicher Vermittlung oder rechtlicher Entscheidung." Diesen Forderungen war eine eingehende Begründung beigegeben, in der es von der neuen politischen Organisation der Kulturwelt u. a. heißt, „sie würde dem Treiben der geheimen Diplomatie ein Ende setzen und würde das gefährliche System geheimer Verträge und Bündnisse beseitigen", auch die Vorbedingung sein für „eine vertragsmäßige Beschränkung der Rüstungen"; „sie würde auch die Erfüllung zweier auf dem Gebiete internationalen Rechtes liegender Forderungen sichern, die vielfach als deutsche Kriegsziele bezeichnet worden sind... Offene Tür in allen Kolonien und Schutzgebieten und dazu eine völkerrechtlich gesicherte Freiheit der Meere." Es heißt dann weiter, daß die Neuorganisation der Welt „von einer Erneuerung des ganzen öffentlichen Lebens begleitet" sein müsse. Unverantwortlich unbescheidene Kundgebungen haben den Anschein erweckt, „als widerstrebe das deutsche Volk, allein unter allen Völkern, einer Sicherung des Friedens durch Herrschaft des Rechts und erstrebe vielmehr eine Friedenssicherung durch deutsche Gewaltherrschaft." Damit „wird die Notwendigkeit, den Krieg bis zur Niederringung Deutschlands fortzuführen, begründet... Deshalb" (heißt es am Schluß) „ist es notwendig, Klarheit zu schaffen und vor aller Welt festzustellen, daß das deutsche Volk in seiner gewaltigen Mehrheit nichts Besseres will als einen seine Lebensinteressen sichernden, auf Recht und Billigkeit begründeten und durch Herrschaft des Rechtes gesicherten Frieden."

Die Eingabe trug nicht weniger als 170 Unterschriften.

Das Oberkommando in den Marken hatte den Gründungsaufruf der Zentralstelle verboten. Da ihn aber große Zeitungen außerhalb Berlins unbeanstandet gebracht hatten und er damit auch im Ausland bekannt geworden war, erfolgte die Freigabe. Auch das Reichsamt des Inneren hatte, veranlaßt durch eine an den Reichskanzler gerichtete Beschwerde, eingegriffen.

Das Oberkommando drängte natürlich darauf, daß wir uns als Verein konstituieren sollten, – schon um uns dann auflösen zu können. Ich erinnere mich noch mit Vergnügen meiner Verhandlungen mit dem Vertreter der politischen Zensur beim Oberkommando, Hauptmann Henninger, der zuerst nicht glauben wollte, daß wir weder Satzungen noch Mitglieder, noch einen Vorstand hätten. Wer dann, um Himmelswillen für die Zentralstelle handle? Wer sich gerade berufen fühle und sich mit einigen Freunden verständige. Wir mußten natürlich schließlich nachgeben und uns als Verein konstituieren. Aber bis es dahin kam, gab es noch allerhand Zwischenfälle.

Die Berliner Freunde wurden eines Tages (es war, wenn ich nicht irre, am 30. September) zu einer Besprechung in ein Zimmer des Reichstages, das vom Reichspräsidenten zur Verfügung gestellt war, geladen. Während ich referierte, wurde Herr von Gerlach, der präsidierte, ans Telephon gebeten. Ein Anonymus überhäufte ihn mit Schimpfworten wie Lump und Landesverräter, um weiter zu sagen, wir sollten nur nicht glauben, daß wir heimlich tagen könnten, man werde uns und ihn schon fassen. Es wurden dann Geldstrafen gegen die Einberufer (einer von ihnen war Eduard Bernstein) verhängt[386]).

Tags zuvor, am 29. September, wandte ich mich im Auftrag der Zentralstelle Völkerrecht an den Reichstag, um eine uns zugegangene Denkschrift des Anti-Oorlog-Raad, die wir unter dem Titel „Der Weg zu Friedensverhandlungen" vervielfältigt hatten, zu überreichen[387]). An den Reichskanzler ging außerdem ein besonderes Schreiben gleichen Inhaltes. Der Anti-Oorlog-Raad hatte darauf hingewiesen und näher begründet, daß, wenn Deutschland mit England zu Friedensverhandlungen kommen wolle, es die beiden Forderungen zugestehen müsse, die für England die weitaus größte Bedeutung hatten: „die vollständige Unabhängigkeit Belgiens und die Gründung einer internationalen Rechtsorganisation." In der Denkschrift wurde angeführt, daß in diesen beiden Punkten alle Parteien Englands – auch die pazifistische Opposition mit eingeschlossen – vollkommen einig seien und daß es leider auf deutscher Seite an einer klaren Stellungnahme fehle. Der Anti-Oorlog-Raad wünschte, daß bei den damals bevorstehenden Reichstagsverhandlungen (zum 28. September war der Reichstag einberufen) diese Gesichtspunkte berücksichtigt würden.

In meinem Begleitschreiben vom 29. September war gesagt: „Es versteht sich von selbst, daß dem (was über deutsche Voraussetzungen für Friedensverhandlungen in der Denkschrift gesagt war) andere Voraussetzungen gegenüberstehen, die auf englischer Seite gegeben sein müßten. Das ist zweifellos auch die Meinung der Verfasser."

Weiter trat ich dem weitverbreiteten törichten Vorurteil entgegen, daß der Anti-Oorlog-Raad deutschfeindlich sei. Er sei das so wenig, „daß er in Frankreich auch bei französischen Pazifisten mit dem größten Mißtrauen aufgenommen ist, da er in einseitig deutschem Interesse arbeite." Beides sei falsch. „Der Anti-Oorlog-Raad ist in Wirklichkeit weder prodeutsch noch antideutsch, sondern bemüht sich ehrlich, neutral zu sein. Er versucht, Hindernisse aus dem Wege zu räumen, die dem Beginn von Friedensverhandlungen entgegenstehen, und beschäftigt sich mit den Bedingungen, unter denen der kommende Friede den Charakter eines dauernden Friedens, gesichert gegen die Wiederkehr ähnlicher Katastrophen wie der dieses Krieges, erhalten könnte."

Die Verhandlungen im Reichstag brachten zunächst die gewünschte Klärung nicht. Zwar sagte der Kanzler zu der Forderung Briands[388]), in einem festen und dauerhaften Frieden müßten internationale Abmachungen die

wehrt sei. Er habe deshalb mir Referate im geschlossenen Kreise und die Leitung unserer Geschäftsstelle gestattet. Dadurch komme er gegenüber dem Münchener Kollegen, der auf Beachtung seiner Verfügung bestehe, in die übelste Lage. Seine Klage forderte geradezu mein Mitleid heraus. Sie war aber, darf man wohl sagen, aufgelegter Schwindel. Nach zwei Richtungen hin. Erstens war jedes stellvertretende Generalkommando zwar für den eignen Befehlsbereich allmächtig, aber auch nur für diesen. In Berlin gingen mich bayerische Verfügungen nichts an; ich unterstand dort nur dem Oberkommando in den Marken. Zweitens war es gar nicht wahr, daß das Bayerische Kriegsministerium sich über Nichtbeachtung seiner Verfügung beschwert hatte; der Referent dort sagte mir, das sei ihm gar nicht eingefallen.

Dieses Klagelied des Hauptmann Henninger über die beklagenswerte Situation, in die ich ihn gebracht hätte, war das Vorspiel zu meiner gegen Ende Oktober erfolgten Ausweisung aus Berlin.

Als ich, um eine Fristverlängerung zu erreichen, bei ihm vorsprach, sagte er mir teilnehmend: „Wenn Sie nun ausgewiesen sind, was soll dann aus der Versammlung werden?" Als ob nicht er selbst es gewesen wäre, der meine Ausweisung bewirkt hatte. Ich erwiderte: Oh, das mache nichts, da könne ein anderer für mich, der ich das Referat erstatten sollte, eintreten. Er: „Das wird doch nicht gehen; Sie sind doch der einzige, der die Sache beherrscht." Ich: „Da Sie mich genötigt haben, mein Referat schriftlich niederzuschreiben [sic!], so kann jemand es vorlesen." Er: „Das ist doch nichts Rechtes; zum Vortrag gehört doch Ihre Lebhaftigkeit." Welchen Zweck er mit dieser Komödie eigentlich verfolgte, ob er mich für so naiv hielt, ihm seine Anteilnahme zu glauben, oder ob er mich verhöhnen wollte, wurde mir nicht klar.

In dem Ausweisungsbefehl war, wie in allen Verfügungen, am Schluß das Verbot enthalten, irgendjemandem Mitteilung zu machen. Als ich in der Wandelhalle des Reichstages mich von einem Parteifreunde verabschiedete und dieser mich fragte, wann ich wiederkäme, antwortete ich natürlich, das wisse ich nicht, es sei ganz unbestimmt. Da man gewohnt war, mich nach kurzer Zeit immer wieder in Berlin zu sehen, befremdete diese Ungewißheit. „Wieso, – wann denn ungefähr?" „Das hängt nicht von mir ab. Vielleicht erst nach Beendigung des Krieges." „Das ist ja sonderbar – aha, ich verstehe." – Nach einiger Zeit eine ähnliche Unterredung mit einem sozialdemokratischen Abgeordneten. In der nächsten Reichstagssitzung sprach Scheidemann davon, es sei ein Skandal, jemanden wie Dr. Quidde aus Berlin auszuweisen[394]).

Nach meiner Abreise wurde dem vorgelegten Referat, auch mit etwaigen Änderungen, wie ausdrücklich bemerkt wurde, die Genehmigung verweigert. Dabei beschränkte dieses sich auf einen ziemlich trockenen Geschäftsbericht und auf eine Erläuterung der beiden bisherigen Kundgebungen, des Gründungsaufrufs von Ende August und der Eingabe an den Reichstag von Ende September. Die Gedanken, die in diesen beiden Schriftstücken enthalten sind, in einer geschlossenen Versammlung zu besprechen, schien dem Ober-

kommando eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit; denn nur dieser Gesichtspunkt konnte nach dem Gesetz ein Verbot rechtfertigen.

Die Tagung wurde dann am 2. und 3. Dezember 1916 in Frankfurt a. M. abgehalten, als geschlossene Versammlung nur für Eingeladene, unter polizeilicher und militärischer Überwachung, aber doch mit Diskussion.

Ein Vorteil der Bedrängnisse, die durch den Belagerungszustand geschaffen waren, bestand darin, daß die Generalkommandos für ihren Befehlsbereich voneinander unabhängig waren; die Zensur wurde trotz der vom preußischen Kriegsministerium ausgehenden Direktiven nicht ganz gleichmäßig gehandhabt. Wir waren aus dem Bereich des besonders unduldsamen Oberkommandos in den Marken in den Bereich des Frankfurter Generalkommandos geflüchtet, wo die Zensur milder gehandhabt wurde. Vielleicht wäre trotzdem die Versammlung von Berlin aus verhindert worden, wenn nicht eine Vertretung der dortigen Freunde, an deren Spitze Professor Rößler, eine in Frankfurt sehr angesehene Persönlichkeit, stand, vom dortigen Generalkommando schon die Erlaubnis erwirkt hätte, ehe die Berliner Behörden sich mit Frankfurt in Verbindung setzten. Die Genehmigung wurde dann aber – augenscheinlich mit Berliner Druck – an die Bedingung geknüpft, daß kein Bericht an die Presse erstattet werden dürfe außer durch die Versammlungsleitung und daß dieser Bericht zur Zensur einzureichen sei.

Die Versammlung war erfreulich gut besucht, von nahezu 250 Personen aus allen Gegenden Deutschlands. Gegen 200 Begrüßungs- und Zustimmungserklärungen waren eingelaufen. Die Tagung wurde von Dr. Rößler, Frankfurt, eröffnet. Neben ihm wurden Dr. Richard Wirth[395]), Frankfurt, und Kapitänleutnant a. D. Dr. Paasche[396]) zu Vorsitzenden gewählt, Frau Dr. Helene Stöcker und Dr. Hans Maier zu Schriftführern.

Wir konnten die Tagesordnung der Versammlung in Frankfurt weit reicher ausgestalten, als das in Berlin möglich gewesen wäre. Neben dem Geschäftsbericht, den ich zu erstatten hatte, standen zwei Referate auf der Tagesordnung, vom Stadtverordneten Dr. Sinzheimer[397]) über das Programm der Zentrale und von Professor Dr. Walther Schücking über die völkerrechtliche Sicherung des Friedens[398]).

Zunächst erledigte man die aufgezwungene organisatorische Aufgabe. Nach kurzer Begründung durch mich als Referenten wurden die vorgeschlagenen Satzungen der Zentralstelle angenommen. Sitz des Vereins wurde Berlin. Seine Organe waren eine Geschäftsleitung (zunächst aus sechs Mitgliedern, ganz überwiegend in Berlin wohnhaft, bestehend), ein Vorstand (21 Köpfe stark) und der Große Ausschuß, in den die 220 Unterzeichner des Aufrufs gewählt wurden. Die Geschäftsleitung wählte Herrn von Gerlach zum Vorsitzenden, neben dem ich als Geschäftsführer fungierte, der Vorstand Dr. Rößler, Frankfurt. Zu den organisatorischen Aufgaben gehörte noch eine Entschließung betr. der Gründung von Zweigstellen (s. Beilagen)[399]).

Dem Referat Dr. Sinzheimers lagen Leitsätze zu Grunde, die nach lebhafter Aussprache einstimmig angenommen wurden. Ich sehe davon ab,

hier auf sein Referat näher einzugehen, da die Leitsätze in den Beilagen abgedruckt sind.

Über das Referat Prof. Schückings sagt der Versammlungsbericht:

„Ausgehend von dem erwünschten Ziel, Rechtsgarantien des Friedens zu schaffen, erläuterte er die Mittel, die hierfür von dem holländischen Antikriegsrat und der Taft'schen Liga zur Erzwingung des Friedens[399a]) vorgeschlagen sind. Vor allen Dingen muß zwischen rechtsspruchfähigen Streitigkeiten und Interessenkonflikten unterschieden werden. Bei ersteren können Schiedsgerichte mit Mehrheitsspruch eine juristische Entscheidung fällen, für Interessenkonflikte müssen Vermittlungsinstitute geschaffen werden, deren Aufgabe in Schlichtung und Ausgleich der Streitstoffe besteht. Die Anrufung einer dieser Instanzen bei zwischenstaatlichen Streitigkeiten muß obligatorisch werden. Die Entscheidung, ob es sich um eine Rechtsfrage oder politischen Interessenstreit handelt, ist bei Meinungsverschiedenheit durch den berufungsfähigen Vorbescheid des permanenten internationalen Gerichtshofes zu erledigen. Rechtsfragen werden von diesem Gerichtshof durch Urteil entschieden. Interessenstreitigkeiten sind von internationalen paritätischen Kommissionen zu untersuchen und zu einem fakultativen Ausgleich zu bringen. Die Durchführung dieser völkerrechtlichen Vereinbarungen muß durch eine Kollektivorganisation der Kulturstaaten gesichert werden[400])."

Es ergab sich fast von selbst, daß die Versammlung Stellung nehmen mußte zu der Erklärung, die der Reichskanzler am 9. November im Hauptausschuß des Reichstages über die Gründung eines internationalen Bundes zur Sicherung des Friedens abgegeben hatte. Die Entschließung, in der das geschah, wurde mit etwa 200 gegen 4 Stimmen bei einigen Enthaltungen angenommen. Sie ist auf den Ton lebhafter Genugtuung gestimmt. Man findet den Wortlaut in den Beilagen[401]).

*Zwei Entschließungen beschäftigten sich dann noch mit etwaigen Ver*mittlungsanerbieten der Neutralen, die auf das nachdrücklichste zu unterstützen sind und gegen gehässige Verdächtigungen in Schutz genommen werden.

Der gleich am 4. Dezember dem Frankfurter Generalkommando vorgelegte Preßbericht wurde von dessen Zensurstelle, obschon er „an sich gar nicht zensurpflichtig" sei, mit möglichster Beschleunigung nach Berlin übermittelt, da von dort dessen Vorlegung angeordnet war. Die Frankfurter Zensurstelle glaubte [die] Genehmigung innerhalb kurzer Frist in Aussicht stellen zu können. Statt dessen war trotz wiederholten Drängens lange Zeit kein Bescheid zu erhalten. Am 4. Januar, also einen Monat nach Einreichung des Berichts, teilte das Frankfurter Generalkommando mit, „daß nach einem Entscheid der Zentralstellen in Berlin die Veröffentlichung des Versammlungsberichtes der Zentralstelle Völkerrecht nicht zulässig ist." Am 24. Dezember hatte Professor Rößler sich an die Beschwerdeinstanz gewandt, am 28. April erhielt er eine Depesche des Kriegsministeriums, Nachrichtenabteilung, die Entscheidung auf seine Eingabe werde ihm vom Frankfurter Generalkommando mitgeteilt werden. Diese telegraphisch angekündigte Mitteilung

ist niemals eingetroffen. Die Zentralstelle aber hat den Versammlungsbericht als Flugblatt Nr. 2 drucken lassen.

Beim Oberkommando in Berlin begann das alte Spiel von neuem, genau wie früher gegenüber der Friedensgesellschaft und dem Bund Neues Vaterland. Am 25. Januar wurde „dem Verein jede öffentliche Werbetätigkeit und Kundgebung, insbesondere die Verbreitung gedruckter oder auf anderem Wege vervielfältigter Mitteilungen an Redaktionen oder andere Personen als Mitglieder des Vereins auf Grund des § 9 b des Belagerungszustandes vom 4. 6. 1851 bis auf weiteres verboten." Am 6. Februar wurde die Einreichung der Mitgliederliste binnen einer Woche und die unverzügliche Anzeige jeder Änderung im Mitgliederstande gefordert.

Wir richteten eine Beschwerde zunächst nur gegen die Einforderung der Mitgliederliste und ließen das Verbot der Werbetätigkeit erneut weiter auf sich beruhen, da eine Beschwerde nach allen Erfahrungen doch keinen Erfolg gehabt hätte und vor allem, da die Geschäftsleitung damals nach Eröffnung des unbeschränkten U-Boot-Krieges und in Erwartung der Entscheidung der Stellungnahme der Vereinigten Staaten aus freien Stücken beschlossen hatte, die nach außen gerichtete Propaganda eine Zeitlang ruhen zu lassen.

Die Beschwerde gegen Auslieferung der Mitgliederliste wurde abgewiesen. Bezeichnend ist, daß der Beschwerde nicht einmal aufschiebende Wirkung zuerkannt wurde. Hätte sie Erfolg gehabt, so wäre dieser Erfolg sinnlos gewesen, da inzwischen die Auslieferung geschehen wäre und die Rückgabe keinen Wert mehr gehabt hätte.

Die Ortsgruppe Berlin der Zentralstelle hatte sich der gleichen liebevollen Fürsorge des Oberkommandos zu erfreuen wie die Zentralstelle selbst. Schon ehe die Zentralstelle als Verein konstituiert war, verlangte die Behörde, daß die Berliner Freunde sich als ein Verein mit Satzungen und einem Vorstand konstituierten, genehmigte aber nur eine Versammlung mit Ausschluß der Diskussion. Das gleiche Spiel wie bei der vereitelten Versammlung der Zentralstelle vom 28. Oktober. Die Konstituierung der Berliner Ortsgruppe ist dann am 17. Januar erfolgt. Kaum war sie gegründet, wurde sie zur Auslieferung der Mitgliederliste gezwungen.

Charakteristisch war, daß die erste Mitgliederversammlung scheinbar nicht polizeilich überwacht war, daß aber die Polizei über den Verlauf des Abends am nächsten Tag genau unterrichtet war und nach den Adressen der Diskussionsredner recherchierte. Sie hatte also eine heimliche Überwachung ausgeübt und entweder Spitzel als Mitglieder sich einschreiben lassen oder Spitzel unter den Mitgliedern geworben. Die gleiche Erfahrung wie in München im November 1915 nach der Leipziger Generalversammlung. – Zugleich wurde es der Ortsgruppe fast unmöglich gemacht, einen ständigen Raum für ihre Versammlungen zu finden, da die Wirte, die einen Saal zur Verfügung stellten, sogleich von der Polizei verwarnt wurden.

Die bösartige Verfolgung unserer Tätigkeit durch das Oberkommando in den Marken in Verbindung mit der Tatsache meiner Ausweisung aus Berlin führte dazu, daß wir in Frankfurt eine zweite Geschäftsstelle errich-

teten. Unser Mitglied Dr. Richard Wirth (Sohn des alten Pazifisten Franz Wirth[402], Gründer des Frankfurter Friedensvereins) stellte einen Raum in seinem Patentanwalts-Büro in der Taunusstraße zur Verfügung. Wir verlegten jenen Teil unserer Tätigkeit, der in Berlin uns vom Oberkommando verboten wurde, nach Frankfurt. Wir hatten dort auch eine uns gesinnungsgemäß ergebene Druckerei zur Verfügung, die Union-Druckerei, in der das sozialdemokratische Blatt gedruckt wurde. Mit dem Faktor der Druckerei und einem der Redakteure habe ich in den nächsten Monaten viel zusammengearbeitet. Ihre Hilfsbereitschaft ist mir dankbar in Erinnerung geblieben.

Im Sommer des Jahres 1917 gelangte die Zentralstelle, vielfach im Bunde mit der Friedensgesellschaft, dem Bund Neues Vaterland und der Frauenliga zu bedeutender, noch heute grundsätzlich beachtenswerter Wirksamkeit. Davon wird weiter unten die Rede sein.

XI. [XIII.] Nach dem deutschen Friedensangebot

Am 9. November gab der Reichskanzler Bethmann Hollweg in dem Hauptausschuß des Reichstages Erklärungen ab, die von außerordentlicher Bedeutung waren. Er sagte u. a.: „Wenn bei und nach der Beendigung des Krieges seine entsetzlichen Verwüstungen an Gut und Blut der Welt erst zum vollen Bewußtsein kommen werden, dann wird durch die ganze Menschheit ein Schrei nach friedlichen Abmachungen und Verständigungen gehen, die, soweit es irgend in Menschenmacht liegt, die Wiederkehr einer so ungeheuerlichen Katastrophe verhüten. Dieser Schrei wird so stark sein, daß er zu einem Ergebnis führen muß." Er erklärte, Deutschland sei jederzeit „bereit, einem Völkerbund beizutreten, ja sich an die Spitze eines Völkerbundes zu stellen, der Friedensstörer im Zaume hält[403])."

Die letzte Wendung war merkwürdig ungeschickt und zeigte geringe Fähigkeit, sich in die Denkweise der andern zu versetzen. Sie konnte nur zu leicht so ausgelegt werden oder mußte so ausgelegt werden, daß es dem Kanzler darauf ankäme, in dieser Form die Hegemonie Deutschlands über Europa, ja die Welt zu erreichen.

Auf die Rede Bethmanns folgten Reden von Abgeordneten, die nicht geeignet waren, seiner Erklärung Nachdruck zu verschaffen und die bewiesen, daß große Teile des Reichstages – in diesem Fall auch wohl des Volkes – noch immer nicht begriffen hatten, daß die Möglichkeit eines Friedensschlusses von einem klaren Verzicht auf irgendwelche Forderungen an Belgien abhing. Der Reichskanzler hatte die Annexion Belgiens klar und deutlich abgelehnt. Redner des Zentrums, der Nationalliberalen und der Konservativen nahmen dieser Erklärung jede politische Bedeutung, indem sie damit für vereinbar hielten, „daß Belgien politisch, militärisch und wirtschaftlich in deutscher Hand bleiben müsse."

Trotz dieser sehr bedenklichen Erfahrungen wurden die Erklärungen Bethmanns von deutschen Pazifisten mit Enthusiasmus begrüßt, als feierliche Anerkennung der von ihnen unter Hohn und Spott der sich national gebärdenden Kreise stets verfochtenen Forderungen.

Fried widmete der Rede in seinem Tagebuch (veröffentlicht in der Friedenswarte[1]) begeisterte Worte: „Sie ist für uns alle, die wir für die Vernunft im Völkerleben eintraten, ein gewaltiges Erlebnis. Fünfundzwanzig Jahre lang gekämpft, verurteilt, verlacht, und nun von dem Inhaber des höchsten Amtes die Bestätigung alles dessen zu hören, was man unter diesen widrigen Umständen erstrebt hat, das ist ein Sieg!"

Fried ließ sich in seiner Auffassung auch durch die Kritik Nippolds[2] nicht irre machen, der an die Aufrichtigkeit der Erklärungen Bethmanns, an eine so plötzliche Bekehrung nicht glaubte und meinte, er habe sich der Macht gewisser Tatsachen gebeugt und, der Not gehorchend, nicht dem eigenen Trieb, der Wirkung nach außen Rechnung getragen. Fried machte demgegenüber (und sicher mit Recht) geltend, es sei „den deutschen Pazifisten bekannt, daß der Reichskanzler und das Reichsamt des Äußeren schon seit langer Zeit den pazifistischen Anschauungen zugeneigt waren, daß man an maßgebenden Stellen Deutschlands Haltung auf den Haager Konferenzen als einen Fehler erkannt hat. Die Rede vom 9. November kam daher den Eingeweihten nicht so unerwartet, daß Nippolds Bedenken wegen der Plötzlichkeit gerechtfertigt erschiene[3]."

Der Reichskanzler hatte ja schon früher sich in ähnlichem Sinne, nur nicht so deutlich und bestimmt ausgesprochen. Am 5. April hatte er von dem „Europa der friedlichen Arbeit" gesprochen und erklärt: „Der Friede, der diesen Krieg beenden soll, muß von Dauer sein. Er darf nicht den Keim neuer Kriege in sich tragen, sondern muß eine endgültige friedliche Ordnung der europäischen Dinge bringen[404])." Wenn man damals zweifeln konnte, ob er nicht am Ende dieses Ziel durch die militärische Übermacht Deutschlands erreichen wollte, so konnte, wenn man die Worte vom 5. April mit denen vom 9. November zusammenhielt, kein Zweifel mehr bestehen, wie jene gemeint waren. Dazu kam Ende September die allerdings sehr wortkarge Zustimmung zur Erklärung Briands, Frankreich kämpfe „um einen dauerhaften Frieden, in dem internationale Abmachungen die Freiheit der Nationen vor jedem Angriff schützen sollen." „Das wollen auch wir", hatte der Reichskanzler dazu gesagt[405]).

Ich kann dem aus eigenen Erinnerungen noch hinzufügen, daß das Verständnis für pazifistische Ideengänge bis in den Generalstab und bis ins Preußische Kriegsministerium reichte.

Als ich einmal im Lauf des Jahres 1916, Beschwerde führend, im Kriegsministerium war, sagte mir der dem Generalstab angehörende Major Max

---

[1] Die Friedenswarte, 18. Jahrgang (1916), S. 363 f.
[2] Neue Zürcher Zeitung, 18. 11. 1916.
[3] *Die Friedenswarte, 18. Jahrgang (1916)*, S. 368.

van den Bergh[406]), mit dem ich verhandelte[1]: „Es liegt mir daran, daß Sie uns und unsere Stellung zu Ihren Bestrebungen nicht verkennen. Wenn wir jetzt Ihre Versammlungen verbieten und Ihre Schriften beschlagnahmen, so geschieht es nicht, weil wir Sie grundsätzlich verurteilen, sondern weil Ihre Tätigkeit jetzt, wie wir glauben, unsere Tätigkeit, die auch darauf gerichtet ist, zum Frieden zu gelangen, stört. Möglich, daß wir im Laufe des Krieges noch dazu kommen, Ihre Hilfe anzunehmen. Jedenfalls aber nach dem Kriege kommt Ihre große Zeit. Jeder vernünftige Mensch muß doch, wenn dieser furchtbare Krieg einmal beendet ist, wünschen, der Wiederkehr einer so entsetzlichen Katastrophe vorzubeugen. Ich will nicht sagen, daß wir dann unbedingt Ihren Ideen folgen werden; aber jedenfalls werden diese im Vordergrund der Erwägungen stehen."

Freilich gab es weite militärische – wie übrigens auch bürgerliche – Kreise, die in den Anschauungen eines sturen Militarismus befangen blieben. Aber daß ein Generalstabsoffizier im Preußischen Kriegsministerium wagen konnte, so zu sprechen, ohne mich im mindesten zur Diskretion zu verpflichten, ist doch sehr vielsagend. Man wird darnach nicht zweifeln, daß solche Anschauungen erst recht im Auswärtigen Amt vertreten waren, und wird nicht zweifeln, daß Bethmann Hollweg am 9. November aus ehrlicher Überzeugung sprach.

Die pazifistischen Organisationen nahmen nicht so rasch wie Fried in seinem Tagebuch zu der Rede vom 9. November Stellung. Erst am 29. November geschah es in einer von mir gezeichneten Eingabe an den Reichstag[2]. Das ist sehr verwunderlich; denn man sollte meinen, daß wir Pazifisten nichts Eiligeres zu tun gehabt hätten, als des Reichskanzlers Rede für uns zu verwerten. Ich kann heute nicht mehr sagen, woran die Verzögerung lag. Ich war allerdings seit Ende September aus Berlin ausgewiesen, und damit waren Schwierigkeiten für die Tätigkeit der Zentralstelle Völkerrecht entstanden. Außerdem aber waren wir mit mühsamen und zeitraubenden Vorbereitungen für die Frankfurter Tagung der Zentralstelle beschäftigt, über die im vorigen Abschnitt berichtet wurde. Das alles will aber doch nicht genügend erscheinen, um den fast dreiwöchentlichen [sic!] Aufschub zu erklären. Ob auch Verschiedenheiten der Auffassung, von denen bald zu berichten sein wird, eine Rolle gespielt haben? Ich vermag es nicht festzustellen.

Genug, erst vom 29. November datiert eine Eingabe an den Reichstag, unterzeichnet von mir als erstem Vorsitzenden der Deutschen Friedensgesellschaft und – bis zu meiner Ausweisung aus Berlin – Geschäftsleiter der Zentralstelle Völkerrecht[407]). Wir richteten an den Reichstag die Bitte, er wolle

---

[1] Ich zitiere in direkter Rede, aber nach meiner Erinnerung, also nicht wörtlich. Da ich die so bemerkenswerten Äußerungen gleich nach der Unterredung weiter berichtet und auch später oft zitiert habe, kann ich für sinngetreue Wiedergabe einstehen.

[2] Sie findet sich in unserer Dokumentensammlung.

„1. die Erklärungen, die der Herr Reichskanzler in der Sitzung des Hauptausschusses vom 9. November abgegeben hat, dahingehend, daß Deutschland jederzeit bereit sei, einem Völkerbund zur Sicherung des Friedens beizutreten, und daß die Reichsregierung niemals die Annexion Belgiens als ihre Absicht bezeichnet habe, seinerseits nachdrücklich bestätigen;

2. diese Erklärung bezüglich Belgiens dahin ergänzen, daß die geforderten realen Garantien, die mit der belgischen Regierung zu vereinbaren sind, weder der Ehre noch der Unabhängigkeit Belgiens zu nahe treten sollen;

3. den Herrn Reichskanzler ersuchen, die Voraussetzungen zu formulieren, von deren Erfüllung durch die Gegenseite der Eintritt in Friedensverhandlungen abhängig ist."

In der Begründung wurde besonders ausgeführt, daß die Erklärung bezüglich Belgiens einer Ergänzung bedürfe. „Es besteht noch immer eine bedenkliche Unklarheit darüber, was die ‚realen Garantien' bezüglich der künftigen Stellung Belgiens eigentlich bedeuten ..., ob [sie] der belgischen Regierung aufgezwungen oder mit ihr vereinbart werden sollen; ob sie den Charakter lediglich defensiver Sicherungsmaßnahmen haben oder als Vorbereitung einer Offensive gegen andere Mächte erscheinen können; ob sie Eingriffe in die Hoheitsrechte darstellen würden, die ein wirklich souveräner Staat auf die Dauer nicht ertragen kann, oder ob sie sich auf Maßnahmen beschränken, die mit der Ehre und Unabhängigkeit des Landes vereinbar sind." Klarheit in der Frage Belgien zu schaffen war umso notwendiger, da in der Diskussion, die sich an des Kanzlers Erklärungen angeschlossen hatte, verschiedene Abgeordnete die Auffassung vertreten hatten, daß Belgien zwar nicht zu annektieren sei, aber politisch, wirtschaftlich und militärisch in deutscher Hand bleiben müsse.

Ich benutzte die Gelegenheit, zur Unterstützung der gestellten Forderung die dem Reichstag am 29. September schon zugeleitete Denkschrift des Anti-Oorlog-Raad noch einmal vorzulegen[1], und mit ihr zusammen eine Antwort, die ich am Tage vorher, am 28. November, dem Anti-Oorlog-Raad, z. H. des Herrn Dr. de Jong van Beek en Donk erteilt hatte. In dieser Antwort versuchte ich die Voraussetzungen zu formulieren, die (wie schon am 29. September angedeutet) auf englischer Seite gegeben sein müßten, wenn Friedensverhandlungen möglich sein sollten. Ich schickte diesem Versuch die Bemerkung voraus, daß ich wohl glaubte, „in den wesentlichen Punkten mich in Übereinstimmung mit meinen Freunden von der Zentralstelle Völkerrecht zu befinden", daß ich aber für die Formulierung im einzelnen allein verantwortlich sei.

Die Voraussetzungen waren nach meiner Auffassung folgende:

„1. Die englische Regierung darf keine Ansprüche erheben oder unterstützen, die auf eine Schmälerung des territorialen Bestandes des Deutschen

[1] Die Eingabe mit Beilagen in meiner Dokumentensammlung.

Reiches und seiner Verbündeten gerichtet sind, insbesondere nicht die Abtretung von Elsaß-Lothringen oder eines Teiles von Elsaß-Lothringen an Frankreich fordern, auch nicht Belgien unter englische und französische Botmäßigkeit bringen wollen.

2. Die englische Regierung darf keinerlei Forderung stellen, die, mit der Begründung, den preußischen Militarismus zu überwinden, auf eine Einmischung in die inneren Verhältnisse des Deutschen Reiches und auf die Entscheidung von Fragen, die der Selbstbestimmung des deutschen Volkes zu überlassen sind, hinauslaufen würde.
3. Die englische Regierung muß darauf verzichten, die Beschlüsse der Pariser Konferenz, soweit diese einen Wirtschaftskrieg nach dem Kriege im Gefolge haben müssen, in Vollzug zu setzen; sie muß vielmehr mit Deutschland zusammen den Grundsatz der offenen Tür vertreten, Deutschlands freien Wettbewerb in der Welt und die Wiederherstellung eines deutschen Kolonialreiches anerkennen.
4. Die englische Regierung muß sich bereit erklären, in die völkerrechtliche Sicherung der Freiheit der Meere zu willigen, wenn die deutsche Regierung mit der völkerrechtlichen Sicherung dauernden Friedens einverstanden ist."

In den Erläuterungen zu Ziffer 1 wurde ausgeführt, daß in Deutschland vielfach die Besorgnis bestehe, Belgien könne nach Beendigung des Krieges ein englisch-französischer Vasallenstaat werden; diese Besorgnis gebe dem Verlangen nach „realen Garantien" eine ungeheure Stärke. Deren Sinn sei, daß die Unabhängigkeit Belgiens eine wirkliche, nicht nur eine scheinbare sein müsse; und daß Belgien eine wirklich paritätische Neutralität beobachte.

Auffallend scheint, daß ich mit solcher Entschiedenheit jedes Zugeständnis bezüglich Elsaß-Lothringen ablehnte, auch jeden Vermittlungsvorschlag, wie Teilung Lothringens nach der Sprachgrenze oder Veranstaltung einer Volksabstimmung. Wir wußten ja nicht, daß die englische Regierung durch einen Geheimvertrag gebunden war, die französische Forderung der Wiedergewinnung Elsaß-Lothringens zu unterstützen. Aber auch wenn wir das gewußt hätten, würde dadurch an meiner Formulierung kaum viel geändert sein; gegenüber der so gut wie einmütigen öffentlichen Meinung in Deutschland war es, auch für einen Pazifisten, kaum möglich, einen anderen Standpunkt einzunehmen. Ich glaube noch heute, daß ich Recht hatte, wenn ich in meiner Antwort an de Jong sagte: „Eine Regierung, die wagen würde, die Frage zur Diskussion zu stellen, würde von einem Entrüstungssturm hinweggefegt werden." Die militärische Lage schien ja auch wirklich kaum Anlaß zu einem Verzicht auf Elsaß-Lothringen zu geben.

Die Frankfurter Tagung der Zentralstelle Völkerrecht am 2. und 3. Dezember, über die im vorigen Abschnitt[408]) berichtet wurde, nahm von der Erklärung des Reichskanzlers „mit großer Genugtuung Kenntnis". Sie verurteilte den Gedanken eines annexionistischen Gewaltfriedens wie den Gedanken des Krieges bis zum Ende, ohne auf die belgische Frage einzugehen.

Zur gleichen Zeit[1] begrüßte der Vorstand der Berliner Ortsgruppe der Deutschen Friedensgesellschaft in einer dem Reichskanzler übersandten Entschließung die Rede mit aufrichtiger Genugtuung und knüpfte daran die Erwartung, „daß die Regierung unsere Tätigkeit zur Förderung obiger Grundsätze nicht mehr als schädlich ansehen, sie nicht mehr hindern, sondern ihr freie Bahn geben wird[409])."

In einer unerwartet einberufenen Plenarsitzung des Reichstages vom 12. Dezember teilte der Reichskanzler mit, daß Deutschland und seine Verbündeten durch die diplomatischen Vertretungen der Vereinigten Staaten, Spaniens und der Schweiz an die feindlichen Mächte eine Note geschickt hatten, durch die sie ihre Bereitschaft, in Friedensverhandlungen einzutreten, erklärten. In der Note war gesagt, die Vorschläge, welche die Verbündeten zur Verhandlung stellten, seien „nach ihrer Überzeugung geeignet, als Grundlage für die Wiederherstellung eines dauernden Friedens zu dienen." Über den Inhalt dieser Vorschläge war nichts gesagt. Die Note kündigte aber an, „wenn trotz dieses Angebots der Kampf fortdauern sollte, so sind die verbündeten Mächte entschlossen, ihn bis zu einem siegreichen Ende zu führen[410])." In seiner Rede schilderte der Kanzler die Kriegslage als außerordentlich günstig. Dadurch seien die verbündeten Mächte in den Stand gesetzt, Friedensanerbietungen zu machen, ohne sich dem Verdacht der Schwäche auszusetzen.

Der Kaiser gab in einer Rede, die er am folgenden Tage, am 13. Dezember, bei einer Truppenbesichtigung im Elsaß hielt, dem Friedensangebot einen Kommentar, der geeignet war, einen etwaigen günstigen Eindruck der Kundgebung stark zu beeinträchtigen[2]. Hatte der Reichskanzler schon, mehr als nötig, die militärischen Erfolge betont, so sprach der Kaiser von dem „Gefühl, daß wir absolut Sieger sind" und fügte, ohne dem allgemeinen Friedensbedürfnis Worte zu verleihen, gleich Drohungen hinzu für den Fall, daß die Gegner „glaubten immer noch nicht genug zu haben".

Die Aufnahme der deutschen Verhandlungsbereitschaft war nicht ermutigend. Die Reden führender Politiker bekundeten stärkstes Mißtrauen gegen die Aufrichtigkeit des deutschen Angebots. Die offizielle Antwort, die am 31. Dezember veröffentlicht wurde, war in der Form sehr schroff und entwickelte Forderungen, die sich wie folgt zusammenfassen lassen:

1. Wiederherstellung der verletzten Rechte und Freiheiten
2. Anerkennung des Nationalitätenprinzips
3. Sicherstellung der kleinen Staaten
4. Wirkliche Garantien für die Sicherheit der Welt
5. Wiederherstellung und Sicherheiten für Belgien.

---

[1] Im „Berliner Tageblatt" vom 4. Dezember 1916 ist ein Auszug aus der Entschließung veröffentlicht. Er findet sich in meiner Dokumentensammlung.
[2] Vgl. Friedenswarte 1917 (Januar), S. 22.

Diese Antwort der Entente wurde von der deutschen Regierung und der deutschen Presse als Ablehnung des Friedensangebots aufgefaßt, obgleich man doch hätte versuchen können, über die Forderungen zu verhandeln und ihnen die eigenen nie bekanntgegebenen Forderungen entgegenzustellen.

Mit dem deutschen Friedensangebot kreuzte sich am 22. Dezember ein Versuch Wilsons, die Bekanntgabe der beiderseitigen Friedensbedingungen zu erreichen und sie durch eine gemischte Kommission prüfen zu lassen. Die deutsche Regierung kam dieser Aufforderung nicht nach, wie sie ja auch ihr eigenes Anerbieten, in Friedensverhandlungen einzutreten, ohne jede Andeutung von Friedensbedingungen gelassen hatte. Die Entente stellte (mehr ins Detail gehend als in der Note vom 31. Dezember) Forderungen auf, die allerdings von einer Verständigungsgrundlage weit entfernt waren.

Hatte Wilsons Anregung schon vorher bei der öffentlichen Meinung in Deutschland eine recht unfreundliche Aufnahme gefunden (man wies seine Vermittlung, die Deutschland nur um die Früchte seiner Siege bringen würde, wie eine Anmaßung zurück), so antwortete den Forderungen der Entente eine gewaltige Empörung. Der Kaiser wandte sich gegen Wilsons Note und appellierte an die „hellflammende Entrüstung und an den heiligen Zorn", die „jedes deutschen Mannes und Weibes Kraft verdoppeln" werden. Deutsche Pazifisten warfen sich auch diesmal mutig dem Strom der öffentlichen Meinung entgegen. Die Zentralstelle Völkerrecht drückte in einem von Heinrich Rößler und Richard Wirth in Frankfurt unterzeichneten Schreiben dem *Präsidenten ihre Zustimmung aus und bat ihn, mit seinen Bemühungen* fortzufahren[1].

Die Deutsche Friedensgesellschaft hat zu Wilsons Note, soviel ich sehe, nicht Stellung genommen. Ihr lag die Würdigung des deutschen Friedensanerbietens näher.

In den mir zur Verfügung stehenden Akten findet sich ein Schreiben der Deutschen Friedensgesellschaft an den Reichskanzler, das anscheinend Entwurf geblieben ist, dazu bestimmt von Umfrid und mir unterzeichnet zu werden, datiert im „Dezember". Unten auf der ersten Seite steht mit Bleistift „Umfrid", und mit Rotstift ist von Röttchers Hand bemerkt „Das war das Ding, das Quidde so mißfallen hat"[411]). In dem Schreiben wird hohe Genugtuung ausgesprochen über die Friedenspolitik, die der Kanzler in den Reden vom 9. November und 12. Dezember vertreten habe; insbesondere auch große Freude darüber, daß er in dem Friedensangebot Forderungen erhoben habe, „deren Anwendung auf die Politik von der Friedensbewegung stets gefordert worden ist". Die Gedanken der Rede vom 9. November über den zu gründenden Völkerbund entsprächen, heißt es, „in allen Punkten so sehr den von uns vertretenen Ideen, daß wir in ihrer Verwirklichung den Sieg unserer eigenen Sache erkennen würden."

---

[1] Vgl. Völkerfriede 1917, Febreuar, S. 9, ohne Datum; unterm 15. Januar mit der Angabe „kürzlich", also wohl Anfang Januar.

Es ist mir nicht zweifelhaft, daß meine Bedenken gegen diesen Text darauf gegründet waren, daß ich trotz warmer Zustimmung zu der Rede vom 9. November und zur Tatsache des Friedensangebots doch kritische Vorbehalte zu machen hatte, da keine volle Klarheit über die Frage Belgien geschaffen war und beim Friedensangebot jede Andeutung über die Friedensbedingungen fehlte.

Wir einigten uns dann auf Kundgebungen, die nicht ganz so enthusiastisch waren. Am 28. Dezember ging ein von Umfrid und mir unterzeichnetes Schreiben der Deutschen Friedensgesellschaft an den Reichskanzler, das diesem unsere Genugtuung über seine Erklärungen vom 9. November und 12. Dezember aussprach[1]. Eine Entschließung der Deutschen Friedensgesellschaft, die ich vom gleichen Tage datieren möchte[2], nahm zu dem Friedensangebot Stellung, ohne auf Bethmanns Reden zurückzugreifen. Sie lautete[3]:

„Die Geschäftsleitung der Deutschen Friedensgesellschaft begrüßt freudigst das von den Mittelmächten gegebene Friedensangebot. Sie hofft und wünscht dringend, daß auf diesem Wege sich ein dauerhafter Rechtsfriede herstellen lasse, der künftige Geschlechter vor einer Katastrophe wie der jetzigen bewahrt. Sie sieht in dem Vorgehen der deutschen Regierung eine praktische Anbahnung dessen, was sie in jahrzehntelanger Arbeit unter Anspannung aller Kräfte erstrebt hat."

Im großen Publikum, bis in sozialdemokratische Kreise hinein, war man von einer vorsichtig kritischen Beurteilung des deutschen Friedensanerbietens und der gesamten Lage weit entfernt. Das sollte ich erfahren, als ich einige Zeit nach dem 12. Dezember in Frankfurt an einer Versammlung der dortigen Ortsgruppe der Zentralstelle Völkerrecht teilnahm. Ich erregte die höchste Entrüstung des Mehrheitssozialisten Dr. Quarck, da ich daran zweifelte, daß die Entente das Friedensangebot ohne weiteres annehmen müsse, und daß, wenn sie Schwierigkeiten mache, sie die Meinung in den neutralen Ländern unbedingt gegen sich haben werde.

Noch bezeichnender waren Vorgänge in einer Sitzung des Hauptausschusses der Fortschrittlichen Volkspartei, die am 6. und 7. Januar in Berlin stattfand. Es wurde eine Resolution beantragt, in der die Überzeugung ausgesprochen wurde, daß, da das deutsche Friedensangebot abgelehnt sei, die deutschen Heere mit Erbitterung gegen jene, die an der Entfesselung und an der Verlängerung des Krieges schuld seien, weiter kämpfen würden. Heilberg (Breslau), ein Mitgründer der Deutschen Friedensgesellschaft, beantragte, die Worte „an der Entfesselung und" zu streichen, da die Frage, wie es mit der Verantwortung für den Ausbruch des Krieges stehe, doch

---

[1] Vgl. Völkerfriede 1917, Februar, S. 3–5. Das Datum steht über dem Schreiben vom 17. Januar 1916.

[2] Am 28. Dezember 1916 fand offenbar eine Sitzung der Geschäftsleitung statt. Von diesem Tage datiert das unten zu erwähnende Rundschreiben an die Ortsgruppen[412]). Diese Sitzung war die erste nach dem Friedensangebot vom 12. Dezember.

[3] Wortlaut der Friedenswarte 1917, Januar, S. 30, ohne Datum.

noch zu wenig geklärt sei. Müller-Meiningen[413]) erwiderte empört, man habe also nicht einmal mehr den Mut, die anderen anzuklagen. „Den Mut zu einer rechten Leichtfertigkeit", rief ich ihm zu. Ich mache mir heute noch Vorwürfe, daß ich im übrigen damals in der Sitzung geschwiegen habe, statt Heilberg beizuspringen und darüber hinaus die Resolution zu bekämpfen. Es wäre unzweifelhaft meine Aufgabe gewesen, und ich habe in diesem Fall ziemlich kläglich versagt.

Als in München über die Tagung berichtet wurde, sagte ich, das merkwürdigste in den Verhandlungen sei mir gewesen, daß man die Frage der Verschuldung am Ausbruch des Krieges als eine Frage der nationalen Gesinnung behandle, während es sich doch ganz offenbar um eine Frage des kritischen Urteils handle, die obendrein zur Zeit aus subjektiven und objektiven Gründen noch nicht zu entscheiden sei. Darauf wurde mir erwidert, das sei eben der tiefgehende Unterschied zwischen meinen Parteifreunden und mir, daß es für sie eine Forderung nationaler Gesinnung sei, was ich kühl als eine Frage kritischen Urteils behandle. „Dann erhebt ihr also das Meschuggesein zum nationalen Prinzip", war meine nicht sehr höfliche Antwort. Man wird später sehen, daß nach Beendigung des Krieges viele Pazifisten genau den gleichen Fehler (nur im umgekehrten Sinne) begingen, das Urteil über die Verantwortung für den Kriegsausbruch als eine Frage der Gesinnung zu behandeln[414]).

Wilson, der am 22. Dezember den Kriegführenden nahegelegt hatte, ihre Friedensbedingungen bekanntzugeben, richtete am 23. Januar eine Botschaft an den Senat, in der er den Kriegführenden vor Augen führt, wie der Friede beschaffen sein müsse, der diesen Krieg beende. Er entwickelte ein durchaus pazifistisches Programm für die Neuordnung der Welt. Die deutsche Regierung antwortete darauf am 2. Februar durch eine Note, in der zugleich der rücksichtslose U-Boot-Krieg angekündigt wurde. Fried nannte in seinen Tagebuch-Aufzeichnungen Wilsons Botschaft „den größten geschichtlichen Akt dieses Krieges"[1]. Die Deutsche Friedensgesellschaft aber richtete ein Glückwunschtelegramm an den amerikanischen Botschafter Gerard[2], [415])

XII. [XIIIa.] Organisation des deutschen Pazifismus

Die um die Jahreswende 1916/17 eingetretenen Ereignisse, die Genehmigung zum Wiedererscheinen der Zeitschrift „Der Völkerfriede", die, wenn auch bedingte, Freigabe der Erörterung der Kriegsziele, die Erklärungen des Reichskanzlers, das deutsche Friedensangebot und Wilsons Noten hatten eine Lage geschaffen, die der deutschen Friedensbewegung Möglichkeiten zu größerer Tätigkeit zu eröffnen schien. Schon am 28. Dezember 1916, am

[1] Vgl. Friedenswarte 1917, Februar, S. 56.
[2] Vgl. Völkerfriede 1917, März, S. 10; ohne Datum, notiert unterm 7. Februar.

gleichen Tage, an dem die Friedensgesellschaft sich in einer Eingabe an den Reichstag über das Ziel der Friedensverhandlungen aussprach, wandte sich die Geschäftsleitung in einem Rundschreiben an die Ortsgruppen und Vertrauensleute[1]. Unter Bezugnahme auf die im zweiten Kriegsflugblatt dargelegten Grundsätze und auf die Erklärungen des Reichskanzlers wurden die Adressaten verpflichtet, für die Grundsätze des Pazifismus und für deren Anwendung auf den künftigen Friedensschluß einzutreten und „die Notwendigkeit, das Rechtsprinzip im Völkerleben anzuerkennen" zu betonen. Für die Veranstaltung von Versammlungen und für Veröffentlichungen in der Presse wurden Anweisungen erteilt.

Nicht genug damit! Es schien an der Zeit, sich mit der Organisation und dem Arbeitsprogramm der Friedensbewegung über die Kriegszeit hinaus zu beschäftigen. Fast gleichzeitig entstanden zwei private Denkschriften, die eine, datiert Wiesbaden Mitte Januar, verfaßt vom Sekretär der Deutschen Friedensgesellschaft Fritz Röttcher[2], die andere, datiert Frankfurt, 20. Januar, verfaßt von mir, dem Vorsitzenden.

Röttcher betitelte seine Denkschrift „Entwurf eines Arbeitsprogramms"[416]). Er entwickelte, ausgehend vom föderativen Charakter der Deutschen Friedensgesellschaft, den Gedanken einer Arbeitsteilung. Wünschenswert schien ihm ein politisches Aktionskomitee, dessen Aufgabe die Durchführung bestimmter politischer Aktionen wäre. Für die allgemeine Arbeit wies er darauf hin, daß sich einzelne Organe schon in der Praxis herausgebildet hätten, deren Fortbildung und Erweiterung ins Auge zu fassen sei. Neben dem „Frauenbund der Deutschen Friedensgesellschaft", deren Vorsitzende Frau Professor Endriß in Canstatt war, glaubte er als ständige ausbauungsfähige Organe nennen zu können: die Wirtschafts- und Finanzkommission unter dem Vorsitz von Professor Dr. Heinrich Rößler in Frankfurt, den Pädagogischen Ausschuß unter Vorsitz von Professor Dr. W. Kinkel in Gießen und Dr. Wilhelm Epstein[417]) in Frankfurt a. M. Eine große Aufgabe würde der Buchhandlung der Deutschen Friedensgesellschaft in Stuttgart zufallen. Von Ortsgruppen lägen bereits Ergänzungsvorschläge vor: Göttingen beantrage eine Presse-Überwachungskommission und Preisausschreiben für Jugendschriften, Wiesbaden die Bildung eines Propagandaausschusses. Unter den Ortsgruppen seien Ansätze zu einer zweckmäßigen Arbeitseinteilung zu erkennen. Röttcher läßt die besonders tätigen Ortsgruppen Berlin, Frankfurt a. M. und Wiesbaden, Köln, München, Königsberg, Leipzig, Stuttgart Revue passieren. Er bittet die Ortsgruppen um Abhaltung von Diskussionsabenden unter Zugrundelegung diese Entwurfs, der allerdings als vertraulich zu betrachten sei.

---

[1] Vgl. Friedenswarte 1917, Februar, S. 60–61.

[2] In dem einzigen mir bekannten Exemplar stehen unten auf der Seite die oberen Hälften von zwei Buchstaben, die sicher als F R zu ergänzen sind. An Röttchers Verfasserschaft kann kein Zweifel bestehen. Röttcher schreibt (Postkarte vom 3. II. 18) von einer Frankfurter Tagung, für die er die Denkschrift geschrieben habe.

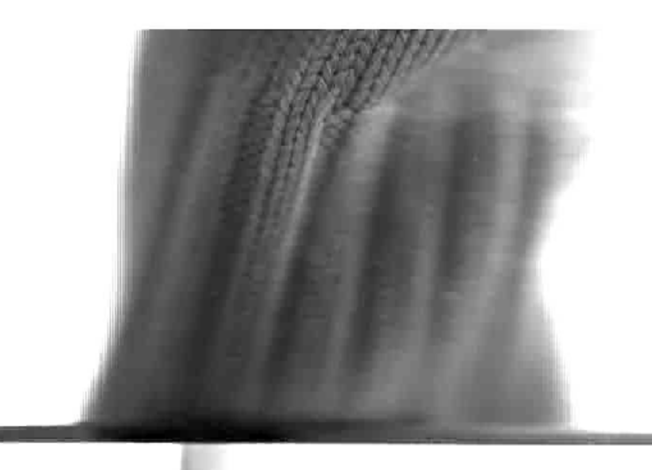
Die von mir verfaßte Denkschrift „Die Organisation des Pazifismus in Deutschland" stellte sich, wie der Titel schon sagt, eine viel weitere Aufgabe[1]. Sie beschäftigt sich mit den in Deutschland dem Gedanken internationaler Verständigung dienenden Organisationen, die man als „pazifistische" bezeichnen kann, obschon manche der Führer den Namen „Pazifismus" ablehnen. *Es sind, nach der Zeitfolge des Entstehens geordnet: Deutsche Gruppe der* Interparlamentarischen Union, Deutsche Friedensgesellschaft, Verband für Internationale Verständigung (diese drei aus der Vorkriegszeit, dann während des Krieges entstanden:) Bund Neues Vaterland, Nationaler Frauenausschuß für dauernden Frieden (der spätere deutsche Zweig der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit) und Zentralstelle Völkerrecht. Außer Betracht bleiben die besonderen der Verständigung mit England und Frankreich dienenden national gemischten Organisationen, deren Tätigkeit der Krieg ein Ende gemacht hat.

Die genannten sechs Gesellschaften werden in der Denkschrift nach Mitgliederstand, Aufgaben, Werbemethoden, Organisation und finanziellen Hilfsquellen charakterisiert. Dann wird die Frage aufgeworfen, wie weit ihr Nebeneinander notwendig und nützlich, wie weit vielleicht durch Kräftezersplitterung und Reibereien schädlich ist. Es werden besonders gegenübergestellt 1) Frauenbund der Deutschen Friedensgesellschaft und Nationaler Frauenausschuß für dauernden Frieden; 2) Verband für Internationale Verständigung und Bund Neues Vaterland; 3) Deutsche Friedensgesellschaft und Zentralstelle Völkerrecht. Am bedenklichsten erscheint das Nebeneinander der beiden letztgenannten Organisationen. Die Lösung sah ich darin, daß die Zentralstelle die ihr ja aufgezwungene Vereinsorganisation aufgebe, ihre während des Krieges gewonnenen Mitglieder den anderen Organisationen, insbesondere der Friedensgesellschaft, abtrete, dafür aber zu einer wirklichen Zentrale aller pazifistischen Organisationen ausgestaltet werde[418a]. Eine solche Zentrale werde man nach Friedensschluß sehr nötig brauchen, da die Zahl der Organisationen weiter wachsen werde und die Deutsche Friedensgesellschaft die frühere zentrale Stellung eingebüßt habe. Man werde sie auch brauchen, um die vielen, in erster Linie anderen Zwecken dienenden Vereine, die auf dem Boden internationaler Verständigung stehen, an uns anzugliedern. In dieser Zentrale müßten alle angeschlossenen Organisationen eine entsprechende Vertretung erhalten. Das wäre in großen Zügen das Organisationsprogramm für die Zeit nach Friedensschluß.

Für die Kriegszeit aber wird zweierlei gefordert: erstens ein gemeinsamer Ausschuß aller beteiligten Organisationen, die in ihn etwa je drei Vertreter abzuordnen hätten und nur soweit an seine Beschlüsse gebunden wären, als die Mehrzahl ihrer Vertreter zugestimmt hätte, zweitens Bildung gemeinsamer Lokalausschüsse überall, wo mehrere der beteiligten Organi-

---

[1] Da die Denkschrift ein kritisches Bild der pazifistischen Organisation in Deutschland während der Kriegszeit gibt, wie es trotz mancher Unsicherheiten sonst nicht existiert, gebe ich den Wortlaut im Anhang[418]).



sationen Ortsgruppen besitzen. Zentralausschuß und Ortsausschüsse müßten für rechte Arbeitsgemeinschaft und rechte Arbeitsteilung sorgen.

Diese beiden Denkschriften griffen der Entwicklung stark vor. Beide Verfasser schätzten die Möglichkeit der Betätigung während des Krieges und ebenso die Aussichten auf einen Friedensschluß zu günstig ein. Bald sollte der Rückschlag erfolgen.

XIII. [XIV.] Nach der Eröffnung des unbeschränkten U-Boot-Krieges

Am 1. Februar begann der uneingeschränkte U-Boot-Krieg, der unvermeidlich dazu führen mußte, die Vereinigten Staaten in den Krieg hineinzuziehen. Der Abbruch der diplomatischen Beziehungen erfolgte denn auch sofort, am 3. Februar, die Kriegserklärung aber erst nach zwei Monaten, am 7. April. Wilson hatte gewartet, bis die Schädigung der amerikanischen Interessen und die Vernichtung amerikanischer Menschenleben durch die deutschen Unterseeboote klar zu Tage lagen.

Der uneingeschränkte oder rücksichtslose U-Boot-Krieg wollte besagen, daß die Unterseeboote feindliche Handelsschiffe oder auch neutrale mit feindlicher Ladung ohne vorherige Warnung – also, ohne Möglichkeit zur Rettung der Mannschaft und der Passagiere zu geben, torpedierten. Man hoffte davon, die Versorgung Englands mit Nahrungsmitteln so stark zu behindern, daß die englische Regierung in einigen Monaten gezwungen sein werde, den Frieden zu unterzeichnen[1].

Bethmann Hollweg hatte, unterstützt vom Staatssekretär Helfferich[419]), dem von Tirpitz[420]) und den Alldeutschen gestellten Verlangen, den uneingeschränkten U-Boot-Krieg zu erklären, lange Widerstand geleistet. Eine wüste Hetze, die monatelang gegen ihn tobte, hatte ihn schließlich mürbe gemacht, gegen seine bessere Überzeugung mußte er dann die einmal getroffene Maßnahme vertreten[421]). Daß die amerikanische Kriegserklärung die notwendige Folge sein mußte, war den Regierungskreisen vollkommen klar. Das wird unter anderm bewiesen durch den ebenso abenteuerlichen wie unsinnigen Versuch, den der Staatssekretär des Äußeren Zimmermann schon am 19. Januar, also fast zwei Wochen vor dem Beginn des U-Boot-Krieges, elf Wochen vor der amerikanischen Kriegserklärung, unternahm, um Mexiko als Verbündeten gegen die Vereinigten Staaten zu gewinnen[1].

Die deutsche Politik war damals gegenüber den Vereinigten Staaten überhaupt aufs höchste zweideutig. Kurze Zeit, ehe Zimmermann die erwähnte Note absandte, zu einer Zeit, da der Entschluß zum U-Boot-Krieg

---

[1] So in der gleich zu erwähnenden Note Zimmermanns vom 19. Januar 1917.

[1] Die Note Zimmermanns, die über die deutsche Botschaft in Washington nach Mexiko geleitet wurde, war von den Amerikanern abgefangen und dechiffriert worden. Sie wurde Anfang März von der Regierung der Vereinigten Staaten veröffentlicht.

XIV 1

XIV. Nach der Eröffnung des unbeschränkten U-Boot-Krieges

Am 1. Februar begann der uneingeschränkte U-Boot-Krieg, der unvermeidlich zu dazu führen mußte, die Vereinigten Staaten in den Krieg hineinzuziehen. Der Abbruch der diplomatischen Beziehungen erfolgte (denn auch) sofort, am 3. Februar, die Kriegserklärung aber erst nach zwei Monaten am 7 April. Wilson hatte gewartet, bis die Schädigung der amerikanischen Interessen und die Vernichtung amerikanischer Menschenleben durch die deutschen Unterseeboote klar zu Tage lagen.

Der uneingeschränkte oder rücksichtslose U-Boot Krieg wollte besagen, daß die Unterseeboote feindliche Handelsschiffe oder auch neutrale mit feindlicher Ladung ohne vorherige Warnung – also, ohne Möglichkeit zur Rettung der Mannschaft und der Passagiere zu geben, torpedieren. Man hoffte davon, die Versorgung Englands mit Nahrungsmitteln so stark zu behindern, daß die englische Regierung in einigen Monaten gezwungen sein werde den Frieden zu unterzeichnen[1].

Bethmann-Hollweg hatte, unterstützt vom Staatssekretär Helfferich, ebenso von Tirpitz und den Alldeutschen gestellten Verlangen, den uneingeschränkten U-Boot-Krieg zu erklären, lange Widerstand geleistet. Eine wüste Hetze, die monatelang gegen ihn tobte, hatte ihn

[1] So in der gleich zu erwähnenden Note Zimmermanns v. 19. Jan. 17.

Eine Seite aus dem Manuskript Quiddes

gewiß schon feststand, fand in Berlin ein Bankett der amerikanischen Handelskammer statt. Hohe Reichsbeamte und der amerikanische Botschafter Gerard nahmen teil. Die deutsch-amerikanische Freundschaft wurde geradezu überschwänglich gefeiert[422]).

In den Akten der deutschen Friedensbewegung hat der Kampf, der um die Ausdehnung des Unterseebootkrieges geführt wurde, seltsamerweise keinen Niederschlag gefunden. Wir haben selbstverständlich, wo die Gelegenheit dazu gegeben war, die Forderung der Tirpitz und Genossen bekämpft; aber wir haben uns nicht, wie in anderen Fragen, mit Eingaben an den Reichskanzler oder an den Reichstag gewandt. Es will mir nachträglich scheinen, daß das eine Unterlassungssünde war, obschon natürlich unser Eingreifen an den Ergebnissen nichts geändert hätte. Wir vertrauten wohl darauf, daß Bethmann und Helfferich nicht nachgeben würden.

Als aber der uneingeschränkte U-Boot-Krieg erklärt war, hielten wir es für unsere Pflicht, zunächst Zurückhaltung zu üben.

In der Beurteilung der voraussichtlichen Folgen dieses Entschlusses und der amerikanischen Kriegserklärung standen sich zwei Auffassungen schroff gegenüber. Auf der einen Seite herrschte bei den Alldeutschen heller Jubel. Man erwartete, England auszuhungern und damit zu starken Zugeständnissen beim Friedensschluß zu zwingen. Über die militärischen Folgen der Teilnahme der Vereinigten Staaten am Krieg setzten diese U-Boot-Optimisten sich leicht hinweg. Die Massen, die von dort zur Unterstützung der französisch-englischen Front in den Krieg hineingeworfen werden könnten, schreckten sie nicht, denn sie mußten in dem Lande ohne allgemeine Wehrpflicht erst rekrutiert und ausgebildet werden; und wie sollten sie auf den europäischen Kriegsschauplatz gelangen? Schwimmen könnten sie ja nicht und fliegen auch nicht. Den Transport auf Schiffen aber würden unsere U-Boote verhindern. So konnte man damals vielfach sprechen hören. Ähnlich leichtfertig urteilten auch offizielle deutsche Stellen. Um den 24. März äußerte der Kriegsminister General Stein in einem Interview, das er einem Vertreter der ungarischen Zeitung „Az Est" gewährte: „Was vermag Amerika mehr für unsere Feinde zu tun, als es bis jetzt getan hat? Ob es die Flotte der Alliierten unterstützen wird, weiß ich nicht, und von einer Landarmee kann in naher Zukunft keine Rede sein. Amerika verursacht mir keine Sorgen[423])."

Auf der anderen Seite sahen wir Pazifisten in der Teilnahme der Vereinigten Staaten am Krieg ein schweres Unglück. Die kulturellen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Völkern, deren Lebensinteressen doch wahrhaftig keine Ursache zu kriegerischen Auseinandersetzungen geboten hätten, drohten nun über den Krieg hinaus gestört zu werden, und die moralische Wirkung, die von der Kriegserklärung der großen Demokratie ausgehen mußte, stand erschreckend vor uns[1].

---

[1] Vgl. Frieds Tagebuch-Aufzeichnungen an verschiedenen Stellen, besonders Friedenswarte 1917, S. 121 f.

Daß wir die entscheidende Rolle vorausgesehen hätten, die im Jahre 1918 den frisch ausgeruhten amerikanischen Heeresmassen gegenüber den abgekämpften deutschen Truppen an der Westfront bestimmt war, glaube ich nicht[424]). Wohl aber war uns klar, daß nun der überwältigende Sieg gegenüber den Verbündeten vollends zu einer Unmöglichkeit geworden war; denn die Vereinigten Staaten waren für Deutschland unangreifbar. Daraus folgte, daß nun versucht werden mußte, alle Hindernisse für einen Frieden der Verständigung aus dem Wege zu räumen und den annexionslüsternen Alldeutschen sowie deren Verbündeten, wenn sie sich wirklich mit ihren verrückten Forderungen wieder hervorwagen sollten, energisch entgegenzutreten. Dazu sollte sich bald genug Veranlassung finden. Aber Betrachtungen über die von Amerika drohenden Gefahren haben wir in unserer Argumentation, soviel ich sehe, nicht geltend gemacht. Wir waren in diesem Punkte doch nicht hellsehend genug.

Alles in allem ist es merkwürdig, daß so wichtige Ereignisse wie die Erklärung des uneingeschränkten U-Boot-Krieges und die amerikanische Kriegserklärung uns keinen Anlaß zu öffentlicher Stellungnahme gegeben haben.

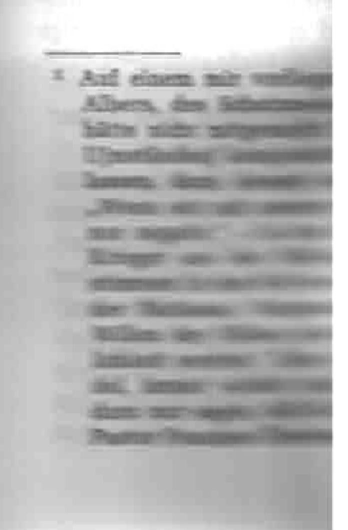
XIV. [XV.] Nach der russischen Revolution

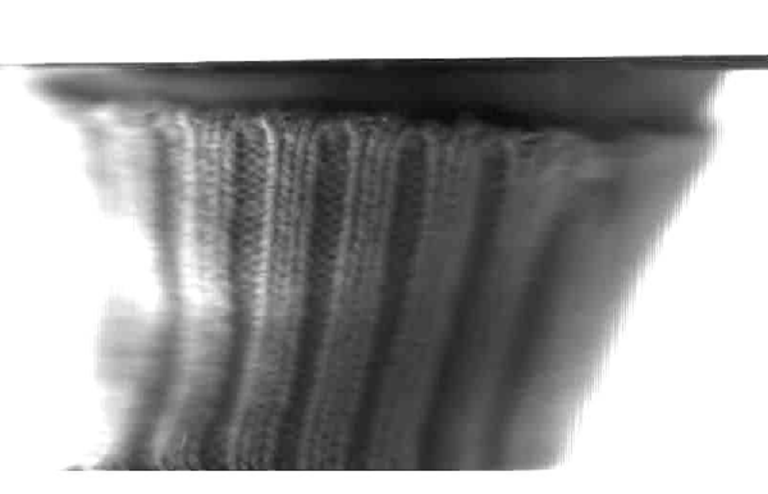
Um so stärker wurden wir in unserer Tätigkeit durch ein anderes Ereignis jener Tage angeregt, durch die russische Revolution.

Am 12. Februar wurde das Zaren-Regime gestürzt, und einige Tage darauf erfolgte die Abdankung des Zaren Nikolaus. Es schien damit eine Aussicht auf Friedensverhandlungen gegeben. Zum mindesten hatten die Vertreter eines Verständigungsfriedens fortan in Rußland die Möglichkeit, sich frei zu äußern.

Der Reichskanzler richtete am 29. März im Reichstag an das russische Volk einen Appell zum Frieden, sprach von Wiederannäherung und künftiger guter Nachbarschaft der beiden Völker. Am folgenden Tage äußerte der österreichisch-ungarische Außenminister Graf Czernin[425]) in einem Interview sich ähnlich hoffnungsvoll. Die russische Regierung, die zunächst ihren Entschluß zur Fortführung des Krieges betont hatte, sprach sich in einer Erklärung vom 10. April für einen Friedensschluß aus, und die Mittelmächte antworteten schon am 14. April grundsätzlich zustimmend[426]). In dieser Lage richteten am 19. April deutsche Pazifisten durch Vermittlung des Internationalen Friedensbureaus in Bern und des Ständigen Ausschusses der Schwedischen Friedensvereine in Stockholm eine Botschaft an die russischen Friedensfreunde.

Sie wandten sich an die „Parteien und Gruppen, die im neuen Rußland in so hervorragender Weise tätig sind, um auf möglichst sofortige Beendigung des Krieges hinzuwirken und zugleich allen militaristisch-machtpoliti-





schen und imperialistischen Bestrebungen entgegenzutreten." Sie sprachen diesen russischen Friedensfreunden die herzlichen Sympathien der deutschen Pazifisten aus, versichern, daß sie im eignen Lande mit allen ihren Kräften in der gleichen Richtung tätig sind, und bekunden ihren Glauben an den Sieg der gemeinsamen Sache, an dem, wie sie überzeugt sind, auch Deutschland, trotz des im Auslande vorherrschenden Mißtrauens mitwirken werde. Am Schluß heißt es: „Wir bitten daher die pazifistisch gesinnten Kreise der russischen Demokratie, nicht abzulassen von ihren auf den Frieden gerichteten Bemühungen. Sie werden damit allen im Kriege befindlichen Völkern ein leuchtendes Beispiel und eine machtvolle Anregung geben[427])."

Unterzeichnet war das Schreiben von mir, namens des Vorstandes (richtiger: der Geschäftsleitung) der Deutschen Friedensgesellschaft und von Pastor Hans Francke[428]) namens des Vorstandes der Berliner Ortsgruppe. Die anderen pazifistischen Organisationen, Frauenliga, Zentralstelle Völkerrecht und Bund Neues Vaterland waren nicht daran beteiligt, ob zufällig oder absichtlich, vermag ich nicht zu sagen. Innerhalb der Friedensgesellschaft fehlte es nicht an Bedenken gegen die Zweckmäßigkeit und den zu enthusiastischen Ton des Schreibens[1].

Ob das Schriftstück in die Hände der russischen Adressaten gelangt und ob eine Antwort darauf erfolgt ist, habe ich nicht feststellen können.

Weit wichtiger war eine Eingabe, die einen Tag später, am 20. April, die vier pazifistischen Organisationen, die Deutsche Friedensgesellschaft, der Bund Neues Vaterland, der Nationale Frauenausschuß für dauernden Frieden und die Zentralstelle Völkerrecht an den Reichstag richteten. Die Eingabe war begleitet von einer von mir verfaßten Denkschrift „Die Friedensfrage nach der russischen Revolution"[429]). Es wird nötig sein, auf diese Eingabe und die Denkschrift ausführlich einzugehen, denn die Auffassung der politischen Lage durch uns Pazifisten im Gegensatz sowohl zu den Alldeutschen wie auch zu der Regierungspolitik wird dadurch klargelegt, und jeder Leser wird heute wohl zugeben, daß politische Einsicht auf unserer Seite war und

[1] Auf einem mir vorliegenden Exemplar des Schreibens ist von der Hand Paul Albers, des Schatzmeisters der Deutschen Friedensgesellschaft, bemerkt: „Ich hätte nicht mitgemacht! Man weiß noch gar nicht, wie die Sache geht. U[nter] U[mständen] kompromittieren wir uns unnötig. Rußland muß man ganz gehen lassen, dann kommt der Nutzen für den Frieden am schnellsten." Weiter: „Wenn wir mit unserer kolossalen Beliebtheit irgendetwas tun, ist der Erfolg nur negativ." – In dem Schreiben war die Hoffnung ausgesprochen, wenn die Krieger aus den Schützengräben heimkehrten, werde auch Deutschland einstimmen in den Ruf nach Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit, der einzelnen und der Nationen. Vergewaltigungen und Kriege werden „vor dem einmütigen Willen der Völker, sich freier und friedlicher Arbeit zu widmen, zur Unmöglichkeit werden." Dazu bemerkt die gleiche Hand: „Das ist und bleibt Schwindel, immer wieder machen wir dazu gegen besseres Wissen mit." Ich kann dazu nur sagen, daß die so scharf beantworteten Sätze meiner und sicher auch Pastor Franckes Überzeugung entsprachen.

daß, was wir vertraten, nicht ein Kultus von Idealen im luftleeren Raum, sondern praktische Realpolitik war, für Interessen, die über den Tag hinausreichten.

Die Eingabe verlangte vom Reichstag, daß er sich in der durch die russische Staatsumwälzung geschaffenen vollkommen neuen Lage für folgende Grundsätze aussprechen möge:

„1. Deutschland ist gegenüber dem neuen freien Rußland, das die nationalen Rechte der dem Russischen Reiche eingegliederten Fremdvölker zu achten verspricht, bereit, einen Frieden ohne irgendwelche Eingriffe in den territorialen Bestand des russischen Staatswesens zu schließen. Vorausgesetzt wird dabei, daß die nationalen Rechte der Deutschen in Rußland in gleicher Weise wie die der übrigen Nationalitäten des Russischen Reiches sichergestellt und alle gegen die Rechtsgleichheit verstoßenden Willkürakte aus der Zeit der alten autokratischen Regierung rückgängig gemacht werden.

2. Die Reichsregierung möge sich bereit erklären, zur Ergänzung des Friedensangebots vom 12. Dezember vorigen Jahres in geeigneter Weise die Bedingungen bekanntzugeben, die sie den gegnerischen Mächten auf einem Friedenskongreß zu unterbreiten beabsichtigt.

3. Der Reichstag ist gewillt, eine Politik zu unterstützen, die sich in Konsequenz der Erklärungen des Herrn Reichskanzlers vom 9. November vorigen Jahres eine internationale Verständigung über eine den Frieden sichernde zwischenstaatliche Organisation (einen „Friedensbund der Völker") zur Aufgabe setzt und für eine vertragsmäßige Beschränkung der Rüstungen mit dem Ziel der allgemeinen Abrüstung eintritt.

4. Der Reichstag ist gewillt, diese Politik zugleich zu stützen auf eine Erneuerung unseres inneren politischen Lebens, die, geboren aus den Erfahrungen dieses Krieges und gestaltet lediglich nach dem Willen und nach den Bedürfnissen des deutschen Volkes, doch zugleich auch Schwierigkeiten beseitigen wird, die bisher einem vertrauensvollen internationalen Zusammenwirken im Wege standen, und er fordert die sofortige Inangriffnahme der dafür nötigen gesetzgeberischen Maßnahmen[430])."

Die Denkschrift „Die Friedensfrage nach der russischen Revolution" gliedert sich, entsprechend dem Text der Eingabe, in vier Abschnitte.

Im ersten Abschnitt „Die Antwort auf die russische Friedensbereitschaft" wird zunächst, in Anknüpfung an eine sehr bedenkliche offiziöse deutsche Erklärung, das Schlagwort von einem „Frieden wert der Opfer", das zur Begründung von Annexionsforderungen mißbraucht werde, in seiner Sinnlosigkeit aufgezeigt. Dann wird der „Verzicht auf Gebietsänderungen" im Osten aus der veränderten Situation heraus begründet. Die Voraussetzungen, von denen der Reichskanzler ausging, als er am 5. April 1916 die territorialen Kriegsziele für die „Völker zwischen der baltischen See und den Wolhynischen Sümpfen" aufstellte, die „der Herrschaft des reaktionären

Rußland nicht wieder ausgeliefert werden dürften", seien fortgefallen. Jetzt wäre es ein ganz unsinniges Beginnen, einem freien Polen eine wie immer geartete, noch so lose Verbindung mit Deutschland gewaltsam auferlegen zu wollen. Ähnlich steht es mit Litauen, ähnlich mit den baltischen Provinzen. – Deutsche Politik kann es heute offenbar nur sein, darauf hinzuweisen, daß die durch die russische Revolution verkündeten Grundsätze der Freiheit und nationalen Gleichberechtigung, wie den Polen und den Finnländern, so auch allen Deutschen in Rußland, insbesondere in den baltischen Provinzen zugute kommen. Aus dieser Erkenntnis hieße es die Konsequenzen ziehen. Das Schlimmste seien halbe Entschlüsse.

Diese Ausführungen standen im schroffen Gegensatz zu Tendenzen, die damals in Deutschland stark vertreten waren und auch einen Einfluß auf die deutsche Politik ausübten[431]). Aus den baltischen Provinzen sollten deutsche Herzogtümer werden. Auf Polen wollten die Mittelmächte irgendwie die Hand legen. Die verschiedensten Pläne kreuzten sich. Heute wird wohl jedermann zugeben, daß die ruhige Abwägung realpolitischer Möglichkeiten auf der Seite von uns Pazifisten war, und daß, was wir forderten, auch dem nationalen Interesse entsprach.

Am Schluß des Abschnittes hieß es dann noch: Die Regierung werde klug tun, mit der Möglichkeit zu rechnen, daß bei Fortsetzung des Krieges die Massen den Regierungen die Entscheidung aus der Hand nehmen können, und dafür zu sorgen, daß dieser Zwang bei Rußlands Bundesgenossen einsetze.

In dem zweiten Abschnitt „Mitteilung der Friedensbedingungen" wird die Auffassung vertreten, daß die ungenügende Wirkung des Friedensangebots vom 12. Dezember 1916 zum Teil darauf zurückgehe, daß die deutsche Regierung bei ihrer auffallend raschen Beantwortung der Wilsonschen Note die Gelegenheit, ihre Bereitwilligkeit zur Mitteilung von Friedensbedingungen zu bekunden, versäumt habe. Die Antwort der Entente habe deshalb im neutralen Ausland nicht die unbedingte Empörung erregt, die man in Deutschland ziemlich allgemein erwartete, und es sei der Eindruck entstanden, „daß die vollkommen ablehnende Beantwortung der Wilsonschen Note ein Zugeständnis an jene Kreise war, die das Friedensangebot mißbilligt hatten und die noch heute darüber frohlocken, daß es abgelehnt worden ist." Den „schweren Fehler, der durch Mangel an Konsequenz bei der Verfolgung des Friedensangebotes vom 12. Dezember gemacht worden ist, in irgendeiner Form wieder auszugleichen", biete die geänderte Situation in Rußland Gelegenheit. Also jetzt Bekanntgabe von Friedensbedingungen!

Im dritten Abschnitt „Neuorientierung der auswärtigen Politik" wird die Auffassung vertreten, daß es geboten sei, auf die Erklärung zurückzukommen, „die der Reichskanzler am 9. November 1916 über die Bereitwilligkeit Deutschlands, einem Friedensbund der Völker beizutreten, abgegeben hat." Diese Notwendigkeit wird begründet damit, daß die Erklärung vom 9. November nur sehr allgemein gehalten und die beiden Hauptprobleme,

die Verpflichtung zur Annahme friedlicher Vermittlung und die internationale Regelung der Rüstungsfrage beiseite ließ, weiter durch die bedauerliche Haltung mancher Kreise in Deutschland, die sich veranlaßt fanden „die Erklärung des Reichskanzlers in ihrer Bedeutung möglichst herabzusetzen, ja mit offenkundiger Mißachtung zu behandeln", endlich aber mit dem Bedürfnis, „die unheilvolle Wirkung, die von der Haltung Deutschlands auf den beiden Haager Konferenzen ausgegangen ist", endlich aus der Welt zu schaffen. Wie unheilvoll diese Haltung und wie verhängnisvoll deren Rückwirkung auf die öffentliche Meinung der ganzen Welt war, wird näher ausgeführt.

Daraus ist dann das durch die leichtfertige Agitation der Alldeutschen genährte Mißtrauen erwachsen, Deutschland sei „das große Hindernis für internationalen Fortschritt", es wünsche „eine Politik nicht des Rechtes, sondern der Gewalt zu treiben" und betrachte „die Rüstungen als Mittel dieser Politik." Es sei ein wahrhaft tragisches Schicksal, wie sich jetzt das friedliche deutsche Volk einer „so ungeheuren Flut von blindwütiger verhängnisvoller Feindschaft" gegenüber sieht. Darum sei es „von so außerordentlicher Bedeutung für die Friedensmöglichkeiten, daß die Erklärung des Reichskanzlers vom 9. November als die Ankündigung einer neuen Ära deutscher Politik in diesen Fragen gegen alle Zweifel sichergestellt und als solche überall gewertet werde."

In dem vierten und letzten Abschnitt „Neuorientierung der inneren im Verhältnis zur auswärtigen Politik" wird darauf hingewiesen, daß auch vor dem Kriege Deutschland in freiheitlich und fortschrittlich gesinnten Kreisen des Auslandes als *die* reaktionäre Macht Europas gegolten habe, „wohl entfernt nicht so schlimm, aber viel zuverlässiger reaktionär als Rußland." Das wird näher ausgeführt an den Antipathien, die die preußische Politik gegenüber den nationalen Minderheiten geweckt habe, an dem internationalen Urteil über den deutschen und preußischen Militarismus, insbesondere an der Wirkung des Falles Zabern, der noch „kurz vor dem Krieg dieses Urteil über deutsche Zustände in der unheilvollsten Weise verschärft" habe[432]). Dieses Urteil sei ein schweres Hindernis für die Gestaltung unserer internationalen Beziehungen. „Äußere und innere Politik stehen in einem Verhältnis gegenseitiger Abhängigkeit zueinander. Freie innere Verfassungen der Staaten sind in der Tat eine der Voraussetzungen für das Gedeihen einer freien zwischenstaatlichen Organisation und für eine diesem Ziele zugewandte Politik." Der Gedanke, uns innere Reformen vom Ausland aufzwingen zu lassen oder solche Reformen durchzuführen, nur um dem Ausland zu gefallen, wird entschieden abgelehnt. Aber ebenso entschieden wird betont, daß die Rückwirkungen der inneren auf die äußere Politik nicht übersehen werden dürfen.

Da die Neuorientierung im Innern nach allgemeiner Überzeugung kommen solle, müsse man aus ihr auch international den natürlichen Gewinn ziehen. Die Welt müsse überzeugt werden, „daß es Ernst ist mit dem neuen Deutschland, das – ohne Revolutionen und äußeren Druck – aus dem unge-

heuren Erlebnis dieses Krieges emporsteigen soll." Ein kleiner Anfang sei gemacht mit der kaiserlichen Osterbotschaft (in der eine Reform des preußischen Wahlrechts angekündigt war). Über das Maß der Reformen werde man verschiedener Meinung sein (auch bei den Pazifisten), aber um eine gute auswärtige Politik zu machen, werde die Erneuerung des inneren politischen Lebens sehr tief greifen müssen, und in den Grundzügen müsse darüber Klarheit schon während des Krieges geschaffen werden, um bestehende Vorurteile zu überwinden; denn diese bedeuteten „zugleich Mißtrauen in die Ernsthaftigkeit des Entschlusses bei der Neuorganisation der Welt zur Sicherung des dauernden Friedens mitzuwirken." Mit einem Appell an den Reichskanzler und an den Reichstag, daraus die Folgerungen zu ziehen, schließt die Denkschrift.

Die Denkschrift wurde unter dem Titel „Die Friedensfrage nach der russischen Revolution" als Broschüre gedruckt und verbreitet. Ihr Inhalt war als grundsätzliche Darlegung der pazifistischen Forderungen für alle Friedensverhandlungen von dauerndem Wert; aber was die unmittelbare Verwertung anlangt, wurde sie bald gegenstandslos; denn trotzdem von beiden Seiten die Geneigtheit zu Verhandlungen ausgesprochen war, kamen solche nicht zu Stande. Ende Juni brachen vielmehr neue schwere Kämpfe aus, zunächst durch eine russische Offensive im Süden, der bald eine deutsche Gegenoffensive folgte. Bis zum Herbst setzten sich die Kriegshandlungen, besonders auch im Baltikum, fort. Erst als in Rußland die Bolschewiken unter Trotzki[433]) an Stelle der Menschewiken (Kerenski)[434]) sich der Regierung bemächtigt hatten, zeigten sich neue Friedensaussichten, von ihnen wird später die Rede sein.

XV. [XVI.] Im Kampfe gegen Annexionsforderungen

Man sollte meinen, daß, nachdem die Vereinigten Staaten in den Krieg eingetreten waren, den Kriegstreibern in Deutschland der Mut, Eroberungspläne zu vertreten, abhanden gekommen wäre. Aber weit gefehlt! Am 3. Mai 1917 veröffentlichten vierundzwanzig große wirtschaftliche und politische Verbände einen Aufruf, der sich gegen „die Forderungen nach einem Frieden ohne Kriegsentschädigung und ohne Gebietserweiterung" wandte und in der Forderung eines „Friedens mit Entschädigung, mit Machtzuwachs und Landerwerb" gipfelte. Angehörige aller Volkskreise und aller Körperschaften, die diese Anschauungen teilen, wurden gebeten, der Erklärung zuzustimmen. Eine Massenkundgebung, dazu bestimmt, einen entscheidenden Einfluß auf die Reichsregierung auszuüben, war also im Werk[435]).

Als ob sie eine Vorahnung dieser Kundgebung gehabt hätten, faßten die in Frankfurt versammelten Frauen des Nationalen Frauenausschusses für

dauernden Frieden am 30. April eine Entschließung[1], die sie dem Reichstag und dem Reichskanzler mit dem Datum „Deutschland[2], den 30. April 1917" überreichten. Sie forderte Bekanntgabe der Kriegsziele und einen Frieden ohne Annexionen. Hier ihr Wortlaut:

„In Erinnerung an den Haager Internationalen Frauenkongreß 1915 tagen in 22 kriegführenden und neutralen Ländern, die dem Internationalen Frauenausschuß für dauernden Frieden angeschlossen sind, nämlich in Australien, Belgien, Bulgarien, Dänemark, Deutschland, England, Finnland, Frankreich, Irland, Italien, Holland, Norwegen, Österreich, Neuseeland, Polen, Rumänien, Rußland, Schweden, Schweiz, Uruguay, Ungarn und Vereinigte Staaten von Nordamerika Frauenversammlungen, um bei ihren Regierungen für die Herbeiführung eines dauernden Friedens zu wirken.

Um den gleichen Zielen zu dienen, sind auch deutsche Frauen zusammengetreten und fordern die deutsche Regierung auf, alle Mittel zu ergreifen, die zur Beendigung des grauenvollen Krieges führen. Den Weg dazu erblicken die Frauen darin, daß die Regierung klar ausspricht, was die deutschen Kriegsziele sind, insbesondere erklärt, daß sie einem Frieden zustimmt ohne Annexionen.

Die Völker haben das unbedingte Recht zu verlangen, daß endlich der Weg zur Verständigung gefunden werde!"

Die Veröffentlichung dieser Entschließung wurde in Stuttgart vom Generalkommando verboten, während andere Militärbefehlshaber sie anscheinend ruhig passieren ließen. Sie kam dann, jetzt unbeanstandet von der gleichen Stuttgarter Behörde, auch im Völkerfrieden zum Abdruck[436]).

Die gefährliche, auf Massenwirkung berechnete Kundgebung der 24 Verbände durfte nicht ohne kräftige Abwehr bleiben. Es mußte versucht werden, die einer vernünftigen Überlegung zugänglichen Kräfte zu sammeln. Da die Gewinnung von persönlichen Unterschriften unter einen Gegenaufruf zu viel Zeit beansprucht hätte, den pazifistischen Organisationen aber öffentliche Kundgebungen untersagt waren, sprang ich persönlich in die Bresche und veröffentlichte unterm Datum „München, 4. Mai 1917", also schon am Tage nach dem Erscheinen der Kundgebung, einen „Aufruf zur Kriegszielkundgebung der 24 Verbände".

„Wer dem Aufruf der 24 Verbände zu folgen Neigung verspürt, wolle sich vor der Entscheidung zwei Fragen vorlegen:

1. Kann bei ruhiger Überlegung irgend jemand glauben, daß der Friede ‚mit Machtzuwachs und Landerwerb', wie er in dem Aufruf gefordert wird, dauern kann? ... 2. Gesetzt aber ein solcher Friede ‚mit Machtzuwachs und

---

[1] Gedruckt in: „Völkerversöhnende Frauenarbeit", S. 45, mit der Bemerkung, daß sie dem Reichstag überreicht sei; „Pazifismus und Belagerungszustand", S. 59 f., als Eingabe an den Reichskanzler.

[2] Den Frauen kam es offenbar darauf an, den Ort ihrer geheimgehaltenen Zusammenkunft nicht zu verraten.

Landerwerb' wäre so wünschenswert, wie er unheilvoll ist, – wie lange wird der Krieg noch fortgesetzt werden müssen, um ihn zu erzwingen?"

Auf die erste Frage lautet die Antwort: „Niemand darf im Ernst darauf rechnen." Da die niedergezwungenen Mächte all ihr Bemühen daran setzen müßten, den Zustand der Dinge, der ihnen aufgezwungen werden soll, zu beseitigen, würde ein solcher Friede notwendig den Keim neuer Kriege in sich tragen. „Will das deutsche Volk wirklich diesen entsetzlichen Krieg geführt haben, um sogleich für einen neuen, vielleicht noch entsetzlicheren Krieg rüsten zu müssen? Will es nicht vielmehr eine bessere Sicherung des Friedens, die nur auf der Grundlage der Verständigung möglich ist?"

Auf die zweite Frage ergibt sich die Antwort daraus, daß offenbar unsere Gegner erst vollkommen niedergezwungen werden müßten, um sich den geforderten Bedingungen zu unterwerfen. Wenn das überhaupt möglich ist (vielleicht durch die allmählich steigende Wirkung des Tauchbootkrieges), so entzieht sich doch die Frage, ob und wann eine Entscheidung im Sinne der 24 Verbände möglich ist, jeder Berechnung. „Die Forderung eines Friedens ‚mit Machtzuwachs und Landerwerb' bedeutet Fortführung des Krieges auf unabsehbare Zeit, vielleicht auf Jahre. Ist es wirklich der Wille des deutschen Volkes, für dieses in unbestimmter Ferne, vielleicht als Irrlicht wirkende Ziel weiter unermeßliche Blutopfer zu bringen?"

Der Aufruf stellte den Leser vor ein Entweder-Oder: „Entweder man will den baldigen Frieden, den Frieden wenigstens in absehbarer Zeit. Dann braucht freilich nicht alles wieder zu werden, wie es vor dem Kriege war, Deutschlands Stellung in der Welt soll besser und gesicherter werden, aber man kann keine Gebietserwerbungen im Sinne der 24 Verbände fordern. Ober man verwirft jeden Frieden, der nicht diese Gebietserwerbungen bringt. Dann muß man auf baldigen Frieden verzichten und den Krieg noch lange fortzusetzen entschlossen sein." Die Frage „Was will das deutsche Volk?" wird durch diese Gegenüberstellung beantwortet. „Um die Gegnerschaft gegen die gefährlichen Kriegszielforderungen der 24 Verbände organisieren zu helfen", ersucht der Aufruf am Schluß Gleichgesinnte, ihre Zustimmung mitzuteilen.

Auffallend und etwas verwunderlich erscheint heute, wie in deutschen pazifistischen Kundgebungen und Denkschriften dieser Jahre zwar die Vorstellung, der Krieg könne durch einen überwältigenden deutschen Sieg und einen entsprechenden Gewaltfrieden beendet werden, bekämpft wird, wie es aber fast als selbstverständliche Voraussetzung hingenommen wird, daß beim Friedensschluß das militärische Übergewicht auf deutscher Seite sein werde, so daß es möglich sein werde, bei der Neuordnung der internationalen Beziehungen deutsche Interessen, soweit solche mit den Lebensbedingungen anderer Völker vereinbar wären, weitgehend wahrzunehmen. Diese falsche Einschätzung der Kriegsaussichten ist freilich, wenn man sich die militärische Lage vergegenwärtigt, leicht verständlich, standen doch fast auf allen Kriegsschauplätzen die Truppen der Mittelmächte tief in Feindesland.

Aber die wachsenden Schwierigkeiten der Lebensmittel- und Rohstoffversorgung wurden dabei nicht genügend in Rechnung gestellt. Noch auffallender aber ist, daß auch die deutschen Pazifisten offenbar sich nicht im klaren darüber waren, daß auf lange Sicht der Eintritt der Vereinigten Staaten in den Krieg von entscheidender Bedeutung werden mußte. In all den Ausführungen zur Begründung ihrer Auffassung findet sich nirgends auch nur eine Hindeutung auf dieses Argument, das (so scheint es uns heute) doch das allerstärkste Gewicht haben mußte. Die Pazifisten waren in diesem Punkte nicht hellsichtiger als ihre Gegner, die, unbekümmert um die Gegnerschaft der Vereinigten Staaten, an ihren Eroberungsplänen festhielten. Freilich dauerte es ja nach der Kriegserklärung mehr als ein volles Jahr, bis amerikanische Truppen in größerer Zahl in Frankreich eingesetzt wurden, und man mochte damals zweifeln, ob die Regierung der Vereinigten Staaten überhaupt dazu schreiten werde, ihre Massen ins Feld zu führen.

Mein Aufruf vom 4. Mai wurde in manchen Zeitungen vollständig, in anderen mit Kürzungen abgedruckt[437]). Die Redaktion des Vorwärts, die ihn ungekürzt zu bringen wünschte, glaubte auf Grund von Erfahrungen, die sie kurze Zeit vorher mit einem Artikel ähnlichen Inhalts gemacht hatte, ihn zur Zensur einreichen zu müssen. Als zwei Wochen verstrichen waren, schrieb mir einer der Redakteure: es sei ihm trotz aller Monierungen nicht gelungen, eine Entscheidung der Zensur zu erreichen, ein Fall, der ihm in seiner Praxis noch nicht passiert sei.

Welchen unmittelbaren Erfolg der Aufruf hatte, d. h. wie viele Zustimmungserklärungen einliefen, vermag ich nicht anzugeben. Meine Erinnerung versagt, und schriftliche Zeugnisse sind nicht erhalten[1]. Jedenfalls hat es sich geltend gemacht, daß wir in unserer Propaganda auf das äußerste beschränkt waren.

XVI. [XVII.] Im Kampf gegen den Belagerungszustand

Im Lauf unserer bisherigen Darstellung war oft genug Veranlassung, auf die Bedrückungen hinzuweisen, unter denen Pazifisten und pazifistische Organisationen zu leiden hatten. Für die Militärbehörden existierten Rechtsgrundsätze, wenn es sich um Unterdrückung pazifistischer Bestrebungen handelte, überhaupt nicht. Offenbare Gesetzwidrigkeiten wurden begangen, ohne daß auch nur der Versuch einer Begründung notwendig schien. Von Rechtsgleichheit bei Durchführung allgemein geltender Grundsätze war nie die Rede; im offenen Widerspruch zu der Politik der Reichsregierung wurden pazifistische Kundgebungen verboten, die wildesten annexionistischen Kundgebungen geduldet, selbst wenn sie von beschimpfenden Angriffen auf den

[1] Vgl., was oben über den Verlust der pazifistischen Akten gesagt ist.

Reichskanzler begleitet waren. Beschwerden wurden fast immer abgewiesen oder blieben ohne Antwort.

Im Sommer 1917 gingen wir daran, unser Beschwerdematerial zusammenzustellen, und unter dem 1. Juli wurde es in einer Eingabe, die die völlige Aufhebung des Belagerungszustandes oder doch ein Notgesetz behufs Wiederherstellung der Versammlungs-, Vereins- und Preßfreiheit und Beschränkung der Zensur auf rein militärische Angelegenheiten forderte, dem Reichstag vorgelegt. In der Denkschrift, die diese Eingabe begleitete, ist ein riesiges Material verarbeitet. In den Beilagen waren Dokumente des Pazifismus im Wortlaut mitgeteilt, vorwiegend solche, deren Veröffentlichung oder Verbreitung von den Militärbehörden untersagt wurde. Wir druckten die Eingabe samt Druckschrift und Beilagen zugleich als Broschüre (72 Oktavseiten stark) unter dem Titel „Pazifismus und Belagerungszustand". Diese Broschüre haben wir, ehe uns ein Verbot erreichen konnte, in einer ziemlich großen Auflage verbreitet. Als die Militärbehörde in Frankfurt, dem Druckort, hinter unsere Schliche kam, wurde mir, der ich mich in Possenhofen am Starnberger See aufhielt, von München aus eilends ein Radfahrer mit dem Verbot, die Schrift zu verbreiten, ins Haus gesandt.

Es würde noch heute lohnen, die Schrift zu lesen, um ein richtiges Bild von dem Rechtszustand während des Krieges, von der Unvernunft weiter Kreise der Bevölkerung, der Militärbefehlshaber und der alldeutschen Organisationen und von den Schwierigkeiten, unter denen wir deutsche Pazifisten unsere Pflicht zu erfüllen hatten, zu erhalten.

In den Beilagen Nr. 13 findet man den Text der Eingabe und einen Auszug aus den Schlußbetrachtungen der Denkschrift „Pazifismus und Belagerungszustand"[438]), die im Druck der Broschüre etwa 5½ Seiten einnehmen.

Diese Eingabe vom 1. Juli kam im Reichstag nicht mehr zur Beratung. Die vier Organisationen wandten sich deshalb am 2. Oktober aufs neue an den Reichstag wegen Aufhebung der politischen Zensur. Der neuen Eingabe wurde die Schrift „Pazifismus und Belagerungszustand" beigelegt. Ihre Angaben über die rechtswidrige und politisch schädliche Unterdrückung des Pazifismus wurden durch neues Material ergänzt.

In der Zwischenzeit hatte sich die politische Lage durch die im Reichstag am 19. Juli erfolgte Annahme der Friedensresolution, von der im nächsten Abschnitt zu sprechen sein wird, und durch die von der Reichsregierung auf eine päpstliche Note am 19. September erteilte Antwort sehr wesentlich verändert. Jene Reichstags-Resolution und diese Regierungserklärung hatten, wie es in der Eingabe heißt, so vieles von den pazifistischen Forderungen übernommen, daß „gegenüber den leidenschaftlichen Angriffen, denen die Reichstagsmehrheit und die Politik der Reichsregierung von Seiten der Alldeutschen und deren Gesinnung ausgesetzt sind", die Vertretung der pazifistischen Grundsätze „jetzt in den meisten Fällen auf eine Verteidigung der Erklärung vom 19. Juli und der Note vom 19. September hinausläuft."

Trotzdem fuhren militärische Stellen fort, den Pazifisten jede Betätigung zu untersagen, während sie den Gegnern der Reichstagsmehrheit fast unbeschränkte Freiheit ließen. Der Zustand war ja wahrhaft grotesk, zugleich aber auch ein politischer Skandal.

In der Eingabe heißt es deshalb mit Recht:

„Die Forderung, die wir früher im Namen der Rechtsgleichheit und im Interesse eines die Zukunft des deutschen Volkes sichernden Friedens erhoben haben, stellen wir jetzt zugleich im Interesse des Reichstags und der Reichsregierung, die beide Gefahr laufen, den Verdacht völliger Ohnmacht oder schlimmster Zweideutigkeit auf sich zu laden, wenn sie es noch weiterhin dulden, daß militärische Stellen, bis hinauf zum Obermilitärbefehlshaber, in offenbarem Widerspruch zu den Gedanken der Reichstagsentschließung vom 19. Juli und der Note vom 19. September den Pazifismus als staatsgefährlich unterdrücken, den Alldeutschen Verband aber, den Unabhängigen Ausschuß und die Deutsche Vaterlandspartei schirmen und fördern."

Die Eingabe läuft aus in folgende Forderungen:

„Wir bitten den Reichstag dafür zu sorgen, daß die Grundsätze, die in der vom Hauptausschuß am 29. August angenommenen, jetzt dem Plenum vorliegenden Resolution niedergelegt sind, wirklich zur Ausführung kommen. Wir bezweifeln allerdings auf das stärkste, daß es dafür genügt, wenn der Reichstag seinen Willen in einer Entschließung bekundet und sich von Vertretern der Reichsregierung Erklärungen geben läßt, die mehr oder minder verklausulierte Versprechungen enthalten. Es scheint uns notwendig, dem Inhalt der Resolution die Form eines Gesetzes zu geben und auf dessen sofortiger Verabschiedung durch den Bundesrat zu bestehen. Sollte eine solche gesetzgeberische Aktion jetzt wirklich scheitern, was uns ausgeschlossen erscheint, wenn der Reichstag wirklich willens ist, seine Macht zu gebrauchen, so bliebe noch die Möglichkeit, solche und andere gesetzliche Bestimmungen bei Anforderung des nächsten Kriegskredites in die betreffende Gesetzesvorlage hineinzuarbeiten."

Der Eingabe ist beigegeben, was sich ohne besonderes Bemühen, ohne systematische Sammlung an Nachträgen zur Denkschrift vom 1. Juli darbot. Aus dem reichen Material, das in der dem Reichstag zugegangenen Eingabe fast neun Folioseiten umfaßt, sollen hier nur einige besonders charakteristische Einzelheiten hervorgehoben werden[439]).

Eine Wiedereröffnung der Buchhandlung der Deutschen Friedensgesellschaft wurde am 25. August 1917 abgelehnt, obschon die Buchhandlung selbstverständlich nur von der Zensur genehmigte Schriften vertrieben hätte.

Der Berliner Ortsgruppe wurde um den 20. August jede öffentliche Werbetätigkeit verboten[439a]). Der Unterschied gegenüber der Behandlung anderer Organisationen, speziell der Alldeutschen und ihrer Freunde besteht darin: „Nicht irgendeine einzelne Kundgebung, nicht eine bestimmte Versammlung, nicht ein bestimmtes Flugblatt wird verboten, sondern überhaupt jede öffentliche Werbetätigkeit und jede Mitteilung an die Presse."

Als in Erfurt eine Friedensversammlung angekündigt wurde, in der Herr von Gerlach über „Europa nach dem Kriege" sprechen sollte, mußte u. a. das Wort „Friede" gestrichen werden, so daß es in den schon gesetzten Anzeigen hieß „Öffentliche .... versammlung".

Nach einer Versammlung, in der Herr von Gerlach über „Die Welt nach dem Kriege" gesprochen hatte, wurde der Leipziger Ortsgruppe jede öffentliche Werbetätigkeit untersagt. Auf das Verlangen des Vorsitzenden[440]), ihm zu sagen, was an von Gerlachs Rede beanstandet sei, wurde ihm u. a. geantwortet, der Redner habe Propaganda für die amerikanische „Liga zur Erzwingung des Friedens" gemacht; das sei aber ein Eingriff in die Maßnahmen der obersten Heeresleitung, die veranlaßt werden solle, kriegerische Operationen zu unterlassen. Die Eingabe bemerkt dazu: „Das Generalkommando meint also allen Ernstes, daß die genannte Liga den Frieden im gegenwärtigen Kriege erzwingen wolle! Der wirkliche Zweck der Liga ist es ja bekanntlich, eine Vereinigung von Staaten zu schaffen, die künftige Kriege verhindern und die Aufrechterhaltung des Friedens soll erzwingen können. Wenn jemand, der sich um diese Fragen niemals gekümmert hat, zu dem Mißverständnis verführt wird..., so ist das verzeihlich. Wenn aber eine Behörde, die des Zensuramtes zu walten hat, sich so unwissend auf dem Gebiet der ihr anvertrauten Interessen zeigt, noch dazu, nachdem ihr Beamter Gelegenheit hatte, sich vom Redner belehren zu lassen, so ist das geradezu skandalös." Der Fall ist charakteristisch für die Handhabung der militärischen Zensur. Die Gelegenheit, ihre Sachkenntnis bloßzustellen, war leider nur selten gegeben, da fast alle Verfügungen ohne Begründung gegeben wurden.

Eine öffentliche Versammlung des Frauenstimmrechtbundes, die in Berlin am 28. September 1917 stattfinden und für politische Gleichberechtigung der Frauen eintreten sollte, wurde auf Grund der Anordnung vom 9. Dezember 1914 verboten. Ein amüsantes Kuriosum: Als Rednerin war u. a. angemeldet Frau Dr. M. von Kemnitz, die spätere Frau Ludendorff[441]).

Zu Sitzungen der Studienkommissionen der Zentralorganisation für einen dauernden Frieden, teils im Haag, teils in Christiania wurden Professor Schücking und mir die Pässe verweigert. Die Themata, die erörtert werden sollten, gehörten alle zum Friedensprogramm der Mittelmächte. Die militärischen Behörden aber schienen zu meinen, „es sei im Interesse des Deutschen Reiches gelegen, wenn sie dafür sorgen, daß eine internationale Aussprache über diese Probleme ohne die Beteiligung deutscher Kommissionsmitglieder erfolgt."

Noch unsinniger war die Paßverweigerung in einem andern mich angehenden Falle. Im März 1917 hatte auf Einladung des Anti-Oorlog-Raad ein französischer Pastor Soulier[442]) eine leidenschaftlich deutschfeindliche Rede gehalten. Der Anti-Oorlog-Raad wandte sich an mich mit der Bitte, nach dem Haag zu kommen, „um die wahnsinnige Kriegspolitik des französischen Pastors Soulier in unsern Kreisen energisch zu bekämpfen." Die Ausstellung eines Passes wurde zunächst von der Polizeidirektion München, dann vom Generalkommando des I. Bayerischen Armeekorps abgelehnt!

Eine tolle Wirtschaft herrschte auf dem Gebiet der literarischen Zensur. In verschiedenen Fällen, über die im einzelnen berichtet wird, geschah es, daß Schriften, die von der Zensur des Verlagsortes genehmigt waren, im Bereich anderer Generalkommandos, insbesondere in Berlin, mit Beschlag belegt wurden oder daß (wohl auf Bestreben der Berliner Stellen) die Ausgabe eines genehmigten Buches verhindert und das Lager mit Brettern vernagelt wurde.

Zu den verbotenen Büchern gehörten: Nicolai[443]), „Biologie des Krieges", Fr. W. Foerster, „Die deutsche Jugend und der Weltkrieg", Walther Schücking, „Die völkerrechtlichen Lehren des Weltkrieges", Redslob[444]), „Probleme des Völkerrechts", Becker[445]), „Der Einfluß des Krieges auf die Rasse", Jocham[446]), „Wir Christen und das päpstliche Friedensprogramm".

Die an der Handhabung des Gesetzes über den Belagerungszustand geübte Kritik hatte im Reichstag immerhin den Erfolg, daß der Hauptausschuß am 29. August eine Resolution annahm, die Grundsätze für die Handhabung der militärischen Befugnisse aufstellte. Diese Resolution sollte, als wir die Eingabe vom 2. Oktober einreichten, an das Plenum des Reichstages gelangen. Bald darauf erfolgte der Rücktritt des Reichskanzlers Michaelis, der an die Stelle Bethmann Hollwegs getreten war, und die Ernennung des Grafen Hertling zum Kanzler, Friedrich Payers[447]), des Führers der schwäbischen Demokraten, zum Vizekanzler. Letzterem wurde die Befugnis übertragen, über Beschwerden gegen die Verfügungen der Generalkommandos zu entscheiden, – also endlich Unterordnung der Militärbefehlshaber unter eine politische Stelle, unter einen Zivilisten.

XVII. [XVIII a.] Um die Kriegszielresolution des Reichstages

Die Eingabe vom 1. Juli war eben in die Hände des Reichstages gelangt, als dort – auf Betreiben Erzbergers, wie man weiß – Bemühungen einsetzten, eine Kundgebung der Volksvertretung für einen Frieden ohne Annexionen zu erreichen[1], Bemühungen, die bekanntlich zu der viel erörterten Kriegszielresolution des 19. Juli führten[448]).

Während diese Verhandlungen schwebten, erfolgte die Entlassung des Reichskanzlers Bethmann Hollweg. Er fiel als Opfer der alldeutschen Hetze und Ludendorffs; er fiel in einem Augenblick, da sich im Reichstag eine Mehrheit zusammenfand für eine Kundgebung, die ihm eine starke Stütze gegen die alldeutschen Annexionspolitiker hätte sein können.

Da über den Wortlaut der geplanten Kundgebung nicht nur unter einigen führenden Politikern, sondern auch unter den Parteien verhandelt werden mußte, wurde die geplante Resolution der Gegenstand lebhafter Erörte-

---

[1] Erzbergers Vorstoß erfolgte in der Sitzung des Hauptausschusses vom 6. Juli.

rungen auch in der Presse. Gegen Ende der ersten Juliwoche wurde auch – recht voreilig – der Wortlaut veröffentlicht[1].

Etwa eine Woche später, am 14. Juli, dem Tage der Entlassung Bethmann Hollwegs, brachte das offiziöse Wolffsche Telegraphenbüro den nicht sehr wesentlich abweichenden[2] Text[449]). Er lautete[3]:

„Wie am 4. August 1914, gilt für das Deutsche Volk auch an der Schwelle des vierten Kriegsjahres das Wort der Thronrede: Uns treibt nicht Eroberungslust. Zur Verteidigung seiner Freiheit und Selbständigkeit, für die Unversehrtheit seines territorialen Besitzstandes hat Deutschland die Waffen ergriffen. Der Reichstag erstrebt einen Frieden der Verständigung und der dauernden Versöhnung der Völker. Mit einem solchen Frieden sind erzwungene Gebietserwerbungen und politische, wirtschaftliche oder finanzielle Vergewaltigungen unvereinbar. Der Reichstag weist auch alle Pläne ab, die auf eine wirtschaftliche Absperrung und Verfeindung der Völker nach dem Kriege ausgehen. Die Freiheit der Meere muß sichergestellt werden. Nur der wirtschaftliche Frieden wird einem freundschaftlichen Zusammenleben der Völker den Boden bereiten. Der Reichstag wird die Schaffung internationaler Rechtsorganisationen kräftig fördern. Solange jedoch die feindlichen Regierungen auf einen solchen Frieden nicht eingehen, solange sie Deutschland und seine Verbündeten mit Eroberung und Vergewaltigung bedrohen, wird das Deutsche Volk wie ein Mann zusammenstehen, unerschütterlich ausharren und kämpfen, bis sein und seiner Verbündeten Recht auf Leben und Entwicklung gesichert ist. In seiner Einigkeit ist das Deutsche Volk unüberwindlich. Der Reichstag weiß sich darin eins mit den Männern, die in heldenmütigem Kampfe das Vaterland schützen. Der unvergängliche Dank des ganzen Volkes ist ihnen sicher."

Die Resolution wurde eingebracht von der Mehrheit des Reichstages, die sich zusammensetzte aus den Fraktionen des Zentrums, der Fortschrittlichen Volkspartei, der Elsaß-Lothringer, der Sozialdemokraten, aus einem Teil der Deutschen Fraktion[450]) und einzelner Mitglieder anderer Fraktionen, sie war also der Annahme im Plenum vollkommen sicher.

[1] Payer („Von Bethmann Hollweg bis Ebert", S. 37) spricht nur von einer voreiligen Veröffentlichung, die am 14. Juli erfolgte. Vor mir aber liegt ein Ausschnitt aus einer Stuttgarter Zeitung vom 14. Juli, in dem es heißt: „Die vielberedete Friedensformel der Reichstagsmehrheit war schon Ende der letzten Woche in die Presse gelangt und auch von uns wiedergegeben worden... Jetzt wird sie auch vom offiziösen Wolff-Büro verbreitet." Wie es zu dieser – auch noch voreiligen – Veröffentlichung kam, erzählt Payer, S. 37 f.

[2] In dem erwähnten Stuttgarter Blatt heißt es: „obgleich die Wolffsche Fassung nur geringfügige stilistische Änderungen aufweist".

[3] Die Sperrungen entnehme ich dem Abdruck in der Stuttgarter Zeitung.

Die vier pazifistischen Organisationen, die am 1. Juli vereint aufgetreten waren, richteten am 16. Juli eine Eingabe an den Reichstag[451]), in der sie diesen ersuchten, er „wolle in der geplanten Kundgebung zur Kriegszielfrage

1. den Gedanken ‚eines Friedens der Verständigung und der dauernden Versöhnung der Völker' ergänzen durch Anerkennung des Rechtes nationaler Minderheiten auf kulturelle, wirtschaftliche und politische Gleichberechtigung, auf ungehinderten Gebrauch der Muttersprache und auf freie Ausübung des religiösen Bekenntnisses,
2. die für die wirtschaftlichen Beziehungen aufgestellten Gesichtspunkte ergänzen durch die Forderung möglichst ungehinderten internationalen Güteraustausches, freien Verkehrs und der ‚offenen Türe',
3. eine Erklärung zugunsten der Schaffung internationaler Rechtsorganisation ergänzen durch die Forderung, daß einer Wiederkehr des verderblichen und gefährlichen Rüstungswettkampfes durch internationale Vereinbarungen über allgemeine Abrüstung vorgebeugt werde."

In der Begründung verhehlten die Gesuchsteller nicht ihre „große Genugtuung" über die „sehr wesentliche Annäherung" an die von ihnen wiederholt vertretene Auffassung, glaubten aber, einige Änderungen an dem vorliegenden Text seien, „wenn der Zweck der Kundgebung erreicht werden soll, von so großer, ja entscheidender Bedeutung", daß sie sich verpflichtet fühlten, ihre Vorschläge noch in letzter Stunde dem Reichstag zu unterbreiten.

Es folgen dann Bemerkungen, die für uns von besonderem Interesse sind. Es spiegeln sich in ihnen starke Meinungsverschiedenheiten, die im Kreise der deutschen Pazifisten herrschten. Sie lauten wie folgt:

„Wir wollen es dahingestellt sein lassen, ob es zweckmäßig ist, in einer solchen Kundgebung an der stark umstrittenen und im Auslande fast durchweg anders als in Deutschland beantworteten Frage des Ursprungs dieses Krieges zu rühren, ebenso auch, ob es zweckmäßig ist, an die Proklamierung von Kriegszielen im Sinne eines Verständigungsfriedens gleich die Proklamierung der Fortführung des Kampfes – für den Fall der Zurückweisung eines solchen Angebotes – anzuschließen und damit eine Selbstverständlichkeit besonders zu betonen.

Wir machen kein Hehl daraus, daß über diese Fragen auch in unseren Reihen die Ansichten auseinandergehen.

Nicht berührt werden durch diese Zweifel und Meinungsverschiedenheiten die positiven Vorschläge unserer Eingabe."

Ein Entwurf der Eingabe, den ich am 14. Juli mit dem Ersuchen umgehender Stellungnahme an die Vorstandsmitglieder der beteiligten Organisationen verschickte[452]), gibt uns näheren Einblick in die innerhalb der pazifistischen Kreise bei Beurteilung der Reichstags-Resolution herrschenden Meinungsverschiedenheiten. Es hieß dort:

„Die einen fürchten, daß der Schluß des Textes, der eine Selbstverständlichkeit zu betonen für notwendig hält, wie eine Herausforderung oder

eine Drohung verstanden werden wird, und sie glauben, daß damit die ganze Wirkung der Resolution, die doch die Möglichkeit von Friedensverhandlungen erleichtern soll, zunichte gemacht ist; sie meinen auch, daß es dem Reichstage, dessen Mehrheit früher, zum mindesten bedingt, Gebietserweiterungen gefordert hat, die mit den jetzt bekundeten Grundsätzen nicht vereinbar sind, wenig anstehe so zu sprechen, als ob die feindlichen Regierungen einen Frieden im Sinne der beantragten Erklärung, der ihnen noch gar nicht angeboten ist, schon zurückgewiesen hätten. Andere in unseren Reihen erkennen an, daß es, um einer Mißdeutung der Kundgebung vorzubeugen, notwendig erscheint, auf die Entschlossenheit, einen Verteidigungskrieg bis aufs äußerste fortzuführen, hinzuweisen, und sie legen der Formulierung dieser Sätze keine sehr erhebliche Bedeutung bei, da böser Wille aus der Kundgebung, ganz einerlei wie sie lautet, Motive zur Fortführung des Krieges ableiten wird, guter Wille aber aus dem, was in der Kundgebung wesentlich ist, die Bereitwilligkeit zu einem Verständigungsfrieden, wie ihn die Lebensinteressen aller kriegführenden Völker fordern, entnehmen muß und sich durch einen mehr oder minder glücklich formulierten, vielleicht auch drohenden Hinweis auf die Kampfbereitschaft des deutschen Volkes nicht abschrecken lassen wird.

Immerhin bitten wir zu erwägen, ob der Schluß der Resolution in der vorliegenden Gestalt der Erreichung des Zieles, das den Antragstellern vorschwebt, dienlich ist.

Unbeschadet dieser Frage" etc.

In einer Nachschrift, mit der ich die Zusendung des Entwurfes begleitete, bekannte ich, daß ich den Hinweis auf die Bedenklichkeit des Schlusses und auf unsere Meinungsverschiedenheiten sehr ungern aufgenommen hätte, da ich zu denen gehörte, die an dem Schluß des Resolutionsentwurfes, wenn sie ihn auch lieber anders formuliert sähen, keinen Anstoß nehmen.

„Aber die scharfe Kritik, so heißt es weiter, die manche unserer Freunde an diesem Text des Resolutionsentwurfes üben, macht es notwendig, dazu Stellung zu nehmen. Wir müßten sonst auf den Ausdruck der Genugtuung im ersten Absatz verzichten, und auch das würde wahrscheinlich nicht genügen; denn die Kritiker in unseren Reihen würden sagen, daß das Schweigen als Zustimmung zu dem Schluß gedeutet werden würde. Vielleicht empfiehlt es sich, den dritten und den vierten Absatz (das sind die eben zitierten) fortzulassen."

Die Verständigung erfolgte dann, wie man sieht, in diesem Sinne. Die Andeutung der Bedenken gegen den Schluß und das Geständnis der Meinungsverschiedenheiten blieben stehen; aber die nähere Darlegung der sich entgegenstehenden Auffassungen fiel fort.

Es wurden auch sonst noch einige Änderungen an dem Text der Eingabe vorgenommen. Sie sind alle kaum von mehr als redaktioneller Bedeutung, außer der einen, daß im dritten Absatz der Zweifel, ob es zweckmäßig sei, an der Frage des Ursprungs des Krieges zu rühren, hinzukam.

Der Entwurf aber zeigt noch, daß ursprünglich die Beteiligung des Verbandes für Internationale Verständigung vorgesehen war. Sie fiel fort, entsprechend der vom Verband überhaupt geübten starken Zurückhaltung.

Aus der Begründung zu den drei Forderungen der Eingabe ist nur weniges hervorzuheben.

Zu Ziffer 1 wurde natürlich darauf hingewiesen, welche Wichtigkeit der „Anerkennung der Rechte nationaler Minderheiten in national gemischten Staaten" für die Sicherung dauernden Friedens zukommt.

„In unserer Politik gegenüber den deutschen Staatsbürgern polnischer, dänischer oder französischer Nationalität müssen wir entschlossen sein, die vollen Konsequenzen einer Neuorientierung zu ziehen. Ebenso aber fordern wir die Wahrung der nationalen Rechte der Deutschen im Auslande"[1].

Zu Ziffer 2. Die Begründung fügte zur Forderung der offenen Tür hinzu „zum mindesten für alle Kolonien und Schutzgebiete". Das „zum mindesten" ist seltsam; denn die ganz allgemeine Durchführung des Gedankens würde den unbeschränkten Freihandel bedeuten, der doch in einer folgenden Bemerkung abgelehnt wird:

„Die Frage, ob und wie weit für bestimmte wirtschaftliche Entwicklungszustände sich Schutzzölle rechtfertigen lassen, soll mit der Anerkennung dieser Grundgedanken nicht erledigt sein."

Zur Forderung der Freiheit der Meere wird bemerkt, daß sie im wirtschaftlichen Teil der Resolution eigentlich nichts zu suchen hat, da die Freiheit der Meere in Friedenszeiten unbestritten ist und entgegenstehende fanatische Forderungen auf Boykottierung des deutschen Seeverkehrs keine ernsthafte Beachtung verdienen. Freiheit der Meere ist eine Forderung des Seekriegsrechtes, nicht der Friedenswirtschaft.

Zu Ziffer 3 wird die Bedeutung der Abrüstung für die Friedenssicherung nachdrücklich hervorgehoben; denn ein neuer Rüstungswettkampf würde früher oder später zu einem neuen Zusammenstoß führen. Daneben wird auf die ungeheuerlichen Steuerlasten hingewiesen, die eine ganz unerträgliche Beschränkung der Mittel für alle kulturfördernden Unternehmungen zur Folge haben müßte. Wenn es im Anschluß daran heißt: „Wilde aufständische Bewegungen, Ausbrüche ungezügelter Volkserbitterung würden fast unvermeidlich darauf antworten", so ist das eine der wenigen Übertreibungen, die unsere Propaganda sich hat zuschulden kommen lassen.

Schließlich wird die Notwendigkeit, sich zu dem Gedanken der Abrüstung zu bekennen, durch den Hinweis auf die im Ausland weit verbreitete und leider auf chauvinistische Äußerungen einzelner Personen in Deutsch-

---

[1] Der Entwurf fügte hinzu „vor allem in den baltischen Provinzen uns der Deutschen in Rußland anzunehmen, ist geradezu eine Ehrenpflicht des Deutschen Volkes, ist aber mit den Grundsätzen dauernden Friedens durchaus vereinbar." Wenn diese Sätze fortgefallen sind, so geht das vielleicht auf Bedenken von Gerlachs zurück, der sich dagegen wehrte, daß die Herrenstellung der baltischen Barone könnte aufrechterhalten werden.

land gestützte Auffassung begründet, „Deutschland warte nur auf den Friedensschluß, um das Signal zu neuen ungeheuren Rüstungen zu geben."

„Wenn die jetzt zu beschließende Kundgebung dieser Auffassung durch ein Bekenntnis zu der Idee der Abrüstung entgegentritt, so wird das sowohl zur Erleichterung von Friedensverhandlungen wie zur Sicherung des künftigen dauernden Friedens unendlich viel beitragen."

Natürlich waren wir uns über die geringen Aussichten, beim Reichstag noch Gehör zu finden, im klaren. Dazu bemerkt der Schlußabsatz unserer Begründung, der dem Entwurf noch fehlte:

„Wir verkennen nicht die Schwierigkeit, an einem in langen Verhandlungen festgestellten und schon veröffentlichten Wortlaut noch Änderungen vorzunehmen. Aber bei einem Akt von welthistorischer Bedeutung darf es niemals zu spät sein, die Worte zu prüfen und die Tragweite dessen, was gesagt oder schweigend übergangen wird, zu erwägen."

Das Oberkommando in den Marken verbot, diese Eingabe als Broschüre zu drucken oder auch nur an unsere Mitglieder zu versenden. – Im Völkerfrieden vom September aber wurden die drei Punkte der Petition wörtlich, die Begründung im Auszug veröffentlicht.

Unsere Vorstellungen blieben ohne Erfolg. An dem veröffentlichten Text wurden keine Änderungen mehr vorgenommen. Der Schutz der Minderheiten, der freie Güteraustausch, die internationale Abrüstung fanden keine Aufnahme in das Kriegsziel-Programm des Reichstages.

Die Resolution wurde im Reichstag mit 212 gegen 126 Stimmen angenommen. Es fehlte also nicht viel an einer Zweidrittelmehrheit. Die Zustimmung zu den Grundsätzen der Resolution aber reichte nach den Erklärungen der Parteien viel weiter, als diese Ziffern erkennen lassen. Zur grundsätzlichen Gegnerschaft gegen den Verständigungsfrieden hat sich nur eine kleine Minderheit, bestehend aus höchstens einem Sechstel des Reichstages, bekannt. Auch der Reichskanzler Michaelis schloß sich, allerdings mit der unglückseligen Wendung „wie ich sie auffasse", der Erklärung des Reichstages an[453]). Er forderte allerdings Sicherstellung der Grenzen des Deutschen Reiches wie seiner Lebensbedingungen auf dem Kontinent und über See; aber er empfahl für Erreichung dieser Ziele keine anderen Wege als die der Verständigung und des Ausgleiches.

Die Deutsche Friedensgesellschaft nahm durch eine in der Presse veröffentlichte Erklärung zu der Reichstagsresolution Stellung[454]). Sie begrüßte sie „mit großer Genugtuung". Daß ihre Vorschläge zur Erweiterung des Inhaltes kein Gehör gefunden hatten, hinderte sie nicht, anzuerkennen, daß in der Resolution „die wesentlichsten Grundsätze ausgesprochen sind, die einem Frieden der Verständigung, der Versöhnung der Völker und dauernder Friedenssicherung zu Grunde liegen müssen." Die Friedensgesellschaft betonte besonders, daß „trotz aller Hindernisse, die der Demokratisierung Deutschlands und der Parlamentarisierung der Reichsregierung entgegenstehen, in dieser wichtigen Frage der Volksvertretung die Führung zugefallen ist."

„Auf deutscher Seite ist damit der Weg zu Friedensverhandlungen freigemacht. Es ist nun Sache der Friedensfreunde in den anderen kriegführenden und neutralen Ländern, daraus die Folgerungen zu ziehen."

Die Erklärung formuliert dann am Schluß, in Übereinstimmung mit den „seit einem Jahrhundert ausgesprochenen und während des Krieges von den pazifistischen Organisationen aller Länder, wie neuerdings von der russischen Demokratie neu formulierten Forderungen" die Ansprüche an den Friedensschluß:

„Dieser Friede darf das Selbstbestimmungsrecht keines Volkes vergewaltigen; er soll vielmehr die nationalen Rechte aller Völker, in national abgeschlossenen wie in national gemischten Staaten, als gleichberechtigt anerkennen; er soll die friedliche Gemeinschaft ihrer wirtschaftlichen Beziehungen sichern; er soll die Gefahren rivalisierender Bündnisse und der geheimen Diplomatie beseitigen; er soll dem Rüstungswettkampf durch internationale Vereinbarungen über allseitige Abrüstung ein Ende machen, und er soll endlich den dauernden Bestand der großen friedlichen Völkergemeinschaft durch Ausbau des Haager Werkes auf sichere Grundlage stellen."

Der Nationale Frauenausschuß, der im Sommer 1917 seinen Namen in Deutscher Frauenausschuß für dauernden Frieden änderte, benutzte die Reichstagsresolution, um den Reichstagsabgeordneten die Beschlüsse des Ende April im Haag stattgehabten internationalen Frauenkongresses in Erinnerung zu bringen und aus der Übereinstimmung mit den Forderungen der Resolution die Folgerung zu ziehen, sie sei „deutlichster Beweis dafür, daß es den Frauen keineswegs an politischer Fähigkeit, Einsicht und Initiative gebricht, die man ihnen, ganz besonders bei uns in Deutschland, so gern abspricht"[1].

Der holländische Anti-Oorlog-Raad sah sich durch die Reichstagsresolution veranlaßt, einen Appell an das National Peace Council zu richten, erhielt von diesem eine entgegenkommende Antwort und übermittelte sie an die Deutsche Friedensgesellschaft[2].

Im feindlichen Ausland aber überwog eine ganz andere Stimmung. Die Reichstagsresolution fand dort nicht die Aufnahme, die sie verdient hätte. Statt die dargebotene Hand zu ergreifen und die verständigungswillige Richtung in Deutschland damit zu stärken, antwortete man mit Zweifeln und Hohn. Das kam natürlich den Gegnern der Reichstagsresolution zugute, machte aber auch unter denen, die zugestimmt hatten, manche irre. Ich erinnere mich an Reden von Reichstagsabgeordneten der Mehrheit, wie etwa des Dr. Müller-Meiningen, die zwar heftig gegen die Vaterlandspartei und den ihr verwandten Ausschuß polemisierten, aber in Verteidigung der Reichstagsresolution so viele Klauseln und Einschränkungen anbrachten, daß von der Vertretung eines Friedens ohne Annexionen und ohne Kriegsentschädigung nicht mehr die Rede war.

---

[1] Der Wortlaut in: Völkerversöhnende Frauenarbeit, S. 53.

[2] Vgl. Völkerfriede, 1917, September, S. 12.

XVIII. [XVIII b.] Um das Eingreifen Papst Benedikts

Es waren kaum zwei Wochen nach der Kundgebung des Deutschen Reichstages verflossen, als Papst Benedikt sich mit einem höchst bedeutsamen Schreiben an die Kriegführenden wandte[455]. Er forderte sie auf zur Beendigung des Blutvergießens und zur Einleitung von Friedensverhandlungen. Als Ziel des Friedensvertrages stellte er hin eine Ordnung der internationalen Beziehungen, bei denen das Recht an die Stelle der Gewalt träte, und eine Einschränkung der Rüstungen bis auf jenes Maß, das zur Erhaltung der inneren Ordnung erforderlich sei. Damit würden also Armeen vollständig beseitigt sein und nur eine Polizeitruppe noch geduldet werden. Also radikale Abrüstung! Was Papst Benedikt forderte, war ein rein pazifistisches Programm, weit hinausgehend über die Ergebnisse der Haager Konferenzen und in der Abrüstungsfrage radikaler, als wir Pazifisten auf unseren Kongressen zu fordern gewagt hatten.

Die Antwort der Deutschen Regierung vom 19. September konnte angesichts der vor zwei Monaten beschlossenen Reichstags-Resolution nicht anders als grundsätzlich zustimmend lauten. Sie machte sich den Gedanken zu eigen, daß die Macht des Rechtes an die Stelle der Macht der Waffen treten solle, bekräftigte die Kundgebung des Reichstages als Leitgedanken deutscher Politik und erklärte, daß mit einem Frieden der Verständigung und Versöhnung, wie ihn der Reichstag erstrebe, erzwungene Gebietsabtretungen unvereinbar seien.

Die pazifistischen Organisationen ließen sich nicht so lange Zeit wie die Deutsche Regierung, um zu der päpstlichen Kundgebung Stellung zu nehmen. Der Niederländische Anti-Oorlog-Raad, der, wie wir sahen, die Reichstagsresolution benutzt hatte, um im feindlichen Ausland für die Idee des Verständigungsfriedens zu werben, wandte sich jetzt an die deutschen Organisationen mit der Bitte um Stellungnahme. Sowohl die Deutsche Friedensgesellschaft wie die Zentralstelle Völkerrecht antworteten telegraphisch mit der Versicherung wärmster Zustimmung[456].

Im Auftrag der beiden Organisationen richtete ich am 25. August ein Schreiben an den päpstlichen Nuntius in München Monsignore Pacelli[457] (den späteren Papst Pius XII.), um ihn zu bitten, dem Papst ihren Dank für sein Vorgehen zu übermitteln[458]. In dem Schreiben hieß es u. a.:

„Wenn jetzt in der Person des Papstes die älteste und universalste aller Weltmächte sich zu diesen Ideen bekennt, für die zugleich die der Zukunft zugewandten Kräfte der internationalen Demokratie eintreten, so schöpfen wir daraus die Hoffnung auf Erfolge, die vor nicht langer Zeit noch in das Reich der Utopien zu gehören schienen.

Die furchtbaren Erfahrungen dieses Krieges haben den Boden dafür bereitet.

Die Anerkennung des alles andere beherrschenden Zieles, der Sicherung dauernden Friedens durch internationale Organisationen oder durch einen Friedensbund der Völker, kommen die Erklärungen feindlicher Staatsmänner

außerordentlich nahe. Der Verständigung steht aber im Wege, daß jeder von ihnen wohl die Ehrlichkeit seines eignen guten Willens beteuert, die gleichlautenden Versicherungen der anderen Seite aber für arglistige Täuschung erklärt. In der Überwindung dieses Hindernisses wird sich die päpstliche Vermittlung vielleicht besonders segensreich geltend machen können.

In unseren Kreisen ist seit langer Zeit der Gedanke vertreten worden, daß der Weg zur Verständigung über die materiellen Kriegszielfragen durch eine Verständigung über die zukünftige Friedenssicherung auf der Grundlage einer internationalen Rechtsordnung gewonnen werden müsse. Wir sind auf das freudigste überrascht, daß die päpstliche Note die Kriegführenden auf den gleichen Weg verweist, und sind überzeugt, daß in der Tat die Verständigung über die schwierigen materiellen Streitfragen territorialer, wirtschaftlicher und finanzieller Natur auf diese Weise wesentlich erleichtert werden wird."

Nach Betonung der noch bestehenden großen Schwierigkeiten einer Verständigung endet das Schreiben mit den Worten:

„Selbst wenn der päpstlichen Note ein unmittelbarer Erfolg, wie wir ihn erhofften, nicht beschieden sein sollte, wird sie nicht ohne tiefgehenden Einfluß auf die Regierungen und auf die Völker bleiben können. Sie wird, solange der Krieg weiter wütet, als eine erschütternde Anklage dastehen, die zugleich den Weg der Erlösung zeigt, und als solche weiter wirken.

Deshalb danken wir Sr. Heiligkeit nochmals aus vollem Herzen und bitten Eure Exzellenz der Dolmetsch unserer Gefühle zu sein."

Den Wortlaut der an den Anti-Oorlog-Raad gerichteten Telegramme und einen Auszug aus dem an den Nuntius gerichteten Brief übergaben wir der Presse[459]).

Auch weiterhin haben wir die Note des Papstes Benedikt als die bedeutungsvollste während des Weltkrieges ergangene pazifistische Kundgebung gepriesen und uns auch in der Nachkriegszeit in unserer Agitation, besonders in katholischen Kreisen, auf sie berufen.

XIX. [XVIII c.] Weiter im Kampf um Kriegsziele

Während der Reichstag und die Reichsregierung für einen Verständigungsfrieden eintraten, wurde in großen Massen, sogar an der Front, eine schon im Frühjahr[1] erschienene Schrift verbreitet, die wohl das Tollste von

[1] Die mir vorliegende erste Ausgabe, 1. bis 25. Tausend, trägt eine Widmung des Verlegers dem Andenken seines im Kriege gefallenen Sohnes, datiert vom 20. März 1917. Die von Stillich[466]) für seine Gegenschrift benutzte Ausgabe datierte vom Mai 1917 (s. Stillich, S. 15). Sie umfaßt das 51. bis 75. Tausend (ebd., S. 14). Während der Korrektur der Gegenschrift, also etwa im Oktober, erschienen das 126.–200. Tausend.

Kriegszielforderungen aufstellte: „Deutschlands Zukunft bei einem guten und bei einem schlechten Frieden"[460]. Sie kam bei dem alldeutschen Verleger Lehmann[461]) in München, der auch das Vorwort schrieb, heraus. Hauptmitarbeiter war der Hygieniker Geheimrat Professor von Gruber[462]), der Nachfolger Pettenkofers[463]) an der Münchener Universität. Für bestimmte Fragen lieferten Fachmänner Beiträge. Siedlungsfragen behandelte Dr. E. Keup[464]), Wirtschaftsfragen, besonders des Handels und der Schiffahrt, ebenso Finanzfragen Bezirksamts-Assessor K. A. Fischer, Fragen der Rohstoffgewinnung (Kohle, Erze und Erdöl) Privadozent Dr. B. Goßner[465]).

Allen Mitarbeitern ist gemeinsam die Forderung gewaltiger Gebietserweiterungen und gewaltiger Kriegsentschädigungen (200 Milliarden für Deutschland, 150 Milliarden für seine Verbündeten), zahlbar zum größten Teil durch Abtretung realer Werte, Bodenschätze, Bergwerke, Forsten, Schiffe etc. und in Lieferungen, die auf eine langdauernde Schuldknechtschaft hinauslaufen.

Ihnen allen gemeinsam ist die Behauptung, daß ein Verständigungsfriede, ein Friede ohne Sieger und Besiegte, ein „Scheidemann-Friede", gleichbedeutend sei mit dem Verlust des Krieges, ja, „mit der Besiegelung unseres Untergangs". – Sie alle gründen ihre Zuversicht, einen Frieden, wie er ihnen vorschwebt zu erreichen, auf die Wirkung des rücksichtslosen U-Boot-Krieges, der England binnen wenigen Monaten auf die Knie zwingen oder ihm zum Bewußtsein bringen werde, daß es rettungslos verloren sei, wenn er noch lange daure.

Im Vorwort gab Lehmann eine Zusammenstellung von einundzwanzig Forderungen, die das gemeinsame Kriegsziel unserer Feinde seien. Darunter waren solche, die später im Versailler Vertrag im wesentlichen wirklich Deutschland aufgezwungen sind, wie die Zerstörung der Rüstungsindustrie, die Abtretung Elsaß-Lothringens im Westen, Posens, Westpreußens und gewisser Teile Schlesiens im Osten, Tirols bis zum Brenner und Triests im Süden, dazu aller Kolonien, die Zertrümmerung Österreichs und Ungarns durch Schaffung eines selbständigen Böhmens (mit Mähren und Slowakei), durch Vergrößerung Rumäniens und Serbiens, die Überwälzung der Kriegslasten (zu hundert Milliarden geschätzt), die Abtretung der Handelsflotte, der Kriegsflotte und der gesamten Artillerie. Aber darüber hinaus schreckte Lehmann seine Leser noch durch Abtretung des ganzen linken Rheinufers und Ostpreußens, durch Loslösung ganz Schleswig-Holsteins, durch Abtretung Helgolands an England, Luxemburgs an Frankreich und gar durch Aufteilung Deutschlands in mehrere selbständige Staaten, endlich durch Angliederung Belgiens und Hollands vermittelst Militär- und Handelsbündnissen an die feindlichen Mächte.

Zur Charakteristik des Annexionsprogramms der Alldeutschen halten wir uns an Gruber, der am meisten ins Detail geht. Im Osten will er Rußland von der Ostsee fernhalten, Kurland und Litauen unbedingt in deutschen Besitz bringen, wenn möglich auch Estland und Livland; – der Forderung, alle Fremdvölker von Rußland zu trennen, steht er etwas skeptisch gegen-

über. Im Westen muß Frankreich, da Versöhnung durch Güte unmöglich ist, seine Ohnmacht fühlen. Deshalb ist die Westgrenze vorzuschieben, bis wohin, hängt vom Erfolg der Waffen ab. Die Hochebene von Briey und Longwy gehört zum militärischen Schutz und zur Kriegskostenentschädigung. Unentbehrlich ist es, Belgien wenigstens zum größten Teil militärisch, politisch und wirtschaftlich in der Hand zu behalten. Die flandrische Küste ist nötig für Seegeltung gegen England. Wenn irgend möglich, ist der nördliche Teil des Pas de Calais mit Dünkirchen, Calais und Boulogne zu annektieren, Frankreich vielleicht durch Teile Walloniens zu entschädigen. In Afrika ist ein großes Kolonialreich zu schaffen. Dazu gehört natürlich der belgische Kongostaat, weiter sämtliche portugiesischen Kolonien, Angola, Mozambique etc. Ferner die französischen Besitzungen in Mittel- und Äquatorialafrika, das Saharagebiet und Somaliland (wie das französische, auch das englische), ebenso Englisch-Ostafrika, Uganda, Nyassaland und Sansibar zur Ergänzung unseres alten Kolonialbesitzes. Eine beigefügte Karte zeigt das ganze zwischen der Sahara, dem Sudan und Abessinien im Norden und der Kapkolonie im Süden gelegene Zentralafrika als deutsches Kolonialgebiet. Um den Weg zu den Kolonien dauernd offen zu halten, sind die Azoren, Madeira, Kap Verdische Inseln und St. Thoma zu annektieren. Völlige Sicherheit wird aber nur gegeben sein durch Vertreibung der Engländer aus dem Mittelmeer. Daher muß Ägypten wieder unter Oberhoheit der Pforte kommen, der Suez-Kanal durch Abtretung der Aktien in den Besitz der Mittelmächte, Malta, Cypern, Aden, Perim (am Eingang des Roten Meeres), Sokotra (gegenüber dem Kap Guardafui und Kuwait (am Persischen Golf) sind in starke Hand, d. h. in die des Deutschen Reichs zu überführen. Gibraltar muß entweder deutsch oder spanisch werden, Französisch-Marokko mit Tanger und Tunis muß unter deutsche Leitung kommen. Zu den deutschen Annexionen kommt noch ein (viel bescheidenerer) Machtzuwachs für die Verbündeten. Österreich-Ungarn erhält die Walachei, ein Drittel von Serbien, Montenegro, Albanien und einen starken Kriegshafen in Valona, Bulgarien zwei Drittel von Serbien, die Dobrudscha und Teile der mazedonischen Küste, die Türkei, die in diesem Zusammenhang unberücksichtigt bleibt, soll, wie wir sahen, Ägypten zurückerhalten.

An das Großdeutsche Wirtschaftsreich werden sich dann fast alle europäischen Länder (vor ihnen ist seltsamerweise Abessinien genannt) anschließen, selbst Frankreich nach einer „gewissen Hungerkur".

Man sollte meinen, daß es nur der Veröffentlichung dieses Programms bedurft hätte, um die Volksmassen zu überzeugen, wie vollkommen verrückt die Alldeutschen in ihrer Blindheit geworden waren. Aber weit gefehlt! Die Kriegspsychose hatte die Geister so verwirrt, daß Lehmann, Gruber und ihre Freunde hoffen durften, mit dieser Schrift in ihrem Sinne Propaganda zu machen. Einem Leser, der etwa diese Ideen für lächerlich utopisch hielte, erwiderte Professor von Gruber, er verkenne, „daß der Hunger eine Not ist, der selbst England weichen muß. Lassen wir England hungern, wie es uns hungern lassen wollte – und warten wir ab!"

Die Schrift wurde in ungeheuren Massen verbreitet; wir wissen von 200 000 Exemplaren[1]; sie wurde auch unentgeltlich versandt; gleich von der ersten Auflage ließ Lehmann zu Ehren seines gefallenen Sohnes 12 000 Stück „ans Heer und Volk“ verteilen. Stillich berichtet in der Gegenschrift[2], daß sie im Heere, in Lazaretten und Schulen verteilt wurde. Militärische Stellen begünstigten die Verbreitung oder ordneten sie sogar an.

Es war natürlich nötig, daß wir Pazifisten dieser Agitation entgegentraten. Das geschah erst auffallend spät, erst im Oktober 1917, zuerst durch ein vom Sekretariat der Deutschen Friedensgesellschaft herausgegebenes, von Fritz Röttcher verfaßtes Flugblatt[3] „Über wirtschaftliche Kriegsziele“[467]) und dann infolge der endlosen Schikanen der militärischen Zensur erst sehr viel später (im Januar 1918) durch eine von mir veranlaßte, im Verlag Naturwissenschaften erschienene Gegenschrift[4] „Deutschlands Zukunft bei einem Macht- und bei einem Rechtsfrieden“.

Das Flugblatt „Über wirtschaftliche Kriegsziele“[468]) weist zunächst darauf hin, wie die feindliche Heeresleitung solche alldeutschen Kundgebungen benutzt, um den Kriegseifer der Soldaten anzufeuern und wie auch die Neutralen dadurch in das Lager unserer Gegner getrieben werden. Es ergeht sich dann, entsprechend dem Titel, in wirtschaftlichen Auseinandersetzungen, um zu zeigen, daß wirtschaftliches Gedeihen nicht von der Ausdehnung des Herrschaftsgebietes und auch nicht vom Geldreichtum abhängt; ja, daß solche maßlosen Kriegsentschädigungen sehr bedenkliche Wirkungen haben können. Die Ausdehnung des Wirtschaftsgebietes ist an sich wünschenswert, darf aber nicht durch Annexionen erreicht werden, die Haß säen und die Vorbereitung eines Revanchekrieges fördern. Ein großer Zweckverband der europäischen Staaten, wie ihn der Pazifismus erstrebt, könnte auch eine großzügige Sozialreform, die nur international möglich ist, durchführen. Sie setzt voraus eine feststehende, absolut verbindliche Rechtsordnung, wie im Sinne des Pazifismus weiter entwickelt wird.

Dieses Flugblatt fand starke Verbreitung. Es wurde an zwei Orten nachgedruckt[5]. Es brachte aber, wie man sieht, eigentlich keine Widerlegung

---

[1] S. Stillich, S. 13. Ob noch weitere Auflagen erschienen sind, entzieht sich meiner Kenntnis.

[2] S. Stillich, S. 13.

[3] Dasselbe nimmt gegen Schluß Bezug auf einen im Septemberheft des Völkerfriedens erschienenen Aufsatz G. Gotheins. Daraus ergibt sich das Datum Oktober 1917.

[4] Das Vorwort ist datiert „München, im Oktober 1917“. In der weiter oben besprochenen Eingabe vom 2. Oktober wird unter den Beschwerden über die Zensur erwähnt, daß die Fahnenkorrektur der Schrift beschlagnahmt wurde. Die Schwierigkeiten häuften sich. Erst Anfang Januar, nachdem ich persönlich in Leipzig mit der militärischen Zensurstelle über die letzten Beanstandungen verhandelt hatte, gelang es, gegen einige Zugeständnisse die Freigabe der Schrift zu erreichen.

[5] Mir liegen drei Drucke vor: der ursprüngliche, zweiseitig in drei Spalten, Dekker & Hardt, Stuttgart; dazu zwei Nachdrucke: zweiseitig in zwei Spalten, Beißwanger, Nürnberg, und einseitig (Großfolio) dreispaltig.

der alldeutschen Schrift, ging auf deren Argumentation nicht ein, sondern brachte, nur daran anknüpfend, pazifistische Betrachtungen.

Mit Abfassung einer Gegenschrift, die den Titel „Deutschlands Zukunft bei einem Macht- und bei einem Rechtsfrieden" erhielt, wurde Dr. Oskar Stillich betraut. Die Frage der Annexion der Bergwerke von Longwy-Briey wurde in einem Anhang von Otto Huë[469]), preußischem Landtagsabgeordneten der Sozialdemokratischen Partei behandelt. Ein Vorwort und ein Nachwort habe ich selbst beigesteuert.

In dem Vorwort „Nur keinen faulen Frieden" wurde der Friede, den die Alldeutschen forderten, als Musterbeispiel eines faulen Friedens charakterisiert, da er unmöglich Dauer haben könnte. Ein echter Friede müsse zwar die Lebensnotwendigkeiten des deutschen Volkes und seine freie Entwicklung sicherstellen, dürfe aber kein anderes Volk in seinen politischen und wirtschaftlichen Existenzbedingungen vergewaltigen und müsse eine neue, den Weltfrieden schirmende, die Einzelstaaten überragende Rechtsordnung schaffen. Zur Stütze dieser Auffassung werden aufgeführt: Erklärungen Sir Edward Greys vom Herbst 1914 und Bethmann Hollwegs vom November 1916, die Reichstagsresolution vom 19. Juli 1917, Erklärungen des Reichskanzlers Michaelis vom 19. Juli und 25. August, solche des Grafen Czernin, die päpstliche Note vom 1. August und die Antwort der Deutschen Regierung vom 19. September 1917.

Stillich setzte sich zunächst mal mit den „Kriegszielen der Feinde in alldeutscher Darstellung" auseinander; er stellte fest, daß Lehmann von den einundzwanzig Punkten in einer späteren Auflage (126.–200. Tausend) sechs hatte fallen lassen, nämlich jene, die sich auf Schleswig-Holstein, den Kieler Kanal, Luxemburg, die Zertrümmerung Deutschlands, die Angliederung von Belgien und Holland und Wegnahme der gesamten Artillerie bezogen; daß er dafür aber bestimmter behaupte, was er aufrechterhielt, seien die Forderungen der feindlichen Staatsmänner. Stillich charakterisierte sie als willkürlich zusammengelesen, ohne jede Authentizität. Allerdings sei zuzugeben, daß in der Antwort der Gegner auf Wilsons Note maßlose Forderungen gestellt seien und daß Enthüllungen über französisch-russische Abmachungen den gleichen Charakter hätten, aber seit die russische Demokratie das Programm eines Friedens ohne Annexionen und ohne Entschädigungen aufgestellt habe, sei das feindliche Kriegszielprogramm stark eingeschränkt worden. Das ignoriere Lehmann, ebenso auch das Kriegsziel, zu dem die Gegner sich wirklich bekannt hätten, den Kampf gegen den preußischen Militarismus und dessen Überwindung durch völkerrechtliche Organisation und durch Demokratie.

Diese Polemik gegen die Darstellung der feindlichen Kriegsziele ist wohl der schwächste Teil der Schrift; denn es ließ sich nicht wohl bestreiten, daß die Gegner sich für den Fall ihres Sieges solche Ziele gesetzt hatten, und der Versailler Friede ist der beste Beweis für die Ernsthaftigkeit dieser Absichten. Die furchtbare Gefahr, die in der Möglichkeit der Niederlage lag,

mußte auf deutscher Seite ein Hauptmotiv sein für das Bestreben, ehe es zu spät war, zu einem ehrlichen Verständigungsfrieden zu gelangen. Aber das konnte man in unserer Schrift natürlich nicht sagen.

Stillich wandte sich dann im zweiten Teil seiner Ausführungen den „Alldeutschen Kriegszielen" zu, die er in Anlehnung an die Broschüre ausführlich wiedergab. Sein Urteil faßte er dahin zusammen: „Die Naivität dieser Zukunftsbilder kann kaum überboten werden. Es wird eine Politik empfohlen, die uns in der ganzen Welt verhaßt machen muß, und dann soll dieses gewalttätige Deutschland nach Sättigung seiner Raubgier weithin seine Anziehungskraft betätigen[470])."

In einem dritten Abschnitt „Die Höhe des Einsatzes" stellte Stillich die Menschenverluste, die Erschöpfung der Gütervorräte und die Kriegskosten zusammen und entwarf ein Bild der Finanzen nach dem Kriege, die durch ein Wettrüsten nach Friedensschluß (nach Graf Czernin das „schrecklichste Unglück") vollends zerrüttet werden müßten. Die Folge eines annexionistischen Friedens wäre die Entstehung einer neuen Weltkoalition. Stillich schloß mit der Charakteristik eines den pazifistischen Forderungen entsprechenden Friedens; „nur ein Rechtsfrieden trägt in sich die Garantie der Dauer[471])."

In dem Anhang „Braucht Deutschland neue Kohlen- und Erzgebiete, insbesondere das Becken von Longwy-Briey" setzte Otto Huë sich mit den Statistiken Dr. Goßners auseinander. Dieser, so bemerkte Huë, halte es für überflüssig, das „Lebensinteresse" Deutschlands an dem ostfranzösischen Eisenerzgebiet und dem nordfranzösisch-belgischen Kohlengebiet erst nachzuweisen; seine Statistik aber sei liederlich und irreführend.

In dem Nachwort „Siebzehn Einwände und siebzehn Antworten" trat ich den üblichen Mißdeutungen der pazifistischen Forderungen entgegen, charakterisierte die Blamage der Propheten, die im März Englands Zusammenbrechen „in wenigen Monaten" sicher voraussahen und in späteren Auflagen weiter von „wenigen Monaten" sprachen, führte ganz besonders den Lesern vor, welche Unsumme von Haß und Revanchegedanken in Deutschland entstehen würde, wenn man ihm ähnliche Friedensbedingungen auferlegen wollte, wie sie die Alldeutschen gegenüber den Alliierten forderten.

Wir haben die Stillichsche Schrift nach Kräften verbreitet (vor mir liegt ein Exemplar des 11. bis 20. Tausend), wenn wir auch mit unseren beschränkten Mitteln es den Alldeutschen nicht gleichtun konnten.

Noch schlimmer als die Propaganda für die unsinnigen Annexionsforderungen der Alldeutschen war der Umschwung in der öffentlichen Meinung und in der Haltung der Regierung, der sich gegen Ende des Jahres vollzog.

Ende Oktober hatten die Italiener die schwere Niederlage von Caporetto[472]) erlitten, in der Nacht vom 6. zum 7. November war der Aufstand der Bolschewiken ausgebrochen, und es ließ sich leicht voraussehen, daß damit der Zusammenbruch der russischen Front besiegelt war. Diese Besse-

rung der Kriegslage, die neue Aussichten für die Kämpfe an der Westfront eröffnete, ließ viele, die der Reichstagsresolution vom 19. Juli zugestimmt hatten, von ihr abrücken und ließ auch in Regierungskreisen Pläne für die Verfügung über Polen und die baltischen Provinzen betreiben, die mit dem „Frieden ohne gewaltsame Gebietsabtretungen" der Reichstagsresolution unvereinbar waren. Das üble Spiel mit dieser Resolution hielt bis zum Zusammenbruch im Herbst 1918 an. Die einen gestanden ganz offen, daß sie sich an die damalige Entschließung angesichts der veränderten Kriegslage nicht mehr gebunden fühlten, und stempelten damit jene grundsätzliche Erklärung zu einem Produkt der Schwäche. Andere aber spielten eine noch schlimmere Rolle. Sie gebärdeten sich als Verteidiger der Reichstagsresolution und polemisierten auf das heftigste gegen die Vaterlandspartei, die eine offen annexionistische Politik empfahl, deuteten aber an der Reichstagsresolution so viel herum, bis von dem wirklichen Gehalt so gut wie nichts übrig blieb und die Vergewaltigung sowohl Belgiens wie der russischen Fremdvölker, – der Friede von Brest-Litowsk mit ihr vereinbar war. Es gab Reichstagsabgeordnete in der Fortschrittlichen Volkspartei, die sich in dieser Weise auszeichneten.

Seit dem November 1917 erfüllten wir Pazifisten die Pflicht, diesem Treiben entgegenzutreten. Davon wird nachher im Zusammenhang mit dem Frieden von Brest-Litowsk die Rede sein.

XX. [XVIII d.] Berner Zusammenkunft zur Besprechung der künftigen Völkerbeziehungen vom 19. bis 22. November 1917

Die Zentralorganisation für einen dauernden Frieden, über deren Gründung oben in Kapitel IV, S. 71, berichtet wurde, berief zum Studium der Grundlagen eines Völkerbundes eine internationale Konferenz auf den 15. Oktober 1917 nach Bern. Paßschwierigkeiten nötigten zur Vertagung auf den 19. November[473]). Die Entente-Regierungen aber blieben bei der Verweigerung der Pässe, und die nordischen Neutralen wurden dadurch zurückgehalten, daß Deutschland die Durchreise nicht rechtzeitig gestattete. So waren nur Deutsche, Österreicher, Ungarn und Schweizer anwesend, dazu noch je ein vereinzelter Pole und Bulgare und der holländische Generalsekretär der Zentralorganisation. Die Anwesenden beschlossen, zu einer zwanglosen Besprechung zusammenzutreten und das Ergebnis ihrer Beziehungen dem Vollzugsausschuß der Zentralorganisation zuzuleiten[1].

[1] Der Vollzugsausschuß hat einen Bericht drucken lassen unter dem Titel „Berner Zusammenkunft zur Besprechung der künftigen Völkerbeziehungen 19. bis 22. November 1917", eingeleitet durch ein Vorwort, datiert Haag, 14. Dezember 1917.

Zum Vorsitzenden wählte man Nationalrat Scherrer-Füllemann[474]) (St. Gallen), zum Vizepräsidenten Professor Moriaud[475]) (Genf), als Generalsekretär fungierte Dr. de Jong van Beek en Donk. Man beriet vom 19. bis 22. November in fünf Kommissionen, indem für jede Kommission dann im Plenum ein Generalreferat erstattet wurde.

Von Deutschen waren anwesend Eduard Bernstein, Dr. Blunck[476]), Erzberger, Gothein, Wolfgang Heine[477]), Amtsgerichtsrat Dr. [Ludwig] Herz, Dr. Jaffé[478]), Professor Niemeyer[479]), Professor Piloty, Quidde, Schücking, Frau Dr. Stöcker. Von ihnen können wir außer mir noch vier als erklärte Pazifisten beanspruchen: Bernstein, Gothein, Schücking und Frau Stöcker. Im preußischen Kriegsministerium hatte man allen Beteiligten (auch dem Sozialdemokraten Bernstein) die Pässe erteilen, nur Gerlach und mir sie verweigern wollen. Der bayerische Kriegsminister Herr von Hellingrath[480]) bat mich zu sich und sagte mir: wenn man anderen Teilnehmern die Reise gestatte, so sähe er nicht ein, weshalb man sie mir verbieten solle, und da die Erteilung des Passes in seine Kompetenz falle, so setze er sich über den Berliner Widerstand fort. Daß er mich persönlich von diesem Sachverhalt unterrichtete, hatte natürlich den Zweck, mir besondere Vorsicht zur Pflicht zu machen, um ihm keine Unannehmlichkeiten zuzuziehen. Für Gerlach blieb es bei der Paßverweigerung. Sehr seltsam (und vielleicht ein ehrenvolles Zeugnis für uns), daß man in den Berliner Militärkreisen uns beide als die für die militärische Auffassung gefährlichsten Personen ansah[481]).

Wir deutschen Pazifisten haben uns bei den Beratungen stark beteiligt. Für die erste Kommission „Die Nationalitätenfrage" erstattete das Generalreferat Professor von Laun[482]), damals in Wien, später in Hamburg. Es handelte sich dabei um die Nationalitätenfrage innerhalb der Staaten, für die die II. Studienkommission unter Professor Koht[483]) (Norwegen) zuständig war, und um das Selbstbestimmungsrecht bei Gebietsabtretungen (I. Studienkommission unter Baron Adelswärd (Schweden). Bemerkenswert, daß die prinzipielle Frage, ob die Schaffung internationaler Organe, deren Schutz die nationalen Minderheiten anrufen könnten, gefordert werden sollte, allgemein bejaht wurde. Der Referent erwähnte, daß besonders Herr Gothein und ich für die internationale Schiedsgerichtsbarkeit in dieser Frage eingetreten seien. Der Gedanke, der im April 1915 noch leichtsinnig schien, wurde also in diesem Kreise allgemein anerkannt.

Über den Ausbau des Haager Werkes erstattete Walther Schücking das Generalreferat. Übereinstimmung bestand darüber, aus den Haager Friedenskonferenzen ein periodisches Institut des Weltstaatenverbandes zu machen, ihm ein ständiges Organ in einem vorbereitenden Komitee zu geben und die Anrufung von neu zu schaffenden Haager Instanzen zur Pflicht zu machen, von einem wirklich ständigen Gericht für zwingende Entscheidung von Rechtsfragen, von einem Einigungs- und Vermittlungsamt für Begutachtung bei politischen Fragen und Interessenkonflikten. Offen blieb die Frage, ob und wieweit internationale Sanktionen zu fordern seien.

Über die Abrüstungsfrage hatte in der Kommission Reichstagsabgeordneter Gothein berichtet. Da er vorzeitig abreiste, wurde mir das Generalreferat übertragen. Anerkannt wurde der Zusammenhang der Rüstungsfrage mit der Frage der internationalen Verständigung und mit der moralischen Abrüstung, doch dürfe man mit der Abrüstung nicht warten, bis die Organisation durchgeführt sei. Die früher vertretenen Forderungen seien nach den zerstörenden Wirkungen des Krieges und nach dem Vorgehen des Papstes ganz unzureichend; man müsse die vollständige Abrüstung anstreben, bis auf eine Polizeimacht, die zur Aufrechterhaltung der inneren Ordnung erforderlich und ausreichend sei. Es wog die Meinung vor, daß diese vollständige Abrüstung nur allmählich durchführbar sei. Als Maßstab der Rüstungsbeschränkung wurden ziemlich allgemein die Rüstungsbudgets anerkannt; ob daneben das Rekrutenkontingent einzubeziehen sei, wäre nochmals zu prüfen. Selbstverständlich muß das Abkommen über Abrüstung sich auch auf die Neutralen erstrecken; deshalb wird so bald wie möglich eine internationale Konferenz einzuberufen sein. Die Verstaatlichung der Rüstungsindustrie stieß auf Widerspruch. Einig aber war man in dem Verlangen, sie unter öffentliche Kontrolle zu stellen.

Die beiden anderen Fragen „Freiheit der Meere und Handelsfreiheit" und „Die Kontrolle der auswärtigen Politik" konnten im Plenum nicht mehr beraten werden. Zu der ersteren lag ein Votum vom Reichstagsabgeordneten A. Blunck vor, zu der letzteren ein Generalreferat von Scherrer-Füllemann, ergänzt durch Ausführungen Eduard Bernsteins, während Graf Piniński[484]) in einem Votum allgemeine Betrachtungen beisteuerte. Die ganzen Beratungen in Bern standen auf einem sehr hohen Niveau. Sehr bedauert wurde allgemein (und Professor von Laun gab dem lebhaften Ausdruck), daß nicht pazifistische Freunde von der Gegenseite sich mit an den Beratungstisch hätten setzen dürfen; sie würden sich gewiß zustimmend an dem gemeinsamen Werk beteiligt haben, und so wäre mitten im Kriege eines der wichtigsten und schwierigsten Probleme, das Nationalitätenproblem, in dessen Namen zum Teil der Krieg geführt wurde, durch hervorragende Männer aus beiden Lagern in einträchtiger und friedlicher Arbeit seiner zukünftigen Lösung näher gebracht worden.

Auf Seite der Entente-Regierungen hatte man während des ganzen Krieges das Vorurteil, daß jede Art von Verhandlung eine Parteinahme für Deutschland bedeute.

Die so erfreulich verlaufenen Beratungen hatten für mich persönlich noch ein eigenartiges Nachspiel. Am 23. November abends fand eine öffentliche Versammlung statt, in der Professor Ude (Graz)[485]), Dr. Jászi (Budapest)[486]), Fried und ich sprachen. Einer der Schweizer Freunde sagte zu mir: „Beachten Sie, die Fenster sind nach Westen offen". Ich antwortete: „Ganz recht, aber ich muß meine Rede nach Nordosten verantworten". Meine Absicht war, nach Westen für einen Frieden der Verständigung Propaganda zu machen und, ohne Verzicht auf Kritik, zu zeigen, was in der deutschen

Entwicklung der Verständigung entgegenkam. In verschiedenen Kreisen fand meine Rede eine sehr verschiedene Aufnahme. Der durchaus pazifistisch gesinnte bayerische Gesandte Herr von Böhm[487]) kam mir am nächsten Morgen ganz enthusiastisch mit ausgestreckten Händen entgegen; Fried meinte, nach der Rede würde ich schwerlich noch einmal einen Auslandspaß erhalten; in den Kreisen der Freien Zeitung[488]) dagegen hieß es, die Rede sei „ein Dolchstoß in den Rücken der deutschen Demokratie" gewesen[489]). Das machte nichts. Schlimm aber war, daß in nationalistischen deutschen Blättern gesagt wurde, ich hätte in der Rede „den Gipfel hündischer Schamlosigkeit erklommen" und daß man sich dafür auf einen Bericht der Emmenthaler Nachrichten stützte, in dem es hieß, ich hätte geäußert, das schlimmste, was passieren könnte, sei ein überwältigender deutscher Sieg.

Mir war das natürlich sehr unangenehm, besonders gegenüber Herrn von Hellingrath, der mir zu der Reise nach Bern verholfen hatte. Zum Glück konnte ich den Wortlaut der betreffenden Stelle meiner Rede zweifellos nachweisen. Ich spreche zwar niemals nach einem Manuskript, aber ich hatte mir, als letzter der vier Redner, während die anderen sprachen, Notizen gemacht und darin, um nicht zu entgleisen, die heikelste Stelle wörtlich aufgezeichnet. Sie lautete: „Ich wünsche, auch als deutscher Pazifist, meinem Volke den Sieg. Aber ein Sieg, der Deutschland dazu verleiten würde, fremdes Volkstum zu vergewaltigen, wäre so verderblich für Deutschland und die Welt wie ein Sieg der Alliierten, der deutsches Land von Deutschland fortreißen würde." Der Berichterstatter der Emmenthaler Nachrichten hatte sich gesagt, daß ein überwältigender deutscher Sieg ja jedenfalls den von mir beklagten Charakter haben würde (worin er ja nicht Unrecht hatte), und hatte sich deshalb berechtigt geglaubt, meine Auffassung wie geschehen zu charakterisieren. Ich gab, gestützt auf mein Rede-Konzept, eine Berichtigung an die Presse, die Emmenthaler Nachrichten gaben den Irrtum zu und entschuldigten sich. Damit war die „hündische Schamlosigkeit" auch für Herrn von Hellingrath erledigt, und ich bekam im Frühjahr des nächsten Jahres wieder einen Auslandspaß[1].

XXI. [XIX.] Pazifistische Tagung in Erfurt 1. und 2. Dezember 1917

Die Deutsche Friedensgesellschaft und die Zentralstelle Völkerrecht verständigten sich darüber, ihre Generalversammlungen gleichzeitig und zum Teil gemeinsam in Erfurt am Samstag und Sonntag, 1. und 2. Dezember 1917 zu halten.

---

[1] Vgl. Kapitel XXIV. [XXII.], Ein persönliches Intermezzo.

Auch nachdem die Tagungen genehmigt waren, gab es noch allerhand Schwierigkeiten. Im Erfurter Hof und im Haus Kossenhaschen wurden uns nachträglich die Säle verweigert. Die Sitzungen wurden in das Gast- und und Vereinshaus Steiniger verlegt. Die öffentliche Versammlung, die am Samstagabend im Alten Ratskeller stattfinden sollte, wurde, nachdem die Erfurter Behörde sie schon genehmigt hatte, in letzter Stunde vom Generalkommando in Kassel verboten. Sie hat dann später noch stattfinden können[490]).

Trotz der ungünstigen äußeren Umstände (Winterwetter, Schwierigkeiten der Verpflegung und des Eisenbahnverkehrs) war die Tagung gut besucht. Die Verhandlungen waren von zuversichtlichem Geist erfüllt[1]. Es tagten am Samstag zunächst die Geschäftsleitung und der Beirat der Deutschen Friedensgesellschaft, dann die Ausschüsse beider Gesellschaften gemeinsam. Auch die Mitgliederversammlungen beider Organisationen fanden noch am Samstag statt (die der Zentralstelle Völkerrecht erst um 9 Uhr abends). Der Sonntag gehörte ganz einer gemeinsamen Mitgliederversammlung, gewidmet der politischen Aussprache, eingeleitet durch ein Referat Geh. Justizrates Heilberg.

Die Deutsche Friedensgesellschaft (gegründet im November 1892) feierte mit dieser Tagung ihr 25jähriges Jubiläum in der Zuversicht, daß ihr nach Beendigung des Krieges sich Aussichten auf eine große Wirksamkeit eröffnen würden.

In den Verhandlungen wurde die Frage aufgeworfen, ob man nicht zur Verschmelzung der beiden Gesellschaften schreiten sollte. Sie wurde bis nach Beendigung des Krieges zurückgestellt. Beschlossen wurde von der Deutschen Friedensgesellschaft, eine Erhöhung des Beitrages von 1,50 M auf 4 M (ohne satzungsgemäßen Zwang) möglichst in allen Ortsgruppen durchzuführen. Sehr lebhaft wurden Fragen der Propaganda und der Organisation besprochen. Die Weiterverfolgung der in der Diskussion gegebenen Anregungen wurde einer dreiköpfigen Kommission (Arnhold[493]), Heilberg, Quidde) mit dem Recht der Kooptation übertragen. Einstimmig gefordert wurde auf Antrag Stöcker die sofortige Aufhebung des Belagerungszustandes. Eine fünfköpfige Kommission (Quidde, Schücking, von Gerlach, Frau Dr. Stöcker, Frl. Heymann) wurde bauftragt, beim Reichskanzler persönlich wegen Aufhebung der gegen die Friedensbewegung gerichteten Zensurmaßnahmen vorstellig zu werden. Sie hat sich ihres Auftrages beim Vizekanzler Payer entledigt.

Das von Geheimrat Dr. Heilberg erstattete Referat führte den Titel „Die Friedenskundgebungen der letzten Jahre und die nächsten Aufgaben des Pazifismus"[494]).

---

[1] Tagungsbericht von G. Rühle[491]) im Völkerfrieden 1918, Jan.–Febr., Heft 1/2., S. 1–5. Daraus Sonderabdruck[492]).

Es scheint mir geboten, den Gedankengang des Heilbergschen Referats[1] ausführlich wiederzugeben, da es für den deutschen Pazifismus der Kriegsjahre außerordentlich bezeichnend ist.

Der Erörterung seines Themas (oder genauer der zwei Themata seines Vortrages) schickte Heilberg im ersten Hauptabschnitt drei grundsätzliche Gesichtspunkte voraus: a) daß die Beendigung eines Krieges nicht identisch ist mit den Zielen der Friedensbewegung; b) daß Lebenselement und Voraussetzung jeder Friedensbewegung in unserem Sinn eine internationale Tätigkeit ist; c) daß ein enger Zusammenhang, wie in der äußeren, auch in der inneren Politik zwischen Friede und Freiheit besteht, deshalb ein Zusammenhang zwischen pazifistischer Tätigkeit nach außen und freiheitlicher Verfassung und Verwaltung nach innen.

Im zweiten Abschnitt besprach Heilberg die vielfach gehemmte Tätigkeit der letzten Jahre seit Kriegsausbruch, kritisierte die von den Behörden uns bereiteten Hindernisse und wies auf die in Eingaben an die Regierung und an die Parlamente geleistete Arbeit hin.

Im dritten Abschnitt ließ er die Hauptforderungen des Pazifismus Revue passieren, an denen man auch während des Krieges festhalten müsse: Schaffung und Stärkung internationaler Organisationen (wenn auch nicht die Vereinigten Staaten Europas), Schutz der nationalen Minderheiten, Regelung der Konflikte auf dem Wege des Ausgleichs und der Vermittlung, Lösung des Problems der Vollstreckung der Schiedssprüche durch Stärkung des Gemeinsamkeitsbewußtseins, Rüstungsbeschränkung und Abrüstung als Ergebnis am Ende unserer Bewegung, die Forderungen des freien Meeres und der offenen Tür, des freien Handels, ohne uns aus rein praktischen Gründen mit der Freihandelsparole für die Gegenwart zu sehr zu belasten. Zusammenfassend heißt es: „Wir wollen und müssen als den entscheidenden Grundsatz der Völkerverständigung festhalten und betonen".

Im vierten, umfangreichsten Abschnitt kam [der] Redner zu der ersten Kernfrage seines Themas; zu den Fortschritten, die die Anerkennung pazifistischer Grundsätze jetzt während des Krieges gemacht hatte, obschon es auch an Verleugnung dieser Grundsätze auf beiden Seiten nicht gefehlt hat. Ausführlicher ging Heilberg auf die Entwicklung in Deutschland ein. Er erinnerte daran, wie Deutschland auf den Haager Konferenzen (auch noch 1907) als Vater aller Hindernisse erschien, und verfolgte dann die Entwicklung Bethmanns von den durchaus einseitig nationalistischen Äußerungen vom 2. Dezember 1914, 28. Mai 1915, 19. August 1915, 5. April 1916 (immerhin schon mit Anklängen an den Gedanken friedlicher Verständigung) zu der bedeutungsvollen pazifistischen Rede vom 9. November und zu dem Friedensangebot vom 12. Dezember 1916. Weiter zitierte er die Worte des neuen Reichskanzlers Michaelis vom 19. Juli 1917 und die Antwort der deutschen Regierung auf die päpstliche Note vom 19. September 1917. Mit

[1] Es ist im Völkerfrieden, Jan.-Febr. 1918 abgedruckt. Es wurde im Sonderabdruck (8 Seiten stark) als Flugblatt verbreitet.

Genugtuung konnte er feststellen, daß die deutsche Regierung außerordentlich viel und schnell „umgelernt" habe. Die deutschen Pazifisten brauchten nicht umzulernen. Man nannte sie einst „Theoretiker, Ideologen und Schwärmer". Jetzt, seit dem 9. Nov. 1916, sind ihre Forderungen „Realpolitik geworden".

Auf demselben Boden stehen die Note des Papstes, die Note Wilsons vom 22. Dezember 1916 und Wilsons Botschaft an den amerikanischen Senat.

Seitdem sind zwei Ereignisse eingetreten, die in einander entgegengesetzten Richtungen gewirkt haben: der Beginn des unbeschränkten U-Bootkrieges, der Amerika in den Krieg eintreten ließ, und die russische Revolution vom Februar 1917, in deren Verlauf zum erstenmal das Wort fiel von einem „Frieden ohne Entschädigung und Annexionen". Heilberg verweilte bei den Auswirkungen der russischen Revolution auf das Verhältnis der kriegführenden Nationen zueinander und auf die Stellung Deutschlands, auf die bei deutschen Pazifisten vielleicht etwas ungeschickt verwerteten Andeutungen eines Sonderfriedens mit Rußland. Ohne prophezeien zu wollen, wie lange die gegenwärtig am Ruder befindliche Regierung Lenin-Trotzki sich wird halten können, muß man anerkennen, daß Friedensverhandlungen nunmehr Tatsache geworden sind.

Mit aller Energie dürfen und müssen wir Pazifisten sagen, daß die Reichstags-Entschließung vom Juli 1917 eine rettende Tat war. Schlimm nur, daß ihre Wirkung gleich wieder abgeschwächt wurde durch die bekannten vier Worte des Reichskanzlers Michaelis „wie ich sie auffasse" und durch das von den Behörden geduldete Treiben der Alldeutschen.

Über die Reichstagsentschließung gingen in pazifistischem Sinne noch hinaus die Papstnote vom 1. August und die Rede des österreichisch-ungarischen Außenministers Graf Czernin vom 2. Oktober 1917. Da wurden zur Erörterung gestellt die vollständige Abrüstung, die Schaffung einer internationalen Polizei, die Beseitigung der allgemeinen Wehrpflicht. Der Reichskanzler Graf Hertling hat mit der Zustimmung zu den Gedanken der päpstlichen Note sich auf den Boden unserer pazifistischen Anschauungen gestellt.

„Auf der ganzen Linie haben also unsere Ideen die Anerkennung der kriegführenden Nationen gefunden." Diese theoretische Anerkennung in die Praxis zu überführen, ist unsere Sache. Diesem Ziel dient das Friedensangebot der Bolschewiki-Regierung, gerichtet an alle kriegführenden Völker. „Die Kernfrage für die Beendigung des gegenwärtigen Krieges ist, ob die deutsche und die österreichische Regierung diesem Friedensangebot glatt zustimmen werden. Österreich hat schon die russische Formel angenommen, die Erklärung der deutschen Regierung steht noch aus[1]."

Im fünften und letzten Abschnitt wandte sich Heilberg der zweiten Frage seines Themas zu: „Was sind nun angesichts dieser Sachlage die nächsten Aufgaben des Pazifismus?"

---

[1] In einer Anmerkung des Abdrucks ist bemerkt: „Diese Erörterungen sind inzwischen durch die Ereignisse in Brest-Litowsk überholt."

Er erinnert zunächst an den zu Anfang ausgesprochenen Grundsatz, daß die Beendigung des Krieges für sich allein nicht pazifistische Tätigkeit sei. Wohl aber sei es Aufgabe der Pazifisten, ihre Grundsätze beim Friedensschluß zu vertreten, also sich für einen Verständigungsfrieden einzusetzen, gewaltsame Annexionen und Entschädigungen, territoriale und finanzielle Vergewaltigungen zu bekämpfen. Daraus folge das Recht und die Pflicht, die alldeutschen Bestrebungen zu bekämpfen, ebenso die törichte Phrase, daß der Friede „die Opfer lohnen" müsse.

In der Frage, ob die unmittelbaren Kriegsziele sich ändern sollen, wenn der Krieg durch Schuld der Gegner weiter fortgesetzt werden müsse, dürfe es kein Schwanken geben.

An dem Grundsatz des Verständigungsfriedens lasse sich nicht rütteln. Von der Regierung sei eine Erklärung in diesem Sinne zu fordern; für den Osten habe der Reichskanzler bereits erklärt, daß dem Selbstbestimmungsrecht der Völker freie Bahn gelassen werde, und Kühlmann[495]) habe hinzugefügt, daß zu dem Selbstbestimmungsrecht auch die Regelung der Rechte der nationalen Minderheit gehöre. Dieses Selbstbestimmungsrecht müsse natürlich auch für den Westen gelten. Klar müsse gesagt werden, daß wir Belgien frei geben.

Weiter bleibe die mehr theoretische Arbeit der Friedensbewegung zu prüfen.

Die Frage, wer schuld am Kriege sei, werde zunächst aus der Erörterung auszuschalten sein, da sich darüber erst nach Veröffentlichung aller Dokumente werde urteilen lassen.

Eine große Lehre habe der Krieg gezeitig: daß ein überlegener Sieg der einen Partei über die andere unmöglich sei[1]. Bankrott gemacht habe die auf vollständige Überwindung der Gegner ausgehende Politik, Bankrott gemacht das System der Bündnispolitik, Bankrott gemacht der Satz „si vis pacem, para bellum". Es werde unsere Aufgabe sein, diesen Zusammenbruch den Nicht-Pazifisten klarzumachen.

Wir würden ferner darzutun haben, „daß der Krieg nicht nur vom ethischen Standpunkt aus zu verwerfen ist, sondern daß er auch wirtschaftlich und kulturell schädlich ist"; wir müssen auftreten gegen das System der Geheimdiplomatie, gegen die Anwendung des Gewaltprinzips bei Behandlung der nationalen Minderheiten oder der Rechte und Freiheiten der kleinen Staaten.

„Schließlich werden wir auch unsere eigenen Anschauungen nachprüfen müssen." Unverändert kann bleiben der Kampf gegen jenen Antimilitarismus, der der staatlichen Gewalt Gewalt entgegensetzt und sich gegen das bestehende Recht auflehnt; wir müssen versuchen, die bestehenden Gesetze zu ändern, *können aber den Ungehorsam gegen sie nicht vertreten.*

---

[1] Diese angesichts des Kriegsausgangs heute seltsam anmutende Behauptung wandte sich gegen die alldeutschen Vorstellungen von dem überwältigenden deutschen Sieg. Daran, daß es einmal den überwältigenden Sieg der Gegner geben könne, dachte damals kaum jemand in Deutschland.

Unsere Stellung zur Einschränkung der Rüstungen, – daß sie erst am Ende der Bewegung stehe, werden wir revidieren müssen. Besonders scharfer Prüfung bedarf die Frage, ob die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in der Tat eine Forderung der Demokratie und der Kultur war.

Eine der wichtigsten völkerrechtlichen Fragen der nächsten Zeit wird sich mit den Rechten und Pflichten der Neutralen beschäftigen müssen.

Eine unserer dringendsten Aufgaben wird es sein, die internationalen Fäden unter uns Pazifisten wieder anzuknüpfen. Heilberg sieht Schwierigkeiten bei den Franzosen voraus.

Entgegentreten müssen wir der törichten Auffassung, das Völkerrecht oder die Friedensbewegung sei zusammengebrochen. Sie hat im Gegenteil durch den Krieg an Kraft gewonnen. Getäuscht haben wir uns über die Kraft der internationalen Zusammenhänge. Der gleichen Täuschung war der internationale Kapitalismus verfallen, ebenso die Sozialdemokratie, ebenso der Katholizismus.

„Für die nationale wie für die internationale Friedensbewegung haben wir also eine Fülle von Aufgaben." Sie erfordern die äußerste Anspannung aller Kräfte. Das Referat schließt mit dem charakteristischen Satz „Je weniger Vertrauen wir zu der Festigkeit der Überzeugung derer haben, die so schnell umgelernt haben, je weniger Vertrauen zu der Überzeugung derjenigen Regierungen, die gegenwärtig unsere Grundsätze propagieren, um so mehr wird es unsere Pflicht sein, an der Aufklärung und Geisteserhellung der Völker zu arbeiten[1]."

---

[1] Zu Heilbergs Referat einige kritische Bemerkungen:

1) Die zu Anfang von Abschnitt II erwähnte Sitzung des Internationalen Friedensbureaus in Bern im Januar 1915 hatte doch einen anderen Charakter, als sie Heilberg in „froher Erinnerung" war. Auch stimmen seine Angaben über die Anwesenden nicht. Die „Menge Neutraler" bestand nur aus drei Holländern[496]). – Vgl. unser Kapitel III, S. 59. Seltsamerweise ist die Haager Konferenz vom April 1915, aus der die Zentrale für einen dauerhaften Frieden hervorging, nicht erwähnt. –

2) In Abschnitt III scheint dort, wo es heißt, daß Konflikte, „wenn es Rechtskonflikte sind, auf dem Wege des Ausgleichs und der Vermittlung gelöst werden sollen", eine Zeile ausgefallen zu sein. Es sollte sicher heißen: „wenn es Rechtskonflikte sind, durch Schiedsgerichtsbarkeit, wenn es Interessenkonflikte sind, auf dem Wege des Ausgleichs und der Vermittlung." –

3) In Abschnitt IV soll es, wo von dem Sonderfrieden mit Rußland die Rede ist, statt „schädlichen" offenbar heißen „unschädlichen". –

4) Die in Abschnitt III und noch stärker in Abschnitt V geäußerte Behauptung, der Pazifismus habe Rüstungsbeschränkung und Abrüstung als eine Forderung betrachtet, die erst am Ende unserer Bewegung aufgeworfen wurde, ist in dieser Allgemeinheit nicht zutreffend. In England z. B. wurde diese Auffassung nicht geteilt. Auch darf ich wohl darauf hinweisen, daß ich selbst im Jahre 1913 einen Entwurf für einen internationalen Abrüstungsvertrag vorgelegt habe. –

5) Gegen den Schluß, wo von der Wiederanknüpfung unter den Pazifisten die Rede ist, muß es statt „unsere früheren Feinde" heißen „unsere früheren Freunde."

An das Referat schloß sich eine ausgiebige Aussprache an. Sie endete mit der Annahme mehrerer Resolutionen. Eine wurde von Dr. Hans Maier, Frankfurt, vorgelegt und begründet. Sie befaßte sich mit der Beeinflussung der öffentlichen Meinung durch das Kapital und forderte öffentliche Kontrolle der Rüstungsindustrie sowie die Nutzbarmachung der Kriegsgewinne für den Wiederaufbau des Reiches. Von zwei Resolutionen, die durch mich eingebracht waren, protestierte die eine gegen die Preisgabe der Reichstagsresolution vom 19. Juli und stellte Forderungen für die Friedensverhandlungen auf (Wahrung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker und unzweideutige Erklärung über Wiederherstellung Belgiens). Die andere formulierte ein Programm für die Friedensbedingungen, das offensichtlich von Schücking stark beeinflußt war: 1. Grundzüge für den Ausbau des Haager Werkes und Grundlagen für einen Weltstaatenverband, die näher ausgeführt wurden; 2. Grundrechte der Nationalitäten in allen national gemischten Staaten international zu sichern; 3. Grundzüge für die Neuordnung der wirtschaftlichen Beziehungen der Welt; 4. Vereinbarungen über die völlige Abrüstung.

Diese Resolutionen sind von besonderer Bedeutung, da in ihnen der gesamte organisierte deutsche Pazifismus (auch Führer des Verbandes für Internationale Verständigung, des Bundes Neues Vaterland und des Frauenausschusses nahmen an der Tagung teil) zu den wichtigsten Fragen, die der Krieg der Friedensbewegung gestellt hatte, Stellung nahm. Ihr Wortlaut ist deshalb in den Beilagen wiedergegeben[497]).

Der in Erfurt eingesetzte Organisations-Ausschuß trat am 19. Januar in Berlin zusammen[1]. Anwesend waren zunächst die in Erfurt gewählten Mitglieder Arnhold, Heilberg, Quidde, am Nachmittag auch, kooptiert, von Gerlach und Frau Dr. Stöcker.

Man einigte sich dahin, daß eine möglichst einheitliche Organisation mit der Leitung in Berlin zu erstreben sei. Nebeneinander waren drei Abteilungen zu organisieren: 1. eine wissenschaftliche und literarische Vertretung auszubauen zu einem pazifistischen Forschungsinstitut, unter Leitung eines angesehenen Gelehrten; 2. eine auf unmittelbare Wirkung und Agitation berechnete Organisation, die vereinsmäßig und publizistisch zu betreiben wäre, unter Leitung einer mit der Bewegung und mit den Fragen des öffentlichen Lebens vertrauten Persönlichkeit; 3. eine finanzielle Organisation unter Leitung eines erfahrenen Geschäftsmannes. Die wissenschaftlichen Arbeiten könnten eventuell außerhalb Berlins konzentriert und geleitet werden.

Die Propaganda wäre zum Teil zu dezentralisieren: 1. in Ortsgruppen, Provinzial- und Landesverbänden, wenn möglich mit eigenen Sekretariaten (zunächst für Süddeutschland in Stuttgart); 2. nach sachlichen Arbeitsgebieten (Fragen der Publizistik, der Moral und Erziehung, der internationalen Beziehungen, des Völkerrechts und des internationalen Rechts, der Volkswirt-

---

[1] Das Ergebnis der Besprechungen (eine Art von Protokoll) wurde im Völkerfrieden vom März 1918, S. 35 f., veröffentlicht.

schaft, der Sozialpolitik); 3. nach Personenkreisen (Gelehrten, Geistlichen, Lehrern, Kaufleuten, Industriellen, Arbeitern, Landwirten).

Für die Publizistik (über die besonders eingehend gesprochen wurde) brauche man dreierlei: ein wissenschaftliches Organ, das in der „Friedens-warte" zur Verfügung stehe, ein Organ für den Verkehr mit den Mitgliedern und die Kleinarbeit nach Art des „Völkerfrieden" und die ständige Mitarbeit in Zeitschriften und in der Tagespresse.

Es war den Anwesenden klar, daß die Durchführung dieses Programms zum Teil eine Personenfrage sei. Vorschläge wurden durchgesprochen; ob solche genehmigt würden, blieb eine offene Frage. An die Ausführung könne man erst gehen, wenn diese Personalfrage geklärt und der Belagerungszustand aufgehoben sei. Inzwischen könne nur Vorbereitungsarbeit geleistet und eine weitere Klärung der aufgeworfenen Fragen versucht werden, wofür Anregungen an Quidde erbeten wurden. – Für die zunächst von den Ortsgruppen zu leistende Arbeit blieben die Rundschreiben der beiden Gesellschaften maßgebend.

Dieses wohldurchdachte und umfassende Organisationsprogramm ist nur sehr unvollkommen verwirklicht worden. Es fehlte an einer der wichtigsten Voraussetzungen für seine Realisierung, an den nötigen Geldmitteln, von denen man gehofft hatte, daß sie nach Beendigung des Krieges dank dem zu erwartenden Triumph der pazifistischen Bewegung reichlich zur Verfügung stehen würden. Die Inflation zerstörte vollends die Voraussetzungen eines solchen systematischen Ausbaus der Organisation.

Die Kommission, die beauftragt war, beim Reichskanzler wegen der militärischen Bedrückungen vorstellig zu werden, bestehend aus den beiden Damen Frau Dr. Stöcker und Frl. Lida Gustava Heymann, aus Schücking, von Gerlach und Quidde wurde erst am 15. März vom Vizekanzler Friedrich Payer empfangen[1]. Payer war damals die Aufgabe zugewiesen, die Beschwerden über Eingriffe der militärischen Behörden zu prüfen. Er war von dieser Aufgabe nicht sonderlich erbaut. Von einer Befriedigung darüber, als alter Demokrat die Militärs in die Schranken bürgerlichen Rechts zurückweisen zu können, war nichts bei ihm zu spüren. Er empfand mehr die Unannehmlichkeiten seiner Aufgabe, womit er ja nicht Unrecht hatte. Für die Wirkung der alldeutschen Agitation und ihrer Duldung auf das Ausland hatte er nicht viel Verständnis. Immerhin erkannte er natürlich unsere Beschwerden als berechtigt an und versprach Abhilfe in den Grenzen seiner Kompetenzen. Wir schieden halb befriedigt, halb enttäuscht.

Die öffentliche Versammlung, die gelegentlich der Erfurter Tagung am 1. Dezember hatte stattfinden sollen, aber damals verboten war, wurde am 8. Februar nachgeholt. Der Saal war mit nahezu 1000 Personen überfüllt,

[1] Die Verspätung erklärt sich zum Teil daraus, daß Payer, als er zum Stellvertreter Graf Hertlings ernannt wurde, krank in Stuttgart lag und erst Anfang Februar sein Amt antrat. Das Datum des 15. März steht in der Erinnerung von Frl. Heymann fest. Schücking fehlte vielleicht bei dem Empfang.

und viele Besucher mußten umkehren. Es referierten: Eduard Bernstein (statt Sinzheimer) über Voraussetzungen des Völkerbundes und Quidde: „Nur kein fauler Friede". Eine von dem zweiten Referenten vorgelegte Resolution wurde fast einstimmig angenommen[498]). Die Versammlung war, wie viele andere, ein Zeugnis dafür, wie verbreitet im Volke die pazifistische Gesinnung war.

XXII. [XX.] Friede im Osten

Die Verhandlungen über die Regelung der Ostfragen, die mit dem Frieden von Brest-Litowsk endeten, haben den deutschen Pazifisten wiederholt Gelegenheit zu entrüsteten Protest-Kundgebungen und zur Entwicklung pazifistischer Forderungen für die Haltung Deutschlands bei den Friedensverhandlungen gegeben.

Im Herbst 1917 tauchten Gerüchte auf über die Absichten, die die deutsche Regierung im Osten verfolgte. Es hieß, der Kaiser von Österreich sollte zum König von Polen gewählt, das bisher russische Polen („Kongreßpolen") mit Galizien vereinigt und die Habsburgische Doppelmonarchie zu einer Trias erweitert werden. Das war die „austro-polnische Lösung", der gelegentlich auch wieder andere Pläne entgegengestellt wurden. Andererseits sollten ein Großfürstentum Litauen und ein Herzogtum Kurland den König von Preußen zum Herrscher erhalten und damit dem Deutschen Reiche angegliedert werden. Andere Pläne kreuzten sich damit. Es spielten sich mehr oder minder offene Rivalitäten deutscher Dynastien über die Besetzung von Herrschersitzen in den baltischen Provinzen ab[499]). Da dergleichen Pläne eine immer stärkere Rolle in der Öffentlichkeit spielten, ohne daß von der Reichsregierung dagegen entschieden Stellung genommen wäre, fühlten die deutschen Pazifisten sich verpflichtet, Alarm zu schlagen.

Die Deutsche Friedensgesellschaft und die Zentralstelle Völkerrecht veröffentlichten gemeinsam unter dem Titel „Erzwungene Gebietserwerbungen im Osten[500])?" eine Erklärung, die am 11. November in der Presse erschien[1].

Die Erklärung ließ es dahingestellt, „ob eine solche Lösung der Völker- und Staatenprobleme des Ostens beim Friedensschluß durch Verständigung mit der russischen Regierung und im Einvernehmen mit den Wünschen der Bevölkerung von Polen, Litauen und Kurland zu erreichen ist", stellte auch die Frage zurück, „ob es mit den Lebensinteressen des deutschen Volkes vereinbar ist, dem Deutschen Reich eine volksfremde, feindlich gesinnte Bevölkerung einzuverleiben", deutete auch nur kurz die Frage an, „ob es klug ist, sich für die künftigen Friedensverhandlungen vor Beendigung des

[1] Die Erklärung ist nicht datiert. Vor mir liegt ein Sonderabdruck aus der „Waldeckischen Rundschau", Arolsen, vom 11. November 1917[501]).

Krieges noch mehr die Hände zu binden, als es durch die Proklamierung des unabhängigen Königreichs Polen leider schon geschehen ist".

War die Erklärung in diesen Fragen formell von äußerster Zurückhaltung, so betonte sie um so entschiedener, daß die geplanten Maßnahmen nicht möglich seien, „ohne offenbaren Widerspruch zu der Reichstagskundgebung vom 19. Juli, die in der Antwort der Reichsregierung auf die päpstliche Note vom 19. September feierlich als Leitgedanke deutscher Politik bekräftigt worden ist." Das liege so offen zu Tage, daß jede Beweisführung überflüssig sei. Die Folgen aber würden die unheilvollsten sein: Nach außen: „die deutsche Politik würde im Lichte der schlimmsten Zweideutigkeit dastehen"; die Behauptung, daß es unmöglich sei, mit diesem Deutschland Verträge zu schließen und daß deshalb der Krieg bis zur Überwältigung Deutschlands fortgeführt werden müsse, werde neue Kraft gewinnen. Nach innen: „die Mehrheitsparteien vom 19. Juli würden genötigt sein, entweder in offene Opposition zur Regierung zu treten oder sich selbst im gleichen Maße wie die Regierung bloßzustellen . . . ; die Gefahr eines inneren Zusammenbruchs würde damit außerordentlich naherücken."

Deshalb wendet sich die Erklärung mit der dringenden Forderung an die Reichsregierung, in unzweideutiger Form diesen Gerüchten entgegenzutreten. „Es darf kein Zweifel darüber bestehen, daß solche Pläne die Gefahr einer Katastrophe der deutschen Politik nach außen und nach innen heraufbeschwören können."

Auf der Erfurter Tagung vom 1. und 2. Dezember wurden die Grundgedanken dieser Erklärung (Festhalten an der Reichstagsresolution auch für die Regelung der Ostfragen) in Erinnerung gebracht, und die Frauenliga wandte sich im Laufe des Dezember an den Reichskanzler Graf Hertling mit dem dringenden Ersuchen[1], bei den bevorstehenden Friedensverhandlungen mit den östlichen Ländern „von Annexionen und Kriegsentschädigungen Abstand zu nehmen, den Völkern das Selbstbestimmungsrecht zu gewährleisten und zum Ausdruck zu bringen, daß Deutschland bereit ist, die Frage der Abrüstung zu Lande und zu Meer im Sinne der Papstnote zu regeln." Als Frauen nahmen die Verfasserinnen der Eingabe Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß eines der besten Mittel zur Schaffung eines dauernden Friedens unter den Kulturvölkern die Verleihung des Stimmrechtes an die Frauen sei; die Regierung möge deshalb dem Reichstag unverzüglich eine entsprechende Vorlage unterbreiten.

Die zu Brest-Litowsk geführten Friedensverhandlungen[502]) gaben den deutschen Pazifisten bald Anlaß zu schärferer Kritik an der Haltung der deutschen Vertreter. Diese forderten von der russischen Regierung, daß sie die Loslösung Polens, Litauens und der baltischen Länder Kurland, Livland und Estland, auch der Ukraine aus dem russischen Staatsverbande anerkennen solle, und zwar auf Grund der Kundgebungen von Körperschaften, die

[1] Völkerversöhnende Frauenarbeit, S. 48. Das genauere Datum fehlt.

unmöglich als eine wirkliche Vertretung der Bevölkerung dieser Länder anerkannt werden konnten. Sie wollten dann über das positive Schicksal dieser Gebiete (Angliederung an Deutschland?) auf ähnlich ungenügender Grundlage oder doch, während sie von deutschen Truppen besetzt waren, entschieden haben. Anschauungen, die die deutschen Unterhändler in Brest-Litowsk vertraten, sprachen den Grundsätzen, zu denen sich die deutsche Politik im Sommer und Herbst 1917 bekannt hatte, offen Hohn.

Dagegen wandte sich zunächst eine von der Deutschen Friedensgesellschaft und der Zentralstelle Völkerrecht am 6. Januar an den Reichstag gerichtete Eingabe[503]). Etwas später, als in Brest-Litowsk der militärische Standpunkt immer rücksichtsloser geltend gemacht war, folgte ein Protest des Frauenausschusses, gerichtet an die Reichsregierung und an die Mitglieder des Reichstages[1]. Am 15. Februar endlich vereinigten sich alle vier Organisationen, die Deutsche Friedensgesellschaft (vertreten durch Quidde und Rühle), der Bund Neues Vaterland (Kurt von Tepper-Laski), der Deutsche Frauenausschuß für dauernden Frieden (Lida Gustava Heymann) und die Zentralstelle Völkerrecht (H. Rößler und H. von Gerlach) zu einer Eingabe an den Reichstag, der die Eingabe vom 6. Januar wieder beigegeben wurde[504]).

Im Vordergrund steht in allen drei Denkschriften der entrüstete Protest gegen den Mißbrauch, der mit dem Begriff der Selbstbestimmung der Bevölkerung getrieben wurde und gegen die versteckte Annexionspolitik. Am prägnantesten kam das in dem Schreiben der Frauenliga zum Ausdruck. Es forderte vom Reichstag, daß er „erstens der Regierung vorschreibe, daß unter dem Selbstbestimmungsrecht der Völker nicht eine gekünstelte, verklausulierte Auslegung des Begriffes zu verstehen sei, sondern die allgmeingültige Auffassung eines völlig unabhängigen, durch keine militärische Besatzung oder Verwaltungseinwirkung beeinflußten Volksreferendums, d. h. einer persönlichen Stimmabgabe aller mündigen Männer und Frauen" und daß er „zweitens mit aller Energie auf die Entfernung der militärischen Teilnehmer an den Friedensverhandlungen dringe." Gegen Schluß des Schriftstücks heißt es: „Der bisherige Verlauf der Verhandlungen in Brest-Litowsk kann nur dazu führen, das Vertrauen in die Ehrlichkeit der deutschen Politik bei Freund und Feind, im In- und Ausland schwer zu erschüttern." Der Reichstag ist verpflichtet, keinen Zweifel darüber zu lassen, „daß das Deutsche Volk an dem versprochenen Friedensschluß ohne Annexionen aufrichtig und unweigerlich festhält."

---

[1] Der Protest ist mitgeteilt in der Völkerversöhnenden Frauenarbeit, S. 56 f., wie die meisten Aktenstücke dieser Publikation, leider ohne Datum. Die Bezugnahme auf den „Ton, der durch die deutschen militärischen Vertreter in die Verhandlungen von Brest-Litowsk hineingetragen wird", macht es wahrscheinlich, daß die berüchtigte Rede des General Hoffmann[505]) (18. Januar) vorangegangen war.

In der Eingabe vom 6. Januar wurde noch auf zwei Punkte hingewiesen, in denen die deutschen und die russischen Vorschläge in einem für Deutschland kompromittierenden Gegensatz standen.

1. Die Deutschen hatten verlangt, daß die Russen die in Polen, Litauen, Kurland, Livland und Estland erfolgten Kundgebungen als Ausdruck des Volkswillens anerkennen sollten. Die Russen hatten Bestätigung der Beschlüsse durch ein freies Volksvotum verlangt, die Deutschen aber hatten vorgeschlagen, daß Zeitpunkt und Modalitäten der „nach russischer Auffassung nötigen" Bekräftigung der Loslösungsbeschlüsse einer besonderen Kommission vorzubehalten seien. Daraus würden (sagte die Eingabe) die Gegner Deutschlands folgern, „daß nach deutscher Auffassung wir uns mit dem elenden Ersatz eines wirklichen Volksvotums begnügen würden" (mit einem „Kriegssurrogat wirklicher Demokratie", wie es an anderer Stelle heißt).

2. Die Russen hatten verlangt, daß, ehe die Volksabstimmungen stattfanden, die Truppen zurückgezogen werden müßten. Die Deutschen hatten mit der unbestimmten Wendung geantwortet: da die Räumung der betreffenden Gebiete nicht nach den sonst geltenden Bestimmungen vorgenommen werden könne, so sei bei dem „nach russischer Auffassung nötigen" Volksvotum auf breiterer Grundlage „irgendein militärischer Druck auf jede Weise auszuschalten."

Dieser Vorschlag, sagte die Eingabe, belaste „das deutsche Volk mit dem häßlichen Verdacht, also ob wir in Deutschland ein freies Volksvotum im okkupierten Gebiet unter der Herrschaft fremder Bajonette für möglich hielten – eine Auffassung, die selbstverständlich überall mit ätzendem Hohn zurückgewiesen werden würde."

Ebenso wichtig wie die Kritik an dem Verhalten der deutschen Vertreter in Brest-Litowsk waren zwei positive Vorschläge zu den Friedensbedingungen, die in der Eingabe vom 6. Januar gemacht wurden:

1. Ausgehend von dem Interesse des Deutschtums in Rußland, das „gegen Vergewaltigung zu schützen, ... allerdings eine Ehrenpflicht der deutschen Politik" sei, sollte Deutschland im Frieden von Brest-Litowsk „genügende internationale Bürgschaften für die gleichmäßige Wahrung der nationalen Rechte in allen national gemischten Staaten fordern", womit selbstverständlich die Verpflichtung zur entsprechenden Haltung gegenüber den in Deutschland lebenden fremden Minderheiten gegeben war. Den deutschen Unterhändlern erwachse hier eine schöne Aufgabe zugleich im nationalen und internationalen Interesse. „Das Recht der nationalen Minderheiten völkerrechtlich zu ordnen und zu sichern, ist einer der fortschrittlichsten und zukunftsreichsten Gedanken für die Neuordnung der politischen Welt nach dem Kriege. Deutschland bietet sich hier die Gelegenheit, führend und wegweisend voranzugehen."

2. Gefordert wurde weiter, daß die Vertreter des Vierbundes bei den Verhandlungen mit Rußland sich einsetzen sollten für einen ersten praktischen Schritt auf dem Wege des wiederholt bekannten Friedensprogramms:

„daß der Friedensvertrag den Grund zu legen hat zu einer den Frieden sichernden, auf Recht statt auf Gewalt beruhenden überstaatlichen Organisation und zu einer vertragsmäßigen Begrenzung der Rüstungen." Die russischen Vertreter würden, als Gegner derartiger internationaler Abmachungen in dieser Frage nicht die Führung übernehmen, würden aber, wenn die Mächte des Vierbundes solche Forderungen stellten, sie nicht ablehnen können. Diese außerordentlich günstige Situation gelte es zu benutzen. Ergreife Deutschland in diesem Punkt die Initiative, so werde das geradezu epochemachend wirken. Geschehe es nicht, so sei der Vorwurf zu fürchten, „es sei der Reichsregierung, der Reichstagsmehrheit, dem Grafen Czernin und all den andern, die sich so lebhaft für den Gedanken des Aufbaues einer neuen Welt eingesetzt haben, nicht ernst mit ihren Beteuerungen gewesen."

Die Eingabe wies dem Reichstag die Aufgabe zu, da die Diplomaten versagten, in diesen beiden Fragen die treibende Kraft zu sein und forderte ihn auf, eine Beteiligung bei den Verhandlungen durch selbstgewählte Vertreter zu beanspruchen.

Es schien mir von der größten Bedeutung bei den Verhandlungen in Brest-Litowsk, diese beiden Forderungen von internationaler Bedeutung in den Vordergrund zu stellen: Schaffung eines internationalen Minderheitenrechtes und Verpflichtung, einem künftigen Völkerbund beizutreten, der die friedliche Regelung internationaler Streitigkeiten sichern und eine allgemeine Abrüstung herbeiführen würde. Ich habe daran gedacht, deshalb um eine Unterredung mit dem Staatssekretär, Herrn von Kühlmann, nachzusuchen; ich kannte ihn flüchtig, aber ich hatte den Eindruck, daß er wenig zugänglich sei. Deshalb zog ich vor, mich an den Grafen Podewils[506]), den bayerischen Ministerpräsidenten, zu wenden, der, um Bayern eine Rücksicht zu erweisen, nach Brest-Litowsk mit abgeordnet war. Ich überbrachte ihm die Eingabe vom 6. Januar und trat mündlich für die praktisch-politische Bedeutung der beiden genannten Forderungen ein, besonders auch unter dem Gesichtspunkt, daß für die künftigen Friedensverhandlungen im Westen, insbesondere mit Wilson, die deutsche Position wesentlich gebessert werden würde. Doch nicht nur das. Deutschland als Kämpe für international gesichertes Minderheitenrecht und für einen Völkerbund mußte doch Furore machen. Graf Podewils stimmte mir vollkommen bei und versprach, diese Gedanken bei Herrn von Kühlmann zu vertreten. Ob er es getan hat, weiß ich nicht. Ob Herr von Kühlmann die Gedanken, wenn sie an ihn herangebracht wären, verwertet hätte, weiß ich auch nicht. Jedenfalls war es ein Fehler von mir, ihn nicht aufzusuchen. Man soll nicht zum Schmiedchen gehen, wenn man es mit dem Schmied zu tun hat.

Wie in der Eingabe vom 15. Februar die Forderungen übersichtlich zusammengefaßt wurden, ersieht man aus den Beilagen im Anhang Nr. 15[507]).

Aus der eingehenden Begründung seien nur ein paar Punkte hervorgehoben, die von größerer politischer oder völkerrechtlicher Bedeutung sind.

1. Wir wiesen darauf hin, wie gefährlich es sei, wenn das Mißtrauen in die Ehrlichkeit der deutschen Politik noch stärker anwachse, und bezogen

uns unter anderem auf den zu Anfang des Jahres ausgebrochenen, nur mit Mühe unterdrückten Streik. Er war gegen den erklärten Willen der Sozialdemokratischen Partei und gegen den Willen aller Gewerkschaften ausgebrochen. „Sollte einmal statt unbestimmten Mißtrauens die volle Gewißheit einer Eroberungspolitik sich der Massen bemächtigt haben und sollten Sozialdemokratische Partei und Gewerkschaften in offne Gegnerschaft gegen die Regierung gedrängt werden, so stehen uns Dinge bevor, gegen die dieser Streik ein Kinderspiel gewesen sein wird. Man wird dann sicher die Erfahrung machen, daß die Massen nicht nur im Schützengraben, sondern auch hinter der Front für das Vaterland, das sie durch die Eroberungspolitiker bedroht sehen, sich opfern können und sterben gelernt haben."

2. Es ergab sich die Notwendigkeit einer Klarstellung, was für den Friedensschluß unter dem geforderten „Selbstbestimmungsrecht der Völker" zu verstehen sei. In seiner äußersten Konsequenz würde es „eine Umwälzung der politischen Karte der ganzen Welt bedeuten und zunächst ein Chaos schaffen, aus dem eine neue Ordnung erst wieder erwachsen müßte." Die Auseinandersetzung mit diesem Selbstbestimmungsrecht wäre dem künftigen Völkerbund zu überlassen, der dafür sorgen müsse, „daß nicht nur der Besitzstand der Staaten gegen gewaltsame Eingriffe gesichert wird, sondern auch dafür, daß Änderungen im Besitzstand, die sich im Lauf der Entwicklung als notwendig erweisen, auf friedlichem Wege vorgenommen werden können." Für die hier dem Völkerbund zugedachte Aufgabe hat bekanntlich dessen Satzung in Artikel 19 nur ein praktisch unbrauchbares Werkzeug geschaffen.

Für den Friedensvertrag wollten wir in Übereinstimmung mit Pazifisten anderer Länder, mit dem Internationalen Friedensbureau und mit dem Mindestprogramm der Zentralorganisation für dauernden Frieden das Selbstbestimmungsrecht, ausgehend vom Status quo ante, so verstanden haben, daß „jede Änderung dieses früheren Zustandes, jede Gebietsübertragung, jede Änderung in der Staatszugehörigkeit einer Bevölkerung" nur unter Beachtung dieses Rechtes erfolgen darf.

3. Im Friedensvertrag mit dem neuen Volksstaat der Ukraine waren Bestimmungen über den Verlauf der polnisch-ukrainischen Grenze getroffen, anstatt sie von einer Abstimmung der Bevölkerung abhängig zu machen. Wir machten der Regierung zum Vorwurf, daß sie Deutschland ganz ohne Not und entgegen dem Grundsatz des Selbstbestimmungsrechtes mit dem Odium einer Grenzabsteckung, die uns direkt gar nichts angeht, belastet habe, und wir forderten, daß, wenn der Vertrag in diesem Punkte angefochten werde, die letzte Entscheidung auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes erfolgen müsse.

4. Zu dem Problem des Minderheitenschutzes brachte die Denkschrift einen theoretisch sehr bemerkenswerten Beitrag. Sie führte aus, daß die deutschen Balten nicht nur für ihre nationale Kultur fürchteten, „sondern noch mehr für ihre wirtschaftliche und soziale Existenz". Natürlich werde

der baltische Adel auf seine Herrenstellung verzichten müssen, aber sein Eigentum werde ihm in gewissen Grenzen gesichert werden können. „Der nationale Personal-Kataster, der die Grundlage für die Sicherung der nationalen Rechte zu bilden hat, wäre zu ergänzen durch einen nationalen Grundbesitz-Kataster, natürlich nicht in dem Sinne, daß der Grundbesitz der Nationalitäten damit ein für allemal festgelegt wäre." Unter welchen Bedingungen Enteignungen müßten stattfinden können, wird dann flüchtig angedeutet. Ich weiß nicht, ob dieser Gedanke eines Besitzschutzes für nationale Minderheiten, der damals gewiß neu war, in der späteren Literatur irgendeine Rolle gespielt hat.

Keine unserer dringenden Vorstellungen hat Beachtung gefunden, gewiß zu schwerem Schaden Deutschlands. Die Frieden von Brest-Litowsk und Bukarest[1] sind später oft genug Deutschen, die sich über den Frieden von Versailles beschwerten, entgegengehalten worden. Die Alliierten, sagte man, hätten an Rücksichtslosigkeit und Vergewaltigung nur durchgeführt, was die Deutschen in Brest-Litowsk und Bukarest sie gelehrt hätten. Wenn in Wirklichkeit auch die Mitleidlosigkeit der Friedensverträge von 1919 über jene Vorbilder hinausgeht, ist die Möglichkeit des Vergleiches schon schlimm genug[508]).

XXIII. [XXI.] Kriegführung und Friedensfrage im Westen Wilsons 14 Punkte

Zu den Methoden deutscher Kriegführung im Westen, die den Gegenstand empörter Kritik im feindlichen (und zum Teil auch wohl im neutralen) Ausland bildeten, haben wir deutsche Pazifisten im allgemeinen nicht Stellung genommen. Unsere Entschuldigung liegt darin, daß die Anschuldigungen ja meistens gar nicht zu unserer Kenntnis kamen und daß, wenn wir von ihnen erfuhren, wir nicht in der Lage waren zu prüfen, was an ihnen berechtigt, was übertrieben, was einfach erfunden war. Offenbare Greuelmärchen, die es wie auf deutscher Seite auch auf der Seite der Alliierten gab, waren nicht geeignet, Vertrauen auf den Wahrheitsgehalt feindlicher Berichte zu wecken. Mit den abgeschnittenen Armen belgischer Kinder wurde ja eine abscheuliche, durch gefälschte Photographien unterstützte Propaganda getrieben, u. a., um Italien in den Krieg hineinzuziehen. Die deutschen Zeitungen berichteten nur von den Greueltaten der andern. Dem sind wir, soweit es möglich war, entgegengetreten, nicht als Organisationen und in feierlichen Kundgebungen, sondern persönlich von Fall zu Fall.

[1] Zu den Verhandlungen, die mit Rumänien geführt wurden, haben wir deutsche Pazifisten nicht Stellung genommen. Die dort verhandelten Fragen haben die öffentliche Meinung nicht in dem Maße beschäftigt wie die Fragen von Brest-Litowsk.

Im zweiten Kapitel findet man Hinweise auf diese Seite unserer Tätigkeit aus der ersten Zeit des Krieges. Am meisten Aufsehen machte das Experiment eines Wiener Pazifisten, der eine Belohnung aussetzte für den Nachweis eines Falles von ausgestochenen Augen (das war eines der beliebtesten Greuelmärchen) und alle Wiener Lazarette vergebens danach durchforschte. Überall war man ganz sicher, daß es solche Fälle gäbe, nur gerade nicht an Ort und Stelle, aber gewiß im Lazarett B, wo das Ergebnis der Nachfrage das gleiche war. Auch ich bin gleich in den ersten Kriegswochen in einem an die Redaktion der Münchner Neuesten Nachrichten gerichteten Briefe den wüsten Greuelberichten, die in den von ihr veröffentlichten Soldatenbriefen gegeben waren, entgegengetreten. Die Redaktion hat, schuldbewußt, meinen Brief nicht veröffentlicht, ihre Publikationen solcher Soldatenbriefe aber eingestellt. Die militärische Zensur war mir zu Hilfe gekommen.

Vielleicht darf ich noch etwas über meine persönliche Stellung zu der Kriegsgreuelfrage sagen, da sie wohl für viele deutsche Pazifisten (nicht für alle natürlich) bezeichnend ist. Als wir uns nach dem Kriege zum erstenmal wieder im Internationalen Friedensbureau trafen, habe ich durch mein Eingeständnis, daß ich mich um die Greuel der Kriegführung nie gekümmert hätte, die Entrüstung eines französischen Kollegen erregt. Ich war so sehr überzeugt, daß der Krieg schlimmste Barbarei ist und daß viele Menschen im Kriege, ohne Barbaren zu sein, wie Barbaren handeln, daß ich für die Einzelheiten, die ich ja doch durch keinerlei Kritik verhindern konnte, kein Interesse hatte[1]. Ich nahm auch von vorherein als selbstverständlich an, daß die deutsche Kriegführung durch gewisse Ausschreitungen stärker als die der Gegner belastet werden würde, nämlich durch jene Ausschreitungen, die eine Armee gegenüber der einheimischen Bevölkerung in Feindesland zu begehen pflegt. Während die deutschen Heere überall weit in feindliche Gebiete eingedrungen waren, hatten die Gegner nur ganz vorübergehend Gelegenheit gehabt, solche Ausschreitungen zu begehen. Wenige Tage standen die Franzosen im Oberelsaß, und etwas länger waren die Russen Herren in einem Teil von Ostpreußen. Das Verhalten der Franzosen in dem Lande, das sie für sich zurückgewinnen wollten, kann nicht zum Vergleich herangezogen werden. Über die Schandtaten der Russen in Ostpreußen wurden Berichte verbreitet, in denen Wahres mit Übertreibungen und Märchen gemischt war. Was nach Abzug von allem Zweifelhaften an einwandfrei erwiesenen Tatsachen blieb, schien den Glauben zu rechtfertigen, daß deutsche Truppen so schlimm in Feindesland nicht gehaust hätten[2].

Aber es gab auch von oben her befohlene Methoden deutscher Kriegführung, die die Kritik herausforderten, so in der ersten Zeit des Krieges die mitleidlose Erschießung belgischer Franctireurs und die Zerstörung Lö-

---

[1] Vgl. auch im zweiten Kapitel, besonders S. 55.

[2] Man beachte in der bei Gelegenheit des Berliner Friedenskongresses von 1919 zu besprechenden Foersterschen Anklageschrift das den deutschen Soldaten (im Gegensatz zu den Vorgesetzten) erteilte Lob[509].

wens, später die brutale Abtransportierung von Frauen in Lille und die Abtransportierung belgischer Arbeitskräfte, schließlich die systematische Zerstörung von Fabriken und Bergwerken. Gegen sie hätten wir protestieren sollen, wird man jetzt sagen. Was den Franctireurskrieg anlangt, so schien mir: die von der deutschen Heeresleitung offiziell ohne Umschweife zugegebenen furchtbaren Maßnahmen erklären sich aus der Verschiedenheit der deutschen und der belgischen Auffassung der Bedingungen, unter denen Freischärler unter dem Schutz des Völkerrechts stehen[510]). Die Zerstörung Löwens war zuerst von deutscher Seite so kraß wie möglich zum Zweck der Abschreckung in die Welt hinausposaunt worden. Als man die verheerende Wirkung dieser Schreckensbotschaft erkannte, fand man für die abschwächende Zurückführung auf das Tatsächliche keinen Glauben mehr. Eine gerechte Nemesis!

Von den abscheulichen Vorfällen in Lille erfuhren wir, während der Krieg dauerte, nichts[511]). Dagegen erregten die Deportationen, die in Belgien Arbeiter für deutsche Fabriken aushoben, die allgemeine Aufmerksamkeit[512]). Sie waren zweifellos nicht nur moralisch zu verurteilen, sondern völkerrechtlich unzulässig, standen im Widerspruch zu dem Abkommen der ersten Haager Konferenz betreffend die Gesetze und Gebräuche des Landkrieges. Es wäre also unsere Pflicht gewesen, dagegen zu protestieren. Daß wir es nicht getan haben, ist entschieden eine Schwäche. Ob die Frage in unserm Kreise überhaupt erörtert ist, vermag ich nicht zu sagen.

Gegen die Art der Ausführung der Maßnahme wenigstens wandte sich eine Eingabe des Frauenausschusses[1]. Er richtete an den Hauptausschuß des Reichstages das dringende Ersuchen, „von den Militärbehörden nochmals Aufklärung über die Deportationen, besonders diejenigen von Frauen und Mädchen, aus dem belgischen Gebiet zu fordern und darauf zu dringen, daß bei den aus militärischen Gründen erforderlichen Deportationen mit aller nur denkbaren Schonung verfahren werde." Zur Begründung wird darauf verwiesen, daß wiederholt „Frauen kriegführender Länder – durch die Vermittlung von Frauen neutraler Länder – den deutschen Frauen ihre Klagen übermittelt" haben „wegen der Rücksichtslosigkeit und Grausamkeit, mit der das deutsche Militär bei den Deportationen auf belgischem Gebiet vorgeht". Die Frauen betonen, ihnen sei „jede Möglichkeit genommen, sich über diese ... Verhältnisse Einblick und Urteil zu verschaffen"; die Verhandlungen im Reichstag aber bewiesen, daß die Klagen begründet seien. Die Versprechen des Kriegsministers seien offenbar nicht gehalten worden. „Aus Gründen der Menschlichkeit, im Interesse des Ansehens des Deutschen Reiches und der Autorität des Reichstages" ergeht die dringende Bitte an den Hauptausschuß, „unverzüglich vorzugehen und mit Nachdruck auf Abstellung zu dringen."

---

[1] Die Eingabe ist abgedruckt in: Völkerversöhnende Frauenarbeit, S. 54. Das Datum fehlt. Die Deportationen erfolgten seit Anfang 1917, dauerten, als die Eingabe entstand, offenbar schon längere Zeit.

Der Gedanke, unter Berufung auf das Völkerrecht gegen die „militärische Notwendigkeit" der Maßnahmen[1] vorzugehen, lag den Frauen offenbar ganz fern. Sonst hätten sie es, tapfer wie sie waren, gewiß getan. Dieser Tatbestand spricht für die Annahme, daß in unserem Kreise die Frage überhaupt nicht aufgeworfen ist.

Daß es, um im Westen zu einem Frieden zu kommen, vor allem erforderlich sei, Belgien in voller Unabhängigkeit wiederherzustellen und zu entschädigen, war unsere gemeinsame Überzeugung, die wir wiederholt nachdrücklich vertreten haben. Viel Not aber machte uns die für den Frieden im Westen so wichtige Frage Elsaß-Lothringen.

In den Tagen der Kriegserklärung hatte ich den bekannten Schulmann Professor Kerschensteiner[513]), liberalen Abgeordneten für München, dafür gewonnen, gemeinsam mit mir den Reichskanzler telegraphisch zu ersuchen, er möge sofort bei Kriegsbeginn die Autonomie Elsaß-Lothringens, ähnlich wie 1866 Bismarck das Wahlrecht der Verfassung von 1849 „in die Pfanne werfen". Mein Gedanke war, damit die Kriegslust in Frankreich zu dämpfen und zugleich in dem für die Kriegführung so wichtigen Grenzland die Stimmung wesentlich zu verbessern. An diesem Gedanken, Elsaß-Lothringen die volle Autonomie innerhalb des Deutschen Reiches zu gewähren, habe ich während des ganzen Krieges festgehalten.

Bald aber zeigte sich, daß das vermutlich, um zum Frieden mit Frankreich zu kommen, nicht genügte. Am Weihnachtsabend 1915 traf ich nach einer abenteuerlichen Fahrt[2] in Frankfurt a. M. mit de Jong van Beek en Donk zusammen, der von einer Besprechung in Bern nach dem Haag zurückkehrte. Wir saßen bis tief in die Nacht zusammen und tauschten unsere Erfahrungen und unsere Ansichten über die Lage aus. Er berichtete, in Bern sei man der Ansicht gewesen, zur Herbeiführung des Friedens werde es nötig sein, daß

---

[1] Zur Entschuldigung war gesagt, es handle sich darum, die Bevölkerung in ihrem eignen Interesse aus der Gefechtszone zu entfernen. Das wäre eine wirkliche militärische Notwendigkeit gewesen. In Wahrheit aber wollte man Arbeitskräfte für deutsche Fabriken gewinnen.

[2] Zur Charakteristik unserer Lage unter der Herrschaft der Militärdiktatur sei berichtet. De Jong fragte mit der Ahnungslosigkeit des Neutralen von Bern aus ganz offen telegraphisch bei mir an, ob er mich am 24. abends im Frankfurter Hof treffen könne. Dreimal ging ich ans Telephon, um eine Antwort aufzugeben, dreimal verzichtete ich. Wenn ich nicht antwortete, riskierte ich, daß er auf das Rendezvous verzichtete und ich vergebens nach Frankfurt fuhr. Wenn ich antwortete, war so gut wie sicher, daß die Militärbehörden mich nicht reisen lassen würden. Das zweite Risiko schien das schlimmere; ich antwortete nicht. Meine Fahrt suchte ich so einzurichten, daß ich militärischen Nachstellungen zu entgehen Aussicht hatte. Mit einem Auto fuhr ich um ½4 Uhr nachts zum Starnberger Bahnhof, fuhr mit einem Vorortzuge nach Pasing, von dort mit einem Personenzug nach Augsburg, weiter mit einem andern Zuge nach Treuchtlingen, wo ich in den Schnellzug München–Frankfurt einstieg, immer III. Klasse unter Verzicht auf meine Abgeordneten-Freikarte. Dann fuhr ich nicht bis Frankfurt durch, sondern stieg in Offenbach aus und benutzte von dort die Straßenbahn.

Deutschland auf Elsaß-Lothringen verzichte gegen Abtretung französischer Kolonialgebiete. Er hatte geglaubt, daß wir deutsche Pazifisten diesen Vorschlag würden vertreten können, und war sehr enttäuscht, als ich das für ganz unmöglich erklärte und auch sagte, eine deutsche Regierung, die es wagen würde, auf dieser Grundlage zu verhandeln, würde von einem Entrüstungssturm weggefegt werden.

Ein Jahr später, noch im Januar 1918[1], forderte Professor Foerster in einem von Fried als „hochbedeutend" bezeichneten Artikel der „Münchener Post", daß man in Deutschland, um Vertrauen für das Bekenntnis zu einem neuen Völkerrecht zu finden, Verständnis zeigen müsse für die in England und Frankreich herrschende Auffassung der elsaß-lothringischen Frage, für den Gedanken, daß ein 1871 begangenes Unrecht (die Annexion ohne Befragung der Bevölkerung) wieder gutgemacht werden müsse. Er kommt dann aber nicht auf die Forderung der Rückgabe Elsaß-Lothringens hinaus, sondern auf die möglichst baldige „Erhebung jener Provinzen zur vollen bundesstaatlichen Gleichberechtigung" im Namen der „Prinzipien eines neuen Völkerrechts".

Die Forderung wurde um diese Zeit auch in Regierungskreisen vertreten, ohne sich durchsetzen zu können. Als Payer im Februar 1918 sein Amt antrat, fand er einen dicken Akten-Faszikel über Elsaß-Lothringen vor[2]. Er vermehrte ihn durch eine Denkschrift, in der er sich für „die unverweilte Erhebung zum autonomen Bundesstaat" aussprach. Auf dem gleichen Standpunkt stand das Auswärtige Amt. Die meisten Denkschriften aber befürworten (trotz der niederschmetternden Ergebnisse der Jahre 1871 bis 1914) die Angliederung an Preußen. Damit konkurrierten bayerische Ansprüche auf einen Teil des Landes. Schrecklich war diese kleinliche Ländergier und die Verständnislosigkeit für Notwendigkeiten der Entwicklung und der Verständigung mit dem Ausland.

Der Staatssekretär Herr von Kühlmann äußerte in einer Rede vom [9. Oktober 1917], daß die französischen Ansprüche auf Elsaß-Lothringen das einzige Hindernis für einen Friedensschluß seien, setzte diesen Ansprüchen aber ein „Niemals" entgegen[514]).

So war die Lage, als unsere pazifistischen Organisationen in einer noch näher zu würdigenden Eingabe betreffend „Friede im Westen"[515]), in Anknüpfung an Wilsons 14 Punkte, Veranlassung hatten, sich mit der elsaßlothringischen Frage zu beschäftigen.

Die Eingabe forderte unter Ziffer 8 Klarheit darüber, „daß Deutschland jedenfalls sogleich nach Friedensschluß Elsaß-Lothringen die volle Autonomie eines deutschen Bundesstaates verleihen und dem Lande die freie Wahl seiner Verfassung überlassen wird."

---

[1] Fried bringt einen Auszug aus dem Artikel in der Friedenswarte vom Januar 1918, S. 26 f.

[2] Payer, Von Bethmann Hollweg bis Ebert, S. 268–271.

In der Begründung wurde eingehend die Frage erörtert, ob man der in Frankreich und England herrschenden Auffassung nicht weiter entgegenkommen könne. Es bestehe kein Zweifel darüber, „daß keine französische Regierung es wagen könne, einen Frieden vorzuschlagen, der diesen Ansprüchen (auf Regelung der elsaß-lothringischen Frage) nicht in irgend einer Form Genugtuung gewähre." Nur über das Maß der möglichen Zugeständnisse gingen die Meinungen auseinander. Eine Abtretung, auch gegen Kompensationen irgendwelcher Art, könne nur einem vollkommen besiegten Deutschland zugemutet werden; diese Forderung werde auch von Wilson nicht erhoben; er begnüge sich zu sagen: „Das Unrecht, das Frankreich im Jahr 1871 zugefügt worden ist und das den Frieden der Welt vor 40 Jahren aus dem Gleichgewicht brachte, muß derart wieder in Ordnung gebracht werden, daß der Friede im Interesse aller gesichert wird."

„Auch die englische Arbeiterpartei (heißt es in der Eingabe weiter) und die französischen Sozialisten verlangen nicht die Abtretung Elsaß-Lothringens schlechthin, sondern ein Plebiszit der Bevölkerung des Landes. Neutrale haben die Sprachgrenze vorgeschlagen, den Austausch des französischen Teils von Lothringen gegen französischen Kolonialbesitz. Wir sind verpflichtet, wenn wir ernsthaft den Frieden wollen, solche Vorschläge ernsthaft zu prüfen."

Die Eingabe tritt dann in eine solche Prüfung ein. Sie findet, daß eine Volksabstimmung unter den unmittelbaren Nachwirkungen des Krieges keine Gewähr für ein dauernd annehmbares Ergebnis biete und daß die praktischen Konsequenzen auf starke Bedenken stoßen würden. Günstiger stellt sie sich zu dem Vorschlag, Französisch-Lothringen zurückzugeben, ohne aber eine bestimmte Forderung zu wagen, „außer der, daß die Frage ernsthaft und unbeirrt durch patriotische Phrasen geprüft werde." Zur Erläuterung der im Text vertretenen Forderung der Autonomie wird gesagt, daß man dem Lande „nicht ein neues Herrscherhaus aufnötigen, sondern ihm selbst die Wahl seiner Verfassung, auch der Staatsform überlassen" solle. Da die zur Grenzsicherung nötigen Machtmittel, Heer, Eisenbahn, Post und Telegraphen in der Hand des Reiches seien, würde auch die republikanische Staatsform keine Gefahr bedeuten. Vor dem Kriege würde eine solche Lösung (eine autonome Republik Elsaß-Lothringen innerhalb des Reiches) in Frankreich mit Enthusiasmus aufgenommen sein. Ob sie jetzt eine Wirkung auf den französischen Kriegswillen haben könne, wagt die Eingabe nicht zu sagen; in England und besonders in den Vereinigten Staaten werde der Eindruck vielleicht sehr stark sein.

Vielleicht wird man heute, angesichts der Tatsache, daß Elsaß-Lothringen wieder französisch geworden ist und die Bevölkerung trotz der autonomistischen Bewegung sicherlich damit einverstanden ist, angesichts besonders der Tatsache, daß eine rechtsstehende deutsche Regierung im Locarno-Abkommen diese Grenzsicherung als endgültig freiwillig anerkannt hat, – vielleicht wird man angesichts dieser Tatsachen heute unsere Haltung von 1918 schwächlich und mutlos finden. Wenn man sich aber in das damalige Deutsch-

land versetzt, in eine Bevölkerung, die freilich kriegsmüde war, aber von der deutschen militärischen Überlegenheit überzeugt, ganz verständnislos für das Ansinnen, territoriale Opfer zu bringen, so wird man, glaube ich, zugeben, daß deutsche Pazifisten weiter nicht gehen konnten. Es gehörte schon Mut dazu, für Elsaß-Lothringen die selbständige Bestimmung über seine Staatsverfassung und zugleich ernsthafte Prüfung der gegnerischen Ansprüche zu fordern.

Die Eingabe vom 17. Februar betr. Frieden im Westen[1], von der wir jetzt den Elsaß-Lothringen betreffenden Abschnitt besprochen haben, richtete an den Reichstag die Bitte, den Reichskanzler zu ersuchen, „zu den Reden des Präsidenten Wilson in bestimmterer und klarerer Weise Stellung zu nehmen, als es in der Sitzung des Hauptausschusses vom 24. Januar geschehen ist."

Wilsons letzte Kundgebungen, die Botschaft an den Kongreß vom 4. Dezember und seine Rede vom 8. Januar (mit den berühmten 14 Punkten) hatten in Deutschland bei der Presse eine mehr als unfreundliche Aufnahme gefunden[516]). Man hielt alles, was von ihm ausging, für Lüge oder Heuchelei. Die Eingabe betonte, es stehe außer Zweifel, daß die herrschende deutsche Anschauung ein für die klare Beurteilung der Tatsachen schädliches Vorurteil sei, und betonte die grundlegende Tatsache, „daß Wilsons Haltung in den letzten Monaten deutlich den Wunsch zeigt, zu einem Frieden zu gelangen, ehe die Vereinigten Staaten ernstlich mit Einsetzung ihrer ganzen Volkskraft in den Krieg eingreifen." Diese Absicht hatte er, wie private Nachrichten bestätigen, schon im November. „Deshalb sind wir verpflichtet, Wilsons Bedingungen und Voraussetzungen ernstlich zu prüfen." Die Rede Graf Hertlings aber vom 24. Januar war unter diesem Gesichtspunkt ganz ungenügend. Sie ließ Zweideutigkeiten bestehen und schuf neue.

Die Deutsche Regierung hatte die Westmächte eingeladen, an den Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk teilzunehmen. Nachdem diese Einladung zurückgewiesen war, hatte sie erklärt, daß wir „freie Hand im Westen" hätten. Diese Erklärung war vielfach bei Freund und Feind so gedeutet, als ob die Grundsätze der Reichstagskundgebung vom 19. Juli 1917 für die Verhandlungen mit den Westmächten nicht mehr gelten sollten. Für Anknüpfung von Verhandlungen mit Wilson war es jedenfalls wichtig, diese Deutung mit klaren Worten auszuschließen. Das hatte Wilson in seiner Rede vom 24. Januar versäumt. Die pazifistische Eingabe betont nachdrücklich die Notwendigkeit, das nachzuholen.

Ähnlich stand es mit der Bereitwilligkeit, nach Friedensschluß einem Völkerbund beizutreten. Seit Bethmann Hollweg im November 1916 diese Bereitwilligkeit erklärt hatte, hatte sich so vieles ereignet, was diese Bereit-

---

[1] Es waren daran wieder beteiligt: Deutsche Friedensgesellschaft (gez. Quidde und Rühle), Bund Neues Vaterland (Tepper-Laski), Deutscher Frauenausschuß für dauernden Frieden (Lida Gustava Heymann) und Zentralstelle Völkerrecht (Rößler und von Gerlach). Das Schriftstück umfaßt im Druck elf Folioseiten.

willigkeit in Zweifel stellte – man denke nur an die vielfache Verleugnung der Reichstags-Kundgebung und an das Schweigen in Brest-Litowsk – daß es nötig schien, die aufgetauchten Zweifel in feierlicher Weise zu widerlegen, zumal offenbar Wilson auf Klarstellung dieser Frage großes Gewicht legte.

Graf Hertling hatte überdies in seinen eigenen Erklärungen zu zwei wichtigen Fragen – zur Wiederherstellung Belgiens und zur Räumung der besetzten Teile Frankreichs – seine Worte so gewählt, daß die Gegner stutzig werden mußten.

In der belgischen Frage war er über die Erklärung Bethmann Hollwegs, „daß zu keiner Zeit während des Krieges die gewaltsame Angliederung Belgiens an Deutschland einen Programmpunkt der deutschen Politik gebildet habe", nicht hinausgegangen; ja, er hatte es abgelehnt, sich bestimmter zu erklären, so lange unsere Gegner nicht „die Integrität des Gebietes der Verbündeten" als „einzig mögliche Grundlage von Friedensbesprechungen" anerkennten. Das Motiv war, Belgien als Faustpfand gegen England zu verwerten. Man übersah dabei, daß auch für die Anhänger des Verständigungsfriedens in England die klare Verpflichtung Deutschlands zur Wiederherstellung Belgiens Vorbedingung aller Friedensverhandlungen war und daß so ziemlich in der ganzen Welt die öffentliche Meinung sich dagegen auflehnte, daß die Wiederherstellung Belgiens an Bedingungen geknüpft werde. Die in der Eingabe geforderte Erklärung lautete, daß Deutschland „gewillt ist, den belgischen Staat in voller Unversehrtheit und in voller Unabhängigkeit wiederherzustellen, vorausgesetzt, daß die Unabhängigkeit Belgiens – im Rahmen des allgemeinen Verständigungsfriedens – nicht nur eine scheinbare, sondern eine tatsächliche ist." Diese Formel war nach unserer Auffassung ein Kompromiß. Die unzweideutige Bereitwilligkeit, Belgiens Unversehrtheit und Unabhängigkeit wiederherzustellen, wurde an Voraussetzungen geknüpft, die für Deutschland wesentlich, aber, da selbstverständlich, auch für die Gegenseite annehmbar sein mußten.

Schlimmer zweideutig war, was der Reichskanzler zur Räumung des französischen Territoriums erklärt hatte. Er sagte: „Die okkupierten Teile Frankreichs sind ein wertvolles Faustpfand in unserer Hand. Auch hier bildet die gewaltsame Angliederung keinen Teil der amtlichen deutschen Politik. Die Bedingungen und Modalitäten der Räumung, die den vitalen Interessen Deutschlands Rechnung tragen müssen, sind zwischen Deutschland und Frankreich zu vereinbaren[517])."

Besonders übel war die Wendung von der „amtlichen deutschen Politik". Der Verdacht lag nahe, daß damit auf Ziele einer nicht-amtlichen deutschen Politik angespielt sein sollte, die eventuell zu berücksichtigen wären, zumal nachher von „vitalen Interessen" die Rede war, die seltsamerweise bei den „Bedingungen und Modalitäten der Räumung" zu berücksichtigen waren. Man mußte unwillkürlich an die von der deutschen Schwerindustrie hartnäckig festgehaltenen Ansprüche auf die Bergwerke von Longwy-Briey denken. Der Reichskanzler, sagten wir, habe „alle Veranlassung seine unklare und deutungsfähige Erklärung vom 24. Januar zu erläutern", wenn er sich

auch Frankreich gegenüber zu einem Frieden ohne erzwungene Gebietsabtretungen bekenne und wenn er einer Verständigung mit Wilson näher kommen wolle.

In einem Punkte lehnte unsere Eingabe die Forderungen Wilsons als „unannehmbar" ab. In Ziffer 13 seiner 14 Punkte hieß es: „Ein unabhängiger polnischer Staat muß gegründet werden, der in sich die Gebietsteile einschließen muß, die durch eine unwiderleglich polnische Bevölkerung bewohnt sind. Er muß einen freien und sicheren Zugang zum Meer haben".

Wir machten dagegen geltend, daß die Forderung wichtige Lebensinteressen des deutschen Volkes verletze. „Ein polnischer Staat, wie er hier gefordert wird, würde bis zwanzig Meilen an die Reichshauptstadt reichen und würde rein deutsche Gebiete vom Reichskörper trennen." Wir nahmen also an, daß der „freie und sichere Zugang zum Meer", wie es dann ja auch im Versailler Vertrag geschah, den polnischen Korridor bedeute, der Ostpreußen vom Reich trennte, obschon nach Wilsons Auffassung diese Forderung nicht unbedingt durch eine territoriale Verbindung mit der See verwirklicht zu werden brauchte. Nach unserer Auffassung lag hier einer der zahlreichen Fälle vor, „in denen eine Abgrenzung der Staaten nach rein nationalen Gesichtspunkten aus geographischen Gründen nicht möglich ist, sondern ein Ausgleich gesucht werden muß." Dem „eigensinnigen Doktrinarismus", der überall Nationalstaaten fordert, stellten wir das gute Recht national gemischter Staaten, – also des Nationalitätenstaates – entgegen, allerdings unter der Voraussetzung, daß dieser die Gleichberechtigung der in ihm vereinigten Nationalitäten, in der Praxis das Recht der nationalen Minderheiten auf Kulturautonomie, eventuell auch auf Verwaltungsautonomie anerkennt und bereit ist, die Durchführung dieses Grundsatzes unter internationale Kontrolle zu stellen. Wir waren der Ansicht, daß die Errichtung eines unabhängigen polnischen Staates mit dem Verbleiben der preußischen Polen bei Deutschland vereinbar sei. Wir hätten uns darauf berufen können, daß ein Führer des preußischen Polentums wie Korfanty bereit war, diese Auffassung in dem von uns 1915 geplanten Sammelwerk zu vertreten[1].

Im letzten Abschnitt der Eingabe vom 17. Februar forderten wir den Verzicht auf die von der deutschen Heeresleitung geplante große Offensive, die „alles bisherige an Mensheneinsatz und an Umfang und Furchtbarkeit der Kampfmittel übertreffen" solle und trotzdem, wie wir ausführten, auch im Fall des größten Erfolges uns dem Frieden nicht näher bringen könne; ja, Wilsons jetzt offenbar vorhandene Friedensgeneigtheit werde dann geschwunden sein, wenn er damit rechnen könne, seine Millionenheere zur Unterstützung der Verbündeten nach Europa zu schaffen. Der Pariser Kriegsrat habe die Fortsetzung des Kampfes beschlossen, wir sollten ihm die Verantwortung dafür überlassen, daß die Hölle auch 1918 wieder losgelassen werde. Wenn die Offensive nicht zum Frieden führe, würde die Verant-

[1] S. oben Kapitel VI, S. 84.

wortung für die entsetzlichen Opfer, die sie koste, sich, auch über die Kriegsdauer hinaus, furchtbar rächen. Die Reichsleitung müsse deshalb „ein Machtwort erzwingen, damit die rein militärischen Gesichtspunkte sich den Bedürfnissen der Politik des Friedensschlusses unterordnen."

Wir vereinigten die beiden Eingaben vom 15. und 17. Februar zu einer Broschüre unter dem Titel „Friede im Osten und Friede im Westen"[1]. Die von mir gezeichnete, aus Frankfurt vom 20. Februar 1918 datierte Vorbemerkung gesteht zu, daß in manchen Fragen, so in der baltischen, der polnischen, der belgischen und der elsaß-lothringischen Frage auch im Kreise der deutschen Pazifisten die Ansichten auseinandergehen[518]); die Eingaben hätten „eine mittlere Linie, die sich so ziemlich mit der mittleren Linie des Pazifismus decken wird... In den wesentlichsten Grundfragen besteht auch, wie in wiederholten Beratungen festgestellt wurde, volle Übereinstimmung." Trotzdem schon während der Drucklegung die Entwicklung im Osten über die in der Eingabe berücksichtigten Tatsachen hinausgegangen sei, behielten die grundsätzlichen Erörterungen ihre Bedeutung. Bedrohlich sei, daß immer unverhüllter sich die Ziele einer wilden Annexionspolitik abzeichneten, Ziele, „die uns in einen unversöhnlichen Gegensatz zu Polen, Rußland und am Ende gar zu Österreich-Ungarn bringen werden. Es scheint, daß die Militärs die verantwortliche Reichsregierung einfach bei Seite schieben. Wird die Reichstagsmehrheit vom 19. Juli sich das gefallen lassen?"

Den im letzten Abschnitt der gemeinsamen Eingabe vom 17. Februar erhobenen Protest gegen die wahnsinnige Frühjahrs-Offensive nahm der Frauenausschuß für dauernden Frieden noch besonders auf[2]. Er schrieb der Reichsregierung mit einer schönen Leidenschaftlichkeit: „Im Namen von Millionen Frauen aller Länder, die wir mit uns einig wissen, richtet der Deutsche Frauenausschuß für dauernden Frieden einen dringenden Appell an die deutsche Reichsregierung, nichts unversucht zu lassen, um die in Vorbereitung stehende Offensive im Westen zurückzuhalten!" Der Protest weist hin auf die Sinnlosigkeit weiterer furchtbarer Opfer und die Notwendigkeit der Verständigung. „Kein Gewinn von Land und Gütern kann die Menschenleben aufwiegen, welche einer neuen Offensive zum Opfer fallen müßten, kein Sieg und kein Vorteil kann die Schmach wettmachen, welche vor den Augen der Menschheit unsere Zeit und unsere Kultur brandmarkt, wenn die Völker Europas mit den unrühmlichen Mitteln massenvernichtender Erfindungen gegenseitig sich hinmorden."

Außerdem wandte sich der Frauenausschuß (vermutlich gleichzeitig) auch an den Papst mit der Bitte, weiteres Blutvergießen (die bevorstehende Frühjahrsoffensive) zu verhindern[3].

---

[1] Die in beiden Eingaben aufgestellten Forderungen siehe unter den Beilagen Nr. 15.

[2] Die Eingabe ist abgedruckt in: Völkerversöhnende Frauenarbeit, S. 59 f., leider, wie die meisten Schriftstücke ohne Datum. Ich vermute, daß sie später ist als die Eingabe vom 17. Februar, vielleicht aus dem März.

[3] Völkerversöhnende Frauenarbeit, S. 60 f.

XXIV. [XXII.] Ein persönliches Intermezzo

Mitte April 1918 fand in Bern wieder eine internationale Zusammenkunft statt zur Besprechung von Friedensmöglichkeiten. Ich nahm daran teil.

Nach Beendigung der Beratungen schlug Dr. de Jong van Beek en Donk mir vor, mit ihm nach Lausanne und Genf zu fahren, um dort mit zwei Engländern und einem Amerikaner zu sprechen. Es würde für mich lehrreich sein, deren Ansichten kennenzulernen, und ich würde vielleicht Gelegenheit haben, sie zu beeinflussen.

Wir fuhren am 16. April nach Lausanne, suchten dort Herrn Young[519]), einen englischen berühmten Mathematiker auf, der ein Vertrauensmann der englischen Regierung war und saßen im Gespräch mit ihm bis 1/21 Uhr nachts zusammen. Am 17. ging es weiter nach Genf. Dort galt unser erster Besuch einem Engländer, Mr. White[520]), der früher Zeitungskorrespondent in Berlin gewesen war und jetzt als Agent von Lloyd George[521]) sich betätigte. Er sprach ausgezeichnet deutsch; es war also leicht über all die Fragen, die mit der Möglichkeit eines Friedensschlusses zusammenhingen, sich zu besprechen. Er sagte u. a., die Reden von Lloyd George hätten in Deutschland nicht die Aufnahme gefunden, die er erhofft habe; denn es liege ihm daran, Friedensmöglichkeiten näherzukommen. Wenn ich glaubte, daß der rechte Augenblick für ein Entgegenkommen auf englischer Seite gekommen sei (augenblicklich während der großen deutschen Offensive sei das ja leider ausgeschlossen) möge ich eine Rede skizzieren, wie Lloyd George sie nach meiner Meinung halten solle, und diesen Entwurf ihm schicken; er werde ihn dann an Lloyd George weitergeben, und es sei höchst wahrscheinlich, daß dieser davon Gebrauch machen würde. Ich lachte über die Idee, die ich nicht für ernsthaft halten konnte. Er aber versicherte, im vollen Ernst zu sprechen. Man habe schon einmal einen derartigen Versuch gemacht und habe einen vom Wiener Kommerzialrat Julius Meinl[522]) verfaßten Entwurf an Lloyd George übermittelt. Dieser habe ihn auch benutzt, aber die erhoffte Wirkung sei ausgeblieben, da Herr Meinl in seinem Entwurf sich so sehr auf einen einseitig britischen Standpunkt versetzt habe, daß das Entgegenkommen den Deutschen nicht genügen konnte. Ich habe über diesen Vorschlag, als ich wieder in München war, dem Ministerpräsidenten Herrn von Dandl[523]) berichtet, um eventuell meinen Entwurf, so skeptisch ich auch war, durch die bayerische Gesandtschaft in Bern zu befördern. Zur Ausführung des Versuchs ist es nicht mehr gekommen.

Vom Engländer gingen wir zu dem Amerikaner Professor Herron[524]), von dem es hieß, er sei mit Wilson befreundet, habe wenigstens das Recht, ihm direkt, ohne Vermittlung von Amtsstellen zu berichten. Wir hatten uns bei dem Engländer so lange aufgehalten, daß wir, um unsern Zug zu erreichen, nur zwanzig Minuten bei ihm bleiben konnten. Ich vertrat die Ansicht, daß zur Zeit, solange die deutsche Offensive nicht zu einem Abschluß gekommen sei, Friedensbemühungen zwecklos seien, daß aber, wenn das Ergebnis dieser Offensive feststehe, besonders wenn sie an irgendeiner

Stelle stecken bleibe, sich vielleicht Aussichten auf einen erträglichen Friedensschluß eröffnen würden; dann würde Wilson vielleicht mit Erfolg eingreifen können, und ich würde mich gern mit Herron über eine entsprechende Propaganda verständigen. Herron betonte, daß nicht viel Zeit verloren werden dürfe; denn jetzt werde bald die amerikanische Unterstützung der Alliierten mit voller Kraft einsetzen und wenn erst einmal viel amerikanisches Blut geflossen sei, so werde keine Geneigtheit zu einem Frieden der Verständigung vorhanden sein; die Amerikaner (er kenne sein Volk) seien sehr hartnäckig. Dieses „very obstinate" wiederholte er mehrere Male. Übrigens schiene in Deutschland auch unter den Parteien der Linken wenig Neigung für einen Verständigungsfrieden vorhanden zu sein; denn Conrad Haußmann sei bei ihm gewesen und habe Entgegenkommen zu den 14 Punkten des Wilsonschen Friedensprogramms in Aussicht gestellt, habe sich aber, als er nach Berlin zurückkehrte, vollkommen isoliert gesehen. De Jong und ich widersprachen dieser Behauptung; es müsse ein Mißverständnis vorliegen; denn wir wüßten ganz genau, daß unter den Parteifreunden Haußmanns und auch in anderen Parteien die von ihm vertretene Auffassung stark vertreten sei. Haußmann hat mir später gesagt, Herron habe Grund gehabt, sich über ihn zu beschweren, denn er habe versprochen, ihm zu berichten, und er habe das nicht getan, weil die Erklärungen des Reichskanzlers Graf Hertling (vom 24. Januar) so unbefriedigend ausgefallen seien. – Als wir uns von Herron verabschiedeten, forderte er mich auf wiederzukommen, wenn ich wieder in der Schweiz sei.

Kurze Zeit danach erschien in der „Daily Mail"[525]) ein Bericht: ich sei zu Herron gekommen mit der Behauptung, ich sei beauftragt vom Auswärtigen Amt und sei befreundet mit Graf Hertling; ich überbrächte Friedensvorschläge, insbesondere vier Bedingungen: Wiederherstellung Belgiens, Revision des Friedens von Brest-Litowsk, Autonomie für Elsaß-Lothringen (diese beiden Maßnahmen formell aus freier Initiative Deutschlands) und Wiederherstellung des internationalen Wirtschaftsverkehrs (Verzicht also auf einen Wirtschaftskrieg nach Friedensschluß). Herron habe mir geantwortet: wie ich es wagen könnte, ihm mit so heuchlerischen Bedingungen zu kommen und habe mir die Türe gewiesen, worauf ich „loud crying" abgezogen sei.

Dieser Bericht, der mit dem tatsächlichen Hergang ja nicht das geringste zu tun hatte, erweckte die höchste Entrüstung bei de Jong. Er verlangte öffentlich, daß Herron eine Richtigstellung in der Presse gebe[525a]). Herron rührte sich nicht, und de Jong hatte ihn deshalb im Verdacht, die Fälschung in der „Daily Mail" veranlaßt zu haben. Ich bin sicher, daß das nicht der Fall war, sondern daß der Bericht indirekt auf den Engländer White zurückging. Dieser hatte mich gefragt, ich müsse doch Hertling kennen, und ich hatte gesagt: natürlich vom bayerischen Landtag her, außerdem seien wir Kollegen in der Münchener Akademie der Wissenschaften. Die vier Punkte meiner „Bedingungen" waren (neben vielen anderen) in unserem Gespräch berührt worden, während gegenüber Herron davon nicht die Rede war. Der Engländer hatte große Sorgen, daß die französischen Kollegen von meinem Be-

such bei ihm nichts erfahren durften; er wußte, daß wir von ihm zu Herron gingen. Er wird dem Korrespondenten der „Daily Mail" von meinem Besuch erzählt, aber ihm eingeschärft haben, daß er ihn nicht erwähnen dürfe. Der Korrespondent hat die Mitteilungen über den Inhalt unseres Gesprächs auf den Besuch bei Herron übertragen und das übrige aus eigner Erfindung hinzugefügt.

Mir war der Bericht der Daily Mail" natürlich sehr unangenehm, und ich eilte, dem Auswärtigen Amt Rechenschaft abzulegen[526]), wobei ich mich ja auf das Zeugnis de Jongs beziehen konnte. Der Staatssekretär Herr von dem Bussche[527]) beruhigte mich; man habe im Amt keinen Augenblick dem Bericht Glauben geschenkt; daß ich mich für einen Vertreter des Auswärtigen Amts und einen nahen Freund des Reichskanzlers ausgäbe, traue mir niemand zu, und die vier Friedensbedingungen, wenn ich sie als meine persönliche Meinung geäußert hätte, seien ja sehr vernünftig.

Die Affäre hatte noch ein psychologisch sehr merkwürdiges Nachspiel. Im Herbst 1918 suchte Professor Fr. Wilhelm Foerster Herron auf. Dieser sagte, zunächst müsse er erst einmal den entstellten Bericht der „Daily Mail" über seine Unterredung mit Quidde aus dem Wege räumen. Wer dafür verantwortlich sei, wisse er nicht; durch ihn sei über die Unterredung kein Wort aus den vier Wänden seines Zimmers hinausgekommen; er habe sich aber nicht durch die Angriffe de Jongs zu einer öffentlichen Widerlegung nötigen lassen wollen. Ich sei sehr aufgeregt gewesen, hätte von Belgien und Elsaß-Lothringen gesprochen und hätte geweint, so daß er mich habe beruhigen müssen. Sehr sonderbar, wie hier die Erinnerung an einen Teil der Erzählung der „Daily Mail" sich an die Stelle der Erinnerung an die wirklichen Vorgänge geschoben hat.

XXV. [XXIII.] Im Kampf um Friedensmöglichkeiten

Hatte ich schon in meiner Vorbemerkung zu der Schrift „Friede im Osten und Friede im Westen" am 20. Februar von der wieder in Erscheinung tretenden „wilden Annexionspolitik" gesprochen, so wurden diese, jede Friedensmöglichkeit ausschließenden Annexionsforderungen noch bedrohlicher, als die Ende März einsetzende große deutsche Offensive zu anfänglichen Erfolgen führte.

In einem Flugblatt, das zuerst wohl im Frühjahr, dann im Sommer 1918 verbreitet wurde[1], trat die Deutsche Friedensgesellschaft den „Haßgesängen

[1] Vor mir liegen zwei Fassungen, die erste in Maschinenschrift, die zweite in einem Münchener Druck, die erste mit der Überschrift „Sekretariat der Deutschen Friedensgesellschaft, Stuttgart, Werfmershalde 18", die zweite betitelt „Aufruf". In der ersten heißt es: „Wir stehen schon in der zweiten Hälfte des vierten Kriegsjahres", in der zweiten: „Wir stehen schon an der Wende des vierten zum fünften Kriegsjahr".

und maßlosen Kriegszielforderungen hinter den Fronten" entgegen[528]). Es wird darauf hingewiesen, daß „Niemand, der nüchtern und vorurteilslos die Entwicklung des Krieges verfolgt und die Machtmittel bei Freund und Feind prüft", zweifeln könne, „daß derartige Forderungen geeignet sind, den Krieg zum Schaden aller in's ungemessene zu verlängern." Das Flugblatt verwies demgegenüber auf das deutsche Bekenntnis zu einem „Frieden der Verständigung und der dauernden Versöhnung der Völker" und auf die entsprechende Bewegung in den feindlichen Ländern. Um Europa und seine Völker vor unabwendbarem Verfall zu bewahren, muß der Friede „die Erfüllung alter pazifistischer Forderungen" bringen: Schiedsgericht, Vermittlungsamt, Abrüstung und einen Völkerbund, der jedem Friedensbrecher mit überwältigender Macht entgegentritt." Das Flugblatt fordert deshalb zum Eintritt in die Deutsche Friedensgesellschaft auf.

Schlimmer noch als die wahnsinnigen Annexionsforderungen der alldeutschen Kreise war die Verleugnung der in der Reichstagsresolution niedergelegten Grundsätze durch Angehörige der Mehrheitsparteien, die seinerzeit jene Resolution beschlossen hatten. Die Zentralstelle Völkerrecht wandte sich deshalb am 10. Mai an die Mehrheitsparteien, d. h. an die Vorstände der Reichstagsfraktionen der Zentrumspartei, der Sozialdemokratischen Partei und der Fortschrittlichen Volkspartei[529]). In dem Schreiben wurde zunächst der skandalöse Tatbestand festgestellt:

„Während der letzten Wochen sind aus den Reihen der Mehrheitsparteien des Reichstages zahlreiche Kundgebungen erfolgt, in denen die Entschließung vom 19. Juli v. J. für überholt und für nicht mehr verbindlich erklärt wurde. Gebietserwerbungen, über deren Charakter als ‚erzwungene' kein Zweifel bestehen kann, wurden gerechtfertigt oder gefordert, ebenso Kriegsentschädigungen und wirtschaftliche Abmachungen, die zweifellos ‚wirtschaftliche oder finanzielle Vergewaltigungen' darstellen."

Demgegenüber wird darauf hingewiesen, daß die Entschließung vom 19. Juli 1917 den Charakter eines grundsätzlichen Bekenntnisses hatte, das offenbar nicht von der Kriegslage abhängig ist.

„Wer vom Frieden Landerwerb und Kriegsentschädigungen fordert, mag vielleicht, ohne sich etwas zu vergeben, je nach der Kriegslage einige tausend Quadratkilometer und etliche Milliarden aufschlagen oder nachlassen. Wer sich aber zum Grundsatz des Verständigungsfriedens bekannt hat, kann nicht ähnlich verfahren, ohne sich selbst auf das empfindlichste bloßzustellen."

„Die Folge ist, daß durch jene Erklärungen nachträglich den Gewaltpolitikern des In- und Auslandes Recht gegeben wird, die die Entschließung vom 19. Juli als hervorgegangen aus einem Schwächegefühl verdächtigt haben. Es entsteht der böse Schein, als ob die deutsche Politik sich nur, wenn sie die Aussichten auf einen überwältigenden Sieg schwinden sieht, in den Mantel der Tugend eines Verständigungsfriedens hüllte, daß sie aber, sobald die Kriegskarte bessere Aussichten zu bieten scheint, auf Vergewaltigungen ausgeht."

Klar ist, daß damit die Aussichten auf Erlangung baldigen Friedens, die sich bis zum Beginn der großen Offensive im Ausland gebessert hatten, vollständig zerstört werden. Nach einiger Zeit wird sich herausstellen, daß (wenigstens mit England und den Vereinigten Staaten) nur ein Friede der Verständigung möglich ist.

„Wenn dann die Deserteure der Mehrheit wieder zur verlassenen Fahne des 19. Juli zurückkehren, werden sie inzwischen ihr möglichstes getan haben, um die Reichstagsmehrheit und überhaupt die deutsche Politik um allen Kredit zu bringen."

Es folgen noch Auseinandersetzungen über die wahnsinnige Politik im Osten, die uns entweder beim Abschluß des Friedens im Westen zu einer demütigenden Revision nötigen oder mit allen Nationalitäten im Osten „verfeinden und neue Kriege heraufbeschwören wird." Weiter über die Politik im Westen, wo auch beim glänzendsten Erfolg der Offensive die Niederzwingung Englands und der Vereinigten Staaten nicht möglich sein wird, andererseits aber es auch „um die Aussichten der Gegner uns niederzuzwingen sehr schlecht stehen" würde.

„Das wahrscheinlichste Ergebnis wäre ein aussichtsloses jahrelanges Ringen mit dem einzigen sicheren Erfolg wirtschaftlicher Zerrüttung auf beiden Seiten ...

Um all dieses Unheil, das im Westen wie im Osten droht, abzuwenden, scheint es dringend geboten, daß die Mehrheitsparteien sich zur Aufrechterhaltung der Politik des 19. Juli wieder fest zusammenschließen und sich gegenüber all den geäußerten Zweifeln aufs neue öffentlich dazu bekennen. Noch darf man hoffen, daß es nicht zu spät dazu ist ...

Etwas anderes tut zugleich not: daß nämlich die Reichstagsmehrheit und die Reichsregierung auch die Befolgung jener Grundsätze, zu denen sie sich wiederholt bekannt haben, tatsächlich erzwingen und aller unverantwortlichen Einflüsse Herr werden. Zu erörtern, was zu geschehen hätte, wenn das nicht durchgesetzt werden kann, ist nicht unsere Sache."

Die letzten Sätze spielen an auf die fortwährende Durchkreuzung der offiziellen Politik durch die Kundgebungen der alldeutschen Organisationen, vor allem aber auf die Einmischung der obersten Heeresleitung in die Führung der Politik. Hindenburg und Ludendorff verhinderten eine klare Stellungnahme der Reichsregierung zu der Frage Belgien. Ja mehr als das! Während die Reichsregierung für einen Frieden ohne Annexionen und ohne Kriegsentschädigung eintrat, wobei leider nur zweifelhaft blieb, wie weit sie Abhängigkeitsverhältnisse fremder Gebiete von Deutschland damit für vereinbar hielt, ließ die Heeresleitung noch im Sommer 1918 ganz unbekümmert den Soldaten an der Front und in der Heimat Vorträge halten über die Themata: „Warum müssen wir Belgien annektieren?" (wohl gemerkt erfreulich deutlich: „annektieren", nicht nur „politisch wirtschaftlich und militärisch in der Hand behalten", wie die beliebte zweideutige Formel lautete) oder „Warum müssen wir die Erzgebiete von Longwy und Briey annektie-

ren?" Als Kuriosum sei erwähnt, daß in manchen Kasernenstuben, in denen diese Vorträge gehalten wurden, ein Plakat die Wände zierte, auf dem über einer gepanzerten Faust die Worte standen „Friede durch Recht". Spotteten ihrer selbst und wußten nicht wie!

Den politischen Einfluß des Militärs auszuschalten, war einer der Punkte im Programm der Reichstagsmehrheit, auf das sich die Regierung Hertling verpflichtet hatte. Die ungenügenden Erfolge, die es in dieser Richtung erzielt hatte, wurden bald der Anlaß zu einer tiefgreifenden Mißstimmung unter den Mehrheitsparteien, besonders als der in Aussicht gestellte überwältigende Erfolg der Offensive ausblieb.

Bemerkenswert ist, daß wir Pazifisten auch in dieser Denkschrift vom 10. Mai mit der Möglichkeit einer entschiedenen deutschen Niederlage nicht rechneten. Manchem unter uns mögen wohl Zweifel gekommen sein. Davon in einem vielleicht an die Öffentlichkeit gelangenden Schriftstück zu sprechen, war natürlich ausgeschlossen; aber nach meiner Erinnerung haben wir auch vertraulich eine solche Überlegung nicht geltend gemacht, sondern wir hatten ehrlich den Glauben, daß, wie unmöglich auch die Kriegsziele der Annexionspolitiker waren, wie unmöglich es war, England und die Vereinigten Staaten auf die Knie zu zwingen, doch das militärische Übergewicht auf deutscher Seite bleiben würde[530]).

In einem merkwürdigen Gegensatz zu der pessimistischen Auffassung, die wir deutsche Pazifisten von den deutschen Voraussetzungen eines Friedensschlusses bekundeten, steht eine von holländischer Seite bald darauf ergriffene Initiative zur Friedensvermittlung. Die drei Herren Dresselhuys, Koolen[531]) und Rutgers, als Mitglieder der Zweiten Kammer drei verschiedenen Parteien, den Liberalen, den Katholiken und den Evangelisch-Konservativen angehörig (Herr Dresselhuys ist uns schon auf der Konferenz vom April 1915 begegnet)[532]), richteten am 7. Juni einen Appell an die neutralen Regierungen[533]), in erster Linie an jene Hollands, eine Friedensvermittlung zu versuchen[1]. Sie führten aus, daß auf beiden Seiten die Bereitwilligkeit, einen Frieden der Verständigung, einen dauernden gerechten Frieden abzuschließen, gewachsen sei und daß deshalb der Augenblick gekommen sei, „wo von neutraler Seite eine Brücke zwischen beiden Parteien, die ohne Hilfe einander offenbar nicht erreichen können, geschlagen werden könnte." Was die Mittelmächte anlangt, so glauben sie zu beobachten, daß von ihrer Seite, während die militärische Offensive noch in Gang ist „auf ostentative Weise eine neue Friedensoffensive begonnen" werde. Sie berufen sich dafür auf eine Resolution der österreichischen Sozialisten vom 31. Mai und auf die Übereinstimmung zwischen „Vorwärts" und „Kreuzzeitung" in dem Verlangen,

[1] Das Schriftstück ist in deutscher Sprache gedruckt unter dem Titel „Vermittlung durch die Holländische Regierung?" (sechs Seiten in Quart). Sicherlich ist es auch in englischer und französischer Sprache verbreitet worden.

„daß die deutsche Regierung neue Schritte für den Frieden tun soll.“ Sie zitieren zum Beweis, daß die Friedensresolution des Reichstages vom 19. Juli 1917, deren Geltung vor einiger Zeit erschüttert schien, noch in Kraft sei, Äußerungen von Erzberger und Scheidemann.

Wir deutsche Pazifisten haben zu diesem wohlgemeinten Vermittlungsversuch, soviel ich mich erinnern kann, nicht Stellung genommen. Ich glaube, daß die drei Holländer die Stärke der in Deutschland einer vernünftigen Friedenspolitik sich widersetzenden Kräfte unterschätzten und daß unser Pessimismus berechtigt war, daß außerdem aber auch in Frankreich keine Bereitwilligkeit zu einem Frieden, der für Deutschland annehmbar gewesen wäre, vorhanden war. Die Frage Elsaß-Lothringen bildete einstweilen auch zwischen den Friedenswilligen auf beiden Seiten ein schwerlich zu übersteigendes Hindernis. Erst die katastrophale Niederlage Deutschlands machte einen Frieden mit Abtretung Elsaß-Lothringens möglich.

Hatten wir uns im Juni zu der holländischen Anregung zur Friedensvermittlung nicht geäußert, da wir sie für aussichtslos hielten, so sahen wir uns Anfang September veranlaßt, die Anzeichen einer Wandlung in führenden deutschen Kreisen freudig zu begrüßen. Herr Solf[534]), Staatssekretär der Kolonien, hielt am 20. August, in Beantwortung einer Rede Balfours[535]) im Reichstag eine Rede[536]), die freilich in ihrem rückblickenden und polemischen Teil sehr angreifbar war[1], aber doch in Übereinstimmung mit der Reichstagsentschließung vom 19. Juli 1917 das Ideal des Völkerbundes den Ausschreitungen des Völkerhasses entgegenstellte und zum ersten Mal aus dem Kreise der Reichsregierung den Alldeutschen eine scharfe Absage erteilte.

Die Deutsche Friedensgesellschaft, vertreten durch ihre Vorsitzenden, richtete ein Zustimmungsschreiben an den Staatssekretär, in dem sie zugleich die Hoffnung aussprach, daß aus der Rede auch „die notwendigen Folgerungen, besonders im Verhalten der militärischen Behörden gezogen werden“; sie forderte „Verzicht auf amtliche Begünstigung der Alldeutschen sowie Freiheit für die Tätigkeit der Deutschen Friedensgesellschaft“; denn diese müsse „als eine Unterstützung der amtlichen Friedenspolitik im Sinne der von dem Staatssekretär so warm anerkannten Bestrebungen willkommen geheißen werden.“[2]

---

[1] Vgl. Frieds Kritik in der Friedenswarte 1918, September, S. 236. – Sehr auffallend ist ja, daß nicht der Staatssekretär des Äußeren Herr von Hintze[537]) diese Rede hielt. Der Grund war wohl, daß Herr von Hintze (wie Payer meint: mit Unrecht) wegen seiner militärischen und höfischen Vergangenheit der Reichstagsmehrheit verdächtig war. Fried nennt ihn den „Vertrauensmann der Alldeutschen“.

[2] Wortlaut und Datum des Briefes an Staatssekretär Solf kenne ich nicht. Der Inhalt ergibt sich aus einer für die Presse bestimmten Mitteilung des Sekretariats der Deutschen Friedensgesellschaft. Vermutlich war er gleichzeitig mit dem Zustimmungsschreiben an den Prinzen Max von Baden vom 6. September oder wenige Tage früher[539]).

Zwei Tage später hielt Prinz Max von Baden, Präsident der Ersten Kammer eine Rede[538]), die dem Präsidium der Deutschen Friedensgesellschaft gleichfalls Anlaß zu einem Zustimmungs- und Dankschreiben gab[2]. Der Prinz hatte sich „zu dem Gedanken der großen Menschheitsgemeinschaft" bekannt. Das Präsidium der Deutschen Friedensgesellschaft glaubte, „diese Worte als Zeichen einer nahenden Zeit deuten zu dürfen, in der die kriegführenden Mächte aus ihrem blutigen Taumel erwachen und die Stimme der Menschlichkeit wieder hörbar wird." Das Schreiben verwies auf die langjährige Tätigkeit der Friedensfreunde und auf ihre Unterdrückung während des Krieges. Dann heißt es: „Wir vertrauen darauf, daß die Idee des Völkerbundes vermöge der Kraft, die ihr innewohnt, allen Widerständen zum Trotz sich durchringen werde; aber wenn nicht Ordnung und Recht vollends zusammenbrechen, wenn nicht Europa dem Untergang entgegentreiben soll, dann muß das bald geschehen."

Als Staatssekretär Solf und Prinz Max am 20. und 22. August ihre Reden hielten, hatte die Kriegslage im Westen eine Wendung zu Deutschlands Ungunsten genommen. Nach den Unglückstagen vom 18. Juli und 8. August rechnete die deutsche Heeresleitung nicht mehr auf einen überwältigenden Sieg[540]); sie hoffte nur noch auf eine erfolgreiche Verteidigung. Wie sehr die militärische Lage nun sehr bald sich von Tag zu Tag verschlimmerte, drang nicht ins Publikum, wurde auch der Reichsleitung erst Ende September bekannt, als Ludendorff das sofortige Gesuch um einen Waffenstillstand forderte. Aber daß trotz aller Einzelerfolge im April und Mai die große deutsche Offensive in Wahrheit gescheitert und ein schwerer Rückschlag eingetreten war, sickerte doch durch und gab den dunklen Hintergrund ab für jene Reden, zu denen die Deutsche Friedensgesellschaft Solf und Prinz Max beglückwünschte. Beide stehen nicht im Verdacht, zu einem Wandel ihrer Gesinnung durch das militärische Mißgeschick veranlaßt zu sein. Sie gaben gewiß nur einer von ihnen schon länger gehegten Überzeugung Ausdruck; aber bezeichnend für die Lage ist doch, daß sie jetzt den richtigen Moment gekommen glaubten, um mit dieser Überzeugung hervorzutreten. Und viele andere stimmten ein. Am 9. September trug Fried in sein Tagebuch ein: „Sie sind nicht mehr zu zählen, die Äußerungen der Staatsmänner, Diplomaten, Journalisten für die Forderungen des Pazifismus, für Schiedsgericht, Abrüstung, Völkerbund. Es mögen Heuchler unter ihnen sein, Konjunkturjäger, aber zweifellos: auch diese folgen einem inneren Zwang, dem instinktiven Gefühl, daß hinter jenen Ideen der Ausweg, die Rettung liegt. Sicher sind auch ehrliche unter ihnen, ehrliche, denen die Erkenntnis aufgegangen, und die durch die Katastrophe erst sehen gelernt haben. Doch zeigt keiner Spuren von Schamgefühl oder Reue."

Das waren die ersten Symptome für einen Umschwung der öffentlichen Meinung gegenüber pazifistischen Ideen, die Vorboten für einen freilich nur kurze Zeit währenden Triumph des Pazifismus in Deutschland.

---

[2] Es datiert München und Stuttgart, 6. September, und liegt im Wortlaut vor.

XXVI. [XXIV.] Um den Völkerbund

Schon das zweite „Kriegsflugblatt der Deutschen Friedensgesellschaft" vom 15. August 1914 endete mit der Forderung, daß der Krieg beendet werden müsse durch einen Frieden, der „den Weg öffnet für eine dauernde Friedens- und Rechtsgemeinschaft der europäischen Kulturnationen"[541]).

Diese Idee dauernder Friedensorganisation erweiterte sich von einer nur Europa einenden Friedens- und Rechtsgemeinschaft bald zu einer die ganze Welt umspannenden Vereinigung. Als im Januar 1915 in Bern der Rat des Internationalen Friedensbureaus unter wesentlicher Beteiligung seiner deutschen Mitglieder die Bedingungen eines künftigen dauernden Friedens formulierte, hieß es unter Ziffer 3:

„Es ist eine internationale Staatenorganisation zu schaffen mit permanenten gemeinsamen Vertretungskörpern und Vollzugsorganen und mit einer permanenten internationalen Gerichtsbarkeit für alle unter den Mächten sich ergebenden Streitigkeiten[542])."

Zwei Monate später trat im Haag jene Konferenz zusammen, die ein „Mindestprogramm für einen dauernden Frieden" aufstellte und die „Zentralorganisation für einen dauernden Frieden" gründete. In dem Mindestprogramm, für dessen Fassung nach dem Zeugnis de Jong van Beek en Donks[1] die deutsche Mitarbeit sehr wesentlich war, wurde, wie weiter oben berichtet[2], der Ausbau des Haager Werkes zu einem Völkerbunde gefordert. Dieses Haager Mindestprogramm wurde von der Deutschen Friedensgesellschaft ausdrücklich übernommen.

Seitdem wurde bei den verschiedensten Gelegenheiten, in Versammlungs-Resolutionen und in Eingaben an den Reichstag, die Forderung einer internationalen Organisation von uns deutschen Pazifisten vertreten. Ich erinnere nur an die Generalversammlung der Deutschen Friedensgesellschaft im November 1915 zu Leipzig, wo man sich mit der allgemein gehaltenen Formulierung, der Friede solle „die Grundlagen für eine bleibende Rechts- und Kulturgemeinschaft der Völker erneuern und sichern"[543]), begnügte, an die Gründungsversammlung der Zentralstelle Völkerrecht, Anfang Dezember 1916 in Frankfurt, wo man neben der friedenssichernden Aufgabe einer internationalen Rechtsordnung ihre Bedeutung „für die Verfolgung der materiellen und geistigen Lebensinteressen der Völker" betonte, „eine solche friedliche Organisation Europas und der übrigen Kulturwelt"[544]) als „Ziel des Krieges" bezeichnete und zugleich mit Genugtuung von der Erklärung Bethmann Hollwegs zu Gunsten eines Völkerbundes Kenntnis nahm, endlich an die Pazifistentagung vom Dezember 1917 in Erfurt, wo näher dargelegt wurde, in welcher Weise der „Ausbau des Haager Werkes" zu erfolgen habe und die „Grundlagen für einen Weltstaatenverband"[545]) zu legen seien.

---

[1] Friedenswarte, 1938, Nr. 2, S. 69.
[2] Vgl. Kapitel IV, S. 70.

War in diesen Kundgebungen der Gedanke des Völkerbundes nur grundsätzlich vertreten, übrigens mit einer bemerkenswerten Erweiterung seiner Aufgaben über die bloße Friedenssicherung hinaus, so ging der deutsche Pazifismus im Lauf des Jahres 1918 dazu über, seine Verwirklichung durch Eingreifen in die praktische Politik vorzubereiten.

Zunächst ist daran zu erinnern, daß wir versuchten, die Deutsche Reichsregierung dafür zu gewinnen, daß sie bei den Friedensverhandlungen mit Rußland in Brest-Litowsk beide Parteien verpflichten sollte, einen künftigen Völkerbund, zu dessen Aufgaben außer der Friedenssicherung auch die Abrüstung gehören sollte, beizutreten[1].

Sodann aber entstand im Kreise deutscher Pazifisten auch einer der ersten ausgearbeiteten Völkerbunds-Entwürfe. Freilich war er nicht eine Arbeit der Organisationen, sondern eines einzelnen. Walther Schücking veröffentlichte ihn in seinem Buch „Internationale Rechtsgarantien", das im Juli 1918 erschien. Auffallenderweise enthielt er nicht Vorschriften, die einen Krieg unbedingt ausgeschlossen hätten, sondern er begnügte sich mit einem Moratorium. Da der Entwurf in dem Buche allgemeineren Titels gleichsam versteckt war, wurde er nicht genügend beachtet. Um so stärker war die Verbreitung, die Erzbergers Schrift „Der Völkerbund, der Weg zum Weltfrieden" fand. Sie folgte dem Schückingschen Buche im September und wurde in einer Auflage von 50 000 Exemplaren gedruckt. Der Erzbergersche Völkerbundsentwurf ging in seinen Forderungen über den Schückingschen hinaus und untersagte jeden Angriffskrieg. Erzberger gehörte allerdings nicht dem organisierten Pazifismus an. Aber er stand doch seit dem Sommer 1917 stark unter dem Einfluß pazifistischer Anschauungen. Er gehörte zu den durch den Gang des Krieges aufrichtig Bekehrten[546]).

Nach einer dritten Richtung griffen wir deutsche Pazifisten in die praktische Politik ein. Wir forderten die Einsetzung einer amtlichen Kommission, die die Fragen der Ausgestaltung eines Völkerbundes studieren und den Entwurf einer Satzung vorlegen sollte.

Voran ging auf diesem Wege der Frauenausschuß für dauernden Frieden. In einer Eingabe an den Reichstag und die Reichsregierung, die wohl aus dem Juli 1918 stammt[2], nimmt er Bezug auf das „während der letzten

---

[1] Vgl. oben S. 176 f.

[2] Dem in der Völkerversöhnenden Frauenarbeit, S. 62 f., überlieferten Text fehlt, wie leider den meisten dort verwerteten Aktenstücken, das Datum. Zur Datierung gibt einen Anhaltspunkt, daß die Broschüre Sir Edward Greys über den Völkerbund als „kürzlich erschienen" erwähnt wird. Greys Schrift erschien gegen Mitte Juni (s. Text in der Friedenswarte, 1918, S. 228 und S. 229, Mitte der ersten Spalte unterm 22. Juni). Wichtige Tatsachen aus späterer Zeit, u. a. vom 1. August, auf die in der Eingabe vom 1. September Bezug genommen wird, sind in dem Schreiben des Frauenausschusses nicht erwähnt. Es ist also schwerlich später als im Juli entstanden. In einem Aufsatz der „Zeitschrift für Frauenstimmrecht" (Beilage der „Frauenbewegung") vom August wird auf die Eingabe Bezug genommen.

Monate überall in den Vordergrund getretene internationale Interesse für die Schaffung eines Weltvölkerbundes", so in Frankreich, in Österreich, in Holland, in der Schweiz und in England und besonders in den Vereinigten Staaten, um daraus die Folgerung zu ziehen, daß die Deutsche Regierung, die sich in der Antwort auf die Papstnote mit der Errichtung eines Völkerbundes einverstanden erklärte, sich jetzt nochmals dazu äußern müsse, „um nicht wieder, wie schon so häufig, sich selbst zu isolieren." Der Ausschuß ersucht daher:

„Der Deutsche Reichstag wolle eine Kommission einsetzen, welcher die Aufgabe überwiesen wird, die Grundlagen der Verwirklichung eines allgemeinen Völkerbundes zu studieren und unter eingehender Berücksichtigung der gleichgerichteten Arbeiten der Regierungen, Parlamente und sonstiger Körperschaften anderer Staaten eine Verfassung eines Weltvölkerbundes aufzustellen.

Durch die Ausführung dieses Antrages würde der Deutsche Reichstag den Wünschen weiter Volkskreise entgegenkommen und den ausländischen Freunden und Gegnern den Beweis erbringen, daß man in Deutschland ernstlich gewillt ist, mit allen Staaten der Welt in gemeinsamer Arbeit die Grundlage zu schaffen, die ein dauerndes friedliches Zusammenleben der Völker ermöglicht.

Die Unterzeichneten hoffen bestimmt, daß das hohe Haus die dringende Notwendigkeit des gestellten Antrages anerkennen und ihm entsprechen werde."

Am 1. September folgte eine Eingabe der fünf pazifistischen Organisationen[547]): der Deutschen Friedensgesellschaft (gez. Quidde und Rühle), des Verbandes für Internationale Verständigung (gez. Schücking), des Bundes Neues Vaterland (gez. Tepper-Laski), des Frauenausschusses (gez. Lida Gustava Heymann) und der Zentralstelle Völkerrecht (gez. Rößler und von Gerlach). Bemerkenswert ist, daß dieses Mal der Verband für Internationale Verständigung, der sich sonst (selbst bei der Eingabe zur Friedensresolution des Reichstages)[1] ferngehalten hatte, an der Eingabe beteiligte. Vielleicht (ich weiß das nicht mehr sicher) hat sein Vorsitzender, Professor Schücking, der, wie wir sahen, selbst einen Satzungsentwurf veröffentlicht hatte, Einfluß auf die Abfassung der Eingabe und auf ihre Formulierung genommen. Sie nahm auf die vorausgegangene Eingabe des Frauenausschusses nicht Bezug[2] und ist auch in der Redaktion ganz unabhängig von ihr.

Sie wandte sich nicht, wie jene, an den Reichstag, sondern an den Reichskanzler Grafen Hertling. Sie legte diesem „als dringendes Erfordernis der gegenwärtigen Lage", die Einsetzung einer Kommission nahe, „deren

---

[1] S. oben S. 152.

[2] Das kann seltsam erscheinen, zumal da an der Eingabe vom 1. September der Frauenausschuß wieder beteiligt war. Vermutlich war den Verfassern der Eingabe vom 1. September (außer mir wohl Schücking) die Eingabe des Frauenausschusses unbekannt geblieben.

Aufgabe es wäre, die Fragen eines allgemeinen, die ganze Welt umspannenden und den dauernden Frieden sichernden Völkerbundes zu prüfen und ein Programm für dessen Ausgestaltung zu entwerfen." Sie bat den Kanzler „bezüglich der Aufgaben und der Zusammensetzung der Kommission die Vorschläge zu übernehmen, die wir uns gestatten im folgenden zu unterbreiten."

Die Begründung nahm zunächst Bezug auf Bethmann Hollwegs Rede vom 9. Nov. 1916, auf die Reichstagsentschließung vom 19. Juli und auf die Beantwortung der päpstlichen Note vom 19. September, durch welche Kundgebungen „die deutsche Politik für die Errichtung eines Völkerbundes in aller Form verpflichtet" sei, wie neuerdings durch die Reden Dr. Solfs und des Prinzen Max von Baden bestätigt sei.

Dann wandte sie sich der Verbreitung der Idee im neutralen und feindlichen Ausland zu, wo den „nationalen Fanatikern und gläubigen Verehrern des Macht-Idols" zum Trotz die verantwortlichen Männer über die Notwendigkeit einer solchen Organisation im klaren seien.

Über den Grundgedanken bestehe also Einigkeit, die nur infolge des tiefen gegenseitigen Mißtrauens nicht zur Geltung komme. Sie würde wirksam werden, „sobald erst einmal die nüchterne Würdigung der Tatsachen jenes Mindestmaß gegenseitigen Vertrauens geschaffen hat, das zur Einleitung von Friedensverhandlungen erforderlich ist."

„Umso größer ist die Unklarheit darüber, wie die Weltorganisation im einzelnen beschaffen sein soll, welche Aufgaben ihr neben der bloßen Friedenssicherung zuzuweisen sind, welche Befugnisse ihr gegenüber den Bundesgliedern zustehen sollen, wie die Aufgaben friedlichen Ausgleichs durch Rechtsprechung und Verwirklichung zu lösen sind, wie das Problem der allgemeinen Abrüstung, wie jenes des Wirtschaftsfriedens mit dem Völkerbund in Verbindung zu setzen ist, welche Organe er besitzen soll."

Über diese Frage müssen die vertragschließenden Mächte sich beim Friedensschluß im klaren sein. „Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, die Frage sobald als möglich aus der Sphäre der unbestimmten und allgemeinen Schlagworte herauszuführen und greifbare Vorschläge vorzubereiten."

Die Eingabe verweist auf das, was im Ausland geschehen ist, auf die in der Schweiz eingesetzte Kommission, auf die Arbeit der unter dem Vorsitz von Léon Bourgeois[548]) in Frankreich tagenden Kommission, auf die Vorgänge in England, insbesondere den von Balfour am 1. August im Unterhause erwähnten Kommissionsbericht.

„Es ist hohe Zeit, daß wir auch in Deutschland an die Vorbereitung gehen." Durch die Agitation der Alldeutschen, auch durch das Versagen der Regierung beim Frieden von Brest-Litowsk ist der Verdacht genährt, es sei der Regierung nicht ernst mit ihrem Bekenntnis zu einem Frieden der Verständigung. „Ein erster Schritt zur Widerlegung jenes die deutsche Politik kompromittierenden Verdachtes, der die Anbahnung von Verhandlungen außerordentlich erschwert, wäre die Einsetzung der von uns beantragten Kommission. Sie wäre einmal eine Tat statt bloßer Worte."

Zur Zusammensetzung der Kommission begründet die Eingabe zunächst, daß für grundsätzliche Gegner der Völkerbundsidee selbstverständlich in ihr kein Platz ist[549]). Positiv schlägt sie vor:

„Die Kommission hätte zu bestehen aus Vertretern der verschiedenen an der Frage vorwiegend interessierten Reichsämter, aus gewählten Vertretern des Bundesrates und des Reichstages, aus Vertretern der Völkerrechtswissenschaft und anderen Sachverständigen – Vertretern der Wissenschaft und des Erwerbslebens, besonders auch für die wirtschaftlichen Fragen – und aus Vertretern der pazifistischen Organisationen, die seit Jahren den Gedanken einer überstaatlichen internationalen Rechtsorganisation gepflegt haben, Männern und Frauen."[1]

Zum Schluß folgt noch „ein Wort der Abwehr gegenüber jenen, die etwa die Dringlichkeit der Arbeit bestreiten oder gar glauben, ihr auf die Dauer ausweichen zu können". Diese Abwehr endigt in dem wohl zu kraß formulierten Dilemma:

„Es handelt sich für uns in Deutschland darum, ob wir aufrichtig und ehrenvoll an der Schaffung einer neuen Welt internationaler Rechtssicherung mitarbeiten wollen, oder ob wir es vorziehen, belastet mit dem Schein einer doppelzüngigen Politik, in der Acht des Völkerbundes aufs neue um unser Dasein kämpfen zu müssen."

Unser Antrag fand im Reichskanzler Grafen Hertling keinen ihm wohlgesinnten Adressaten. Hatte er doch am 24. Januar in Beantwortung der 14 Punkte Wilsons eine Rede gehalten, die zeigte, daß er für die Bedeutung eines Völkerbundes kein Verständnis besaß[2]. Dieselbe Verständnislosigkeit zeigte er jetzt, als er am 24. September im Hauptausschuß sprach[3]. Zwar erklärte er Deutschlands Bereitwilligkeit, einem künftigen Völkerbund beizutreten, auch sich auf Schiedsgericht und Abrüstung einzulassen; aber offenbar hatte er keine Ahnung von der Bedeutung und der bisherigen Entwicklung der Probleme.

Zu unserem Antrag äußerte Graf Hertling sich überhaupt nicht. Daß während seiner Reichskanzlerschaft der Justitiar des Auswärtigen Amtes Geheimrat Kriege[550]) einen Völkerbund-Entwurf ausarbeitete[4], hatte mit unserem Antrag nichts zu tun. Ebensowenig dürfen wir auf ihn zurückführen, daß im April 1919, also im allerletzten Moment im Auswärtigen Amt der Leiter der Rechtsabteilung Walter Simons[551]) (späterer Reichsgerichtspräsident), Professor Walther Schücking und der Justitiar Geheimrat

[1] Diese Kommission wäre also sehr umfangreich geworden, viel zu groß zur Ausarbeitung einer Satzung. Wir stellten uns vor, daß sie nach Durchberatung aller wichtigen Fragen einen kleinen Redaktionsausschuß einsetzen würde.

[2] S. Fried in seinem Tagebuch unterm 25. Januar, Friedenswarte, 1918, S. 54 f.

[3] Vgl. die vielleicht überscharfe Kritik der Rede in Frieds Tagebuch unterm 25. September, Friedenswarte, 1918, S. 252.

[4] Vgl. Wehberg, Friedenswarte, 1939, S. 196. Die Frage, ob der Entwurf im Frühjahr oder im Herbst 1918 vollendet wurde, bleibt dort offen.

Friedrich Gaus[552]) sich zur Aufstellung eines Entwurfs vereinigten, der unter Beteiligung der Abgeordneten David[553]), Erzberger und Gothein einer zweiten Lesung unterzogen und am 24. April veröffentlicht wurde[1].

Parallel mit unserer Anregung, aber gleichfalls ganz unabhängig davon, ergriff die im Vorjahr gegründete Deutsche Gesellschaft für Völkerrecht am 21. September die Initiative zur Einsetzung einer „gemischten Studienkommission für den Völkerbund", ähnlich jener, wie wir sie gefordert hatten, unter dem Vorsitz von Professor Theodor Niemeyer. Sie setzte elf Unterausschüsse ein, denen 64 Mitglieder angehörten, unter ihnen auch erklärte Pazifisten. Deren Ergebnisse wurden durch einen Redaktionsausschuß überarbeitet. Am 8. Januar genehmigte der Studienausschuß einen Gesamtentwurf.

XXVII. [XXV.] Organsatorische und propagandistische Tätigkeit 1918

Daß das von der Organisationskommission aufgestellte Programm nicht weiter verfolgt wurde, haben wir im Anschluß an den Bericht über die Erfurter Tagung vom 1. und 2. Dezember schon erwähnt. Es war ja auch im wesentlichen auf die Zeit nach Friedensschluß berechnet.

Doch sah die nächste Zeit eine Belebung der Tätigkeit an verschiedenen Orten.

Am 21. Januar hielt die Ortsgruppe Breslau seit Kriegsbeginn ihre erste Mitgliederversammlung. (Öffentliche Versammlungen waren dort nicht gestattet.) Heilberg referierte ähnlich wie auf der Erfurter Tagung[2].

Am 8. Februar fand in Erfurt nach Überwindung aller Zensurschwierigkeiten die am 1. Dezember verbotene Versammlung statt[3]. Der etwa 2000 Personen fassende Saal war überfüllt und viele Besucher mußten umkehren. – Referenten waren Ed. Bernstein (an Stelle von Dr. Sinzheimer) über „Voraussetzungen des Völkerbundes" und ich selbst über das Thema „Nur kein fauler Friede". Eine von mir vorgelegte Resolution wurde fast einstimmig angenommen.

Am 21. Februar hielt die in Kiel hauptsächlich auf Veranlassung von Dr. Leonhart gegründete Ortsgruppe ihre erste Mitgliederversammlung ab[4]. Dr. Leonhart hat nach dem Kriege in der Deutschen Friedensgesellschaft eine bedeutende Rolle gespielt.

---

[1] Vgl. ebd.
[2] Völkerfriede, 1918, März, S. 36.
[3] Ebd.
[4] Ebd. April, S. 47.

Am 22. März veranstaltete die Leipziger Ortsgruppe eine Versammlung, in der Professor Dr. Barth[554]) über „Die europäische Bildung als Bedingung des europäischen Friedens" sprach[1].

Am 2. April referierte Studienrat Ingolf Askevold (Kassel)[555]) in Hannover über „Weltbrand und Weltauferstehung"[2].

In Ulm hielt die Ortsgruppe, die in Herrn Postamtmann Maaß[556]) einen sehr tüchtigen und rührigen Vorsitzenden besaß, regelmäßige Monatsversammlungen mit Vorträgen ab, doch keine öffentlichen Versammlungen. Die Hauptversammlung, in der Bericht erstattet wurde, fand im Frühjahr, wohl im April, statt[3].

Am 20. April auf der Rückfahrt von Bern[4] sprach ich auf einer von der Ortsgruppe Mannheim-Ludwigshafen veranstalteten Versammlung in Ludwigshafen über „Gewaltfrieden und Verständigungsfrieden"[5].

Die Reihe der Versammlungen, über die berichtet werden kann, bricht nun vorläufig ab; denn es setzten während der großen deutschen Offensive, die am 21. März begonnen hatte, die militärischen Verbote ein, von denen im nächsten Kapitel die Rede sein wird.

Die Leitung der Friedensgesellschaft aber ließ sich dadurch nicht entmutigen. Sie benutzte nicht nur, wie wir schon gesehen haben, den Aufruf, durch den sie im Sommer 1918 den Kriegstreibereien entgegentrat, dazu, zum Beitritt zur Friedensgesellschaft aufzufordern, sondern sie war schon vorher, in der Zeit der scheinbaren großen Erfolge der deutschen Frühjahrs-Offensive dazu geschritten, die Propaganda in den Ortsgruppen von der Zentrale aus zu organisieren. Sie versandte am 29. Mai ein Rundschreiben[6], dem eine Rednerliste beilag, enthaltend Namen und Adresse mit Themenangabe[7].

Sie empfahl 39 Redner[8], unter denen alle Teile des Reichs, wenn auch ungleichmäßig, und die verschiedenen Berufsstände vertreten waren.

---

[1] Ebd. Mai, S. 55.

[2] Ebd.

[3] Ebd.

[4] Vgl. das Kapitel „Ein persönliches Intermezzo".

[5] Völkerfriede, 1918, Mai, S. 55.

[6] Das ergibt sich aus dem Rundschreiben vom 12. und 14. August.

[7] Die Liste, drei Folioseiten in Maschinenschrift, trägt über dem Titel „Rednerliste" den Vermerk links: „Deutsche Friedensgesellschaft e. V." (Sekretariat), rechts: „Stuttgart, den 29. Mai 1918[557])."

[8] Unter diesen 39 Rednern sind nur sechs Frauen. Die in dem Frauenausschuß führenden Frauen fehlen bis auf Dr. Olga Knischewska[558]). – Berlin ist sehr stark mit einem vollen Drittel (13 Rednern) vertreten, der Osten (Breslau) mit 2, Nordwestdeutschland (Hamburg, Bremen, Oldenburg, Köln) mit 4, Hessen mit 3, Thüringen mit 4, Sachsen mit 2, Ober- und Mittelrhein mit 4, Württemberg mit 2, Bayern mit 3, Österreich mit 2 Rednern. Ich zähle 2 evangelische, 2 oder 3 katholische Geistliche, 2 Universitätsprofessoren, 4 Schulmänner und Privatgelehrte und Journalisten, 4 Juristen (3 Rechtsanwälte) und 1 Arbeitersekretär. – Obgleich die Liste im Sekretariat zusammengestellt ist, fehlen seltsamerweise die beiden Sekretäre Röttcher und Dr. Grosch.

Sehr merkwürdig ist, wie unter den Themen, die die Redner angaben, jene ganz allgemeinen Charakters überwiegen und die aktuellen, die sich auf die gegenwärtige Lage, die Friedensmöglichkeiten und die Aufgaben nach Friedensschluß beziehen, zurücktreten.

Die Leitung der Friedensgesellschaft war anderer Ansicht. Sie versandte – vermutlich zugleich mit der Rednerliste[1] – die Disposition zu einem Referat „Welchen Frieden braucht unser Volk?" Die Situation, die das Referat voraussetzt, und die Tendenz wird in den Eingangssätzen klargelegt: „Die öffentliche Meinung in Deutschland steht unter dem Eindruck der Offensive im Westen, glänzender militärischer Erfolge und der Hoffnung auf einen überwältigenden Endsieg. Aufs neue die Frage: Wie soll der Friede aussehen? Wie muß er aussehen, um Deutschlands Interessen und seine Zukunft zu sichern? Gewaltfriede oder Verständigungsfriede?"

Es gehörte schon eine starke Kraft gesicherter Überzeugung dazu, sich in dieser Situation, in der der Siegesrausch der maßlos überschätzten militärischen Erfolge die Köpfe auch relativ nüchterner Volksgenossen verdreht hatte, den annexionistischen Forderungen entgegenzuwerfen. Man wird es deshalb verzeihlich finden, wenn man an manchen Stellen den Eindruck zu weitgehender Zugeständnisse an die herrschende Strömung hat, so bei der Erläuterung der Reichstagsresolution vom 19. Juli 1917, die „erzwungene Gebietsabtretungen" und „politische, wirtschaftliche oder finanzielle Vergewaltigung" ausschloß. Es wird zwar gesagt: „Das schlimme neue Hindernis für einen Frieden auf unserer Seite wäre aber die Preisgabe der Reichstagsresolution vom 19. Juli 1917", bei Deutung des Wortlautes aber wird darauf hingewiesen, daß Gebietsabtretungen statthaft sind, nur nicht „erzwungene" und ebenso auch die Ausbedingung finanzieller oder wirtschaftlicher Vorteile, wenn sie nur nicht den Charakter von „Vergewaltigungen" haben. Das wird heute vielleicht schwächlich erscheinen.

Dem Verfasser dieser Rede-Disposition[2] schien es wohl nötig, das zu betonen, um in den für pazifistische Argumentation halbwegs zugänglichen, schwankenden Kreisen überhaupt Gehör zu finden. Mit erfreulicher Klarheit wird auf der anderen Seite die Forderung vertreten, „daß Belgien in voller Unabhängigkeit wiederhergestellt werden muß" und ebenso die

---

[1] Die Eingangsworte verbieten es, das Schriftstück wesentlich später anzusetzen. Aus dem gleich zu erwähnenden Rundschreiben vom 12. und 14. August ergibt sich, daß am 29. Mai eine Aufforderung an die Ortsgruppen, Versammlungen zu halten, herausgegangen ist. Diesem Rundschreiben wird, wie die Rednerliste, auch das Muster eine Rede-Disposition beigelegt sein.

[2] Es besteht für mich kein Zweifel, daß ich der Verfasser war. – Man wird den Eindruck haben, daß eine dieser Disposition Punkt für Punkt folgende Rede eine ungebührliche, der Wirkung schädliche Zeitdauer beanspruchen mußte. Es ist leicht möglich, daß meine eigenen Reden über das Thema an diesem Fehler litten. Ich hatte damals noch nicht begriffen, daß einer guten, aber langen Rede eine kurze, wenn auch nur schlechte, vorzuziehen ist. Freunde aber, die die Disposition benutzten, konnten ja sich auf gewisse Abschnitte beschränken und andere auslassen.

Schaffung eines Weltfriedensbundes, dem eine dreifache Aufgabe gestellt wird: positive gemeinsame Kulturaufgaben, Sicherung des Friedens durch friedlichen Austrag von Streitigkeiten, Schiedsgerichte, internationale Vermittlung und Abrüstung.

Die Rede-Disposition ist für unsere Auffassung der Situation im Sommer 1918 so bezeichnend, daß ich ihren Wortlaut unter den Beilagen gebe[559]).

Das Rundschreiben vom 29. Mai hatte nur geringen Erfolg. In dem späteren Rundschreiben vom 14. August heißt es, daß lediglich in Kiel eine (und zwar in jeder Beziehung geglückte) Versammlung[1] stattgefunden habe. An manchen Orten wurden die geplanten Versammlungen nicht genehmigt, an anderen gab es triftige Hinderungsgründe anderer Art. Im ganzen aber hatte die Geschäftsleitung den Eindruck „daß es unsere Ortsgruppen und Vertrauenspersonen vielfach an Energie haben fehlen lassen, obschon doch die gegenwärtige Lage zur Anspannung aller Kräfte auffordern sollte." Es ging deshalb am 14. August jenes eben erwähnte neue Rundschreiben hinaus.

In der Zwischenzeit hatte auf Veranlassung des zweiten Vorsitzenden der Deutschen Friedensgesellschaft, Postdirektor Gustav Rühle, der zugleich Vorsitzender der Stuttgarter Ortsgruppe und des Württembergischen Landesvereins war, zum ersten Mal seit Kriegsausbruch eine Zusammenkunft der württembergischen Mitglieder (Vertreter der Ortsgruppen und Vertrauenspersonen) stattgefunden[2], und zwar am 28. Juli in Stuttgart. Rühle führte den Vorsitz, und ich referierte über den Stand der Friedensfrage und der Friedensbewegung[3]. Daran schloß sich, wie es in dem Rundschreiben vom 14. August heißt, eine sehr lebhafte und nützliche Aussprache.

Noch eine zweite Anregung ging von der Stuttgarter Ortsgruppe oder genauer wohl von ihrem Vorsitzenden Rühle aus. Für den vierten Jahresgedenktag des Kriegsbeginns plante sie eine Totengedächtnisfeier. Die Genehmigung wurde am 12. Juli von der Stadtdirektion Stuttgart unter der Bedingung erteilt, daß nur Mitglieder der Ortsgruppe Zutritt hätten und daß sowohl eine Skizze der Gedächtnisrede wie die Texte der Deklamationen zur Genehmigung eingereicht würden[560]).

---

[1] Sie fand am 28. Juni statt. Ich referierte über „Deutschlands Zukunft", s. Völkerfriede, 1918, August/September, S. 87.

[2] Rühles Einladungsschreiben liegt im eigenhändigen Konzept vor[561]). Anhaltspunkte für die Datierung sind dadurch gegeben, daß auf Kühlmanns Rede, die am 24. Juni gehalten wurde, Bezug genommen ist, Kühlmann aber, der am 8. Juli verabschiedet wurde, augenscheinlich noch im Amt ist. Daraus ergibt sich Ende Juni oder Anfang Juli 1918.

[3] Rühle sagte in seinem Einladungsschreiben, ich hätte „in letzter Zeit" im Auslande geweilt. Damit muß wohl die Reise von Mitte April nach Bern, Lausanne und Genf gemeint sein, über die im Kapitel „Ein persönliches Intermezzo" berichtet ist. Ich glaube nicht, daß ich im Sommer 1918 noch einmal im Auslande war.

Das Rundschreiben vom 14. August[1] verfolgte, wie jenes vom 29. Mai, das Ziel, die Ortsgruppen für Kundgebungen (des Protestes gegen die Annexionspolitiker und der Forderungen eines Verständigungsfriedens) zu mobilisieren. Da aber die Jahreszeit der sommerlichen Ferien für die Veranstaltung öffentlicher Versammlungen ungünstig war, ging das Ersuchen dahin, „1. die vorgeschlagene Resolution oder eine ähnliche in einer geschlossenen Mitgliederversammlung oder wenigstens in einer Vorstandssitzung zu beschließen und davon der örtlichen Presse Mitteilung zu machen" und „2. öffentliche Versammlungen für den Herbst, September oder Oktober vorzubereiten." Den Wortlaut der Resolution, die den Ortsgruppen empfohlen wurde, kann ich leider nicht beibringen. Es versteht sich wohl von selbst, daß sie die Annexionsforderungen verurteilte und die Notwendigkeit eines Verständigungsfriedens betonte.

Das Rundschreiben empfahl weiter das Beispiel der Stuttgarter Ortsgruppe, eine Totengedächtnisfeier zu veranstalten, zur Nachahmung, wenn auch der Gedanke, dazu den vierten Jahrestag des Kriegsausbruches zu wählen, überholt sei. Ebenso auch die am 28. Juli in Stuttgart abgehaltene Zusammenkunft der württembergischen Ortsgruppen. Ich erbot mich, wenn es mir irgendwie möglich sei, überall das Referat zu übernehmen.

Das Rundschreiben brachte schließlich noch eine originelle organisatorische Anregung. Überall sollten die Adressen von Personen gesammelt werden, „die in Zeitungen mit größeren Beiträgen für Zwecke der Kriegsfürsorge verzeichnet stehen." Die Adressen sollten später zu geeigneter Zeit benutzt werden, um an sie mit dem Ersuchen um Beiträge für unsere Friedensfürsorge heranzutreten. „Wenn wir dabei auch an viele geraten, die uns gegnerisch gegenüberstehen und über unsere Zumutung empört sein werden, so wird es doch lohnen, wenn wir auf diesem Wege mit einer Anzahl zahlungsfähiger und zahlungswilliger Personen in Verbindung kommen." Soviel ich mich erinnern kann, ist es nicht zur Ausführung des Gedankens gekommen.

---

[1] Es liegt mir in drei Exemplaren vor. Das erste ist ein Durchschlag von zwei Seiten in Schreibmaschinenschrift, bezeichnet als Entwurf[562]). Das Datum des früheren Rundschreibens ist offen gelassen und nicht ausgefüllt. Einige Korrekturen und Unterstreichungen sind handschriftlich eingetragen. Das zweite Exemplar ist der gleiche Durchschlag, doch ist das Datum des 29. Mai eingetragen. Das Wort „Entwurf" ist durchstrichen und ersetzt durch das Datum „Stuttgart, den 12. August 1918". Die Korrekturen des ersten Exemplars sind von meiner Hand übertragen. Dazu kommen neue Korrekturen, alle von derselben, mir fremden Hand, die das Datum geschrieben hat. Von der gleichen Hand ist auch die Unterschrift ergänzt. – Das dritte Exemplar, eine Vervielfältigung von 1½ Seiten in Schreibmaschinenschrift, stimmt wörtlich mit dem korrigierten zweiten Exemplar überein. Nur heißt das Datum „Stuttgart den ... August 1918". Das freigelassene Monatsdatum ist handschriftlich mit „14." ausgefüllt. Man darf das dritte Exemplar für einen Abzug der Originalausfertigung halten und im 14. August das Datum der Versendung sehen. Unterzeichnet ist das Schreiben namens der Geschäftsleitung von mir als I. und Rühle als II. Vorsitzenden.

Die nächste an die Ortsgruppen gerichtete Aufforderung (vom 20. November) fällt in die Zeit nach dem Zusammenbruch und nach der Revolution. Wir werden später von ihr zu sprechen haben.

Die Frauenausschüsse für dauernden Frieden wollten am 15. April eine internationale Konferenz ihrer Vertreterinnen (die zweite seit Kriegsausbruch) in Bern abhalten. Aber die kriegführenden Regierungen mit Ausnahme der österreichischen und der ungarischen verweigerten die Pässe, und so konnten nur die zufällig in der Schweiz sich aufhaltenden Frauen in den Tagen vom 15. bis 19. April zu einer Besprechung[562a]) zusammentreten[1].

Die zweite Tagung von Vertrauenspersonen des Deutschen Frauenbundes fand dann am 25. Mai in Frankfurt a.M. statt[2].

Wohl einige Zeit darauf war es (etwa Juli), als der Deutsche Frauenausschuß für dauernden Frieden und der Deutsche Frauenstimmrechtsbund sich gemeinsam in einem Protest gegen ein in Berlin erschienenes „Merkblatt" zur Organisation eines „Heimatheeres deutscher Frauen" wandten. Sie protestierten vor allem voll Entrüstung gegen die Zumutung, Frauen, die sich nicht national genug betätigten, zu denunzieren[3].

Die beiden Frauenorganisationen, die in dieser Frage zusammengingen, wurden nach Beendigung des Krieges miteinander verschmolzen, worauf wir noch zurückkommen werden.

XXVIII. [XXVI.] Die letzten Kämpfe gegen militärische Unterdrückung

Im XVI. [XVII.] Kapitel „Im Kampf gegen den Belagerungszustand" haben wir die Maßnahmen der Militärdiktatur, mit denen die pazifistische Bewegung zu kämpfen hatte, bis in den Herbst 1917 verfolgt. Im Verlauf der folgenden Kapitel sind wir noch öfter auf Verbote, durch die wir drangsaliert wurden, gestoßen. In unseren Eingaben kehrte die Forderung immer wieder, unserer Bewegung im wohlverstandenen nationalen Interesse Rechtsgleichheit mit den alldeutschen Gegnern zu gewähren, insbesondere die Erörterung der Kriegsziele auch für uns freizugeben und der militärischen Willkür Schranken zu setzen.

Hier seien nun aus dem Verlauf des Jahres vom Herbst 1917 bis Herbst 1918 einige Episoden des Kampfes, der schließlich förmlich dramatisch endete, mitgeteilt.

---

[1] Völkerversöhnende Frauenarbeit, S. 63 und Völkerfriede, 1918, Juni, S. 63 f. Als erste Konferenz ist die von Ende April 1915 zu zählen.

[2] Völkerversöhnende Frauenarbeit, S. 63. Die erste Konferenz hatte am [30. April 1917] auch in Frankfurt stattgefunden.

[3] Der Protest ist im Wortlaut abgedruckt in: Völkerfriede, 1918, August/September, S. 86.

Zu dem Aktions-Programm der Reichstagsmehrheit, auf Grund dessen Graf Hertling nach der Entlassung von Michaelis am 1. November die Regierung übernahm, gehörte auch Beseitigung der politischen Zensur, Ausschaltung der Heeresleitung aus der Politik[1]. Tatsächlich wurde an den Zuständen nicht viel geändert. Bald nachdem der Hauptausschuß seine Forderungen auf Aufhebung der politischen Zensur formuliert hatte, wurde vom Obermilitärbefehlshaber als Berufungsinstanz ein so harmloser Vortrag wie der von Professor Wilhelm Foerster[563]), dem Direktor der Berliner Sternwarte, über die „Organisation der Erde" verboten[2].

Gleichzeitig machte die Leitung der Deutschen Friedensgesellschaft eine sehr bezeichnende Erfahrung.

Anfang August 1917 war der Sekretär der Deutschen Friedensgesellschaft Fritz Röttcher, der nur „garnisonsverwendungsfähig in der Heimat" war, einberufen worden. Der Verdacht lag nahe, daß man damit die Friedensgesellschaft treffen wollte, und dieser Verdacht wurde durch die nachfolgende Ablehnung aller Reklamationen bestätigt. Es war sonst üblich, Soldaten, die nur für den Garnisonsdienst in der Heimat zu gebrauchen waren, wenn sie im öffentlichen Leben tätig waren, auf Reklamationen zurückzustellen. So geschah es u. a. bei einem Geschäftsführer und bei Redakteuren sozialdemokratischer Blätter. Eine Reklamation der Deutschen Friedensgesellschaft wurde abgelehnt, obgleich sich der frühere Kabinettschef des Königs von Württemberg Freiherr von Soden[564]), Reichstagsabgeordneter Conrad Haußmann und Oberkirchenrat Dr. Kroner[565]) für Röttcher verwendet hatten. Ja, mehr als das! Als die Gesellschaft Anfang Dezember ihre Generalversammlung in Erfurt hielt, wurde das Gesuch um Beurlaubung des Sekretärs zum Zweck der Erstattung des Geschäftsberichts und zur Erledigung der mit der Tagung zusammenhängenden Arbeiten abschlägig beschieden, während an der wenige Tage später stattfindenden Tagung des „Unabhängigen Ausschusses" in Berlin ein leibhaftiger Admiral und mehrere Offiziere, die doch beurlaubt sein mußten, teilnehmen konnten. Mitte Dezember erhielt Röttcher eine Verfügung, durch die ihm „jede schriftstellerische, politische und pazifistische Tätigkeit" verboten wurde, während gleichzeitig die rechtsstehende Presse von Artikeln aktiver alldeutscher Offiziere wimmelte. Darüber hinaus verfügte das Stuttgarter Generalkommando, daß alle Herrn Röttcher angehenden Dinge dem Generalkommando zur Entscheidung zu unterbreiten seien. So wichtig erschien es dem Generalkommando, den Sekretär der Deutschen Friedensgesellschaft unter seiner besonderen Kontrolle zu haben[3].

---

[1] S. Payer, S. 49.

[2] S. Gotheins Rede vom 5. Juni, Friedenswarte, 1918, September, S. 219.

[3] Die den Fall Röttcher betreffenden Angaben finden sich in einem Schriftstück „Die Stellungnahme der Militärbehörden zum deutschen Pazifismus" (drei Seiten Maschinenschrift), das wohl bestimmt war, als Zeitungsartikel zu erscheinen[566]). Im ersten Drittel desselben wird dargelegt, daß die zu den Erklärungen der Reichsregierung im Widerspruch stehende Haltung der Militärbehörden den

Unendliche Schwierigkeiten wurden dem Erscheinen der Schrift „Deutschlands Zukunft bei einem Rechts- und bei einem Machtfrieden" bereitet. In unserer Eingabe vom 2. Oktober wurde schon über eine ganz eigenartige Maßnahme berichtet. Es wurde die Fahnenkorrektur der Schrift beschlagnahmt und erst zur Ausführung der Korrekturen freigegeben, nachdem die Druckerei die eidesstattliche Versicherung abgegeben hatte, das Buch werde nicht veröffentlicht werden, ohne der Zensur nochmals vorgelegt zu werden. Es gab dann Schwierigkeiten über Schwierigkeiten, bis ich endlich Anfang Januar 1918 nach Leipzig fuhr und in mündlichen Verhandlungen mit der Zensurstelle gegen einige Zugeständnisse die Freigabe der Schrift erreichte. Um reichlich ein Vierteljahr war so das Erscheinen aufgehalten worden. Während dieser Zeit wurde dagegen die alldeutsche Schrift „Deutschlands Zukunft bei einem guten und bei einem schlechten Frieden", die in fanatischer Gegnerschaft zur Politik der Reichsregierung stand[1], mit militärischer Unterstützung munter weiter verbreitet.

Am 17. Januar hielt der Abgeordnete Gothein im Hauptausschuß des Reichstages eine scharfe Rede[2] über die empörende Einseitigkeit der militärischen Zensur, die nur dem Untergraben der Autorität der Regierung und des Ansehens des Reichstages diene. Kaiser und Kanzler dürften angegriffen werden; aber jedes Wort der Kritik an Herrn von Tirpitz, dem Vorsitzenden der Vaterlandspartei, werde unterdrückt. Auch auf die Unterdrückung der Friedensgesellschaft und ihrer Mitglieder kam der Redner zu sprechen.

Am 5. Juni (um das gleich hier vorwegzunehmen) erwarb sich der gleiche Abgeordnete Gothein das Verdienst, zur Kritik des Belagerungszustands-Gesetzes, die trotz guten Willens der Regierung Hertling-Payer noch immer bestehende militärische Willkürherrschaft zu charakterisieren[3]. Er sprach darin ausführlich über die den deutschen Pazifisten widerfahrende Behandlung und brachte ein reiches Material von Einzelfällen vor, um den Kriegsminister zu widerlegen, der geringschätzig von den „paar Fällen" gesprochen hatte, „die man hier habe vorbringen können". Er verwertete ausgiebig das in unserer Schrift „Pazifismus und Belagerungszustand" gebotene Material, aber darüber hinaus noch Mitteilungen aus

---

Eindruck machen müsse, daß die Reichsregierung entweder unehrlich oder ohnmächtig sei. Die mit Röttcher gemachten Erfahrungen folgen dann als Beleg der Parteilichkeiten. Der Text dürfte von Röttcher selbst stammen und aus der Zeit Ende Dezember 1917 oder Anfang Januar 1918.

[1] Vgl. Kapitel XIX. [XVIII c.], S. 156 ff.

[2] Vor mir liegt ein Ausschnitt aus der Frankfurter Zeitung vom 18. Januar, zweites Morgenblatt[567]). Die Rede ist also wohl am 17. Januar gehalten, und nicht im Plenum, sondern im Hauptausschuß, da der Redner ankündigt, er werde gewisse Artikel im Plenum verlesen.

[3] Der die Pazifisten angehende Teil der Rede wurde nach dem stenographischen Protokoll von Fried in der Friedenswarte, 1918, September, S. 219–224, nachgedruckt.

unsern Kreisen und ging besonders ausführlich auf die Maßnahmen ein, unter denen Schücking zu leiden hatte[568]). Wir hatten ihrer an anderer Stelle zu gedenken[569]).

In einem Schreiben, datiert Stuttgart, 26. Februar 1918, das der Deutsche Frauenausschuß für dauernden Frieden an das Kgl. Ministerium für das Kirchen- und Schulwesen, z. H. des Staatsministers Dr. Habermaas[570]) richtete[1], wurde protestiert gegen einen Geheimerlaß des Ministeriums (vom 29. November 1917), „in dem unter anderem im vaterländischen Interesse vor pazifistischen Bestrebungen gewarnt wird." Der Ausschuß stellt diese „Kriegsansage an die Pazifisten" den Erklärungen der Reichsregierung, „besonders in der Antwort auf die Papstnote" gegenüber und wendet sich gegen die Verdächtigung der Pazifisten, „daß sie im Interesse des Feindes arbeiten." Der Regierung werde „noch nie der Gedanke gekommen sein, daß die Pazifisten der Entente im Interesse Deutschlands wirken. Das gemeinsame Arbeiten der Pazifisten aller Länder liegt im Menschheitsinteresse."

Besonders kraß erscheint die von militärischer Seite gegenüber den Pazifisten einerseits, den Alldeutschen andererseits geübte Praxis, wenn wir ihr gegenüberstellen die Zurückhaltung, die wir geübt hatten, um die in der Heimat ausgefochtenen Kämpfe von der Front fernzuhalten. Wir versandten lange Zeit grundsätzlich unsere Flugblätter und Schriften nicht an Soldaten, nicht einmal an Mitglieder, die im Felde standen. Davon konnte sich die Heeresleitung überzeugen, als sie zu einem Schlag gegen die Zentralstelle Völkerrecht ausholte[2]. In einem für den Befehlsbereich von ganz Ober[kommando] Ost ergangenen Erlaß wurde die Zentralstelle Völkerrecht als ein Beispiel für sozialistische und anarchistische (!) Vereinigungen aufgeführt. Ihre Tätigkeit sei ein Beispiel für die Versendung anonymer Flugblätter und Drucksachen (während in Wirklichkeit alle ihre Drucksachen die Herkunftsbezeichnung trugen und alle ihre Werbebriefe namentlich unterzeichnet waren). Bei einer Haussuchung, die auf Veranlassung des Oberkommandos Ost in der Geschäftsstelle stattfand, fand der Beamte u. a. das Formular eines Briefes, durch den wir Heeresangehörigen mitzuteilen pflegten, weshalb wir ihren Wunsch, unsere Drucksachen zu erhalten, nicht erfüllen könnten, außerdem auch einen Brief, gerichtet an ein Ausschußmitglied, der Aufklärung gab, weshalb ein zum Heeresdienst eingezogenes Mitglied Drucksachen, über deren Ausbleiben er sich beschwert hatte, nicht erhalten könne! Die Heeresleitung aber begünstigte die Verbreitung der gegen die Politik der Reichsregierung ge-

---

[1] Völkerversöhnende Frauenarbeit, S. 51 f. – Das Schreiben wendet sich dann weiter der Haltung der Kirche zu.

[2] Das folgende entnehme ich der Rede Gotheins (Friedenswarte, 1918, S. 221). Wann der Erlaß von Ober-Ost erging und wann die famose Haussuchung erfolgte, ist dort nicht gesagt. Aus eigener Erinnerung kann ich leider nichts zur Ergänzung beibringen.

richteten Lehmannschen Hetzschrift an der Front[1]. Angesichts solcher Erfahrungen haben wir schließlich unsere Zurückhaltung aufgegeben.

Am 22. März wurde in der bayerischen Abgeordnetenkammer eine von Zentrumsabgeordneten eingebrachte Interpellation verhandelt, die sich besonders gegen ein von auswärts (d. h. von Berlin) organisiertes, von der bayerischen Regierung nicht kontrolliertes Spitzeltum wandte. Der Kriegsminister Herr von Hellingrath hatte die Interpellation beantwortet „und damit im ganzen einen sehr guten Eindruck gemacht"[2], hatte aber für gewisse Fragen auf „eingehendere Ausführungen des zuständigen Ressortministers" verwiesen. Dieser, der Minister des Innern, Herr von Brettreich[571]), nahm nicht im Anschluß an seinen Kollegen vom Kriegsministerium, sondern erst nach Schluß der Debatte das Wort. Da keine Gelegenheit mehr war, ihm zu antworten, habe ich, was ich zu sagen gehabt hätte, in dem freisinnigen Fränkischen Kurier veröffentlicht[3].

Der Minister hatte in Vertretung der ihm unterstellten Behörden, insbesondere der Münchener Polizei, behauptet, daß eine Bespitzelung der einheimischen Bevölkerung absolut nicht stattfindet; geschnüffelt und gespitzelt werde in Bayern nicht. Das stand (von der heimlichen Postspionage militärischer Behörden ganz abgesehen) im Widerspruch zu meinen Erfahrungen. Ich verwies darauf, daß Äußerungen, die in geschlossenen Versammlungen der Friedensgesellschaft und des Frauenstimmrechtsvereins gefallen sind, zur Kenntnis der Behörde gekommen und zum Teil gegen die Redner bzw. Rednerinnen verwertet sind[4].

Ob die Behörde Spitzel geworben oder sich abtrünniger Mitglieder bedient hat, entzog sich natürlich unserer Kenntnis, da eine Entlarvung nie gelungen, bei der Aussichtslosigkeit des Erfolges auch kaum je versucht war[572]). Auch war nicht festzustellen, ob die Bespitzelung im direkten Auftrag der Militärbehörde oder der ihr dienstwilligen Polizei erfolgte. Letzten Endes ging sie natürlich auf die Militärbehörde zurück.

In Berlin haben wir immer wieder die Erfahrung gemacht, daß die Polizei, auch wenn der Besuch geschlossener Versammlungen auf das sorgsamste kontrolliert wurde und eine offizielle Überwachung nicht stattfand, Berichte erhielt. Wiederholt hat sich am nächten Vormittag die Polizei ganz unbefangen nach den Adressen der Redner erkundigt, die gewisse Äußerungen getan hätten. Wir waren natürlich immer unwissend.

Ich machte einmal auch die Erfahrung, daß die Berliner Polizei bei einem unserer Freunde unter meinem Namen anrief, um eine Adresse zu erfahren, die, wie sie zu vermuten schien, eine geheime Stätte unserer Umtriebe sein sollte.

---

[1] Vgl. Kapitel XIX. [XVIII c.], S. 159.

[2] So in meinem gleich zu erwähnenden Zeitungsartikel.

[3] „Vom Spitzeltum und verwandten Dingen. Ein Epilog zur Interpellationsberatung vom 22. März", Fränkischer Kurier, Nr. 216 und 218 vom 29. und 30. April 1918. Vor mir liegt ein Sonderabdruck[573]).

[4] Ein besonders charakteristisches Beispiel s. Kapitel IX., S. 96.

In der Landtagsdebatte wurde auch erwähnt, daß der politische Überwachungsdienst einmal einen Landtagsabgeordneten bei Rückkehr von einer Reise vergeblich auf dem Münchener Bahnhof abzufangen und zu verhaften versucht hatte, um ihm Papiere, die er mit sich führte, abzunehmen. Ich erfuhr nachträglich, daß ich dieser Landtagsabgeordnete war. Unerkannt soll ich zwischen den Häschern an der Perronsperre hindurchgegangen sein. Man hatte ungeschickterweise Beamte beauftragt, die mich nicht kannten. Kollegen von ihnen standen daneben und amüsierten sich über ihr Mißgeschick und mein harmloses Passieren. Durch sie wurde der Vorfall bekannt. Die Polizei muß durch ihre Kundschafter oder Spitzel merkwürdig bedient gewesen sein, wenn sie bei mir geheime oder kompromittierende Papiere vermutet hat.

Im bayerischen Landtag wehrte man sich mit erfreulicher Entschiedenheit gegen das Bestreben der Berliner Militärbehörden, in bayerische Angelegenheiten einzugreifen und insbesondere die Entscheidung über Erteilung von Auslandspässen an bayerische Staatsangehörige und an seit Jahren in Bayern ansässige Personen nach Berlin zu ziehen. Das bayerische Kriegsministerium wurde in seinem Widerstand gegen solche preußischen Übergriffe bestärkt. Ich hatte im Kapitel XX. [XVIII d.] Gelegenheit, von einem Fall zu berichten, in dem der Kriegsminister sein Recht zu selbständiger Entscheidung zu meinen Gunsten geltend gemacht hat.

Die Verweigerung von Pässen an Pazifisten zu Auslandsreisen, auch gegen das klare Interesse deutscher Politik, wurde mehr und mehr zur Regel. So erhielten die deutschen Frauen, wie übrigens auch jene der feindlichen Länder, wie schon erwähnt, keine Pässe zu der Mitte April geplanten internationalen Frauenkonferenz. Der Gipfel der Widersinnigkeit war es wohl, daß man mir den Paß verweigerte, als ich vom Anti-Oorlog-Raad eingeladen war, der deutschhetzerischen Rede eines französischen Pastors entgegenzutreten.

Eine der unsinnigsten Erfahrungen, die wir wiederholt machten, war die, daß Bücher, Schriften oder Artikel, die durch die Zensur des Druckortes genehmigt waren, im Bezirk eines anderen Generalkommandos verboten wurden. Besonders das Berliner Generalkommando in den Marken zeichnete sich nach dieser Richtung aus. Ganz kurios erging es unserem Aufruf von Ende Juli, von dem oben in Kapitel XXV. [XXIII.] die Rede war. Er wurde in München gedruckt mit den Unterschriften zahlreicher Freunde[1] und erhielt von der dortigen Zensurstelle die Druckerlaubnis.

[1] Das mir vorliegende Exemplar hat keine Unterschriften[574]). Am Schluß eine Aufforderung, der Deutschen Friedensgesellschaft beizutreten. In ihr heißt es: „Beitrittserklärungen möge man richten an einen der Unterzeichneten", worauf noch andere Zustell-Adressen folgen. In dem Entwurf vom Frühjahr 1918 fehlte der Hinweis auf die „Unterzeichneten". Der Entwurf des Aufrufs stammte nach meiner Erinnerung von Rühle. Unter den Unterschriften waren Vertreter aller Richtungen, u. a. auch, wie ich mich bestimmt erinnere, Fr. Wilhelm Foerster und Lida Gustava Heymann.

Wir wollten ihn in großer Auflage verbreiten und dazu verschiedenen Zeitschriften beilegen. Die Redaktion einer dieser Zeitschriften, die in Berlin erschien, hatte den unglücklichen Gedanken, den Aufruf der dortigen Zensurstelle vorzulegen. Nun erfolgte, offenbar auf Berliner Weisung, die Verfügung in München, daß wir den Aufruf, dessen Druck genehmigt war, nicht verbreiten durften!

Als die Berliner Ortsgruppe um die Aufhebung des Verbotes öffentlicher Versammlungen einkam, erhielt sie den Bescheid[1], daß im Bezirk des Oberkommandos in den Marken aus Gründen öffentlicher Sicherheit öffentliche Versammlungen politischer Parteien oder ihnen gleichgerichteter Vereinigungen (zu denen die Friedensgesellschaft zähle) unzulässig seien[575]). Zu dieser allgemeinen Begründung aber wurde hinzugefügt: „In der jetzigen Zeit der Entscheidungskämpfe kann aus Gründen der öffentlichen Sicherheit eine erhöhte Propagandatätigkeit für den Frieden nicht gestattet werden." Röttcher bemerkte dazu: „Wie soll wohl eine erhöhte Propaganda möglich sein, wenn überhaupt keine möglich ist."

Ganz ähnlich hieß es in einer Entscheidung des Württembergischen Generalkommandos vom 11. April[576]), durch das Gesuche vom 14. und 27. März, einen öffentlichen Vortrag Herrn von Gerlachs zu genehmigen, abgelehnt wurden: „Die Versammlung wird untersagt, da die augenblickliche Kriegslage die Erörterung pazifistischer Friedensziele nicht als zweckmäßig erscheinen läßt."

Es war offenbar die Weisung von Berlin ausgegangen, während der Kämpfe, die durch die große deutsche Offensive eingeleitet waren, pazifistische Versammlungen nicht zu gestatten.

Daraus erklärt sich, daß das Rundschreiben der Geschäftsleitung vom 29. Mai, das die Ortsgruppen zur Veranstaltung von Versammlungen aufforderte, so geringen Erfolg hatte[2].

Ich selbst machte im Frühjahr 1918 eine entsprechende Erfahrung in Frankfurt a. M. Die dortige militärische Zensurstelle, die sonst sehr entgegenkommend war, wollte eine Versammlung, in der ich sprechen sollte, nicht gestatten. Der Offizier, mit dem ich verhandelte, meinte sehr freundlich, ich möchte es im Herbst wieder versuchen. Ich erwiderte, daß ich dann voraussichtlich ihn nicht mehr zu fragen brauchte. Er sah mich sehr verwundert an. Ich habe nicht etwa prophetisch den Zusammenbruch, der die Militärherrschaft wegfegte, vorausgesehen, sondern ich nahm nur an, daß bis zum Herbst der allgemeine Unwille über die Handhabung des Belagerungszustandes sich durchgesetzt haben werde. Damit behielt ich erfreulicherweise Recht.

Gegen die vorher erwähnte Verfügung des Württembergischen Generalkommandos vom 11. April legte Rühle am 27. eine Beschwerde ein[577]),

---

[1] Auf der Abschrift, die mir vorliegt, ist bemerkt „ohne Datum". Vermutlich stammt der Bescheid aus dem April, aus der Zeit der großen Offensive.

[2] Vgl. das vorige Kapitel, S. 205.

in der er darauf hinwies, daß anderswo Versammlungen gestattet seien, so habe noch am [20. April 1918][578]) eine solche in Ludwigshafen stattgefunden, und in der er außerdem unsere stets wiederholte Argumentation von der Schädlichkeit solcher Mundtotmachung eines die Regierungspolitik unterstützenden Pazifismus vorbrachte. Das Generalkommando übermittelte die Beschwerde am 18. Mai an den Obermilitärbefehlshaber, den stellvertretenden preußischen Kriegsminister von Stein[579]). Dieser wies die Beschwerde am 27. Mai ohne ein Wort der Begründung zurück[580]). Das war das übliche Verfahren dieser wohl im Dezember 1916 errichteten Beschwerdestelle[1], die den Klagen über willkürliche und ungleichmäßige Handhabung des Belagerungszustands-Gesetzes abhelfen sollte. Aus unserer Erfahrung weiß ich keinen einzigen Fall, in dem der Obermilitärbefehlshaber uns Recht gegeben oder auch nur die Verfügung eines Generalkommandos irgendwie abgeändert hätte; – auch keinen Fall, in dem er sich auf eine Begründung eingelassen hätte, wie wir sie von den Generalkommandos doch manchmal erhielten. Im übrigen war auch für diese eine hochmütige Mißachtung unserer Eingaben charakteristisch. Wenn sie bei Begründung einer Maßnahme Behauptungen aufgestellt hatten und wir in unserer Eingabe die Richtigkeit dieser Behauptungen bestritten und um die Angabe der Tatsachen ersuchten, auf die sich die Beschuldigung stützte, haben wir niemals ein Antwort erhalten; niemals hat man den Versuch gemacht, bestrittene Beschuldigungen zu beweisen.

Am 8. Juli richtete Herr von Stein als Obermilitärbefehlshaber einen geheimzuhaltenden Erlaß an den Minister des Innern etc., d. h. an alle bürgerlichen Behörden, durch den sie ersucht wurden, Versammlungen und Reden, die von der Deutschen Friedensgesellschaft und der Zentralstelle Völkerrecht geplant seien, als „eine neuerliche durchaus unerwünschte Propaganda für den internationalen Pazifismus" zu verhindern. Der unmittelbare Zweck dieser Propaganda sei es, wie Herr von Stein so unvorsichtig war selbst zu konstatieren, „in möglichst vielen Versammlungen für einen Verständigungsfrieden im Sinne der Reichstagsentschließung vom 19. Juli 1917 einzutreten."

Der Geheimerlaß wurde uns in die Hände gespielt und war für uns natürlich ein „gefundenes Fressen". Daß der Obermilitärbefehlshaber so ohne jede Scheu die Politik, zu der die Reichsregierung sich bekannte, mit schärfsten Verboten bekämpfte, mußte ihm den Hals brechen, wenn der Reichskanzler, zugleich preußischer Ministerpräsident, nur ein wenig Selbstachtung besaß. Er konnte es sich doch unmöglich gefallen lassen, daß der

---

[1] Am 20. Dezember 1916 trat ein neues Gesetz über den Kriegszustand in Kraft, s. „Pazifismus u. Belagerungszustand", S. 35 oben. Durch dieses Gesetz wurde offenbar der stellvertretende Kriegsminister als Obermilitärbefehlshaber und als Beschwerdeinstanz eingesetzt. Der Bund Neues Vaterland machte am 26. Dezember durch eine Beschwerde davon Gebrauch, die Freireligiöse Gesellschaft Hamburg am 31. Dezember 1916.

preußische stellvertretende Kriegsminister, sein Kollege im preußischen Ministerium, seine Politik konterkarierte und den Polizeibehörden im Reich Anweisungen gab, die, wenn sie ungeahndet blieben, die Reichspolitik als eine lächerliche Komödie erscheinen ließen. Nebenbei war es ja toll, daß der Obermilitärbefehlshaber, der als Beschwerde-Instanz gegenüber den örtlichen Verfügungen und den Generalkommandos eingesetzt war, Anordnungen traf, durch die er sich selbst die Hände band.

Die beiden Vereine richteten am 17. September eine geharnischte Beschwerde an den Reichskanzler Grafen Hertling[581]). Der Kriegsminister stürzte über den Erlaß[1], – aber wohl erst, nachdem Graf Hertling dem Prinzen Max von Baden Platz gemacht hatte.

Es folgte eine Verordnung, die die kommandierenden Generale anwies, sich in allen Zensur-, Versammlungs- und Vereins-Angelegenheiten mit dem Oberpräsidenten in Verbindung zu setzen und, wenn eine Übereinstimmung nicht erzielt werden könne, sich an den Kriegsminister zu wenden, der dem Reichskanzler unterstehe[2]. Das war der erste Schritt, um die bisherige militärische Alleinherrschaft zu brechen und der bürgerlichen Gewalt wieder Einfluß zu verschaffen.

Es war aber noch weit davon entfernt, daß die alten Methoden gegenüber den Pazifisten überall aufgegeben und die alten Verbote restlos aufgehoben waren. Am 23. Oktober sah Herr Rühle, der zweite Vorsitzende der Deutschen Friedensgesellschaft, sich veranlaßt, eine Eingabe an den Reichskanzler Prinz Max von Baden zu richten[583]).

Die noch in Kraft befindlichen Verbote, um deren Aufhebung er ersuchte, betrafen die Versendung pazifistischer Literatur, einschränkende Bestimmungen für den Vertrieb der Buchhandlung, die über den Völkerfrieden verhängte Präventivzensur[3], die publizistische Tätigkeit des Sekretärs Herrn Röttcher und dessen Zurückstellung im Militärdienst bzw. Beurlaubung[584]).

Die Eingabe ersuchte dann, die demnächst vermutlich in Berlin stattfindende Generalversammlung der Friedensgesellschaft von den einschränkenden Vorschriften des letzten Jahres zu befreien und sie in voller Öffentlichkeit und Freiheit tagen zu lassen.

Wie wenig die Behörden sich dem neuen Kurs angepaßt hatten, bewies die Eingabe durch Anführung einiger Beispiele. Das Württembergische Generalkommando verweigerte die Erlaubnis zum Bezug nur eines Exemplars der Schriften von Trotzki „Der Friede von Brest-Litowsk“ und von Sir Edward Grey „Der Völkerbund“. Ein in zahlreichen Tageszeitungen erschie-

---

[1] So bei Fried in der Friedenswarte, 1918, S. 253, im Tagebuch unterm 28. September notiert, aber nicht als ein erst eben bekannt gewordenes Ereignis. Die Entlassung wird weiter zurückliegen. Interessant wäre zu wissen, ob noch Graf Hertling die Entlassung bewirkt hat[582]).

[2] Fried, a.a.O., S. 256 f.

[3] Daß sie in jenen Tagen aufgehoben wurde, sagt eine Notiz auf der mir vorliegenden Abschrift der Eingabe.

nener Artikel von mir über den Völkerbund[585]) durfte nicht als Flugblatt verbreitet werden. Während die Vaterlandspartei in Stuttgart eine Versammlung mit Pfarrer Traub[586]) als Redner hielt, zu der öffentlich eingeladen wurde, erhielt die Friedensgesellschaft die Erlaubnis zu einer Versammlung, in der ich sprechen sollte, nur unter der Bedingung, daß nicht öffentlich eingeladen werden durfte. Also, trotz des Wechsels im Reichskanzleramt, trotz der Beteiligung von Pazifisten und Sozialdemokraten an der Regierung, bei den Behörden im Lande noch der alte Jammer! Erst die Revolution vom 9. November machte dem Spuk ein Ende.

In München waren die verschiedenen Verbote schon vorher außer Kraft gesetzt worden. Daß der Offizier, der die Zensur beim Kriegsministerium handhabte, Oberstleutnant Falkner von Sonnenburg, neben der Strenge, die seine amtliche Pflicht gebot, auch einer persönlichen Auffassung Raum gab, hatte ich manchmal empfunden und dankbar anerkannt. Erstaunlich aber war doch der Abschluß unserer amtlichen Besprechungen. Als ich Mitte November meinen Abschiedsbesuch machte und mein Entsetzen über die Waffenstillstandsbedingungen äußerte, sagte er: „Lassen Sie gut sein, Herr Doktor, jetzt gibt es eine chemische Reinigung. Zu der wäre es nie gekommen, wenn Deutschland gesiegt hätte."

XXIX. [XXVII.] Der Zusammenbruch. Waffenstillstands-Bedingungen

Nach dem Mißerfolg der Offensive am 15. und 18. Juli und nach der schweren Niederlage vom 8. August hatte die deutsche Heeresleitung die Hoffnung auf einen überwältigenden Sieg aufgegeben. Aber Ludendorff ließ die Reichsleitung noch über den Ernst der militärischen Lage im unklaren, bis er, als die Offensive der Alliierten (jetzt verstärkt durch amerikanische Divisionen) einsetzte, am 29. September in Spa mit der Forderung auftrat, schleunigst einen Waffenstillstand zu schließen, da sonst eine Katastrophe zu befürchten sei. Zugleich drängte sich die Notwendigkeit eines Regierungswechsels auf. Graf Hertling, der sich auf die Mehrheitsparteien nicht mehr stützen konnte, nahm seinen Abschied. Als Reichskanzler wurde auf Payers Vorschlag der liberal gesinnte Prinz Max von Baden berufen, der sich offen als Gegner der nationalistischen Annexionspolitik bekannt hatte[1]. Der Kaiser erklärte, er wünsche, daß das deutsche Volk wirksamer als bisher an der Bestimmung der Geschicke des Vaterlandes mitarbeite; es sei deshalb sein Wille, daß Männer, die vom Vertrauen des Volkes getragen seien, im weiten Umfange an den Rechten und Pflichten der Regierung teilnehmen. In die

---

[1] Vgl. oben in Kapitel XXV. [XXIII.], S. 196, unser Glückwunschschreiben zu seiner Rede.

Regierung des Prinzen Max traten auch Vertreter der Sozialdemokratie ein, Staatssekretär des Äußern wurde Dr. Solf. Die offene Darstellung der militärischen Situation, die im Auftrag der Heeresleitung Major von dem Bussche den Mitgliedern der Regierung und nachher den Parteiführern gab, erfüllte alle Beteiligten mit wahrem Entsetzen, da sie bisher den Berichten der Heeresleitung vertraut hatten. Dem Verlangen aber Ludendorffs, sofort ein Ersuchen um Waffenstillstand ergehen zu lassen, widersetzte sich zunächst Prinz Max aufs entschiedenste; er war bereit, Friedensverhandlungen einzuleiten, aber das Waffenstillstandsgesuch, das einem Eingeständnis der Niederlage gleichkam, hielt er für sehr verderblich, bezweifelte auch die Notwendigkeit. Endlich mußte er nachgeben, da auch Hindenburg die Lage als sehr gefährdet erklärte und der Kaiser sich auf seine Seite stellte. Am 3. Oktober ging durch Vermittlung der Schweiz die Note an Wilson, durch die die Regierung das von Wilson in seinen Kundgebungen aufgestellte Programm als Grundlage für die Friedensverhandlungen annahm und zur Vermeidung weiteren Blutvergießens den Abschluß eines Waffenstillstandes vorschlug. Während des Oktobers gingen die Noten zwischen Wilson und der deutschen Regierung hin und her, bis am 5. November in einer Note des Staatssekretärs Lansing[587]) erklärt wurde, die verbündeten Regierungen seien bereit, den Frieden auf Grundlage der bekannten 14 Punkte abzuschließen mit zwei Vorbehalten (betr. der Deutung des Begriffs der „Freiheit der Meere" und betr. die Ausdehnung der Wiedergutmachungen auf jeden durch den deutschen Angriff der Zivilbevölkerung verursachten Schaden). Zugleich wurde um Absendung von Bevollmächtigten zu den Waffenstillstandsverhandlungen ersucht. – Einige Tage darauf, am 9. November, erfolgte unter starkem Druck der Regierung die Abdankung des Kaisers und die Übernahme der Regierung durch die Sozialdemokraten.

In diese Zeit fallen verschiedene Bemerkungen deutscher Pazifisten, für den Friedensschluß zu Gunsten des besiegten Deutschland die Grundsätze zur Geltung zu bringen, für die sie während des Krieges, auch zu Zeiten deutscher Siege, eingetreten waren.

Der Frauenausschuß wandte sich im Laufe des Oktober[1] telegraphisch an die holländischen Frauen: „Rettet den Weltfrieden durch Anrufung Eurer Königin, ihre geäußerte Absicht einer Friedensaktion im Bunde mit allen Neutralen auszuführen. Nur ein Rechtsfriede gewährleistet Dauerfrieden, Völkerbund, Abrüstung und Entmilitarisierung."

Auch die Frauen Schwedens und der Schweiz wurden in gleichem Sinne verständigt. Aus Schweden traf umgehend die Antwort ein: „Wir wollen alles versuchen."

Von einer Antwort aus Holland wird nichts berichtet.

[1] Völkerversöhnende Frauenarbeit, S. 63 f. Das genauere Datum ist, wie meist in dieser Veröffentlichung des Frauenausschusses, nicht angegeben. Die dem Wortlaut des Telegramms folgenden Angaben wörtlich aus dieser Quelle.

Am 24. Oktober veröffentlichte das Sekretariat der Deutschen Friedensgesellschaft[1] unter der Überschrift „Wilson der Pazifist“[588]) einen sehr pathetischen, bilderreichen „Appell der deutschen Pazifisten an den amerikanischen Pazifisten“. Die deutschen Pazifisten, heißt es, seien zu der Bitte berechtigt: „Gebrauchen Sie Ihre Macht im Geiste des Pazifismus.“ Nicht demütig und nicht stolz (was näher begründet wird) kämen sie mit dieser Bitte zu ihm. „Aber mit blutendem Herzen und mit zuckendem Schmerz stehen wir da, weil über dem Golgatha menschlicher Leidenschaft, Qual und Verzweiflung noch die Macht der Finsternis, der Glaube an die Gewalt brütet.“ Auch der Präsident könne „die Sonne nicht aufgehen lassen, nicht aus der geistigen Finsternis des Völkerkrieges den leuchtenden Tag des Völkerbundes machen, wenn nicht tief im Herzen der Völker das Morgenrot einer neuen Zeit, einer neuen Weltordnung in Feuerglut aufsteigt.“ Deutsche Pazifisten rufen ihm heute zu: „Sehen Sie nicht, Herr Präsident, daß die Zeit erfüllet ward? Daß der nächtliche Reif nationalen Eigennutzes und eigensinnigen Machtwillens zu schmelzen beginnt? Daß sich in tausend erschmolzenen Tropfen die aufgehende Sonne der Völkergerechtigkeit malt?“ Der Appell klingt aus in die wiederholte Bitte: „Tun Sie, Herr Präsident, was Ihrer pazifistischen Grundanschauung entspricht. Läuten Sie, nach einer Nacht voll Schrecken, die Morgenglocken des Auferstehungstages.“

Die Überschwänglichkeit dieses Schriftstücks erklärt sich wohl aus der tiefen Erschütterung, die, nach dem auch für uns Pazifisten niederschmetternden Zusammenbruch, viele in unsern Reihen aus dem geistigen Gleichgewicht gebracht hatte. Damit mag man auch erklären und entschuldigen, daß die Verfasser den Mund sehr voll nahmen, indem sie von den deutschen Pazifisten sagten, daß sie „das heilige Feuer genährt“ hätten „lange vor dem Kriege, ja, lange bevor Sie, Herr Präsident, geboren wurden“ (d. i. 1856), oder wenn sie gar sagten: „Wir, die wir Pazifisten von jeher gewesen sind, weil wir Deutsche waren“, als ob wir unter den Deutschen nicht auch schlimmste Kriegshetzer gehabt hätten.

Der Appell wurde, soviel ich weiß, nicht Wilson zugeleitet, sondern nur in der deutschen Presse veröffentlicht.

Anderthalb Wochen später, am 4. November, wandte sich die Deutsche Friedensgesellschaft durch Vermittlung des Internationalen Friedensbureaus in einem von den beiden Vorsitzenden und dem Sekretär unterzeichneten Schreiben an Präsident Wilson[589]). Unter Hinweis auf die Haltung der deutschen Pazifisten, die auch zur Zeit glänzender militärischer Erfolge deutscher Heere unter persönlichen Opfern auf das schärfste alle Forderungen bekämpft hatten, die den Gegnern irgend eine Vergewaltigung und einen Eingriff in ihre Lebensinteressen zumuteten, appelliert die Gesellschaft an alle Gesinnungsgenossen im feindlichen und neutralen Ausland, daß sie sich

[1] Also nicht die Geschäftsleitung oder das Präsidium. – Hätte ich dieses schwülstige Schriftstück vor der Drucklegung kennengelernt, so würde ich wohl versucht haben, seine Veröffentlichung zu verhindern.

allen Forderungen widersetzen, die auf eine Vergewaltigung Deutschlands und auf eine Verletzung seiner Lebensinteressen hinauslaufen würden. In erster Linie wendet sich das Schreiben an den Präsidenten und spricht das Vertrauen aus, daß er die in seine Hand gelegte Machtfülle im Sinne der von ihm wiederholt so feierlich verkündeten Grundsätze gebrauchen werde. Das Schreiben weist auf die Gefahr hin, daß gewisse Forderungen, die von Fanatikern des Völkerhasses gestellt werden, das deutsche Volk in einen Verzweiflungskampf hineintreiben könnten, und auf die andere Gefahr, daß eine Vergewaltigung Deutschlands beim Friedensschluß mit dauerndem Frieden und mit der ehrlichen Durchführung eines wahren Völkerbundes unvereinbar sei, ja, eine stete Gefährdung des Friedens bedeuten würde.

Das Internationale Friedensbureau wurde nicht nur um Übermittlung des Schreibens an Wilson, sondern auch um Verbreitung von Abschriften an die Friedensgesellschaften aller Kulturländer gebeten. Gleichzeitig wurde (worauf wir noch zurückkommen) das Comité Permanent des Friedensbureaus gebeten, möglichst bald eine Sitzung des Rates und die Einberufung eines internationalen Friedenskongresses herbeizuführen[590]).

Eine Woche später, am 11. November, wurde bekanntlich der Waffenstillstand abgeschlossen. Seine Bedingungen riefen Entsetzen in den Kreisen deutscher Pazifisten hervor; denn sie atmeten den Geist rücksichtsloser Vergewaltigung, der voraussichtlich die Friedensbedingungen diktieren würde. Auf mich (erinnere ich mich) machte es einen besonders starken Eindruck, daß damit Wilson, auf dem unsere Hoffnung auf einen gerechten dauernden Frieden beruhte, des entscheidenden Einflusses beraubt wurde. In seinem Interesse und im Interesse verständiger Friedensbedingungen hätte es gelegen, der deutschen Armee so viel Widerstandskraft zu lassen, daß man zu ihrer sicheren Niederzwingung die amerikanische Hilfe nicht entbehren konnte. Statt dessen wurde durch die Waffenstillstandsbedingungen Deutschland so wehrlos gemacht, daß die Franzosen und Engländer allein mit ihm fertig werden konnten, Clemenceau[591]) und Lloyd George also auf Wilson wenig Rücksicht zu nehmen brauchten.

Die Deutsche Friedensgesellschaft veröffentlichte am 15. November eine „Kundgebung", unterzeichnet namens der Geschäftsleitung von den beiden Vorsitzenden; sie fordert in leidenschaftlicher, aber würdiger Sprache einen Frieden, wie er den von den deutschen Pazifisten während des Krieges vertretenen Forderungen entspricht. „Wir haben" (heißt es) „das Recht erworben, uns heute erhobenen Hauptes an die Machthaber im feindlichen Auslande zu wenden, um von ihnen zu fordern, daß sie dem deutschen Volke gewähren, was wir während des ganzen Krieges unermüdlich für alle unsere Kriegsgegner vom deutschen Volke und von seiner Regierung verlangt haben." Besonders wendet sich die Kundgebung natürlich an Wilson. Sie hofft, daß er, trotz seiner Einwilligung in die ungeheuerlichen Waffenstillstandsbedingungen, an seinem wiederholt so feierlich verkündeten Programm festhält, und daß [er] imstande sein wird, seinen Willen durchzusetzen. Diese Hoffnung appelliert an die wirklichen und dauernden Inter-

essen der Sieger. „Ein wirklicher Friede, die Aufrichtung einer neuen, die ganze Welt umfassenden und dauernden Frieden verbürgenden Rechtsordnung ist nur möglich, wenn kein Volk in seinen Lebensinteressen und in seinem Selbstbestimmungsrecht vergewaltigt wird." Den vollen Text findet man unter den Beilagen Nr. 17[592]).

Wir suchten dieser Kundgebung möglichst weite Verbreitung zu geben. Ich verschickte sie am 20. November an die Presse[593]), indem ich darauf aufmerksam machte, „daß in diesem Fall die Verbreitung auch vom Standpunkt derer aus, die uns Pazifisten zweifelnd oder gegnerisch gegenüberstehen, im gemeinsamen deutschen Interesse gelegen ist." Zur Bequemlichkeit der Redakteure wurde ein kurzer Auszug beigefügt. Wir hatten denn auch die Genugtuung, für unsere Kundgebung eine sehr starke Beachtung, wenigstens in der deutschen Presse, zu erreichen.

XXX. [XXVIII.] Revolution und Neuordnung des Reichs

Als im Herbst 1918 die Fesseln der militärischen Zensur fielen[1], wandte sich das Interesse eines Teiles der deutschen Pazifisten auch den politischen Fragen zu. Das war besonders der Fall im Kreise des Bundes Neues Vaterland, der ja von Anfang an die Aufgaben einer nationalen Reform neben jene der internationalen Verständigung gestellt hatte. Er vereinigte auch in seiner Führung politisch radikale Elemente, die es begreiflicherweise zu politischer Aktivität drängte.

Als ein Vorspiel mag gelten, daß am 8. Oktober Graf Georg Arco, Arthur Holitscher[594]), der Göttinger Historiker Max Lehmann und Tepper-Laski (sämtlich Mitglieder des Bundes) eine Eingabe an den Reichskanzler Prinz Max von Baden richteten, in der sie die Freilassung aller Personen forderten, die der Sache des Friedens und der Demokratie wegen im Zuchthaus saßen[2].

Eine politische Amnestie erfolgte vier Tage darauf, am 12. Oktober[3]. Nur die Amnestierung Liebknechts[595]) stieß zunächst noch auf Schwierigkeiten; er wurde erst am 22. Oktober aus dem Zuchthaus entlassen[4], — am Tage der Reichstagssitzung, in der Prinz Max seine Rede für den Völkerbund hielt.

Der Bund Neues Vaterland veranstaltete wiederholt Versammlungen im Hotel Esplanade, so am 14. Oktober, wo Tepper-Laski in seiner Eröff-

---

[1] Vgl. Kapitel XXVIII. [XXVI.], S. 215 f. Der 9. Oktober sah das Ende der Militärdiktatur.

[2] Lehmann, S. 80, nach den Mitteilungen des Bundes Neues Vaterland N.F. 1, S. 4.

[3] Payer, S. 126.

[3] Friedenswarte, 1918, Oktober, S. 262.

nungsansprache sich scharf gegen Militär, Kapitalismus und Monarchie wandte[1], und am 19. Oktober, wo eine Resolution angenommen wurde, die u. a. die Einberufung einer gesetzgebenden Nationalversammlung forderte[2].

Am 28. Oktober richtete der Bund Neues Vaterland eine Eingabe an den Reichskanzler, in der er scharf gegen die Forderung „nationalen Widerstandes" (die u. a. ja bekanntlich vorübergehend von Rathenau erhoben wurde) protestierte und eine Demokratisierung verlangte, ohne vor der „allerhöchsten Stelle" Halt zu machen[3].

Am 2. November fand unter Beteiligung des Bundes eine große Volksversammlung vor dem Reichstag statt. Hochrufen auf die freie deutsche Republik antwortete noch Maschinengewehrfeuer[4].

Acht Tage später hatte der Kaiser abgedankt, und anstandslos fand am 10. November eine Volksversammlung, einberufen vom Bund Neues Vaterland, am Bismarck-Denkmal statt. Ein Aufruf, entworfen von René Schickele[596]), unterzeichnet von Tepper-Laski, Helene Stöcker und Magnus Hirschfeld[597]), forderte die demokratisch-sozialistische Republik[5].

In der Forderung, daß freie Wahlen für eine verfassunggebende Nationalversammlung stattzufinden hätten, waren wohl die Pazifisten aller Richtungen einig. Daneben aber gab es auch politische Fragen, in denen die Ansichten stark auseinandergingen.

Merkwürdig war die Stellung, die Fried zur böhmischen Frage einnahm. Er notierte in seinem Tagebuch am 30. Oktober: „Ich gönne dem begabten, hochkultuvierten Tschechenvolk von ganzem Herzen die erreichte Selbständigkeit. Doch die Einverleibung der deutschen Gebiete Böhmens in das neue Tschechenreich würde ich als ein Unglück betrachten."[6] Er stellte diesen Widerspruch in eine Linie mit dem gegen alldeutsche Ansprüche auf Burgund geleisteten Widerstand und bemerkte: „Wir können die nicht besser begründeten Ansprüche der Tschechen auf rein deutsche Gebiete nicht anerkennen." Ich habe im Gegensatz dazu immer die Auffassung vertreten, daß man Böhmen, das seit einem Jahrtausend eine nicht nur geographische, sondern auch politische Einheit bildet, nicht auseinanderreißen dürfe und daß es die Aufgabe sei, in dem national gemischten Staat die Rechte der deutschen Minderheit sicherzustellen. Zu Auseinandersetzungen innerhalb der deutschen pazifistischen Organisationen hat die Frage nicht geführt, da auch Fried und seine Gesinnungsgenossen die mit der Gründung des tschechoslowakischen Staats vollzogene Tatsache schweigend hinnahmen.

Da die deutschen Pazifisten zu der Tradition des preußischen Militarismus in bewußtem Gegensatz standen und bei einem Teil von ihnen die z. B.

---

[1] Lehmann, a.a.O.
[2] Lehmann, S. 80–81, nach Mitteilungen, S. 4–5.
[3] Lehmann, S. 81, nach Mitteilungen, S. 5.
[4] Lehmann, S. 82 f.
[5] Lehmann, S. 81 f.
[6] Friedenswarte, 1918, November–Dezember, S. 281.

durch Umfrid im Anschluß an den Philosophen Planck[598] und auch von Fr. Wilhelm Foerster gepflegten föderalistischen Grundsätze sehr lebendig waren, lag ihnen der Gedanke nahe, die Neuordnung zur Schwächung des preußischen Übergewichts zu benutzen und zu einer Neugliederung des Reichskörpers zu gelangen, die einen wirklichen Bundesstaat von reichlich einem Dutzend gleichberechtigter Länder geschaffen hätte. Wenn in einem Bundesstaat auch die Gliedstaaten von sehr verschiedener Größe sein können (wie die Vereinigten Staaten und die Schweiz beweisen), so war von einer wirklich föderativen Verfassung doch nicht die Rede, wenn, wie im Deutschen Reich, der eine Gliedstaat Preußen etwa zwei Drittel des Ganzen an Gebiet und Bevölkerung ausmachte. Auch der ursprüngliche Verfassungsentwurf von Hugo Preuß[599]) hat ja eine Neugliederung des Reichs in Länder nach wirtschaftlicher und Stammeszusammengehörigkeit mit Zerschlagung Preußens vorgesehen. Die Idee ist gescheitert, zum Teil an dem preußischen Partikularismus, der amüsanterweise auch von Sozialdemokraten vertreten wurde, zum Teil an der bald das Übergewicht gewinnenden Zentralisationstendenz.

Einen originellen Ausdruck fand der föderative Gedanke, gepaart mit der gegen die preußische Vorherrschaft gerichteten Tendenz, in einem Schriftstück, mit dem sich am 29. November die Frauenliga an die Arbeiter- und Soldatenräte der deutschen Bundesstaaten wandte. Sie forderte, die Reichsregierung von Berlin fortzuverlegen, etwa nach Dresden, Erfurt oder Kassel, und den preußischen Staat in vier bis fünf einzelne Bundesstaaten aufzuteilen[1].

Die Revolution brachte einigen Pazifisten die Möglichkeit, in politischen Stellungen, allerdings nur sehr vorübergehend, mitzuwirken. Der sechsköpfige Rat der Volksbeauftragten, der zunächst die Regierung im Reich übernahm, setzte sich bekanntlich aus je drei Mitgliedern der Mehrheitssozialisten und der Unabhängigen zusammen. Die letzteren standen dem Bund Neues Vaterland nahe oder waren dessen Mitglieder. Die Verständigung unter den beiden sozialistischen Richtungen brach, nachdem es in Berlin zu schweren Kämpfen gekommen war, Anfang Januar auseinander. Die Unabhängigen schieden aus der Regierung aus.

Herr von Gerlach wurde als Unterstaatssekretär ins preußische Ministerium des Innern berufen. Er wurde als solcher nach Posen entsandt, um Klarheit über die Lage dort zu gewinnen. Die Polen suchten dort, entgegen den Waffenstillstandsbedingungen, die Herrschaft an sich zu reißen, und die Frage war, ob man ihnen mit Waffengewalt entgegentreten sollte. Gerlach befürwortete – übrigens in Übereinstimmung mit dem kommandierenden General –, auf den Kampf zu verzichten. Von allen deutschen Pazifisten war Gerlach, der in der „Welt am Montag" eine scharfe Feder gegen alle Reaktionäre führte, bei diesen am meisten verhaßt[600]). Sie beschuldigten

[1] Völkerversöhnende Frauenarbeit, II. Teil, November 1918/Dezember 1920, S. 18–20, mit Begründung im Wortlaut.

ihn, Posen an die Polen verraten zu haben und verbreiteten, die Polen hätten ihn betrunken gemacht. Gerlach klagte vor Gericht wegen dieser Verleumdung und nötigte seine Gegner dazu, ihre Behauptungen mit kläglichem Schuldbekenntnis zurückzunehmen, was nicht hinderte, daß die Verleumdung nach einiger Zeit aufs neue auftauchte und er einen neuen Widerruf erzwingen mußte.

In Württemberg wurde der Pazifist Immanuel Herrmann[601]), Professor an der Landwirtschaftlichen Schule zu Hohenheim, Kriegsminister in der sozialdemokratischen Regierung von Wilhelm Blos[602]). Als er gegenüber Aufständischen Waffengewalt anwenden mußte (Sitz der Regierung war zeitweise der feste Turm am Bahnhof), wurde er von radikal-pazifistischer Seite scharf angegriffen. Das hinderte nicht, daß er, seinem bürgerlichen Beruf wiedergegeben, in den nächsten Jahren in der württembergischen und deutschen Friedensbewegung eine sehr angesehene Stellung einnahm.

Eine eigenartige politische Rolle wurde mir durch die Revolution zuteil. Als am Abend des 7. November Eisner[603]) die bayerische Regierung gestürzt hatte, wurde am nächsten Vormittag den Abgeordneten der bürgerlichen Parteien[1] der Zutritt zum Landtag verwehrt. Ich allein war davon ausgenommen, was ich meinem im Kriege betätigten Pazifismus verdankte. In der durchaus würdig verlaufenen Nachmittagssitzung des Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrates, der sich an die Stelle des Landtages setzte, wurde meine Wahl zum Vizepräsidenten dieser revolutionären Versammlung vorgeschlagen. Ich nahm trotz einiger Bedenken an, nachdem Eisner sich zu zwei Bedingungen, die ich stellte, zustimmend geäußert hatte[2]. Er verpflichtete sich, sobald wie möglich Landtagswahlen stattfinden zu lassen und deren Ergebnis, einerlei wie es ausfalle, anzuerkennen, und er erklärte, die Politik der Regierung werde darauf gerichtet sein, die Reichseinheit zu wahren und Bayern beim Reich zu lassen. Diese letzte Frage besaß damals leider große Aktualität; denn Äußerungen des Zentrumsführers Held[604]), die er später vergebens abzuleugnen suchte, gingen dahin, es werde vielleicht nötig sein, das Schicksal Bayerns von dem Preußens zu trennen, und der zur gleichen Partei gehörende einflußreiche Abgeordnete Dr. Georg Heim[608]) gar war

---

[1] Der Bayerische Bauernbund, der unter dem Einfluß des Abgeordneten [Gandorfer][605]) ganz radikalisiert war, ging mit den Sozialdemokraten. Ausgeschlossen wurden also die Angehörigen der (katholischen) Bayerischen Volkspartei (Zentrumspartei), der Liberalen Landtagsfraktion und des Bundes der Landwirte (evangelisch-konservativen Agrarier).

[2] Der stenographische Sitzungsbericht enthält eine andere Angabe. Das erklärt sich folgendermaßen: Der Präsident der Versammlung, der sozialdemokratische Abgeordnete Franz Schmitt[606]) hatte übersehen, mir das Wort zu erteilen. Als ich ihn bat, mitzuteilen, daß ich die Annahme der Wahl von der Stellungnahme der Regierung zu bestimmten Forderungen abhängig machte, sagte er statt dessen, ich machte die Annahme von der Zustimmung meiner politischen Freunde abhängig. Er weigerte sich, den feierlichen Schluß der Sitzung mit der Richtigstellung seines Irrtums zu belasten. So ist die falsche Darstellung in den stenographischen Bericht übergegangen[607]).

ganz offen in der Presse für die Abtrennung eines katholischen Süd- und Westdeutschland mit Einschluß Österreichs von dem protestantischen, verpreußten, dem Bolschewismus verfallenen Norden eingetreten.

Ich hatte mich darüber, daß ich unter diesen Bedingungen das Amt des Vizepräsidenten annehmen würde, mit Vertretern meines Wahlkreises, so gut ich ihrer in jenen aufgeregten Tagen habhaft werden konnte, verständigt. Ein wesentliches Motiv war, daß der frühere königliche Verkehrsminister Frauendorfer[609]) als Verkehrsminister in die Eisnersche Regierung eintrat, was für die ungestörte Aufrechterhaltung des Eisenbahnverkehrs von der größten Wichtigkeit war. Ich durfte ihn nicht durch eine Ablehnung der Wahl bloßstellen. Am nächsten Tag verlangten Landtagskollegen, als deren Sprecher besonders ein mir befreundeter freisinniger Abgeordneter hervortrat, ich solle das Amt niederlegen und aus der Versammlung austreten. Das lehnte ich natürlich ab.

Ich hatte die Genugtuung, daß mein Entschluß fast allgemein gebilligt wurde, auch in rechtsstehenden Kreisen. Sogar mehrere Mitglieder des Königlichen Hauses sprachen ihre Genugtuung mir gegenüber aus. Man sah in meiner Beteiligung eine Garantie gegenüber dem Bolschewismus, vor dem man sich so ängstigte. Solange ich mitmachte, meinte man, bestehe keine Gefahr für Leben und Eigentum.

Ich habe meines Amtes als Vizepräsident des Provisorischen Bayerischen Nationalrates (in den man den Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrat verwandelt hatte), bis der neu gewählte Landtag an seine Stelle trat, mit großem Interesse gewaltet. Ich hatte von Anfang an, um in der Versammlung nicht isoliert zu sein, die Zulassung mehrerer politischer Freunde bei Eisner durchgesetzt. In den nächsten Wochen wurden verschiedene bürgerliche Elemente dem „Nationalrat" einverleibt. Wirtschaftliche Organisationen petitionierten um Zulassung, und manche antichambrierten bei Eisner in ziemlich würdeloser Weise. Aus den „bürgerlichen" Mitgliedern bildete sich eine Demokratische Fraktion, in der mir natürlich der Vorsitz zufiel. Ich arbeitete für den Nationalrat eine neue Geschäftsordnung aus und präsidierte manchmal in besonders schwierigen Situationen. Zu den Mitgliedern der Versammlung gehörten interessante Persönlichkeiten, wie der Dichter Ernst Toller[610]) und der Edelanarchist Gustav Landauer, den „die Weißen" nach Niederwerfung der Räteherrschaft so schmählich ermordet haben.

Das Versprechen, schleunigst eine verfassunggebende Versammlung wählen zu lassen, hatte nicht nur Eisner mir persönlich gegenüber abgegeben, sondern es war in der Regierungsproklamation vom 7. und 8. November enthalten. Eisner aber suchte sich dieses Versprechens zu entledigen; er erklärte, eine solche Versammlung dürfe (und zwar: vielleicht) erst einberufen werden, wenn die Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte sich so entwickelt hätten, daß alles vom neuen Geiste erfüllt sei. Stürmisch äußerte sich im Lande das Verlangen nach Wahl einer verfassunggebenden Versammlung, und es kam zu scharfen Kämpfen in der Regierung, in der die Mehr-

heitssozialisten unter Führung von Erhard Auer[611]) an der demokratischen Forderung festhielten. Eisner unterwarf sich endlich, und am 2. Dezember wurden die Landtagswahlen für den 12. Januar ausgeschrieben. Aber kaum war das geschehen, als Eisner schon am 8. Dezember im Landesarbeiterrat die Arbeiter-, Bauern- und Soldaten-Räte gegen die zu wählende Nationalversammlung ausspielte. Seine Äußerungen mußten so gedeutet werden, daß er das Wahlergebnis, wenn es im Widerspruch zu den Räten stehe, nicht anerkennen werde[612]). Auch in der Rede, die er im Nationalrat hielt, fehlte die Erklärung, daß er das Wahlergebnis als bindend anerkennen werde. Dieses Schwanken – man darf schon sagen: diese Unehrlichkeit Eisners – gab mir Anlaß, am 17. Dezember im Nationalrat in einer großen Rede mit der Politik Eisners, auch seiner Außenpolitik, abzurechnen[613]). Die Rede war zugleich eine demokratische Programmrede[1].

Ich darf vielleicht über mein persönliches Schicksal während des Krieges und in der ersten Nachkriegszeit noch etwas sagen, da es für die Entwicklung der Volksstimmung und für das Schicksal des Pazifismus außerordentlich charakteristisch ist.

Ich war seit 1907 als Demokrat Mitglied der liberalen Landtagsfraktion und stand mit den Mitgliedern in den allerbesten Beziehungen, wurde mehrfach mit wichtigen Referaten betraut und bei großen politischen Debatten als Redner vorgeschickt, auch bei Konflikten innerhalb der Fraktion um Vermittlung angegangen. Auch mein Pazifismus wurde kaum angefochten. Das änderte sich gründlich während des Krieges. Die Fraktion faßte mehrmals Resolutionen in der Absicht, mir das Verbleiben unmöglich zu machen oder um mich zur Niederlegung des Mandats zu veranlassen. Nach dem Zusammenbruch schlug das ganz plötzlich und ganz radikal um, ich kam jetzt für einige Zeit obenauf.

Ich hatte das Glück, der damals in Gründung begriffenen Demokratischen Partei (in Bayern zunächst „Deutsche Volkspartei" genannt) einen großen Dienst zu erweisen. Man hatte sich bei der ersten Zusammenkunft gründlich verzankt; die zur Ausarbeitung eines Programms eingesetzte Kommission war zu keinem Ergebnis gelangt; man ging ziemlich spät am Abend in großer Mißstimmung auseinander. In der Nacht verfaßte ich einen programmatischen Aufruf, der am nächsten Vormittag fast ohne Änderung einstimmig angenommen wurde. Als man dann zur Konstituierung der neuen Partei schritt und einen provisorischen Vorstand wählte, erklärte einer meiner Fraktionskollegen, der meine pazifistische Agitation während des Krieges mit wüsten Beschimpfungen verfolgt hatte, jede Zusammensetzung des Vorstandes sei für ihn unannehmbar, in der ich nicht Platz fände; denn man müsse anerkennen, daß ich mit meiner politischen Haltung Recht, alle anderen aber Unrecht gehabt hätten, deshalb gehörte ich jetzt an die Spitze,

[1] Sie ist von der Partei separat gedruckt worden unter dem Titel „Quidde und Hohmann[614]) gegen Eisner". Meine Rede umfaßt dort 18 Seiten, die Hohmanns nur eine[615]).

außerdem müsse man doch gestehen, daß man ohne meine befreiende Tat heute noch in dem „Saustall" säße, in dem man gestern gewesen sei.

In den nächsten Monaten war ich in der Partei in München und darüber hinaus in Bayern sozusagen allmächtig. Es geschah nichts Wichtiges, ohne mich zuzuziehen. Bei der Aufstellung der Münchener Kandidaten für Reichstag und Landtag wurde für jeden andern eine empfehlende Rede gehalten, nur für mich nicht; so selbstverständlich war es, daß ich die Liste zu führen hatte. Ich wurde denn auch in die Nationalversammlung und in den Landtag gewählt. Als sich nach dem neuen Wahlgesetz wegen der Zuteilung der „Stimmkreise" an die Landtagskandidaten große Schwierigkeiten innerhalb der Partei ergaben, wurde mit der Schlichtung eine Kommission beauftragt, in der ich den Vorsitz führte – de facto war ich Schiedsrichter.

Die Herrlichkeit dauerte nicht lange. Entscheidend war das Bekanntwerden der Friedensbedingungen. Menschen, die mir im November 1918 begeistert zugestimmt hatten, wollten vom Pazifismus, unter dem sie sich, wie zahlreiche Erfahrungen bewiesen, etwas ganz Falsches vorstellten[1], nichts mehr wissen. Das ging so weit, daß lokale Parteiorganisationen innerhalb meines Wahlkreises sich weigerten, Versammlungen einzuberufen, in denen ich über die Ausübung meines Mandats berichten wollte. Meine persönlichen Erfahrungen bestätigen also durchaus die Auffassung derer, die den Versailler Vertrag in hohem Maße für das Wiederaufleben der nationalistischen Richtungen (und in weiterer Folge des Nationalsozialismus) verantwortlich machen[616]).

Zu den Wahlen, die zu Anfang des Jahres 1919 zur verfassunggebenden Nationalversammlung und in den einzelnen Ländern stattfanden, nahm die Deutsche Friedensgesellschaft in der Weise, wie sie es seit Jahren gewohnt war, Stellung, indem sie den Parteien und den Kandidaten gewisse Fragen vorlegte. Es waren dieses Mal sechs Fragen[2]. Sie bezogen sich auf Deutschlands Beitritt zum Völkerbund, auf die Verpflichtung des Völkerbundes, alle Streitfragen friedlich zu entscheiden, auf die Abrüstung innerhalb des Völkerbundes und die Freiheit der Meere, auf die Sicherung des Rechtes nationaler Minderheiten unter internationaler Bürgschaft, auf die Freiheit des wirtschaftlichen Wettbewerbs und die Verwaltung der Kolonien und endlich auf die Pflege wirtschaftlicher und kultureller Interessen im Völkerbund.

Wie diese Fragen aufgenommen und beantwortet wurden, kann ich nicht genauer angeben. Es ist in der damaligen Situation wahrscheinlich, daß wir meist zustimmende Antworten erhielten. Überliefert ist das Ergebnis nur aus Württemberg. Dort liefen von der Zentrumspartei durch

---

[1] Öfter begegnete es mir in jener Zeit, daß ein Versammlungsleiter mich warnte, als Referent etwas von meinem Pazifismus zu sagen, und daß derselbe Parteifreund nach der Versammlung seine besondere Genugtuung über den Teil meiner Rede ausdrückte, der die Außenpolitik behandelte. Meine Bemerkung: „Das war gerade Pazifismus!" versetzte ihn in größtes Erstaunen.

[2] Mitgeteilt in: Völkerfrieden, 1919, Februar/März, S. 17.

Justizminister Kiene[617]), von den Demokraten durch Abgeordneten Conrad Haußmann, von den Mehrheitssozialisten durch Kultusminister Heymann[618]) und von den Unabhängigen durch den Abgeordneten Crispien[619]) zustimmende Erklärungen ein, während von der Württembergischen Bürgerpartei zur Zeit, da die Ortsgruppe Stuttgart der Friedensgesellschaft dieses Ergebnis veröffentlichte, eine Antwort nicht vorlag[1].

Die Geschäftsleitung der Deutschen Friedensgesellschaft erließ aber außerdem einen Aufruf, der sich an die Gesinnungsgenossen wendete[2]. Einleitend hieß es: „Die Wahlen stehen vor der Tür. Verfassunggebende Versammlungen im Reich und in den Einzelstaaten sollen der Gesetzlosigkeit ein Ende machen, sollen einen neuen Staat errichten, der die Erfüllung der über hundert Jahre alten Sehnsucht des deutschen Volkes bringen wird: den großdeutschen Freistaat als Glied der Völkergemeinschaft." An die Gesinnungsfreunde und -freundinnen erging die Mahnung: „Dringt darauf bei allen Versammlungen, in allen Organisationen und bei der Aufstellung der Kandidatenlisten: nur solche Männer und Frauen dürfen gewählt werden, die sich vorbehaltlos für die großdeutsche Republik, für den zu konstituierenden Völkerbund aussprechen." Der Schluß lautet: „Niemand darf untätig bleiben! Wem der Pazifismus Herzens- und Überzeugungssache ist, muß mit aller Kraft dafür wirken, daß er in Großdeutschland zum Siege gelangt, daß die auswärtige Politik des neuen Deutschland im pazifistischen Geiste, offen und ehrlich, friedensliebend und völkerversöhnend geführt wird."

In diesem Aufruf ist wiederholt von „Großdeutschland" die Rede. Uns erschien der Anschluß Deutsch-Österreichs nach der offenbar bevorstehenden Zertrümmerung der österreichisch-ungarischen Monarchie eine Selbstverständlichkeit, wie ja auch der Preußsche Verfassungsentwurf die Teilnahme Österreichs voraussetzte, wie in der Nationalversammlung Plätze für die österreichischen Vertreter bestimmt waren und wie es damals ganz fraglos den Wünschen der gewaltigen Mehrheit der österreichischen Bevölkerung entsprach.

Eine seltsame Haltung zu dieser für uns so selbstverständlichen Forderung nahmen Zweige der Internationalen Frauenliga in Österreich und der Schweiz ein. Ich weiß nicht, unter welchen (vielleicht französischen?) Einflüssen sie dazu kamen, Österreich das Selbstbestimmungsrecht abzusprechen und dafür einzutreten, daß es für sich allein selbständig bleiben müsse, sie verlangten von der Pariser Konferenz wirtschaftliche Vorteile für Österreich, um damit Propaganda treiben zu können, sie nannten ihre Richtung Friedenspartei[3].

---

[1] Eine Notiz, betitelt „Die württembergischen Parteien und der Völkerbund", wohl Abdruck aus dem Beobachter, in meiner Dokumentensammlung[620]).

[2] Flugblatt in Kleinquart, in meiner Dokumentensammlung[621]).

[3] Völkerfriede, 1919, Juli, S. 53 f.

Auf der großen Frauenkonferenz, die vom 5. bis 12. Mai in Zürich stattfand und die an Stelle der bisherigen nationalen Frauenausschüsse für dauernden Frieden die Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit schuf, fanden diese Bestrebungen keinen Widerhall. Aber im deutschen Zweig der Frauenliga blieben sie nicht ohne Nachwirkung. Während in den nächsten Jahren die pazifistischen, demokratischen und sozialistischen Kreise in Deutschland fast ausnahmslos für den Anschluß eintraten, blieb die Frauenliga skeptisch oder gegnerisch.

Sie rühmte sich, daß sie bei den verschiedensten Gelegenheiten versucht habe, Gewalttätigkeiten zu hindern, so nach der Ermordung Eisners, so in der Münchener Räterepublik, so nach Ausbruch des Bürgerkrieges in Württemberg, so bei den Kämpfen in Hamburg und so nach dem Kapp-Putsch, hier und da mit Erfolg, oft ohnmächtig[1].

Die hier erwähnten Kämpfe in Württemberg, die in Stuttgart zu blutigen Zusammenstößen führten, veranlaßten die dortigen Friedensorganisationen zu einer „Kundgebung an Volk und Regierung"[2]. Der Aufruf war unterzeichnet vom Deutschen Frauenausschuß für dauernden Frieden[3], Ortsgruppe Württemberg, von der Deutschen Friedensgesellschaft, von der Deutschen Friedenspartei (einer damals in Württemberg neu entstandenen Organisation) und vom Frauenbund der Deutschen Friedensgesellschaft.

Angesichts der „schrecklichen Ereignisse in Württemberg" bekannten die Unterzeichner sich erneut „zu den pazifistischen Grundgedanken, nach welchen die Probleme des menschlichen Zusammenlebens mit Gewalt einer dauerhaften Lösung nicht entgegengeführt werden können." Der Aufruf fährt fort: „Das auf der Straße geflossene Blut macht es uns zur Gewissenspflicht, zu fordern, daß der gegenseitigen Erbitterung der ernsteste Wille zu unparteiischer Vermittlung und sachlichem Zusammenarbeiten entgegengestellt wird." Am Schluß heißt es überraschend: die auch von der Sozialdemokratie programmatisch vertretene Forderung: „Erziehung zur Wehrhaftigkeit" müsse „abgelöst werden durch die pazifistische Forderung ‚Erziehung zur Wahrhaftigkeit und zur Friedfertigkeit!'" Das Flugblatt kündigt schließlich eine unmittelbar nach Aufhebung des Belagerungszustandes abzuhaltende öffentliche Versammlung an. Ob diese stattgefunden hat, vermag ich nicht anzugeben.

Zusammenfassend wird man sagen dürfen, daß die deutschen Pazifisten und ihre Organisationen in den Kämpfen jener Monate sich von einseitiger parteipolitischer Stellungnahme freigehalten und gegenüber den politischen Problemen konsequent den Pazifismus vertreten haben.

---

[1] So in dem Bericht Völkerversöhnende Frauenarbeit, November 1918/Dezember 1920, S. 14–18.

[2] Ein gedrucktes Exemplar des Aufrufs liegt mir vor. Ein Blatt in Großoktav[622]).

[3] Also war die Umwandlung in den „Internationalen Frauenausschuß für Friede und Freiheit" am 11. und 12. Juni (international beschlossen 5.–12. Mai) noch nicht erfolgt.

XXXI. [XXIX.] Die Friedensbedingungen

Im vorletzten Kapitel haben wir gesehen, wie die deutschen Pazifisten zu den Waffenstillstandsbedingungen Stellung nahmen. Diese Kundgebungen waren zugleich solche für einen Frieden im Geist des Pazifismus. Mit der Zeit trat, losgelöst von der Kritik der Waffenstillstandsbedingungen, die leidenschaftliche Forderung eines gerechten, die deutschen Lebensinteressen schonenden Friedens stärker hervor, begleitet von einer in vielen Versammlungen betriebenen Propaganda für einen Völkerbund, dem Deutschland beitreten müsse.

Am 8. Dezember fand in Berlin im Opernhaus eine von der Deutschen Friedensgesellschaft, dem Bund Neues Vaterland und der Zentralstelle Völkerrecht einberufene Kundgebung für den Rechtsfrieden statt[1]. Redner waren Staatssekretär Dernburg, Professor Walther Schücking und Frau Dr. Helene Stöcker. Es wurden zwei Resolutionen beschlossen. Die eine wandte sich gegen die angedrohte wirtschaftliche Versklavung und forderte ehrliche Durchführung der Wilsonschen Bedingungen. Die andere empfahl den Zusammenschluß der pazifistischen Organisationen zu einer Liga für den Völkerbund[2].

Von den zahlreichen Kundgebungen, die in der nächsten Zeit in allen Teilen des Reiches einen Frieden der Verständigung und die Organisation eines Völkerbundes forderten, seien nur genannt eine von der Deutschen Friedensgesellschaft einberufene überfüllte Versammlung vom 24. Januar im Berliner Falk-Realgymnasium, in der Redner aller politischen Parteien außer Deutschnationalen sprachen[3] und eine gleichfalls überfüllte vom 9. Februar in Stuttgart, in der General Graf Montgelas über Pazifismus und Völkerbund referierte und dann Vertreter der politischen Parteien das Wort nahmen[4]. Es war charakteristisch, daß die politischen Parteien sich jetzt in unseren Versammlungen vertreten ließen. Wohl gegen Ende des Jahres 1918 wandte der Frauenausschuß sich in Telegrammen, unterzeichnet von Augspurg, Heymann, Knischewska, Mertelmeyer[624]), Perlen, als „freie Wählerinnen einer freien Republik" an die Internationale des Frauenausschusses in Amsterdam, an die Frauenausschüsse in Schweden und der Schweiz und an die Präsidentin Jane Addams[5]. Die Devise war: „Rettet den Weltfrieden"; „nur ein Rechtsfrieden gewährleistet Dauerfrieden, Völkerbund, Abrüstung und Entmilitarisierung!" In dem nach Amsterdam gesandten Telegramm wurde der Wunsch ausgesprochen, die Königin möge eine Friedensaktion im Bunde mit Neutralen unternehmen. In dem Tele-

---

[1] Völkerfrieden, 1919, Januar, S. 7.

[2] Die Liga wurde neun Tage darauf, am 17. Dezember, gegründet, aber unabhängig von den pazifistischen Organisationen[623]).

[3] Völkerfriede, 1919, April/Mai, S. 33 f.

[4] Ebd., S. 33.

[5] Völkerfriede, 1919, Januar, S. 6.

gramm an Jane Addams kam die Sorge um Aushungerung und Zusammenbruch zum Ausdruck, und es wurde die Bitte ausgesprochen, für Erleichterung der Waffenstillstandsbedingungen einzutreten.

Um dieselbe Zeit oder zu Anfang des Jahres 1919 wandte sich der Frauenausschuß an die Volksbeauftragten mit dem Ersuchen, in die Kommission zum Abschluß des Präliminarfriedens auch Frauen abzuordnen[1].

Im Lauf des März fand in Bern eine internationale Konferenz statt, die nicht eigentlich den Friedensbedingungen, sondern nur der einen wichtigen Frage des Völkerbundes galt[2]. Den Vorsitz führte der schweizerische Nationalrat Otto Weber (St. Gallen)[3]. Zur Erörterung der Unterfragen wurden zwölf Kommissionen eingesetzt. Deutschland war sehr zahlreich vertreten; die Konferenz war von der Deutschen Liga für Völkerbund finanziert[4]. Anwesend waren unter anderen Eduard Bernstein, Lujo Brentano[625]), Franck[626]), Lilli Jannasch, Hellmut von Gerlach, Grelling, Mendelssohn-Bartholdy[627]), Graf Max Montgelas, [Hans] Mühlestein[630]), Leonhard Nelson, Edouard de Neufville, Nicolai, Walther Schücking, René Schickele, Helene Stöcker, Wehberg, Richard Wirth. Die Deutsche Friedensgesellschaft wurde durch de Neufville und Röttcher vertreten, Württemberg durch Dr. Bosch[631]) und Konsul Schwarz[632]), Berlin durch Berger[633]) und Gumbel[634])[5]. Die anwesenden deutschen Vertreter hielten es für nötig, zur Schuldfrage, die bald in der deutschen wie in der internationalen Bewegung eine entscheidende Rolle spielen sollte, eine besondere Resolution zu fassen. Sie wurde mit 26 gegen 8 Stimmen bei 2 Enthaltungen angenommen und ging dahin: Da die Zentralmächte eine Entscheidung durch den Haager Schiedsgerichtshof abgelehnt hätten und da die entscheidenden Kriegserklärungen an Serbien, Rußland und Frankreich von ihnen ausgegangen seien, so werde gefordert Klärung der Schuldfrage vor einem deutschen Tribunal unter Vorlegung sämtlicher Dokumente und Verantwortung der Schuldigen.

Eine offizielle Kundgebung der Deutschen Friedensgesellschaft zu den drohenden harten Bedingungen des Friedens (oder, wie es in der Kundgebung heißt, des „Vorfriedensvertrages") wurde erst am 3. April veröffentlicht[635]). Die Gesellschaft „ist sich bewußt, welche Schuld die früheren Gewalthaber Deutschlands am Ausbruch und an der Fortdauer des Krieges

---

[1] Völkerfriede, 1919, Februar/März, S. 19.

[2] Völkerfriede, 1919, April/Mai, S. 35 f. unter Verweisung auf den gedruckten Kongreßbericht, der aber nie erschienen ist.

[3] Im Völkerfrieden wird Broda[628]) als Vorsitzender genannt. Das ist nach der bestimmten Erinnerung von de Jong van Beek en Donk ein Irrtum. Broda wird den Vorsitz in einer der Kommissionen geführt haben[629]).

[4] So nach Mitteilung Professor Wehbergs, bestätigt von de Jong van Beek en Donk.

[5] Diese Angaben nach dem Völkerfrieden. Es sind hier 22 Deutsche genannt. Die Abstimmung über die Resolution zeigt, daß wenigstens 36 anwesend waren. Weshalb ich gefehlt habe, kann ich nicht mehr sagen.

haben", und sie ist sich auch nicht im unklaren über die Gesinnung vieler, „die sich jetzt über das Gebaren der Gegner Deutschlands entrüsten ... Aber sie weiß auch, daß sich in Zeiten glänzender deutscher Siege eine große Zahl ihrer Volksgenossen entschieden gegen Annexions- und Unterdrückungsgelüste der deutschen Machthaber gewandt ... haben"[1]. Jetzt aber, fordert die Kundgebung, müsse die Schuldfrage zurücktreten „gegenüber der alles überragenden Notwendigkeit, auf dem Trümmerfeld Europas eine neue Welt der Ordnung aufzurichten. Dies ist aber nur möglich auf dem Boden der Gleichberechtigung." Das Schriftstück beruft sich auf die von beiden Seiten anerkannten Grundsätze Wilsons, insbesondere die 14 Punkte des Programms vom 8. Januar 1918. „Ihre Mißachtung von Seiten der Sieger wäre nicht allein für Deutschland verhängnisvoll; sie würde auch jede Hoffnung auf Völkerbund und dauernden Frieden vernichten, müßte zum völligen Zusammenbruch Europas führen und die schlimmsten Folgen für die ganze Menschheit zeitigen." Die gelinde Übertreibung in dieser Unheilsprophezeiung wird man der Situation zugutehalten. Die Kundgebung fordert schließlich, daß „dem entsetzlichen Wahnsinn des letzten Jahrfünfts endlich ein Abschluß folge, der auf der Gleichberechtigung aller Völker beruht und daraus allein dauernden Frieden verheißt."

Quiddes Notizen zum unvollendeten Kapitel „Die Friedensbedingungen"

Für Fortsetzung über Kapitel XXXI. hinaus[636])

1918

18. November	Versammlung der Ortsgruppe Berlin, Referat Stöcker, Forderungen an die Revolution; Völkerfriede[637]).
20. November	Erklärung der DFG über Waffenstillstandsbedingungen; Dokumentensammlung. Vergleiche 15. November[638])!
26. November	Röttcher an Ortsgruppen über Tätigkeit; Dokumentensammlung[639]). Quidde an Redaktion, übersendet Kundgebung; Dokumentensammlung[640]). Frauenliga fordert, Reichsregierung aus Berlin zu verlegen und Teilung Preußens; Frauenarbeit[641]).
29. November	Erste öffentliche Versammlung in Hamburg, 1500 Personen; Völkerfriede[642]).
30. November/ 1. Dezember	Hauptversammlungen von DFG und Zentralstelle Völkerrecht in Nürnberg geplant, – verschoben[643])!

[1] Völkerfriede, Juni 1919, S. 45.

[November/ Dezember]	Pazifismus und Revolution; Dokumentensammlung[644]).
Dezember	Bayerisches Kriegsministerium hebt Anordnungen gegen pazifistische Frauen auf; Frauenarbeit[645]).
1. Dezember	Versammlung in Erfurt, berufen von Zentralstelle Völkerrecht, internationaler Gerichtshof! Völkerfriede[646]).
6. Dezember	Notiz über englisches Friedensangebot vom Frühjahr 1915; Dokumentensammlung[647]). In Versammlungen der DFG Hauptthema Völkerbund. – Einfluß auf Reichstagswahlen[648]).
8. Dezember	In Berlin DFG, Bund Neues Vaterland und Zentralstelle Völkerrecht Kundgebung für den Rechtsfrieden; Völkerfriede[649]).
17. Dezember	Gründung der Deutschen Liga für Völkerbund; Völkerfriede[650]).
25. Dezember	Berliner Ortsgruppe an Richet, Dank für Kundgebung für Rechtsfrieden[651]).
Ende des Jahres	Zusammenstellung von Veröffentlichungen des Sekretariats der DFG; Dokumentensammlung[652]).
gegen Jahresende	Deutscher Frauenausschuß an Internationalen Frauenausschuß in Amsterdam, an Frauenausschuß in Schweden und Schweiz, an Jane Addams; Völkerfriede[653]).
1919	Vermittelnde Tätigkeit der Frauenliga; Frauenarbeit[653a]).
Anfang 1919	In verschiedenen Ländern Kundgebungen für Frieden durch Verständigung und für Völkerbund[654]).
Anfang 1919	Frauenausschuß an Volksbeauftragte: Frauen in Kommissionen zum Abschluß des Präliminarfriedens; Völkerfriede[655]).
Anfang 1919?	Gedankenaustausch über Beendigung des Krieges zwischen deutschen und französischen Pazifisten? Völkerfriede[656]).
Anfang 1919	Kundgebung elsässischer Autonomisten; Völkerfriede[657]). Vergleiche 24. Januar 1919.
[? Januar]	Fragen der DFG an Kandidaten; Völkerfriede[658]).
[Januar]	Aufruf der DFG zu den Wahlen; Dokumentensammlung[659]).
Januar	Notiz über Fragen der Ortsgruppe Stuttgart an Parteien und deren Antworten; Dokumentensammlung[660]).
Januar	Eingabe der Frauenliga an Regierung wegen Untersuchung von völkerrechts- und kulturwidrigen Taten; Völkerfriede[661]).
Januar	Flugblatt der Frauenliga zu den Wahlen; Frauenarbeit[661a]).

Anfang Januar	Im Bund Neues Vaterland neues Programm[662]. – Austritt der Unabhängigen aus der Regierung[663].
Anfang Januar	„Für den Völkerbund"; Dokumentensammlung[664].
8. Januar	Quidde an B. Shaw: Antwort auf Weihnachtsgruß; Völkerfriede[665].
8. Januar	Deutsche Gesellschaft für Völkerrecht stellt Entwurf für Verfassung eines Völkerbundes auf[666].
14. Januar	Erklärungen Graf Brockdorff-Rantzaus vor Pressevertretern; Völkerfriede[667].
21. Januar	Sitzung der Geschäftsleitung der DFG in Stuttgart; Völkerfriede[668].
23. Januar	Erklärung Pastor Franckes; Völkerfriede[669].
24. Januar	Aufruf der Elsässisch-Lothringischen Autonomisten-Partei; Völkerfriede[670].
24. Januar	Überfüllte Versammlung in Berlin, Resolution; Völkerfriede[671].
25. Januar	Rede des Präsidenten Wilson für Völkerbund und dauerhafte Abmachungen[672].
28. Januar	Aufruf der DFG: Völkerbund! Dokumentensammlung[673].
Februar	„An die Frauen" vom Sekretariat der DFG; Dokumentensammlung[674].
1. Februar	Rheinländische Entschließung; Völkerfriede[675].
9. Februar	Versammlung in Peterskirche in Zürich, Referat Dr. Häberlin! Völkerfriede[676].
9. Februar	Versammlung in Stuttgart, überfüllt wie noch nie, Referat Graf Montgelas. Völkerbund! Selbstbestimmungsrecht[677].
[nach 9. Februar]	Ortsgruppe Berlin an Nationalversammlung: drei Forderungen; Völkerfriede[678].
14. oder 15. Februar	Wilson legt einen Entwurf des Völkerbundes vor; Völkerfriede[679].
23. Februar	Quidde in Frankfurter Zeitung über französischen Presseterror in der Pfalz; Völkerfriede[680].
26. Februar	Magnus Jocham: Gründung des Friedensbundes Deutscher Katholiken; Völkerfriede[681].
[cirka März]	Ortsgruppe Berlin an Regierung gegen Vergnügungssucht; Völkerfriede[682].
[cirka März]	Frauen der Nationalversammlung gegen Fortdauer der Hungerblockade; Völkerfriede[683].
[cirka März?]	Kundgebung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer gegen Vergewaltigung des linken Rheinufers; Völkerfriede[684].

[cirka März]	Aufruf des Friedensbundes Deutscher Katholiken; Völkerfriede[685]).
[cirka März?]	Aufruf für Weltkongreß der Intellektuellen; Völkerfriede[686]).
cirka März?	Berner Völkerbund-Konferenz. Besondere Resolution der anwesenden Delegierten zur Schuldfrage; Völkerfriede[687]).
cirka März?	Internationale Bemühungen für Verständigung, für Völkerbund und Aufhebung der Blockade; Völkerfriede[688]).
14. März	Ortsgruppe Hamburg-Altona Generalversammlung, Resolution u. a. gegen feindselige Maßnahmen gegen Rußland, für Abberufung der Truppen aus den baltischen Provinzen[689]), Ausschließung von Otto Ernst; Völkerfriede[690]).
20. März	Ortsgruppe Kiel: Gerechtigkeit für Deutschland! Umfangreicher Wortlaut; Völkerfriede[691]).
22. März	Leipziger Akademiker, einstimmig für Völkerbund, aber nur aus realpolitischen Gründen; Völkerfriede[692]).
22. März	Sitzung der Geschäftsleitung der DFG. Friedenskongreß gegen Pfingsten statt Ostern in Stuttgart, allenfalls Nürnberg. – Schuldfrage; Völkerfriede[693]).
24. März	Stuttgarter Tagung der „Deutschen Friedenspartei"; Völkerfriede[694]).
27. März	Notiz über Forderung der DFG: Einsetzung einer Kommission zur Prüfung der Schuldfrage; Dokumentensammlung[695]).
[April? oder Mai?]	Kundgebung der Württembergischen Friedensorganisationen an Volk und Regierung; Dokumentensammlung, auch Völkerfriede[696]).
[2. April]	An die Lehrerinnen Deutschlands; Dokumentensammlung[697]).
3. April	Entschließung der DFG gegen Frieden der Vergewaltigung; Dokumentensammlung[698]).
4. April	Mendelssohn-Bartholdy berichtet in Würzburg über Berner Völkerbund-Versammlung; Völkerfriede[699]).
[Frühjahr?]	Sächsischer Lehrerverein an Reichsminister des Auswärtigen: Schule im Geist der Völkerversöhnung; Völkerfriede[700]).
20. April	Gründung eines studentischen Ausschusses für internationale Bewegungen; Völkerfriede[701]).
[April/1. Mai]	Württembergische Kundgebung, siehe [?April][702]).
[April–Mai]	DFG an Reichsregierung: Kommission zur Untersuchung der Schuld an Entstehung und Verlängerung des Krieges; Völkerfriede[703]).

[etwa Mai?]	Frauenliga in Österreich und Schweiz für selbständiges Österreich, gegen Selbstbestimmung; Völkerfriede[704]).
[? Mai]	Bund Neues Vaterland: Aufruf an Kulturverein: Pazifismus in innerer Politik, gegen rote und weiße Garden, Verhandlungen statt Bürgerkrieg; Völkerfriede[705]).
[Anfang Mai]	„Zur Schuldfrage", Erwiderung auf Egelhaafs Flugblatt, von A. G. [Abraham Gumbel] angezeigt von Grosch; Dokumentensammlung[706]).
3. Mai	Notiz über Auswirkung der Berner Völkerbund-Konferenz in England[707]).
5.–12. Mai oder 12.–17. Mai	Internationaler Frauenkongreß in Zürich (21 Länder), Protest gegen Friedensbedingungen, Deputation unter Leitung von Jane Addams nach Paris, Verlegung von Amsterdam nach Genf; Frauenarbeit und Völkerfriede[708]). Vergleiche 11. und 12. Juni!
7. Mai	Pazifisten von Freiburg bezeugen Sympathie mit Aufruf der intellektuellen Kriegsteilnehmer Frankreichs; Völkerfriede[709]).
12. Mai	Kundgebung der Nationalversammlung zu den Friedensbedingungen, Rede Quiddes; Dokumentensammlung[710]).
22. Mai	(unterzeichnet Quidde) an Wilson, offener Brief; Dokumentensammlung[711]).
[etwa Mai/Juni]	Kriegsmentalität auf Entente-Seite; Völkerfriede.
[Mai/Juni?]	Mitglieder der Deutschen Liga für Völkerbund an Vorarbeit für Frieden in Versailles beteiligt, kritisieren Völkerbund-Entwurf; Völkerfriede[712]).
[Anfang Juni]	Foerster zur Beurteilung der deutschen Kriegsführung; Dokumentensammlung[713]).
2. Juni	Kiel: öffentliche Versammlung, über 1.000, Referent Gerlach verurteilt Friedensvertrag, aber für Unterzeichnung, 80 neue Mitglieder; Völkerfriede[714]).
8. Juni	Pfingstkundgebung gegen Völkervergewaltigung; Völkerfriede[715]).
11. und 12. Juni	Generalversammlung des Frauenausschusses, Fusion mit Frauenstimmrechtsbund. Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit, Deutscher Zweig. Fünf Beauftragte; Völkerfriede und Dokumentensammlung[716]).
14.–15. Juni	Generalversammlungen DFG und Zentralstelle Völkerrecht[717]), Achter Deutscher Pazifisten-Kongreß, Resolution; Völkerfriede und Dokumentensammlung[718]).
[Mitte Juni]	Frauenliga an Ebert, erneuern Forderung einer Untersuchung, -verweisen auf Foersters Schrift; Völkerfriede[719]).

22. Juni	Sitzung der Geschäftsleitung der DFG in Berlin bei Gerlach; Völkerfriede[720]).
22./23. Juni	Krisis wegen Annahme des Friedensvertrages, Payer[721]).
[cirka Juli]	Aufruf der DFG (vergleiche 26. Juli); Dokumentensammlung[722]).
[cirka Juli?]	Internationale Friedensbewegung an Pariser Friedens-Konferenz: Forderungen für eine Gesellschaft der Nationen, Enttäuschung über Völkerbund-Entwurf; Völkerfriede[723]).
[cirka Juli?]	Frauenliga an Verfassungsausschuß: Einsetzung eines Friedensministeriums; Völkerfriede[724]).
9. Juli	Generalversammlung des Bundes für Menschheitsinteressen (Broda) in Bern; Völkerfriede[725]).
19. Juli	DFG an Nationalversammlung: Gesetzentwurf über Staatsgerichtshof; Dokumentensammlung[726]).
26. Juli	Pressenotiz über Aufruf der DFG, am 26. Juli an Redaktionen[727]).
26. Juli	Internationaler Gewerkschaftskongreß, Rede Legiens; Völkerfriede[728]).
[Ende Juli]	Ortsgruppe Stuttgart zur Schuldfrage: nicht ausschließlich, aber schwere Mitschuld[729]).
[Sommer oder Herbst], oder 1919 oder 1920	„Der Krieg ist verloren, gewinnt den Frieden!" Beitrittsaufforderung der DFG; Dokumentensammlung[730]).
[Juli/August]	Hamburger Ortsgruppe fordert Bestrafung des Duells; Völkerfriede[731]).
[Juli/August]	„Vom internationalen Pazifismus"; Dokumentensammlung[732]).
August	Dr. Grosch auf's schärfste gegen Pazifisten, die gegen Unterzeichnung des Friedensvertrages; Völkerfriede (August)[733]).
6. August	DFG an Nationalversammlung: Untersuchung der Beschuldigungen gegen Kriegführung; Dokumentensammlung[734]).
14. September	„Die Pazifistentagung in Bern", Artikel Ludwig Quiddes in Frankfurter Zeitung; Dokumentensammlung[735]).
12. Oktober	Professor Flesch an Professor Foerster über Tatsachen der Kriegführung; Völkerfriede[736]).
24.–26. Oktober	Kasseler Generalversammlung; Völkerfriede[737]).
November	„Vertragstreue und Vertrauen"[738]).
[2. November]	Gründung der Buchhandlung „Friede durch Recht"; Völkerfriede[739]).
Dezember	Völkerfriede geht ein[740]).

Anhang

Verzeichnis der Beilagen

Beilagen Quiddes

Seite

1. Erstes Kriegsflugblatt der Deutschen Friedensgesellschaft vom 29. Juli 1914 239
2. Zweites Kriegsflugblatt der Deutschen Friedensgesellschaft vom 15. August 1914 242
3. Friedensprogramm des Internationalen Friedensbureaus, beschlossen in Bern am 7. Januar 1915 245
4. § 1 der Satzung des Bundes Neues Vaterland 246
5. Gründungsaufruf und Mindestprogramm der Zentralorganisation für einen dauernden Frieden vom 8. April 1915 246
6. Kundgebung des Internationalen Frauenkongresses zum künftigen Frieden (Friedensschluß) vom 1. Mai 1915 249
7. Programmentwurf Quiddes vom September 1915 für eine vom Bund Neues Vaterland geplante Denkschrift „Deutschlands Friede" 250
8. Entschließungen der Hauptversammlung der Deutschen Friedensgesellschaft vom 6. und 7. November 1915 in Leipzig 254
9. Bericht Quiddes über seine Unterredung mit dem Reichskanzler von Bethmann Hollweg am 16. November 1915 256
10. Eingabe der Deutschen Friedensgesellschaft an den Deutschen Reichstag vom 1. Dezember 1915 betreffend Kriegsziele und deren Erörterung 260
11. Beschlüsse der Gründungsversammlung der Zentralstelle Völkerrecht vom 2. und 3. Dezember 1916 268
12. Denkschrift Quiddes vom 20. Januar 1917 „Die Organisation des Pazifismus in Deutschland" 270
13. Eingabe der Deutschen Friedensgesellschaft, des Bundes Neues Vaterland, des Nationalen Frauenausschusses für dauernden Frieden und der Zentralstelle Völkerrecht an den Deutschen Reichstag vom 1. Juli 1917 zur Aufhebung des Belagerungszustandes mit

Seite

einem Auszug aus den Schlußbetrachtungen der Denkschrift „Pazifismus und Belagerungszustand“ 281

14. Resolutionen der Generalversammlung der Deutschen Friedensgesellschaft und der Zentralstelle Völkerrecht in Erfurt vom 1. und 2. Dezember 1917 286

15. Zwei Eingaben der Deutschen Friedensgesellschaft, des Bundes Neues Vaterland, des Nationalen Frauenausschusses für dauernden Frieden und der Zentralstelle Völkerrecht an den Deutschen Reichstag vom 15. und 17. Februar 1918 zu „Friede im Osten“ und „Friede im Westen“ 288

16. Disposition Quiddes zu einem Referat über das Thema „Welchen Frieden braucht unser Volk?“ (Mai 1918) 290

17. Kundgebung der Deutschen Friedensgesellschaft vom 15. November 1918 295

Beilagen des Herausgebers

18. Quidde an Gertrud Bäumer vom 16. Mai 1915 über die Stellung des Bundes deutscher Frauenvereine zum internationalen Frauenkongreß in Den Haag vom 7.–10. April 1915 297

19. Die Gestaltung eines künftigen Friedensvertrages; Protokoll einer vertraulichen Versammlung vom 28. August 1915 im Russischen Hof, Berlin 302

20. Die Handhabung des Gesetzes über den Belagerungszustand gegenüber den deutschen Pazifisten. Nachtrag zur gleichnamigen Denkschrift vom 1. Juli 1917 308

21. Resolution der öffentlichen Versammlung der Deutschen Friedensgesellschaft in Erfurt vom 8. Februar 1918 314

22. Eingabe der Deutschen Friedensgesellschaft und der Zentralstelle Völkerrecht an Reichskanzler von Hertling wegen des Erlasses des Obermilitärbefehlshabers vom 8. Juli 1918 betr. deren Tätigkeit . 315

Beilage Nr. 1
Erstes Kriegsflugsblatt der Deutschen Friedensgesellschaft
München, Stuttgart, 29. Juli 1914

BA, NL Quidde/67. 2 Seiten, Druck.
Siehe oben S. 45.

Vor dem europäischen Krieg?

Der Ausbruch eines Krieges zwischen Österreich-Ungarn und Serbien hat das Deutsche Volk in fieberhafte Erregung versetzt.

Begreiflich und berechtigt ist es, daß wir Reichsdeutsche an dem Geschick des Bundesgenossen, bei dem auch das Schicksal des blutsverwandten österreichischen Deutschtums mit in Frage steht, wärmsten Anteil nehmen. Begreiflich und berechtigt ist es, daß wir der Forderung Österreich-Ungarns, Sühne für das begangene Verbrechen und Sicherung gegen staatsgefährliche Umtriebe zu finden, vollen und raschen Erfolg wünschen.

Aber in der fieberhaften Erregung, zu der diese begreifliche und berechtigte Teilnahme sich gesteigert hat, übersehen viele Volksgenossen die ernsten an unser Gewissen gestellten Forderungen, die untrennbar mit dieser Teilnahme verbunden sein sollten.

Gewiß, in einem großen europäischen Konflikt, der etwa aus dem Zusammenstoß der Habsburgischen Doppelmonarchie mit seinem südlichen Nachbarn sich ergeben kann, ist Deutschlands Platz an der Seite seines Bundesgenossen. Darüber dürfen auch die deutschen Friedensfreunde einen Zweifel nicht aufkommen lassen, um so weniger, da in diesem sicheren Vertrauen ein gut Teil der Hoffnung auf Erhaltung des Weltfriedens gelegen ist.

Aber darum darf nicht vergessen werden: Die österreichisch-ungarische Regierung hat Forderungen gestellt, die nicht nur für die Erfüllung ihrer, nur zu berechtigten und lange Zeit langmütig zurückgestellten Ansprüche Gewähr bieten sollten, sondern die zugleich, wie alle Welt anerkannt hat, nach Form und Inhalt den Serbischen Staat aufs tiefste zu demütigen bestimmt waren. Sie hat damit eine schwere Verantwortung übernommen.

In dem Konflikt, der daraus entstanden ist und angesichts der furchtbaren, auch Deutschland bedrohenden Kriegsgefahr ziemt es uns, bei aller Bundestreue den Gedanken einer Vermittlung zu vertreten, einer Vermittlung zunächst zwischen Österreich-Ungarn und Rußland.

In der Haltung Rußlands liegt die Gefahr für den Weltfrieden. Durch russische Einflüsterungen und im Vertrauen auf russische Hilfe ist Serbien in seine verhängnisvolle Politik mit hineingetrieben worden. Wenn Rußland

sich jetzt, über die Grenzen freundschaftlicher Ratschläge und Vorstellungen hinausgehend und die Gefahr eines Weltbrandes rücksichtslos mißachtend, Serbiens schützend annimmt und Österreich-Ungarn in den Arm fällt, so bedeutet das die Entfeßlung eines großen europäischen Krieges, wie ihn die Welt seit den Napoleonischen Zeiten nicht gesehen hat.

Greift Rußland zu Serbiens Schutz mit bewaffneter Macht gegen Österreich-Ungarn ein, so ist Deutschland zur Bundeshilfe verpflichtet. Die Beteiligung Deutschlands führt nach dem französisch-russischen Bündnisvertrage notwendig Frankreich auf den Kampfplatz. Auch Italien muß dann seinen Dreibundsverpflichtungen nachkommen und am Kriege teilnehmen. Unentrinnbar sind diese Konsequenzen, sobald der erste Schritt geschehen. Der ganze Kontinent Europas, vom Eismeer und den Grenzen Asiens bis zu den Pyrenäen und der Meerenge von Messina ein großes Kriegstheater! Dahinter noch ein drohend geheimnisvolles Fragezeichen. England hat den Willen, neutral zu bleiben, bekundet. Zu welchen Entschlüssen es sich aber im Verlauf eines solchen Kampfes gedrängt sehen wird, kann heute niemand voraussagen.

Der Gedanke an die, alle menschliche Vorstellungskraft übersteigenden Schrecken eines solchen europäischen Krieges sollte auch jene, die leichten Herzens durch das „bißchen Serbien" nicht berührt werden, zu ernster Besinnung bringen.

Der moderne Krieg ist trotz aller vielgepriesenen Humanisierungsversuche, dank der Entwicklung der Technik, dank der Häufung der Massen und dank der unendlich gesteigerten Empfindlichkeit des wirtschaftlichen Organismus nicht milder, sondern furchtbarer geworden, als der Krieg vergangener Tage. Was er an menschlichem Elend, an Elend auf dem Schlachtfelde und in den Lazaretten, an Qualen und Verstümmelungen, an Seuchen und an Hungersnöten mit sich bringt, zu welchen Scheußlichkeiten und zu welcher sittlichen Verwilderung er führt, haben die schauerlichen Erfahrungen der letzten Kriege, in Ostasien und auf dem Balkan alle jene, die solche Lehren noch brauchten, aufs neue gelehrt. Auch das hochzivilisierte Europa ist gegen ähnliche entsetzliche Greuel nicht gefeit. Dazu das wirtschaftliche Elend, durch Arbeitslosigkeit und Teuerung, durch Tod und Not in Millionen von Familien getragen, die Zerstörung von Milliarden und aber Milliarden an Werten, die mühsame Arbeit in langen Jahren geschaffen hat. Die Glieder der europäischen Kulturgemeinschaft wie wilde Bestien gegeneinander losgelassen, Europa ein Massenschlachthaus und ein Massengrab!

Soll unser Jahrhundert sich mit dieser Schande bedecken?

Die öffentliche Meinung in Deutschland, wie in der ganzen gesitteten Welt, hat deshalb die ernste Pflicht, die Regierungen zu unterstützen in ihren Bemühungen, den europäischen Frieden zu erhalten, Österreich-Ungarn Sicherheiten zu geben, die es mit Recht fordert und die ihm mit Benützung der im Haag geschaffenen Institutionen ohne Krieg und ohne schimpfliche Demütigung seines Gegners gegeben werden können, endlich, wenn schon

eine Verständigung zwischen den beiden Mächten nicht möglich sein sollte, den Krieg zu begrenzen.

Mit Genugtuung begrüßen wir den Gedanken, daß Glieder des Dreibundes und der Triple-Entente, England, Deutschland, Frankreich und Italien zusammenwirken sollen, um den Frieden zu erhalten. Kein Zurechnungsfähiger in Deutschland oder Frankreich will einen deutsch-französischen Krieg, und doch würde dieser die notwendige Folge einer russischen Kriegserklärung gegen Österreich-Ungarn sein. So erwächst Deutschland und Frankreich neben England und Italien die Aufgabe der Vermittlung zwischen ihren beiderseitigen Verbündeten.

Wenn die fieberhafte Aufregung dieser Tage verflogen ist, wird jeder, dem Vernunft- und Verantwortlichkeitsgefühl nicht leere Worte sind, diese Pflicht der öffentlichen Meinung, die vermittelnde Tätigkeit der Regierungen zu unterstützen, für selbstverständlich erklären.

Die Kundgebungen der letzten Tage haben vielfach gegen diese Pflicht der Besonnenheit gefehlt und sind in wilde Kriegshetze ausgeartet. Zwei unter sich nahe verwandte Gedanken sind es besonders, die die öffentliche Meinung heute verwirren: Der große europäische Krieg, oder wenigstens der Krieg mit Rußland, sei doch unvermeidlich; da sei es schon besser ihn jetzt als später zu führen; und besser sei es auch dem nun schon jahrelang anhaltenden Druck fortwährender Unsicherheit und Kriegsangst ein Ende zu machen, selbst ein Ende mit Schrecken, als diesem Druck, der das ganze Erwerbsleben lähme, noch immer weiter zu tragen.

Bis zur Gewissenlosigkeit leichtfertig sind diese Gedanken. Wenn man die großen Kriege, die von der öffentlichen Meinung für absolut unvermeidlich gehalten wurden, deren Ausbruch man oft schon für ein bestimmtes Jahr mit Sicherheit prophezeite und die dann in Wahrheit niemals geführt worden sind, zusammenstellen wollte, man würde für das letzte Jahrhundert leicht auf mehr als ein Dutzend kommen. Kein geringerer als Bismarck hat den Gedanken eines sogenannten Präventivkrieges entschieden verurteilt und hat es zudem als ein „verbrecherisches Beginnen" erklärt, „zwei große Nationen, die beiderseits den ernsten Willen hegen, miteinander in Frieden zu leben, in den Krieg hineintreiben zu wollen". Menschen, die so leichthin von der Erleichterung sprechen, die ein Krieg im Vergleich mit dem Druck der Ungewißheit bringen würde, haben sich nicht die Mühe gegeben, auch nur über den allernächsten Moment hinaus zu denken.

Wenn angesichts der entsetzlichen Gefahr eines großen europäischen Krieges die Massen nicht nur ihrer Teilnahme mit dem verbündeten und stammverwandten Österreich Ausdruck geben, sondern in Kriegsjubel ausbrechen und in nationalem Fanatismus toben, so ist dieses sinnlose und gemeingefährliche Geschrei nicht geeignet, die Achtung vor der politischen Reife des Deutschen Volkes zu erhöhen.

In so ernster, schicksalsschwerer Stunde geziemt der Nation eine Haltung, in der das lebhafte Empfinden nationaler Gemeinschaft sich paart mit

dem reifen Verständnis für menschliche Kulturgemeinschaft und das ruhige Gefühl nationaler Würde mit dem tiefen Bewußtsein schwerer Verantwortung.

Deutsche Friedensgesellschaft:
L. Quidde
I. Vorsitzender.
O. Umfrid
II. Vorsitzender.

Beilage Nr. 2
Zweites Kriegsflugblatt der Deutschen Friedensgesellschaft
Stuttgart, 15. August 1914

BA, NL Quidde/67. 1 Seite, Druck. Abdruck in: Friedenswarte, XVI. Jg. (1914), S. 307 ff.
Siehe oben S. 46 f.

Europa steht in Flammen! Ein Krieg ist ausgebrochen, wie ihn die Welt seit einem Jahrhundert, seit der Zeit der Napoleonischen Kriege nicht gesehen, furchtbarer und zerstörender noch als jene, sowohl durch das gigantische Wachstum der Technik und der Zerstörungsmittel, wie durch die unendlich gesteigerte Empfindlichkeit des kulturellen und wirtschaftlichen Lebens.

Noch vor wenigen Wochen würden die leitenden Staatsmänner Europas es für Wahnsinn erklärt haben, ihre Völker zu einem solchen Kriege aufzurufen; sie würden den Gedanken voll Empörung abgelehnt haben. Nun ist der Wahnsinn Wirklichkeit geworden. Wenn das möglich war, so liegt letzten Endes die Schuld an dem alle Völker beherrschenden und alle internationalen Beziehungen vergiftenden gegenseitigen Mißtrauen, einem Mißtrauen, das oft genug durch Falschheit und Zweideutigkeit gerechtfertigt wird, das sich leider aber auch auf Zusicherungen erstreckt, die, ehrlich und ohne Hintergedanken abgegeben, Vertrauen beanspruchen dürften. Und dieses Mißtrauen steht in Wechselwirkung mit dem Zustand internationaler Anarchie, gegen den sich unsere, der Friedensfreunde, Anklage immer gerichtet hat.

Eine grausige Bestätigung unserer Kritik und unserer Lehren ist diese so unerwartet über Europa hereingebrochene furchtbare Katastrophe.

Wohl ist eine Vermittlung in dem drohenden Konflikt im Sinne der Haager Konvention von verschiedenen Seiten versucht worden. Von dem Schiedsgericht aber, das die Mächte selbst im Haag geschaffen haben, von der Möglichkeit, ihm die ursprünglichen Streitfragen zu unterbreiten, ist ernsthaft kaum die Rede gewesen. Wir beklagen das; aber wir erkennen auch an, daß die Gegensätze, die sich fast gegen den Willen der Machthaber

und sicherlich gegen das Empfinden der Völker so verderbenbringend zugespitzt haben, einer nach Rechtsnormen gefällten schiedsgerichtlichen Entscheidung, nachdem die Vermittlung versagt hatte, unter heutigen Verhältnissen nicht wohl zugänglich waren. Wir deutsche Friedensfreunde haben in den vergangenen Jahren oft genug betont, daß die Bedeutung der Haager Institutionen, so epochemachend sie im übrigen sind, gerade für die Beilegung der gefährlichsten Konflikte nicht überschätzt werden dürfe und daß alles, was die Diplomaten dort geschaffen, im Ernstfall nur papiernes Paragraphenwerk bleiben werde, wenn sich nicht eine Umwandlung in der Gesinnung der Regierungen und der Völker vollziehe und wenn sich nicht über den Einzelstaaten eine im allgemeinen Rechtsbewußtsein fest verankerte internationale Rechts- und Staatenordnung erhöbe. Für diese Gedanken haben viele in unserem Volke kein Verständnis gehabt. Sie sahen die Sicherung des Friedens in gesteigerten Rüstungen. Jetzt führt das Mißtrauen des Rüstungswettkampfes zur Katastrophe.

Zum Unseligsten in der verhängnisvollen Entwicklung der letzten Wochen gehört, daß die hoffnungsvollen Ansätze zu einer deutsch-englischen und einer deutsch-französischen Verständigung damit brutal zerstört werden. Das Ergebnis eines glücklichen Kampfes im Osten mag trotz aller Kriegsgreuel dazu führen können, bisher unterdrückte Kulturwerte frei zu machen, – im Westen werden auf jeden Fall, wie der Kampf auch ausgehen möge, glänzende Kulturwerte jammervoll zerstört. Wir wissen, daß Millionen von Engländern und Franzosen mit uns diesen Krieg auf das lebhafteste beklagen und daß unsere – wir wagen trotz des Krieges zu sagen: unsere englischen und französischen Freunde – mit uns ihr Bestes daran gesetzt haben, ihn zu verhindern. Wir wissen besser als viele unserer Landsleute, wie stark und aufrichtig in weiten Kreisen des englischen und französischen Volkes das Bestreben war, mit Deutschland zu einer dauernden Verständigung zu gelangen. Wir sind auch überzeugt: in wenigen Jahren wäre diese Entwicklung stark genug gewesen, um zu verhindern, daß ein kriegerischer Konflikt im Osten auf den Westen Europas übergegriffen hätte. Das ist nun einstweilen alles dahin.

Was uns in den nächsten Wochen und Monaten erwartet, wird ein grausiger Anschauungsunterricht sein in den Lehren des Pazifismus, eine furchtbare Widerlegung derer, die so leichthin von einem frischen, fröhlichen Krieg und dessen Segnungen gesprochen haben. Wohl fühlen wir mit unseren Landsleuten, was der Krieg an ethischen Werten zur Auslösung gebracht hat. Aber zu den großartigen und erhebenden Erfahrungen allgemeiner nationaler Opferwilligkeit wird sich gar bald das Entsetzen gesellen über das Elend, die Verrohung, die Barbarei des Krieges, das laute Jammern über unsagbare Leiden und das stille Weinen über zerstörtes Lebensglück.

Wir dürfen hoffen, daß nach Wiederherstellung des Friedens Millionen einstimmen werden in den Ruf, den man schon heute auch außerhalb unserer Kreise hören kann: „Das muß der letzte europäische Krieg gewesen sein.“ Unsere Sache wird so aus diesem Kriege neue Kraft gewinnen. Aber

dieser Gewinn ist mit dem Tode, dem Leiden und dem Elend von Millionen unschuldiger Opfer zu teuer erkauft.

Über die Pflichten, die uns Friedensfreunden jetzt während des Krieges erwachsen, kann kein Zweifel bestehen. Wir deutschen Friedensfreunde haben stets das Recht und die Pflicht der nationalen Verteidigung anerkannt. Wir haben versucht, zu tun, was in unseren schwachen Kräften war, gemeinsam mit unseren ausländischen Freunden, um den Ausbruch des Krieges zu verhindern. Jetzt, da die Frage, ob Krieg oder Frieden, unserem Willen entrückt ist und unser Volk von Ost, Nord und West bedroht, sich in einem schicksalsschweren Kampf befindet, hat jeder deutsche Friedensfreund seine Pflichten gegenüber dem Vaterlande genau wie jeder andere Deutsche zu erfüllen. Er wird sich an patriotischer Hingabe nicht von denen übertreffen lassen, die für den Friedensgedanken, als es noch Zeit war, nur Hohn und Spott besaßen. Die allgemeinen Pflichten teilen wir also mit allen Volksgenossen.

Besondere Pflichten aber erwachsen uns Friedensfreunden, auch während des Krieges, überall da, wo blinde nationale Leidenschaft an die Stelle patriotischer Hingabe und Begeisterung tritt. Auch mitten im scharfen Kampfe sollen wir die Pflichten der Gerechtigkeit nicht vergessen, sollen im Gegner den Mitmenschen achten, sollen den Einzelnen nicht büßen lassen für das, was andere aus seinem Volke an uns verschuldet. Diese Pflichten können erfüllt werden, ohne der nationalen Würde etwas zu vergeben. Wir sind überzeugt, in dieser Gesinnung mit der gewaltigen Mehrheit des deutschen Volkes übereinzustimmen; aber es wird sich uns im Laufe des Krieges Gelegenheit genug ergeben, im Einzelfall an die praktische Anwendung dieser Gesinnung zu mahnen.

Noch eine andere besondere Pflicht erwächst uns während des Krieges: unsere Beziehungen zum Ausland zu benutzen, um gegenüber einem System lügenhafter Berichterstattung, das wir schon jetzt beobachten können, der Wahrheit im Interesse der Menschlichkeit und besonders in unserem Interesse zu ihrem Recht zu verhelfen.

Sobald aber die Möglichkeit eines Friedensschlusses winkt, wollen wir, gemeinsam mit unseren Gesinnungsgenossen in anderen Ländern, dafür eintreten, daß ein Friede gewonnen werde, der nicht den Keim neuer Kriege in sich trägt, sondern den Weg öffnet für eine dauernde Friedens- und Rechtsgemeinschaft der europäischen Kulturnationen.

Deutsche Friedensgesellschaft.
Gez.: Dr. L. Quidde, 1. Vorsitzender.
O. Umfrid, Stadtpfarrer, 2. Vorsitzender.

Beilage Nr. 3
Friedensprogramm des Internationalen Friedensbureaus, beschlossen in Bern am 7. Januar 1915

In: Friedenswarte, XVII. Jg. (1917), S. 7.
Siehe oben S. 65 f.

1. An erster Stelle müssen wir fordern, daß die neutralen Mächte an den Friedensverhandlungen teilnehmen, schon, weil ihre Interessen mit im Spiele sind und weil die Vereinbarungen, die den dauernden Frieden sichern sollen, um wirksam zu sein, die ganze Welt umfassen müssen.

2. Für die Friedensbedingungen, auch soweit sie direkt nur die kriegführenden Mächte berühren, steht an erster Stelle die Forderung: Wahrung des Rechtes der Völker über sich selbst frei zu verfügen; keine Annexionen ohne vollkommen freie Zustimmung der Bevölkerung; in allen national gemischten Staaten Gewährleistung für die Rechte der nationalen Minderheiten.

Dazu gesellen sich die Forderungen, die Gegenstand von Vereinbarungen unter allen Mächten sein müssen. Sie sind grundsätzlich festzulegen, sogleich im Friedensvertrag und im einzelnen auszugestalten auf einer sich unmittelbar anschließenden Konferenz, die als dritte in der Reihe der Haager Konferenzen das Werk der beiden ersten fortzuführen hat.

3. Es ist eine internationale Staatenorganisation zu schaffen mit permanenten gemeinsamen Vertretungskörpern und von Vollzugsorganen und mit einer permanenten internationalen Gerichtsbarkeit für alle unter den Mächten sich ergebenden Streitigkeiten.

4. Die Rüstungen haben eine weitgehende, allgemeine, vertragsmäßig festgelegte und unter internationale Kontrolle gestellte Herabsetzung zu erfahren; die gesamte Rüstungsindustrie ist zu expropriieren.

5. Die Diplomatie aller Länder ist unter die Kontrolle der Parlamente und der Öffentlichkeit zu stellen; Verträge, die nicht veröffentlicht werden und nicht in allen beteiligten Staaten die Zustimmung der Volksvertretungen erhalten, sind eo ipso null und nichtig.

6. Alle Offensiv- und Defensivbündnisse sind verboten.

7. Für alle Kolonien sämtlicher Mächte ohne Unterschied gilt der Grundsatz der „offenen Tür"; kein Staat darf dem andern ein bestimmtes Zollsystem aufnötigen; die Entwicklung zum Freihandel ist durch internationale Vereinbarungen über die Begrenzung von Schutzzöllen zu begünstigen.

8. Zum Schutze der Eingeborenen in den Kolonien und anderer unselbständiger Völker sind internationale Vorschriften zu vereinbaren.

9. Den öffentlichen Einrichtungen und der Ehre eines jeden Volkes ist gegen Verleumdungen im Auslande ein international vereinbarter und durch internationale Justiz gesicherter strafrechtlicher Schutz zu gewähren.

Beilage Nr. 4
Aus den Satzungen des Bundes Neues Vaterland
Herbst 1915

In: O. Lehmann-Rußbüldt, Der Kampf für den Weltfrieden, S. 139.
Siehe oben S. 68.

§ 1. Zweck des Bundes.

Der Bund ist eine Arbeitsgemeinschaft deutscher Männer und Frauen, die sich unbeschadet ihrer sonstigen politischen und religiösen Stellungnahme zusammenschließen, um an den Aufgaben, die dem deutschen Volk aus dem europäischen Kriege erwachsen, mitzuarbeiten.

Daher beabsichtigt der Bund:

1. Die direkte und indirekte Förderung aller Bestrebungen, die geeignet sind, die Politik und Diplomatie der europäischen Staaten mit dem Gedanken des friedlichen Wettbewerbs und des überstaatlichen Zusammenschlusses zu erfüllen, um eine politische und wirtschaftliche Verständigung zwischen den Kulturvölkern herbeizuführen. Dieses ist nur möglich, wenn mit dem seitherigen System gebrochen wird, wonach einige Wenige über Wohl und Wehe von hunderten Millionen Menschen zu entscheiden haben.

2. Insoweit sich bei der Arbeit für dieses Ziel ein Zusammenhang zwischen innerer und äußerer Politik der Staaten ergibt, darauf hinzuwirken, beide in volle Übereinstimmung zu bringen – zum Besten des deutschen Volkes und der gesamten Kulturwelt.

Beilage Nr. 5
Gründungsaufruf und Mindestprogramm der Zentralorganisation für einen dauernden Frieden
8. April 1915

BA, NL Quidde/67. 2 Seiten. Sonderabdruck aus: Völkerfriede, 16. Jg. (1915), S. 93 f.
Siehe oben S. 70 f.

1. Aufruf.

Alle Welt fordert: diesem furchtbaren Krieg muß ein Friede folgen, der die Bedingungen der Dauer in sich trägt. Das verlangen nicht nur die Angehörigen der kriegführenden Mächte, sondern auch alle Neutralen: denn dieser Krieg hat sie alle getroffen. Er hat mit grausamen Argumenten die Solidarität der Menschheitsinteressen erwiesen.

Wer einen dauerhaften Frieden will, muß versuchen, die Ursachen zu beseitigen, die zum Kriege geführt haben.

Wodurch wurde diese Weltkatastrophe möglich? Man mag streiten über gewisse tiefere Ursachen der Kriegsgefahr, über den Zusammenhang des

Krieges mit unserer Gesellschaftsordnung, über die Bedeutung der nationalen Gegensätze, über die unmittelbare Veranlassung zum Kriegsausbruch und über die Verteilung der persönlichen Verantwortung. Kein Zweifel kann aber bestehen über gewisse allgemeine Ursachen.

Der Mangel an Achtung vor der Freiheit und der Gleichberechtigung der Nationalitäten hat die Neigung zu Übergriffen gezeitigt und zugleich die nationalen Leidenschaften erregt. Die Hetze einer gewissenlosen Presse, genährt von den Interessenten der Rüstungsindustrie und der Sensation, hat die Beziehungen der Völker trotz ihrer oft bekundeten und unbezweifelbaren Friedensliebe vergiftet.

Die Expansionspolitik, verbunden mit imperialistischen Tendenzen, der scharfe Wettbewerb um abgeschlossene Handelsgebiete und um Kolonien, hat gefährliche Gegensätze geschaffen.

Die politische Organisation der Welt ist zurückgeblieben hinter der Entwicklung der international verflochtenen Interessen. Wir lebten trotz aller Fortschritte des Völkerrechts noch im Zustande internationaler Anarchie. Die Achtung vor dem Recht war noch weit entfernt von allgemeiner Anerkennung. Das Werk vom Haag blieb unvollendet. Es fehlte an brauchbaren Einrichtungen für eine Vermittlung von Interessenkonflikten.

Das System der fortwährenden Steigerung aller Rüstungen hat, statt den Frieden zu sichern, vielmehr eine Atmosphäre feindseligen Mißtrauens erzeugt und förmlich dazu hingedrängt, diese Rüstungen zur Niederwerfung des Gegners und zur Vernichtung des Wohlstandes wirtschaftlicher Konkurrenten zu gebrauchen. Der daraus entstandene Glaube an die Unvermeidlichkeit des Krieges hat die Kraft des Widerstandes gegen Kriegstreibereien gelähmt.

Das System der europäischen Politik, beherrscht von dem Gedanken des Gleichgewichts, hat, weit davon entfernt, eine Friedensbürgschaft zu sein, die Rivalitäten verschärft und aus jedem lokalen Konflikt eine furchtbare Gefahr für den Weltfrieden gemacht. Im Dunkel der Diplomatie und der geheimen Verträge wurde die Spannung bis zur Unerträglichkeit gesteigert.

Dem allem muß man versuchen Einhalt zu tun. Die Gelegenheit dazu – eine Gelegenheit, die vielleicht niemals wiederkehrt – bietet der Friedensschluß, der diesen Krieg beendigen wird.

Die Sicherung eines dauerhaften Friedens und die Neuordnung der politischen Welt ist eine Angelegenheit der ganzen Menschheit. Deshalb muß sich an jene Friedensverhandlungen, die zunächst Sache der kriegführenden Mächte sein werden, eine Weltfriedenskonferenz, die „dritte Haager Konferenz" anschließen. Nicht genug damit! Die Völker haben jetzt ein Wort mitzureden. Die alte Politik der zünftigen Staatslenker ist zusammengebrochen. Um eine neue zu beginnen, müssen alle mitwirken, die guten Willens sind.

Der Ruf, sich anzuschließen, ergeht an alle, ohne Unterschied der Nationalität, des Glaubens, der politischen Partei und der sozialen Stellung. Die

politischen und die geistigen Führer der Menschheit, die unser Kulturleben davor zu bewahren haben, aufs Neue geschändet zu werden, die Männer der friedlichen Arbeit und jene der internationalen Organisationen, die den mühseligen Gewinn ihres Schaffens vor sinnloser Zerstörung schützen müssen, die Frauen, in deren wachsendem Einfluß eine neue Hoffnung für den Frieden anerkannt werden muß, die Massen, die nicht noch einmal zum Morden und Sterben geführt werden wollen, sie alle sollen zusammenhelfen; denn sie alle sind solidarisch.

Als Grundlage für das gemeinsame Vorgehen mögen die hier folgenden Forderungen dienen. Sie sind das Minimum dessen, was verwirklicht werden sollte. Sie werden teils durch internationale Verträge, teils durch übereinstimmende nationale Gesetzgebungen der einzelnen Staaten zu erfüllen sein. Eine innere Einkehr muß hinzukommen, um den Paragraphen Kraft und Leben zu verleihen und so nach dem Zusammenbruch der alten Ideen eine neue Zeit heraufzuführen.

Für diese Aufgabe gilt es, die Unterstützung der ganzen Kulturwelt zu gewinnen!

2. Mindestprogramm.

1. Es soll weder eine Annexion noch eine Gebietsübertragung stattfinden gegen die Interessen und Wünsche der Bevölkerung. Deren Zustimmung soll, wo es möglich ist, durch Plebiszit oder auf andere Weise eingeholt werden.

Die Staaten sollen den Nationalitäten ihres Gebietes Rechtsgleichheit, Religionsfreiheit und den freien Gebrauch ihrer Sprache garantieren.

2. Die Staaten sollen vereinbaren, in ihren Kolonien, Protektoraten und Interessensphären Handelsfreiheit oder wenigstens die Gleichstellung aller Nationen durchzuführen.

3. Das auf die friedliche Organisation der Staatengesellschaft bezügliche Werk der Haager Friedenskonferenzen soll ausgebaut werden.

Die Friedenskonferenz soll mit einer dauernden Organisation ausgestattet werden und periodische Sitzungen halten.

Die Staaten sollen vereinbaren, alle ihre Streitigkeiten einem friedlichen Verfahren zu unterwerfen. Zu diesem Zweck sollen neben dem im Haag vorhandenen Schiedshof a) ein wirklich ständiger Internationaler Gerichtshof und b) ein gleichfalls ständiger Internationaler Untersuchungs- und Vermittlungsrat errichtet werden. Die Staaten sollen sich verpflichten, eine vereinbarte – diplomatische, wirtschaftliche oder militärische – Aktion für den Fall durchzuführen, daß ein Staat militärische Maßnahmen ergreift, statt den Streitfall dem richterlichen Spruch zu unterbreiten oder das Gutachten des Untersuchungs- und Vermittlungsrats einzuholen.

4. Die Staaten sollen eine Verminderung der Rüstungen vereinbaren. Um die Herabsetzung der Bewaffnung zur See zu erleichtern, soll das Beuterecht abgeschafft und die Freiheit der Meere gesichert werden.

5. Die auswärtige Politik soll einer wirksamen Kontrolle der Parlamente unterstellt werden.

Geheime Verträge sollen nichtig sein.

Beilage Nr. 6
Kundgebung des Internationalen Frauenkongresses zum künftigen Frieden (Friedensschluß) 1. Mai 1915

BA, NL Quidde/74. 1 Seite. Maschinenschriftliche Abschrift. Abdruck in: Pazifismus und Belagerungszustand, S. 66.
Siehe oben S. 77.

Dieser Internationale Kongreß von Frauen der verschiedenen Nationen, Klassen, Parteien und Glaubensrichtungen ist einig im Ausdruck warmen Mitgefühls mit den Leiden aller, die unter der Last des Krieges für ihr Vaterland arbeiten und kämpfen, gleichviel, welcher Nation sie angehören.

Da die Völker aller im Kriege befindlichen Länder glauben, keinen Angriffskrieg zu führen, sondern zur Selbstverteidigung und für ihre bedrohte nationale Existenz zu kämpfen, können keine unversöhnbaren Gegensätze zwischen ihnen bestehen. Ihre gemeinschaftlichen Ideale bieten eine Grundlage, auf der ein gerechter und ehrenhafter Friede aufgebaut werden kann. Der Kongreß fordert daher die Regierungen der Welt auf, das Blutvergießen zu beenden und Friedensverhandlungen zu beginnen. Er fordert, daß der dann folgende Friede ein dauerhafter sei, deshalb auf Grundsätzen der Gerechtigkeit aufgebaut werde, wie sie in den Beschlüssen dieses Kongresses zum Ausdruck gebracht sind, nämlich:

1. daß kein Gebiet ohne die Einwilligung seiner männlichen und weiblichen Bevölkerung übertragen werde und daß das Eroberungsrecht nicht anerkannt werden soll.

2. daß keinem Volk Autonomie und ein demokratisches Parlament verweigert werde.

3. daß die Regierungen aller Nationen übereinkommen, alle künftigen internationalen Streitigkeiten einem Schiedsgericht oder einer Vermittlung zu unterwerfen und daß sozialer, moralischer oder wirtschaftlicher Druck über ein Land verhängt werden soll, das zu den Waffen greift.

4. daß die auswärtige Politik unter demokratische Kontrolle gestellt werde.

5. daß Frauen die gleichen politischen Rechte wie Männern gewährt werden.

Beilage Nr. 7
Programmentwurf Quiddes
für eine vom Bund Neues Vaterland geplante Denkschrift
„Deutschlands Friede"
September 1915

BA, NL Quidde/67. 6 Seiten. Ungez., maschinenschriftliche, vervielfältigte Ausfertigung.
Siehe oben S. 83 f.

Aufgabe und Plan des Unternehmens.

Auf Einladung eines Komitees, bestehend aus den Herren Graf G. Arco, E. Bernstein, R. Goldscheid, L. Quidde und W. Schücking tagte Samstag, 28. und Sonntag, 29. August im Russischen Hof in Berlin eine Versammlung, die sich nach eingehenden Beratungen auf folgenden Beschluß einigte:

Die Versammlung beschließt, ein Werk herauszugeben (evtl. in einer Reihe von Einzelschriften) mit dem Zweck, zu zeigen, wie ohne Begründung neuer, auf Gewalt beruhender Herrschaftsverhältnisse, die die innere Geschlossenheit des Deutschen Reiches gefährden würden, ein Friede geschlossen werden kann, der die Interessen des Deutschen Volkes und seine freie nationale, wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung sichert, sowie ein dauerndes friedliches Zusammenleben der zivilisierten Völker gewährleistet.

Durch diesen Beschluß ist die Aufgabe des Unternehmens festgelegt. Zur Erläuterung ist folgendes zu bemerken:

Es bestand in der Versammlung Einmütigkeit darüber, daß unter den „neuen, auf Gewalt beruhenden Herrschaftsverhältnissen" Annexionen zu verstehen seien, die ein zu freier Selbstregierung befähigtes Volk einer Fremdherrschaft unterwerfen würden.

In einer solchen Annexion – sei sie eine offene oder verhüllte – erblickte die Versammlung eine offenbare Friedensgefährdung und, falls Deutschland solche Annexionen vornehmen sollte, zugleich eine verhängnisvolle Schädigung des deutschen Volkes, seiner inneren Entwicklung und seiner internationalen Stellung.

Bei Prüfung der Frage, welche Änderungen im territorialen Besitzstande unter den Begriff der „neuen, auf Gewalt beruhenden Herrschaftsverhältnisse" fallen würden, sind drei Kategorien zu unterscheiden.

1) Zu den für Deutschland verderblichen und zugleich den Frieden gefährdenden Annexionen würden selbstverständlich gehören die Einverleibung Belgiens oder die französischer Gebietsteile in Deutschland. Auch Maßnahmen, die ohne formelle Annexion mit der Unabhängigkeit und mit der freien Verfügung der Bevölkerung über ihr politisches Schicksal unvereinbar sein würden, sind hier im Westen als unhaltbar und gefährlich abzulehnen.

2) Andererseits bestand Übereinstimmung darüber, daß der dargelegte Gesichtspunkt nicht Anwendung finden würde auf die Erwerbung und Ab-

treten von Kolonien, Flottenstützpunkten und Kohlestationen. Bezüglich militärischer Grenzberichtigungen wird es darauf ankommen, ob die Rechte der Bevölkerung gewahrt werden können. Doch ist darauf zu sehen, daß durch den Namen von Grenzberichtigungen nicht gefährliche Annexionen gedeckt werden.

3) In der Mitte liegt die Beurteilung für gewisse Gebiete im Osten. Es handelt sich dort vielfach um eine Bevölkerung, die nicht Gefahr läuft, aus der Freiheit in Abhängigkeit zu kommen, sondern die umgekehrt aus einem Verhältnis der Knechtschaft und Vergewaltigung der Freiheit zugeführt werden soll. Auch hier werden allerdings Annexionen mit dem deutschen Interesse und mit der Gewinnung dauernden Friedens nicht vereinbar sein. Aber es kann die Frage aufgeworfen und in Anwendung auf verschiedene Gebiete vielleicht verschieden beantwortet werden, ob nicht Maßnahmen, die zunächst im deutschen Interesse, zugleich aber auch im eigenen Interesse der zu befreienden Bevölkerung eine vorübergehende Einschränkung ihrer vollen Unabhängigkeit bedeuten, ohne Gefährdung des Friedens möglich oder wünschenswert sind. Die Befreiung vom Zarismus kann unter Umständen zeitweilige Beschränkungen der neuen Freiheit rechtfertigen. Die Probleme sind so verwickelt und so schwierig, daß es nicht möglich sein wird, mit der Sicherheit, wie unter Ziffer 1 und 2 Stellung zu nehmen. Immerhin ist auch hier große Vorsicht gegenüber verhüllt annexionistische Forderungen geboten.

Bei Bearbeitung der einzelnen Abschnitte ist immer im Auge zu behalten: Die Hauptaufgabe ist es, zu untersuchen, ob das deutsche Interesse durch Annexionen oder durch Verzicht auf solche besser gewahrt werden kann, also zu zeigen, wie sich die Verhältnisse unter der Voraussetzung von Annexionen oder unter der Voraussetzung des Verzichts gestalten würden, insbesondere nachzuweisen, wie vielfach das deutsche Interesse durch Annexionen geradezu geschädigt wird, in anderen Fällen der erhoffte Vorteil von Annexionen illusorisch ist und wie alles in allem eine gedeihliche Entwicklung nur möglich sein wird, wenn wir keine Fremdkörper in das Deutsche Reich hineinzwingen. Nach diesem Hauptgesichtspunkt werden sich vielfach die Grundzüge für Bearbeitung der einzelnen Abschnitte von selbst ergeben.

Zur Durchführung des Unternehmens wurde ein Redaktionsausschuß eingesetzt, bestehend aus den Herren E. Bernstein, R. Goldscheid, G. Gothein, L. Quidde, W. Schücking.

Die eigentliche Herausgebertätigkeit wurde Dr. Quidde übertragen.

Es wurde verabredet, daß der Herausgeber im allgemeinen selbständig entscheidet, aber mit den Mitgliedern des Ausschusses beratet, sobald er die Verantwortung nicht glaubt allein tragen zu können oder wenn Meinungsverschiedenheiten mit Mitarbeitern es notwendig machen.

Jedes Ausschußmitglied kann verlangen, daß eine Frage vor den Ausschuß gebracht wird. Die Einberufung einer etwa erforderlichen Sitzung erfolgt durch Professor Schücking.

Wie es bei der Drucklegung und Veröffentlichung mit der Nennung von Namen auf dem Titelblatt zu halten ist, bleibt der Entscheidung des Ausschusses vorbehalten. Dr. Quidde erhebt keinen Anspruch, als Herausgeber genannt zu werden.

Über die Bearbeitung des ersten und des letzten Abschnittes entscheidet der Redaktionsausschuß.

Auch den Titel des Werkes, vorläufig „Deutschlands Friede“ hat der Ausschuß noch endgültig zu bestimmen.

Entsprechend der Ansicht, die in der Versammlung überwog, soll ein geschlossenes Sammelwerk veröffentlicht werden. Dem etwaigen Bedürfnis, Teile desselben in Einzelschriften leichter zugänglich zu machen, kann durch Veranstaltung von Sonderabdrücken Rechnung getragen werden.

Für manche Abschnitte, auch solche, bei denen die nachfolgende Inhaltsübersicht nicht schon eine Teilung vorsieht, wird es zweckmäßig sein, mehrere Mitarbeiter nebeneinander zu Wort kommen zu lassen. Alles Nähere bleibt dem Herausgeber unter Zuziehung des Redaktionsausschusses vorbehalten.

Der durchschnittliche Umfang der Beiträge soll etwa einen halben Bogen (8 Oktav-Druckseiten) betragen.

Die Manuskripte werden bis zum 15. November erbeten. Wird dieser Termin einigermaßen innegehalten, so darf man hoffen, bis Ende des Jahres fertig zu sein. Beschleunigung ist dringend wünschenswert.

Es wird zunächst nur eine sehr beschränkte Anzahl von Exemplaren „als Manuskript“ für die Regierung und die Abgeordneten zu drucken sein. Die Veröffentlichung im Buchhandel soll erfolgen, sobald die öffentliche Diskussion über die Kriegsziele freigegeben ist.

Es ist ein Verleger zu suchen, der nicht nur die Druckkosten trägt, sondern auch Honorar zahlt. Die Honorierung der Mitarbeiter hängt von dem Verlagsvertrag ab. Ehe dieser abgeschlossen ist, kann ein Honorar nicht in Aussicht gestellt werden.

Inhaltsübersicht[1]).

1. Einleitung. Die deutschen Friedensziele. Aufgabe und Plan des Werkes.
2. Staatsmännische Friedensverträge.
3. Das alte und das neue System der Friedenssicherung.
4. Die Achtung und der Schutz nationaler Minderheiten.
5. Das Auslands-Deutschtum.
6. Militärische und maritime Garantien.
   a. Militärische.
   b. Maritime.

[1]) Ein weiteres Exemplar des Programmentwurfs befindet sich im BA, NL Gothein/28, 107–114; dort auch die Namen der für die einzelnen Teile des Werkes in Aussicht genommenen Autoren.

7. Die Bedeutung internationaler Verträge.
8. Die Internationalität des Wirtschaftslebens.
9. Die offene Tür und die Abgrenzung von Interessengebieten.
10. Die Freiheit der Meere.
11. Belgien.
12. Die Westmächte.
    a. Westeuropäische Gemeinschaft.
    b. England.
    c. Frankreich.
13. Rußland.
    a. Politischer Teil.
    b. Wirtschaftlicher Teil.
14. Finnland.
15. Baltische Provinzen.
16. Polen.
    a. Politisch.
    b. Wirtschaftlich.
    c. Das Judentum.
17. Die Balkanhalbinsel.
18. Die Asiatische Türkei.
19. Deutsche Kolonien.
20. Finanzielle Wirkungen des Krieges und Kriegsentschädigungen.
21. Das Rüstungsproblem.
    a. Politisch, wirtschaftlich und völkerrechtlich.
    b. Militärisch-technisch.
    c. Marine-technisch.
22. Die Weiterführung des Werkes vom Haag.
23. Öffentliche Kontrolle der auswärtigen Politik.
24. Wirtschaftliche Aussichten nach dem Krieg.
    a. Allgemeines und Arbeiterschaft.
    b. Landwirtschaft und Industrie.
    c. Kreditwesen.
25. Die künftige innere Politik unter dem Einfluß der Annexionsfrage.
26. Die Zukunft der geistigen Kultur unter dem Einfluß der Annexionsfrage.
27. Zusammenfassung. Die Zukunft des Deutschen Volkes.

Beilage Nr. 8
Entschließungen
der Hauptversammlung der Deutschen Friedensgesellschaft
vom 6. und 7. November 1915 in Leipzig

BA, NL Quidde/67. 3 Seiten. Ungez., maschinenschriftliche, vervielfältigte Ausfertigung. Abdruck in: Friedenswarte, XVIII. Jg. (1916), S. 33 f.
Siehe oben S. 86 ff.

1. Friedensziele.

Die Deutsche Friedensgesellschaft sieht den Augenblick nahe, in dem es möglich ist, dem gegenwärtigen schrecklichen Kriege unter Wahrung der wohlverstandenen Interessen des deutschen Volkes ein Ende zu machen.

Diese wohlverstandenen Interessen fordern die dauernde Sicherung des deutschen Volkes und der übrigen zivilisierten Völker gegen die Wiederkehr eines Krieges.

Der abzuschließende Friede soll die politischen, wirtschaftlichen und nationalen Interessen des deutschen Volkes sicherstellen und ihm die seiner kulturellen Bedeutung entsprechende Geltung unter den gleichberechtigten Gliedern der Völkergemeinschaft gewährleisten.

Der Friede soll aber auch trotz der grenzenlosen Verbitterung, die jetzt weite Kreise der kriegführenden Staaten beherrscht, die Grundlagen für eine bleibende Rechts- und Kulturgemeinschaft der Völker erneuern und sichern.

Beiden Forderungen widerspricht das trotz des Verbotes der Erörterung der Kriegsziele von manchen Seiten vertretene Verlangen von Annexionen innerhalb Europas, bei denen der Wille der Bevölkerung vergewaltigt werden soll. Die Durchführung dieses Verlangens würde die unveräußerlichen Rechte fremden Volkstums verletzen und die innere Entwicklung Deutschlands mit Einfügung einer feindseligen Bevölkerung in unheilvolle Bahnen lenken, würde unsere jetzigen Gegner zu politischem und wirtschaftlichem Kampfe zusammenschweißen, würde die Gefahr eines Vergeltungskrieges heraufbeschwören und damit die wirtschaftliche und nationale Entwicklung Deutschlands ständig gefährden.

Diese Gesichtspunkte sollen und müssen beim Friedensschluß leitend sein.

Die Deutsche Friedensgesellschaft ersucht die Reichsregierung, öffentlich zu erklären, daß sie bereit ist, auf diesen Grundlagen in Friedensverhandlungen einzutreten, sobald und sooft sich dazu eine geeignete Gelegenheit bietet.

2. Danksagung an den Papst.

Die Deutsche Friedensgesellschaft spricht dem Papste Benedikt XV. ihren wärmsten Dank aus für seine Bemühungen um die Sache des Friedens

und für die herrlichen Worte der Enzyklika vom 8. September 1914, die bei einem großen Teil der Bevölkerung aller Länder einen starken Widerhall gefunden haben.

Sie dankt dem Papste für den Einfluß, den seine Worte auf die Predigten der katholischen Geistlichkeit ausgeübt haben, und sie hofft, daß es ihm gelingen möge, in demselben christlichen, friedliebenden Sinne auch auf die katholische Presse aller Länder und auf die Regierungen einzuwirken, um dadurch zu einer baldigen Beendigung dieses entsetzlichsten und blutigsten aller Kriege beizutragen.

3. Kriegshetze.

Die Deutsche Friedensgesellschaft erneuert angesichts der Erfahrungen des gegenwärtigen Krieges ihre Anklage gegen die rücksichtslose Verfolgung wirtschaftlicher Interessen, gegen die eigensüchtige Tätigkeit des Rüstungskapitals und gegen die verhetzende Wirksamkeit eines großen Teils der Presse aller Nationen.

Dieses Treiben trägt zum erheblichen Teil die Verantwortung für den Ausbruch und die Verlängerung des Krieges und für die ihn überdauernde gegenseitige Verbitterung der Völker.

4. Aufhebung der Zensur für die Erörterung der Kriegsziele.

Die Deutsche Friedensgesellschaft fordert nach 15-monatiger Dauer des Krieges und angesichts der jetzigen Kriegslage die endliche Aufhebung der Zensur für die Besprechung der Kriegsziele.

Auf diesem Gebiete die Freiheit des Wortes zu gewähren, ist für Deutschland um so dringender geboten, als seit Monaten die wildesten Annexionsforderungen in zahlreichen Tageszeitungen, Zeitschriften und Broschüren vertreten werden und dadurch eine Irreführung der öffentlichen Meinung entstanden ist, die für die Gestaltung der Zukunft unseres Vaterlandes eine große politische Gefahr bedeutet.

Angesichts der ungeheuren Opfer, die alle Kreise unseres Volkes während des Krieges gebracht haben, ist es eine Forderung primitivster Gerechtigkeit, daß die Freiheit des Wortes endlich für alle Kreise gewährt wird.

5. Unterdrückte Völker.

Die Versammlung spricht ihre Sympathie allen unterdrückten und mißhandelten Völkern aus, insbesondere den Armeniern und den russischen Juden. Sie appelliert an das Gewissen aller Regierungen, um im Interesse der Menschlichkeit Abhilfe zu schaffen.

6. Jugenderziehung.

Die Hauptversammlung der Deutschen Friedensgesellschaft beauftragt die Geschäftsleitung, einen besonderen Ausschuß einzusetzen, der sofort Schritte tun soll, um den gefährlichen Bestrebungen zur Militarisierung der Jugend entgegenzuarbeiten und deren Erziehung im pazifistischen Sinne zu fördern.

7. Frauenbund der Deutschen Friedensgesellschaft.

Die Hauptversammlung der Deutschen Friedensgesellschaft begrüßt mit warmer Sympathie die im Vorjahre erfolgte Gründung des Frauenbundes der Deutschen Friedensgesellschaft und dessen Tätigkeit während des Krieges.

Sie wünscht die weitere Entwicklung der Organisation auf dem bisherigen Wege.

Sie ist überzeugt, daß es mit Leichtigkeit möglich sein wird, besonders während des Krieges, mit anderen gleiche Ziele verfolgenden Frauenorganisationen, insbesondere mit dem „Nationalen Frauenausschuß für einen dauernden Frieden" freundschaftlich zusammenzuarbeiten.

8. Finanzen der Deutschen Friedensgesellschaft.

Die Hauptversammlung der Deutschen Friedensgesellschaft beauftragt die Geschäftsführung, im Sinne der vorgelegten Denkschrift „Die Lage der Deutschen Friedensgesellschaft, ihre nächsten Aufgaben und ihre Finanzen" die Mittel zu beschaffen, die für die erhöhte Tätigkeit der Friedensgesellschaft während der nächsten Zeit und zur Erfüllung der ihr obliegenden großen Aufgaben im Sinne des Referates des Vorsitzenden erforderlich sind.

9. Versammlungs-Propaganda.

Die Hauptversammlung der Deutschen Friedensgesellschaft beauftragt die Geschäftsleitung, sobald die Versammlungsfreiheit mit dem Recht der öffentlichen Erörterung der Friedensbedingungen wieder besteht, durch Rundschreiben sämtliche Ortsgruppen aufzufordern, möglichst an dem gleichen Tage in allen Orten öffentliche Versammlungen abzuhalten und die gleiche Resolution, die die Geschäftsleitung vorzubereiten hätte, zur Annahme vorzuschlagen.

Beilage Nr. 9
Bericht Quiddes
über seine Unterredung mit dem Reichskanzler von Bethmann Hollweg am 16. November 1915

BA, NL Quidde/67. 6 Seiten. Ungez. und undat. maschinenschriftlicher Durchschlag.
Abdruck in: Friedenswarte, XXXVIII. Jg. (1938), S. 101–104.
Siehe oben S. 92 f.

Ich bin mehr als eine halbe, fast dreiviertel Stunde beim Reichskanzler gewesen, bis Herr von Jagow gemeldet wurde und damit die Unterredung ihr Ende erreichte.

Der Kanzler erkannte unsere Auffassung, daß mit der Sicherung des Weges nach Konstantinopel der richtige Moment für Friedensverhandlungen gekommen sei, als vollkommen berechtigt an; nur sehe er nicht die Möglichkeit, diese Verhandlungen einzuleiten. Von den Neutralen habe sich Präsident Wilson um die Möglichkeit, den Vermittler zu spielen, gebracht; auch die kleineren europäischen Mächte schien er nicht für sehr geeignet zu halten. Am meisten komme noch der Papst in Betracht; aber dieser, der sehr gut unterrichtet sei, traue sich noch nicht, Vermittlungsvorschläge zu machen, und daraus gehe hervor, daß nach des Papstes Informationen in England und Frankreich noch keine Aussicht auf günstige Aufnahme einer solchen Vermittlung bestehe.

Als ich im Sinne meines Begleitschreibens geltend machte, die Aussichten für Friedensverhandlungen würden sich sofort ganz anders gestalten, wenn man im Ausland wisse, daß Landerwerbungen im Westen nicht zu den Zielen der deutschen Politik gehörten, gab der Kanzler die Berechtigung dieses Gedankens zu. Er machte nur geltend, daß er den Wert der okkupierten Gebiete als Pfand- oder Kompensationsobjekte nicht durch eine vorzeitige Verzichtserklärung mindern dürfe. Als ich ihm sagte, daß man aber doch nicht ewig auf diesem Standpunkt beharren könne und die Erklärung einmal abgegeben werden müsse, gab er mir wieder recht.

Ich knüpfte daran an, um den Zeitpunkt, an dem wir nach Osten hin unsere Position nach menschlichem Ermessen gesichert haben, als den günstigsten für eine solche Erklärung zu bezeichnen. Die deutsche Reichsregierung sollte nach meiner Auffassung in dieser Situation erklären, die Annexion Belgiens sei, weil mit den eigenen deutschen Interessen im Widerspruch stehend, niemals ihr Kriegsziel gewesen, ebensowenig, von Grenzberichtigungen abgesehen, die Erwerbung französischer Gebiete, die Gestaltung der Kriegslage ermögliche es ihr jetzt, das offen zu erklären unter der selbstverständlichen Voraussetzung, daß die Gegner bereit seien, Entschädigungen für die Räumung der großen im Westen besetzten Gebiete zu gewähren, und zugleich zu erklären, daß die deutsche Regierung die Stärkung der Machtstellung des deutschen Reiches und die Sicherung gegenüber künftiger Kriegsgefahr im Osten durch die Schwächung Rußlands, insbesondere die Befreiung Polens, erreichen wolle, zugleich für die wirtschaftliche Betätigung deutschen Unternehmungsgeistes sich den Weg in den Orient zu sichern.

Ich wies in diesem Zusammenhang besonders darauf hin, daß unsere Forderungen für den Frieden so beschaffen sein müßten, daß sie die Elemente der Uneinigkeit auf der Gegenseite stärkten, und daß insbesondere der natürliche Gegensatz zwischen England und Rußland benutzt werden müßte; die Schwächung Rußlands werde England durchaus nicht vom Frieden zurückhalten, sondern vielmehr sympathisch sein, worauf der Kanzler bemerkte: freilich wünsche England uns alle geschwächt, auch Rußland, es sei durchaus richtig, daß der alte Gegensatz der englischen Libe-

ralen, denen das Bündnis mit Rußland ein Greuel sei, sich wieder geltend machen werde.

In diesem Zusammenhang, wenn ich mich recht erinnere, kam der Kanzler auch auf die Reden von Lord Loreburn und Lord Courtney zu sprechen, und zwar in durchaus respektvoller Weise unter Mißbilligung der Aufnahme, die diese Reden in einem Teil der deutschen Presse gefunden haben.

Zur Hauptfrage, ob nicht zur Einleitung der Friedensverhandlungen eine Erklärung der Reichsregierung erfolgen könne, kam der Reichskanzler wiederholt darauf zurück, daß er fürchte, unsere Stellung für die Verhandlungen durch eine solche Erklärung zu schwächen. Er erwähnte besonders, er sei von deutschfreundlichen Amerikanern wiederholt gewarnt worden, von Frieden zu sprechen, und man habe ihm gesagt: was er neulich in der Norddeutschen habe erklären lassen, sei das Äußerste, was er sagen dürfe. Gleichwohl gab er zu, daß einmal das erste Wort gesprochen werden müsse und daß die Folgen furchtbar seien, wenn der Krieg nur deshalb weitergeführt werde, weil jede der beiden Parteien auf das erste Wort der Gegenpartei wartet. Ich kam deshalb darauf zurück, daß eine neutrage Stelle die Initiative ergreifen müßte, und als der Kanzler sagte, ihm schienen andere als direkte Verhandlungen nicht wohl möglich, habe ich erwidert, daß die Neutralen ja gar nicht im eigentlichen Sinne zu vermitteln brauchten, sie sollten nur den ersten Anstoß geben und sozusagen die beiden Türen öffnen, durch die die Gegner in einen gemeinsamen Verhandlungsraum eintreten können.

Der Kanzler meinte auch, in Frankreich und England werde man nicht bereit sein, gewisse Bedingungen zuzugestehen, die wir zu unserer Sicherung, auch wenn wir nicht annektieren wollten, im Westen fordern müßten. Ich habe darauf im Sinne meines Begleitschreibens erwidert, daß man über diese Dinge ja beim Eintritt in die Verhandlungen nicht einig zu sein brauche; dazu seien eben die Verhandlungen da; als Basis für Eintritt in dieselben genüge, daß Deutschland Belgien und Nordfrankreich nicht annektieren wolle und daß die Gegner die Notwendigkeit eines Ausgleichs für die Erfolge der deutschen Waffen anerkennen. Sei man erst mal beim Verhandeln, werde die Notwendigkeit, zu einer Verständigung zu kommen, schon stark genug drücken.

Wir sprachen auch davon, daß man auf der Gegenseite noch immer glaube, Deutschland und seine Verbündeten durch allmähliche Erschöpfung niederzwingen zu können. Der Kanzler meinte, daß der Gedanke „die Zeit ficht für uns", von dem ich gesprochen hatte, nicht nur in England, sondern auch in Frankreich das vorherrschende Motiv gegen Friedensverhandlungen sei. Ich habe bestritten, daß die Äußerungen dieses Gedankens, besonders in Frankreich, so ganz aufrichtig gemeint seien und habe geltend gemacht, daß, sobald Friedensaussichten wirklich in greifbare Nähe rücken, in allen Ländern das Grauen vor der endlosen Fort-

setzung des Krieges trotz dieses Gedankens sich überall geltend machen werde. Im übrigen müßten wir unter uns anerkennen, daß ein Körnchen von Wahrheit in dem Gedanken sei und daß unsere Situation gegenüber jener Englands und Rußlands, von den rein militärischen Ereignissen abgesehen, sich bei langer Dauer des Krieges möglicherweise nicht verbessern würde. Der Kanzler bestritt das nicht, soweit ich die Folgerung daraus gezogen hatte, daß wir unsere Forderungen nicht überspannen dürften, betonte aber, daß Zeichen von Erschöpfung auf unserer Seite noch nicht zu bemerken seien. Ich habe das zugegeben, aber wieder unter seiner lebhaften Zustimmung bemerkt, daß das Ende des ganzen Krieges, um so schlimmer, je länger er dauere, eine allgemeine furchtbare Erschöpfung ganz Europas sein werde. Vielleicht war es doch in diesem Zusammenhang, daß wir auf die Reden im englischen Oberhaus zu sprechen kamen.

Im Anschluß an die belgische Frage bin ich auf unsere Forderung wegen der Freigabe der Erörterung von Kriegszielen zu sprechen gekommen.

Da ich schon aus einer Besprechung mit Unterstaatssekretär Zimmermann glaubte schließen zu müssen, daß die völlige Freigabe zur Zeit im Auswärtigen Amt und wohl auch vom Reichskanzler noch perhorresziert werde, bin ich gleich auf die Eventualforderung losgesteuert, die in meinem Begleitschreiben angedeutet und begründet ist. Ich hatte den Eindruck, daß meine Ausführungen gerade in diesem Punkt einigen Eindruck machten. Der Reichskanzler meinte allerdings, die „Annexionswut" im Volke habe abgenommen und auch die Stimmung für die Annexion Belgiens sei abgeflaut; aber er erkannte an, daß eine naive, oder wie er sagte: „oft rührend naive" Auffassung dieser Annexionsfrage, als ob die Annexion der Lohn der Blutopfer sein müsse und als ob wir nichts zu tun brauchten als drin zu bleiben, noch weit verbreitet sei, und er schien sich den Erwägungen nicht zu entziehen, wie gefährlich es sei, die Agitation der Alldeutschen, die diese Auffassung benutzt, ohne Gegenwirkungen zu lassen. Als ich meinen Vorschlag entwickelte, die Verbreitung von Schriften, in denen Kriegsziele erörtert werden, unter einer gewissen Kontrolle freizugeben, und zwar so bald wie möglich, sagte er: „Ja, wir werden bald etwas Derartiges machen müssen."

Er hörte anscheinend auch mit Interesse an, was ich über die Wirkung der Denkschrift „Sollen wir annektieren?", als deren Verfasser ich ihm bekannt war, und meiner Broschüre „Reale Garantien für einen dauernden Frieden" zu erzählen wußte.

In diesem Zusammenhang kam ich auch darauf zu sprechen, wie verkehrt es im deutschen Interesse sei, unsere Schriften nicht ins Ausland zu lassen und z. B. die Veröffentlichungen des Bundes „Neues Vaterland" mit einem solchen Ausfuhrverbot zu belegen. Ich stützte meine Ausführungen durch gewisse Erfahrungen, für die ich die Vertreter des Auswärtigen Amtes als Zeugen anrufen könne, und der Kanzler schien mir Recht zu geben.

Zum Schluß kamen wir noch, da der Kanzler nach dem Stand der Dinge in München fragte, auf die Neuorientierung gegenüber der Sozialdemokratie, die Vorgänge im Gemeindebeamtengesetz-Ausschuß des Bayerischen Landtages und die Reversfrage zu sprechen. Ich hatte noch, ehe Herr von Jagow mich ablöste, Gelegenheit, ein Wort dafür einzulegen, daß der Kanzler die Erledigung der Reversfrage, die auf einer Konferenz deutscher Eisenbahnverwaltungen behandelt werden sollte, doch nicht den Ressortvertretern allein überlassen möge, und er sagte, er habe schon Veranlassung genommen, in dieser Sache einzugreifen.

Nachtrag:

Als der Reichskanzler davon sprach, er dürfe den Wert der besetzten Gebiete im Westen als Pfand- oder Kompensationsobjekte nicht durch eine vorzeitige Erklärung des Verzichts vermindern, kam ich auf die Frage der Kriegsentschädigungen zu sprechen und machte geltend, wenn man nur fürchte, die Kriegsentschädigung werde durch eine solche Erklärung verkleinert werden, dafür aber eine längere Dauer des Krieges eintausche, so mache man in Wirklichkeit ein sehr schlechtes Geschäft, weil die Differenz in der Höhe der Kriegsentschädigung niemals der Erhöhung der Kriegskosten gleichkommen könne. Der Kanzler stimmte dem lebhaft zu: das Verhältnis zwischen Kriegskosten und möglicher Kriegsentschädigung werde, je länger der Krieg dauere, um so schlechter. Die Konsequenz, daß der Hinweis auf mögliche Minderung der Kompensationen also kein Grund gegen die von uns geforderten Erklärungen sei, zog er freilich nicht.

Beilage Nr. 10
Eingabe der Deutschen Friedensgesellschaft an den Deutschen Reichstag betreffend Kriegsziele und deren Erörterung
1. Dezember 1915

BA, NL Quidde/67. 9 Seiten. Maschinenschriftliche, vervielfältigte Ausfertigung.
Siehe oben S. 93 ff.

Im Auftrag der Hauptversammlung der Deutschen Friedensgesellschaft, die am 6. und 7. November in Leipzig getagt hat, beehren sich die beiden unterzeichneten Vorsitzenden der Gesellschaft, den Mitgliedern des Reichstages die Entschließungen zur Kenntnis zu bringen, die die Versammlung bezüglich der Friedensziele und bezüglich der Aufhebung der Zensur für die Erörterung der Kriegsziele gefaßt hat. Die Texte folgen am Schluß als Beilage.

Daran knüpfen wir die Bitte, der Reichstag wolle den Reichskanzler zu einer Erklärung über die Kriegsziele der Reichsregierung veranlassen,

um damit den Boden für Friedensverhandlungen vorzubereiten, und wolle zugleich Freiheit für die Erörterung der Kriegsziele fordern.

Zur Begründung gestatten wir uns folgendes auszuführen:

Über die Notwendigkeit, dem entsetzlichen Morden und der furchtbaren Zerstörung möglichst bald ein Ende zu machen, wenn nicht Europa auf Jahrzehnte hinaus, vielleicht für immer, von der Höhe herabsteigen soll, die es bisher innerhalb der Menschheit eingenommen hat, ist kein Wort zu verlieren.

Bisher waren Friedensverhandlungen auch bei gutem Willen der Kriegsführenden dadurch erschwert, daß die militärische Rechnung, die beglichen werden sollte, einen Faktor enthielt, der von der größten Bedeutung für das Gesamtergebnis war, aber von beiden Seiten ganz verschieden gewertet wurde: Konstantinopel und die Dardanellen.

Unsere Gegner hofften, Konstantinopel zu nehmen und den Weg vom Schwarzen zum Mittelländischen Meer, von Rußland zu den Westmächten zu öffnen. Sie rechneten darauf, damit ein Kompensationsobjekt von hohem Wert zum Ausgleich gegenüber den von den Zentralmächten besetzten großen Gebieten zu gewinnen. Wir andererseits hofften, den Landweg nach Konstantinopel zu öffnen, die Balkanhalbinsel militärisch unserem Einfluß zu unterwerfen und damit die Dardanellen wie Konstantinopel selbst dauernd zu sichern.

Mindestens seit dem Frühjahr 1915 beherrschte diese Frage die Situation und hinderte Friedensverhandlungen; denn solange die Gegner in einem entscheidenden Punkt mit ganz entgegengesetzten Wahrscheinlichkeiten rechnen, fehlt eine der ersten Voraussetzungen jeden Vertrages, eine annähernd gleiche Einschätzung der Faktoren, aus denen der Vertrag das Fazit ziehen soll.

Wenn nun, wie wir hoffen, binnen kurzem die Lage auf der Balkanhalbinsel so geklärt ist, daß unseren Gegnern jede Aussicht auf Gewinnung Konstantinopels und der Dardanellen geschwunden ist, so eröffnet sich andererseits die Aussicht – vorsichtig gesagt – auf die Möglichkeit von Friedensverhandlungen; denn was dann an Aussichten für die weitere Entwicklung des Krieges bleibt, an Aussichten auf sehr wesentliche oder entscheidende Erfolge für uns oder für unsere Gegner, liegt offenbar in so weiter Ferne, daß jede vernünftige Erwägung es ablehnen wird, damit zu rechnen und den Krieg um solcher Aussichten willen eine unabsehbare Zeit weiterzuführen, d. h. das barbarische Zerstörungswerk eines sich selbst zerfleischenden Europa zu vollenden.

Die Aussichten, die sich uns bei Weiterführung des Krieges im Osten eröffnen können, mögen glänzend und verlockend sein; aber offenbar setzt ihre Verwirklichung eine lange dauernde Fortführung des Krieges voraus, mit Opfern, die außerhalb jedes Verhältnisses zu dem wahrscheinlichen oder auch zu dem möglichen Gewinn stehen. Was andererseits die Gegenseite an günstigen Aussichten noch in Rechnung stellt, beruht im

wesentlichen auf der Hoffnung, uns endlich zu erschöpfen und durch Erschöpfung zu besiegen. Man richtet die eigene gesunkene Hoffnung auf an gewissen Schwierigkeiten unserer Versorgung mit Rohstoffen und Nahrungsmitteln. Wir wissen, daß diese Hoffnung zu Schanden werden wird. Und was die Erschöpfung im übrigen anlangt, – gewiß wird der Krieg, endlos fortgeführt, einmal durch Erschöpfung enden; aber diese Erschöpfung wird, wie schon im englischen Oberhaus anerkannt ist, beide Teile treffen, wird nicht die Erschöpfung Deutschlands, sondern die Erschöpfung Europas sein.

Wir stehen deshalb nach menschlicher Voraussicht unmittelbar vor einem entscheidenden Moment von höchster Bedeutung. Es fragt sich, ob es jetzt gelingen wird, Friedensverhandlungen einzuleiten oder ob der Krieg, weil man den Weg zu solchen nicht finden kann, sinnlos weitergeführt werden soll.

Auf allen Völkern, Volksvertretungen und Regierungen lastet damit eine ungeheure Verantwortung.

Niemand will das erste Wort sprechen, um seine Chancen für Verhandlungen nicht zu verschlechtern. Das ist unter Umständen, aber nur unter Umständen, ein Risiko von einiger, wenn auch nicht ausschlaggebender Bedeutung. Aber viel sicherer und in unendlich viel höherem Grade werden die Chancen aller, der Sieger wie der Besiegten, verschlechtert, wenn dieses erste Wort überhaupt unausgesprochen bleibt.

Wir muten der Reichsregierung nicht zu, eigentliche Friedensbedingungen jetzt öffentlich zu formulieren. Was wir verlangen ist nur, daß gewisse Voraussetzungen klargestellt werden, unter denen in Friedensverhandlungen eingetreten werden kann. Das vermag die Reichsregierung heute zu tun, ohne ihrer Stellung etwas zu vergeben; denn die günstige militärische Lage der Zentralmächte ist so außer jedem Zweifel, das Bedürfnis aller Beteiligten, zu einem Frieden zu gelangen, so offenbar, daß eine Erklärung, wie wir sie fordern, von halbwegs urteilsfähigen Personen unmöglich als ein Zeichen der Schwäche ausgelegt werden kann.

Damit wollen wir nicht bestreiten, daß ein wilder Chor von Preßstimmen eine solche Deutung versuchen wird. Dergleichen nimmt aber doch niemand ernst. Wir wissen ja, was an törichter oder verlogener Mißdeutung von Äußerungen aller Art während des Krieges in allen Ländern geleistet wird. Wer sich dadurch in wichtigen Entschließungen beeinflussen lassen wollte, gliche einem Manne, der im Begriff, jemanden zu retten, sich durch das Gekläff einer wütigen, aber zahnlosen Meute abhalten lassen wollte, das rettende Ufer zu betreten.

Zwei Tatsachen sind, soweit es sich um militärische Voraussetzungen handelt, entscheidend für den künftigen Frieden.

1) Es ist allen Urteilsfähigen seit langen Monaten klar, daß es (die beiden Parteien als Einheiten genommen) einen überwältigenden Sieg, einen Sieger, der dem Unterliegenden die Bedingungen diktieren könnte,

und einen Besiegten, der widerstandsunfähig am Boden läge, in diesem Kriege aller Voraussicht nach nicht geben wird. Es wird seit langem nicht mehr um den „Sieg" im eigentlichen Sinne, sondern um das Übergewicht gerungen.

2) Diese Frage des Übergewichtes ist aber jetzt – und zwar nach menschlichem Ermessen unwiderruflich – trotzdem die Gegner das Meer beherrschen und uns vom Weltverkehr abschneiden, zu Gunsten Deutschlands und seiner Verbündeten entschieden. Und hier ist wieder zu differenzieren. Die größten und entscheidenden, weiterer Ausdehnung fähigen Erfolge liegen im Osten, während im Westen ein seit mehr als Jahresfrist dauernder Stellungskrieg die großen deutschen Erfolge begrenzt und ein schwer zu brechendes Gleichgewicht geschaffen hat.

Aus diesen Tatsachen folgt, daß, wenn ein Friede möglich sein soll, unsere Gegner der Tatsache des militärischen Übergewichtes Deutschlands und seiner Verbündeten Rechnung tragen müssen, daß andererseits diese nicht Bedingungen stellen können, die nur ein hoffnungslos besiegter, zur Fortführung des Kampfes unfähiger Gegner zugestehen kann, daß sie insbesondere auch zwischen Osten und Westen unterscheiden müssen.

Bestimmter ausgedrückt: die Gegner werden anerkennen müssen, daß sie weitgehende Kompensationen zu gewähren haben für die Freigebung der Gebiete, die sich in den Händen der verbündeten Mächte befinden. Worin diese Kompensationen zu bestehen hätten, wäre Gegenstand der Verhandlungen. Deutschland und seine Verbündeten andererseits werden anerkennen müssen, daß nicht von Annexionen die Rede sein darf, die in Lebensinteressen der Gegner eingreifen würden. Wie sich ohne solche Annexionen die militärischen, politischen und wirtschaftlichen Interessen der verbündeten Mächte sichern ließen, wäre wieder Gegenstand von Verhandlungen. Wie zwischen West und Ost zu unterscheiden wäre, hat der Reichskanzler selbst schon angedeutet, indem er die Befreiung Polens vom russischen Joch als Kriegsziel proklamierte. Welche Folgerungen aus diesem allgemeinen Gedanken gezogen werden können, müßten die Verhandlungen ergeben.

Wir brauchen kaum erst zu betonen, daß die Deutsche Friedensgesellschaft, für die wir hier sprechen, den Verzicht auf Annexionen der angedeuteten Art nicht nur fordert, da sie ihn als notwendiges Ergebnis der militärischen Lage und als notwendige Voraussetzung – rebus sic stantibus – für die Möglichkeit von Friedensverhandlungen betrachtet, sondern daß andere Erwägungen für sie entscheidend sind.

Für uns ist ein solcher Verzicht geboten durch das eigenste deutsche Interesse, da unserem Staatswesen und unserem Volksleben die Einzwingung volksfremder, feindlich gesinnter Bevölkerungsteile nur zum Unheil gereichen könnte. Für uns ist er geboten durch das dringende Bedürfnis aller Völker und auch des deutschen Volkes, möglichste Gewähr für einen dauernden Frieden zu gewinnen, da Annexionen, die fremdes Volkstum

vergewaltigen, mit zwingender Notwendigkeit zu einem Vergeltungskrieg führen müßten. Für uns ist er geboten durch die Notwendigkeit, nach dem Kriege eine neue friedliche – kulturelle, rechtliche und politische – Gemeinschaft der Kulturvölker neu aufzubauen, da ein mit Eroberungen belastetes Deutschland von solcher Gemeinschaft ausgeschlossen wäre. Für uns ist er geboten durch die allgemeinen Grundsätze der Achtung vor der Unabhängigkeit und Selbständigkeit aller Völker, da diese Grundsätze um ihrer selbst willen zu respektieren sind und ihre Mißachtung sich an uns selber rächen müßte.

Wir verzichten darauf, diese Motive ausführlicher geltend zu machen, da schon die Betrachtung der militärischen Lage zwingend zu Ergebnissen führt, die mit unseren grundsätzlichen Forderungen zwar nicht vollständig übereinstimmen, aber ihnen doch in den wesentlichsten Punkten nahekommen.

Die deutsche Regierung wird, wenn sie rechtzeitig die Konsequenzen der Lage zieht, für die Friedensverhandlungen selbst zwei Vorteile gewinnen. Gewisse Verzichtserklärungen werden nicht mit dem falschen Schein belastet werden, als ob sie Zugeständnisse seien, die der deutschen Regierung gegen ihren Wunsch unter dem Druck der Verhandlungen abgerungen wären, sondern sie werden erscheinen als das, was sie sind: als Voraussetzungen der Verhandlungen, die in voller Freiheit gewährt sind, da sie den eigenen deutschen Interessen entsprechen, wie ja auch tatsächlich die deutsche Regierung die in Frage stehenden Forderungen niemals aufgestellt und vertreten hat. Sie wird aber weiter in der glücklichen Lage sein, bei den Friedensverhandlungen Forderungen vertreten zu können, bei denen die eigenen deutschen Interessen zusammenfallen mit allgemeinen, weit über Deutschlands Grenzen hinausgreifenden Fortschritten. Sie wird – um nur an einiges zu erinnern – mit bester Aussicht auf Erfolg eintreten können für die Freiheit der Meere, die der ganzen Welt zugute kommt, und für die allgemeine Anerkennung des Grundsatzes der offenen Tür, der gleichfalls Gemeingut aller werden muß; sie wird die Sache der Freiheit unterdrückter Völker führen können und wird sich für die bessere Sicherung des alle Nationen umfassenden Völkerrechtes einzusetzen haben.

Die Bedeutung dieses letzten Punktes darf nicht unterschätzt werden. In allen, besonders auch neutralen Ländern, wird vielfach der größte Wert darauf gelegt, daß der abzuschließende Friedensvertrag bessere Gewähr als bisher für die Beobachtung internationaler Verträge und für die Sicherung des Friedens bietet. Daß das in hervorragendem Maße ein deutsches Interesse ist, bedarf keiner Ausführung. Das „Wie“ wird allerdings Schwierigkeiten machen. Aber jedenfalls darf Deutschland in dieser Frage von größter Popularität nicht als widerwillig geschoben erscheinen, sondern muß kräftig die Initiative ergreifen.

Es wäre ein Glück für Deutschland und seine Stellung in der Welt, die Führung bei Vertretung allgemeiner Menschheitsinteressen überneh-

men zu können. Wir Deutsche würden dann vielleicht nicht wieder Erfahrungen machen wie jene, die uns in diesem Kriege so bitter enttäuscht haben.

Wird von der ganzen Welt klargestellt, daß die deutsche Regierung zu Verhandlungen über „vernünftige Friedensanerbietungen", wie sie der militärischen Lage und zugleich den dauernden Interessen aller Teile entsprechen, und zugleich zu Verhandlungen über diejenigen Fortschritte des Völkerrechts, die zur Vermeidung der Wiederkehr ähnlicher Katastrophen allseitig als unumgänglich notwendig empfunden werden, bereit ist, so gewinnt sie damit, selbst wenn der unmittelbare Erfolg ausbleiben sollte, einen gewaltigen Vorteil. Sie setzt die gegnerischen Regierungen, die solche Anerbietungen zu machen oder über sie zu verhandeln ablehnen, ins Unrecht und zwar nicht nur bei den Neutralen, sondern gegenüber den eigenen Völkern. Das kann, wenn der Krieg wirklich fortgeführt werden muß, von entscheidender Bedeutung werden.

Eine Erklärung der Reichsregierung, wie wir sie fordern, bedarf zur Ergänzung der Freiheit für die Erörterung der Kriegsziele.

Man kann zugeben, daß der Standpunkt der Reichsregierung, auf die öffentliche Erörterung der Kriegsziele sei zu verzichten, berechtigt war, solange das Ergebnis des Krieges sich jeder Berechnung entzog. Heute aber ist die Lage anders.

Sollte die Reichsregierung nicht veranlaßt werden können, sofort die volle Freiheit für die öffentliche Erörterung der Kriegsziele zu gewähren und sollten auch im Reichstag etwa Bedenken bestehen, von dem Zustand des unbedingten Verbotes, so vielfach dieses auch durchbrochen ist, zu einem Zustand unbeschränkter Freiheit überzugehen, so müßte zum mindesten ohne Verzug ein Übergangsstadium geschaffen werden. Selbst wenn man der Tagespresse und den in voller Öffentlichkeit erscheinenden Schriften noch nicht die Erörterung der Kriegsziele freigeben will, muß man heute zum mindesten gestatten, daß Schriften, die als Privatdrucke oder „als Manuskript gedruckt" verbreitet werden, unbehindert diese Fragen besprechen dürfen.

Das Fortbestehen des Verbots macht heute zu Ungunsten Deutschlands den Eindruck politischer Schwäche. Andererseits sind gewisse sachliche Voraussetzungen für die Erörterung der Frage, wie in dem ersten Teil unserer Eingabe dargelegt, heute gegeben.

Die Notwendigkeit, freieren Spielraum für die Erörterungen über Kriegsziele zu gewähren, ist auch durch die frühere ungleichmäßige und in der Wirkung durchaus parteiische Handhabung der Zensur entstanden.

Eingaben und Schriften, in denen maßlose Annexionsforderungen vertreten wurden, haben lange Zeit ungehindert verbreitet werden können. Wir nennen nur die Eingabe der sechs wirtschaftlichen Verbände, dann jene eines Komitees von „Intellektuellen" unter Führung von Professor Seeberg, die Fuhrmann'sche Rede „Das deutsche Volk und die gegenwär-

tige Kriegslage", die Schrift des Deutschen Wehrvereins „Deutsche Wehr", die Schrift Dr. Keups „Die Notwendigkeit der Gewinnung von Siedlungsland", endlich die Gildemeister'sche Schrift, die an die Eingabe der Intellektuellen anknüpft und sie noch zu überbieten trachtet. Einige dieser Schriften sind monatelang, in vielen Tausenden, vielleicht in Hunderttausenden von Exemplaren verbreitet worden und wurden, obgleich sie nicht im Buchhandel erschienen waren, auf Bestellung an jedermann, auch ins Ausland, geliefert.

Gegen diese Annexions-Propaganda wandte sich Anfang August eine vom Bund „Neues Vaterland" herausgegebene Denkschrift „Sollen wir annektieren?" Sie wurde, da zunächst zur Verteilung an Behörden und Reichstagsabgeordnete bestimmt, nur als Manuskript in einer ganz kleinen numerierten Auflage (700 Exemplare) gedruckt. Sie wurde während der Versendung sofort beschlagnahmt. Nicht anders erging es einer vom mitunterzeichneten I. Vorsitzenden unserer Gesellschaft verfaßten und zum Teil durch unsere Gesellschaft verbreiteten Schrift „Reale Garantien für einen dauernden Frieden". Die Versendung erfolgte am 24. August, noch am gleichen Abend war ein großer Teil der Auflage beschlagnahmt.

Wenn nachträglich die Zensurbehörden auch gegen die Agitation der Annexionisten, der Alldeutschen und anderer Chauvinisten schärfer eingeschritten sind, so ist damit doch keine Rechtsgleichheit geschaffen. Die eine Seite hat lange Zeit eine Massenagitation betreiben können, die andere ist in den Anfängen einer mit weit bescheideneren Mitteln betriebenen Gegenagitation sofort unterdrückt worden. Der Grundsatz, daß mit gleichem Maß gemessen werden muß, hätte längst erfordert, daß beiden Seiten gleiche Freiheit gewährt werde, und nicht, daß man nachträglich, nachdem man monatelang die Übertretung der eigenen Vorschriften geduldet hatte, mit Unterdrückung einschritt, als auch die Gegenseite auf dem Plan erschien.

Trotz der militärischen Zensur, trotz des Verbotes, Kriegsziele zu erörtern und trotz des „Burgfriedens" haben gewisse Zeitungen, wie z. B. die Rheinisch-Westfälische Zeitung, weitgehende Freiheit genossen, wenn sie ehrverletzende Angriffe auf die Gegner ihrer Auffassung der Kriegsziele richteten. Gegen den Bund „Neues Vaterland" hat trotz des Bestehens der Zensurvorschriften ein erbitterter Verleumdungsfeldzug geführt werden können. Noch heute erscheinen in der Tagespresse fortwährend Artikel, in denen mehr oder minder verhüllt, – oft genug auch unverhüllt – gewisse Annexionsforderungen, neuerdings besonders solche für den Osten, wie etwas ganz Selbstverständliches vertreten werden, während die Bekämpfung solcher Forderungen ausgeschlossen ist.

Wir fordern deshalb Freiheit für die Erörterung von Kriegszielen im Namen der Rechtsgleichheit, die auch unter dem Kriegszustand nicht verletzt werden darf, wenn das Volksleben und der Staat nicht schweren Schaden nehmen sollen.

Wir fordern diese Freiheit aber auch im deutschen nationalen Interesse gegenüber dem Auslande.

Es ist gar nicht abzuschätzen, einen wie ungeheuren Schaden unausgesetzt, auch jetzt noch, die alldeutsche Agitation dem deutschen Volke im Ausland zugefügt hat.

Im neutralen Ausland hat sie uns, besonders auch in den Deutschland wohlgesinnten Kreisen viele Sympathien gekostet und Elemente, die schwankten, geradezu in die Reihen unserer Gegner getrieben. Man hatte dort den Eindruck, daß in Deutschland Bestrebungen mächtig seien, die die Unabhängigkeit aller Völker bedrohten und die mit dem Wohl aller unvereinbar seien.

Im feindlichen Ausland hat man aus der alldeutschen Agitation, mit der man fälschlich die Reichsregierung identifizierte, geschlossen, daß mit einem Deutschland, das so gesinnt sei, sich über einen Frieden überhaupt nicht verhandeln lasse und daß man deshalb bis zur Niederzwingung durchkämpfen müsse, ja lieber untergehen, als sich solchen Bestrebungen ausliefern. Für die Aufpeitschung der Kriegsstimmung in England und Frankreich hat es nichts Wirksameres gegeben als die Auszüge aus den Schriften der deutschen Annexionsfanatiker.

Zahlreiche Zeugnisse bestätigen, daß es notwendig ist, der Gegenagitation Freiheit zu gewähren, wenn im neutralen Ausland Sympathien für Deutschland zurückgewonnen werden sollen und wenn man im feindlichen Ausland die Bestrebungen derer ermutigen will, die dort der Kriegshetze entgegentreten.

Endlich sei es gestattet, noch auf einen Gesichtspunkt hinzuweisen, der für sich allein entscheidend sein müßte.

Es besteht ja kein Zweifel darüber, daß der Friedensschluß gewisse Forderungen, die in weiten Kreisen des Volkes noch außerordentlich populär sind, und vielfach in der naivsten Weise vertreten werden, nicht erfüllen wird und auch nach Auffassung militärischer Autoritäten nicht erfüllen kann. Diese Forderungen sind durch eine leidenschaftliche Agitation, wenn auch die Annexionswut im Laufe der Zeit vielleicht abgenommen hat, vielfach zu leidenschaftlichem Verlangen gesteigert worden. Wenn nun im Volke der naive Glaube, daß der Friedensschluß diese Forderungen erfüllen müsse und bei richtiger Verwertung unserer militärischen Erfolge erfüllen könne, bestehen bleibt, und wenn sich damit die Überzeugung verbindet, daß deutsche Lebensinteressen die Erfüllung dieser Forderungen verlangen, so wird der Friedensschluß eine furchtbare Enttäuschung und Verbitterung bringen. Ein Friede, unter solchem Zeichen abgeschlossen, wäre ein namenloses Unglück, nicht etwa nur für die gegenwärtige Leitung des Reiches, die man der Preisgebung deutscher Interessen und der Schwäche beschuldigen würde, sondern für das deutsche Volk und für die Gestaltung unseres politischen Lebens nach Friedensschluß.

Darum ist es dringend geboten, rechtzeitig Aufklärung darüber zu verbreiten, daß die Erfüllung gewisser Forderungen nur beansprucht wer-

den kann, wenn man jedes Augenmaß für das, was militärisch durchzusetzen ist, verloren hat, und vor allem, daß vom Standpunkt der deutschen Interessen aus die schwersten Bedenken gegen diese Forderungen bestehen. Deshalb verlangen wir im nationalen Interesse die Freiheit des Wortes für uns, für uns, die wir dem deutschen Volke hoffen zeigen zu können, daß gewisse Dinge, die der Friede nicht bringen wird, sein eigenes Unheil wären.

Wir bitten einen Hohen Reichstag dringend, die Gefahren zu erwägen, die in der Fortdauer der jetzigen Zustände liegen, und die nationalen Forderungen, die wir erheben, gegenüber dem Herrn Reichskanzler zu vertreten.

Geschäftsleitung der Deutschen Friedensgesellschaft.
L. Quidde, I. Vorsitzender.
O. Umfrid, II. Vorsitzender.

Beilagen:

1) Entschließung der Hauptversammlung der Deutschen Friedensgesellschaft betreffend Friedensziele.
2) Entschließung der Hauptversammlung der Deutschen Friedensgesellschaft betreffend Aufhebung der Zensur für die Erörterung der Kriegsziele.

Beilage Nr. 11
Beschlüsse der Gründungsversammlung der Zentralstelle Völkerrecht Frankfurt, 2./3. Dezember 1916

BA, NL Quidde/68. 2 Seiten. Auszug aus dem Flugblatt Nr. 2 der Zentralstelle „Völkerrecht".
Siehe oben S. 119 f.

Leitsätze.

Anlage 1.

I.

Die Zentralstelle „Völkerrecht" will alle Männer und Frauen, unabhängig von ihrer Partei-, Berufs- und Religionszugehörigkeit, sammeln, die dem Rechte und allen Gemeinschaftskräften auch im Völkerleben eine größere Wirksamkeit verschaffen wollen.

Die Macht des Staates ist nicht Selbstzweck und findet ihre Grenze in den Lebensgesetzen einer die Völker verbindenden Gemeinschaft.

Die Erfahrung des Krieges hat die Notwendigkeit einer weiteren Entwicklung des Völkerrechts und der Völkergemeinschaft ergeben.

II.

Der Schwerpunkt der weiteren Entwicklung wird in völkerrechtlichen Maßnahmen liegen müssen, welche die Entstehung von Kriegsursachen mög-

lichst verhindern und die Regierungen verpflichten, entstandene Völkerstreitigkeiten einem friedlichen Ausgleich zuzuführen.

Diese Entwicklung bedarf der stets wachsenden Einsicht in die höhere Zweckmäßigkeit einer internationalen Rechtsordnung für die Verfolgung der materiellen und geistigen Lebensinteressen der Völker, des immer allgemeiner werdenden Willens, eine solche Ordnung herbeizuführen, und der planvollen Stärkung der die Völker verbindenden, aus ihrer gegenseitigen Abhängigkeit folgenden Gemeinschaftskräfte.

Eine solche Gemeinschaft wird die Mannigfaltigkeit des Völkerlebens als Grundlage eines wirklichen Kulturfortschritts nicht gefährden. Sie wird vielmehr die freie Entwicklung eines jeden Volkes, entsprechend seiner nationalen Eigenart, erst wahrhaft sichern und es auch im Innern mit einem höheren Gemeinschaftsgeist erfüllen.

III.

Als Ziel des Krieges sehen wir eine solche friedliche Organisation Europas und der übrigen Kulturwelt an, die gegensätzliche Machtbündnisse nicht mehr aufkommen läßt.

Dem Geiste einer solchen künftigen Gemeinschaft widerspricht ebenso ein annexionistischer Gewaltfriede wie der Gedanke des „Krieges bis zum Ende". Denn er setzt die freiwillige Verständigung der sich bekämpfenden Völkergruppen ohne die Vergewaltigung des einen oder des anderen Volkes voraus.

Darum erheben wir von neuem, auch in der höchsten Anspannung der militärischen Kräfte, den Ruf nach Verständigung, ehe eine allseitige völlige Erschöpfung Europas Zukunft für immer gefährdet.

Anlage 2.

Entschließung.

Erklärung der Zentralstelle „Völkerrecht" zur Rede des Reichskanzlers vom 9. November 1916.

Die Zentralstelle „Völkerrecht" hat Ende September in einer Eingabe an den Reichstag gefordert, daß sich dieser für die völkerrechtliche Sicherung dauernden Friedens durch überstaatliche Organisation erkläre.

Sie nimmt mit großer Genugtuung davon Kenntnis, daß der Reichskanzler in der Sitzung des Hauptausschusses vom 9. November sich für die Gründung eines internationalen Bundes zur Wahrung des Friedens ausgesprochen und Deutschlands Mitarbeit bei der Verwirklichung dieses Gedankens zugesagt hat. Er hat damit Deutschlands Politik auf Wege gewiesen, die dem Grundgedanken der ersten Haager Konferenz entsprechen.

Die Zentralstelle ist überzeugt, daß der Kanzler bei Verfolgung dieser Wege der Zustimmung der übergroßen Mehrheit des deutschen Volkes sicher ist.

Diese neue Politik wird große, neue Aufgaben stellen. Es gilt, die schwierigen Fragen, die mit der völkerrechtlichen Sicherung dauernden Friedens zusammenhängen, zu klären, Mißverständnisse und Vorurteile zu überwinden und die Ideen, die den Aufbau der künftigen Völkergemeinschaft beherrschen müssen, zum Gemeingut des deutschen Volkes zu machen.

Die Zentralstelle „Völkerrecht" fordert alle, die sie bei ihrer Arbeit im Dienst dieser Aufgaben unterstützen wollen, auf, sich ihr anzuschließen.

Anlage 3.

Entschließung

betr. Stellung zu neutralen Vermittlungsanerbieten.

Die Versammlung beauftragt den Vorstand, etwaige Vermittlungsanerbieten der Neutralen im Auge zu behalten und im gegebenen Augenblick solche Absichten auf das nachdrücklichste zu unterstützen.

Anlage 4.

Entschließung

gegen die Verdächtigung neutraler Friedensvermittlung.

Die Zentralstelle „Völkerrecht" verurteilt auf das schärfste die gehässigen und durch Tatsachen nicht begründeten Verdächtigungen, die in kriegführenden Ländern gegen die Vermittlung neutraler Staaten oder Staatslenker geäußert werden.

Anlage 5.

Entschließung

betr. die Gründung von Zweigstellen.

Die Versammlung beschließt: Die Mitglieder werden aufgefordert, mit aller Energie die Gründung von Zweigstellen zu betreiben und alles vorzubereiten, soweit es möglich und wirksam ist, in der Öffentlichkeit durch große Kundgebungen einen Frieden im Sinne unserer Grundsätze vorzubereiten.

Beilage Nr. 12
Die Organisation des Pazifismus in Deutschland während des Krieges und in der Nachkriegszeit
Frankfurt, 20. Januar 1917

BA, NL Quidde/68. 17 Seiten. Von Quidde gez., maschinenschriftliche, vervielfältigte Ausfertigung.
Siehe oben S. 132 f.

Der allgemeine Gedanke internationaler Verständigung und internationaler Rechtsordnungen zur Sicherung dauernden Friedens ist zur Zeit in Deutschland durch folgende Organisationen vertreten, geordnet nach der

Zeitfolge ihres Entstehens: Deutsche Gruppe der Interparlamentarischen Union, Deutsche Friedensgesellschaft, Verband für Internationale Verständigung, Bund Neues Vaterland, Nationaler Frauenausschuß für dauernden Frieden, Zentralstelle Völkerrecht.

Außerdem bestanden vor Kriegsausbruch noch eine Anzahl Organisationen, die sich die besondere Aufgabe der Annäherung oder Verständigung zwischen zwei jetzt im Krieg befindlichen Ländern gestellt hatten, wie das Deutsch-Englische Verständigungskomitee, das Kirchliche Komitee für Deutsch-Englische Verständigung, die Deutsch-Französische Liga usw. Diese Organisationen, von denen heute nicht abzusehen ist, ob sie ihre durch den Krieg unterbrochene Tätigkeit nach Friedensschluß wieder aufnehmen können, dürfen hier zunächst unberücksichtigt bleiben.

Die genannten sechs Organisationen bezeichne ich hier der Kürze wegen, das Wort im weiteren Sinne gebrauchend, als „pazifistisch", obschon Mitglieder und Führer in einigen derselben es zum Teil sehr entschieden ablehnen, „Pazifisten" zu sein, auch wenn sie zur gleichen Zeit ein durchaus pazifistisches Programm entwickeln.

Wenn für diese, zum Teil jetzt lahmgelegten Organisationen erst wieder volle Bewegungsfreiheit vorhanden ist, wird es dringend notwendig sein, sich über deren Beziehungen untereinander, über deren Zusammenwirken für bestimmte Gelegenheiten und, soweit möglich, über die Abgrenzung ihrer Arbeitsgebiete zu verständigen. Das muß geschehen, um die Tätigkeit aller zusammengenommen und jeder einzelnen wirksamer zu machen, um Verschwendung und Zersplitterung von Arbeitskräften und Geldmitteln zu verhindern und um andererseits auch Reibungen vorzubeugen und den nützlichen Wettbewerb zahlreicher Kräfte nicht zu einem schädlichen, kräfteverbrauchenden Konkurrenzkampf ausarten zu lassen. Es wird sich also um eine Arbeitsgemeinschaft und um eine Arbeitsteilung handeln.

Dafür Vorsorge zu treffen, wird umso notwendiger sein, da wir nach dem Krieg mit einem großen Aufschwung der pazifistischen Bewegung rechnen dürfen. Mit dieser Vorsorge aber dürfen wir offenbar nicht warten, bis wir mitten in intensiver Arbeit stecken, sie muß uns jetzt beschäftigen, während wir uns zu dieser Arbeit rüsten, solange wir den Kopf für diese Auseinandersetzung noch frei haben und niemand von uns sich schon gebunden hat.

Durchführbare Vorschläge für die Gestaltung der Arbeitsgemeinschaft und der Arbeitsteilung müssen von dem Gegebenen ausgehen und jede Organisation in ihrer Eigenart berücksichtigen.

Die deutsche Gruppe der Interparlamentarischen Union, die sich selbst als Parlamentarische Vereinigung für Schiedsgericht und Frieden bezeichnet, wird einstweilen für die angestrebte Verständigung am wenigsten in Betracht kommen. Sie ist auf einen genau abgegrenzten Kreis von Mitgliedern beschränkt und hat wenigstens bisher von jeder, über diesen Kreis

hinausgreifenden Organisation oder Agitation abgesehen. Ihre Hauptaufgabe ist die Beteiligung an den internationalen Interparlamentarischen Konferenzen. Als deutsche Gruppe hat sie Zusammenkünfte nur in unmittelbarem Zusammenhang mit diesen Konferenzen abgehalten, abgesehen von der jährlichen Mitgliederversammlung, die sich fast ganz auf das Geschäftliche beschränkt.

Sollte das etwa anders werden und sollte diese Vereinigung deutscher Parlamentarier etwa beschließen, für die Aufgaben, zu deren Lösung in den gesetzgebenden Körperschaften sie mit berufen ist, im großen Publikum Propaganda zu machen, so würde auch sie zweckmäßig mit den anderen Organisationen Fühlung halten müssen. Ihre besondere Aufgabe wäre dann eben die Bearbeitung der für die gesetzgeberische Erledigung reif gewordenen Fragen.

Die übrigen fünf oben genannten Organisationen berühren sich schon jetzt untereinander stark in ihrer Tätigkeit.

Die Deutsche Friedensgesellschaft, gegründet im Jahre 1892, zählte vor Ausbruch des Krieges mehr als 8.000 Mitglieder und war in etwa 100 Ortsgruppen mit einer zentralen Geschäftsleitung, die in Stuttgart ihren Sitz hat, organisiert. Sie ist bisher die Gesamtorganisation der deutschen Pazifisten im eigentlichen und engeren Sinne und ist als solche dem Internationalen Friedensbureau in Bern angeschlossen. Sie treibt populäre Propaganda durch Versammlungen, Herausgabe einer Zeitschrift „Der Völkerfriede“ (seit November 1915 unterdrückt und erst jetzt wieder freigegeben), durch Verbreitung von Flugschriften und Flugblättern. Ihr Programm ist das des grundsätzlichen internationalen Pazifismus. Der Schwerpunkt der Tätigkeit der Deutschen Friedensgesellschaft hat vorwiegend, früher noch mehr als jetzt, in den Ortsgruppen gelegen. Die Ortsgruppen ziehen die Beiträge der Mitglieder ein und behalten sie zum größeren Teil zu ihrer Verfügung. Diese Beiträge sind sehr bescheiden, lange Zeit wurde nur ein Mindestsatz von 1 M verlangt, seit einigen Jahren M 1.50. Die Zentrale mußte mit sehr knappen Mitteln haushalten. Erst seit 6 Jahren besitzt sie ein Sekretariat, das finanziell auf besonderen freiwilligen Beiträgen fundiert ist. Die Zeitschrift und die Flugschriften der Gesellschaft sind verhältnismäßig wenig über den Kreis der Mitglieder ins große Publikum gedrungen. Gerade kurz vor dem Kriege aber hatte die Gesellschaft begonnen, den Schriftenvertrieb durch Ausgestaltung einer Buchhandlung der Deutschen Friedensgesellschaft besser zu organisieren. Man war auch dabei, besondere Ausschüsse für Spezialaufgaben zu bilden.

Eine Zweigorganisation der Deutschen Friedensgesellschaft, aber lediglich ein Glied innerhalb ihres Gesamtorganismus und kein selbständiger Verein, ist der „Frauenbund der Deutschen Friedensgesellschaft“, der auch erst kurz vor Ausbruch des Krieges geschaffen worden ist.

Die Deutsche Friedensgesellschaft hat ihre Tätigkeit während des Krieges fortgesetzt, bis die Verbote der militärischen Zensurstellen ihr ein

Ende machten. Manche Ortsgruppen haben während des Krieges noch lange Zeit eine besonders rege Tätigkeit entfaltet und ihre Mitgliederzahl erheblich vermehrt. Andere, besonders kleinere Ortsgruppen, haben dagegen geglaubt, ihre Tätigkeit einstellen zu müssen und haben über Abfall von Mitgliedern zu klagen. An einigen Orten, an denen die Zensur milder gehandhabt wurde, sind geschlossene Versammlungen während der ganzen Kriegsdauer fortgesetzt worden.

Der Verband für Internationale Verständigung hat nach Organisation, nach Zusammensetzung des Mitgliederbestandes und nach der Art seiner Wirksamkeit einen wesentlich anderen Charakter. Seinen Ausgangspunkt bildete der Zusammenschluß von Vertretern des Völkerrechts, mit solchen der wirtschaftlichen und politischen Interessen. Die Intellektuellen, besonders Völkerrechtslehrer, hatten die Führung. Die besondere sachliche Aufgabe des Verbandes war es, die wissenschaftlichen Probleme zu behandeln, die mit den Fragen der internationalen Verständigung zusammenhängen, die besondere persönliche Aufgabe, jene Kreise zu gewinnen, die für die Ideen des Pazifismus zugänglich geworden sind, aber doch (vielfach unter der Herrschaft alter Vorurteile) vom eigentlichen Pazifismus nichts wissen wollen. Der Verband war, dementsprechend, nach Zusammensetzung und Tätigkeit weit reservierter als die Deutsche Friedensgesellschaft, eine mehr aristokratische und wissenschaftliche Organisation neben der demokratischen und populären. Ein weiterer wichtiger Unterschied war der, daß die Organisation und die Tätigkeit des Verbandes durchaus auf Zentralisation beruhte. Die ganzen Einnahmen flossen an die Zentrale, und alle Tätigkeit ging von dort aus. Die Ortsgruppenbildung hat praktisch kaum eine Rolle gespielt.

Hinzu kam, daß der Verband bald nach seiner Gründung eine große jährliche Subvention von der Carnegie-Stiftung erhielt. Dadurch war er der Sorge um Gewinnung zahlreicher zahlender Mitglieder einigermaßen überhoben. Mit seinen, für deutsche Verhältnisse reichen, bei der Verbandsleitung konzentrierten Mitteln, konnte er sich bald ein verhältnismäßig reich fundiertes Sekretariat schaffen. Er hat nicht eine Zeitschrift, wohl aber eine Serie von Flugschriften herausgegeben, die besser als die Schriften der Deutschen Friedensgesellschaft durch den Buchhandel ins große Publikum gedrungen sind.

Bei Kriegsausbruch wird die Zahl der Mitglieder des Verbandes etwa 800 betragen haben.

Während des Krieges hat der Verband seine Tätigkeit nach außen vollkommen eingestellt. Das war nicht nur dadurch veranlaßt, daß die Carnegie-Stiftung ihm, wie allen ähnlichen Organisationen in den kriegführenden Ländern, für die Dauer des Krieges die Subvention entzogen hat. Sehr begreifliche Rücksichten auf die Wahrung des Mitgliederbestandes machten es dem Verband nicht wohl möglich, öffentlich hervorzutreten.

Die Generalversammmlung des letzten Jahres zeigte aber bei einem Teil der Mitglieder ein starkes Interesse, und der Verband darf wohl hof-

fen, seinen Mitgliederbestand im wesentlichen bis nach Friedensschluß zusammenzuhalten. Immerhin wird es dazu einer vorsichtigen Politik bedürfen, und auch nach Friedensschluß werden die Unterschiede im Charakter der beiden Organisationen, Verband und Friedensgesellschaft, eher stärker als schwächer werden, wenn der Verband seine frühere Arbeit fortsetzen und nicht ganz neu aufbauen will.

Interparlamentarische Union, Deutsche Friedensgesellschaft und Verband für Internationale Verständigung sind die drei Organisationen, die vor dem Kriege bestanden. – Während des Krieges sind drei weitere hinzugekommen.

Der Bund „Neues Vaterland", gegründet im Herbst 1914, ist erwachsen aus dem Bedürfnis, der herrschenden Annexionswut entgegenzutreten. Die Absicht war nicht, eine Massenagitation zu entfalten und möglichst viele Mitglieder zu gewinnen. Dem widersprach schon die Festsetzung des Jahresbeitrages für ordentliche Mitglieder auf M 50,–. Die Zahl der ordentlichen Mitglieder ist denn auch gering geblieben; sie hat, soviel ich weiß, das erste Hundert kaum erheblich überschritten. Daneben aber wurden etwa 800 außerordentliche Mitglieder gewonnen, die sich zu den Zielen und Bestrebungen des Bundes bekannt hatten, aber keinen Beitrag zahlten. Endlich gab es fördernde „Freunde", die zu dem Bunde in einem ganz losen Verhältnis standen, ihn aber zum Teil sehr wirksam unterstützten. Es ist dem Bunde rasch gelungen, eine Anzahl Persönlichkeiten in hervorragender Stellung für sich zu interessieren. Das war seine Stärke und sein Vorzug gegenüber der Deutschen Friedensgesellschaft, eine Schwäche aber lag darin, daß eben diese Personen zum Teil bedenklich wurden, wenn die vollen Konsequenzen aus den annexionsgegnerischen Gedanken gezogen werden sollten. Finanziell war der Bund, der eine ziemlich kostspielige Geschäftsstelle einrichtete, wesentlich auf freiwillige Beiträge wohlhabender Freunde angewiesen.

Von Anfang an war die Frage strittig, ob und wie weit der Bund, wie sein Name andeutete, auch zu den Aufgaben der inneren Neuorientierung nach dem Kriege, zu den Zusammenhängen zwischen innerer und äußerer Politik Stellung nehmen sollte.

Der Bund hat, wie gesagt, eine Geschäftsstelle eingerichtet und Flugschriften herausgegeben. Er ist in dieser Beziehung für das erste Halbjahr 1915 in gewissem Sinne an die Stelle des Verbandes für Internationale Verständigung getreten.

Seit dem Herbst 1915 ist der Bund durch die militärischen Verbote vollständig lahmgelegt, und zwar noch weit mehr als die Deutsche Friedensgesellschaft, da der Geschäftsführer zum Heeresdienst eingezogen, die Geschäftsführerin in Schutzhaft genommen und nur gegen die Zusicherung, ihre Tätigkeit einzustellen, entlassen wurde. – Auch fehlte die Möglichkeit, einen Teil der Tätigkeit in Ortsgruppen fortzusetzen; denn deren Gründung war über die ersten Anfänge nicht hinausgekommen, wie denn

der Bund überhaupt, gleich dem Verbande, durchaus zentralistisch organisiert war.

Der Nationale Frauenausschuß für dauernden Frieden ist hervorgegangen aus dem Internationalen Frauenkongreß, der Ende April 1915 im Haag stattfand. Wie auf dem Kongreß, sind im Nationalen Frauenausschuß pazifistische Bestrebungen verbunden mit der Frauenstimmrechts-Bewegung. Der Frauenausschuß ist nicht vereinsmäßig organisiert. Er umfaßt eine Anzahl von Ortsgruppen oder vielmehr von Ortsausschüssen, die aber auch nicht Vereine im Sinne des Gesetzes sind. Dieselben sind, soviel ich weiß, nur an wenigen Orten zu lebhafterer Tätigkeit gelangt und jetzt wohl auch durch die militärischen Verbote fast überall unterdrückt. Wie es mit den Finanzen steht, weiß ich nicht. Regelmäßige Beiträge werden wohl nicht erhoben.

Die Zentralstelle Völkerrecht ist Ende August 1916 an die Öffentlichkeit getreten. Nächster Zweck war die Schaffung eines Gegengewichtes gegen die gefährliche alldeutsche Scharfmacherei des „Unabhängigen Ausschusses für einen deutschen Frieden" und gegen die kaum minder gefährliche Verschwommenheit des „Deutschen Nationalausschusses". Zugleich wollte man versuchen, ob es nicht möglich wäre, für eine neue Organisation, die nicht mit den unter anderen Umständen erlassenen militärischen Verboten belastet wäre, einige Bewegungsfreiheit zu erlangen, die für die Deutsche Friedensgesellschaft, den Bund Neues Vaterland und den Nationalen Frauenausschuß einstweilen nicht zu erhoffen schien.

Die Zentralstelle Völkerrecht ist Ende August mit einem Aufruf vor die Öffentlichkeit getreten und hat sich Ende September mit einer Eingabe an den Reichstag gewandt. Sie hat beide Kundgebungen möglichst zu verbreiten gesucht, ist dabei aber auf starke Schwierigkeiten bei der militärischen Zensur gestoßen. Die Berliner Behörden verhinderten die für Berlin geplante Versammmlung, nötigten zu deren Verlegung nach Frankfurt und zwangen die Zentralstelle, sich als Verein zu konstituieren.

Die Zentralstelle Völkerrecht hatte zunächst wirklich nur eine Art von Geschäftsstelle sein wollen, beruhend auf der freiwilligen Unterstützung eines nicht vereinsmäßig abgegrenzten Kreises von Gesinnungsgenossen, verwaltet durch einen ebensowenig genau abgegrenzten Kreis von Personen, die sich der Sache aus freien Stücken und ohne eigentliches Mandat annahmen. Die besonderen Umstände des Kriegszustandes ließen eine solche, fast anarchische Formlosigkeit als möglich und rätlich erscheinen. Die Behörde aber verlangte, daß die Zentralstelle als Verein organisiert werde. Das ist auf der Versammlung zu Frankfurt am 2. und 3. Dezember geschehen. Dort sind auch „Richtlinien" und verschiedene Entschließungen angenommen worden; die wichtigste nahm zu den Erklärungen des Reichskanzlers vom 9. November Stellung. Ein Bericht über die Versammlung hat nicht veröffentlicht werden dürfen. Die Propaganda zur Gewinnung von Mitgliedern aber hat im Anschluß an die Versammlung eingesetzt.

Die Zentralstelle hat ein durchaus pazifistisches Programm, nur mit besonderer Zuspitzung auf die Beendigung dieses Krieges und die Bedingungen des zu schließenden Friedens. Sie ist durchaus auf eine populäre, in die Massen dringende Agitation angelegt und wünscht Mitglieder in den weitesten Kreisen zu gewinnen. Sie ist einstweilen zentralistisch organisiert. Die Beiträge fließen in die Kasse der Geschäftsleitung, und diese betreibt die Agitation, auch jene zur Gewinnung von Mitgliedern. Die Satzungen sehen aber die Bildung von Zweigstellen (Ortsgruppen) vor, und die Versammlung vom 2./3. Dezember hat es den Mitgliedern zur Pflicht gemacht, sich in solchen zu organisieren. – Zu den Mitteln der Propaganda gehören Versammlungen, auch Volksversammlungen (sobald solche erlaubt sind), Eingaben, Erklärungen, Flugblätter und Flugschriften. Die Herausgabe einer Flugschriftenreihe, ähnlich jener des Verbandes für Internationale Verständigung und des Bundes Neues Vaterland ist beschlossen, der Verlagsvertrag schon unterzeichnet.

Bezüglich Mitgliedschaft und Organisation ist die Zentralstelle noch in den Anfängen ihrer Entwicklung. Vor der Versammlung vom 2./3. Dezember hatten etwa 1.200 Personen ihre Zustimmung erklärt. Formelle Mitgliedsanmeldungen liegen bis jetzt etwa 400 vor. Die am 3. Dezember beschlossene Bildung von Zweigstellen ist bisher über Anfänge in Frankfurt, Berlin und München nicht hinausgelangt.

Aus diesem Überblick ergibt sich, was das Verhältnis der Organisationen zueinander anlangt, etwa folgendes.

Berührungspunkte sind zwischen ihnen allen vorhanden. Es gibt Aufgaben, die ihnen allen gemeinsam sind, und es gibt Personenkreise, die ihnen allen als Mitglieder angehören können, vielfach auch tatsächlich angehören. Aber die Verschiedenheiten sind groß genug, um das Nebeneinander mehrerer von ihnen als statthaft oder wünschenswert erscheinen zu lassen.

Das gilt besonders für die beiden alten Organisationen, Deutsche Friedensgesellschaft und Verband für Internationale Verständigung. Es war geradezu ein Bedürfnis, neben der Friedensgesellschaft den Verband zu gründen, um sehr wertvolle Elemente, die für die Friedensgesellschaft leider unerreichbar waren, zu sammeln und der Bewegung zuzuführen. Die Unterschiede im Programm, in der Art des Auftretens, in der Organisation und in der Zusammensetzung der Mitgliedschaft waren so erheblich, daß ein schädlicher und verstimmender Wettbewerb kaum eintreten konnte und der Nutzen durchaus überwog. Wenn man im Verband gelegentlich vom Pazifismus abrückte, so hat man das in der Friedensgesellschaft begriffen, und wenn jemand dabei des Guten zuviel tat, so hat man das wohl zurückgewiesen, aber nicht tragisch genommen.

Die beiden Gesellschaften werden auch künftig vortrefflich nebeneinander bestehen können, wenn beide ihren bisherigen Charakter im wesentlichen beibehalten. Die Friedensgesellschaft wird kaum in die Ver-

suchung kommen, die Wege des Verbandes zu gehen. Aber auch der Verband darf natürlich nicht werden wollen, was bisher die Friedensgesellschaft war. Er kann es auch gar nicht, wenn er nicht das, was bisher seine Eigenart und seine Stärke war, aufgeben, seinen Mitgliederbestand in wertvollen Teilen gefährden und seine Organisation ganz neu aufbauen will. Hauptzweck des Verbandes muß die wissenschaftliche Bearbeitung der unübersehbar zahlreichen Probleme internationaler Verständigung sein, sein Hauptwerbegebiet der Kreis der Intellektuellen und der führenden Persönlichkeiten unseres Wirtschaftslebens. So wird er, auch ohne sich an die Massen zu wenden, Ansehen und Einfluß gewinnen können.

Es ist auch zu hoffen, daß gerade für diese Tätigkeit die Subvention der Carnegie-Stiftung wieder zu haben sein wird. – Für Gründung von Ortsgruppen wird nicht der Agitations-, sondern der Studienzweck maßgebend sein müssen.

Größere Schwierigkeiten ergeben sich erst durch das Hinzukommen der neuen Organisationen. Man kann drei Paare unterscheiden, die in stärkerer und unter Umständen mißlicher Konkurrenz miteinander stehen: 1) Verband für Internationale Verständigung und Bund Neues Vaterland, 2) Deutsche Friedensgesellschaft und die Zentralstelle Völkerrecht, 3) Frauenbund der Deutschen Friedensgesellschaft und Nationaler Frauenausschuß.

Zunächst einige Worte über das Verhältnis des Frauenbundes der Deutschen Friedensgesellschaft zum Nationalen Frauenausschuß für dauernden Frieden. Dasselbe berührt am wenigsten die entscheidenden Hauptfragen unserer Organisation. Ich muß auch bekennen, daß ich mir nicht ganz im klaren darüber bin, ob die beiden Frauenorganisationen, die beide noch im Zustand der Unfertigkeit sind, auf die Dauer nebeneinander mit Nutzen bestehen können. Beide müssen eigentlich erst noch ihre dauernde Lebensfähigkeit beweisen. Bleiben beide bestehen, so wären ihre Aufgaben wesentlich verschieden. Der Frauenbund der Deutschen Friedensgesellschaft hätte innerhalb der Friedensgesellschaft dafür zu sorgen, daß die weiblichen Kräfte für die ihnen besonders gelegenen Aufgaben voll verwertet werden und innerhalb der Gesellschaft zur Geltung kommen; er hätte außerdem in Frauenkreisen für die Deutsche Friedensgesellschaft zu werben. Der Nationale Frauenausschuß hätte innerhalb der Kreise, die für das Frauenstimmrecht eintreten, für den Pazifismus und innerhalb der pazifistischen Kreise für das Frauenstimmrecht zu werben. Eine Konkurrenz bei der Werbetätigkeit würde allerdings eintreten. Ob sie der Sache zum Schaden oder zum Nutzen gereichen würde, läßt sich heute, so ungeklärt wie die Verhältnisse noch sind, nicht sagen. Ebensowenig, wie etwa eine Vereinigung der beiden Organisationen herbeizuführen wäre.

Der Verband für Internationale Verständigung und der Bund Neues Vaterland sind sich ähnlich nach Zusammensetzung der Mitgliedschaft und nach Agitationsweise, auch durch Heranziehung von Persönlichkeiten in

hervorragender Stellung, durch Herausgabe einer Schriftenreihe usw. Sie unterscheiden sich schon dadurch, daß der Bund, aus den Eindrücken dieses Krieges heraus geboren, gerade mit seiner Tätigkeit einsetzte, als der Verband die seinige einstellte. Wenn der jetzt völlig lahmgelegte Bund diese Tätigkeit wieder aufnehmen und nach Friedensschluß fortsetzen will, wird er vor einer wichtigen Entscheidung stehen. Will er den Mitglieder- und Interessentenkreis, den er 1915 geworben hatte, beibehalten, so wird er, ähnlich wie der Verband, vorsichtig und zurückhaltend operieren müssen, sowohl in Fragen der auswärtigen, wie auch der inneren Politik. Dann ist für ihn neben dem Verband eigentlich kein Platz. Eine solche Entwicklung liegt aber sicher nicht im Sinne der Mitglieder, die vor der Erdrosselung des Bundes in Berlin bestimmenden Einfluß hatten. Geht der Bund in ihrem Sinne den Weg des grundsätzlichen Pazifismus, auch in der Art des Auftretens radikal, so wird ein erheblicher Teil des Mitgliederbestandes zu opfern sein; aber die Konkurrenz mit dem Verband fällt dann fort, und es ist dann auch die Möglichkeit gegeben, den zweiten, bisher umstrittenen Teil des Programms, die Neuorientierung im Innern, in Verbindung mit der auswärtigen Politik zu pflegen. Entwickelt sich der Bund in dieser Richtung, so ist seine Eigenart stark genug, um ihm neben dem Verband – und andererseits auch neben der Deutschen Friedensgesellschaft – Existenzberechtigung zu geben. Ob es ihm möglich sein wird, auf die Dauer genügend Mitglieder und genügend Mittel zu gewinnen, wage ich nicht zu entscheiden.

Am empfindlichsten ist offenbar die Konkurrenz zwischen der Deutschen Friedensgesellschaft und der Zentralstelle Völkerrecht. Beide sind durchaus auf Massenagitation angelegt und auf solche angewiesen. In der Stellung zu den pazifistischen Problemen besteht kein Unterschied. Nur ist in Kundgebungen der Zentralstelle Völkerrecht angedeutet, daß mit der Vertretung der Rechtsidee in den internationalen Beziehungen eine Erneuerung des ganzen politischen Lebens, auch im Inneren der Staaten, Hand in Hand gehen müsse. Die Deutsche Friedensgesellschaft wird diesem Gedanken in seiner allgemeinen Fassung zustimmen, hat es aber immer streng vermieden, zu konkreten Fragen der inneren Politik, die nicht pazifistische Grundsätze unmittelbar berührten, Stellung zu nehmen, und hat Wert darauf gelegt, parteipolitisch streng neutral zu sein, wenn auch tatsächlich in ihr die demokratisch gesinnten Kreise überwogen.

Der angedeutete Unterschied ist nicht tiefgreifend genug, um darauf eine sachlich ersprießliche Trennung der beiden Organisationen und ihres Wirkungskreises zu gründen, zumal wenn der Bund Neues Vaterland sich die innere Neuorientierung in Verbindung mit der auswärtigen Politik zur besonderen Aufgabe setzen wollte.

Es ist vielmehr, wenn die Zentralstelle Völkerrecht auch noch mit Gründung von Ortsgruppen energisch vorgeht, eine schädliche Konkurrenz mit Vergeudung von Kräften und unerquicklichen Eifersüchteleien zu fürch-

ten. So gut und aufrichtig der Wille, freundschaftlich nebeneinander zu arbeiten, jetzt auch ist, sind solche Erscheinungen erfahrungsgemäß nicht zu vermeiden.

Die Nachteile müßten in den Kauf genommen werden, wenn sich herausstellen sollte, daß aus dem Nebeneinander der beiden Organisationen ein Gewinn für die gemeinsame Sache zu erwarten ist, der den unvermeidlichen Schaden überwiegt. Man könnte in diesem Sinne geltend machen, daß Kreise, die für die Deutsche Friedensgesellschaft nicht zugänglich sind, durch die Zentralstelle Völkerrecht gewonnen werden können, da diese den Reiz des Aktuellen für sich hat und vor allem nicht unter den mannigfachen Vorurteilen leidet, die sich im Lauf der Jahre gegen die Friedensgesellschaft aufgehäuft haben. Auf die Tatsache, daß jetzt Leute zur Zentralstelle kommen, die bisher von der Friedensgesellschaft nicht gewonnen waren, kann man sich freilich nicht berufen. Der Zentralstelle Völkerrecht kommen die Eindrücke des Krieges zugute, die auszubeuten die Friedensgesellschaft verhindert ist. Immerhin wird an der Bemerkung etwas Richtiges sein. Dem könnte aber dadurch Rechnung getragen werden, daß die Friedensgesellschaft mit Friedensschluß, in diesem Moment, mit dem für den Pazifismus eine neue Epoche anbricht, einen neuen Namen annimmt und sich unter diesem neuen Namen mit jenen Mitgliedern der Zentralstelle Völkerrecht, die sich ihr anschließen wollen, fusioniert, während die anderen, je nach Neigung, zum Verband oder zum Bund Neues Vaterland gehen.

Die Zentralstelle Völkerrecht würde, wenn sie sich nach Friedensschluß als Vereinsorganisation auflöste, ja nur etwas aufgeben, was ihr durch das Oberkommando in den Marken und das Berliner Polizeipräsidium aufgezwungen ist, und würde zu der ursprünglichen Idee ihres Daseins zurückkehren. Diese aber dürfte nicht aufgegeben werden, ja würde erst volle Bedeutung gewinnen.

Wir werden nach Friedensschluß eine Zentralstelle für die pazifistische Bewegung in Deutschland brauchen. Die Deutsche Friedensgesellschaft, die das lange war, wird es künftig nicht in vollem Maße sein können. Der Verband für Internationale Verständigung wird sich ihr nicht unterordnen. Wir müssen außerdem mit der Entstehung einer deutschen katholischen Friedensliga rechnen, die sich schwerlich der Deutschen Friedensgesellschaft einordnen wird. Eine solche Liga sollte schon vor dem Kriege gegründet werden. Wir haben uns 1913 überzeugen müssen, daß diese Entwicklung, so wenig sympathisch uns die konfessionelle Scheidung in der pazifistischen Bewegung auch ist, sich schwerlich aufhalten läßt und daß anscheinend auch wirklich nur auf diesem Wege die deutschen Katholiken in größeren Massen für die pazifistische Sache zu interessieren sein werden. Die durch den Krieg unterbrochenen Bestrebungen werden gewiß nach Friedensschluß wieder aufgenommen werden. Dazu werden vermutlich wieder Sonderorganisationen kommen für den Ausgleich zwischen einzelnen Ländern. Endlich müssen wir

versuchen, all die einzelnen Vereine, die als Hauptzweck andere politische, wirtschaftliche oder kulturelle Aufgaben haben und die dabei auf dem Boden internationaler Verständigung stehen, für uns dauernd zu interessieren und organisatorisch an uns anzugliedern. Sie werden viel leichter an eine Zentrale, an der alle pazifistischen Organisationen beteiligt sind, als an die Deutsche Friedensgesellschaft angeschlossen werden können.

So wäre aus der Zentralstelle Völkerrecht ein doppeltes zu entwickeln: eine Stärkung der bestehenden Organisationen, mit deren Hilfe und an deren Stelle sie jetzt tätig ist, durch Zuführung der während des Krieges gewonnenen Mitglieder, und eine wirkliche Zentrale der Bewegung, die wir künftig dringend brauchen werden.

In dieser Zentrale müßten natürlich alle angeschlossenen Organisationen eine entsprechende Vertretung erhalten. Dafür Vorschläge zu machen, ist jetzt die Zeit noch nicht gekommen.

Das wäre in großen Zügen das Organisationsprogramm für die Zeit nach Friedensschluß. Sich darüber jetzt klar zu werden, ist wünschenswert, um auch mit unserer Tätigkeit während des Krieges die richtigen Wege zu gehen.

Wenn meine Vorschläge, besonders was die Rolle der Zentralstelle Völkerrecht anlangt, Anklang finden, so haben die alten Organisationen keinerlei Veranlassung, mißtrauisch oder zurückhaltend zu sein. Vielmehr werden wir die organisatorische und agitatorische Arbeit der Zentralstelle, die sich trotz aller Zensurmaßnahmen, unter denen auch sie leidet, doch noch relativ am freiesten bewegen kann, auf jede Weise zu unterstützen haben; denn was sie jetzt schafft, wird uns allen zugute kommen. Ohne solche Sicherheit würden schon jetzt mancherlei Bedenken das Zusammenarbeiten beeinträchtigen.

Für die Kriegszeit aber brauchen wir zweierlei. Wir sollten einen gemeinsamen Ausschuß aller beteiligten Organisationen einsetzen, dessen Aufgabe es sein müßte, für das Zusammenwirken aller bei wichtigen Anlässen zu sorgen und unnötige Kräftezersplitterung zu verhindern. Ich denke mir, daß jede Organisation etwa drei Vertreter in einen solchen Ausschuß abordnet und daß sie nur so weit gebunden sind, wie die Mehrzahl ihrer Vertreter zustimmt. Auf Einzelheiten gehe ich absichtlich nicht ein, weil sie sich aus der Praxis ergeben müssen.

Und wir sollten zweitens dafür sorgen, daß an allen Orten, in denen mehrere der beteiligten Organisationen Ortsgruppen besitzen, gemeinsame Lokalausschüsse gebildet werden, die in ähnlicher Weise wie der zentrale Gemeinschaftsausschuß für rechte Arbeitsgemeinschaft und rechte Arbeitsteilung sorgen.

Beilage Nr. 13
Eingabe an den Deutschen Reichstag zur Aufhebung des Belagerungszustandes mit einem Auszug aus den Schlußbetrachtungen der Denkschrift „Pazifismus und Belagerungszustand“ Berlin, 1. Juli 1917

Aus: Pazifismus und Belagerungszustand, S. 1–3. Anhang: Ebenda, aus Seite 46–51. Siehe oben S. 145.

An den Deutschen Reichstag!

Die unterzeichneten Organisationen Deutsche Friedensgesellschaft, Bund Neues Vaterland, Nationaler Frauenausschuß für dauernden Frieden und Zentralstelle Völkerrecht gestatten sich, an den Deutschen Reichstag die Bitte zu richten, dieser wolle noch in der bevorstehenden Tagung bewirken, daß entweder durch völlige Aufhebung des Belagerungszustandes oder durch ein Notgesetz zur Abänderung des Belagerungszustands-Gesetzes die gesetzlich gewährleistete Versammlungs-, Vereins- und Preßfreiheit wiederhergestellt und die Zensur auf rein militärische Angelegenheiten beschränkt werde.

Zur Begründung gestatten wir uns auf die beifolgende Denkschrift „Die Handhabung des Gesetzes über den Belagerungszustand gegenüber den deutschen Pazifisten“ zu verweisen.

Aus dieser Denkschrift ergibt sich, daß die gegenwärtig herrschende Rechtlosigkeit zu ganz unerträglichen Zuständen im öffentlichen Leben geführt hat.

Insbesondere gegenüber den Pazifisten und gegenüber Personen oder Vereinen, die pazifistischer Neigungen verdächtig sind, benützen militärische Behörden die ihnen durch den Belagerungszustand verliehenen oder von ihnen unter dem Schutze des Belagerungszustandes beanspruchten Machtmittel zur willkürlichsten Unterdrückung. Das geschieht gegenüber den Pazifisten vielfach unter Nichtachtung aller sonst befolgten Grundsätze und in offenem Widerspruch zu feierlichen Erklärungen, die von den Vertretern der bürgerlichen Behörden, auch namens des allein verantwortlichen Reichskanzlers abgegeben sind.

Bei Vergleichung mit den Klagen über Mißgriffe der militärischen Zensur, die auch andere Kreise erheben, bleibt immer der fundamentale Unterschied, daß gegen die Pazifisten – und nur gegen sie allein – Verbote von allgemeiner und dauernder Geltung ergangen sind, bei denen nicht danach gefragt wird, ob die einzelne Handlung, Kundgebung oder Äußerung zu Bedenken Anlaß gibt oder nicht. In pazifistischem Sinne sich zu betätigen oder sich zu äußern, ist bestimmten Organisationen oder Personen ein für allemal überhaupt verboten worden. Auch rein theoretische grundsätzliche Erörterungen, ja, rein wissenschaftliche Darlegungen der Probleme dauernden Friedens und internationaler Organisation sind untersagt worden.

Es erscheint als ganz aussichtslos, daran etwas Wesentliches zu ändern, solange die militärischen Behörden überhaupt die Möglichkeit haben, das öffentliche Leben nach ihren Ansichten zu regeln; denn die meisten dieser Behörden wollen sich gar nicht, wie sie ganz offen eingestehen, an Rechtsgrundsätze binden; sie wenden mit vollem Bewußtsein zweierlei Maß an und glauben, pflichtgemäß die eine Richtung unterdrücken, die andere begünstigen zu müssen, einfach nach Maßgabe ihrer eigenen Anschauungen über das Erwünschte oder Unerwünschte der Erörterungen, oft unbekümmert um die Stellungnahme der Reichsregierung, ja, im offenen Gegensatz zu deren Politik. Die militärischen Behörden sind nicht imstande, objektiv zu urteilen, da sie selbst Partei sind.

Die Einsetzung einer militärischen Beschwerde-Instanz in der Person des Obermilitär-Befehlshabers, des stellvertretenden preußischen Kriegsministers, ist deshalb auch nach unseren Beobachtungen, so nützlich sie in anderer Beziehung gewesen sein mag, für diese Fragen vollkommen unwirksam geblieben.

Durch die Unterdrückung des deutschen Pazifismus arbeiten die militärischen Befehlshaber denen in die Hände, die den erlahmenden Kriegseifer im feindlichen Ausland und die für Deutschland ungünstige Stimmung im neutralen Ausland immer wieder durch die Behauptung aufpeitschen: wenn dieser furchtbare Krieg durch einen dauernden Frieden gesichert werden solle, sei es notwendig, Deutschland, das sich der friedlichen Organisation der Welt widersetze, niederzukämpfen.

Über diese Wirkung der Handhabung des Gesetzes über den Belagerungszustand und über weitere allgemeine Gesichtspunkte spricht sich das Schlußkapitel der Denkschrift aus.

Im einzelnen sei aus den Ergebnissen der Denkschrift noch hervorgehoben:

1. Das Verbot, pazifistische Literatur, wenn auch unentgeltlich, zu verbreiten, ist gegen Mitglieder der Geschäftsleitung der Deutschen Friedensgesellschaft in Stuttgart noch heute nicht aufgehoben.
2. Das Verbot, Versammlungen abzuhalten, ist gegenüber Ortsgruppen der Deutschen Friedensgesellschaft noch immer in Kraft.
3. Dem Bund „Neues Vaterland“ ist noch heute jede Art von Tätigkeit, sogar der Verkehr mit seinen eigenen Mitgliedern, untersagt.
4. Für Geschäftsstellen des Nationalen Frauenausschusses für dauernden Frieden besteht noch heute das Verbot, Versammlungen abzuhalten.
5. Dem Nationalen Frauenausschuß ist es vom Stuttgarter Generalkommando erst Anfang Mai d. J. verboten worden, eine Eingabe an den Reichskanzler zu veröffentlichen, die nicht mehr enthält, als was jeden Tag in fast jeder sozialdemokratischen Zeitung zu lesen ist.
6. Der Zentralstelle „Völkerrecht“ ist es noch immer verboten, irgendwelche Werbetätigkeit zu entfalten und irgendwelche Mitteilungen an die Presse oder an Personen außerhalb des Mitgliederkreises gelangen zu lassen.

7. Auch Vereine, die andere Zwecke verfolgen, werden, wenn sie in ihren Versammlungen oder Veröffentlichungen pazifistischen Ideen Zutritt gewähren, in ihrer gesamten Tätigkeit lahmgelegt.
8. Das gesetzwidrige Verlangen, die Mitgliederliste auszuhändigen, wird fortgesetzt von Militärbehörden gestellt.
9. Die Entscheidungen werden, wenn es sich um pazifistische Interessen handelt, vielfach so lange hinausgezogen, daß man genötigt ist, an systematische Verschleppung zu denken, und daß die endliche Erledigung wie eine Verhöhnung der Beschwerdeführer wirkt.

Die bevorstehende Tagung, in der der Reichstag neue große Kriegskredite bewilligen soll, gibt ihm, wenn er nur seine Macht gebrauchen will, Gelegenheit, die Abstellung empörender Mißbräuche und die Wiederherstellung gesetzlichen Rechtsschutzes auf dem Gebiet der Vereins-, Versammlungs- und Preßfreiheit zu erzwingen.

Damit würde die so dringend notwendige Klärung der öffentlichen Meinung, die eine der Voraussetzungen für eine richtige Beurteilung der zu erwartenden Friedensbedingungen und damit für den inneren Frieden des deutschen Volkes bildet, erst ermöglicht werden. Das tief erschütterte Vertrauen in die Unparteilichkeit der Staatsgewalt und auf die Geltung von Rechtsgrundsätzen würde wiederkehren. Die Stellung Deutschlands gegenüber seinen Feinden und gegenüber den Neutralen, vor allem gegenüber allen jenen, die im neutralen oder feindlichen Ausland einen Ausgleichsfrieden und eine dauernde internationale Friedenssicherung erstreben, würde eine tiefgreifende Änderung erfahren.

Der Wille „durchzuhalten", die Bereitwilligkeit des Volkes, die furchtbaren Lasten des Krieges bis zum ersehnten Frieden zu tragen, würde damit nicht geschwächt, sondern gestärkt, die Möglichkeit aber, zu diesem Frieden zu gelangen, unendlich erleichtert werden[1].

Eines hohen Reichstages ergebenste
Deutsche Friedensgesellschaft
L. Quidde, München.
Vorsitzender.

Bund Neues Vaterland
K. v. Tepper-Laski, Berlin.
Vorsitzender.

---

[1] Unter Hinweis auf den letzten Absatz der Eingabe schreibt Quidde: „Auf einem mir vorliegenden Korrekturabzug der Eingabe ist von der Hand Fritz Röttchers bemerkt: ‚Vom Durchhalten würde ich nicht sprechen. Darin liegt eine Konzession an die Gewaltpolitik, die wir nicht nötig haben. Das Volk und die Mehrzahl unserer Mitglieder hält durch, weil es *muß*, und nicht, weil es will. Ich bin auch nicht der Meinung, daß der Wille zum Durchhalten zum Frieden führt, sondern eher zur Verlängerung des Krieges.'" BA, NL Quidde/74.

Nationaler Frauen-Ausschuß für dauernden Frieden
Lida Gustava Heymann, Hamburg.
Zentralstelle Völkerrecht
Der Vorstand:
Prof. H. Rößler, Frankfurt a. M.
Vorsitzender.
Die Geschäftsleitung:
H. v. Gerlach, Berlin.
Vorsitzender.

[Anhang]
Auszug aus den Schlußbetrachtungen der Denkschrift „Pazifismus und Belagerungszustand"

[. . .]

Seit dem Spätherbst 1915, etwa seit November, dann steigend seit dem Vorfrühling 1916, sind die Pazifisten in Deutschland einer Behandlung unterworfen, die als bewußte Aufhebung der Rechtsgleichheit bezeichnet werden muß. [. . .]

Die Handhabung ungleichen Rechtes muß selbstverständlich bei den Pazifisten, aber nicht nur bei ihnen, sondern bei allen, die sich trotz des Krieges ein gesundes Rechtsempfinden bewahrt haben, eine große Erbitterung auslösen und ihnen jedes Vertrauen zu den militärischen Behörden nehmen. Wenn sie sehen, wie der Unabhängige Ausschuß landauf, landab große Versammlungen hält und sie selbst in erzwungener Untätigkeit verharren müssen, so mag sich ihrer wohl eine Stimmung der Verzweiflung darüber, wohin wir treiben, bemächtigen.

Ein besonders gehässiges, vollkommen gesetzwidriges Vorgehen wiederholt sich überall: die Forderung an die Vereinsvorstände, die Mitgliederliste auszuliefern. Diese Forderung ist, soviel wir erfahren konnten, an Organisationen anderer Richtungen nicht gestellt worden. [. . .]

Immer wieder kehrt am Schluß der Verfügungen die Androhung, entweder daß die Veröffentlichung verboten wird, oder daß es sogar bei den Strafen des Belagerungszustandsgesetzes § 9b untersagt ist, von dem ergangenen Verbot irgend jemandem Mitteilung zu machen. [. . .]

Während im allgemeinen der Erörterung von Kriegs-, Friedens- und Kriegszielfragen jetzt erheblich größere Freiheit gelassen ist, erstreckt sich die Milderung der Zensurvorschriften nicht auf die pazifistischen Organisationen. Ihnen bleiben in den meisten Armeekorpsbezirken Versammlungen, wenigstens öffentliche Kundgebungen usw. verboten. [. . .]

Wir haben allerdings beobachten können, daß Zensurbehörden an verschiedenen Orten es als selbstverständlich zu betrachten schienen, daß die Verbote würden aufgehoben werden müssen, nachdem sich der Reichskanzler am 9. November selbst zu einer der wesentlichsten pazifistischen Forderungen, zu dem „Friedensbund der Völker" bekannt hatte, und nachdem die

Regierungen der Mittelmächte mit dem Friedensangebot vom 12. Dezember hervorgetreten waren. [. . .]

Aber wir haben ebenso beobachten können, daß von Berlin aus dieser Auffassung entgegengetreten wurde. Ob der Widerstand hauptsächlich in dem für Beschwerden zuständigen Preuß. Kriegsministerium oder im Oberkommando in den Marken seinen Sitz hat, entzieht sich unserer Beurteilung.

Es läßt sich behaupten, daß, verglichen mit der sonstigen Handhabung der Zensurvorschriften, verglichen mit der Freigabe der Kriegszielerörterungen für die Presse und verglichen mit dem Spielraum, der der alldeutschen und verwandten Propaganda gelassen wird, die Einseitigkeit in der Behandlung der Pazifisten noch schlimmer geworden ist.

Die Pazifisten haben sich immer die größte Zurückhaltung für ihre Agitation gegenüber der Armee auferlegt. [. . .]

Im schärfsten Gegensatz dazu steht das Verhalten der annexionistischen Kreise, der Alldeutschen und auch – der militärischen Zensur samt der Heeresleitung. [. . .]

Über die Wirkung dieser Agitation auf die Truppen befinden sich die Alldeutschen und die Heeresleitung wohl gleichermaßen in einer schweren Täuschung. Das zeigen nicht nur zahlreiche Soldatenbriefe, die von sozialdemokratischen Zeitungen veröffentlicht sind, sondern auch Schreiben von der Front, die uns Pazifisten zugehen. Die Briefschreiber versichern, daß die gewaltige Mehrheit derer, die wirklich die furchtbare Last des Krieges draußen tragen – 90 Prozent oder mehr, schätzen die Briefschreiber –, mit unserer Auffassung übereinstimmen; anders dächten nur jene, die in der Etappe oder in gesicherten Stellungen ein mehr oder minder angenehmes Leben führten. [. . .]

Das angebliche Hauptmotiv für die Unterdrückung der Pazifisten bleibt immer, daß ihre Tätigkeit geeignet sei, im Auslande den Eindruck von Schwäche hervorzubringen. Diese Erwägung ist vollkommen unberechtigt. Selbst wenn einmal Zeitungen im Ausland über deutsche pazifistische Kundgebungen in diesem Sinne schreiben, ist das auf eine Wirkung bei dem ausländischen Leser berechnet, entspringt aber in den meisten Fällen gewiß nicht der Überzeugung der Artikelschreiber. [. . .]

Irgendwelche tatsächliche Beweise für die Behauptung, daß deren Auftreten die Kriegsstimmung im Ausland steigere, haben übrigens die Militärbehörden trotz dringenden Verlangens niemals beigebracht. [. . .]

Die systematische Unterdrückung des deutschen Pazifismus hat für die Stellung Deutschlands gegenüber dem Auslande, für die Verlängerung des Krieges und andererseits für die Aussichten auf Friedensmöglichkeiten eine verhängnisvolle, noch niemals ganz gewürdigte Bedeutung. [. . .]

Durch die Unterdrückung des Pazifismus in Deutschland stärken unsere Militärbefehlshaber diese zugleich deutschfeindliche und kriegsverlängernde Agitation. [. . .]

Um es kurz zusammenzufassen: Wir stehen der furchtbaren, für das Empfinden eines jeden Deutschen erschütternden Tatsache gegenüber, daß

der Glaube, Deutschland sei „der Feind", d. h. der Feind aller, der „hostis generis humani", der um der allgemeinen Wohlfahrt willen niedergekämpft werden müsse, sich mehr und mehr der öffentlichen Meinung in der ganzen Welt bemächtigt hat. Durch Unterdrückung des Pazifismus tun die militärischen Gewalthaber bei uns ihr Möglichstes dazu, diesen Glauben zu stärken und seine Widerlegung zu verhindern.

Das vaterländische Interesse gebietet die Befreiung der deutschen Pazifisten vom Druck des Belagerungszustandes.

Beilage Nr. 14
Resolutionen der Generalversammlung der Deutschen Friedensgesellschaft und der Zentralstelle Völkerrecht Erfurt, 1./2. Dezember 1917

In: Völkerfriede, 18. Jg. (1918), S. 4 f.
Siehe oben S. 171.

Resolution 1.
(Antrag Hans Maier und Genossen.)

Die Deutsche Friedensgesellschaft und die Zentralstelle Völkerrecht erblicken in der durch den Krieg ungeheuerlich gestiegenen Kapitalanhäufung einzelner und ganzer Wirtschaftsgruppen und in der von diesen betriebenen Beeinflussung der öffentlichen Meinung eine schwere Gefahr für die innere deutsche Entwicklung, für einen baldigen Friedensschluß und für die Zukunft der zwischenstaatlichen Beziehungen.

Sie fordern deshalb die Freunde im Lande auf, mit größter Aufmerksamkeit die Zusammenhänge zwischen Rüstungskapital und politischer Beeinflussung zu beachten und Feststellungen zu sammeln. – Sie fordern die öffentliche Kontrolle über die der Heeres- und Flottenindustrie dienende Industrie und die weiteste Nutzbarmachung der während des Krieges erwachsenen privatwirtschaftlichen Gewinne für den wirtschaftlichen und finanziellen Wiederaufbau des Reiches und die Erfüllung seiner Friedensaufgaben.

Resolution 2.
(Antrag Quidde.)

Die Versammlung legt die schärfste Verwahrung ein gegen die von einzelnen Angehörigen der Reichstagsmehrheit und anderen Personen in verantwortlicher Stellung unternommenen Versuche, die Kundgebung vom 19. Juli, ebenso wie die deutsche Antwort auf die päpstliche Note, durch Umdeutung ihres klaren Wortlautes und unter Hinweis auf die veränderte Lage, durch die angeblich die Kundgebung überholt sei, zu verfälschen und völlig zu entwerten.

Diese Versuche müssen die deutsche Politik auf das schwerste schädigen; sie erwecken den Verdacht der Unwahrhaftigkeit und Zweideutigkeit und schaffen damit ein neues Hindernis für die Herbeiführung des Friedens.

Die Versammlung fordert, daß bei den in Frage stehenden Veränderungen im Osten das Selbstbestimmungsrecht der Völker, von dem der Reichskanzler Graf Hertling gesprochen hat, nicht nur zum Schein, sondern in Wirklichkeit durch Erkundung des Volkswillens mit demokratischen Grundsätzen und unter neutraler Kontrolle geachtet werde.

Die Versammlung fordert, daß diese Reichsregierung endlich eine offene und unzweideutige Erklärung über die Wiederherstellung eines unverletzten, vollkommen unabhängigen Belgiens abgebe und damit, soweit es auf Deutschland ankommt, das vielleicht wichtigste Hindernis für Beendigung des Krieges aus dem Wege räume.

Resolution 3.
(Antrag Quidde.)

Die Versammlung stellt für den Friedensschluß folgende Forderungen auf:

1. Im Friedensvertrag selbst sind die Grundzüge für den Ausbau des Haager Werkes zu vereinbaren und die Grundlagen für einen Weltstaatenverband zu legen.

a) Die Regierungskonferenzen des Weltstaatenverbandes müssen in kürzeren Zwischenzeiten regelmäßig zusammentreten und müssen ergänzt werden, einerseits durch einen ständigen Verwaltungsausschuß und andererseits durch ein Weltparlament, das sich nicht nur mit der Weiterbildung des Völkerrechts, sondern auch mit der internationalen Gesetzgebung über kulturelle und wirtschaftliche Gemeinschaftsinteressen zu beschäftigen haben wird. Der Grundsatz der Einstimmigkeit für bindende Beschlüsse ist aufzuheben.

b) Das bisherige Haager Tribunal mit seiner Richterliste ist zu ergänzen durch einen ständigen Gerichtshof für die Entscheidung reiner Rechtsfragen und durch ein internationales Vermittlungsamt für Beilegung von Interessenkonflikten.

c) Der Staatenverband muß die wirtschaftlichen und sonstigen Machtmittel aller Staaten anwenden, um seinen Einrichtungen und Entscheidungen bindende Rechtskraft zu geben, insbesondere um im Falle von internationalen Konflikten die Anrufung schiedsgerichtlicher Entscheidung oder internationaler Vermittlung zu erzwingen und um die Befolgung der gefällten Entscheidung zu sichern.

2. Im Friedensvertrag selbst sind die Grundrechte der Nationalitäten für alle national gemischten Staaten festzulegen. Die Nationalitäten sind nach Maßgabe persönlicher Erklärung auf Grund von nationalen Registern (Katastern) zu organisieren. Den nationalen Verbänden ist die Pflege der kulturellen und nationalen Interessen, besonders des Unterrichtswesens, im Rah-

men der allgemeinen Staatsgesetze zu übertragen. – Diese nationalen Verbände müssen berechtigt sein, bei Verletzung nationaler Grundrechte eine internationale Entscheidung herbeizuführen.

3. Im Friedensvertrag selbst sind die Grundzüge für die Neuordnung der wirtschaftlichen Beziehungen der Welt festzulegen, um zu verhindern – soweit es durch Verträge und gesetzliche Bestimmungen verhindert werden kann –, daß auf diesen blutigen Krieg ein verwüstender Wirtschaftskrieg folgt, und um möglichst weiten Raum für einen ehrlichen, aber freien wirtschaftlichen Wettbewerb aller Völker zu gewinnen.

4. Im Friedensvertrag selbst sind Vereinbarungen zu treffen über die vollständige Abrüstung im Sinne der päpstlichen Note vom 1. August. Dieses Abkommen ist zu ergänzen durch einen alle Mächte, auch die neutralen, umfassenden internationalen Vertrag. Die Durchführung dieses Abkommens ist unter eine internationale Kontrolle zu stellen.

Beilage Nr. 15
Friede im Osten und Friede im Westen.
Zwei Eingaben an den Deutschen Reichstag; Auszüge

BA, NL Quidde/69. S. 3 und 16 der gleichnamigen Broschüre.
Siehe oben S. 177.

I. Friede im Osten.

15. Februar 1918

Die unterzeichneten Organisationen Deutsche Friedensgesellschaft, Bund Neues Vaterland, Deutscher Frauenausschuß für dauernden Frieden und Zentralstelle Völkerrecht richten an den Deutschen Reichstag die ergebene Bitte, er wolle, angesichts der in weiten Kreisen des Volkes herrschenden, für die innere Geschlossenheit gefährlichen Beunruhigung mit allem Nachdruck dafür eintreten, daß die Reichsregierung in unzweideutiger Weise sich dahin erkläre, bei weiteren Verhandlungen im Osten folgende Grundsätze zur Durchführung bringen zu wollen:

1. Erzwungene Gebietsabtretungen, d. h. alle offenen oder versteckten Annexionen oder Angliederungen, die nicht von der Bevölkerung des in Frage stehenden Gebietes in freier Abstimmung gefordert werden, sind ausgeschlossen.

2. Bei allen Gebietsänderungen und neuen Grenzbestimmungen im Osten ist das Selbstbestimmungsrecht der Völker ehrlich zu achten; d. h. der Wille der Bevölkerung ist auf breiter demokratischer Grundlage und nach Zurückziehung der Besatzungstruppen festzustellen.

3. Den Nationalitäten in allen national gemischten Staaten, insbesondere den nationalen Minderheiten, ist für gewisse nationale Grundrechte ein international verbürgter Schutz zu gewähren.

4. In alle Friedensverträge und Vorverträge ist die Bestimmung aufzunehmen, daß die vertragschließenden Mächte sich verpflichten, einem Friedensbund der Völker beizutreten, dessen Aufgabe es ist, alle künftigen Völkerstreitigkeiten auf dem Wege des Rechtes und geordneter Vermittlung friedlich zu erledigen, den Friedensbrecher zur Anerkennung des Rechtes zu nötigen und eine allgemeine vollständige Abrüstung durchzuführen.

Dazu bitten wir noch,

5. der Reichstag wolle beanspruchen, daß von ihm gewählte Vertreter zu allen Friedensverhandlungen zugezogen werden.

[...]

II. Friede im Westen.

17. Februar 1918

Die unterzeichneten Organisationen Deutsche Friedensgesellschaft, Bund Neues Vaterland, Deutscher Frauenausschuß für dauernden Frieden, und Zentralstelle Völkerrecht richten an den Deutschen Reichstag die Bitte, er wolle den Herrn Reichskanzler ersuchen, zu den Reden des Präsidenten Wilson in bestimmterer und klarerer Weise Stellung zu nehmen, als es in der Sitzung des Hauptausschusses vom 24. Januar geschehen ist.

Insbesondere ist Klarheit darüber zu schaffen

1. daß Deutschland gleich Österreich-Ungarn bereit ist, die in Wilsons beiden letzten Reden trotz mancher unannehmbarer Einzelbedingungen zum Ausdruck kommende Friedensgeneigtheit als geeignet zur Anknüpfung von Verhandlungen anzuerkennen;
2. daß die „freie Hand im Westen" nicht ein Abweichen von dem Programm des 19. Juli 1917 bedeuten soll, daß die Reichsregierung vielmehr nach wie vor einen Frieden der Verständigung und dauernden Versöhnung der Völker ohne erzwungene Gebietserwerbungen und ohne politische, wirtschaftliche oder finanzielle Vergewaltigungen erstrebt, vorausgesetzt, daß auch die Gegenseite, insbesondere England, sich zu den Grundsätzen eines Verständigungsfriedens ohne Annexionen und Kriegsentschädigungen bekennt und dementsprechend auf kolonialem Gebiete zum Ausgleich etwaiger Gebietsabtretungen bereit ist;
3. daß Deutschland seine Bereitwilligkeit, einem Friedensbund der Völker beizutreten, aufrechterhält, und daß es in der Schaffung eines solchen Völkerbundes, der den Frieden auf Grundlage des Rechts sichern und eine allgemeine Abrüstung durchführen soll, das wichtigste Ziel der Friedensverhandlungen erblickt;
4. daß unter Ablehnung der Wilsonschen Forderungen auf Gebietsabtretungen die Regierungen des Vierbundes zwar einerseits die volle Existenzberechtigung national gemischter Staaten gegenüber den einseitigen Forderungen des Nationalitätsprinzips vertreten, daß sie aber andererseits gewillt sind, nationalen Minderheiten ihre nationalen Rechte – nach international zu vereinbarenden Grundsätzen – zu verbürgen und dar-

über hinaus geschlossenen Volkseinheiten innerhalb ihrer Staaten weitgehende Autonomie zu gewähren;

5. daß Deutschland bereit ist, einem internationalen Abkommen über die Verwaltung der Kolonien, beruhend auf den Grundsätzen der „offenen Tür" und eines international verbürgten Eingeborenenschutzes, beizutreten;
6. daß Deutschland die Verpflichtungen anerkennt, die ihm nach des Reichskanzlers Erklärung vom 4. August 1914 aus der Verletzung der belgischen Neutralität erwachsen sind, daß es gewillt ist, den belgischen Staat in voller Unversehrtheit und in voller Unabhängigkeit wieder herzustellen, vorausgesetzt, daß die Unabhängigkeit Belgiens – im Rahmen des allgemeinen Verständigungsfriedens – nicht nur eine scheinbare, sondern eine tatsächliche ist;
7. daß Deutschland keinerlei territoriale Ansprüche an Frankreich stellt, vielmehr das besetzte französische Gebiet sofort nach Friedensschluß räumen wird;
8. daß Deutschland jedenfalls sogleich nach Friedensschluß Elsaß-Lothringen die volle Autonomie eines deutschen Bundesstaates verleihen und dem Lande die freie Wahl seiner Verfassung überlassen wird;
9. daß, wenn sich nach der Haltung unserer Gegner ernsthafte Friedensaussichten eröffnen sollten, diese nicht durch weittragende militärische Unternehmungen zerstört werden dürfen, daß vielmehr militärische Gesichtspunkte sich den politischen unterzuordnen haben.

[...]

Beilage Nr. 16
Disposition Quiddes zu einem Referat über das Thema „Welchen Frieden braucht unser Volk?"
Mai 1918

BA, NL Quidde/69. 5 Seiten. Maschinenschriftliche, vervielfältigte Ausfertigung.
Siehe oben S. 204 f.

Gedankengang des Referats

Die öffentliche Meinung in Deutschland steht unter dem Eindruck der Offensive im Westen, glänzender militärischer Erfolge und der Hoffnung auf einen überwältigenden Endsieg.

Aufs neue die Frage: Wie soll der Friede aussehen? Wie muß er aussehen, um Deutschlands Interessen und seine Zukunft zu sichern?

Gewaltfriede oder Verständigungsfriede?

Die Ziele derer, die den Gewaltfrieden, den angeblich „starken", sog. deutschen Frieden verlangen.

Sie wollen im Osten die baltischen Provinzen an das Deutsche Reich angliedern, ebenso Litauen, dazu zur Grenzsicherung erhebliche Stücke von Polen,

im Westen: Belgien mit den flandrischen Häfen politisch, militärisch, wirtschaftlich in der Hand behalten, von Frankreich zum mindesten das Erzbecken von Longwy-Briey, am liebsten aber auch Calais,

dazu in Afrika ein großes Kolonialreich,

endlich Kriegsentschädigungen von 100 oder 200 Milliarden.

Das wäre ein unheilvoller, fauler Friede, ein Friede, der nur ein Waffenstillstand wäre.

Der Gewaltfriede würde uns bringen:

im Innern eine Schwächung unseres nationalen Staates, durch die Notwendigkeit, feindselig gesinnte Volksteile im Zaum zu halten, stete Revolutionsgefahr;

in notwendiger Verbindung damit die Herrschaft der Reaktion;

im Osten:

1) eine ganz unmögliche Gestaltung unseres Gebietes und unserer Grenzen,
2) tödliche Feindschaft der Polen und wahrscheinlich auch der anderen Randvölker mit Einschluß der baltischen Deutschen,
3) Vergeltungskrieg Rußlands;

im Westen: den Vergeltungskrieg Englands, Frankreichs und der Vereinigten Staaten;

wirtschaftlich: die Unmöglichkeit, uns wirtschaftlich wieder zu erholen, den allgemeinen Boykott.

Der Gewaltfriede wäre ein Hungerfriede.

Wie steht es mit Kriegsentschädigungen?

Kleinere Kriegsentschädigungen wohl möglich. Aber die gewaltigen Summen, die erforderlich wären, um die Last von unseren auf andere Schultern abzuwerfen, die 100, 200 oder mehr Milliarden? Man kann sie nach überwältigenden Sieg vielleicht in den Friedensvertrag hineinschreiben; aber um sie tatsächlich zu erhalten, würde man einen neuen Krieg führen müssen.

Und wie lange sollen wir kämpfen, um einen solchen Gewaltfrieden durchzusetzen?

Viele glauben, die Offensive im Westen werde ihn bringen. Glänzenden Erfolg vorausgesetzt: sind England und Amerika so niederzuzwingen?

Will man den Gewaltfrieden, so folgt auf die Beendigung des Kontinentalkriegs ein See- und Wirtschaftskrieg von unabsehbarer Dauer.

Die Offensive kann die Niederwerfung Frankreichs und Italiens bringen und in Verbindung damit vielleicht den allgemeinen Verständigungsfrieden, aber nicht den allgemeinen Gewaltfrieden.

Wie ist es zu erklären, daß sonst gescheite Menschen solche Ziele aufstellen?

Kriegspsychose,

Unfähigkeit, sich auf den Standpunkt der anderen zu versetzen,

Glaube an die Macht der äußeren Gewalt.

Wie aber soll der echte Friede beschaffen sein?
Einwendungen der Gegner:
    Kein Lohn der Opfer? Ein Verzichtsfriede?
„Lohn der Opfer“
    Geld oder Land für Menschenleben?
    Der einzige Lohn der Opfer:
    Sicherung unserer Lebensinteressen,
    Sicherung gegen Wiederkehr einer solchen entsetzlichen Katastrophe.
Kein Verzichtsfriede, sondern
    ein Sicherungsfriede,
    ein Stärkungsfriede!
Deutschlands und seiner Verbündeten Lebensinteressen sollen gesichert werden.
Wir lehnen all die Forderungen ab, die auf Abtretung deutschen Reichsgebietes, auf Zersplitterung Österreich-Ungarns gehen.
Recht des national-gemischten Staates, wenn er nur allen seinen Nationalitäten, auch den nationalen Minderheiten, ihre nationalen Rechte verbürgt.
Wir wollen die Interessen des Deutschtums im Auslande wahren. Immer auf Grundlage der Wahrung der Rechte nationaler Minderheiten.
Nur so kann dem Deutschtum in den baltischen Provinzen, nur so auch dem Vlamentum in Belgien sein Recht werden.

Im Osten:	Autonomie für die baltischen Provinzen und Litauen.
	Ein selbständiges Polen.
Im Westen:	Wirkliche Unabhängigkeit für Belgien (nach allen Seiten).
Im Orient:	Abwehr englischer Eroberungsabsichten.
	Freie Bahn nach dem Orient; Verbindung mit Bagdad.
In Afrika:	Kolonialreich, besser abgerundet als der frühere Besitz.
Wirtschaftlich:	Offene Tür in allen Kolonien,
	Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens!
	(Forderung wichtiger als alle Annexionen, Grenzsicherungen und Kriegsentschädigungen)
	Sicherung des Bezuges von Rohstoffen,
	Sicherung unseres Absatzes von Industrieprodukten.

Krönung des Friedenswerkes durch überstaatliche Organisation, wovon am Schluß zu handeln.
Vorher noch die Frage:
Wie ist zu einem solchen Frieden zu gelangen?
Welches sind die Hindernisse auf dem Wege zu einem solchen Verständigungsfrieden?
Bei den Gegnern:
    Elsaß-Lothringen (französische Forderungen ganz indiskutabel)
    „erst siegen“.
    fixe Idee, den preuß. Militarismus zu vernichten (während doch der Krieg und ein Gewaltfriede den Militarismus steigern und der Verständigungsfriede die einzige Aussicht bietet, ihn zu überwinden,

fixe Idee, erst müßte Deutschland demokratisiert werden
(während doch jeder Druck von außen die Demokratisierung hindert).

Auf unserer Seite:

Annexionsforderungen,
Belgien,
Elsaß-Lothringen,
Friede im Osten.

Daß die Annexionsforderungen jeden Verständigungsfrieden hindern, liegt auf der Hand.

Daß Belgien in voller Unabhängigkeit wiederhergestellt werden soll, ergibt sich wohl aus deutschen Erklärungen, insbesondere Herrn v. Kühlmanns. Aber die Weigerung, das ausdrücklich zu erklären, ist ein Hindernis für den Umschwung zu Gunsten des Verständigungsfriedens in England. Das Motiv der deutschen Zurückhaltung: ein Kompensationsobjekt gegenüber England in der Hand zu behalten. Aber der Nachteil, daß man den Zugang zu einem Verständigungsfrieden verbaut, ist weit größer. Gewisse Maßnahmen in Verbindung mit der unheilvollen Vlamenpolitik erwecken immer wieder den Verdacht, daß wir Belgien vergewaltigen wollen. Wir müssen die Erklärung des Reichskanzlers vom 4. August 1914 anerkennen.

Die Stellung Elsaß-Lothringens ist eine Frage der inneren deutschen Politik; aber in der Wirkung ist sie von größter internationaler Bedeutung. Im deutschen Interesse heißt die Lösung: Selbständigkeit Elsaß-Lothringens innerhalb des Deutschen Reiches mit freier Wahl seiner Verfassung. Diese Lösung soll man jetzt während des Krieges proklamieren, um einerseits die elsaß-lothring. Frage aus den Friedensverhandlungen auszuscheiden und um andererseits den Kriegswillen in Frankreich zu schwächen.

Der Friede im Osten hat zunächst lauter Provisorien geschaffen. Es machen sich starke Tendenzen geltend, die auf einen Frieden der Vergewaltigung hinauslaufen und einen allgemeinen Verständigungsfrieden unmöglich machen. Aber noch ist es nicht unmöglich, dort die Grundsätze eines Verständigungsfriedens und der Achtung vor dem Selbstbestimmungsrecht der Völker in Geltung zu bringen.

Das schlimmste neue Hindernis auf unserer Seite wäre aber die Preisgabe der Reichstagsresolution vom 19. Juli 1917.

Die Reichstagsresolution

Was sagt sie?

Daß ein Verständigungsfriede in unserem deutschen Interesse.
Hängt das von der Kriegslage ab?
Daß mit einem Verständigungsfrieden unvereinbar:
erzwungene Gebietsabtretungen,
politische, wirtschaftl. oder finanzielle Vergewaltigung.
Wird das wahr oder falsch je nach der Kriegslage?

Man soll in die Resolution nichts hineininterpretieren, was nicht darin liegt, aber auch nichts herausinterpretieren, was darin steht.

Gebietsabtretungen sind mit der Resolution vereinbar, aber nicht erzwungene, d. h. nicht solche, bei denen die Bevölkerung des abgetretenen Gebiets vergewaltigt wird.

Kriegsentschädigungen und Ausbedingung wirtschaftlicher Vorteile sind auch mit der Resolution vereinbar, aber nicht, wenn sie den Charakter von Vergewaltigungen annehmen.

Die Resolution bietet also für die Gestaltung positiver Friedensbedingungen einen ziemlich weiten Spielraum, in Einzelfällen Anlaß zu Zweifeln, aber doch genügend scharfe Grenze gegenüber einer Politik der Vergewaltigung.

Die Resolution jetzt preisgeben heißt nachträglich bekennen, daß sie ein Ergebnis der Schwäche und Not war, heißt uns aber auch in den Ruf vollständiger Unzuverlässigkeit bringen.
Dagegen muß man protestieren.
Die Reichstagsresolution sprach sich aber auch aus
für überstaatliche Organisation
und damit für den Weltfriedensbund.

Siegeszug dieses pazifistischen Gedankens während des Krieges,
Feindliche Staatsmänner wie z. B. Grey schon in den ersten Kriegsmonaten,
Bethmann Hollweg am 9. Nov. 1916,
Reichstag am 19. Juli 1917,
päpstliche Note am 1. August 1917,
deutsche Antwort auf die päpstliche Note am 19. September 1917,
Wilson.

Aufgaben des Weltfriedensbundes:
1) positive gemeinsame Kulturaufgaben,
2) Sicherung des Friedens durch friedlichen Austrag von Streitigkeiten,
Schiedsgerichte,
internationale Vermittlung;
3) Abrüstung
finanzielle Notwendigkeit,
Wirkung für Friedenssicherung,
Freiheit der Meere.

An dem Verständigungsfrieden und an der Weltfriedensorganisation hängt die Zukunft des deutschen Volkes und die Zukunft der Welt.
Wir haben nur die Wahl zwischen

der Vollendung der Selbstzerfleischung Europas, dem Untergang der europäischen Kultur oder wenigstens der Verdrängung aus führender Stellung,
oder dem Aufsteigen zu einer höheren Stufe des politischen und kulturellen Lebens.

Nach dem Ungeheueren, was geschehen ist, ist die einfache Rückkehr zum alten Zustand unmöglich.

Aussichten eines dauernden Friedens.

Wir rechnen nicht mit einem Zustand von eitel Freundschaft und innerer Versöhnung. Erbitterung wird lange bleiben, – wenn nicht zum Teil abgelenkt durch Erbitterung gegen die Schuldigen.

Aber ein Menschenalter wird das Grauen über den Krieg nachwirken, – immer vorausgesetzt, daß nicht ein Gewaltfriede einen Vergeltungskrieg heraufzwingt.

Ein Menschenalter also zur Verfügung für die innere und äußere Eingewöhnung, für den Ausbau der neuen Weltorganisation. – Nach Ablauf dieses Menschenalters die Neuordnung hoffentlich genügend erstarkt.

Wir wollen hoffen, daß aus diesem furchtbaren Krieg ein Friede hervorgeht, der trotz all des furchtbar Schweren, das wir zu tragen haben werden, des deutschen Volkes Zukunft und den Weltfrieden sichert.

Beilage Nr. 17
Kundgebung der Deutschen Friedensgesellschaft
München, Stuttgart, [15.] November 1918

BA, NL Quidde/69. 2 Seiten. Druck. Maschinenschriftlicher Entwurf mit Korrekturen Quiddes ebenda.
Siehe oben S. 219 f.

Die Waffenstillstandsbedingungen, die dem deutschen Volke aufgezwungen sind, haben uns das Blut in den Adern erstarren lassen; so furchtbar erscheint das Schicksal, das uns aus ihnen entgegengrinst. Und wenn auch das Schlimmste, das drohend vor uns steht, sich nicht erfüllt, so sprechen die Bedingungen doch allen Voraussetzungen einer innerlichen Verständigung für die Zukunft Hohn.

Solche Forderungen mochten sich allenfalls rechtfertigen lassen gegenüber den alten Machthabern, die für den Krieg – wenn auch nicht sie allein! – verantwortlich waren und die während des Krieges, im sicheren Glauben an den Endsieg, die gegnerischen Mächte mit Aufrichtung einer deutschen Gewaltherrschaft bedroht haben. Die Forderungen mußten aber fallen gegenüber dem neuen Deutschland, das sich von diesen Machthabern befreit und die entschiedensten Gegner des zusammengebrochenen militärisch-monarchischen Systems an seine Spitze gestellt hat.

Die neue Regierung konnte und mußte beanspruchen, daß man auf der Grundlage gegenseitigen Vertrauens mit ihr verhandle, statt zunächst einmal Deutschland so wehrlos zu machen, daß es jeden Frieden, den die Gegner zu diktieren für gut halten, annehmen muß. Bleibt es bei der Durchführung dieser Waffenstillstandsbedingungen, so wird jeder Friede, auch der mildeste, mit dem Fluch der Vergewaltigung belastet sein.

Wir deutsche Pazifisten haben während des ganzen Krieges, unter allen Wechselfällen des Kriegsglücks, auch in den Zeiten der glänzendsten deut-

schen Siege, deutsche Kriegszielforderungen bekämpft, die irgend ein Volk in seiner freien Selbstbestimmung beeinträchtigt oder in seinen Lebensinteressen verletzt hätten. Und wir haben gleichzeitig gefordert, daß der Krieg beendet werde durch Schaffung eines Völkerbundes, der, beruhend auf dem Zusammenschluß freier Völker, die Interessen aller seiner Mitglieder gleichmäßig schützen, die allgemeine Abrüstung durchführen und dauernden Frieden durch friedliche Erledigung aller internationaler Streitigkeiten gewährleisten sollte.

Wir haben das getan unter den schwierigsten Verhältnissen, allen Verdächtigungen und allen Verfolgungen zum Trotz.

Wir haben damit das Recht erworben, uns heute erhobenen Hauptes an die Machthaber im feindlichen Auslande zu wenden, um von ihnen zu fordern, daß sie dem deutschen Volke gewähren, was wir während des ganzen Krieges unermüdlich für alle unsere Kriegsgegner vom deutschen Volke und von seiner Regierung verlangt haben.

Mit besonderer Dringlichkeit aber wenden wir uns an alle jene, die im feindlichen und neutralen Auslande während des Krieges (und zum Teil vornehmlich, solange das militärische Übergewicht auf deutscher Seite zu sein schien) die Ideen der Gerechtigkeit, des nationalen Selbstbestimmungsrechtes, der überstaatlichen internationalen Organisation und eines durch Recht gesicherten Friedens vertreten und – vielfach mit einer gegen Deutschland gerichteten Spitze – als das einzige Kriegsziel, für das gekämpft werden dürfe, aufgestellt haben. Wir nahen ihnen nicht bittend, sondern fordernd, daß sie jetzt zu ihrem Worte stehen.

Der hervorragendste und mächtigste von ihnen ist Präsident Wilson. Daß er sich nicht im Sinne seiner ersten Antwort auf das deutsche Waffenstillstandsbegehren mit der Räumung der besetzten Gebiete begnügt, sondern in die Auferlegung der ungeheuerlichsten Bedingungen gewilligt hat, die zudem seinen eigenen Einfluß bei den Friedensverhandlungen außerordentlich schwächen müssen, ist ein unheilverkündendes Vorzeichen.

Aber wir wollen die Hoffnung nicht aufgeben, daß er an seinem wiederholt so feierlich verkündeten Programm, an das er mit seiner politischen Ehre unwiderruflich gebunden ist, festhält, daß er es auch gerecht und billig auf die konkreten Fragen des Friedensschlusses anzuwenden willens ist und daß er mit Hilfe pazifistisch gesinnter Kreise in den verbündeten Ländern imstande sein wird, seinen Willen durchzusetzen.

Unsere Hoffnung gründet sich nicht auf die Voraussetzung von Regungen des Edelmutes. Mit solchen Faktoren haben wir als Utopisten verschrieene Pazifisten zu rechnen längst verlernt. Wir appellieren lediglich an die wirklichen und dauernden Interessen der Sieger. Wir wiederholen ihnen, was wir so oft und so eindringlich während des Krieges unseren eigenen Landsleuten gesagt haben: Ein wirklicher Friede, die Aufrichtung einer neuen, die ganze Welt umfassenden und dauernden Frieden verbürgenden Rechtsordnung ist nur möglich, wenn kein Volk in seinen Lebensinteressen und in seinem Selbstbestimmungsrecht vergewaltigt wird.

Ein gedemütigtes, zerrissenes und zu kümmerlichem wirtschaftlichem Dasein verdammtes deutsches Volk wäre ebenso eine stete Gefahr für den Weltfrieden, wie ein in seinen unveräußerlichen Rechten und Daseinsbedingungen geschütztes eine starke Stütze desselben sein würde.

Mögen jene, die heute die Macht haben, über den nächsten Tag hinaus an die Zukunft der Menschheit denken. Eine ungeheure Verantwortung liegt auf ihnen. Etwas ganz Neues kann heute zum Segen aller Völker geschaffen werden. Kurzsichtiger Mißbrauch der heutigen Macht kann alles verderben.

Deutsche Friedensgesellschaft.
Die Geschäftsleitung:
L. Quidde,
München,
I. Vorsitzender.
G. Rühle,
Stuttgart,
II. Vorsitzender.

Beilage Nr. 18
Quidde an Gertrud Bäumer über die Stellung des Bundes deutscher Frauenvereine zum internationalen Frauenkongreß in Den Haag vom 7. bis 10. April 1915
München, 16. Mai 1915

BA, NL Quidde/67. 8 Seiten. Maschinenschriftliche Abschrift.
Siehe oben S. 78 und S. 344, Anm. 250.

Sehr geehrtes Fräulein Doktor,

es war meine Absicht, auf Ihren Brief vom 22. April zu antworten, daß ich es sehr wohl begreife, wenn die Leitung des Bundes deutscher Frauen-Vereine Gewicht darauf legt, nicht für den Frauenkongreß im Haag verantwortlich gemacht zu werden, wenn sie das Bedürfnis empfindet, dieses Verhältnis auch öffentlich klarzustellen, wenn sie weiter die dem Bunde angeschlossenen Vereine ermahnt, Disziplin zu halten und als Organisationen der Veranstaltung fern zu bleiben, vielmehr den einzelnen Mitgliedern, die sich beteiligen wollen, die persönliche Verantwortung zu überlassen und sie zur Vorsicht gegenüber gewissen naheliegenden Bedenken zu mahnen, – daß aber diese berechtigte und pflichtgemäße Wahrung der Interessen der Organisation es nicht rechtfertigen, nun irgendwelche Vorwürfe gegen diejenigen Frauen, die, doch wohl auch nach gewissenhafter Erwägung, sich verpflichtet fühlen, den Kongreß zu besuchen, zu erheben. Ich wollte noch hinzufügung, daß ich selbst, wie Sie übrigens schon aus meinem Brief an die Liberale Landtagskorrespondenz wissen, nicht frei

von Bedenken war, die einerseits durch einen Teil der Resolutionsentwürfe wachgerufen waren, andererseits darauf beruhten, daß man öffentliche Kongreßverhandlungen plante, statt sich auf vertrauliche Aussprache zu beschränken, wie wir es, Männer und Frauen, auf der Haager Konferenz vom 7. bis 10. April getan haben, – daß ich mich deshalb verpflichtet fühlte, zu warnen, aber gleichwohl ebenso verpflichtet, die Sache zu fördern.

Dann dachte ich, es sei gescheiter, erst einmal abzuwarten, wie die Konferenz verlaufen würde, ob Ihre Befürchtungen durch sie widerlegt oder bestätigt werden würden.

Als ich die ersten zuverlässigen Mitteilungen über den befriedigenden und besonders für das deutsche Interesse günstigen Verlauf des Kongresses erhielt und darauf hin Ihnen schreiben wollte, kamen mir auch schon Nachrichten zu, daß Sie in vertraulichen Schreiben an die Vorstände der Frauenvereine noch weit schärfer, als es öffentlich geschehen, gegen jene Frauen, die aus den Reihen der Frauenvereine sich am Kongreß beteiligt hatten, vorgegangen seien. Ich wartete ab, bis sich herausstellen würde, was an diesen Gerüchten Wahres sei. Vertrauliche Schreiben solchen Inhaltes pflegen ja bald – und mit Recht! – der Öffentlichkeit übergeben zu werden. Letzter Tage erfuhr ich, daß in einem Berliner Blatt (ich denke der „Welt am Montag") der Wortlaut des Schreibens mitgeteilt sei, und daß es dort heiße, wie folgt:

„Der Bund deutscher Frauenvereine hat eine Beteiligung an dem internationalen Frauenkongreß im Haag abgelehnt. Er erklärt die Propaganda für diesen Kongreß sowie die Beteiligung daran für unvereinbar mit der vaterländischen Gesinnung und der nationalen Verpflichtung der deutschen Frauenbewegung. Aufgrund der Einmütigkeit, die sich in der Ablehnung des Kongresses bei den Vereinen, bei der organisierten Frauenbewegung gezeigt hat, muß der Bund jede Propaganda deutscher Frauen für den Kongreß als einen Verstoß gegen die Solidarität der deutschen Frauenbewegung betrachten. Eine solche Propaganda sowie den Besuch des Kongresses erklärt der Bund für unvereinbar mit jeder verantwortlichen Stellung und Arbeit innerhalb des Bundes deutscher Frauenvereine".

Mir wurde gesagt, daß dieses Schriftstück Ihre Unterschrift trage, und es wurde weiter erzählt, daß daneben noch ein Schreiben hinausgegangen sei, das ganz direkt die Vereine auffordere, die Frauen, die nach dem Haag gegangen seien, aus den Vorständen zu entfernen. Diese letztere Mitteilung scheint mir zu unsicher, um sie bei dem, was ich hier zu sagen habe, zu berücksichtigen.

Was aber das vorliegende, von Ihnen unterschriebene Schriftstück anlangt, so war ich zunächst geneigt anzunehmen, daß es sich um eine verleumderische Fälschung handle, da ich nicht glauben mochte, daß eine Frau, die ich als Intelligenz und Charakter schätze, noch dazu eine liberale Frau, ein Mitglied der Fortschrittlichen Volkspartei, imstande sei, etwas Derartiges mit ihrem Namen zu decken. Aber leider muß ich nach allem mich

wohl dazu bequemen, auf den Verdacht einer Fälschung zu verzichten. Sollte ich mich zu früh von meiner ursprünglichen Meinung haben abbringen lassen, so bitte ich Sie vielmals zu entschuldigen, daß ich, auch aufgrund der zwingendsten Zeugnisse, schließlich imstande war, so etwas für möglich zu halten. Es scheint aber, so sehr ich innerhalb widerstrebe, kaum ein Zweifel möglich.

Was in diesem Schriftstück gesagt ist, daß nämlich die Beteiligung an dem Kongreß und die Propaganda für ihn „unvereinbar mit der vaterländischen Gesinnung" sei, erinnert an die bösen Zeiten vor dem Kriege, in denen man der Sozialdemokratie die vaterländische Gesinnung absprach, und noch mehr an jene Jahrzehnte, in denen die verschiedensten Parteien, insbesondere auch jene Parteien, aus denen die Fortschrittliche Volkspartei erwachsen ist, wegen Mangels an Patriotismus verdächtigt und als Reichsfeinde bezeichnet wurden.

Daß dergleichen sich jetzt während des Krieges, innerhalb der deutschen Frauenbewegung und unter Mitwirkung liberaler Frauen wiederholt, ist geradezu ungeheuerlich, – trotz aller Entschuldigung, die man in der Kriegspsychose und der im allgemeinen herrschenden Urteilsverwirrung finden mag. Wer an führender Stelle steht und nicht etwa in der Wallung eines Augenblickes sich hinreißen läßt, sondern Kundgebungen, zu deren Abfassung ruhige Überlegung möglich war, ergehen läßt, darf diese Entschuldigung, die jetzt ja manches decken muß, nicht geltend machen.

Wer nun gar Mitglied der Fortschrittlichen Volkspartei ist, muß sich auch in Kriegszeiten erinnern, wie wir allgemein, ohne irgendeine Ausnahme und ohne irgendeinen Unterschied, in Friedenszeiten über diese Kampfesweise gedacht und öffentlich geurteilt haben. Daß uns kein Wort scharf genug war, um sie an den Pranger zu stellen, daß wir sie als politische Brunnenvergiftung, als eine infame, gemeine und niederträchtige Verleumdung politischer Gegner gebrandmarkt haben. Die Berechtigung dieses Urteils wird seit Kriegsausbruch auch von manchem politischen Gegner anerkannt. Und nun kommt aus unseren eigenen Reihen, und noch dazu aus der Frauenwelt, ein Angriff gegen Mitkämpferinnen und Volksgenossinnen, der diese Kampfmethode sich zu eigen macht, weil diese Frauen über die Erfordernisse ihrer vaterländischen Pflicht und die Folgerungen, die sie aus ihrer vaterländischen Gesinnung zu ziehen haben, anders denken als die große Mehrheit. Ist das nicht abscheulich? Und scheint es Ihnen jetzt nicht nachträglich ebenso abscheulich wie mir? Ich kann mir gar nicht anders denken, als daß Sie jetzt, wenn Sie das Schriftstück noch einmal lesen, meine Empfindungen teilen müßten.

Ich kann mir auch nicht denken, daß die Fortschrittliche Volkspartei jemals eine andere Stellung einnehmen wird, so schauerlich sich auch sonst vielfach die „Umwertung aller Werte" darstellt, zu der dieser Krieg geführt hat. Sie würde sich selbst aufgeben.

Auch wird die Fortschrittliche Volkspartei, die in ihrem Programm die internationale Verständigung stehen hat und hoffentlich beibehalten

wird, wenn nicht jetzt während des Krieges, doch jedenfalls nach Friedensschluß, wenn ein ruhigeres Urteil möglich ist, den Frauen Gerechtigkeit widerfahren lassen, die jetzt in Erfüllung einer vaterländischen Pflicht, wie sie sie auffassen, nach dem Haag gegangen sind und sich damit in den (allerdings nach meiner Meinung sehr bescheidenen) Grenzen der Wirkung eines solchen Kongresses um die deutsche Sache verdient gemacht haben.

Der Verlauf des Kongresses ist nämlich nach allem, was ich davon höre, eine glänzende Widerlegung der Besorgnisse, die Sie mit solcher Sicherheit geäußert haben und die ich bekenne, zum Teil, wenn auch vorsichtiger, geteilt zu haben. Von einer außerordentlich berufenen Stelle, die ich leider nicht nennen darf (Sie würden sich sonst sehr wundern), ist die Tätigkeit der deutschen Frauen auf dem Kongreß als verdienstlich anerkannt worden. Daß sie für die deutsche Sache in Holland günstig gewirkt haben, ist mir von urteilsfähiger, holländischer Seite bestätigt worden. Auch die deutsche Regierung hat bei dem Kongreß gut abgeschnitten. Es hat auf das neutrale Ausland einen guten Eindruck gemacht, daß die deutsche Regierung zwanzig deutsche Frauen ungehindert nach dem Haag ziehen ließ, während die englische Regierung den angemeldeten (allerdings fast 200) englischen Frauen solche Schwierigkeiten bereite. Ja, noch mehr, das deutsche Generalgouvernement in Brüssel hat den vier belgischen Frauen, die den Kongreß besuchen wollten, ein Regierungsauto zur Verfügung gestellt, weil sie, da der Grenzeisenbahnverkehr in jenen Tagen gesperrt war, sonst den Kongreß nicht hätten erreichen können. Es ist überhaupt eine ganz falsche Vorstellung, daß unsere amtlichen Stellen der Anknüpfung privater, internationaler Beziehungen so ablehnend gegenüberständen wie der größte Teil der (in diesem Punkte wirklich blöden), öffentlichen Meinung. Selbstverständlich wird sie jede Verantwortung für dergleichen Anknüpfungen ablehnen, und sie wird mit Recht erklären können, daß sie nichts mit ihnen zu tun hat; aber sie läßt sie gewähren und spricht über die, die sich daran beteiligen, nicht Acht und Bann aus, wie es der Bund deutscher Frauenvereine getan hat. Ich hatte versucht, Sie durch Übersendung meines an die Liberale Landtagskorrespondenz gerichteten Briefes nach dieser Richtung hin zur Vorsicht und Zurückhaltung zu mahnen. Leider vergebens. Und leider darf man nicht alles sagen.

Im neutralen Ausland für Deutschland zu wirken, wie es Frauen und Regierung bei diesem Frauenkongreß getan haben, tut bitter not. Wie sehr, kann vielleicht nur ermessen, wer wiederholt im neutralen Ausland unter Menschen der verschiedensten Gesinnung, auch solchen, die von Hause aus als Deutschland wohlgesinnt gelten dürfen, verkehrt hat. Die Verletzung der belgischen Neutralität hat auch auf ehrlich-deutschfreundliche Personen einen Eindruck gemacht, von dem man bei uns im Lande noch immer keine rechte Vorstellung hat. Dazu kam dann der Versuch, diese Neutralitätsverletzung abzustreiten, an den Worten, die der Reichskanzler in verantwortungsvoller Stunde gesprochen hat, zu rütteln und den ursprünglichen Standpunkt, den man sehr wohl gegen die fanatische Ver-

lästerung Deutschlands behaupten konnte, zu verlassen, um eine Auffassung zu vertreten, die uns kein Mensch glaubte. Dazu die unglückselige Erklärung der Intellektuellen an die Kulturwelt und die vielleicht noch schlimmere Erklärung der deutschen Hochschullehrer, Kundgebungen, bei denen man einer erklärlichen Stimmung genügt hat und vielleicht auf die Stimmung im Inneren einzuwirken mit Recht versuchen wollte, bei denen man aber, wie es scheint, jeden Gedanken an die verderbliche Wirkung auf das ganze neutrale Ausland vollkommen außer Acht ließ, oder mindestens nicht richtig einschätzte. Ich habe ja schaudernd beobachten können, welche verwüstende Wirkung all diese Schriften und Erklärungen geübt haben und wie man damit geradezu den Boden gelockert hat, auf dem das Unkraut der gegen Deutschland ausgestreuten Verleumdungssaat üppig emporgewuchert ist. Die Stimmung im neutralen Ausland hat aber nicht nur Gefühlswert, sondern eine große, wenn auch nicht in allen Teilen meßbare praktische Bedeutung. Da war das Auftreten der deutschen Frauen im Haag ein, wenn auch noch so minimales, günstiges Moment. Und vom vaterländischen Standpunkt aus kann man die Anklage mit Recht erheben, daß das, was deutsche Frauen im Haag genützt haben, durch den Bund deutscher Frauenvereine nach Kräften ruiniert worden ist.

Eines ist mir bei dieser Erfahrung noch besonders schmerzlich. Wir alle sind wohl gelegentlich in eine peinliche Lage gekommen, wenn ein steifnackiger Junker, ein überzeugter Zentrumsmann oder ein konsequenter Sozialdemokrat uns die Schwäche des bürgerlichen Liberalismus vorhielt, daß es ihm neben politischem Wirklichkeitssinn vor allem an Festigkeit und Charakter fehle, weniger vielleicht noch dem bürgerlichen Liberalismus, als dem liberalen Bürgertum, auf das sich die liberalen Parteien stützen sollen. Wir haben dann versucht, diese Vorwürfe zurückzuweisen, haben auch manches dagegen sagen können, weil der Gegner zum Glück in der Regel gehässig übertrieb und Karikaturen zeichnete; aber wir haben innerlich wohl oft die Empfindung gehabt, „und möcht' ich sie zusammenschmeißen; könnt ich sie doch nicht Lügner heißen." Wir, die wir die Frauenbewegung mit innerer Teilnahme haben wachsen sehen und die wir uns zur Forderung des Frauenstimmrechtes bekennen, haben mit den führenden Frauen wohl gehofft, daß die unverbrauchte und nicht durch Taktik korrumpierte Kraft der Frauen ein Element innerer Erneuerung und stärkerer Charakterfestigkeit in den Liberalismus bringen werde. Nun diese Enttäuschung! Schlimmer hätte ja die schlechteste Männerorganisation nicht handeln können!

Dazu kommt für mich (ich wiederhole es ganz aufrichtig) die starke persönliche Enttäuschung, dergleichen an Ihnen zu erleben. Als ich vor Wochen zum erstenmale von dem Vorgehen Ihres Bundes hörte, habe ich, unbedingt vertrauend, Ihre Partei genommen. Es ist mir schmerzlich, jetzt so schreiben zu müssen.

Es ist ja vielleicht nicht meine Sache, Ihnen zu raten, und Sie mögen Recht haben, einen unerbetenen Rat zurückzuweisen. Aber bei dem starken

persönlichen und sachlichen Interesse, das ich an dieser Frage nehme, werden Sie es doch vielleicht verstehen, wenn ich mir zum Schluß gestatte, einen solchen Rat auszusprechen.

Sie sollten, meine ich, ganz offen und rückhaltlos erklären, daß Sie mit der Verdächtigung der vaterländischen Gesinnung der Frauen, die nach dem Haag gegangen sind, – oder sagen wir ganz objektiv: mit dem Angriff auf deren vaterländische Gesinnung – Unrecht getan haben, daß Sie diese Worte zurücknehmen, da Sie sich überzeugt haben, daß diese Frauen entsprechend ihrer eigenen Auffassung im vaterländischen Interesse zu wirken glaubten und nach Kräften im Haag so zu wirken versucht haben. Sie können dabei vollständig aufrecht erhalten, daß die Vereine des Bundes deutscher Frauenvereine mit diesem Kongreß nichts zu tun haben und sich als Vereine auf etwaige künftige ähnliche Bestrebungen nicht einlassen sollen. Aber Sie müssen den einzelnen Mitgliedern Freiheit geben, nach ihrer Überzeugung zu handeln, und Sie müssen die Aufforderung, diese Frauen aus der Leitung der Frauenvereine zu entfernen, ohne Wenn und Aber zurücknehmen.

Ich bitte Sie, diesen Brief Herrn Naumann und Frau Minna Cauer vorzulegen. Beider Urteil wird ja für uns beide von Bedeutung sein.

In der Hoffnung, Sie überzeugt zu haben,

hochachtungsvoll
L. Quidde.

Beilage Nr. 19
Die Gestaltung eines künftigen Friedensvertrages; Protokoll einer vertraulichen Versammlung vom 28. August 1915 im Russischen Hof, Berlin

BA, NL Quidde/67. 9 Seiten. Von Hans Wehberg gezeichnete, nach dem Stenogramm niedergeschriebene Ausfertigung vom 5. Oktober 1939 [!]. Maschinenschriftliche Vervielfältigung.
Siehe oben S. 83 f.

Anwesend: Geh. Komm. Rat Dr. Georg Arnhold, Eduard Bernstein, Dr. Walther Borgius, Dr. Rudolf Breitscheid, Frau Minna Cauer, Geheimrat Prof. Wilhelm Foerster, Dr. Eduard Fuchs, Hellmut von Gerlach, Rudolf Goldscheid, Graf U. von der Groeben, Geh. Justizrat Dr. Adolf Heilberg, Wilhelm Herzog, Prof. Dr. J. Jastrow, Bankdirektor Hermann Maier, Dr. Friedrich Naumann, Prof. Dr. Franz Oppenheimer, Baron Karl Puttkamer, Dr. Ludwig Quidde, Ernst Reuter, Konsul a. D. Dr. Hans Schlieben, Prof. Walther Schücking, Dr. Helene Stöcker, Kurt v. Tepper-Laski, Dr. Hans Wehberg, Dr. Wirth – Frankfurt a. M.

Quidde eröffnet die Versammlung um $^1/_2$ 5 Uhr und schlägt mit allgemeiner Zustimmung Schücking zum Vorsitzenden vor.

Schücking empfiehlt die Wahl von Reuter und Wehberg zu Schriftführern, was angenommen wird.

Schücking begrüßt die Anwesenden im Namen des Komitees, das sich aus Graf Arco, E. Bernstein, R. Goldscheid, L. Quidde und W. Schücking zusammensetzte. Die Zeit sei gekommen, um ein Friedensprogramm aufzustellen und darzulegen, wie sich ein Friede ohne vergewaltigende Annexion erreichen lasse. Er gibt sodann Quidde das Wort zu einem Bericht über die Vorarbeiten, die zur Einberufung der heutigen Sitzung geführt haben.

Quidde: Goldscheid habe den Gedanken zuerst aufgenommen. Wenn man gegenüber den Annexionsfreunden, die ein detailliertes Programm aufgestellt hätten, erfolgreich auftreten wolle, müsse man klarstellen, wie die Zukunft des deutschen Volkes ohne Annexion geregelt werden könne. Man wolle in einer umfassenden Denkschrift die positiven Ziele klarstellen. Das schließe nicht aus, daß die Denkschrift gleichzeitig gegen die Annexionisten polemisiere. Für die spätere Auseinandersetzung solle die Grundlage geschaffen werden. Man habe gesagt, eine weitere Denkschrift sei nicht nötig, da die erste Denkschrift schon ausreiche; die erste Denkschrift habe aber das, was man jetzt dartun wolle, nur kurz enthalten. Man habe auch gesagt, man renne nur offene Türen ein, da die Regierung gar nicht an die Annexion von Belgien denke. Man wisse aber nicht, wie die Anschauungen wechseln könnten. Vor allem seien im großen Publikum doch viele derartige, auf Annexion laufende Bestrebungen vorhanden. Man habe schließlich gesagt, wenn man an das Positive ginge, würde man auf viele Meinungsverschiedenheiten bei den Annexionsgegnern stoßen. Das lasse sich überwinden, wenn man sich nur über die großen Grundgedanken einige, während man in kleineren Punkten Freiheit lassen wolle.

Was nun die Vorarbeit anlange, so habe man von dem rechten Flügel der vorgesehenen Persönlichkeiten nur Absagen erhalten. Delbrück habe sich nicht beteiligt, weil er meine, die erste Denkschrift genüge schon. Dernburg habe seine volle Sympathie ausgesprochen und würde den für ihn vorgesehenen Abschnitt über Kolonialpolitik vollkommen schreiben können, wie es gewünscht werde, fürchte aber, verantwortlich gemacht zu werden für das, was in den anderen Teilen der Denkschrift stände. Vielleicht sei seine Meinung nicht endgültig. Brentano glaube, es sei besser, wenn er nicht mitmache, da er in bezug auf die Frage der baltischen Provinzen andere Anschauungen habe. Lotz habe, wenn auch nicht aus grundsätzlichen Erwägungen, abgelehnt, weil er durch andere Arbeit abgehalten werde. Die Denkschrift solle Männer aus den verschiedensten Lagern vereinigen. Eine Schwierigkeit liege vielleicht darin, daß in der Denkschrift schon Betrachtungen über die innere Politik gemacht werden müßten. Durch die Nicht-Teilnahme verschiedener Persönlichkeiten solle man sich nicht abschrecken lassen.

Baron v. Puttkamer: Ihm erscheine die ganze Sache verfrüht, da der Friede noch nicht in Aussicht stände. Bei den Friedensverhandlungen würden

wir zudem gar nicht gehört. Die Regierungen würden darauf keinen Wert legen. Ihm erscheine es notwendiger, auf die deutsche Regierung einzuwirken, durch geeignete Maßnahmen für den Frieden zu wirken. Es gebe keine Regierung und kein Volk, das nicht den Krieg bedauere. Alle Regierungen hielte die Angst vor der Bevölkerung von dem Frieden ab; sie hätten alle erst von den größten Vorteilen des Krieges für das Volk gesprochen und wären sich nun bewußt, daß sie ihre Versprechen nicht erfüllen könnten. Es gebe kein anderes Mittel, den Krieg zu überwinden, als daß sich die Völker verpflichteten, alle ihre Streitigkeiten einem internationalen Schiedsgerichte zu unterwerfen.

Heilberg: Es sei nicht zu früh, denn es dauere einige Wochen, vielleicht Monate, bis die Schrift fertig sei.

Schücking: Wir brauchten gar nicht mehr auf unsere Regierung einzuwirken; sie nehme in der Annexionsfrage einen sehr vernünftigen Standpunkt ein und wünsche einen anständigen Frieden. Der holländische Anti-Oorlog-Raad habe kürzlich eine ständige Versammlung von Neutralen vorgeschlagen, die den geeigneten Moment für den Frieden abwarten solle; in Berlin sei es unangenehm empfunden worden, daß als Vorbedingung der Verzicht auf die Annexion Belgiens verlangt wurde. Trotzdem hätten die französische und englische Gesandtschaft im Haag gegen den Vorschlag protestiert. Die feindlichen Regierungen hätten erklärt, man wolle gegenwärtig nichts vom Frieden wissen. Der holländische Minister des Äußeren habe gesagt, das sei doch zunächst nur eine private Anregung; aber die feindlichen Staaten hätten darauf hingewiesen, die Aktion des Anti-Oorlog-Raad sei gewiß von deutscher Seite angeregt worden; deshalb habe es keinen Wert, gerade die deutsche Regierung um Frieden zu bitten.

Bernstein: Er glaube, der Bericht über die Haager Vorgänge sei vielleicht nicht ganz genau; es sei vor allem zweifelhaft, ob der französische und englische Gesandte im Auftrag ihrer Regierungen gehandelt hätten. In den westlichen Ländern herrsche allerdings die Anschauung, daß ein Friede im jetzigen Augenblick einen Sieg des deutschen Militarismus bedeuten würde. Auch friedlich gesinnte Kreise in jenen Ländern hätten Furcht vor einem Frieden in diesem Augenblick. Worauf sie ihre Hoffnung setzten, daß die Lage sich ändere, könne man nicht sagen; jedenfalls sei sie vorhanden. Das merke man auch aus der Antwort von Sir Edward Grey, die zeige, daß Grey innerhalb der englischen Regierung die pazifistische Seite vertrete. Man müsse bei der ganzen Sache bedenken, daß die Franzosen sehr mißtrauisch seien; dann werde man den Vorgang im Haag verstehen; die Zeit würde kommen, wo drüben die Friedensstimmung größer würde. Ein Sammelwerk, wie es beabsichtigt sei, werde dazu beitragen, das Mißtrauen zu beseitigen. Er selbst habe ursprünglich das Bedenken gehabt, es kämen zu viel verschiedene Auffassungen unter einen Hut; er sei der Meinung, ein solches Werk könne von einem großen, einheitlichen Gedanken erfaßt werden. Die Grundlage des Werkes müsse „Die Wiederherstellung Europas“ sein. Wenn man von den

gleichen Rechten der Nationen im internationalen Rahmen ausgehe, dann könne eine solche Denkschrift sehr viel Gutes wirken und die Stimmung für den europäischen Frieden vorbereiten. Am Schlusse weist er auf ein Wort von Friedrich Engels hin, daß jede Sicherung der Grenzen Gegenmaßregeln und im Endresultat eine Verschlechterung der militärischen Lage zur Folge habe.

Dr. Fuchs: Er habe bei verschiedenen Besuchen in der Schweiz die Überzeugung gewonnen, daß dort seit Herbst 1914 das Mißtrauen gegenüber Deutschland stark gewachsen sei. Überall, wo er hingekommen sei, habe man die deutschen Annexionsabsichten gefürchtet. Es müsse alles geschehen, um diese Befürchtungen im Auslande zu zerstreuen. Im übrigen bedürften gerade unsere politischen Leiter der Aufklärung. Man müsse ferner den Annexionspolitikern das Handwerk legen, was nur möglich sei, wenn man sie widerlege.

Jastrow: In der Hauptfrage, ob eine solche Schrift veröffentlicht werden solle, stimme er überein. Es sei sehr wichtig zu erfahren, welche Meinungen vorhanden seien. Auch sei der jetzige Zeitpunkt sehr geeignet. Die Denkschrift der Alldeutschen sei sicherlich sehr bedenklich. Er weiche aber in den folgenden Punkten von der Ansicht der Einberufer der Versammlung ab. Auch wer Annexionen ablehne, werde Grenzregulierungen vorbehalten. (Quidde: Das steht schon in der Denkschrift). Ein weiterer Vorbehalt treffe Kolonien und Kohlestationen. Abgesehen davon habe er das Verlangen, uns für ein Menschenalter vor unseren Feinden Ruhe zu verschaffen. Bleibe für das letztere Ziel kein anderes Mittel übrig, dann sei er für Annexion. Es könne z. B. kein Land geben, das zu besitzen wir weniger Grund hätten als Belgien. Nach einem Kriege mit soviel Blutvergießen könne er sich aber nicht dazu entschließen, den früheren Zustand wiederherzustellen. Nur wenn anderswie eine Sicherheit geschaffen werde, sei er für den Verzicht auf Annexionen. Man müsse in jedem Einzelfalle prüfen, ob eine Annexion nötig sei. Die Weltgeschichte lehre, daß viele Annexionen Kriege herbeigeführt, aber auch Kriege verhindert hätten. Solle es verboten sein, nach einem Kriege eine bessere Einteilung der Landkarte zu finden? Das sei ja eine Rückkehr zu dem Legitimitätsprinzip der Heiligen Allianz. Nach einem großen Kriege habe der Sieger die Pflicht, die territoriale Einteilung so zu gestalten, daß der Friede von Dauer sei.

v. Gerlach: Er verspricht sich nichts davon, wenn Persönlichkeiten wie Jastrow mitwirkten, die vielleicht große Grenzberichtigungen erstrebten. Wichtiger als Leute mit Namen sei der einheitliche Geist.

Wirth: Man solle eine Anzahl von Broschüren herausgeben, bei denen jeder einzelne Mitarbeiter frei sei. Es käme ferner auch auf den Namen der Mitarbeiter an. Es dürfe dem Auslande gegenüber die Arbeit nicht als die einer Gruppe erscheinen, die keine große politische Bedeutung hätte.

Naumann: Auf eine Gemeinschaft, die sich auf die Stellung gegen die Annexion festlege, könne er sich nicht einlassen. Er unterschreibe alles, was

Jastrow ausgeführt habe. Er unterschreibe den Satz, daß die Kosten des weitergeführten Krieges nicht dadurch ausgeglichen werden könnten, daß man Entschädigungen hereinhole. Er unterschreibe ferner den Satz, man solle nicht nur egoistisch verfahren, sondern an eine Wiederherstellung Europas denken. Diejenigen, die wie er zu den Verständigungskonferenzen der Vorkriegszeit gegangen seien, hätten sich etwas von jenem Internationalismus innerhalb des blutigen Streites bewahrt. Er bedauere, daß man die Gegnerschaft gegen die Annexion zu einem Grundbekenntnis mache. Nachdem bisher die Weltgeschichte aus Grenzberichtigungen usw. bestanden habe, könne man nicht erklären, daß von jetzt ab das Gegenteil der Fall sein solle. Das wäre nicht praktisch. Das Bekenntnis, nicht annektieren zu wollen, schwäche uns für die Ausgleichsverhandlungen. Besonders in bezug auf Belgien sei dies der Fall. Belgien sei ein Kunstprodukt, das immer eine Gefahr zwischen Deutschland und Frankreich bleiben werde. Es dürfe in der früheren Form nicht wiederhergestellt werden.

Wehberg widerspricht der Auffassung Naumanns über Belgien und weist u. a. darauf hin, daß Belgien auf den Haager Friedenskonferenzen eine viel erfreulichere Rolle gespielt habe als das Deutsche Reich.

Quidde: Er begreife nicht, wie unter Menschen, die das Recht der einzelnen Nationen an die Spitze stellten, über die Grundfrage der Annexion eine Meinungsverschiedenheit möglich sei könne.

Bernstein: Es sei falsch, zu verwechseln, was die Diplomatie und was wir tun sollten: Wir sollten die Bedingungen eines günstigen Friedens aufstellen; es sei Sache der Diplomatie, dabei auch andere Fragen zu berücksichtigen. Wenn er von Annexion spreche, spreche er nicht als Legitimist, sondern gegen die Vergewaltigung.

Breitscheid tritt im Gegensatz zu Naumann dafür ein, neue Gedanken in die Weltgeschichte zu bringen. Gegner der Annexion im Osten heiße nicht, auf Schwächung Rußlands zu verzichten; aber man wolle freie Staaten an der russischen Grenze ins Leben rufen. Wenn die Möglichkeit bestände, ein selbständiges Finnland und Polen zu gründen, so solle man die Finnen und Polen fragen.

Oppenheimer ist auch gegen Annexionen. Goldscheid verlange aber mit Recht Sicherungen, um auf Annexionen zu verzichten. Der Begründung dieser Sicherungen müsse die Denkschrift dienen. Garantierungen und Neutralisierungen hätten keinen Wert, ebensowenig die Freiheit der Meere. Die Frage sei vielmehr, welche realen Garantien uns gegeben würden. Genügten diese nicht, so müßten wir annektieren. Das Chaos Europas sei die Folge der Grundorganisation der kapitalistischen Wirtschaft. Man rede von Annexion und Nicht-Annexion. Gebe es aber kein Mittelding? Eine Zollgemeinschaft mit Belgien sei doch möglich. Eine Politik der absoluten Verneinung könne er also nicht gutheißen.

Arnhold: Es habe ihn zuerst bestochen, daß sich so viele bedeutende Persönlichkeiten an der Sache beteiligen würden. Da dies nun doch nicht

der Fall sei, habe ihm die Arbeit dann weniger zweckmäßig geschienen. Sowohl Regierungs- wie militärische Kreise seien gar nicht so für übertriebene Annexionen. Gerade Hindenburg habe gesagt, im Westen halte er Lüttich und Namur für ausreichend, und auch im Osten solle man sich beschränken; gerade die Erfahrungen in Polen lehrten dies.

Trotzdem halte er die Sache letzten Endes für zweckmäßig. Es würde auf das Ausland eine starke Wirkung ausüben, wenn man die beabsichtigte Denkschrift herausgebe. Im Inlande selbst werde allerdings die Wirkung nicht so groß sein, weil die bedeutenden Persönlichkeiten nicht mitarbeiteten.

Jastrow faßt nochmals zusammen, daß er anders eingestellt sei, glaubt aber, es würde doch etwas Lehrreiches bei dem Unternehmen herauskommen.

v. Gerlach bekennt sich als Gegner von Kompromissen mit den Annexionisten. Es handle sich hier um einen Gegenpol gegen die Annexionisten; deshalb dürfe man den Gegnern, die gleichfalls keine Kompromisse schlössen, nicht entgegenkommen.

Goldscheid: Wir würden unserer Sache nur schaden, wenn wir uns auf den Standpunkt stellen würden, daß wir keine Annexionen wollten, ohne dafür andere Sicherheiten zu schaffen. In dieser Beziehung sei auch zwischen ihm und Quidde kein Gegensatz vorhanden.

Auf Vorschlag Schückings einigte man sich auf folgende Resolution:

„Die Versammlung beschließt, ein Werk herauszugeben (evtl. in einer Reihe von Einzelschriften) mit dem Zweck, zu zeigen, wie ohne Begründung neuer, auf Gewalt beruhender Herrschaftsverhältnisse, die die innere Geschlossenheit des Deutschen Reiches gefährden würden, ein Friede geschlossen werden kann, der die Interessen des Deutschen Volkes und seine freie nationale, wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung sichert, sowie ein dauerndes friedliches Zusammenleben der zivilisierten Völker gewährleistet."

Am Sonntag, den 29. August 1915 fand eine Fortsetzung der Tagung statt, bei der über den Inhalt der in das Werk aufzunehmenden Kapitel beraten wurde. Bei dieser zweiten Beratung waren anwesend: Georg Arnhold, Eduard Bernstein, Dr. Rudolf Breitscheid, Frau Minna Cauer, Dr. Eduard Fuchs, Rudolf Goldscheid, Adolf Heilberg, Hermann Maier, Otto Opet, Rudolf Penzig, Ludwig Quidde, Walther Schücking, Magnus Schwantje, Hugo Simon, Helene Stöcker, Hans Wehberg und Wirth – Frankfurt a. M.

Das Protokoll über diese zweite Sitzung ist nur unvollständig erhalten. Seine Wiedergabe unterbleibt daher.

Niedergeschrieben nach dem Stenogramm erst am 5. Oktober 1939.
Hans Wehberg.

Beilage Nr. 20
Die Handhabung des Gesetzes über den Belagerungszustand gegenüber den deutschen Pazifisten. Nachtrag zur gleichnamigen Denkschrift vom 1. Juli 1917
2. Oktober 1917

BA, NL Quidde/68. 5 Seiten. Auszug aus der insgesamt 12 Seiten umfassenden Eingabe an den Reichstag.
Siehe oben S. 146.

Im folgenden ist nur zusammengestellt worden, was sich uns ohne besonderes Bemühen an Nachträgen dargeboten hat. Eine systematische Sammlung des Materials war leider nicht möglich.

1. Maßnahmen gegen Organisationen.
(Vereins- und Versammlungspolizei.)

[...]

Von dem Vorgehen des Oberkommandos in den Marken gegen die Berliner Ortsgruppe der Deutschen Friedensgesellschaft ist in der Denkschrift schon berichtet worden. Dazu ist folgendes nachzutragen.

Am 15. Mai beantragte die Ortsgruppe für den Monat Juni die Genehmigung zweier Versammlungen. In der einen sollte Frau Dr. Stöcker über Friedrich Nietzsche, in der anderen Geheimrat Professor W. Foerster über „Die Organisation der Erde" sprechen. Das waren gewiß keine die öffentliche Sicherheit bedrohenden Themata, um so weniger, wenn man für das zweite, das allenfalls einen Anschein von politischer Aktualität haben kann, die Person des Vortragenden in Betracht zieht. Das Polizeipräsidium aber versagte am 2. Juni die Genehmigung. Die Beschwerde dagegen an den Obermilitärbefehlshaber wurde am 24. Juli eingereicht. Am 1. September, also zur gleichen Zeit, da der Hauptausschuß des Reichstags seine Forderungen auf Beseitigung der politischen Zensur formulierte, erhielt der Verein ablehnenden Bescheid. [...]

In Stuttgart ist der dortigen Ortsgruppe[1], wie ausdrücklich anerkannt sei, die Abhaltung einer öffentlichen Versammlung gestattet worden, die am 11. September stattgefunden hat, ohne anderen Beschränkungen als den allgemein für öffentliche Versammlungen geltenden unterworfen zu sein. Eine Diskussion wurde nicht gestattet, und aus der Resolution wurde eine Zeile gestrichen, in der die Erwartung ausgesprochen war, der Reichstag werde sich „durch die gegen ihn gerichteten Verdächtigungen und Beschimpfungen" nicht einschüchtern lassen. Es ist immerhin bezeichnend, wie selbst unter günstigen Verhältnissen noch mit zweierlei Maß gemessen wird. Beschimpfungen und Verdächtigungen gegen die Reichstagsmehrheit läßt die militärische Zensur – womit wir ganz einverstanden sind – passieren; aber in einer

[1] Gemeint ist die Ortsgruppe Stuttgart der Zentralstelle Völkerrecht (d. Hg.).

öffentlichen Kundgebung gegen solche Beschimpfungen und Verdächtigungen zu protestieren, erscheint ihr als eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit. [. . .]

2. Maßnahmen gegen einzelne Personen.
(Beschränkung der Freizügigkeit, Verweigerung von Auslandspässen.)

[. . .]

Im Oktober 1916, als das Oberkommando daran ging, die neugegründete Zentralstelle Völkerrecht lahmzulegen, hatte es Dr. Quidde aus Berlin ausgewiesen, da er ein Verbot – nicht etwa des Oberkommandos, sondern des Bayer. Kriegsministeriums – in Berlin durch Erstattung eines Geschäftsberichts in einer geschlossenen Versammlung übertreten habe, und hatte zugleich, um ganz sicher zu gehen, das Verbot des Bayer. Kriegsministeriums für seinen Befehlsbereich wörtlich übernommen. Erst hängen und dann köpfen, bietet doch immerhin doppelte Sicherheit.

Nachdem der Reichskanzler am 19. November 1916 seine bekannte Erklärung über den Schrei nach Verständigung und über den Friedensbund der Völker abgegeben hatte, machte sich im Bayer. Kriegsministerium die Überzeugung geltend, daß die Verbote pazifistischer Tätigkeit, wenigstens im bisherigen Umfang nicht mehr aufrechterhalten werden könnten. Ende Dezember 1916 wurde auch die gegen Dr. Quidde gerichtete Verfügung zurückgenommen. Die Ausweisung aus Berlin, die wegen der angeblichen Übertretung des nun gefallenen bayerischen Verbotes erfolgt war, konnte nicht wohl weiter aufrechterhalten werden und wurde am 10. Januar 1917 aufgehoben. Bestehen aber blieb nicht nur die Verfügung vom 24. Februar, die Dr. Quidde im Befehlsbereich des Oberkommandos öffentliche pazifistische Werbetätigkeit untersagte, sondern auch die Verfügung vom Oktober 1916, die Tochterverfügung des aufgehobenen bayerischen Verbots, die jede Art von Betätigung pazifistischer Gesinnung unter Strafe stellte. Vergebens beantragte Dr. Quidde beim Oberkommando die Aufhebung beider Verfügungen. Er wandte sich deshalb am 12. Juni mit einer Beschwerde an den Obermilitärbefehlshaber. Die Antwort des Oberkommandos vom 7. Juli ging dahin, daß der Obermilitärbefehlshaber es abgelehnt habe, die vom Oberkommando getroffenen Anordnungen aufzuheben oder abzuändern.

Es ist also heute noch Rechtens, daß ein Mann, der an der Spitze der beiden wichtigsten pazifistischen Organisationen Deutschlands steht, in Berlin und in der Mark Brandenburg keinerlei Tätigkeit in pazifistischem Sinne entfalten, keinerlei Schriften verbreiten, keinen Verkehr mit auswärtigen Gesinnungsgenossen, insbesondere nicht durch Vermittlung der Post und des Telegraphen pflegen darf usw.!

Das ist Rechtens zu einer Zeit, da die pazifistischen Ideen sich in weitem Maße der deutschen Volksvertretung und der Reichsregierung bemächtigt haben. Das ist Rechtens in dem gleichen Berlin, in dem der Unabhängige Ausschuß und die Deutsche Vaterlandspartei große Versammlungen halten

und gegen die Mehrheit der deutschen Volksvertretung in den Ausdrücken der größten Geringschätzung leidenschaftliche Angriffe richten dürfen.

Frl. Lida Gustava Heymann [...] hat unter dem Eindruck der neueren Entwicklung der Friedensfrage am 4. September ein Gesuch um Aufhebung der gegen sie gerichteten Verfügung eingereicht. In der Begründung heißt es:

„Nachdem der Reichstag am 19. Juli die bekannte Friedensresolution angenommen hat, nachdem der Reichskanzler sich zum Inhalt derselben bekannt hat, nachdem in der Presse, in Versammlungen, in der Bevölkerung im Reiche und in Bayern der in der Friedensresolution zum Ausdruck gekommene Standpunkt allgemein vertreten wird, nachdem der oberste Kriegsherr, der Deutsche Kaiser, ihre skandinavischen Mitarbeiterinnen durch den kgl. dänischen Gesandten seinen Dank für eine an ihn gerichtete Friedensadresse hat aussprechen lassen, dürfte kein Grund mehr vorliegen, einer deutschen Frau den Aufenthalt in Bayern zu verweigern, nur weil sie schon seit längerer Zeit denselben Anschauungen gehuldigt hat."

Die Antwort ging dahin, daß der Bitte um Aufhebung der ergangenen Anordnungen nicht stattgegeben werde. [...]

3. Maßnahmen gegen Preßerzeugnisse. (Literarische Zensur.)

Auch bei der Unterdrückung pazifistischer Schriften und Flugblätter hat sich das Oberkommando in den Marken besonders hervorgetan.

Unsere am 20. April an den Reichstag gerichtete Eingabe ist unter dem Titel „Die Friedensfrage nach der russischen Revolution" als Broschüre gedruckt, von der zuständigen Zensurstelle nicht beanstandet und nur für die Ausfuhr nicht freigegeben worden. Das Oberkommando in den Marken aber hat der Zentralstelle Völkerrecht die Versendung der Schrift, die nach den für die Zentralstelle geltenden Vorschriften ohnedies nur an Mitglieder hätte geschehen dürfen, verboten. Wir gestatten uns, eine Anzahl Exemplare dieser Schrift für solche Mitglieder, die sich ein Urteil über das Verbot bilden möchten und die Eingabe vom 20. April nicht mehr zur Hand haben, zur Verfügung zu stellen.

Am 16. August hat das Oberkommando „die Einfuhr, die Durchfuhr und den Vertrieb" der beiden Schriften „Völkerrechtsgeist" von Dr. Hugo Sinzheimer und „Der Weltfriedensbund und die Wiedergeburt des Völkerrechts" von Walther Schücking, verboten. Zugleich wurde die Beschlagnahme der etwa vorhandenen Exemplare angeordnet. Die beiden Schriften sind die ersten Hefte einer Schriftenreihe „Nach dem Weltkrieg", Schriften zur Neuorientierung der auswärtigen Politik, die im Verlag Naturwissenschaften erscheint. Sie haben ganz vorschriftsmäßig die Leipziger Zensur passiert und sind Monate lang durch den Buchhandel in ganz Deutschland vertrieben worden, bis es einem Zensor des Berliner Oberkommandos, der offenbar wahllos alles Pazifistische umzubringen für verdienstlich hält, einfiel, sie für den „diesseitigen Befehlsbereich" zu verbieten. Beide Schriften sind wäh-

rend der Frühjahrssession des Reichstags auf unsere Veranlassung den Mitgliedern des Hohen Hauses in einer Anzahl von Exemplaren zur Verfügung gestellt worden; die Schücking'sche Schrift ist außerdem verschiedenen Herren direkt zugegangen, da wir glaubten annehmen zu dürfen, daß sie sich für die wissenschaftliche Erörterung der Probleme, die jedenfalls in nicht ferner Zeit auch den Reichstag beschäftigen müssen, besonders interessieren würden. Der Reichstag wird sich also leicht darüber ein Urteil bilden können, welche Berechtigung vorlag, diese Schriften zu verbieten. Für uns gehört diese Maßnahme zu den unverständlichsten aus der Sphäre der Zensur-Unverständlichkeiten. Eine von Herrn v. Gerlach, dem Vorsitzenden der Geschäftsleitung der Zentralstelle Völkerrecht, an den Obermilitärbefehlshaber gerichtete Beschwerde ist bisher erfolglos geblieben.

Es muß aus diesem Anlaß die Frage aufgeworfen werden, was die Zensur am Verlagsort noch für einen Sinn hat, wenn im Bereich jedes Generalkommandos der Vertrieb einer dem Verleger genehmigten Schrift wieder verboten werden kann. Auch vom geschäftlichen Standpunkt aus ist diese Rechtsunsicherheit unerträglich.

Wenige Tage darauf, am 21. August, wurden vom Oberkommando zwei Flugschriften „Gewaltpolitik oder Völkerrecht?" (Flugblatt Nr. 3 der Zentralstelle Völkerrecht) und „Die amerikanische Liga zur Erzwingung des Friedens" von Dr. Alfred H. Fried, verboten. Die auf der Berliner Geschäftsstelle der Zentralstelle Völkerrecht vorhandenen Exemplare wurden beschlagnahmt. Beide Flugblätter enthalten nur den Wiederabdruck von Artikeln, die seinerzeit unbeanstandet in der Tagespresse erschienen sind, der eine von Dr. Fried sogar unter den Augen des Oberkommandos im Berliner Tageblatt vom 18. Dezember v. Js., der andere als „Offener Brief" Dr. Quiddes an Freiherrn Karl von Thüngen in einer ganzen Anzahl von Zeitungen. Um den Mitgliedern des Reichstags ein Urteil zu ermöglichen, werden wir uns gestatten, Exemplare von beiden Flugschriften im Bureau des Hauses zu hinterlegen.

Verboten hat uns dann das Oberkommando ebenfalls, die am 16. Juli an den Reichstag gerichtete Petition, die zu der damals geplanten und drei Tage später beschlossenen Kriegszielkundgebung des Reichstags Stellung nahm, als Broschüre zu drucken und auch nur an Mitglieder unserer Organisationen, von denen die Eingabe ausgeht, zu verschicken.

Eine ähnliche Rechtsunsicherheit, wie in dem oben erwähnten Fall der Schriften von Sinzheimer und Schücking tritt in dem Schicksal des „Almanachs der Neuen Jugend auf das Jahr 1917" zutage. Der in Berlin wohnhafte Verleger hatte zunächst wegen einiger Beiträge, von denen er fürchtete, sie könnten beanstandet werden, die Berliner Zensurstelle befragt, um sich durch Vorzensur, wie er meinte, gegen nachträgliche Beschlagnahme zu sichern; er hatte dann weiter, da die Versendung aller Verlagsartikel bekanntlich über Leipzig erfolgt und die Leipziger Kommissionäre angewiesen sind, kein Buch ihrer Kommittenten auszuliefern, ohne es der Leipziger

Zensurbehörde vorzulegen, seinen Almanach der Leipziger Zensur eingereicht und dort nach längerer Wartezeit den Bescheid erhalten, daß das Buch für Deutschland freigegeben sei, für Österreich und das Ausland noch nicht. Daraufhin erfolgte der Versand. Als der Verleger sich eine kleine Anzahl nach Berlin kommen ließ, um von hier aus den Versand an Redaktionen, an Private, an Berliner Buchhandlungen, an die Autoren usw. vorzunehmen, erschien eines Tages ein Kriminalbeamter, um im Auftrage des Oberkommandos die im Verlag vorhandenen Exemplare mit Beschlag zu belegen. Der Hinweis einer Angestellten, daß der Almanach doch freigegeben sei (was sie durch Vorzeigung eines Schriftstückes bewies), wurde mit Achselzucken beantwortet; die Polizei handle nur im Auftrage des Oberkommandos. Auch in Leipzig wurde dann das dortige Lager mit Brettern vernagelt und versiegelt. Nach wochenlangem Warten wurde dem Verleger auf seine schriftliche Beschwerde von dem Charlottenburger Polizeipräsidium mündlich mitgeteilt, welche Stellen vom Oberkommando beanstandet wurden. Darunter waren Beiträge, die in anderem Zusammenhang längst veröffentlicht waren, u. a. „Der Hessische Landbote" von Georg Büchner, geschrieben vor mehr als 100 Jahren und neuerdings vom Inselverlag wieder abgedruckt. Eine Beschwerde blieb erfolglos. Der Almanach, auf den inzwischen viele hundert neue Bestellungen einliefen, blieb verloren hinter Brettern und Siegel. Als dem Verleger endlich mitgeteilt wurde (wieder nur mündlich!), daß seine Eingabe abgelehnt sei, blieb das Schriftstück infolge eines Versehens des Beamten einige Zeit in seinen Händen, und er konnte sich überzeugen, daß es mit Randbemerkungen versehen war, die (um keinen schlimmeren Ausdruck zu gebrauchen) als frivol bezeichnet werden müssen.

Der Beschlagnahme war eine Denunziation alldeutscher Blätter vorangegangen. Diese hatten Lärm geschlagen und von einem „pazifistischen Schlupfwinkel" gesprochen, als auf einem privaten Gesellschaftsabend vor geladenen Gästen Frau Tilla Durieux im Kunstsalon Paul Cassirer verschiedenes aus dem Almanach vorgelesen hatte.

Es muß energisch dagegen protestiert werden, daß vorzensurierte und ausdrücklich gestattete Bücher nachträglich wieder beschlagnahmt werden. Die Vorzensur muß den Verleger, der sein Geld in ein Buch steckt, vor diesem Risiko schützen. Jeder Verleger muß Bedenken tragen, ein Manuskript, das möglicherweise beanstandet werden wird, in Verlag zu nehmen, wenn er nicht wenigstens so weit gegen ungerechtfertigte Eingriffe geschützt wird. Der Verdacht liegt nahe, es sei die Absicht gewisser militärischer Zensurstellen, den Verlegern durch die Steigerung des geschäftlichen Risikos alle irgendwie pazifistisch verdächtige Literatur zu verleiden.

Die Leipziger Zensur, die sich im Falle des „Almanachs der Neuen Jugend" und der Schriften von Sinzheimer und Schücking vorteilhaft von der Berliner abhebt, hat doch auch ihrerseits in Unterdrückung pazifistischer Schriften, zum Teil auch solcher, die der streng wissenschaftlichen Literatur angehören, Erkleckliches geleistet. [. . .]

Ihr besonderes Augenmerk hat die Leipziger Zensur auf die Veröffentlichungen von Professor Fr. W. Foerster gerichtet. Vorsorglich wurden auf ihre Veranlassung die Leipziger Verlagsanstalten durch die Kriminalpolizei darauf aufmerksam gemacht, daß die gesonderte Veröffentlichung gewisser von ihm in der Münchner Post erschienener ausgezeichnet aufklärender Artikel und ferner eines anderen Vortrages von Foerster verboten sei.

In Königsberg i. Pr. hat die Ortsgruppe der Deutschen Friedensgesellschaft in ihrer Mitgliederversammlung vom 12. Juni zu der Ende April veröffentlichten Kriegszielkundgebung der bekannten 24 Verbände Stellung genommen. Es wurde einstimmig eine Entschließung gefaßt, in der es heißt:

.... daß an dem zu Beginn des Weltkrieges gesprochenen Wort unseres Kaisers „uns treibt nicht Eroberungslust" nicht zu drehen und zu deuteln ist – daß die von den 24 Wirtschaftsverbänden aufgestellten und verbreiteten Eroberungsziele im Gegensatz zu diesem Kaiserwort stehen. –

.... daß das Deutsche Volk zur Verteidigung des Vaterlandes und seiner wirtschaftlichen Interessen, nicht zur Eroberung fremder Länder die Waffen ergriffen hat, daß die unerhörten Opfer an Gut und Blut zum Schutze der Heimat und nicht zur Erreichung kapitalistischer Eroberungsziele gebracht wurden –

.... daß die Verbreitung dieser Eroberungsziele durch die feindliche Presse dazu beiträgt, den Kampfeswillen der feindlichen Nationen aufs äußerste anzuspannen und dadurch den Krieg ins Ungewisse zu verlängern –

.... daß die Eroberungsziele als kriegsverlängernd und damit als vaterlandsfeindlich zu bekämpfen sind, weil das deutsche Volk in seiner überwiegenden Mehrheit ein nahes Ende des Krieges herbeisehnt, jene Friedensforderungen aber dieses verhindern.

.... daß im nationalen Interesse nur Gebietserwerbungen liegen, die durch Verständigung, nicht aber solche, die durch Vergewaltigung und gegen den Willen der Bevölkerung erfolgen –

.... daß gute Handelsverträge und eine Verständigung mit den im Kampfe befindlichen Nationen mehr wert sind als Gebietserweiterungen und daß eine noch so hohe Kriegsentschädigung das vergossene Blut und die Unsumme der Leiden niemals aufwiegen kann.

.... daß das deutsche Kriegsziel heißen muß: Internationale Verständigung! d. h. Sicherung des Friedens nicht durch Macht-Politik, sondern durch Rechts-Politik. Allein wenn dieses Ziel erreicht wird, sind die gebrachten Opfer nicht vergeblich gewesen.

.... daß es daher entgegen den Eroberungszielen der Eroberungs-Politiker für das deutsche Volk gelte, seinen Friedenswillen auf der Grundlage internationaler Verständigung zu bekunden, um die gleichen Friedensströmungen in den mit uns im Kampfe befindlichen Nationen zu stärken und zu entscheidendem Einfluß auf ihre Regierungen zu bringen. Wer zur Stärkung dieses Friedenswillens beiträgt, trägt zur schnelleren Beendigung des Krieges im Sinne jenes Kaiserwortes bei, das wir unserm Kaiser nicht vergessen

wollen – im Geiste jenes Wortes, welches alle Deutschen, die auf gleichem Boden stehen, sich treu zu Schutz und Trutz gegen innere und äußere Feinde um Deutschlands Kaiser scharen läßt.

Die Königsberger Zeitungen wagten nicht, diese Resolution unverkürzt abzudrucken, ohne sie der Zensur vorzulegen, obschon doch die Besprechung der Kriegsziele freigegeben ist. Die Hartung'sche Zeitung brachte den Text stark zusammengestrichen. Als die Königsberger Volkszeitung die Resolution der Zensur vorlegte, wurde der Abdruck verboten. Das geschah trotz der so außerordentlich monarchisch-loyalen Fassung des Textes, der sich gegenüber den Wilson'schen Angriffen förmlich schützend vor den Kaiser stellt, und trotzdem inzwischen die Reichstagsmehrheit sich am 19. Juli auf den gleichen Standpunkt gestellt hatte. Es ist ja auffallend, wie nahe sich diese Kriegszielentschließung unserer Königsberger Freunde mit der Reichstagsentschließung vom 19. Juli berührt. Sie war durch die Entwicklung der Dinge geradezu zu einer Kundgebung für die von der Reichsregierung gebilligte Politik geworden. Für die militärische Zensur gab es nach wie vor nur Eines: Unterdrückung pazifistischer Kundgebungen. [. . .]

Beilage Nr. 21
Resolution der öffentlichen Versammlung der Deutschen Friedensgesellschaft in Erfurt vom 8. Februar 1918

Aus: Stuttgarter Beobachter, 88. Jg., Nr. 38, 14. Februar 1918. Maschinenschriftliche Abschrift in: HStA Stuttgart, Militärarchiv, M 77/2 Bd. 27/181.
Siehe oben S. 173.

Weiter Kreise des deutschen Volkes hat sich heute eine tiefgehende und gefährliche Beunruhigung bemächtigt, ob nicht unter Einflüssen, die sich in letzter Zeit stärker als bisher bemerkbar gemacht haben, eine Wendung der deutschen Politik zu Eroberungszielen erfolgt ist und ob nicht das Volk um die versprochenen inneren Reformen gebracht werden soll. Drohend erhebt sich das Gespenst einer Militärdiktatur, die den Zusammenbruch aller auf Freiwilligkeit beruhenden Kräfte bedeuten würde.

Die Versammlung fordert deshalb, daß die Reichsregierung und der Reichstag sich in unzweideutiger Weise aufs neue für eine Friedenspolitik ohne Annexionen und ohne Kriegsentschädigungen, oder, wie es am 19. Juli hieß, ohne erzwungene Gebietsabtretungen und ohne finanzielle oder wirtschaftliche Vergewaltigungen, offene oder verschleierte, erklären und für alle Gebietsänderungen an dem vom Reichskanzler verkündeten Grundsatz des Selbstbestimmungsrechtes der Völker festhalten.

Sie fordert, daß die inneren Reformen tatkräftig gefördert werden, daß insbesondere das in einem Königl. Erlaß versprochene allgemeine, gleiche,

direkte und geheime Wahlrecht in Preußen gegen die aufreizenden Verschleppungsversuche sichergestellt werde.

Sie fordert die sofortige Beseitigung der politischen Zensur, die Wiederherstellung der Vereins- und Versammlungsfreiheit und den Verzicht auf ein militärisches Ausnahmerecht gegenüber den Arbeitern, auf deren freiwillige und freudige Mitwirkung hinter der Front das Vaterland angewiesen ist.

Beilage Nr. 22
Eingabe der Deutschen Friedensgesellschaft und der Zentralstelle Völkerrecht an Reichskanzler von Hertling wegen des Erlasses des Obermilitärbefehlshabers vom 8. Juli 1918 betr. deren Tätigkeit
Berlin, 17. September 1918

BA, NL Quidde/69. 6 Seiten. Maschinenschriftliche Vervielfältigung.
Siehe oben S. 215.

Ein Zufall hat den im Anhang beifolgenden geheimen Erlaß des Herrn Obermilitärbefehlshabers vom 8. Juli in unsere Hände gespielt.

In dem Erlaß werden bürgerliche Behörden ersucht, Versammlungen, und Reden, die von der Deutschen Friedensgesellschaft und der Zentralstelle Völkerrecht geplant waren, als „eine neuerliche durchaus unerwünschte Propaganda für den internationalen Pazifismus" zu verhindern. Der unmittelbare Zweck dieser Propaganda aber ist es, wie der Erlaß selbst feststellt, „in möglichst vielen Versammlungen für einen Verständigungsfrieden im Sinne der Reichstagsentschließung vom 19. Juli 1917 einzutreten."

Unter der Herrschaft des Belagerungszustandes haben wir uns schon an vieles gewöhnt, was früher allgemeine Empörung hervorgerufen hätte, aber dieser Erlaß übersteigt doch in gewissen Beziehungen alles Bisherige.

Der preußische Kriegsminister wendet sich in seiner Eigenschaft als Obermilitärbefehlshaber mit einem Ersuchen ganz allgemeinen Charakters durch Vermittlung der Ministerien des Innern an die Polizeibehörden. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß das „Ersuchen" in diesem Fall die Bedeutung einer Anweisung hat, da bei Handhabung der Vereins- und Versammlungspolizei die Polizeibehörden an die Anordnungen der Militärbehörden gebunden sind und – wie sie selbst immer wieder betonen – nur als ausführende Organe des militärischen Willens gelten können.

Ist es schon bedenklich genug, daß von Fall zu Fall Versammlungen auf Verlangen von Militärbehörden, lediglich aus militärischen Erwägungen, ohne Berücksichtigung von vielleicht gewichtigeren politischen Folgen, verboten werden müssen, so fügt der Erlaß dem hinzu, daß die bürgerlichen Behörden für die Handhabung der Versammlungspolizei in einer Frage, die

für unsere innere und äußere Politik von entscheidender Bedeutung ist, ihre allgemeinen Direktiven vom Obermilitärbefehlshaber erhalten, ohne daß offenbar dieser sich mit den höchsten Stellen der Zivilverwaltung ins Einvernehmen gesetzt hätte. Kann die Zivilverwaltung sich das noch gefallen lassen und kann der Herr Reichskanzler es dulden, daß die Grenzen zwischen den bürgerlichen und militärischen Befugnissen immer weiter zu Gunsten der militärischen Diktatur verschoben werden?

Der Erlaß steht auch im Widerspruch zu der bisher wohl allgemein anerkannten Auffassung von den Befugnissen des Obermilitärbefehlshabers.

Dieser ist als Beschwerdeinstanz eingesetzt worden für Beschwerden, die sich gegen die Handhabung des Gesetzes über den Belagerungszustand durch die stellvertretenden Generalkommandos richten. Er hat als solcher erst Stellung zu nehmen, wenn Beschwerden an ihn gelangen.

Auf diesen korrekten Standpunkt hat sich der Herr Kriegsminister noch gestellt, als einer der Unterzeichneten am 17. Mai ds. Jrs. mit ihm eine Besprechung hatte, um Abhilfe gegen die Versammlungsverbote zu erlangen, die damals schon vorlagen und ganz allgemein damit begründet wurden, daß eine erhöhte Tätigkeit für den Frieden bei der derzeitigen militärischen Lage unerwünscht sei. Der Herr Kriegsminister hat damals betont, daß er ja erst eingreifen könne, wenn er im Einzelfall als Beschwerdeinstanz angerufen werde, und daß er bei der Selbständigkeit der Generalkommandos nicht in der Lage sei, allgemeine Direktiven zu geben. Mit dieser Erklärung steht der vorliegende Erlaß im Widerspruch, es müßte denn sein, daß die direkte Anweisung an Zivilbehörden, von der der Herr Kriegsminister damals allerdings nicht gesprochen hat, als eine geringere Befugnis betrachtet werden soll, über die ein Wort zu verlieren nicht erst lohnte, da von einem selbständigen Willen der Zivilbehörden doch keine Rede mehr ist.

Beachtenswert ist es, daß der Herr Obermilitärbefehlshaber am Schluß Bezug nimmt auf seinen früheren Erlaß vom 7. November 1915, also aus einer Zeit, da die Stelle eines Obermilitärbefehlshabers überhaupt noch nicht bestand. Der preußische Kriegsminister hat offenbar als solcher schon das Recht in Anspruch genommen, die Zivilbehörden um bestimmte Maßnahmen auf dem Gebiet des Versammlungswesens zu ersuchen.

Der Erlaß vom 7. November 1915 ist jedenfalls veranlaßt worden durch die Generalversammlung der Deutschen Friedensgesellschaft, die damals in Leipzig stattfand. Wir haben schon wiederholt darauf hingewiesen, daß mit jenem Zeitpunkt ein System der Verfolgung gegenüber pazifistischen Bestrebungen einsetzte; der Hinweis des Herrn Kriegsministers bringt uns den Beleg und die Erklärung dafür. Während damals der preußische Kriegsminister in dieser Weise gegen uns vorging, hat der Herr Reichskanzler den Vorsitzenden der Deutschen Friedensgesellschaft zur Überreichung der Beschlüsse der Generalversammlung empfangen und sich durchaus nicht grundsätzlich ablehnend zu denselben geäußert. Schon damals machte sich der Widerspruch zwischen Militär- und Zivilgewalt bemerkbar, auf den wir noch zu sprechen kommen müssen.

Es ist nicht gleichgültig, daß der preußische Kriegsminister im vorliegenden Erlaß nicht mehr als solcher auftritt, sondern die erhöhte Autorität des Obermilitärbefehlshabers geltend macht, im Widerspruch zu der Stellung, die diesem im Beschwerdeverfahren angewiesen ist.

Wie kann eine Beschwerdeinstanz noch unbefangen ihres Amtes walten und irgendwelches Vertrauen beanspruchen, wenn die untergeordneten Organe vorher von dieser gleichen Instanz angewiesen sind, in bestimmtem Sinne vorzugehen?

Wird der Herr Reichskanzler diesen offenbaren Mißbrauch der Befugnisse des Obermilitärbefehlshabers dulden?

Die bisher geltend gemachten, im wesentlichen formalen Bedenken verschwinden, so stark sie auch sind, an Bedeutung völlig gegenüber der sachlichen Würdigung des Erlasses. Seinem Inhalt nach ist derselbe geradezu eine Ungeheuerlichkeit.

Der Herr Obermilitärbefehlshaber veranlaßt die systematische Unterdrückung von Versammlungen, die für einen Verständigungsfrieden im Sinne der Reichstagsentschließung vom 19. Juli 1917 eintreten sollen. Er will damit eine Propaganda für den internationalen Pazifismus verhindern. Tatsächlich verbietet er eine Unterstützung der Friedenspolitik der Reichsregierung.

Darüber besteht doch kein Zweifel, daß die Reichsregierung durch die feierlichen Erklärungen, die am 19. September 1917 bei Beantwortung der päpstlichen Note abgegeben sind, und durch [die] programmatischen Vereinbarungen, die der Übernahme des Reichskanzleramtes durch Eure Exzellenz vorangingen, wenn nicht auf den Wortlaut, doch auf den Geist der Reichstagsentschließung vom 19. Juli festgelegt ist, und daß die Erklärungen vom 19. September sich sehr wesentliche – ja die wesentlichsten – Forderungen des internationalen Pazifismus zu eigen gemacht haben.

Konnten in den letzten Monaten infolge von allerhand vieldeutigen Vorkommnissen leider Zweifel an der Festigkeit des Friedensprogramms der Reichsregierung auftauchen, so stehen dem die Reden, die der Herr Staatssekretär Dr. Solf am 20. August und der Vizekanzler Herr von Payer am 12. September, beide jedenfalls doch im Einvernehmen mit Eurer Exzellenz, gehalten haben, entschieden entgegen. Darnach hält die Reichsregierung nicht nur an der Auffassung fest, daß dem deutschen Interesse durch einen Frieden der Verständigung gedient ist, sondern sie schenkt ihre Sympathie auch den Bestrebungen, die auf eine Sicherung des Friedens durch überstaatliche Organisation und durch einen Friedensbund der Völker, durch Schiedsgericht und Abrüstung, also auf die Verwirklichung der wichtigsten pazifistischen Forderungen hinauslaufen.

Wir haben also das Schauspiel vor uns, daß der preußische Kriegsminister, Mitglied des preußischen Staatsministeriums, dessen Vorsitzender der Herr Reichskanzler ist, als Obermilitärbefehlshaber Bestrebungen verfolgt und verbietet, die sich in der Richtung der vom Herrn Reichskanzler

amtlich vertretenen Politik bewegen, – während zugleich, wie nicht erst bewiesen zu werden braucht, die militärischen Behörden, sowohl im Innern wie an der Front, eine alldeutsche Agitation, die im scharfen Widerspruch zur amtlichen Friedenspolitik steht, dulden, ja begünstigen.

Dieser Zustand ist es, den wir uns gestatten, als eine Ungeheuerlichkeit zu bezeichnen.

Man würde dem Herrn Kriegsminister durch die Annahme, daß er sich des scharfen Gegensatzes, in den er sich zur Politik des Herrn Reichskanzlers gesetzt hat, nicht bewußt gewesen wäre, sicherlich zu nahe treten. Eine solche Naivität wird ihm niemand zutrauen. In der vorher erwähnten Besprechung vom 17. Mai ist von unserer Seite auch wiederholt geltend gemacht worden, daß die Versammlungen der Friedensgesellschaft die Reichstagsentschließung vom 19. Juli 1917 vertreten sollten, die ja die Reichsregierung als maßgebend für ihre eigene Politik anerkannt habe. Aus diesem bewußten Gegensatz sind auf der anderen Seite die Konsequenzen zu ziehen.

Wir appellieren zunächst an das eigenste Interesse des Herrn Reichskanzlers und der Reichstagsmehrheit, die ihn stützt. Können und werden beide dieses Auftreten des Herrn Obermilitärbefehlshabers dulden? Der letzte Rest von Autorität für die Reichsleitung wie für die Volksvertretung wäre dahin.

Welche Folgen für die Politik im Innern eintreten müßten, wollen wir nicht weiter ausmalen.

Wir sehen auch davon ab, die Verletzung der Rechtsgleichheit zu betonen; denn wir haben die Erfahrung gemacht, daß die Verleugnung der einstmals hochgehaltenen obersten und heiligsten Grundsätze des staatlichen Lebens heute dank der Demoralisation des Rechtsempfindens, die der Krieg gebracht hat, ohne jeden Eindruck bleibt.

Aber wir fühlen uns verpflichtet, noch hinzuweisen auf die viel zu wenig beachtete Wirkung, die die bisher geduldeten und in diesem Erlaß gipfelnden Übergriffe der Militärgewalten auf das Ausland, besonders für die Ermöglichung von Friedensverhandlungen ausüben müssen.

Man hat im Ausland für Erscheinungen wie diesen Erlaß nur die Wahl zwischen zwei Erklärungen. „Entweder", sagt man, „spielt die Reichsregierung ein falsches Spiel, sie bekennt sich mit dem Munde zu dem Gedanken des Verständigungsfriedens und des Völkerbundes, läßt aber tatsächlich, im heimlichen Einverständnis mit den Militärbehörden, alle Bestrebungen, die auf Förderung dieser Gedanken hinzielen, unterdrücken. Oder sie meint es ehrlich, ist aber genötigt, gegen ihren eigenen Willen den Militärbehörden zur Verfolgung derer, die die leitenden Ideen der Reichspolitik im deutschen Volke zu verbreiten suchen, freie Hand zu lassen, sie ist also so ohnmächtig, daß sie in der wichtigsten Frage der inneren und äußeren Politik ihren eigenen Willen nicht zur Geltung bringen kann. In beiden Fällen ist sie nicht verhandlungsfähig. Es ist nicht möglich (so wird weiter gefolgert)

Friedensverhandlungen mit Deutschland einzuleiten, solange wir nicht eine verantwortliche Regierung, die Herrin im eigenen Hause und Herrin ihrer Handlungen ist, vor uns haben und solange die Militärherrschaft in Deutschland nicht durch demokratische Reformen beseitigt ist."

Wir bitten Eure Exzellenz, zu glauben, daß der eben gekennzeichnete Mangel an Vertrauen, sei es in die Aufrichtigkeit, sei es in die Handlungsfreiheit der deutschen Reichsregierung, eines der stärksten Hindernisse für die Einleitung von Friedensverhandlungen ist. Alles, was wir aus dem feindlichen Auslande oder von Deutschland wohlgesinnten Neutralen erfahren, stimmt damit überein.

Vermutlich wird diese Beobachtung durch Berichte der amtlichen deutschen Vertreter im Auslande bestätigt werden. Sollte es nicht der Fall sein, so haben wir Grund, unsere Informationen für die zuverlässigeren zu halten, da manch einer uns gegenüber rückhaltloser und aufrichtiger spricht.

Es ergibt sich daraus die Folgerung, daß in der einen oder anderen Weise die Vorherrschaft der militärischen Gewalt beseitigt werden muß, am besten durch völlige Aufhebung des Belagerungszustandes, sonst aber wenigstens dadurch, daß die Handhabung des Gesetzes in Preß-, Vereins- und Versammlungsangelegenheiten den militärischen Stellen mindestens in der Beschwerdeinstanz genommen wird.

Es wird uns vielfach eingewendet, daß die Unterdrückung der Preß-, Vereins- und Versammlungsfreiheit gegenüber pazifistischen Bestrebungen im Ausland vielfach noch schärfer sei als in Deutschland und daß das Militärregiment auch dort, wie bei uns, auf das ganze politische und wirtschaftliche Leben drücke. Abgesehen davon, daß diese Behauptung nur zum Teil richtig ist, zum Teil auf tendenziöser Entstellung beruht, besteht der eine fundamentale Unterschied, daß in den feindlichen Ländern die Regierungen selbst gegen Parteien und Gruppen, die dort für einen Verständigungsfrieden ohne vorherige Niederzwingung Deutschlands eintreten, im offenen Kampfe stehen, während bei uns die Regierung selbst sich zu den Zielen der Verständigung bekennt. Im feindlichen Ausland also unterdrückt eventuell die Regierung ihre politischen Gegner, in Deutschland läßt sie durch die militärischen Behörden die Vertreter ihrer eigenen Prinzipien verfolgen. Dort Konsequenz, wenn auch noch so unerfreuliche, hier innerer Widerspruch, sei es aus Schwäche, sei es aus Unaufrichtigkeit.

Selbstverständlich wäre mit der Aufhebung des Belagerungszustandes oder der militärischen politischen Zensur nur ein Teil der Arbeit getan, die zur Gewinnung politischen Vertrauens und damit zur Beseitigung des angedeuteten Friedenshindernisses führen könnte. Es müßte ebenso dem Einfluß der obersten Heeresleitung auf rein politische Fragen der Kriegsziele und der Friedensbedingungen ein Ende gemacht werden.

Darauf einzugehen ist hier, wo es sich zunächst um den Erlaß des Obermilitärbefehlshabers handelt, nicht unsere Aufgabe.

Ebenso sei nur noch ganz summarisch darauf hingewiesen, daß der *Erlaß nicht isoliert dasteht, sondern in das System von Ausnahmemaß-*

regeln eingeordnet werden muß, die dem Pazifismus in Deutschland jede wirkliche Bewegungsfreiheit nehmen. Wir haben uns darüber in früheren Eingaben an den Reichstag, so in jener vom 1. Juli und in der Ergänzungseingabe vom 10. Oktober 1917 näher geäußert und haben besonders in der Denkschrift, die die erste Eingabe begleitete, ein großes, später noch ergänztes Material vorgelegt.

Wir könnten dazu heute vieles nachtragen. Doch wir verzichten darauf und beschränken uns zur Charakteristik des ganzen Regimes nur auf die eine bezeichnende Tatsache, daß die nach langen Verhandlungen von der Leipziger Zensur genehmigte und auch zur Ausfuhr freigegebene Schrift „Deutschlands Zukunft bei einem Macht- und bei einem Rechtsfrieden" auf Anordnung des Obermilitärbefehlshabers in Leipzig, Berlin und Frankfurt beschlagnahmt worden ist, obschon sich diese Schrift durchaus auf dem Boden der oft erwähnten Reichstagsresolution hält und in sehr gemäßigter Form eine wilde alldeutsche Broschüre bekämpft, die in Hunderttausenden von Exemplaren in ganz Deutschland und mit Unterstützung der Militärbehörden auch an der Front verbreitet worden ist.

Wir sehen davon ab, diese Dinge hier weiter zu verfolgen und beschränken uns auf die Bitte, Eure Exzellenz wolle bewirken,

daß der Erlaß des Obermilitärbefehlshabers vom 8. Juli sogleich aufgehoben wird und daß die von unsern Vereinen geplanten Versammlungen unbehindert stattfinden dürfen.

Nur noch eine Bemerkung sei uns gestattet. Es wird auf die Dauer unmöglich sein, zu verhindern, daß der Erlaß öffentlich bekannt wird und daß diese Kenntnis auch ins Ausland dringt. Die Angelegenheit wird ja auch den Reichstag beschäftigen müssen. Es ist aber offenbar im Interesse des Reiches und besonders im Interesse des Ansehens der Reichsregierung gelegen, bei Bekanntwerden des Erlasses gleich darauf hinweisen zu können, daß inzwischen Abhilfe eingetreten ist. Wir bitten deshalb um möglichst schleunige Erledigung unserer Eingabe.

Ehrerbietigst
Eurer Exzellenz ergebenste
Deutsche Friedensgesellschaft
(gez.) L. Quidde
I. Vorsitzender
G. Rühle
II. Vorsitzender
Zentralstelle Völkerrecht
Der Vorstand
(gez.) H. Rößler
Vorsitzender
Die Geschäftsleitung
H. v. Gerlach
Vorsitzender

Anhang.
Der Obermilitärbefehlshaber.
Nr. 4678. 18. g.A.1

Berlin, W. 66., den 8. Juli 1918.

Geheim!

Die Zentralstelle „Völkerrecht“ und die „Deutsche Friedensgesellschaft“ entwickeln wieder große Propagandatätigkeit. Von beiden Stellen sind Aufforderungen an die Ausschußmitglieder, Ortsgruppen und Vertrauenspersonen ergangen, in möglichst vielen Versammlungen für einen Verständigungsfrieden im Sinne der Reichstagsentschließung vom 19. Juli 1917 einzutreten. Da ihren Organisationen die Abhaltung von öffentlichen Versammlungen nicht gestattet wird, sollen freie Bürgerausschüsse gebildet werden, um solche Versammlungen zu ermöglichen. Wo auch dieses Verfahren nicht zum Ziele führt, wird die Abhaltung geschlossener Versammlungen empfohlen. Vielfach sollen Versammlungen, zu denen öffentlich eingeladen wird und jedermann Zutritt hat, von den Behörden als geschlossene Versammlung gestattet werden, falls nur die Form der Ausgabe von Eintrittskarten gewahrt wird. Die Tagesordnung soll einheitlich lauten: „Welchen Frieden braucht unser Volk?“ Ebenso ist für die zur Annahme zu bringende Resolution gleichlautender Text herausgegeben. Zur Gewinnung von Rednern bietet die Deutsche Friedensgesellschaft unter Herausgabe einer Rednerliste mit Themenangabe die Vermittlung ihres Sekretariats an.

Die vorgeschilderte Bewegung ist eine neuerliche durchaus unerwünschte Propaganda für den internationalen Pazifismus.

Unter Hinweis auf meinen Erlaß vom 7. November 1915 Nr. 3740. 15. g.A.L. ersuche ich die Abhaltung der in Aussicht stehenden Versammlungen und Reden zu verhindern.

gez. von Stein.

An den Herrn Minister des Innern pp.

Bemerkungen zum Wortlaut des Erlasses.

1) Wenn es heißt „da ihren Organisationen die Abhaltung von öffentlichen Versammlungen nicht gestattet wird, sollen freie Bürgerausschüsse gebildet werden“, so kann der Eindruck entstehen, als ob wir ein uns bekanntes allgemeines Verbot zu umgehen versucht hätten. In Wirklichkeit wird im Rundschreiben der Deutschen Friedensgesellschaft vom Mai d. J. den Ortsgruppen empfohlen, „überall, wo es irgend möglich ist, mit tunlichster Beschleunigung öffentliche Versammlungen zu veranstalten“, und wenn die Versammlung nicht genehmigt wird, „sogleich Beschwerde beim Obermilitärbefehlshaber einzulegen“. Nur für Orte ,an denen öffentliche Versammlungen unserer Organisationen grundsätzlich nicht genehmigt werden, wird es als zweckmäßig bezeichnet, einen freien Bürgerausschuß zu bilden.

2) Wenn wir darauf hinweisen, daß vielfach Versammlungen, zu denen öffentlich eingeladen wird und jedermann Zutritt hat, von den Behörden als geschlossene Versammlungen gestattet werden, wenn nur die Form der Ausgabe von Eintrittskarten gewahrt wird, so stützen wir uns dafür auf Erfahrungen, die wir in Berlin gemacht haben. Dort hat das Oberkommando Versammlungen, die in den größten Sälen mit Ankündigung durch die Presse und durch Plakate in der angedeuteten Weise veranstaltet wurden, als „geschlossene Versammlungen“ behandelt. Als wir dann in genau der gleichen Form eine Versammlung halten wollten, wurde sie uns allerdings als „öffentliche Versammlung“ verboten.

Anmerkungen

[1]) Utz-Friedebert Taube, Ludwig Quidde. Ein Beitrag zur Geschichte des demokratischen Gedankens in Deutschland, Kallmünz 1963. (Dieser biographische Versuch reicht etwa bis zum Jahr 1914.) Zur Biographie Quiddes siehe auch: Klaus Schwarz, Ludwig Quidde, in: Bremische Biographie 1912–1962, Bremen 1969, S. 389 ff., Karl Holl, Ludwig Quidde, in: liberal, 13. Jg., 1971, S. 224–229, Hans Wehberg, Ludwig Quidde. Ein deutscher Demokrat und Vorkämpfer der Völkerverständigung, Offenbach 1948. Die Friedenswarte, 38. Jg., 2. Heft, wurde von Hans Wehberg aus Anlaß von Quiddes 80. Geburtstag als Sonderheft mit biographischen Beiträgen über Quidde gestaltet. (Manches davon in Wehberg, Ludwig Quidde, 1948, abgedruckt.)

[2]) Vgl. Roger Chickering, Imperial Germany and a World Without War. The Peace Movement and German Society 1892–1914, Princeton 1975; Friedrich-Karl Scheer, Die Deutsche Friedensgesellschaft (1892–1933). Organisation – Ideologie – Politische Ziele. Ein Beitrag zur Entwicklung des Pazifismus in Deutschland, Frankfurt a. M. 1978; Karl Holl, Die deutsche Friedensbewegung im Wilhelminischen Reich. Wirkung und Wirkungslosigkeit. In: Wolfgang Huber/Johannes Schwerdtfeger (Hg.), Kirche zwischen Krieg und Frieden. Studien zur Geschichte des deutschen Protestantismus, Stuttgart 1976, S. 321–372. Wilfried Eisenbeiß, Die bürgerliche Friedensbewegung in Deutschland während des Ersten Weltkrieges. Organisation, Selbstverständnis und politische Praxis 1913/14–1919, phil. Diss. Erlangen 1978; die Arbeit von W. Eisenbeiß war bei Drucklegung dieser Edition noch nicht zugänglich.

[3]) Vgl. Fritz Peters, Rudolph Emil Quidde, in: Bremische Biographie, S. 391 f.

[4]) Vgl. Karl Holl, Ludwig Quidde vor hundert Jahren: Vita und Abituraufsatz. In: Bremisches Jahrbuch, Bd. 54, 1976, S. 207–219.

[5]) Vgl. Kristian Bäthe, Wer wohnte wo in Schwabing? München 1965, S. 189 f., 245.

[6]) Hermann Heimpel, Deutsche Reichstagsakten, Ältere Reihe. In: Die Historische Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften 1858–1958, Göttingen 1958, S. 96–103; Karl Dietrich Erdmann, Geschichte, Politik und Pädagogik – aus den Akten des Deutschen Historikerverbandes. In: GWU, 19. Jg., 1968, S. 2–21; Reinhard Rürup, Ludwig Quidde, in: Hans-Ulrich Wehler (Hg.), Deutsche Historiker, Bd. 3, Göttingen 1972, S. 124–147.

[7]) Rürup, S. 141.

[8]) Vgl. Quiddes eigene Darstellung: Wie ich zur Demokratie und zum Pazifismus kam. In: Frankfurter Zeitung, Nr. 9, 4. Januar 1928. – Einen guten Einblick in seine politische Gedankenwelt gewährt sein Aufsatz „Die demokratische Idee". In: Patria. Bücher für Kultur und Freiheit, hg. von Friedrich Naumann, Bd. 12, Berlin 1912, S. 11–26. (Quidde betrachtete diesen Essay als „das Wertvollste und Originellste von allem, was ich geschrieben habe". L. Quidde an Margarethe Quidde, 6. Februar 1938. NL M. Quidde, Handschriftensammlung der Stadtbibliothek München). Zu Quiddes Tätigkeit in der Deutschen Volkspartei siehe James Clark Hunt, The People's Party in Württemberg and Southern Germany, 1890–1914, Stuttgart 1975, S. 45, 113, 167, 171, 175.

[9]) Franzjörg Baumgart, Die verdrängte Revolution. Darstellung und Bewertung der Revolution von 1848 in der deutschen Geschichtsschreibung vor dem Ersten Weltkrieg, Düsseldorf 1976, S. 146. Vgl. Ludwig Quidde, Zum 18. März, in: Frankfurter Zeitung, 18. März 1923. (Gedenkartikel zur 75. Wiederkehr der Märzrevolution.)

[10]) Durch Elimar Klebs, HZ, Bd. 73, 1894, S. 308–312.

[11]) Die Fülle zeitgenössischer Stellungnahmen dokumentiert bei Taube, S. 201 ff. – Zum weiteren Schicksal der Caligula-Affäre vgl. die 31. (–34.) Auflage von Quiddes Caligula („ergänzt durch Erinnerungen des Verfassers im Kampf gegen Cäsarismus und Byzantinismus"), Berlin 1926. Eine Neuausgabe des „Caligula" sowie u. a. der „Militarismus"-Schrift Quiddes besorgte H.-U. Wehler: Ludwig Quidde, Caligula. Schriften über Militarismus und Pazifismus, Frankfurt a. M. 1977.

[12]) Zit. nach Taube, S. 101.

[13]) Siehe Ulrich Kröll, Die internationale Buren-Agitation 1899–1902. Haltung der Öffentlichkeit und Agitation zugunsten der Buren in Deutschland, Frankreich und in den Niederlanden während des Burenkrieges, Münster i. W. 1973, S. 83–137.

[14]) Vgl. VII. Deutscher Friedenskongreß in Kaiserslautern (23. u. 24. Mai 1914), in: Völkerfriede, 15. Jg., 1914, S. 81.

[15]) Vgl. Taube, S. 153–156; Chickering, S. 70.

[16]) Ludwig Quidde, Meine letzte Begegnung mit Frédéric Passy, in: Wehberg, Ludwig Quidde, S. 46–50 (48).

[17]) Siehe Adolf Wild, Baron d'Estournelles de Constant (1852–1924). Das Wirken eines Friedensnobelpreisträgers für die deutsch-französische Verständigung und europäische Einigung, Hamburg 1973, S. 399–419; Alwin Hanschmidt, Die französisch-deutschen Parlamentarierkonferenzen von Bern (1913) und Basel (1914), in: GWU, 26. Jg., 1975, S. 335–359.

[18]) Vgl. Joachim Reimann, Ernst-Müller-Meiningen senior und der Linksliberalismus in seiner Zeit. Zur Biographie eines bayerischen und deutschen Politikers (1866–1944), München 1968, S. 157–218.

[19]) Vgl. Ludwig Quidde, Monarchie, Revolution, Republik, Demokratie, München 1918. – Allan Mitchell, Revolution in Bayern 1918/19. Die Eisner-Regierung und die Räterepublik, München 1967, S. 158 f.; Joachim Reimann, Der politische Liberalismus in der Krise der Revolution. In: Karl Bosl (Hg.), Bayern im Umbruch. Die Revolution von 1918, ihre Voraussetzungen, ihr Verlauf und ihre Folgen, München/Wien 1969, S. 165–194; Lothar Albertin, Liberalismus und Demokratie am Anfang der Weimarer Republik. Eine vergleichende Analyse der Deutschen Demokratischen Partei und der Deutschen Volkspartei, Düsseldorf 1972, S. 53 f.

[20]) Stenographische Berichte der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 327 (Berlin 1920), 1107, 39. Sitzung vom 12. Mai 1919; abgedruckt auch in Wehberg, Ludwig Quidde, S. 51–58. – Zu Quiddes Haltung siehe auch seine Stellungnahme „Bitter ernst", in: Frankfurter Zeitung, 5. Juni 1919, Abendblatt, sowie seinen aus der Rückschau verfaßten und Einblicke in seine damaligen Motive gewährenden Artikel „Neue Tatsachen zur Entstehungsgeschichte des Versailler Friedens". In: Basler Nachrichten, 6. August 1939, Sonntagsblatt. – Vgl. Albertin, S. 336.

[21]) Vgl. Werner Stephan, Aufstieg und Verfall des Linksliberalismus 1918–1933. Geschichte der Deutschen Demokratischen Partei, Göttingen 1973, S. 91.

[22]) Über den „demokratischen Nationalismus" als Legitimationsideologie der DDP die Studie von Jürgen C. Heß, „Das ganze Deutschland soll es sein". Demokratischer Nationalismus in der Weimarer Republik am Beispiel der Deutschen Demokratischen Partei, Stuttgart 1978.

[23]) Vgl. hierzu und zum folgenden Karl Holl, Pazifismus oder liberaler Neu-Imperialismus? Zur Rolle der Pazifisten in der Deutschen Demokratischen Partei 1918–1930. In: Joachim Radkau/Imanuel Geiss (Hg.), Imperialismus im 20. Jahrhundert. Gedenkschrift für George W. F. Hallgarten, München 1976, S. 171–195.

[24]) Quidde an Georg Gothein, 28. September 1920, BA, NL Gothein/28, S. 158.

[25]) So Henri Burgelin, Le mouvement pacifiste dans l'Allemagne de Weimar. In: Cahiers de l'Association interuniversitaire de l'est, 3, relations internationales. Strasbourg 1961, S. 75–88 (77).

[26]) Dokumentation der britischen Informationen und Reaktionen im Zusammenhang mit geheimen Reichswehrübungen und der Veröffentlichung Quiddes: Public Record Office, London, Foreign Office, 371/9825 7848 (besonders 99–159).

[27]) Zu dem gesamten Vorgang vgl. Der Fall Quidde. Tatsachen und Dokumente, zusammengestellt und eingeleitet von Gerhart Seger, 2. Aufl. Leipzig o.J. (1924).

[28]) Ebd., S. 7 f.

[29]) Vgl. hierzu Holl, Pazifismus oder liberaler Neu-Imperialismus? S. 181 ff.

[30]) Quidde an Kurt Großmann, 31. März 1928; Kurt Großmann an Quidde, 3. April 1928, Fonds Quidde, D II/7, doss. 6, Bibliothek der Vereinten Nationen, Genf.

[31]) Wehberg, Ludwig Quidde, S. 10.

[32]) Die Darstellung von Quiddes Lebensverhältnissen im Schweizer Exil folgt weitgehend der Schilderung von Hans Wehberg, Ludwig Quidde, S. 63–71.

[33]) Die folgenden Angaben nach den Akten der Schweizer Fremdenpolizei verdankt der Herausgeber der freundlichen Mitteilung von Herrn Prof. Sven Stelling-Michaud, Genf.

[34]) BA, Reichskanzlei, R 43 I/514, Bericht der deutschen Gesandtschaft in Belgrad an das Auswärtige Amt, 24. November 1933. – Ähnlich: Berliner Tageblatt, 4. November 1933.

[35]) Aus zahlreichen Briefen Quiddes an seine Frau nach 1933 (im NL M. Quidde) läßt sich schließen, daß sie ihn häufig beschworen hat, sich mit politischen Äußerungen zurückzuhalten. Quidde pflegte seine Frau zu beschwichtigen, so in einem Brief vom 10. Oktober 1938: „Ich enthalte mich streng alles Politischen".

[36]) Quidde an Gothein, 16. Februar 1939, BA, NL Gothein/28, 159.

[37]) Quidde an Harry Graf Keßler, 14. September 1935, Deutsches Literaturarchiv Marbach, Bestand Harry Graf Keßler, Nr. 1, 546.

[38]) Schwendemann an Reichsaußenminister v. Neurath, Genf, 12. Juni 1933, AA/Pol. Arch., Ref. Deutschland, Po 5 N.E. adh. 2, Nr. 1, Amtliche Abwehr; AA an Geheime Staatspolizei und Reichsministerium des Innern, 7. Mai 1934, AA/Pol. Arch., Inland II/AB, 83–45, Bd. 1, Hetze seitens der deutschen Emigranten. – Zur Zusammenarbeit zwischen AA und Gestapo im Falle des deutschen Exils vgl. Herbert E. Tutas, Nationalsozialismus und Exil. Die Politik des Dritten Reiches gegenüber der deutschen politischen Emigration 1933–1939, München 1975, S. 73–81.

[39]) Ludwig Quidde, Vom Friedenskongreß in Locarno. In eigener Sache, Genf, 26. September 1934, BA, NL Quidde/28; NL Hans Wehberg/70. – Vgl. dazu etwa den Protestbrief von Alfred Falk an Quidde, Strasbourg, 3. Oktober 1934, NL Quidde/28; Die Neue Weltbühne, Prag, 4. Oktober 1934, S. 1275 f.

[40]) Hellmut von Gerlach an Quidde, 22. November 1934, NL Quidde/28.

[41]) So Quidde in dem oben, Anm. 37 zitierten Brief an Keßler.

[42]) Ebd. – Dazu auch Quidde an Wehberg, 23. Oktober 1935, NL Wehberg/70: „Als nächster Akt wird nun wohl die ‚Säuberung' der Histor. Komm. folgen.

Daß ich fliege, versteht sich von selbst. Höchstwahrscheinlich wird man Mitglieder wie Oncken und Götz auch ausstoßen.
Ob Gelehrte wie Marcks, Srbik und A. v. Müller gar kein Gefühl der Scham haben bei der Rolle, zu der sie sich hergeben, und keine Ahnung von der Verachtung, der sie einmal, wenn die Welt wieder normal geworden ist, anheimfallen werden?"

[43]) Ludwig Quidde, Karl der Große, der Sachsenschlächter, in: Pariser Tageblatt, Nr. 491, 17. April 1935; Nr. 492, 18. April 1935; vorher veröffentlicht in: Neue Zürcher Zeitung, Nr. 611 u. 615, 8. April 1935.

[44]) Als Beispiele: Ludwig Quidde, Die Krise der Abrüstungskonferenz, in: Neue Zürcher Zeitung, Nr. 534, 24. März 1933, Morgenausgabe; Abrüstung, in: Neue Zürcher Zeitung, Nr. 326, 25. Februar 1934, 1. Sonntagsausgabe; Das Schicksal der Abrüstungskonferenz, in: Basler Nachrichten, Nr. 257, 19. September 1933, 2. Beilage.

[45]) Quidde an Karl Alexander von Müller, 11. Oktober 1935, Abschrift, einem Brief Quiddes an Harry Graf Keßler, 17. November 1935, beigefügt, Deutsches Literaturarchiv Marbach, Best. Harry Graf Keßler, Nr. I, 546; auch im NL Quidde/61. – Zum Verhältnis K. A. von Müllers zu Quidde vgl. Karl Alexander von Müller, Mars und Venus. Erinnerungen 1914–1919, Stuttgart 1954, S. 233 und 285.

[46]) Vgl. etwa: Ludwig Quidde, Mein Abenteuer auf dem Salève. In: Die Friedens-warte, 38. Jg., 1938, S. 110–115.

[47]) Wehberg, Ludwig Quidde, S. 65.

[48]) Das Geldgeschenk wurde ihm im Rahmen eines von Wehberg und anderen sorgfältig vorbereiteten Banketts dargebracht. Quiddes eigene Schilderung davon: L. Quidde an M. Quidde, 27. März 1938, NL M. Quidde, sowie L. Quidde an M. Quidde, 7. April 1938, ebd. (mit Mitteilungen über Ansichten zur Verwendung des Betrages: Erwerbung einer Leibrente und Zuwendung an das Pazifisten-Hilfskomitee.)

[49]) Dies macht u. a. die Aufzeichnung Quiddes „Meine finanzielle Situation", dat. Genf, 26. Januar 1940, in: NL Wehberg/71, deutlich. (Diese Aufzeichnung war Quiddes Rechenschaftsbericht für das Jahr 1939/40, NL Wehberg/70, beigefügt und sollte wohl ebenfalls dem Osloer Nobelkomitee zugeleitet werden.)

[50]) Siehe Anm. 33.

[51]) Bezeichnung zunächst: «Comité pour l'aide aux pacifistes allemands». – Von Hans-Albert Walter, Asylpraxis und Lebensbedingungen in Europa. Deutsche Exilliteratur 1933–1950, Bd. 2, Neuwied 1972, in dessen Übersicht über Hilfsorganisationen für deutsche Exilierte (S. 289–294) nicht erwähnt. Außer durch die im NL Quidde erhaltenen zahlreichen Korrespondenzen Quiddes mit deutschen Emigranten wird die Tätigkeit des Hilfskomitees auch durch die im NL Quidde/141–149, überlieferten Akten des Komitees belegt.

[52]) Hierzu zählt u. a. William E. Rappard, Genf, wie der in dessen Nachlaß erhalten gebliebene Briefwechsel mit Quidde deutlich macht, von welchem der Herausgeber durch die Freundlichkeit von Herrn Prof. Stelling-Michaud, Genf, Kenntnis erhielt. – Zu Rappard siehe Ania Peter, William E. Rappard und der Völkerbund. Ein schweizer Pionier der internationalen Verständigung, Bern/ Frankfurt a. M. 1973.

[53]) Die Verteilung der von Quidde nach Prag überwiesenen Gelder hatte dort Wilhelm Sternfeld übernommen. Die Korrespondenz Quiddes mit Sternfeld in NL Quidde/34, 39. – Vgl. die andeutenden Hinweise über die Rolle Sternfelds bei Kurt Hiller, Leben gegen die Zeit [Logos], Hamburg 1969, S. 307 f. – Zum Prager Exil: Kurt R. Großmann, Die Exilsituation in der Tschechoslowakei, in: Manfred Durzak (Hg.), Die deutsche Exilliteratur 1933–1945, Stuttgart 1973, S. 65–72; Wilhelm Sternfeld (Bearb. Klaus Frieder Bastian), Zuflucht in

Prag. Deutsche Flüchtlinge in der Tschechoslowakei 1933–1939, Rundfunk-Manuskript, Radio Bremen, 4. November 1964.

[54]) Vgl. Korrespondenz Quidde–E. Bruck: NL Quidde/29, 35.

[55]) Vgl. Korrespondenz Quidde–Hiller: NL Quidde/31.

[56]) Vgl. Korrespondenz Quidde–Röttcher: NL Quidde/33, 38, 43.

[57]) Vgl. Korrespondenz Quidde–Reinheimer: NL Quidde/33, 38.

[58]) Vgl. Korrespondenz Quidde–Stillich: NL Quidde/39, 43.

[59]) Wehberg, Ludwig Quidde, S. 66.

[60]) Hellmut von Gerlach an Quidde, 14. September 1934, Internationaal Instituut voor Sociale Geschiedenis, Amsterdam, Bestand Freundeskreis Carl von Ossietzky, Mappe 3.

[61]) Quidde an Gerlach, 2. Januar 1935, ebd.; dort auch der weitere den Gesamtkomplex betreffende Briefwechsel zwischen Quidde und Gerlach. – Vgl. Hilde Walter, Aus der Chronik des Nobelpreises für Carl von Ossietzky, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 40/69, 4. Okt. 1969, S. 2–32 (zur Rolle Quiddes: ebd., S. 15, 17).

[62]) Wehberg, Ludwig Quidde, S. 66.

[63]) Genf, 11. Februar 1935 (Durchschlag), NL Wehberg/70.

[64]) Quidde betrachtete ihn als seine „Hauptstütze in dem Osloer Comité", wie er seiner Frau aus Anlaß von Langes Tod 1938 schrieb, L. Quidde an M. Quidde, 21. Dezember 1938, NL M. Quidde.

[65]) Quidde, „An das Nobel-Comité des Norwegischen Storthing", 22. Januar 1937, und „Alphabetische Liste führender deutscher Pazifisten im Exil" (enthaltend 33 Namen mit kurzen biographischen Angaben), NL Quidde/144.

[66]) Diese Annahme wird durch Äußerungen Quiddes selbst bestätigt, so L. Quidde an M. Quidde, 21. September 1938, NL M. Quidde. Danach kam er erst im September 1938 dazu, ihm zur Verfügung stehende, im Keller der Völkerbundsbibliothek lagernde Kisten mit Pazifismus-Akten auszupacken und diese zu sortieren, aber „auch der üppig große Schrankraum, über den ich jetzt verfüge, würde nicht genügen, diese Massen aufzunehmen." – Der darin enthaltene Hinweis bezieht sich darauf, daß es Quidde im Sommer 1938 gelungen war, Möbel aus seiner Berliner Wohnung nach Genf schaffen zu lassen, mit denen er seine letzte Wohnung ausstattete: L. Quidde an M. Quidde, 27. Juli, 31. Juli, 21. August 1938, NL M. Quidde.

[67]) Die letzte dieser Veröffentlichungen erschien erst nach seinem Tode: Die Idee des Völkerbundes in der deutschen Friedensbewegung während des Ersten Weltkrieges, in: Friedenswarte, 44. Jg., 1944, S. 299–315.

[68]) Im NL Wehberg/70, befinden sich folgende Berichte Quiddes: eine Niederschrift in Quiddes Handschrift, 8. Februar 1935; „Bericht über meine Arbeiten während des letzten Jahres", 1. Februar 1937, mit einer Inhaltsübersicht (beides in Quiddes Handschrift); Rechenschaftsbericht für das Jahr 1937/38 (Maschinenschrift, Durchschlag), 21. Februar 1938; dsgl. für das Jahr 1938/39, 25. Februar 1939; dsgl. für das Jahr 1939/40, 25. Januar 1940 (dazu siehe o. Anm. 49); im NL Quidde/77: Jahresbericht, mit Inhaltsübersicht (handschriftlich und maschinenschriftlich), 1. Februar 1937.

[69]) Wie sehr es ihm darum ging, Vorwürfe im Zusammenhang mit seiner pazifistischen Tätigkeit im Ersten Weltkrieg zu entkräften, zeigt z. B. ein seine Haltung verteidigender Brief an Victor Basch, 24. Juni 1924, NL Quidde/7.

[70]) NL Quidde/67, 68, 69; sowie 70 (enthaltend überwiegend Doubletten).

[71]) NL Quidde/66.

[72]) Siehe o. Anm. 56.

[73]) Siehe o. Anm. 54. – Wichtige Informationen enthält z. B. der Brief E. Brucks an Quidde, 9. Februar 1937, NL Quidde/77. Daß Quidde sich andererseits nicht der Mühe unterzog, Zeugen wie Otto Lehmann-Rußbüldt in dessen englischem

Exil um Auskünfte zu bitten, hängt zweifellos zusammen mit der starken gegenseitigen Antipathie, die auf einer tiefen politischen Gegensätzlichkeit beruhte. Ein Beispiel dafür findet sich u. S. 113 f.; vgl. auch S. 388.

[74]) Mitteilung von Det Norske Nobelinstitut, 7. März 1971, an den Hg.

[75]) Quidde, Meine finanzielle Situation, siehe o. Anm. 49.

[76]) Det Norske Stortings Nobelkomite, Oslo, an Wehberg, 17. Februar 1940. NL Wehberg/71. – Das Schreiben enthielt überdies die Mitteilung, daß weitere Subventionen an Quidde ausgeschlossen seien. – Quidde, der den Bescheid als „katastrophal" empfand, vermutete die Ursache der „Osloer Hiobspost" in dem „starken Personalwechsel" im Nobelkomitee, vor allem im Ausscheiden Langes: Quidde an Wehberg, 25. Februar 1940, NL Wehberg/71.

[77]) Wehberg an Dr. Rudolf M. Müller, 23. Juni 1961, NL Wehberg/71.

[78]) So: Quidde an Gothein, 16. Februar 1939, NL Gothein/28, S. 159.

[79]) Auf „Kapiteleinteilung", in: NL Quidde/76.

[80]) Wehberg, Ludwig Quidde, S. 68.

[81]) NL Quidde/74.

[82]) NL Quidde, ebd.

[83]) NL Quidde/75.

[84]) NL Quidde/76.

[85]) NL Quidde/77.

[86]) Im „Rechenschaftsbericht für das Jahr 1939–40", 25. Januar 1940, NL Wehberg/70.

[87]) Quidde an Wehberg, 21. Februar 1936, NL Wehberg/70.

[88]) So das in Exemplar 1 fehlende Kapitel IV „Bund Neues Vaterland und Zentralorganisation für dauernden Frieden".

[89]) Wehberg, Ludwig Quidde, S. 66.

[90]) NL Quidde/72.

[91]) S. 38 (vgl. Anm. 96) und S. 99 (vgl. Anm. 331) dieser Edition.

[92]) Darüber gibt Quiddes „Rechenschaftsbericht für das Jahr 1937/38", „1. Februar 1938, NL Wehberg/70, Auskunft: „Vor einem Jahr war es meine Absicht, nach den in chronologischer Folge bis gegen Ende 1916 reichenden Kapiteln 1–10 zwei Abschnitte 11 und 12 einzuschieben, in denen die Tätigkeit pazifistischer Persönlichkeiten (in Deutschland und im Ausland) geschildert werden sollte. Ich überzeugte mich bald, daß das Material dafür viel schwieriger zu beschaffen ist, als ich mir vorgestellt hatte. Es handelt sich um mehr als hundert Personen, deren Rolle in der pazifistischen Bewegung jener Jahre kurz charakterisiert zu werden verdient. Es wurde mir auch zweifelhaft, ob es richtig sei, diese Abschnitte hier einzusetzen oder sie an den Schluß zu verweisen oder gar sie mit der chronologischen Darstellung zu verarbeiten und am Schluß nur, vielleicht in Verbindung mit dem Personenregister, einen biographischen Anhang beizufügen."

[93]) Vgl. hierzu Quiddes Synopse seiner Kapiteleinteilung im früheren und im letzten Zustand: NL Quidde/76.

[94]) Fritz Röttcher (1879–1946), aus evangelischem Pfarrhaus, Drogeriebesitzer; Mitglied der „Wiesbadener Gesellschaft der Friedensfreunde", seit 1910/11 Mitarbeiter des Völkerfriedens; nach 1918 Leiter des süddeutschen Sekretariats der Deutschen Friedensgesellschaft und des Verlages „Friede durch Recht", seit 1920 Hg. der Wochenschrift „Die Menschheit", 1927 wegen eines Artikels in diesem Blatt über die ‚Schwarze Reichswehr' vorübergehend in Haft genommen; Ende 1929 Bruch mit der Deutschen Friedensgesellschaft, ab 1930 Hg. der Wochenschrift „Die Chronik", später „Chronik der Menschheit"; noch vor 1933 Emigration nach Frankreich, dort Erwerbung der französischen Staatsbürgerschaft; Föderalist in der Nachfolge von F. W. Foerster, C. Frantz und K. C. Planck; vgl. den Nachruf von H. Wehberg auf F. Röttcher in: Friedenswarte, XLVII. Jg. (1947), S. 283–287.

[95]) Otto Lehmann-Rußbüldt (1872–1964), Sohn eines Berufssoldaten und späteren Zollaufsehers; vor 1914 Mitglied und Sekretär des „Giordano Bruno-Bundes", Beitritt zum Deutschen Monistenbund; propagandistisch für die „Kirchenaustritts-Bewegung" tätig; bis 1926 Generalsekretär der „Deutschen Liga für Menschenrechte", vormals des Bundes Neues Vaterland; mehrere Veröffentlichungen, u. a. seine im Kampf um die „Schwarze Reichswehr" entstandene Schrift „Die blutige Internationale der Rüstungsindustrie" (Berlin 1929), kritifierte Anfang der 30er Jahre scharf die reservierte Haltung der Friedenswarte und ihrer Herausgeber; Februar 1933 verhaftet; erfolgreiche Flucht aus dem Gefängnis; setzte sich von London aus für die in deutschen Konzentrationslagern unterdrückten Pazifisten und für die „Deutsche Liga für Menschrechte – im Exil" ein; vgl. H. Wehberg in: Friedenswarte, XLVII. Jg. (1947), S. 365–368 und Friedenswarte, XXXII. Jg. (1932), S. 370 f; Jakob Stöcker, Männer des deutschen Schicksals. Von Wilhelm II. bis Adolf Hitler, Berlin 1949, S. 193–201.

[96]) Die letzten beiden Absätze wurden vom Herausgeber hier eingefügt. Der Text stammt von Quidde, befindet sich auf einem Blatt (handschriftlich), jeweils unter der Überschrift „Zu den Quellen"; BA, NL Quidde/74.

[97]) Ebenso urteilt H. Wehberg über die Arbeit von G. Fuchs, die er als „deutschvölkisch" bezeichnet; vgl. die Rezension in: Friedenswarte, XXIX. Jg. (1929), S. 221.

[98]) Walther Schücking (1875–1935), deutscher Völkerrechtslehrer, Politiker, Pazifist; Professor der Rechte in Marburg, Berlin und Kiel; 1919 deutscher Hauptbevollmächtigter bei den Friedensverhandlungen in Versailles, 1919/20 Mitglied der Weimarer Nationalversammlung, 1920–28 MdR für die Deutsche Demokratische Partei, seit 1928 Richter am Internationalen Gerichtshof im Haag; vgl. D. Acker, Walther Schücking (1875–1935), Münster i. W. 1970 und H. Wehberg, Die Führer der deutschen Friedensbewegung (1890–1923), Leipzig o. J. (1923), S. 53–57 (Neudruck: Garland Library of War and Peace, New York/London 1972).

[99]) Hans Wehberg (1885–1962), deutscher Völkerrechtler, Pazifist; seit 1909 in der Friedensbewegung tätig, 1924 Hg. der Friedenswarte; 1928 Professor in Genf am Institut Universitaire de Hautes Etudes Internationales; seit 1948 Mitherausgeber des „Archivs des Völkerrechts", 1950 Generalsekretär des Institut de Droit International in Genf, 1955 Ehrendoktor der Universität Genf und mit dem Großen Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet, Mitherausgeber der „Zeitschrift für Völkerrecht"; zahlreiche wissenschaftliche und populäre Arbeiten zum Völkerrecht und über internationale Organisationen; vgl. H. Wehberg, Als Pazifist im Weltkrieg, Leipzig o. J. (1919) (Neudruck: Garland Library of War and Peace, New York/London 1972); Peter K. Keiner, Bürgerlicher Pazifismus und „neues" Völkerrecht: Hans Wehberg (1885–1962), jur. Diss. Freiburg i. Br. 1976.

[100]) Alfred Hermann Fried (1864–1921), österr. Pazifist und Schriftsteller; begründete 1891 in Berlin die Revue „Die Waffen nieder", 1892 die Deutsche Friedensgesellschaft; Hg. der „Politisch-pazifistischen Korrespondenz" und der Friedenswarte; 1896–99 Redakteur der „Monatlichen Friedenskorrespondenz"; auf seine Anregung erfolgte 1910 die Gründung des „Verbandes für internationale Verständigung"; führendes Mitglied in mehreren Organisationen der internationalen Friedensbewegung; wirkte durch Zeitungsberichte, -artikel, Vorträge, Bücher, Broschüren und Übersetzungen für die Verbreitung pazifistischen Gedankengutes, entwickelte theoretisch den „organisatorischen Pazifismus"; vgl. A. H. Fried, Mein Kriegstagebuch, 4 Bde., Zürich 1918–1920; H. Wehberg, Die Führer der deutschen Friedensbewegung, S. 19–23.

[101]) Friedrich Wilhelm Foerster (1869–1966), deutscher Pazifist, Philosoph, Pädagoge; 1913 Professor in Wien, 1914–1920 in München; sah sich 1916 nach der

Veröffentlichung seines Aufsatzes „Bismarcks Werk im Lichte der föderalistischen Kritik" gezwungen, sich von seinem Lehrstuhl beurlauben zu lassen und emigrierte in die Schweiz; belebte von dort aus die Rezeption der Werke von Constantin Frantz; 1918/19 bayerischer Gesandter der Regierung Eisner in der Schweiz; bereits Anfang der 20er Jahre erneute Emigration in die Schweiz, später in die USA; indem F. W. Foerster im preußischen Militarismus eine wesentliche Ursache für den Ersten Weltkrieg sah und deshalb in erster Linie den preußischen Einfluß auf die deutsche Politik bekämpft sehen wollte, geriet er in Gegensatz zu der pazifistischen Richtung um Quidde und Wehberg; vgl. F. W. Foerster, Erlebte Weltgeschichte 1869–1953. Memoiren, Nürnberg 1953; Hans Schwann (Hg.), Wer ist Fr. W. Foerster? Eine Aufsatzsammlung, Berlin-Weissensee 1930; Heinrich Lutz, Deutscher Krieg und Weltgewissen. Friedrich Wilhelms Foersters politische Publizistik und die Zensurstelle des bayerischen Kriegsministeriums (1915–1918) in: Zeitschrift f. Bayerische Landesgeschichte 25, 1962, S. 470–549; Herbert Burger, Politik und Ethik bei F. W. Foerster, Bonn 1969; Hans-Henning von der Burg, Sittengesetz und Sozialorganisation – Wege zur civitas humana. F. W. Foerster und seine politische Ethik, phil. Diss. Freiburg i. Br. 1971; H. Wehberg, Die Führer der deutschen Friedensbewegung, S. 57 ff.; Wilhelm Herzog, Menschen, denen ich begegnete, Bern und München 1959, S. 87–97; Adolf Grote, Friedrich Wilhelm Foerster in: ders., Unangenehme Geschichtstatsachen. Zur Revision des neueren deutschen Geschichtsbildes, Nürnberg 1960, S. 101–107.

[102]) Hermann M. Popert (1872–1932), Richter und Schriftsteller; Autor des Romans „Helmut Harringa"; während des Ersten Weltkrieges mit Hans Paasche Hg. der pazifistischen Zeitschrift „Der Vortrupp"; Verf. von Tagebuch eines Sehenden 1914–1919, Hamburg 1920; Pazifist abseits der organisierten Bewegung; seine Tätigkeit während des Weltkrieges hat Popert selbst dargestellt: Fidelis. In: Der Vortrupp, 7. Jg. (1918), S. 441–459 (während des Weltkrieges schrieb Popert unter dem Pseudonym „Fidelis".); vgl. den Nachruf in: Friedenswarte, XXXII. Jg. (1932), S. 88.

[103]) Richard Grelling (1853–1929), Rechtsanwalt und Publizist; Mitbegründer der Deutschen Friedensgesellschaft; emigrierte während des Ersten Weltkrieges in die Schweiz, wo er das von der deutschen Zensur verbotene Buch „J'accuse, von einem Deutschen" (1915) verfaßte; seine auch nach dem Krieg fortgesetzte politische und publizistische Tätigkeit hinsichtlich der Frage der Hauptschuld Deutschlands an der Verursachung des Ersten Weltkrieges wurde in Kreisen der Friedensbewegung als eine gegen die Völkerverständigung gerichtete Tätigkeit angesehen; vgl. Hans Thimme, Weltkrieg ohne Waffen. Die Propaganda der Westmächte gegen Deutschland, ihre Wirkung und ihre Abwehr, Stuttgart und Berlin 1932, S. 68–72; H. Wehbergs Nachruf in: Friedenswarte, XXIX. Jg. (1929), S. 49 f.

[104]) Graf Max Montgelas (1860–1938), 1901–1903 Militärattaché in Peking, 1910–1912 Oberquartiermeister im Großen Generalstab, danach Kommandeur der IV. bayerischen Infanteriedivision, 1915 aus der Armee ausgeschieden; 1919 Mitglied der deutschen „Viererkommission" zur Widerlegung des Artikels 231 des Versailler Friedensvertrages; 1920 Sachverständiger des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses; publizistisch gegen die These von der deutschen Alleinschuld tätig, obwohl er in einem Brief an R. Grelling (Sommer 1918) die Überzeugung vertrat, daß Deutschland am Ausbruch des Ersten Weltkrieges eine „dreifache Schuld" trage; vgl. Fritz Fischer, Krieg der Illusionen. Die deutsche Politik von 1911 bis 1914, Düsseldorf [2]1969, S. 667.

[105]) Ähnlich spricht sich Wehberg in der Rezension der Dissertation von G. Starker aus, der er jeglichen wissenschaftlichen Wert abspricht; vgl. Friedenswarte, XXXVII. Jg. (1937), S. 35 ff.

[106]) Die Herausgeber der Friedenswarte hielten das Buch Thimmes für so wichtig, daß sie eine Rezension von Veit Valentin abdruckten. In: Friedenswarte, XXXII. Jg. (1932), S. 265—268.

[107]) Adolf Richter (1839–1914), deutscher Chemiker und Industrieller; seit 1900 Präsident der Deutschen Friedensgesellschaft; Mitglied des Internationalen Friedensbureaus in Bern, Ehrenmitglied der dänischen und ungarischen Friedensgesellschaft; seit 1879 Mitglied der „Ligue internationale de la Paix et de la Liberté", ab 1896 im Komitee dieser Gesellschaft; vgl. Georg Grosch, Deutsche Pazifisten. Eine Sammlung von Vorkämpfern der Friedensbewegung in Deutschland (Ein Gedenkbuch von Dr. G. Grosch für Dr. A. Richter, den ersten Vorsitzenden der Deutschen Friedensgesellschaft), Stuttgart 1917; Ludwig Quidde, Zum Gedächtnis Dr. Adolf Richters, in: Völkerfriede, 16. Jg. (1915), S. 25 f.; H. Wehberg, Die Führer der deutschen Friedensbewegung, S. 11 ff.

[108]) In Deutschland als „Friedens- und Freiheitsliga" bezeichnet, von Charles Lemonnier, Victor Hugo, G. Garibaldi u. a. gegründet; Sitz in Genf; trat für die Gründung der Vereinigten Staaten von Europa auf demokratischer Grundlage ein, veranstaltete zahlreiche internationale Kongresse.

[109]) Otto Umfrid (1857–1920), Stadtpfarrer in Stuttgart; seit 1894 in der Friedensbewegung tätig, ab 1912 Hg. des Völkerfriedens; zahlreiche Aufsätze, besonders in pazifistischen Blättern; Verf. von „Bismarcks Gedanken und Erinnerungen im Lichte der Friedensidee" (1902) und „Anti-Treitschke" (1904); vgl. Otto Umfrid, Weltverbesserer und Weltverderber. Eine Sammlung von Kriegsaufsätzen, Zürich 1916; Grete Umfrid (Hg.), Zum Gedächtnis von Otto Umfrid. Mit einem Geleitwort von Walther Schücking, Stuttgart 1921; H. Wehberg, Die Führer der deutschen Friedensbewegung, S. 41–44; W. Schücking in: Friedenswarte, XXX. Jg. (1930), S. 140–143; W. Bredendiek, Otto Umfrid – ein vergessener Vorkämpfer für eine Welt ohne Krieg. Zu seinem fünfzigsten Todestag, in: Stimme der Gemeinde zum kirchlichen Leben, zur Politik, Wirtschaft und Kultur. 22. Jg., 1970, S. 394–402.

[110]) Wilhelm Hartmann (geb. 1863), Eisenbahnbeamter, Mitglied des Vorstandes der Deutschen Friedensgesellschaft; seit 1894 Schriftführer der Ortsgruppe Stuttgart, später der Deutschen Friedensgesellschaft und des Landesvereins Württemberg der Deutschen Friedensgesellschaft.

[111]) Das Internationale Friedensbureau wurde auf Anregung von Fredrik Bajer auf dem III. Weltfriedenskongreß in Rom (1891) begründet und ein Jahr später in Bern eingerichtet; diente als Zentralstelle der internationalen Friedensbewegung, sollte deren Arbeit koordinieren und erleichtern; 1910 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet; vgl. Fredrik Bajer, Les origines du Bureau International de la Paix, Bern 1904.

[112]) Heinrich Rößler (1845–1924), Chemiker, Pazifist; 1874–1908 Mitglied der Frankfurter Stadtverordnetenversammlung; ab 1900 Mitglied, 1909 Aufsichtsratsvorsitzender der Frankfurter Zeitung; Leiter der Zentralstelle Völkerrecht; begründete in den 90er Jahren mit Franz Wirth und Graf von Bothmer die Ortsgruppe Wiesbaden der Deutschen Friedensgesellschaft.

[113]) Vgl. Einleitung, S. 14 f.

[114]) Daß Quidde selbst die Auffassung vertrat, sein „Caligula" könne der Friedensbewegung schaden, geht auch aus einem, von ihm eigenhändig korrigierten Manuskript, „Aus den Erinnerungen eines alten Pazifisten", hervor; vgl. BA, NL Quidde/78. Im Jahre 1898 leitete Quidde die sich anläßlich des Zarenmanifestes in Deutschland verbreitenden „Komitees für Kundgebungen zum Zarenmanifest", allerdings, wie er begründet: „nur für den inneren Dienst, nicht nach außen; denn wegen meines ‚Caligula', von dem die Jüngeren heute nichts mehr wissen, der aber, als eine gegen Wilhelm II. gerichtete politische Satire mich damals zu einer international berüchtigten

Persönlichkeit gemacht hatte, mußte ich bei allem, was ich unternahm, wenn es darauf ankam, die Regierung zu beeinflussen, hinter den Kulissen bleiben."

[115]) Edouard de Neufville (1857–1942). Kaufmann, Sohn eines Bankiers, entstammte einer Hugenottenfamilie; unterstützte die Friedensbewegung und einzelne Pazifisten finanziell; gründete während der II. Haager Friedenskonferenz (1907) mit Allan J. Baker das „Kirchliche Komitee zur Pflege freundschaftlicher Beziehungen zwischen Großbritannien und Deutschland"; Vizepräsident des deutsch-englischen Verständigungskomitees; 1907–1922 deutsches Mitglied, danach Ehrenmitglied des Internationalen Friedensbureaus; Vizepräsident des Frankfurter Friedensvereins; vgl. H. Wehberg, Die Führer der deutschen Friedensbewegung, S. 44–46.

[116]) Gaston Moch (1869–1935), ehemaliger Artilleriehauptmann; Mitglied in mehreren Organisationen der französischen und internationalen Friedensbewegung; Präsident des Weltfriedenskongresses von Monaco (1902), begründete 1903 im Auftrag des Fürsten von Monaco ein internationales Friedensinstitut in Monaco; übersetzte Quiddes „Caligula" in die französische Sprache; vgl. H. Wehberg in: Friedenswarte, XXXIV. Jg. (1934), S. 16 f. und Friedenswarte, 35. Jg. (1935), S. 278.

[117]) Eine von Gymnasiasten in Nîmes 1887 gegründete Gesellschaft, die sich zu einer bedeutenden pazifistischen Vereinigung entwickelte; die Begründer der Gesellschaft, die ihre pazifistische Tätigkeit später als Anwälte und Professoren fortsetzten, waren gleichzeitig Redakteure der Monatsschrift „La Paix par le Droit".

[118]) Théodore Ruyssen (1868–1968), Professor der Philosophie, seit 1897 Präsident der französischen Friedensvereinigung „La Paix par le Droit"; Mitglied des Internationalen Friedensbureaus; vgl. die Würdigung seines 60. Geburtstages in: Friedenswarte, XXVIII. Jg. (1928), S. 257.

[119]) Die Hauptversammlung der „Association de la Paix par le Droit" im Jahre 1914 fand vom 30. 5. bis zum 2. 6. in Lyon statt. Zu Sondersitzungen waren Redner der internationalen Friedensbewegung geladen; vgl. Die Friedensbewegung, 1914, Nr. 5, S. 193.

[120]) Edouard Herriot (1872–1957), französischer Politiker; 1924/25, 1926 und 1932 Ministerpräsident, 1947–1954 Präsident der Nationalversammlung.

[121]) Über die Versammlung berichtet auch der Vorsitzende der Ortsgruppe Gebweiler der Deutschen Friedensgesellschaft Jacques v. Schlumberger, Französischer Friedenskongreß in Lyon, in: Völkerfriede, 15. Jg. (1914), S. 84 f.

[122]) Charles Scheer (1871–1936), elsässischer evangelischer Pfarrer; liberaler Politiker, führendes Mitglied der elsässischen „Parti Républicain Démocratique" („Republikanisch-Demokratische Partei"), als deren Vertreter am 16. November 1919 in die französische Kammer gewählt; Abgeordneter bis 1928.

[123]) Vgl. Beilage Nr. 1, S. 239–242.

[124]) Sir Edward Grey (1862–1933), seit 1916 Viscount Grey of Falladon, liberaler britischer Staatsmann; seit 1885 im Unterhaus, 1905–1916 Außenminister der englischen Regierung; vgl. Lord Edward Grey, Fünfundzwanzig Jahre Politik 1892–1916. Memoiren, 2 Bde., München 1926.

[125]) Henri La Fontaine (1854–1943), belgischer Völkerrechtler; Sozialist; seit 1907 Präsident des Rates des Internationalen Friedensbureaus; erhielt 1913 den Friedensnobelpreis; vgl. H. Wehberg in: Friedenswarte, XXXIV. Jg. (1934), S. 71 f. und H. Wehbergs Nachruf in: Friedenswarte, XLIII. Jg. (1943), S. 176 f.

[126]) Hugo Haase (1863–1919), Fraktionsvorsitzender der SPD seit 1913, verlangte 1914 die Ablehnung der Kriegskredite; 1916 aus der SPD ausgeschlossen; Mitbegründer der USPD, zu deren Führern er gehörte; November/ Dezember 1918 Mitglied des Rates der Volksbeauftragten, 1919 Mitglied der Nationalversammlung, Opfer eines Attentats; vgl. Ernst Haase, Hugo Haase.

Sein Leben und Wirken. Mit einer Auswahl von Briefen, Reden und Aufsätzen, Berlin-Frohnau 1929; Kenneth R. Calkins, Hugo Haase. Demokrat und Revolutionär, Berlin 1976.

[127]) Hermann Müller (1876–1931), SPD-Politiker; 1919 Reichsaußenminister, 1920 und 1928–1930 Reichskanzler.

[128]) Vgl. Beilage Nr. 2, S. 242 ff.

[129]) Wilhelm Ostwald (1853–1932), Chemiker, Physiker und Philosoph; Begründer der Energetik; Vorsitzender des Monistenbundes; Professor und Geheimer Hofrat; 1909 Nobelpreis für Chemie; Mitglied des europäischen Rats der Carnegiestiftung. – Während des Krieges hatte W. Ostwald unter anderem die Errichtung eines Vereinigten Europas mit Wilhelm II. als Präsidenten gefordert. Vgl. Hellmut von Gerlach, Die große Zeit der Lüge, Charlottenburg 1926, S. 58. Grete Ostwald, Wilhelm Ostwald. Mein Vater, Stuttgart 1953, S. 172 f.

[130]) Otto Ernst, eigentlich Otto Ernst Schmidt (1862–1926), deutscher Bühnen- und Romanschriftsteller; wurde nach 1918 aus der Deutschen Friedensgesellschaft ausgeschlossen, da er während des Krieges chauvinistische und kriegsverherrlichende Schriften und Gedichte veröffentlicht hatte; vgl. S. 385, Anm. 690.

[131]) Jonkheer Dr. B. de Jong van Beek en Donk (1881–1948), Schriftführer des Anti-Oorlog-Raad und ab 1915 Generalsekretär der „Zentralorganisation für einen dauernden Frieden"; vgl. den Nachruf von H. Wehberg in: Friedenswarte, XLVIII. Jg. (1948), S. 63–65.

[132]) Der Nederlandsche Anti-Oorlog-Raad wurde am 8. 10. 1914 im Haag gegründet und vereinigte alle bis dahin im Sinne einer Antikriegspropaganda wirkenden Verbände in den Niederlanden. Als Anti-Kriegs-Organisation stellte er sich die Aufgabe, jene Kräfte international zusammenzuführen, die eine grundsätzliche Veränderung der europäischen Politik in Fragen der Abrüstung, des Völkerrechts, der Außenpolitik, der Handelsfreiheit und der Kolonialpolitik als unumgänglich ansahen; zur Arbeit des Anti-Oorlog-Raad von 1914 bis 1918 vgl. Friedenswarte, XXXIX. Jg. (1939), S. 182–187 und H. Ch. G. J. von der Mandere, Nederlandsche Anti-Oorlog-Raad. Grotius, Annuaire international pour 1918, La Haye 1919, S. 71–101.

[133]) Vgl. dazu de Jong van Beek en Donk, Haager Erinnerungen, in: Friedenswarte, XXXVIII. Jg. (1938), S. 67–70, dort über das Zusammentreffen mit Quidde im Haag (1914); vgl. auch: ders., in: H. Wehberg, Ludwig Quidde, S. 79–85.

[134]) Gemeint ist der Aufruf „An die Kulturwelt" vom 11. Oktober 1914, den 93 deutsche Gelehrte und Künstler unterzeichnet hatten; abgedruckt in: Klaus Böhme (Hg.), Aufrufe und Reden deutscher Professoren im Ersten Weltkrieg, Stuttgart 1975, S. 47 ff.; vgl. dazu H. Wehberg, Wider den Aufruf der 93! Das Ergebnis einer Rundfrage an die 93 Intellektuellen über die Kriegsschuld, Berlin 1920; Klaus Schwabe, Wissenschaft und Kriegsmoral. Die deutschen Hochschullehrer und die politischen Grundfragen des Ersten Weltkrieges, Göttingen/Zürich/Frankfurt a. M. 1969, S. 21–25; Herbert Döring, Der Weimarer Kreis. Studien zum politischen Bewußtsein verfassungstreuer Hochschullehrer in der Weimarer Republik, Meisenheim a. Glan 1975, S. 22 ff.

[135]) Am 9. Oktober 1914 forderte der frühere Landtagsabgeordnete Goldschmit (Fortschrittliche Volkspartei), gegen das Parteimitglied L. Quidde vorzugehen, da dessen Tätigkeit im Haag, seine Rede vom 31. Mai 1914 in Lyon über Elsaß-Lothringen und sein Offener Brief an Professor Dr. Robert Davidsohn in Florenz „Lord Haldane der Achtung unwürdig?" vom 25. August 1914 sich angeblich gegen die nationalen Interessen Deutschlands richteten. Quidde entgegnete am 2. November 1914 den Anschuldigungen Goldschmits, indem er seine Erklärung vom 16. Oktober 1914 „Im Kampf gegen Verleumdung" an die Vereinsvorstände der Fortschrittlichen Volkspartei und der Liberalen Ar-

beitsgemeinschaft versenden ließ. Quiddes Klage beim Amtsgericht München führte am 19. Januar 1915 zu einem Vergleich. Goldschmit nahm die gegen Quidde erhobenen Angriffe zurück; Quidde erklärte, „daß er den Vorwurf, Dr. Goldschmit habe wider besseres Wissen gehandelt, auf Grund der Beweiserhebung nicht aufrecht erhält." Die Dokumente zu dem Vorgang in: BA, Deutsche Demokratische Partei/Deutsche Staatspartei, R 45 III/62.

[136]) Siehe Völkerfriede, 15. Jg. (1914), S. 111 f. und BA, NL Quidde/67.

[137]) Das dritte Kriegsflugblatt der Deutschen Friedensgesellschaft hat an dieser Stelle gegenüber dem Artikel im Völkerfrieden eine kleine, aber erhebliche Veränderung erfahren; statt „das womöglich bei völliger Gleichberechtigung sich den Besitz" heißt es im Völkerfrieden „das womöglich unter Führung Deutschlands sich den Besitz".

[138]) Otfried Nippold (1864–1938), Völkerrechtslehrer; stellvertretender Vorsitzender des Verbandes für internationale Verständigung; Sohn des evangelischen Kirchenhistorikers und Mitbegründers des „Evangelischen Bundes" Friedrich Nippold; ging Juli/August 1914 in die Schweiz; stand dem von Fried, Wehberg und Quidde repräsentierten Pazifismus kritisch gegenüber; sein Aufsatz „Zweierlei Pazifismus?" (1917) wurde vom Hg. der Friedenswarte nicht abgedruckt, da in ihm die für einen baldigen Frieden eintretenden Pazifisten attackiert wurden; davon überzeugt, Deutschland trage die Schuld am Krieg, plädierte Nippold für Fortsetzung des Krieges und lehnte einen Kompromißfrieden ab, da der Weltkrieg nur mit einer Niederlage des militaristischen Deutschland beendet werden dürfe; vgl. die gesammelten Kriegsaufsätze von O. Nippold, Durch Wahrheit zum Recht, Bern 1919 und H. Wehberg, in: Friedenswarte, XXXVIII. Jg. (1938), S. 235–243.

[139]) Franz Bucher-Heller (1868–1925), Rechtsanwalt, Journalist; Mitglied des Internationalen Friedensbureaus.

[140]) Henri Carrière (1865–1941), Adjunkt des Bundes-Sanitätsamtes in Bern; Mitglied des ständigen Ausschusses des Internationalen Friedensbureaus.

[141]) Georges Bovet (1874–1946), schweizerischer Pazifist, Journalist; Mitglied des Internationalen Friedensbureaus und dessen ständiger Kommission, Generalsekretär der „Ligue internationale de la Paix et de la Liberté".

[142]) Henri Golay (1867–1950), schweizerischer Pazifist; Professor an der Handelsakademie St. Gallen; 1911–1950 Generalsekretär des Internationalen Friedensbureaus; vgl. H. Wehbergs Nachruf in: Friedenswarte, Bd. 50, 1950/51, S. 266 bis 269.

[143]) Edouard Quartier-la-Tente (1855–1925), schweizerischer Pazifist, Professor der Theologie; Vizepräsident des Zentralkomitees der Schweizer Friedensgesellschaft und Gründer eines Internationalen Büros für freimaurerische Beziehungen.

[144]) Gustav Maier (1844–1923), deutscher Pazifist, Bankdirektor und Schriftsteller; Professor der Psychiatrie in Zürich; Präsident der Sektion Zürich und Mitglied des Zentralkomitees der Schweizerischen Friedensgesellschaft; Hg. der der Monatsschrift „Ethische Rundschau" und Mitglied des Zentralkomitees der „Ethischen Bewegung" (London).

[145]) Der Aufruf ist in deutscher Sprache abgedruckt in: Völkerfriede, 15. Jg. (1914), S. 129.

[146]) Die Kundgebung „Ein wenig gesunde Vernunft!" ist abgedruckt in: Völkerfriede, 16. Jg. (1915), S. 4 f.

[147]) T. Padmanabba Pillay, 2. Vorsitzender des Verbandes des Internationalen Studentenvereines an deutschen Hochschulen „Corda fratres".

[148]) Zwei Exemplare des „Vierten Kriegsflugblattes" in: BA, NL Quidde/67.

[149]) Zu der Entstehung und Wirkung von Gerüchten im Ersten Weltkrieg vgl. etwa die Berichte von Zeitgenossen wie Wilhelm Muehlon, Die Verheerung Euro-

pas. Aufzeichnungen aus den ersten Kriegsmonaten, Zürich 1918, S. 21–24; Eberhard Buchner, Kriegsdokumente. Der Weltkrieg 1914 in der Darstellung der zeitgenössischen Presse. Erster Band: Die Vorgeschichte – Der Krieg bis zur Vogesenschlacht, München 1914, S. 110 ff.

[150]) Vgl. H. v. Gerlach, Die große Zeit der Lüge, Charlottenburg 1926, S. 16–20 und 46–50.

[151]) Am 14. August 1914 forderte die Redaktion der Münchner Neuesten Nachrichten ihre Leser auf, der Zeitung Briefe von Soldaten an ihre Angehörigen zum Abdruck zu senden. Bereits zwei Tage später erschienen die ersten Zuschriften auszugsweise unter dem Stichwort „Soldatenbriefe"; s. Münchner Neueste Nachrichten, 67. Jg., Nr. 418, 16. August 1914, Morgenblatt.

[152]) Conrad Haußmann (1857–1922), linksliberaler Politiker, Sohn von Julius Haußmann; 1890–1918 MdR als Vertreter der Deutschen Volkspartei, seit 1910 der Fortschrittlichen Volkspartei; 1919 als Mitglied der Deutschen Demokratischen Partei Vizepräsident der Nationalversammlung; Mitglied des Verbandes für internationale Verständigung; C. Haußmann, Schlaglichter, Reichstagsbriefe und Aufzeichnungen, hg. von Ulrich Zeller, Frankfurt a. M. 1924.

[153]) S. Frankfurter Zeitung, 59. Jg., Nr. 312, 10. November 1914, Erstes Morgenblatt.

[154]) Lord Courtney of Penwith (1832–1918), britischer Politiker, Mitglied des Oberhauses; in Parlament und Presse als Gegner des Burenkrieges hervorgetreten; Mitglied des europäischen Rates der Carnegiestiftung und des englischen Friedensrates.

[155]) Stuttgarter Beobachter, 84. Jg., Nr. 269, 17. November 1914.

[156]) Der Brief Umfrids an Lord Courtney und dessen Antwortschreiben (jeweils Druck auf Fahne) in: BA, NL Quidde/67.

[157]) Vgl. F. Röttcher, Von Friedensarbeit in Kriegszeit. In: Völkerfriede, 15. Jg. (1914), S. 139; in dem Artikel geht Röttcher auf die Arbeit des „Emergency Committee" ein.

[158]) Paul Bronsart von Schellendorff (1832–1891) war von 1883–1889, sein Bruder Walter Bronsart von Schellendorf (1833–1914) von 1893–1896 preußischer Kriegsminister.

[159]) Quidde gab seine Informationen an die deutsche Presse weiter. Ein entsprechendes Schreiben Quiddes abgedruckt unter dem Titel „Wieder eine englische Fälschung" in: Weser-Zeitung, Nr. 24509, 2. Januar 1915 (Mittagsausgabe).

[160]) Nachdem in der englischen Presse das amtliche Dementi bereits erfolgt war, teilte Quidde der Frankfurter Zeitung mit, inwiefern es sich bei dem „Tagesbefehl" um eine Falschmeldung handeln mußte. Quiddes Brief, am 10. Oktober 1914 in Den Haag verfaßt, deckt sich fast wörtlich mit der von ihm hier gegebenen Schilderung des Vorganges. Das Schreiben schließt: „jetzt kann vielleicht mein nach den Regeln der Urkundenkritik geführter Nachweis zur Unterstützung der amtlichen Erklärung dienen." („Made in England", in: Frankfurter Zeitung, 59. Jg., Nr. 284, 13. Oktober 1914, Zweites Morgenblatt.)

[161]) Freifrau Bertha von Suttner (1843–1914), österreichische Pazifistin und Schriftstellerin, die durch ihren Roman „Die Waffen nieder" (1889) Sensation machte; gründete 1891 die österreichische Gesellschaft der Friedensfreunde und regte die Gründung der Deutschen Friedensgesellschaft an; seit 1899 ständige Mitarbeiterin der Friedenswarte; vgl. Bertha von Suttner, Memoiren, hg. von Liselotte von Reinken, Bremen 1965; Beatrix Kempf, Bertha von Suttner. Das Leben einer großen Frau, Schriftstellerin, Politikerin, Journalistin, Wien [2]1965. B. v. Suttner, Die Waffen nieder! Ausgewählte Schriften, hg. von Klaus Mannhardt und Winfried Schwamborn, Köln 1978.

[162]) Emilie Endriß (geb. 1877), deutsche Pazifistin; Frau von Professor Karl Ernst Endriß (1868–1927), 1891–1907 Dozent für technische Geologie von Württemberg an der Technischen Hochschule Stuttgart.

[163]) Frida Perlen (1870–1933), aus jüdischer Familie stammend; schloß sich im Weltkrieg der Friedensbewegung an; Mitarbeiterin des deutschen Zweiges der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit; forderte in einem Brief vom 12. 10. 1914 den deutschen Reichskanzler auf, den Krieg zu beenden; Abdruck in: Völkerfriede, 15. Jg. (1914), S. 138 f.; vgl. Richard J. Evans, The Feminist Movement in Germany 1894–1933, London, Beverly Hills 1976, S. 232.

[164]) Edoardo Giretti (geb. 1864), italienischer Seidenindustrieller, Publizist, Pazifist; 1913–1919 Abgeordneter; Hg. des „Giornale degli Economistin"; Mitglied des europäischen Rates der Carnegiestiftung; trat als Antimilitarist gegen den Tripoliskrieg auf.

[165]) Joseph G. Alexander (1848–1918), Bachelor of Laws der Universität London; Mitglied des „British National Peace Council"; seit 1912 Korrespondent der Carnegiestiftung.

[166]) Der genaue Nachweis der Kundgebungen wird in diesem Kapitel von Quidde auf S. 64 geführt.

[167]) Adolf Heilberg (1858–1936), Pazifist und linksliberaler Politiker; Justizrat, zeitweilig Vorsitzender der Breslauer Anwaltskammer; gehörte zu den Gründern der Deutschen Friedensgesellschaft, deren Vorstand er bis 1919/20 angehörte; gründete 1894 die Breslauer Ortsgruppe der Deutschen Friedensgesellschaft; Vorsitzender der Schlesischen Arbeitsgemeinschaft der Friedensgesellschaft; suchte vor allem den Rechtsgedanken im internationalen Leben zu stärken; vgl. H. Wehberg, Die Führer der deutschen Friedensbewegung, S. 31–34 und den Nachruf von Wehberg auf A. Heilberg in: Friedenswarte, XXXVII. Jg. (1937), S. 29 f.

[168]) Anna Zipernowsky (1863–1923), Vorstandsmitglied des ungarischen Friedensvereins, Gründerin und Präsidentin der Friedenssektion des Bundes ungarischer Frauenvereine; Ehefrau von Prof. Karl Zipernowsky, des Vizepräsidenten des ungarischen Friedensvereins. Vgl. den Nachruf von Alexander Giesswein auf A. Zipernowsky in: Friedenswarte, XXIII. Jg. (1923), S. 158.

[169]) Felix Stone Moscheles (1833–1918), englischer Maler und Publizist; Pazifist, Vorsitzender der „International Arbitration and Peace Association" (London), Esperanto-Anhänger; vgl. den Nachruf in: Völkerfriede, 18. Jg. (1918), S. 18.

[170]) Samuel Bart de la Faille (1842–1917), zunächst Prediger der niederländisch-reformierten Kirche, Vorstandsmitglied des „Allgemeenen Nederlandschen Bonds: Vrede door Recht".

[171]) E. Semenoff (geb. 1861), Publizist, Generalsekretär der Petersburger und Sekretär der russischen Friedensgesellschaft, Korrespondent des europäischen Büros der Carnegiestiftung.

[172]) Nils August Nilsson (1867–1952), schwedischer Politiker und Journalist.

[173]) Victor Henri Rutgers (1867–1945), Mitglied der holländischen Kammer, Professor des Römischen Rechts und des Strafrechts, Unterrichtsminister im Kabinett Colijn (1925/26); Vizepräsident der pazifistischen Vereinigung „Vrede door Recht"; im Oktober 1914 Mitglied des Zentralkomitees bei Gründung des „Nederlandsche Anti-Oorlog-Raad", April 1915 Mitbegründer der internationalen „Zentralorganisation für einen dauernden Frieden"; vgl. B. de Jong van Beek en Donk, Vorkämpfer der Völkerverständigung und Völkerrechtslehre als Opfer des Nationalsozialismus. 1. Zum Gedenken an Professor V. H. Rutgers, in: Friedenswarte, XLVI. Jg. (1946), S. 34 f.

[174]) Fannie Fern Andrews (1867–1950), Pazifistin, Publizistin, Schriftstellerin; gründete 1907 die amerikanische „School Peace League", Mitglied des Direktionskomitees der „American Peace Society"; Verfasserin von „The Central Organization for a Durable Peace" (1915) und „Freedom of the Seas" (1917).

[175]) Samuel Train Dutton (1849–1919), Pazifist, Pädagoge; Professor an der Columbia-Universität, Sekretär der „Peace Society of the City of New York".

[176]) Johan Hendrik Andries Schaper (1868–1934), holländischer sozialistischer Politiker; 1899–1934 Mitglied der Zweiten Kammer.

[177]) Fredrik Bajer (1837–1922), dänischer Politiker, Mitglied des Folketing; begründete 1891 das Internationale Friedensbureau in Bern, dessen Präsident er bis 1907 war; erhielt 1908 den Friedensnobelpreis.

[178]) Alexander Giesswein (1856–1923), päpstlicher Hausprälat und Domkapitular der Diözese Raab, ungarischer Reichstagsabgeordneter; Präsident des Friedensvereins der Länder der ungarischen Krone, Mitglied der Interparlamentarischen Union.

[179]) So etwa von Hellmut von Gerlach auf der Kasseler Generalversammlung der Deutschen Friedensgesellschaft vom 24. bis 26. Oktober 1919 (vgl. dazu S. 388, Anm. 737); die Reaktion Quiddes gibt der Versammlungsbericht wieder: „Herr Professor Quidde rechtfertigte zunächst die Haltung der deutschen Delegierten im Januar. Die von Herrn v. Gerlach erwähnte Resolution sei damals gar nicht zur Beratung gekommen. Dieser Nichtbesprechung habe auch der Vorsitzende Lafontaine zugestimmt." Völkerfriede, 19. Jg. (1919), S. 107. – Quidde ließ unerwähnt, daß über die von Giretti eingebrachte Resolution stundenlang beraten und der Antrag der deutschen Pazifisten, über die Resolution nicht abzustimmen, abgelehnt wurde. Auch vermied es Quidde, darauf hinzuweisen, daß Lafontaines Haltung sich daran orientierte, daß Stimmengleichheit zu erwarten war; s. o. S. 62 f.

[180]) Hellmut von Gerlach (1866–1935), linksbürgerlicher, radikaldemokratischer Politiker und Publizist; Hg. der „Welt am Montag", gehörte während des Krieges dem Berliner Komitee der Zentralstelle Völkerrecht an, nach 1918 Vorstandsmitglied der Deutschen Friedensgesellschaft, Mitherausgeber der Friedenswarte; vgl. Hellmut von Gerlach, Meine Erlebnisse in der Preußischen Verwaltung, Berlin 1919; ders., Erinnerungen eines Junkers, Berlin 1925; ders., Die große Zeit der Lüge; ders., Von Rechts nach Links. Der Lebensgang eines Junkers, mit einem Vor- und Nachwort von Emil Ludwig, Zürich 1937; Ruth Greuner, Wandlungen eines Aufrechten. Lebensbild Hellmut von Gerlachs, Berlin (DDR) 1965; Karl Holl / Adolf Wild (Hg.), Ein Demokrat kommentiert Weimar. Die Berichte Hellmut von Gerlachs an die Carnegie-Friedensstiftung in New York 1922–1930, Bremen 1973.

[181]) Sein „Entsetzen" äußerte v. Gerlach bereits auf der Kasseler Generalversammlung der Deutschen Friedensgesellschaft. Auf die gemeinsame Zukunftsarbeit der Pazifisten aller Länder eingehend, führte v. Gerlach aus: „Es sei während des Krieges von deutschen Pazifisten mancherlei gesündigt worden. Er sei geradezu entsetzt gewesen, als er erfahren habe, daß bei der letzten Tagung im Januar 1915 die deutschen Delegierten sich geweigert hätten, eine Resolution zu unterschreiben, in der das Ultimatum an Serbien und der Einbruch in Belgien gerügt werden sollte. Dadurch sei es den Entente-Pazifisten einfach unmöglich gemacht worden, weiterhin mit den deutschen Vertretern zu verhandeln. Gerade dieses Verhalten der Deutschen trage wesentlich zur Erklärung der Untätigkeit des Bureaus bei. Das Wichtigste sei heute die Wiederherstellung der internationalen Beziehungen. Um das zu erreichen, müsse man ohne weiteres frühere Irrtümer eingestehen." Völkerfriede, 19. Jg. (1919), S. 107.

[182]) Von A. H. Fried auf der Kasseler Generalversammlung bestätigt: „Es habe sich für die Deutschen einfach darum gehandelt, wieder in die Heimat zurückzukehren. Und eine Rückkehr wäre ihnen durch Unterschreiben dieser Resolution unmöglich gemacht worden." Völkerfriede, 19. Jg. (1919), S. 107.

[183]) S. Quiddes Ausführungen auf S. 50.

[184]) Vgl. Beilage Nr. 3, S. 245.

[185]) Die Interparlamentarische Union war eine von Sir Randal Cremer (Groß-

britannien) und Frédéric Passy (Frankreich) gegründete Vereinigung von Parlamentariern aller Länder zur Förderung der internationalen Zusammenarbeit; vgl. Union interparlamentaire, Résolutions des Conférences et Décisions principales du Conseil 1911–1934. Publié par le Bureau interparlamentaire, Lausanne 1935; Die Interparlamentarische Union von 1889 bis 1939. Sammelwerk, vom Interparlamentarischen Büro anläßlich des fünfzigjährigen Jubiläums der Union veröffentlicht, Lausanne 1939; L. Quidde, Die Interparlamentarische Union von 1889 bis 1939, Lausanne 1939; Fredrik Sterzel, The Interparliamentary Union, Stockholm 1968.

[186]) Der am 11. Juni 1911 begründete Verband für Internationale Verständigung sollte in Deutschland den Personenkreis erfassen, der pazifistischem Gedankengut nahestand, ohne sich jedoch direkt mit dem Pazifismus identifizieren zu wollen. Der Verband stellte sich die Aufgabe, die Verständigung zwischen den Völkern, insbesondere in den Fragen und Problemen des Völkerrechts voranzutreiben, um einer Politik zwischen den Staaten den Weg zu bereiten, die Konflikte auf friedliche Weise überwindet; vgl. Alfred H. Fried, Handbuch der Friedensbewegung. Zweiter Teil. Geschichte, Umfang und Organisation der Friedensbewegung, Berlin und Leipzig [2]1913, S. 234 f. und S. 289 f.; R. Chickering, A Voice of Moderation in Imperial Germany: The „Verband für internationale Verständigung" 1911–1914, in: Journal of Contemporary History, 8, 1973, S. 147–164; Karl Holl, Die deutsche Friedensbewegung im Wilhelminischen Reich – Wirkung und Wirkungslosigkeit, in: Kirche zwischen Krieg und Frieden. Studien zur Geschichte des deutschen Protestantismus, hg. von Wolfgang Huber und Johannes Schwerdtfeger, Stuttgart 1976, S. 341 ff.

[187]) Robert von Piloty (1863–1926), Professor der Jurisprudenz in Würzburg, Veröffentlichungen zum Staats-, Verwaltungs- und Völkerrecht.

[188]) Hermann Maier, Pazifist, Mitglied des Bundes Neues Vaterland, in den 20er Jahren verstorben.

[189]) Lilli Jannasch, Schriftstellerin; Tochter eines Professors; Halbfranzösin; Mitglied der „Gesellschaft für ethische Kultur"; Mitarbeiterin des Bundes Neues Vaterland; von ihr zusammengestellt und herausgegeben: Untaten des preußisch-deutschen Militarismus im besetzten Frankreich und Belgien, Wiesbaden 1924.

[190]) Kurt von Tepper-Laski (1850–1931), Rittmeister a. D., Rennstallbesitzer, zog sich nach 1918 aus gesundheitlichen Gründen von der Politik zurück; vgl. Friedenswarte, XXV. Jg. (1925), S. 275 ff. und Friedenswarte, XXXI. Jg. (1931), S. 76 f.

[191]) Georg Graf von Arco (1869–1940), deutscher Physiker und Pionier der Funktechnik, 1903–1930 technischer Direktor bei Telefunken; zog sich nach 1920 von der Politik zurück.

[192]) Karl Freiherr von Puttkamer (1847–1918), Rittmeister a. D., Landrat in der Provinz Posen; Vorstandsmitglied der Ortsgruppe Berlin der Deutschen Friedensgesellschaft, trat für eine Versöhnung von Polen und Deutschen ein.

[193]) Ernst Reuter (1889–1953), sozialistischer Politiker und Schriftsteller; 1918 nach russischer Kriegsgefangenschaft Volkskommissar in der Wolgadeutschen Republik in Saratow; nach dem Zweiten Weltkrieg Regierender Bürgermeister von Berlin; vgl. Ernst Reuter, Schriften. Reden, hg. von Hans E. Hirschfeld und Hans J. Reichhardt, Erster Band. Briefe, Aufsätze, Referate 1904 bis 1922, Berlin/Frankfurt a. M./Wien 1972.

[194]) Vgl. P. Grappin, Le Bund Neues Vaterland (1914–1916). Les rapports avec Romain Rolland, Lyon/Paris 1952; E. Gülzow, Der Bund „Neues Vaterland". Probleme der bürgerlich-pazifistischen Demokratie im ersten Weltkrieg (1914 bis 1918), Diss. Berlin (DDR) 1969 (masch.); M. Halbwachs, Le „Bund Neues

Vaterland" in: Les Cahiers des Droits de l'Homme, 10. Januar 1922; R. Cheval, Romain Rolland, l'Allemagne et la Guerre, Paris 1963; E. Gülzow, Die bürgerliche Antikriegsbewegung in den ersten Kriegsmonaten (August–Dezember 1914), in: Deutschland im Ersten Weltkrieg. Bd, 1: Verbreitung, Entfesselung und Verlauf des Krieges bis Ende 1914. Von einem Autorenkollektiv unter Leitung von Fritz Klein, Berlin (DDR) 1968, S. 477–487.

[195]) Zu Beginn des Ersten Weltkrieges in England von Charles Trevelyan, E. D. Morel, Norman Angell, J. Ramsay MacDonald u. a. begründete pazifistische Vereinigung mit namhaften Mitgliedern, überwiegend linksliberalen und sozialistischen Publizisten und Politikern; vgl. H. M. Swanwick, Baumeister des Friedens. Zehn Jahre Geschichte der Union für Demokratische Kontrolle, Halberstadt 1925; M. Swartz, The Union of Democratic Control in British Politics during the First World War, Oxford 1971; Keith Robbins, The Abolition of War. The ‚Peace Movement' in Britain, 1914–1919, Cardiff 1976; H. Hanak, The Union of Democratic Control during the First World War in: Bulletin of the Institute of Historical Research, Bd. 36, 1963, S. 168 bis 180; Heinrich Timmermann, Friedenssicherungsbewegungen in den Vereinigten Staaten von Amerika und in Großbritannien während des Ersten Weltkrieges, Frankfurt a. M./Bern/Las Vegas 1978, S. 172–209.

[196]) Zu den Programmen dieser Organisationen vgl. den Artikel im Völkerfrieden „Pazifistische Forderungen für einen dauerhaften Frieden", 16. Jg. (1915), S. 47 ff.; ein Sonderabdruck davon in: BA, NL Quidde/67.

[197]) Vgl. Beilage Nr. 4, S. 246.

[198]) Unico Graf von der Gröben (1861–1924), Urenkel des Freiherrn vom Stein; kritisierte die deutsche Vorkriegspolitik gegenüber Frankreich; vgl. Ernst Reuter, Schriften. Reden, Erster Band, S. 356 f. und Lehmann-Rußbüldt, Der Kampf für den Weltkrieden, S. 12 f., 19 ff.

[199]) Casimir Curt Maximilian Graf von Leyden (1852–1938), deutscher Diplomat, Legationsrat.

[200]) Karl Max Fürst von Lichnowsky (1860–1928), verfaßte die gegen die Politik des Auswärtigen Amtes gerichtete Schrift „Meine Londoner Mission 1912–14", die seinen Ausschluß aus dem preußischen Herrenhaus zur Folge hatte (1918); vgl. K. M. Fürst von Lichnowsky, Auf dem Wege zum Abgrund: Londoner Berichte, Erinnerungen und sonstige Schriften, 2 Bde., Dresden 1927; Edward F. Willis, Prince Lichnowsky, Ambassador of Peace: A Study of Prewar Diplomacy, 1912–1914, Berkeley, Los Angeles 1942; Harry F. Young, The Misunderstanding of August 1, 1914 in: Journal of Modern History, 48, 1976, S. 644–665.

[201]) Anton Graf von Monts de Mazin (1852–1930), 1895–1902 preußischer Gesandter in München, 1902–1909 Botschafter in Rom; vgl. Erinnerungen und Gedanken des Botschafters Anton Graf Monts, hg. von K. F. Nowak und F. Thimme, Berlin 1932.

[202]) Hans Heinrich Ernst Victor Schlieben (1865–1943), emigrierte während des Weltkrieges in die Schweiz, wo er die „Vereinigung der deutschen Republikaner in der Schweiz" begründete; Organisator der von deutschen Exil-Pazifisten in der Schweiz herausgegebenen „Freien Zeitung", deren politische Leitung er innehatte; vgl. H. Thimme, Weltkrieg ohne Waffen, S. 80–87.

[203]) Vgl. auch E. Reuter, Schriften. Reden, Erster Band, S. 356–361; die Denkschrift „Über die Bülowsche Weltpolitik" auch abgedruckt bei E. Reuter, S. 378–388.

[204]) Botho Graf von Wedel (1862–1943), ab 1910 Vortragender Rat im Auswärtigen Amt, 1916–1919 deutscher Botschafter in Wien.

[205]) Kurt Riezler (1882–1955), politisch dem Linksliberalismus nahestehender Berater und Sekretär Bethmann Hollwegs; vgl. Kurt Riezler, Tagebücher, Aufsätze, Dokumente. Eingeleitet und herausgegeben von K. D. Erdmann, Göt-

tingen 1972; I. Geiss, Weltherrschaft durch Hegemonie. Die deutsche Politik im I. Weltkrieg nach den Riezler-Tagebüchern, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament", B 50/72, 9. Dezember 1972, S. 3–22.

[206]) Arthur Zimmermann (1864–1940), 1911–1916 Unterstaatssekretär, 1916/17 Staatssekretär des Auswärtigen Amtes. – Zu den Verbindungen des Bundes Neues Vaterland zur Reichsregierung vgl. Willibald Gutsche unter Mitarbeit von Alfred Schröter, Die Kriegszielpolitik der herrschenden Klasse und ihre Konsequenzen für die Außen- und Innenpolitik der Regierung Bethmann Hollweg im Kriegsjahr 1915, in: Deutschland im Ersten Weltkrieg, Bd. 2: Januar 1915 bis Oktober 1917. Von einem Autorenkollektiv unter Leitung von W. Gutsche, Berlin (DDR) 1968, S. 236 ff.

[207]) Hendrik Coenraad van Dresselhuys (1870–1926), holländischer Pazifist, vor allem in der „Zentralorganisation für einen dauernden Frieden" tätig; 1916–1926 Mitglied der Zweiten Kammer. – Zu Quiddes Darstellung der Konferenz vgl. die Veröffentlichung der Organisation Centrale pour une Paix Durable (Hg.), Compte Rendu de la Réunion Internationale, 7–10 avril 1915, La Haye et autres documents relatifs aux travaux de l'organisation, La Haye, Mai 1916.

[208]) Paul Otlet (1868–1944), belgischer Pazifist; Jurist, Soziologe und Schriftsteller.

[209]) Goldsworthy Lowes Dickinson (1862–1932), englischer Staatswissenschaftler, Historiker, politischer Publizist; Verfasser von „The European Anarchy" (1916) und „The International Anarchy 1904–14" (1926); Mitglied der „Union of Democratic Control"; vgl. Edward M. Forster, Goldsworthy Lowes Dickinson, London 1934; Keith Robbins, The Abolition of War, S. 48–51, S. 105–108.

[210]) Crystall MacMillan, englische Pazifistin; vom Internationalen Frauenkongreß im Haag 1915 beauftragt, gemeinsam mit der ungarischen Vertreterin Rosika Schwimmer die Resolutionen des Kongresses den Regierungen der skandinavischen Länder und Rußlands zu unterbreiten; vgl. dazu den Bericht von Olga Misař (Wien) über den Frauenkongreß im Haag in: Friedenswarte, XVII. Jg. (1915), S. 171.

[211]) Joseph Allen Baker (1852–1918), englischer liberaler Politiker, Pazifist, Quäker, Mitglied des Unterhauses; trat für englisch-deutsche Verständigung ein; Vorsitzender des englisch-deutschen kirchlichen Verständigungs-Komitees. Vgl. Günter Hollenberg, Englisches Interesse am Kaiserreich. Die Attraktivität Preußen-Deutschlands für konservative und liberale Kreise in Großbritannien 1860–1914, Wiesbaden 1974, passim.

[212]) Christian L. Lange (1869–1938), norwegischer Politiker, 1909–1933 Generalsekretär der Interparlamentarischen Union, 1921 Friedensnobelpreisträger; vgl. den Nachruf von H. Wehberg in: Friedenswarte, XXXIX. Jg. (1939), S. 61 ff.

[213]) Rudolf Goldscheid (1870–1931), österreichischer Soziologe und Philosoph; Mitbegründer der „Deutschen Gesellschaft für Soziologie", Präsident des Monistenbundes in Österreich; österreichischer Vertreter in der „Zentralorganisation für einen dauernden Frieden"; seit 1923 Mitherausgeber und 1923/24 Redakteur der Friedenswarte; vgl. die Würdigung zu R. Goldscheids 60. Geburtstag in: Friedenswarte, XXX. Jg. (1930), S. 193–202; den Nachruf H. Wehbergs in: Friedenswarte, XXXI. Jg. (1931), S. 342.

[214]) Axel Theodor Adelswärd (1860–1929), schwedischer Politiker, Industrieller; 1911–1914 Finanzminister im Kabinett von Karl Albert Staaff; 1922–1927 Präsident des Interparlamentarischen Rates.

[215]) Auguste Forel (1848–1931), Entomologe, Professor der Psychiatrie; Vorkämpfer der internationalen Abstinenzbewegung; in seiner Autobiographie schildert A. Forel seine Teilnahme an der Konferenz vom 7. bis 10. April 1915: Rückblick auf mein Leben, Zürich 1935, S. 265 f.; Annemarie Wettley, Auguste

Forel. Ein Arzt-Leben im Zwiespalt seiner Zeit, Salzburg 1953; Fritz Heberlein, Zeitgenossen, Zürich/Stuttgart 1974, S. 12–18.

[216]) André Mercier (1874–1947), Professor für Strafrecht und Völkerrecht an der Universität Lausanne; Mitglied und Präsident von internationalen Schiedsgerichten.

[217]) Georges Sauser-Hall (1884–1966), Professor für internationales Privatrecht und vergleichendes Zivilrecht an der Universität Neuchâtel, später in Genf für vergleichendes Zivilrecht und Handelsrecht.

[218]) Vgl. Beilage Nr. 5, S. 248 f. – Zu der in Punkt 1 des Mindestprogramms zur Annexionsfrage eingenommenen Haltung äußerte sich Quidde gegenüber C. Haußmann jedoch eindeutiger: „Die Formulierung der Forderung, die in irgendeiner Gestalt ja unbedingt im Programm vorkommen mußte, ist, wie Sie sich wohl überzeugen werden, sehr vorsichtig. Sie schließt nicht die Abtretung von Kolonien ohne irgendeine Befragung der eingeborenen Bevölkerung aus. Sie fordert auch für die Annexion europäischer Gebiete nicht unbedingt das Plebiszit, und sie verbietet nicht Grenzregulierungen, bei denen man auf die Bevölkerung Rücksicht nehmen kann." Quidde an C. Haußmann, 2. Juli 1915, HStA Stuttgart, NL C. Haußmann, Bestand I 47, Büschel 52.

[219]) Vgl. H. Wehberg, Die Zentralorganisation für einen dauernden Frieden (1915–1919), in: Friedenswarte, XLIV. Jg. (1944), S. 315–323; ders., Zur Geschichte der „Zentralorganisation für einen dauernden Frieden" (1915–1919), in: Friedenswarte, XLVI. Jg. (1946), S. 42 ff.; M. Doty, The Central Organization for a Durable Peace (1915–1919). Its History works and ideas, Ambilly 1945; E. Zechlin, Die 'Zentralorganisation für einen dauernden Frieden' und die Mittelmächte, in: Jahrbuch für internationales Recht, 11, 1962, S. 448–511.

[220]) Vgl. Beilage Nr. 5, S. 246 ff.

[221]) Erschienen unter dem Titel: Ein dauernder Friede. Offizieller Kommentar des Mindestprogramms Haag o. J. (1916); eine weitere Stellungnahme lieferte G. Gothein in: Völkerfriede, 17. Jg. (1917), Oktober, S. 1 ff.

[222]) Ferdinand Freiherr von Stumm (1843–1925), 1879–1890 Botschafter in Madrid. – Zu dem im folgenden dargestellten Vorgang vgl. C. Haußmann, Schlaglichter, S. 35; Haußmann berichtet hier von intensiver und aktiver Anteilnahme des Auswärtigen Amtes an den Haager Friedensbemühungen; entsprechende Sondierungen seien jedoch im Ansatz steckengeblieben, „weil die Neigung, mit Rußland zu verhandeln, größer war."

[223]) Die italienische Kriegserklärung an Österreich-Ungarn erfolgte am 23. Mai 1915.

[224]) Die Versenkung der „Lusitania" mit über 1500 Zivilpersonen am 7. Mai 1915 durch ein deutsches U-Boot erregte weltweites Aufsehen, vgl. etwa A. H. Fried, Die „Lusitania" in: Blätter für zwischenstaatliche Organisation. Ergänzungshefte zur Friedenswarte, XVII. Jg. (1915), S. 83 ff. – Zum Stellenwert des Vorganges für den Kriegseintritt der USA: Reinhard R. Doerries, Washington-Berlin 1908/1917. Die Tätigkeit des Botschafters Johann Heinrich Graf von Bernstorff in Washington vor dem Eintritt der Vereinigten Staaten in den Ersten Weltkrieg, Düsseldorf 1975, S. 98–164; ders., Imperial Berlin and Washington: New Light on Germany's Foreign Policy and America's Entry into World War I, in: Central European History, XI, 1978, S. 23–49.

[225]) Das englische Kabinett wurde am 6. Dezember 1916 unter Führung von Lloyd George umgebildet.

[226]) Das Schreiben vom 8. Juni 1915 ist abgedruckt in: Pazifismus und Belagerungszustand, S. 58 ff. – Zu Tepper-Laskis Haltung und zu den Beratungen der Pazifisten in Den Haag vgl. Helmut Kral, Die Entstehung der Gruppe „Internationale" und die Sammlung der Antikriegsbewegung, in: Deutschland im Ersten Weltkrieg, Bd. 2, S. 291–294.

[227]) Den Brief ließ Tepper-Laski durch Karl Liebknecht, für den er große Sympathie hegte, an die Redaktion der Berner Tagwacht, eines Organs der sozialdemokratischen Partei der Schweiz, vermitteln; vgl. Friedenswarte, XXX. Jg. (1930), S. 276.

[228]) Der Gründungsparteitag der USPD fand vom 6.–8. April 1917 in Gotha statt. Die Diskussion um die Ernsthaftigkeit des holländischen Vermittlungsversuches und der britischen Friedensabsicht veranlaßten Hugo Haase, Eduard Bernstein und Karl Kautsky, am 19. Juli 1915 in der „Leipziger Volkszeitung" den Aufruf „Das Gebot der Stunde", ohne die zuständigen Parteigremien befragt zu haben, zu veröffentlichen. Die Forderung, gegen jede Annexionspropaganda und für einen Verständigungsfrieden zu kämpfen, fand jedoch bei der Partei keinen Widerhall; vgl. dazu E. Reuter, Schriften, Reden, Erster Band, S. 361 f.; der Aufruf ist abgedruckt bei Lehmann-Rußbüldt, Der Kampf für den Weltfrieden, S. 160–163.

[229]) Max Quarck (1860–1930), sozialdemokratischer Politiker, Redakteur; MdR 1912–1918, MdN 1919–1920.

[230]) Ein Sonderabdruck aus dem Völkerfrieden mit den hier genannten Schriftstücken in: BA, NL Quidde/67.

[231]) Vgl. dazu den namentlich nicht gezeichneten Bericht „Der Frauenkongreß im Haag" in: Völkerfriede, 16. Jg. (1915), S. 70 f.; Olga Misař (Wien), Der Internationale Frauenkongreß im Haag, 28.–30. April 1915, in: Blätter für zwischenstaatliche Organisation der Friedenswarte, XVII. Jg. (1915), S. 170 ff. Ferner: Internationaler Frauenkongreß. Haag. – Vom 28. April bis 1. Mai 1915. Bericht (deutsch, französisch und englisch), Amsterdam o. J. (1915) und Internationaler Frauenkongreß. Haag. – Vom 28. April bis 1. Mai 1915. Beschlüsse, Amsterdam o. J. (1915).

[232]) Aletta H. Jacobs (1854–1929), holländische Ärztin, Pazifistin; propagierte die Geburtenkontrolle; 1903 Präsidentin der Vereinigung für Frauenstimmrecht.

[233]) Anita Augspurg (1857–1943), Schriftstellerin, Frauenrechtlerin; Hg. der „Zeitschrift für Frauenstimmrecht", Vorsitzende des „Deutschen Verbandes für Frauenstimmrecht" und des „Bayerischen Vereins für Frauenstimmrecht"; 1915 Mitbegründerin der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit in Den Haag; 1919–1933 mit L. G. Heymann Hg. der Monatsschrift „Die Frau im Staat"; vgl. Lida Gustava Heymann, in Zusammenarbeit mit Dr. jur. Anita Augspurg, Erlebtes und Erschautes. Deutsche Frauen kämpfen für Frieden, Recht und Freiheit 1850–1940, hg. von Margrit Twellmann, Meisenheim am Glan 1972; R. J. Evans, Feminist Movement in Germany, S. 214–223.

[234]) Lida Gustava Heymann (1868–1943), Schriftstellerin, Publizistin, Frauenrechtlerin; Tochter eines Hamburger Kaufmannes; Mitglied des „Deutschen Zweiges der Internationalen Abolitionistischen Föderation" und Vorsitzende des Zweigvereines Hamburg-Altona; führte mit A. Augspurg den radikalen deutschen Frauenstimmrechtsbund, nach dem Ersten Weltkrieg Beauftragte der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit, 1933 Emigration in die Schweiz; vgl. Elisabeth Rotten, Eine Kämpferin für den Weltfrieden! In: Friedenswarte, XLIII. Jg. (1943), S. 328 ff.; L. G. Heymann, Erlebtes und Erschautes; R. J. Evans, Feminist Movement in Germany, S. 214–223.

[235]) Emmy von Schlumberger, aus Gebweiler (Elsaß) stammende Pazifistin.

[236]) Catherine (Kate) D. Courtney, britische Pazifistin; Tochter von Richard Potter, des Präsidenten der „Great Western Railway"; ab 1883 mit Lord Courtney of Penwith verheiratet.

[237]) Jane Addams (1860–1935), amerikanische Sozialreformerin; Präsidentin der „Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit", erhielt 1931 den Friedensnobelpreis; vgl. Elisabeth Rotten, Jane Addams 1860–1935, Saanen 1936.

[238]) Jeanne Philomène Mélin (1877–1964), begründete die Friedensgruppe der Ardennen; vgl. René Robinet, Jeanne Mélin. Propagandiste féministe, apôtre

du pacifisme (1877–1964), in: Études Ardennaises, N° 38, Juillet-Septembre 1964, Charleville-Mézières 1964, S. 3–7.

[239]) Constanze Hallgarten, gest. 1969, Pazifistin, Mutter von George W. F. Hallgarten; Schriftführerin des Bayerischen Vereins für Frauenstimmrecht; vgl. C. Hallgarten, Als Pazifistin in Deutschland. Biographische Skizze, Stuttgart 1956.

[240]) Auguste Kirchhoff (1867-1940), Gesangslehrerin, Pazifistin; gründete 1906 in Bremen ein Mütter- und Säuglingsheim; Vorstandsmitglied des Bundes für Mutterschutz; 1914 Leiterin der Ortsgruppe Bremen des Deutschen Bundes für Frauenstimmrecht, Mitglied der Deutschen Friedensgesellschaft; stand während des Ersten Weltkrieges unter Redeverbot und Briefzensur; ab 1922 Mitglied des Siebenerausschusses des deutschen Zweiges der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit, Mitarbeiterin der Friedenswarte und der „Neuen Generation"; vgl. die Würdigung zu ihrem 60. Geburtstag in: Friedenswarte, XXVII. Jg. (1927), S. 257 und Elfriede Bachmann in: Bremische Biographie 1912–1962, Bremen 1969, S. 271 ff.

[241]) Elisabeth Rotten (1882–1964), lange Zeit in Deutschland lebende schweizerische Pädagogin und Pazifistin; war während des Ersten Weltkrieges für die von F. Siegmund-Schultze ins Leben gerufene „Auskunfts- und Hilfsstelle für Deutsche im Ausland und Ausländer in Deutschland" tätig, hatte Verbindung mit englischen Quäkern; 1919 Mitglied des Präsidiums der Deutschen Liga für Völkerbund, deren Pädagogische Abteilung sie bis 1921 leitete, 1919–1921 Hg. des Monatsbulletins „Internationale Erziehungsrundschau"; 1922 begründete sie die Vierteljahres- und spätere Monatsschrift „Das Werdende Zeitalter", die sie zusammen mit Dr. Karl Wilker als Mitteilungs- und Werbezeitschrift für Frieden durch Erziehung bis 1932 redigierte; in Deutschland an verschiedenen pädagogischen Einrichtungen tätig, verlor sie 1933 ihre Stellung und ging 1934 in die Schweiz zurück; vgl. Willi Hirsch, Elisabeth Rotten in: Der neue Bund, 1964, S. 87 ff.

[242]) Margarete Leonore Selenka (1860–1923), Frau des Münchener Zoologieprofessors Emil Selenka, seit 1898 in der Friedens- und Frauenbewegung tätig; begründete 1899 das „Münchener Komitee für Kundgebungen zur Friedenskonferenz", führendes Mitglied der Münchener „Deutschen Centrale für Bestrebungen zur Beendigung des Burenkrieges", Mitglied der 1900 begründeten „Union Internationale"; regte zur Eröffnung der Haager Friedenskonferenz 565 Frauen-Friedenskundgebungen in aller Welt an; vgl. dazu M. L. Selenka, Die internationale Kundgebung der Frauen zur Friedenskonferenz vom 15. Mai 1899, München 1900; über ihre politische Tätigkeit in München siehe Ulrich Kröll, Die internationale Buren-Agitation 1899–1902, S. 83 ff.

[243]) Helene Stöcker (1869–1943), Frauenrechtlerin, Schriftstellerin, Pazifistin; gründete 1905 den „Bund für Mutterschutz und Sexualreform" und als dessen Organ die Monatsschrift „Die Neue Generation" (1905–1932), 1911 die „Internationale Vereinigung für Mutterschutz und Sexualreform"; nach dem Ersten Weltkrieg Mitglied des Präsidiums der „Deutschen Liga für Völkerbund", 1919 Mitglied des Präsidiums der Deutschen Friedensgesellschaft, 1921 in den Rat des Internationalen Friedensbureaus gewählt; Vizepräsidentin des „Deutschen Friedenskartells"; starb in der Emigration (New York); vgl. die Aufsatzsammlung von Helene Stöcker, Verkünder und Verwirklicher, Berlin 1928; L. Quidde, Eine Vorkämpferin des Friedens, in: Friedenswarte, XXXIX. Jg. (1939), S. 234–238; R. J. Evans, The Feminist Movement in Germany, S. 215 f., S. 263 ff.; H. Wehberg, Die Führer der deutschen Friedensbewegung, S. 69 ff.

[244]) Vgl. Beilage Nr. 6, S. 249.

[245]) Christina Clasina Bakker-Van Bosse (1884–1964), holländische Pazifistin, Rechtsanwältin; Mitglied des Hauptvorstandes der Vereinigung für Frauenarbeit, Präsidentin der niederländischen Vereinigung für Fraueninteressen,

Mitglied des Hauptvorstandes von „Vreede door Recht", Mitglied des Anti-Oorlog-Raad; 1929 Vizepräsidentin der Vereinigung Völkerbund und Friede, 1926 der Ständigen Kommission für Minderheiten.

[246]) Minna Cauer (1841–1922), führende deutsche Frauenrechtlerin, gehörte dem radikalen Flügel der bürgerlichen Frauenbewegung an; begründete 1888 den Verein „Frauenwohl" in Berlin, 1902 Mitbegründerin des Deutschen Verbandes für Frauenstimmrecht, 1895–1919 Hg. der Zeitschrift „Die Frauenbewegung", die während des Ersten Weltkrieges unter Vorzensur gestellt wurde; das Oberkommando in den Marken veranlaßte ein Gerichtsverfahren gegen sie (50 Mark Geldstrafe), da sie im März 1916 eine Ansprache des Erzbischofs von Canterbury an 40.000 Geistliche aller Konfessionen versandt hatte; vgl. dazu H. v. Gerlach, Die große Zeit der Lüge, S. 28 f.; Else Lüders, Minna Cauer. Leben und Werk, dargestellt an Hand ihrer Tagebücher und nachgelassenen Schriften, Gotha 1925.

[247]) Marie A. Wegner, Vorsitzende des Breslauer Vereins „Frauenwohl" und dessen Rechtsschutzstelle, Vorsitzende des Schlesischen Frauenverbandes (Sitz Breslau) und der Propagandakommission des „Bundes Deutscher Frauenvereine"; Mitglied des „Deutschen Bundes abstinenter Frauen" und des „Deutschen Zweiges der Internationalen Abolitionistichen Föderation" sowie Leiterin und Vorsitzende des Zweigvereins Breslau; von ihr zusammengestellt und bearbeitet: Merkbuch der Frauenbewegung, Leipzig/Berlin 1908.

[248]) Gottlieb von Jagow (1863–1935), 1909–1913 Botschafter in Rom, 1913–1916 Staatssekretär im Auswärtigen Amt.

[249]) Gertrud Bäumer (1873–1954), Schriftstellerin, Lehrerin; 1910–1919 Vorsitzende des Bundes deutscher Frauenvereine; enge Zusammenarbeit mit Helene Lange und Friedrich Naumann; propagierte während des Ersten Weltkrieges die „Kriegspflichten und den heimatlichen Kriegsdienst der Frauen"; 1920 Ministerialrätin in der kulturpolitischen Abteilung des Reichsinnenministeriums, dort Leitung der Referate Jugendwohlfahrt und Schulwesen; 1919–1932 Mitglied der Nationalversammlung und des Reichstags als Abgeordnete der Deutschen Demokratischen Partei; zu ihrer Position während des Krieges vgl. G. Bäumer, Heimatchronik des Weltkrieges, Berlin 1930; vgl. Werner Huber, Gertrud Bäumer. Eine politische Biographie, Diss. München 1970; Evans, passim.

[250]) Gertrud Bäumer veröffentlichte in dem Zentralblatt des Bundes Deutscher Frauenvereine „Die Frauenfrage" vom 1. 9. 1915 einen Artikel, in dem sie die „Propaganda deutscher Frauen für den Kongreß als einen Verstoß gegen die Solidarität der deutschen Frauenbewegung" bezeichnete. Der Frauenbund der Deutschen Friedensgesellschaft kritisierte die Haltung der Vorsitzenden des Bundes deutscher Frauenvereine in einem offenen Protestschreiben; abgedruckt in: Völkerfriede, 16. Jg. (1915), S. 77; in einem offenen Brief an G. Bäumer wandte sich Minna Cauer am 15. 9. 1915 gegen deren „Achterklärung", abgedruckt in: Blätter für zwischenstaatliche Organisation der Friedenswarte, XVII. Jg. (1915), S. 329 ff. – Quidde wandte sich in einem Schreiben vom 16. 5. 1915 gegen G. Bäumers Haltung zu der Teilnahme deutscher Vertreter am Friedenskongreß der Frauen. Dieser Brief ist in den Anhang zusätzlich aufgenommen, um Quiddes Position gegenüber G. Bäumer zu verdeutlichen, vgl. Beilage Nr. 18, S. 297–302. Im ersten Typoskript (Exemplar 1a) hat Quidde am Schluß des Kapitels V. handschriftlich bemerkt: „Hier ist noch einiges anzuschließen über Auseinandersetzung mit Gertrud Bäumer, den Nationalen Frauenausschuß für dauernden Frieden und seine Umwandlung zu der deutschen Sektion der Internationalen Frauenliga für Friede und Freiheit." BA, NL Quidde/74.

[251]) Richard Witting (1856–1923), eigentlich Witkowski, Bruder von Maximilian Harden; 1889–1891 Stadtrat in Danzig, 1891–1902 Oberbürgermeister von Po-

sen und Mitglied des preußischen Herrenhauses, 1891–1902 Direktor der Nationalbank für Deutschland; lehnte 1902 ein hohes Staatsamt in der Provinz Posen ab; 1910 schied er aus dem Vorstand der Nationalbank aus und trat an die Spitze des Aufsichtsrates; überzeugter Pazifist; Mitglied der Deutschen Demokratischen Partei; vgl. den Nekrolog von Arthur Kronthal in: Deutsches Biographisches Jahrbuch, Bd. V. Das Jahr 1923, Berlin und Leipzig 1930, S. 395–403.

[2]) Maximilan Harden (1861–1927), eigentlich M. Felix Ernst Witkowski, deutscher Publizist; Begründer und Hg. der politischen Wochenschrift „Die Zukunft"; ursprünglich Befürworter des deutschen Imperialismus, wandelte er sich im Ersten Weltkrieg zum Pazifisten, um sich nach Kriegsende zum Sozialismus zu bekennen; 1922 durch einen Anschlag rechtsgerichteter Täter schwer verletzt; vgl. B. Uwe Weller, Maximilian Harden und die „Zukunft", Bremen 1970; Harry F. Young, Maximilian Harden. Censor Germaniae. Ein Publizist im Widerstreit von 1862 bis 1927, Münster 1971.

[3]) Die Petition der sechs Wirtschaftsverbände (Bund deutscher Landwirte, Vorort der christlich-deutschen Bauernvereine, Deutscher Bauernbund, Centralverband deutscher Industrieller, Bund der Industriellen, Reichsdeutscher Mittelstandsverband, später außerdem der Hansa-Bund), gerichtet an Reichskanzler und Regierungen der verschiedenen deutschen Bundesstaaten, wurde am 10. März verfaßt und am 20. Mai 1915 überreicht; Text der Eingabe in: S. Grumbach, Das annexionistische Deutschland, Lausanne 1917, S. 123–132; zur politischen Bedeutung und Entstehung der Eingabe vgl. F. Fischer, Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/18, Düsseldorf [4]1971, S. 199 ff.

[4]) Das Bemühen, mit dieser Eingabe die deutsche Kriegspolitik zu beeinflussen war mit Hans Delbrück abgestimmt, der seine Adresse (die sog. Delbrück-Dernburg-Denkschrift) dem Reichskanzler am 27. Juli 1915 übergab. In einem Antwort-Schreiben an Quidde vom gleichen Tag stimmte Delbrück dessen „Auffassung zu, daß wir zwar getrennt operieren, aber uns gegenseitig unterstützen können." Delbrück bewertete die Broschüre Quiddes „in ihrer logischen und realpolitischen Durchführung ganz vortrefflich." Er schlug Quidde jedoch vor, den Schluß der Denkschrift, in dem auf Belgien Bezug genommen wird, zu streichen: „Wie die Lage einmal ist, bleibt uns gar nichts anderes übrig, als daß die Gegner von uns immer abwechselnd hören von der einen Partei: wir lassen Belgien unter keinen Umständen, und von der anderen: wenn Ihr uns ordentlich etwas bietet, so werden wir uns doch noch erweichen lassen und Belgien zurückgeben. Wenn die Annexionspartei völlig schweigen würde und nur wir das Feld behaupten, so ist ja ganz klar, daß die Engländer uns für die Auslösung Belgiens nichts oder nur sehr wenig geben. Das Bluffen ist also doch nicht so ganz zweck- und sinnlos, und in diesem Fall auch ganz ungefährlich, wenn und soweit man drüben in London erfährt und weiß, daß es hier auch eine antiannexionistische Partei gibt, und daß man es drüben weiß, dafür habe ich längst gesorgt. Ich sorge weiter dafür." Delbrück an Quidde, 27. Juli 1915, BA, NL Quidde/96. – In der überarbeiteten Fassung der Denkschrift, der Broschüre „Reale Garantien für einen dauernden Frieden", hat Quidde die Einwände Delbrücks berücksichtigt und dessen kolonialimperialistische Ziele übernommen, indem er als Ausgleich für einen Verzicht auf die Annexion Belgiens ein in Afrika zu schaffendes deutsches Kolonialreich fordert (s. o. S. 81). Zu Delbrücks Kolonialimperialismus vgl. F. Fischer, Griff nach der Weltmacht, S. 192 f. und H. Döring, Weimarer Kreis, S. 24–34.

[5]) BA, NL Quidde/67.

[6]) Georg Gothein (1857–1940), linksliberaler Politiker, Wirtschaftsfachmann, Bergrat; 1901–1924 MdR (zunächst für die Freisinnige Vereinigung, ab 1910 für

die Fortschrittliche Volkspartei); im November 1918 an der Gründung der DDP beteiligt. 1919 Schatzminister im Kabinett Scheidemann; entschiedener Gegner der preußischen Polenpolitik; setzte sich in den 90er Jahren gegen den internationalen Rüstungswettkampf und die deutschen Flottenrüstungen ein; warnte vor einer Feindschaft mit England; bekämpfte während des Krieges als Abgeordneter die Annexionsforderungen, trat bei Bethmann Hollweg für volle Freigabe Belgiens ein, nachdem er bereits 1913 in einer Geheimsitzung des Haushaltsausschusses dringend vor einer Verletzung der belgischen Neutralität gewarnt hatte; im Reichstag Wortführer des Pazifismus; sprach sich entschieden gegen den uneingeschränkten U-Boot-Krieg aus; zog sich 1924 von der Deutschen Friedensgesellschaft wegen ihrer zunehmenden Radikalisierung zurück; vgl. L. Quidde, Georg Gothein, in: Friedenswarte, XL. Jg. (1940), S. 179 f.

[257]) Hans Delbrück (1848–1929), Historiker, Hg. der „Preußischen Jahrbücher"; vgl. A. Thimme, Hans Delbrück als Kritiker der Wilhelminischen Epoche, Düsseldorf 1955. – Zu den Grenzen der Zusammenarbeit zwischen pazifistischen Professoren und ihren sich an einem gemäßigt nationalistischen Standpunkt orientierenden Kollegen vgl. H. Döhring, Weimarer Kreis, S. 53–56.

[258]) Erich von Falkenhayn (1861–1922), 1913–1915 preußischer Kriegsminister, 1914 Generalstabschef des Feldheeres, konzipierte die Materialschlacht von Verdun (1916), nach deren Scheitern durch Hindenburg ersetzt.

[259]) Rudolf von Valentini (1855–1925), 1908–1918 Chef des Geheimen Zivilkabinetts des deutschen Kaisers.

[260]) Rudolf Breitscheid (1874–1944), zunächst linksliberaler Politiker im Rahmen des Nationalsozialen Vereins; 1908 Mitbegründer der Demokratischen Vereinigung, 1912 Übertritt zur SPD, 1917 zur USPD; während des Weltkrieges im pazifistischen Sinne tätig, 1918/19 preußischer Innenminister, ab 1922 wieder Mitglied der SPD; vgl. Peter Pistorius, Rudolf Breitscheid 1874–1944. Ein biographischer Beitrag zur deutschen Parteiengeschichte, phil. Diss. Köln 1968.

[261]) Salomon Grumbach (1884–1952), Mitarbeiter des „Vorwärts"; 1914 Emigration in die Schweiz, dort Korrespondent der „Humanité"; scharfer Kritiker der Konferenzen und Beschlüsse von Zimmerwald-Kiental; ging 1918 nach Frankreich, dort 1928 sozialistischer Abgeordneter; vgl. S. Grumbach, Der Irrtum von Zimmerwald-Kiental, Bern 1915.

[262]) Carl Lindhagen (1860–1946), schwedischer Sozialist, Pazifist und Bodenreformer.

[263]) Ein Exemplar in: BA, NL Quidde/67. – Der Anfang 1918 unternommene Versuch der Militärbehörden, die Broschüre Quiddes für die Kriegszieldiskussion zu verwerten, mag verdeutlichen, welch ambivalenter Charakter den Forderungen Quiddes anhaftete: „Nach Ansicht der Oberzensurstelle kann das Verbot der Druckschrift des Professor Quidde bei dem jetzigen Stande der Zensur nicht mehr aufrechterhalten werden. Die pazifistischen Erörterungen in der Presse und im Parlament gehen heute in ihren Zielen weiter als die im Jahre 1915 verfaßte Abhandlung. Quidde will zwar den Verzicht auf jede Eroberung, er verlangt aber Grenzsicherungen, Flottenstützpunkte, ein Kolonialreich und Kriegsentschädigung. Mit derartigen Forderungen geht er bei der Erörterung der Friedensfrage erheblich weiter als die sozialistische Presse. Die Oberzensurstelle empfiehlt daher die Freigabe der Broschüre." Oberzensurstelle des Kriegspresseamtes an Bayerisches Kriegsministerium vom 24. Januar 1918; BHStA München Abt. IV., Mkr. Nr. 13373.

[264]) Karl Köhl (1846–1926), linksliberaler Politiker, Seifenfabrikant, Gemeinderat in Würzburg; 1881–1884 MdR für die Deutsche Volkspartei.

[265]) M. Ernst, sozialdemokratischer Verleger.

[266]) Alfons Falkner von Sonnenburg (1851–1929), 1914–1919 Leiter des Presse-

referats im bayerischen Kriegsministerium, stand nach der November-Revolution auf der Seite der bayerischen USPD; vgl. Doris Fischer, Die Münchner Zensurstelle während des Ersten Weltkrieges. Alfons Falkner von Sonnenburg als Pressereferent im bayerischen Kriegsministerium in den Jahren 1914 bis 1918/19, phil. Diss. München 1973.

[267]) Christian Roth (1873–1934), Ministerialrat; während des Ersten Weltkrieges Hauptmann und Abteilungsvorsteher beim stellvertretenden Generalkommando des I. Bayerischen Armeekorps; 1920 Mitglied des bayerischen Landtages für die DNVP; 1920/21 bayerischer Justizminister; 1924 MdR für die NSDAP.

[268]) Eugen Henninger, Polizeidirektor in Berlin, 1914 Leiter der Presseabteilung des Oberkommandos in den Marken.

[269]) Bernhard Dernburg (1865–1937), 1901–1906 Direktor der Darmstädter Bank, 1907–1910 als Staatssekretär an der Spitze des Reichskolonialamtes, 1913–1918 Mitglied des preußischen Herrenhauses, April/Juni 1919 Reichsfinanzminister und Vizekanzler; vgl. W. Schiefel, Bernhard Dernburg 1865–1937. Kolonialpolitiker und Bankier im Wilhelminischen Deutschland. Zürich/Freiburg i. Br. o. J. (1974).

[270]) Wilhelm Freiherr von Schoen (1851–1933), 1906 Botschafter in St. Petersburg, 1907–1910 Staatssekretär im Auswärtigen Amt, 1910–1914 Botschafter in Paris.

[271]) Eduard Bernstein (1850–1932), sozialistischer Politiker und Theoretiker; regte den Revisionismus an, trat 1917 der USPD bei.

[272]) Das von H. Wehberg verfaßte Protokoll zu der Besprechung vom 28. August ist im Anhang zusätzlich abgedruckt (vgl. Beilage Nr. 19, S. 302–307), da es Quiddes Erinnerungen ergänzt und die verschiedenen Standpunkte eindeutiger hervortreten läßt. Wehberg hat das Protokoll erst am 5. Oktober 1939 nach dem Stenogramm niedergeschrieben. Quidde lag es bei der Abfassung dieses Kapitels noch nicht vor, weshalb er bei der von ihm geschilderten Besprechung auf Wehbergs Schrift „Als Pazifist im Weltkrieg" zurückgriff.

[273]) Ignaz Jastrow (1856–1937), Historiker, Hg. der sozialpolitischen Wochenschrift „Soziale Praxis", Professor an der Handelshochschule Berlin, 1906–1909 deren erster Rektor; vgl. Erich Eyck, Mein Lehrer Jastrow in: E. Eyck, Auf Deutschlands politischem Forum. Deutsche Parlamentarier und Studien zur neuesten deutschen Geschichte, Erlenbach-Zürich und Stuttgart 1963, S. 168–177.

[274]) Friedrich Naumann (1860–1919), liberaler Politiker; Begründer und Hg. der Zeitschrift „Die Hilfe"; gründete 1896 den „Nationalsozialen Verein"; trat 1903 zur Freisinnigen Vereinigung über, 1907–1918 wiederholt MdR; propagierte in seinem Buch „Mitteleuropa" (Berlin 1915) eine expansionistische deutsche Außenpolitik und versuchte die Kriegszielpolitik der Reichsleitung zu beeinflussen; 1919 Vorsitzender der DDP und MdN; vgl. Theodor Heuss, Friedrich Naumann. Der Mann, das Werk, die Zeit, Stuttgart 1937; Friedrich Naumann, Werke, hg. von Walter Uhsadel, Theodor Schieder u. a., 6 Bde., Köln und Opladen 1964; Dieter Düding, Der nationalsoziale Verein 1896–1903. Der gescheiterte Versuch einer parteipolitischen Synthese von Nationalismus, Sozialismus und Liberalismus, München 1972; Ingrid Engel, Gottesverständnis und sozialpolitisches Handeln. Eine Untersuchung zu Friedrich Naumann, Göttingen 1972.

[275]) Jastrow und Naumann waren an der Sitzung vom 29. August nicht mehr beteiligt. Das geht aus dem Schluß des von H. Wehberg verfaßten Versammlungsprotokolls hervor; siehe S. 307.

[276]) Vgl. Beilage Nr. 7, S. 250–253.

[277]) Wojciech Korfanty (1873–1939), polnischer Politiker; Führer der polnischen Fraktion im deutschen Reichstag, strebte die Wiederherstellung eines selbständigen Polens an.

278) Am 24. Februar 1916 verbot das Oberkommando in den Marken in einem Schreiben an Quidde, einen von der Stuttgarter Zensur genehmigten Sonderabdruck aus dem Völkerfrieden von Berlin aus zu verbreiten. Für den Fall „weiterer öffentlicher Betätigung im Sinne weltbürgerlicher Friedensbestrebungen" wurden Quidde schärfere Maßnahmen angekündigt; s. dazu Quiddes Antwortschreiben vom 12. März 1916 an das Oberkommando in den Marken, in: BA, NL Quidde/68. Am 6. März 1916 erließ das bayerische Kriegsministerium für Quidde und seine Frau, W. Herzog, L. G. Heymann und andere Personen der pazifistischen Bewegung in München ein Schreibverbot; Auslandsreisen wurden genehmigungspflichtig erklärt, jede den pazifistischen Bestrebungen dienende öffentliche und nichtöffentliche Werbetätigkeit untersagt. Vgl. dazu Quiddes Ausführungen auf S. 103; ebenso: Willy Albrecht, Landtag und Regierung in Bayern am Vorabend der Revolution von 1918. Studien zur gesellschaftlichen und staatlichen Entwicklung Deutschlands von 1912–1918, Berlin 1968, S. 133.

279) Zitiert aus dem Einladungsschreiben von Ende Oktober 1915; BA, NL Quidde/67.

280) Paul Alber (geb. 1859), Postamtmann, 1900–1919 Kassier der Deutschen Friedensgesellschaft.

281) Wilhelm Herzog (1884–1960), Schriftsteller, Publizist, Dramatiker; Mitbegründer der Zeitschrift „Pan" (1909/10), Redakteur der Zeitschrift „März" (1912/13), 1914–1929 Hg. der von der Zensur 1915 verbotenen kriegsfeindlichen Zeitschrift „Das Forum"; 1918/1919 Leiter der sozialistischen Tageszeitung „Die „Republik"; als Mitglied der Kommunistischen Partei Ende 1928 ausgeschlossen; emigrierte 1933 nach Frankreich; Journalist in der Schweiz; 1952 aus den USA nach Deutschland zurück; vgl. W. Herzog, Hymnen und Pamphlete. 30 Jahre Arbeit und Kampf, Paris 1939.

282) Franz Pfemfert (1879–1954), Publizist, Schriftsteller; zeitweilig im Rahmen der „Demokratischen Vereinigung" tätig; 1904 Mitarbeiter der Zeitschrift „Kampf", 1910 Schriftleiter der Wochenschrift „Der Demokrat", 1911 Begründung der politisch-literarischen Zeitschrift „Die Aktion"; 1915 Mitbegründer der Antinationalen-Sozialisten-Partei; 1918/19 Vertreter des Rätegedankens; Zusammenarbeit mit dem Spartakusbund; 1933 Emigration nach Karlsbad, 1936 nach Frankreich, 1940 über New York nach Mexiko; vgl. F. Pfemfert, Vor zehn Jahren (1924); ders., Meine Erinnerungen und Abrechnungen (1951); Paul Raabe (Hg.), Ich schneide die Zeit aus. Erpressionismus und Politik in Franz Pfemferts ‚Aktion', München 1964; Lothar Peter, Literarische Intelligenz und Klassenkampf. „Die Aktion" 1911–1932, Köln 1972.

Über Pfemfert schreibt Quidde: „Sie werden den neuen Angriff in der ‚Aktion' gelesen haben. Es tut mir leid, daß ich die Redaktion nicht zur Aufnahme einer Erwiderung genötigt habe. Andererseits ist der Ton so, daß ich mit dem Herrn Pfemfert, auch polemisch, am liebsten nichts zu tun habe. Diese Elemente werden für die Friedensbewegung nach dem Kriege sehr bedenklich sein, wie wir ja schon in Leipzig gesehen haben." Quidde an G. Rühle, 20. August 1917, BA, NL Quidde/2. – Daß Quidde sich nicht getäuscht haben sollte, zumindest was seine Person und den von ihm vertretenen Pazifismus anging, zeigen Pfemferts Äußerungen: „Diese ‚deutschen Pazifisten' nehmen es mit der Wahrheit so genau wie der Volksprinz Max, der den 5. Oktober dreist gelogen hat, nicht erst durch Foch zum Schwärmen für den ‚Verständigungsfrieden' gezwungen worden zu sein. Wiederholt habe ich (in Versammlungen und in der AKTION) den merkwürdig militärtauglichen Antimilitarismus deutscher Pazifisten vorgeführt. In dem vorigen Heft verwies ich auf den v. Gerlach, der sozusagen das Haupt der ‚Zentralstelle Völkerrecht' ist. Und den Quidde, der der ‚Deutschen Friedensgesellschaft' den Ruf der

Lächerlichkeit gesichert hat, kennen ja die Freunde der AKTION längst. So oft dieser Herr den Mund öffnete oder die Feder strapazierte, entlarvte er den deutschen ‚Pazifismus' als eine gutpatriotische deutsche Regierungssache." Auf Quiddes „Aufruf zur Kriegszielkundgebung der 24 Verbände" bezugnehmend, heißt es bei Pfemfert weiter: „Ein feiner ‚Pazifist'. Er weiß, daß Deutschland die Lüge vom Verteidigungskrieg schon im ‚Deutschen Weißbuch' nicht mehr aufrechterhalten konnte. Er weiß das, – doch er macht den Volksbetrug mit und schnattert: „Deutschlands Stellung in der Welt soll besser und gesicherter werden.' Wo nur ein ‚Staatsmann' Deutschlands oder Österreichs verlogene Friedensphrasen verzapfte, dahin telegraphierte der Oberpazifist Quidde Zustimmung. Und der Herr, den wir hier sehen mit den tollsten Annexionisten, er vertrat ‚durch alle Wechselfälle des Krieges den Gedanken des Rechtsfriedens'?" F. Pfemfert, Kleiner Briefkasten, in: Die Aktion, 8. Jg. (1918), S. 606.

[283]) In dem offensichtlich zuverlässigen, ausführlichen Polizeibericht wird W. Herzog nicht als Teilnehmer der Versammlung erwähnt. Es liegt hier ein Irrtum Quiddes vor. Dagegen setzten sich die von Quidde nicht genannten Georg Friedrich Nicolai und Ewald Vogtherr mit seinem Referat kritisch auseinander. In dem Bericht heißt es: „Prof. Dr. Nicolai-Berlin griff den Referenten an, weil er in seinen Ausführungen einen nationalen Sinn habe durchblicken lassen. Ein Pazifist könne ein guter Patriot sein, jedoch kein Nationalist. Der Pazifismus habe gegenwärtig seinen Zweck verfehlt, weil die Friedensziele nicht erörtert werden dürften. Der Pazifismus müsse ebenso scharf sein wie das Schwert. Er müsse auch dahin streben, daß nationale Gesichtspunkte beiseite gestellt würden und die internationalen die Oberhand bekämen. Pfemfert-Berlin [...] griff ebenfalls den Vorsitzenden wegen seiner Ausführungen an. Er empfahl ein schärferes Vorgehen der Friedensgesellschaft gegen den Krieg, denn jeder Staat behaupte, sich in der Abwehr zu befinden. Ein Krieg könne auch aus Gedankenlosigkeit hervorgerufen werden. In einem solchen Falle müsse die Friedensgesellschaft aufklärend wirken. [...] Vogtherr (sozialdemokr. Reichstagsabgeordneter) vertrat die Ansicht, daß Dr. Quidde kein überzeugter Pazifist sei. Ein Pazifist könne nicht für Annexionen eintreten, wie es der Referent getan habe. Die Gewalt des Krieges dränge alle ethischen Fragen in den Hintergrund." BHStA IV München. MKr. Nr. 13366. Vgl. die Ausführungen Quiddes in dem Protokoll der Hauptversammlung; BA, NL Quidde/67.

[284]) Vgl. Beilage Nr. 8, S. 254 ff.

[285]) Dieser Passus stellt eine verbesserte Fassung Quiddes dar. Im Typoskript 2 (vgl. Einleitung, S. 34) heißt es: „Diese Versammlung hat ja während der ganzen Kriegszeit die einzige Gelegenheit geboten"; im übrigen sind die wenigen Textvarianten vom 1. zum 2. Typoskript von so geringem Gewicht, daß eine besondere Kenntlichmachung unterbleiben konnte.

[286]) Zur Verfolgung der Armenier während des Ersten Weltkrieges vgl. die Schrift des Berliner Buchhändlers und von H. Wehberg als „Wanderprediger der Deutschen Friedensgesellschaft" bezeichneten Heinrich Vierbücher, Armenien 1915. Die Abschlachtung eines Kulturvolkes durch die Türken, Hamburg-Bergedorf 1930; Johannes Lepsius, Bericht über die Lage des armenischen Volkes in der Türkei, Berlin 1916; ders., Deutschland und Armenien 1914–1918. Sammlung diplomatischer Aktenstücke, Potsdam 1919; siehe auch Samuel Zurlinden, Der Weltkrieg. Vorläufige Orientierung von einem schweizerischen Standpunkt aus. Zweiter Band, Zürich 1918, S. 578–720.

[287]) In einer Zeitungssendung an Frau Feilbogen, der Frau eines in Zürich lebenden Pazifisten, von Ende November/Anfang Dezember 1915 war ein umfassender Bericht über die Leipziger Hauptversammlung vom 6./7. November 1915

versteckt worden. Der Versuch, ausländische Pazifisten über Verlauf und Ergebnis der Versammlung zu informieren und zu einer Veröffentlichung anzuregen, mißlang. Die Postüberwachungsstelle München fing den Bericht ab und leitete ihn an das stellvertretende Generalkommando des I. bayerischen Armeekorps weiter. Der Verfasser des Berichtes hat es vermieden, seinen Namen zu nennen. An Quiddes Autorschaft besteht kein Zweifel. Dem Bericht ist zu entnehmen, daß 36 Ortsgruppen mit insgesamt 74 Stimmen vertreten waren; an der Versammlung nahmen 150 Personen teil. – Die von Quidde genannten Resolutionen wurden beantragt von: L. Jannasch als Vertreterin des Bundes Neues Vaterland (Nr. 2), Möller aus Hamburg (Nr. 4), Frau L. Hoesch-Ernst (Nr. 5), Fräulein Charlotte Weigert (Nr. 6), Quidde (Nr. 7) und W. Epstein im Namen der Frankfurter Delegierten (Nr. 9); zur fünften Resolution heißt es im Bericht: „Die Resolution trug zu Anfang folgenden Wortlaut: ‚Die Versammlung spricht ihre Sympathie allen unterdrückten Völkern aus, in Sonderheit den Armeniern und ersucht die Deutsche Regierung im Interesse der Menschlichkeit ihren Einfluß auf die verbündete Türkei geltend zu machen.' Der überwachende Polizeibeamte erklärte, eine Abstimmung über diese Resolution nicht zulassen zu können. Darauf wurde die Resolution [...] geändert und leider dadurch stark abgeschwächt." Geheimes Schreiben des bayerischen Kriegsministeriums vom 6. Dezember 1915 „Betreff: Friedensvereinigungen" mit einer Beilage (Bericht von der Leipziger Hauptversammlung der Deutschen Friedensgesellschaft vom 6./7. November 1915) an: Kriegspresseamt, Preußisches Kriegsministerium, Oberkommando in den Marken, stellvertretende Generalkommandos des XIX. (sächsischen) und des II. und III. bayerischen Armeekorps. BHStA IV München, Mkr. 13366. – Ein (anonymer, von Quidde stammender) Bericht über die Leipziger Generalversammlung in: Friedenswarte, XXVI. Jg. (1926), S. 92 f., 165 ff., 194–197, 228 ff.

[288]) BA, NL Quidde/67.

[289]) Vgl. dazu E. Rotten, Auskunfts- und Hilfsstelle für Deutsche im Ausland und Ausländer in Deutschland, Berlin 1918.

[290]) Georg Grosch, Pazifist, Mitarbeiter des Völkerfrieden, Sekretär der Deutschen Friedensgesellschaft, Hg. des Jahrbuches für Völkerrecht und Friedensbewegung (2 Bde., Leipzig 1922–1924); verstarb in den 20er Jahren.

[291]) Andeas Frühwirth (1845–1933), österreichischer Dominikaner; 1907–1916 Titularerzbischof und Nuntius in München, ab 1916 Kurienkardinal.

[292]) BA, NL Quidde/67.

[293]) Zum Aufbau und zur Entwicklung des deutschen Zensurwesens während des Ersten Weltkrieges vgl. Wilhelm Deist (Bearb.), Militär und Innenpolitik. Erster Teil, Düsseldorf 1970, S. 63–181.

[294]) Vgl. Beilage Nr. 9, S. 256–260.

[295]) Vgl. Beilage Nr. 10, S. 260–268.

[296]) Vgl. Quiddes Ausführungen S. 79, 82 und 266.

[297]) Am Schluß des Typoskriptes findet sich der Anfang von Kapitel IX. „Unter dem Druck militärischer Verbote". Es handelt sich um einen drei Seiten umfassenden Text. Diesen Teil hat Quidde in die hier abgedruckte Fassung des Kapitels eingearbeitet, wobei er sowohl einige stilistische Verbesserungen als auch leichte inhaltliche Veränderungen vorgenommen hat; letztere werden an den betreffenden Stellen vom Herausgeber kenntlich gemacht.

[298]) Aus den vom stellvertretenden Generalkommando des VII. Armeekorps zusammengestellten „Anweisungen für das Verhalten und die Beaufsichtigung der Presse" (Juni 1915) ergibt sich bereits die grundsätzliche Unterdrückung pazifistischer Bestrebungen: „Die Erörterung, welche Friedensbedingungen nach siegreichem Kriegsausgange den Feinden aufzuerlegen sind, ist verboten.

Das Verbot betrifft nicht nur solche Preßäußerungen, welche bestimmte Erweiterungen der Reichsgrenzen erstreben, oder die Frage der Kriegskostenentschädigung bejahend beantworten, sondern auch diejenigen Preßäußerungen, die eine Erweiterung der Reichsgrenzen oder die Forderung einer Kriegskostenentschädigung ablehnen... Zuwiderhandlungen müssen die sofortige Anwendung einschneidender Maßnahmen zur Folge haben." Ähnliche Zensuranweisungen hatte das stellvertretende Generalkommando des VII. Armeekorps schon am 27. August und 20. November 1914 erlassen; W. Deist, Militär und Innenpolitik. Erster Teil, S. 97 f.

[299]) Der letzte Satz in der Typoskript-Fassung nicht enthalten; vgl. BA, NL Quidde/74.

[300]) Die Wendung „Einfall" impliziert, daß Quidde von einer Angriffsabsicht Rußlands überzeugt war; vgl. dazu S. 365, Anm. 414.

[301]) Siehe dazu den Artikel „Unsere Ostpreußenhilfe. Bericht der Ortsgruppe Königsberg i. Pr. der Deutschen Friedensgesellschaft" in: Völkerfriede, 16. Jg. (1915), S. 88 ff.

[302]) Alexander Dietz (1864–1935), Rechtsanwalt, Präsident des Frankfurter Friedensvereines.

[303]) Siehe dazu die Ausführungen zum „Ausschuß für Rat und Hilfe in staats- und völkerrechtlichen Angelegenheiten für In- und Ausländer" in: Völkerfriede, 16. Jg. (1915), S. 8, 30 f. und 126 f.

[304]) Für das Jahr 1914 sind dem Völkerfrieden, 16. Jg. (1915), S. 30, folgende Angaben unter dem Stichwort „Mitgliederbewegung" zu entnehmen: „Der Deutschen Friedensgesellschaft und dem Württembergischen Landesverband sind im Jahre 1914 insgesamt 330 Einzel-Mitglieder neu beigetreten. Ausgetreten, verstorben, aus Deutschland verzogen und den Ortsgruppen überwiesen sind insgesamt 78 Personen. Die Gesamtzahl der in Stuttgart geführten Einzelmitglieder beträgt 853. Die Beitritte sind fast ausschließlich nach Kriegsbeginn erfolgt. Die absolute Zunahme während der Kriegszeit beträgt also ca. ein Drittel in 4 Monaten."

[305]) Heinrich Lammasch (1853–1920), Rechtsgelehrter, Universitätsprofessor; Mitglied des österreichischen Herrenhauses, letzter Ministerpräsident der österreichischen Monarchie; vgl. Heinrich Lammasch. Seine Aufzeichnungen, sein Wirken und seine Politik, hg. von Marga Lammasch und Hans Sperl, Wien–Leipzig 1922; Stephan Verosta, Realität von Bündnissen, Heinrich Lammasch, Karl Renner und der Zweibund (1897–1914), Wien 1971; H. Wehberg, Die Führer der deutschen Friedensbewegung, S. 49–52; Heinrich Benedikt, Die Friedensaktion der Meinlgruppe 1917/18. Die Bemühungen um einen Verständigungsfrieden nach Dokumenten, Aktenstücken und Briefen, Graz–Köln 1962.

[306]) Lammasch sprach über die ablehnende Haltung Deutschlands bei der ersten und zweiten Haager Konferenz sowie über den italienischen Pazifismus, dessen an die italienische Regierung erhobene Forderung nach einem Krieg gegen Deutschland einziger Tagesordnungspunkt war. Die Versammlung der „Münchener Friedensvereinigung" fand am 22. Oktober 1915 im Café Heck statt; anwesend waren 45 Personen (25 Männer und 20 Frauen). Ein ausführlicher Bericht über den Verlauf des Abends von dem Observanten Lorenz Reithmeier an die Polizeidirektion München, 23. Oktober 1915, BHStA IV München. Stv. Gen. Kdo. I. AK. – Bd. 283/II.

[307]) Gemeint ist die Versammlung der „Münchener Friedensvereinigung" vom 12. November 1915, in deren Verlauf L. G. Heymann einen ausführlichen Bericht über die Leipziger Hauptversammlung vom 6./7. November 1915 gab; es waren 55 Personen anwesend. In ihrem Referat ging L. G. Heymann auch auf die Angriffe von Nicolai und Pfemfert (vgl. S. 349, Anm. 283) gegen den

Vorstand der Friedensgesellschaft ein: „Diese hätten nämlich über die gedankenlose Tat gesprochen, die unsere Leute vollführt hätten, als sie zu Beginn des Krieges mit großer Begeisterung, dem sog. ‚Hurra-Patriotismus', ins Feld gezogen seien. Diese Worte seien von den Versammelten nicht recht freundlich aufgenommen worden, sondern lösten vielmehr lebhafte Unruhe aus." Aus dem Bericht von L. Reithmeier an die Polizeidirektion München, 13. November 1915, BHStA IV München. Mkr. Nr. 13366.

[308]) Wilhelm Achilles, Schriftsteller.

[309]) Vgl. dazu auch Quiddes Ausführungen in: Pazifismus und Belagerungszustand, S. 14; bereits die Versammlung vom 22. Oktober war bespitzelt worden (s. o., Anm. 307). – Zu den Maßnahmen der Zensurbehörde in München vgl. Karl-Ludwig Ay, Die Entstehung einer Revolution. Die Volksstimmung in Bayern während des Ersten Weltkrieges, Berlin 1968, S. 45–52.

[310]) Die Ausführungen Quiddes zu den Ortsgruppen Königsberg, Hamburg, Kassel, Stuttgart, Berlin und Schweinfurt in: Pazifismus und Belagerungszustand, S. 11–15.

[311]) Georg Kossak, Vorsitzender der Ortsgruppe Königsberg der Deutschen Friedensgesellschaft.

[312]) Wolfgang Kapp (1858–1922), 1906–1920 Generallandschaftsdirektor in Ostpreußen, begründete mit Tirpitz die „Deutsche Vaterlandspartei" (1917); vgl. Johannes Erger, Der Kapp-Lüttwitz-Putsch. Ein Beitrag zur deutschen Innenpolitik 1919/20, Düsseldorf 1967.

[313]) Friedrich Bloh (geb. 1854), Pädagoge, Mitglied der Hamburger Oberschulbehörde, seit 1899 erster Vorsitzender der Hamburg-Altonaer Ortsgruppe der Deutschen Friedensgesellschaft; über ihn: Friedenswarte, XXIX. Jg. (1929), S. 375.

[314]) Heinrich Claß (1868–1953), 1908–1939 Vorsitzender des Alldeutschen Verbandes.

[315]) Walter Kinkel (geb. 1871), Professor der Philosophie in Gießen, Neukantianer, Ehrenmitglied des Bundes deutscher Volkserziehung; aus politischen Gründen 1934 aus seinem Lehramt entfernt.

[316]) Folgende Auflagen wurden ausgesprochen: kein Abweichen des Redners von der eingereichten Vortragsdisposition, Unterlassen jeglicher Diskussion, keine Ankündigung der Versammlung in der Presse, keine Veröffentlichung eines Veranstaltungsberichtes. Die Veranstaltung hätte im Rahmen einer Mitgliederversammlung stattfinden müssen und wäre polizeilich überwacht worden. Stellvertretendes Generalkommando des XIII. Armeekorps an Stadtdirektion Stuttgart, 5. Februar 1917, in: StA Ludwigsburg, Bestand F 201, Büschel 653, fol. 83. – Ähnliche Bedingungen von Quidde beschrieben, s. o. S. 117.

[317]) Albert Einstein (1879–1955), Mitbegründer des Bundes Neues Vaterland; verfaßte mit Georg Friedrich Nicolai den „Aufruf an die Europäer", der sich gegen das Manifest von 93 deutschen Wissenschaftlern und Künstlern „An die Kulturwelt" richtete; dazu vgl. Quiddes Ausführungen auf S. 50; zu Einsteins Haltung im Ersten Weltkrieg vgl. Antonina Vallentin, Das Drama Albert Einsteins. Eine Biographie, Stuttgart 1955, S. 58–63, 70 f.; Joachim G. Leithäuser, Albert Einstein, Berlin 1965, S. 47–51; Peter Michelmore, Albert Einstein. Genie des Jahrhunderts, Hannover 1968, S. 58–65; Friedrich Herneck, Albert Einstein, Leipzig ²1975, S. 57–61. Otto Nathan und Heinz Norden (Hg.), Albert Einstein, Über den Frieden. Weltordnung oder Weltuntergang? Bern 1975, S. 19–45.

[318]) Emil Ludwig (1881–1948), eigentlich E. Kohn, Schriftsteller, politischer Journalist.

[319]) Quidde zitiert nach: Pazifismus und Belagerungszustand, S. 11.

[320]) Vom 12. Februar 1916 datiert der Erlaß des Stellvertretenden Generalkom-

mandos des XIII. Armeekorps, wonach die Deutsche Friedensgesellschaft und deren Württembergischer Landesverband ihre Mitgliederlisten vorzulegen und „jede Änderung im Mitgliederstand sowie in der Zusammensetzung des Vorstandes auf den Schluß jeden Monats" mitzuteilen hatten. Nach Einreichen der Mitgliederlisten am 25. Februar 1916 unterließ es die Friedensgesellschaft wegen der Geringfügigkeit der Veränderungen, die monatlichen Zu- und Austritte von Mitgliedern anzuzeigen. Am 17. Juni 1916 wurde sie von der Stadtdirektion Stuttgart aufgefordert, jene Auflage zu erfüllen. Zugleich wurde ein vollständiges Verzeichnis der Vorstands- und Ausschußmitglieder der beiden Organisationen verlangt. Aus Röttchers Antwort vom 24. Juni 1916 geht hervor, daß die Mitgliederzahl im Landesverband Württemberg dem Stand von Ende Februar entsprach. Zur Deutschen Friedensgesellschaft gab Röttcher an, die Ortsgruppe Osnabrück habe sich aufgelöst, und es seien bei sechs Austritten fünf Neuzugänge zu verzeichnen. Röttcher fügte hinzu: „Die Anzahl der Zugänge ist so gering, weil uns jegliche Betätigung inzwischen verboten ist." Der Vorgang in: StA Ludwigsburg, Bestand F 201, Büschel 653, fol. 66 und 70. – Ähnlich das Vorgehen gegen die Zentralstelle Völkerrecht, s. o. S. 121.

[321]) Zitiert nach: Völkerfriede, 16. Jg. (1915), S. 30.

[322]) Kurt Grelling, Sohn von Richard Grelling.

[323]) Leonhard Nelson (1882–1927), Philosoph und Staatstheoretiker, Professor in Göttingen, Begründer des „Ethischen Sozialismus"; Paul Bernays u. a. (Hg.), Leonhard Nelson. Gesammelte Schriften, 9 Bde., Hamburg 1970–1974; Heinz-Joachim Heydorn (Hg.), Leonhard Nelson, Ausgewählte Schriften, Frankfurt a. M. 1974.

[324]) Da die Ortsgruppe Kiel am 21. Februar 1918 ihre erste Mitgliederversammlung veranstaltete, muß die Gründung Ende 1917 oder Anfang 1918 erfolgt sein; vgl. dazu Völkerfriede, 18. Jg. (1918), S. 47.

[325]) Johannes Leonhart (1865–1937), Sanitätsrat, Politiker, Pazifist; 1903–1912 MdR für die Freisinnige Volkspartei und Fortschrittliche Volkspartei; später in der DDP, nach deren Auflösung und Übergang zur Deutschen Staatspartei Mitglied in der Radikaldemokratischen Partei; in der Anti-Alkoholbewegung tätig; vgl. den Nachruf von H. Wehberg in: Friedenswarte, XXXVII. Jg. (1937), S. 149 f.

[326]) In der maschinenschriftlichen Teilfassung des IX. Kapitels lautet diese Textpassage: „Das Endergebnis nach Beendigung des Krieges war für die Friedensgesellschaft, daß die Zahl der Ortsgruppen und die der Mitglieder auf etwa die Hälfte zusammengeschmolzen war, die der Ortsgruppen von etwa 100 auf etwa 50, die der Mitglieder von etwa 10.000 auf etwa 5.000. Eine einzige Ortsgruppe wurde während des Krieges neugegründet, und zwar in Göttingen, so viel ich feststellen kann zu Anfang des Jahres 1915, wie es im Völkerfrieden heißt ‚infolge der hingebenden Arbeit von Dr. Grelling und anderen'. Gemeint ist jedenfalls Grelling jun., der später der Schrift Richard Grellings (seines Vaters?) ‚J'accuse' mit einem ‚Anti-J'accuse' entgegentrat. Maßgebenden Einfluß in der Göttinger Ortsgruppe übte bald der leider früh verstorbene Philosoph Dr. Leonhard Nelson. Die Zeitschrift der Deutschen Friedensgesellschaft ‚Der Völkerfriede', die nach wie vor von Pfarrer Otto Umfrid geleitet wurde, durfte bis zur Leipziger Generalversammlung noch erscheinen." BA, NL Quidde/74.

[327]) Zu der Wirkung dieser Maßnahme schreibt O. Umfrid in seiner Darstellung „Unter der Zensur", die nach Quiddes Vermutung etwa im Februar/März 1916 verfaßt wurde: „Schon im November 1914 hatte ich einen Vortrag über das Thema: Sind wir noch Christen? gehalten. Dafür bekam ich einen dreifachen Verweis vom Kultusministerium, dem Generalkommando und der

Stadtdirektion. Zugleich wurde unserer Gesellschaft die Auflage gemacht, die Manuskripte der Vorträge, die wir halten wollten, immer vorher einzusenden. Für mich war das so viel wie ein Verbot, ferner während des Krieges öffentlich aufzutreten, da ich zum Voraus wußte, daß diejenigen Dinge, die ich zu sagen habe, dem Generalkommando nicht genehm sein würden." BA, NL Quidde/68.

[328]) Die letzten beiden Sätze lauten in Quiddes Typoskriptfassung: „Dieser relativ erträgliche Zustand dauerte nur bis zum November 1915. Kurz nach der Leipziger Generalversammlung wurde zunächst einmal das Erscheinen des ‚Völkerfrieden' verboten." BA, NL Quidde/74. – Eine Abschrift des vom Stellvertretenden Württembergischen Generalkommando verfügten Verbotes in: BA, NL Quidde/67. Auf das Verbot des Völkerfrieden geht F. Röttcher in der von ihm etwa im September/Oktober 1916 verfaßten Darstellung „Vorschlag für die Herstellung einer Broschüre ‚Die Deutsche Friedensgesellschaft im Weltkrieg'" ein, BA, NL Quidde/68. Vgl. Helmut Kral, Die Entstehung der Gruppe „Internationale" und die Sammlung der Antikriegsbewegung, in: Deutschland im Ersten Weltkrieg, Bd. 2, S. 289 f.

[329]) Hermann von Stein (1854–1927), General der Artillerie, 1916–1918 preußischer Kriegsminister; Quidde wurde von ihm zu den „harmlosen Leuten" des Pazifismus gezählt; vgl. H. v. Stein, Erlebnisse und Betrachtungen aus der Zeit des Weltkrieges, Leipzig [2]1919, S. 120 f.

[330]) Vgl. W. Deist, Militär und Innenpolitik, S. 261 ff. Quiddes Vermutung, daß auch zivile Behörden von dem Erlaß in Kenntnis gesetzt wurden, wird bestätigt durch eine Ausfertigung des Erlasses in: BHStA IV München. Mkr. Nr. 13366.

[331]) Dieser Satz Quiddes nebst der dazugehörigen Anmerkung hier vom Herausgeber, einer Notiz Quiddes folgend, eingefügt.

[332]) Das Schreiben Röttchers in: BA, NL Quidde/67.

[333]) In der maschinenschriftlichen Teilfassung des IX. Kapitels lautet diese Textpassage: „Anfang Dezember machte Röttcher den Mitgliedern der Gesellschaft Mitteilung von dem durch das stellvertretende Generalkommando des XIII. (württembergischen) Armeekorps erfolgten Verbot, wogegen die Geschäftsleitung beschlossen habe, Einspruch zu erheben, und kündigte die Veröffentlichung einer neuen Zeitschrift an. Sie erschien vom Januar 1916 an unter dem Titel ‚Menschen- und Völkerleben'. Ihr Inhalt war notgedrungen von äußerster Harmlosigkeit." BA, NL Quidde/74. – Umfrid, der als Hg. der Zeitschrift von den Maßnahmen der Militärbehörden besonders getroffen wurde, berichtet in seiner Skizze „Unter der Zensur": „Obwohl mir vom Generalkommando selbst gesagt wurde, ich könnte ja an Stelle des ‚Völkerfriedens' ein anderes Blatt erscheinen lassen, wenn es eine andere Tendenz verfolge, wurden doch auch die harmlosesten Berichte über Friedensbestrebungen, wie sie in anderen Ländern zutagetraten, unterdrückt, so daß das Blättchen fast alle aktuellen Nachrichten vermissen ließ. [...] Anfang September 1915 erschien meine Broschüre ‚Weltverbesserer und Weltverderber' bei Orell Füßli in Zürich. Das Manuskript des Buches war über die Auslands-Postüberwachungsstelle gegangen, die es nach einigen Streichungen genehmigt hatte. Nichtsdestoweniger wurde die Schrift selbst in zehn Exemplaren beschlagnahmt, der Vertrieb verboten, das auf sie hinweisende Prospekt unterdrückt und nicht einmal eine kurze Selbstanzeige im ‚Menschen- und Völkerleben' zugelassen. Endlich wurde mir verboten, irgend etwas über Krieg und Frieden ins Ausland zu schreiben, ohne es vorher dem Generalkommando vorgelegt zu haben." BA, NL Quidde/68.

[334]) Dem Erlaß des Kriegsministeriums vom 7. November 1915, der zur Verfolgung pazifistischer Bestrebungen aufforderte, ist eine Anlage beigefügt, in

welcher der Bund Neues Vaterland als eine Vereinigung, deren „Treiben nachhaltig entgegenzutreten“ sei, genannt wird; BHStA IV München. Mkr. Nr. 13366; vgl. W. Deist, Militär und Innenpolitik, S. 263.

[335]) Quidde zitiert nach: Pazifismus und Belagerungszustand, S. 18.

[336]) Lucy Hoesch-Ernst, Mitglied des Rheinisch-Westfälischen Frauenverbandes, Vorsitzende des Dortmunder Vereins „Frauenbildung-Frauenerwerb“; zu ihrer Verhaftung siehe Quiddes Ausführungen S. 359, Anm. 363.

[337]) Elsbeth Bruck (1874–1970), Schauspielerin, Pazifistin; in den 20er Jahren Kritikerin an einer Tageszeitung der KPD, ohne Mitglied der Partei zu sein; 1931 Vorstandsmitglied der deutschen Sektion des „Weltfriedensbundes der Mütter und Erzieherinnen“ und Schriftführerin der Berliner Gruppe; 1934 Emigration nach Prag, Ende 1938 nach England, dort Mitglied des „Freien Deutschen Kulturbundes“, Ende 1946 Rückkehr nach Berlin und Eintritt in die SED; im Kulturbund und in der Nationalen Front der DDR tätig. – Ihr am 11. November 1918 gemachter Vorschlag, die in Schlössern und Villen der Reichen Berlins lagernden Vorräte an Lebensmitteln und Kleidung zu beschlagnahmen und an das hungernde und dürftig bekleidete Volk und die zurückkehrenden Soldaten zu verteilen, stieß ebenso auf den Widerstand des Bundes Neues Vaterland wie ihre Forderung, Universitäten, technische und Handelshochschulen, Schulen, Theater, Varietés, Kabaretts, Konzerte und Vorträge mit pazifistischem und ethischem Gedankengut zu durchdringen; desgleichen wurde eine von ihr verlangte Änderung der Lese- und Geschichtsbücher abgelehnt. In einem von Arco, Simon, Kestenberg und Holitscher unterzeichneten Brief wurde E. Bruck beschworen – wie sie selbst schreibt, „als namhaftes Mitglied des Bundes Neues Vaterland ‚der Regierung nicht in den Arm zu fallen‘, ja, man stempelte mich zur Bolschewistin!!“ E. Bruck an Quidde, 2. Februar 1937, BA, NL Quidde/72.

[338]) Ebd.; zu der von Quidde angedeuteten Unterdrückung durch die Behörden schreibt E. Bruck: „Als 1916 L.[illi] J.[annasch] verhaftet wurde, wurde ich ihre Nachfolgerin in der Geschäftsführung, welche ich bis 1917 innehatte, bis das „Centralbüro?“ unter Leitung von Frau Schwann-Schn.[eider] ins Leben trat. – Im März oder April 1916 hatte ich eine schwere Haussuchung und stundenlanges Verhör im Präsid.[ium], wegen meines Briefwechsels mit dem Mitgl.[ied] Otto Maria Sänger, Dolmetscher im Konstanzer Gefangenenlager; ich sollte schon damals wegen Spionage und Hochverrat verhaftet werden, doch fehlte jegliches Beweismaterial. Dauernde Beobachtungen u.[nd] agents provocateurs traten in Erscheinung; noch im Jahre 1923 entlarvte ich zwei derselben im Beisein Beerfeldes. – Am 1. Febr. 1918 wurde ich wegen der Lichnowsky'schen Denkschrift verhaftet. Zehn Tage später stand ich, ohne richterliches Verhör, zusammen mit Julius Gerson u.[nd] einigen Arbeitern, die wegen Beteiligung am 1. Generalstreik (Jan. 18) angeklagt waren, vor einem außerordentl.[ichen] Kriegsgericht; Oskar Cohn war mein Verteidiger. Die Anklage gegen mich wurde zurückgezogen, weil die Aufbewahrung einer Schrift nicht zur Klage berechtigte; die Mitangeklagten wurden mangels Beweisen freigesprochen. – Nach Rückkehr von einer kurzen Erholungsreise wurde mir von meiner langjährigen Pensionsinhaberin (Frau Schildger) mitgeteilt, daß täglich, entweder vom Präsid.[ium] od.[er] Oberkom.[mando] Nachfrage nach mir gehalten wurde. Daraufhin fuhr ich kurz entschlossen zu Freunden nach Lomsa b/Dresden. Ostern 1918 erschien im Lokalanzeiger ein Leitartikel von Reventlow „Die Denkschrift“, ein Pamphlet gegen Lichnowsky; der letzte Passus war mir gewidmet, darin stand: ich hätte als Geschäftsführerin des B.[undes] N.[eues] V.[aterland] 1 000 Exemplare der Denkschrift aus Süddeutschld. erhalten, hätte dieserhalb vor dem außerord.[entlichen] Kriegsgericht gestanden u.[nd] wäre unbegreiflicherweise freigespro-

chen worden. – Diesen Artikel erhielt ich in meinem Exil u.[nd] zog, weil ich mich nicht mehr sicher fühlte, zu den Freunden nach Hellerau, wo ich in der leerstehenden Dalcroze-Schule im gegebenen Moment den besten Schlupfwinkel gefunden hätte. – Nach ungefähr 3 Wochen erhielt ich von Fr. Schildger die Nachricht, daß man ihr gedroht hätte, sie zu verhaften, wenn sie meinen Aufenthalt nicht nennen würde; daraufhin gab sie meine Deckadresse in Dresden. Diese Nachricht alarmierte meine Hellerauer Freunde u.[nd] Harald Dorn, Inhaber der Dalcroze-Schule, fuhr am gleichen Tag nach Berlind u.[nd] zog bei den dortigen Freunden Erkundigungen ein und wollte Geld für mich mitbringen, damit ich zu Bekannten ins Erzgebirge verschwinden könnte, wo ich in absoluter Sicherheit gewesen wäre. Merkwürdigerweise bekam H.D. von allen Gefragten die gleiche Antwort: „Kein Mensch denkt mehr an die Denkschrift (Apr. 1918), ich sei hysterisch, leide an Verfolgungswahn u.[nd] sollte mich erholen." Eine sehr leichtfertige u.[nd] schwerwiegende Antwort bei der Gefahr, in der nicht nur ich, sondern alle Freunde schwebten, wenn ich neuerlich verhaftet würde. – Richtig! erfolgte diese Verhaftung 4 Tage später durch 4 Mann; also wurde ich als Schwerverbrecher betrachtet. — Meine Untersuchung war eine seelische Folterung. Mein Prozeß wegen schweren Landes- und Hochverrates wurde vom Reichsgericht geführt, und zwar lief die Anklage gegen mich, weil ich weder die Geldgeber noch den Drucker angab; es wurde mir sofortige Freilassung zugesagt, wenn ich die Betreffenden nennen würde. Mein Untersuchungsrichter in Dresden sagte mir: Berlin hätte ihn benachrichtigt, ich sei „die gefährlichste Person Deutschlands". Mitte Juni [19]18 wurde ich mit Sammeltransport, im Zellenwagen, in 5 Tagen nach Berlin befördert. Bei der damaligen Verpflegungsart bekamen die reisenden Häftlinge morgens, mittags und abends je ein Töpfchen durchsichtige schwarze Kohlrübenbrühe u.[nd] 100 Gr. trockenes Brot; in den jeweiligen Stadtgefängnissen, in die wir am Abend eingeliefert wurden, gab es kein Essen warm. – Meine weitere Untersuchung wurde in Köpenick, später in Moabit von dem gefürchteten und berüchtigten Untersuchungsrichter Dr. Holthöfer geführt, der zu mir, im Gegensatz zu anderen Häftlingen, sehr menschlich war; er wußte nichts mit meinen u.[nd] der Zeugen Aussagen anzufangen. – Anfang Sept. 1918 wurde ich wegen schwerer Erkrankung aus der Haft entlassen, doch lief mein Prozeß bis zum Dez. weiter, erst dann bekam ich die Nachricht, daß er, wegen der Revolution, niedergeschlagen sei. Meine Erkrankung, eine schwere Sepsis, fesselte mich wochenlang ans Bett; noch bei Zusammenbruch der Fronten und dem Siegestaumel der Gesinnungsfreunde war ich schwer krank, doch konnte ich mich bereits an Sitzungen beteiligen." – Vgl. auch O. Lehmann-Rußbüldt, Der Kampf für den Weltfrieden, S. 61.

[339]) Arnold Wahnschaffe (1865–1946), 1907–1917 Vortragender Rat, 1917 Unterstaatssekretär, Oktober/November 1918 vertretungsweise Chef der Reichskanzlei.

[340]) Eine Abschrift der von Wahnschaffe aufgestellten Richtlinien in der von Quidde am 14. September 1916 verfaßten Denkschrift „Die Deutsche Friedensgesellschaft und die vom Herrn Reichskanzler aufgestellten Grundsätze für die Erörterung von Kriegszielfragen"; die Denkschrift (Durchschlag einer Abschrift) in Quiddes Dokumentensammlung, BA, NL Quidde/68.

[341]) Der Erlaß des Bayerischen Kriegsministeriums an Quidde in: BA, NL Quidde/68.

[342]) Eine Abschrift von Quiddes „Beschwerde gegen die Unterdrückung pazifistischer Bestrebungen" in: BA, NL Quidde/68.

[343]) Die der Deutschen Friedensgesellschaft am 10. April 1916 mitgeteilten Verbote hatte das Stellvertretende Generalkommando des XIII. Armeekorps be-

reits am 30. März 1916 verfügt. Abschriften der entsprechenden Anordnungen in: BA, NL Quidde/68 und StA Ludwigsburg, Bestand F 201, Büschel 653, fol. 58. – Die von C. Haußmann im Auftrag der Deutschen Friedensgesellschaft gegen die Schließung der Buchhandlung eingelegte Beschwerde wurde am 13. Mai 1916 vom Stellvertretenden Generalkommando abgelehnt. Der Vorgang in: BA, NL Quidde/68 und StA Ludwigsburg, Bestand F 201, Büschel 653, fol. 49 und 60.

[344]) Der Erlaß des Stellvertretenden Generalkommandos des XIII. Armeekorps vom 30. Mai 1916 in: BA, NL Quidde/68.

[345]) Ein entsprechendes Schreiben des Stellvertretenden Generalkommandos des XIII. Armeekorps an Frau Tony Kwast-Hiller, 30. Mai 1916, in: StA Ludwigsburg, Bestand F 201, Büschel 653, fol. 65.

[346]) Es handelt sich um Frau Tony Kwast-Hiller. Zu dem Vorgang vgl. F. Röttchers Ausführungen in seinem „Vorschlag für die Herstellung einer Broschüre ‚Die Deutsche Friedensgesellschaft im Weltkrieg'"; BA, NL Quidde/68. – Frau Kwast-Hiller strengte eine Beleidigungsklage gegen F. Röttcher an, nachdem dieser ihre Entlassung mit Unregelmäßigkeiten in der Kassenführung begründet hatte. Das Schöffengericht Stuttgart verurteilte Röttcher wegen nicht erbrachten Beweises zu 50 Mark Geldstrafe oder fünf Tagen Gefängnis. Vgl. den Artikel „Unstimmigkeiten in der Deutschen Friedensgesellschaft". In: Schwäbische Tagwacht, Nr. 14, 18. Januar 1917.

[347]) Eine Abschrift der „Beschwerde gegen Unterdrückung der Deutschen Friedensgesellschaft" in: BA, NL Quidde/68.

[348]) Das Schreiben an das Preußische Kriegsministerium „Maßnahmen der militärischen Stellen gegenüber der deutschen Friedensbewegung" in: BA, NL Quidde/68.

[349]) O. Umfrid schreibt dazu in seinem Bericht „Unter der Zensur": „Am schnödesten empfand ich die Verhängung der Briefsperre, die zuerst durchaus heimlich vorgenommen wurde, in der Art, daß man an der Verspätung der Briefe sowie an der schlechten Verklebung der Briefumschläge die vorherige Öffnung konstatieren konnte. Als sich Rechtsanwalt Haußmann in meinem Namen dagegen beschwerte, wurde ihm gesagt, die Öffnung der Briefe müßte aufrecht erhalten werden, da ich in Verkehr mit dem Sozialdemokraten Westmeyer getreten sei, es liege aber kein Grund vor, die Sache fernerhin zu verheimlichen. Seitdem ist nun regelmäßig auf den Briefen der Vermerk zu sehen: ‚geprüft und freigegeben'. Bisweilen habe ich sogar die Erfahrung gemacht, daß auch die von mir ausgehenden Briefe durchgeschnüffelt wurden. Der Verkehr mit Westmeyer beruhte übrigens auf der Zusendung einer religiösen Poesie von seiner Seite, die mir den Ausdruck der Bewunderung und einer weitgehenden Übereinstimmung der Anschauung abnötigte." BA, NL Quidde/68.

[350]) Quidde zitiert nach: Pazifismus und Belagerungszustand, S. 37.

[351]) So die Schreiben des Reichsamtes des Innern vom 26. Oktober 1916 (vgl. Quiddes Ausführungen, S. 103) und der Reichskanzlei vom 18. November 1916; die geöffneten Briefumschläge dieser Schreiben in: BA, NL Quidde/68.

[352]) F. Röttcher an Rechtsanwalt Wilhelm Levinger, 10. Juli 1916; in dem Brief ersucht Röttcher darum, Quiddes Zustimmung zur Beschwerde gegen zwei Strafbefehle (30 und 100 Mark) einzuholen; ein Durchschlag des Schreibens in: BA, NL Quidde/68. – F. Röttcher hatte die Verfügung des Stellvertretenden Generalkommandos des XIII. Armeekorps vom 30. März 1916 (s. o. S. 104) trotz des ausdrücklichen Verbotes der Veröffentlichung vervielfältigt und in etwa 160 bis 200 Exemplaren versandt. Gegen den Strafbefehl über 100 Mark erhob er Einspruch. Das Schöffengericht Stuttgart setzte die Strafe auf 25 Mark herab. In der Berufungsinstanz erhielt Röttcher unter Auferlegung der

Verfahrenskosten eine Geldstrafe von 100 Mark. Vgl. den Bericht in: Schwäbische Tagwacht, Nr. 81, 7. April 1917. – Im Zusammenhang mit den Ermittlungen der Behörden gegen Röttcher wurde auch E. Endriß vernommen, bei ihr gefundenes pazifistisches Schrifttum beschlagnahmt. Der Vorgang in: StA Ludwigsburg, Bestand F 201, Büschel 653, fol. 60.

353) Die Verfügung des Stellvertretenden Generalkommandos des XIII. Armeekorps wurde dem Sekretariat der Deutschen Friedensgesellschaft am 27. Mai 1916 vom Postzollamt mitgeteilt; ein Durchschlag der von F. Röttcher am 10. Juni 1916 verfaßten Beschwerde in: BA, NL Quidde/68.

354) Sir Norman Angell (1874–1967), eigentlich Ralph Norman Angell Lane, englischer Schriftsteller, Publizist, Korrespondent des europäischen Büros der Carnegiestiftung, erhielt 1933 den Friedensnobelpreis; N. Angell, After All. An Autobiography, London 1952; Prussianism and its Destruction, London 1914; Why Freedom Matters, London 1917; The Political Conditions of Allied Success, London 1918.

355) James Ramsay MacDonald (1866–1937), britischer Politiker, Staatsmann; Sozialist; stimmte im August 1914 als radikaler Pazifist und Führer der Arbeiterparteien im Unterhaus gegen die Kriegserklärung Großbritanniens; 1924 und 1929–1935 Premierminister; vgl. J. R. MacDonald, National Defence, London 1917; Mary Hamilton, J. Ramsay MacDonald. Sein Werk und sein Charakter, Zürich 1924; Lord Elton, The Life of James Ramsay MacDonald, London 1939.

356) Edmund Dene Morel (1873–1924), eigentlich Georges Edmond Morel-de-Ville, Schriftsteller, Journalist; Begründer, Ehrensekretär und Schatzmeister der Union of Democratic Control; E. D. Morel, Truth and the War, London 1916 (eine Teilübersetzung des Buches findet sich in: Hermann Lutz (Hg.), E. D. Morel. Der Mann und sein Werk. Ein Gedenkbuch, Berlin 1925).

357) Arthur A. Ponsonby (1871–1946), englischer Diplomat, 1908–1918 und 1922–1930 liberales Mitglied des Unterhauses, 1931–1935 Mitglied des Oberhauses; Verf. von: Democracy and Diplomacy, London 1915.

358) George Bernard Shaw (1856–1950), anglo-irischer Schriftsteller, Romanautor und Dramatiker, 1925 Nobelpreis für Literatur; veröffentlichte „Common Sense about the War" (1914) und „What I Really Wrote about the War" (1931).

359) Philip Snowden (1864–1937), seit 1931 Viscount Snowden of Ickornshaw; britischer Politiker, Arbeiterführer, Sozialist; 1903–1906 Vorsitzender der Unabhängigen Labour Party, 1906–1918 Mitglied des Unterhauses; 1924 und 1929/31 britischer Schatzkanzler; P. Snowden, An Autobiography 1864–1932, 2 Bde., London 1934.

360) Charles Trevelyan (1870–1958), Sohn des Historikers und Politikers Sir George Otto Trevelyan; parlamentarischer Unterstaatssekretär im Unterrichtsamt, trat bei Kriegsausbruch aus Protest gegen die britische Politik von seinem Amt zurück. – Die genannten Pazifisten gehörten bis auf G. B. Shaw der Union of Democratic Control an. Über ihre Haltung und die britische Friedensbewegung während des Ersten Weltkrieges: Keith Robbins, The Abolition of War.

361) Die Beschwerde der Deutschen Friedensgesellschaft an den Reichskanzler vom 7. Oktober 1916 in: BA, NL Quidde/68.

362) Zu den Maßnahmen der Militärbehörden gegen Vertreterinnen der pazifistischen Frauenbewegung vgl. E. Lüders, Minna Cauer, S. 183–200; L. G. Heymann, Erlebtes – Erschautes, S. 134–150; W. Albrecht, Landtag und Regierung in Bayern, S. 131–134; K.-L. Ay, Entstehung einer Revolution, S. 45–51; D. Fischer, Münchner Zensurstelle während des Ersten Weltkrieges, S. 179–182; O. Lehmann-Rußbüldt, Der Kampf für den Weltfrieden, S. 59 f. Karl Köstler und Kurt Stenkewitz, Das Anwachsen des Massenkampfes gegen den Krieg

unter dem Einfluß der marxistischen Linken [Januar bis zum Herbst 1916], in: Deutschland im Ersten Weltkrieg, Bd. 2, S. 445 f.

363) Zu der Verhaftung von L. Hoesch-Ernst schreibt Quidde: „Frau Dr. Lucy Hoesch-Ernst wurde am 5. März 1916, nachdem eine Haussuchung bei ihr stattgefunden hatte, verhaftet und war zunächst neun Tage in einer Zelle des Münchener Polizeigebäudes, dann in Stadelheim, wo sie übrigens gut behandelt wurde. Nach fünf Wochen stellten sich zwei Herrn vom Generalkommando bei ihr ein, die ihr einige bei ihr gefundene Papiere vorlegten. Darunter war ein Brief von Frl. Jannasch, die sich für einen Betrag bedankte, den Frau H.-E. für ein ‚Fest', in Wirklichkeit für eine Demonstration sozialdemokratischer Arbeiterfrauen, gegeben hatte. Sie verweigerte Auskunft über den Sinn des Briefes, und die Folge war, daß man Frl. Jannasch ebenfalls in Schutzhaft nahm. Man hatte Frau H.-E. im Verdacht, bedeutende Geldmittel für ‚staatsgefährliche' Demonstrationen zu geben. Es kam dann nach sieben Wochen zur Entlassung gegen das Versprechen, sich in keiner Weise politisch zu betätigen, den zugewiesenen Wohnort nicht zu verlassen und alle Korrespondenz dem Generalkommando zu unterbreiten und gegen Hinterlegung einer Bürgschaft von 100.000 Mark. Sie wurde angewiesen, sich sofort zu der Mutter nach Godesberg zu begeben. In der Folgezeit spielte die Frage des Aufenthaltsortes, ob Godesberg, ob Gauting bei München (wo Frau H.-E. ein kleines Haus besaß), ob München eine Rolle. Nur für beschränkte Zeit, auf dringendes Ersuchen, wurde ihr, als sie wieder in Gauting war, gestattet, zur Mutter (83 Jahre alt) nach Godesberg zu reisen. Es wurde ihr zum Verbrechen angerechnet, daß sie in Godesberg nach einem Gottesdienst, der zur Propaganda für die Kriegsanleihe ausgenutzt war, geäußert hatte, sie fände, daß die Politik nicht auf die Kanzel gehöre und daß es eine Blasphemie sei, Gott dafür zu danken, daß wir die Feinde wirksam vernichtet hätten. Später hielt man ihr vor, daß sie in einem Briefe an einen in Bruckman internierten Sozialdemokraten am Schluß geschrieben hatte: ‚Wir wollen auf eine bessere Zukunft hoffen, es lebe die Zukunft!' Damit werde die Sicherheit des Reichs gefährdet. Das Koblenzer Generalkommando verwies sie im Juni 1918 an das Münchener. Dort mußte sie ein Blatt mit verschärften Bedingungen unterzeichnen. Sie durfte Gauting nicht verlassen; ihre Korrespondenz wurde aufs schärfste kontrolliert, ihr Telefon gesperrt; ihr Verkehr überwacht mit der Drohung, daß die 100.000 Mark eingezogen würden, wenn die gegen sie erlassenen Vorschriften irgendwie veröffentlicht werden. Mit Mühe erhielt sie Erlaubnis, die schwerkranke Mutter in Godesberg zu besuchen (vom 1. X. bis 15. XI.). Ein Gesuch, nach dem 16. November in München statt in Gauting wohnen zu dürfen, wurde abgeschlagen. So Darstellung von Frau H.-E. in einem Schriftstück für Rechtsanwalt Gilsbach (zur Informierung von Reichstagsabgeordneten Meerfeld)." BA, NL Quidde/72. Diese Darlegungen Quiddes sollten in dem nicht zur Ausführung gelangten Kapitel „Mitkämpfer und Bundesgenossen" erwähnt werden; vgl. den Hinweis Quiddes, S. 102.

364) In: Frauenbewegung, XXI. Jg. (1915), S. 14.

365) Der Aufruf ist abgedruckt in: Pazifismus und Belagerungszustand, S. 67 f.

366) Käthe Kollwitz (1867–1945), Graphikerin, Malerin; zu ihrer Haltung während des Ersten Weltkrieges vgl. Hans Kollwitz (Hg.), Ich sah die Welt mit liebevollen Blicken. Käthe Kollwitz. Ein Leben in Selbstzeugnissen, Hannover 1968.

367) Abgedruckt in: Völkerfriede, 17. Jg. (1917) Juni, S. 11 und Pazifismus und Belagerungszustand, S. 68 f.

368) Friedrich Curtius (1851–1933), Jurist, liberaler Politiker; Sohn des Altertumsforschers und Historikers Ernst Curtius; Präsident des Direktoriums und des

Oberkonsistoriums in Elsaß-Lothringen; an der Gründung des Verbandes für Internationale Verständigung beteiligt; zu Curtius' Haltung zum deutschen Militarismus und zum Verband für Internationale Verständigung vgl. R. von Thadden, Friedrich Curtius, Elsaß-Lothringen und das Kaiserreich. In: Das Vergangene und die Geschichte, Festschrift für Reinhard Wittram, hg. von R. v. Thadden, G. v. Pistohlkors, H. Weiss, Göttingen 1973, S. 93 f.

[369]) Paul Martin Rade (1857–1940), evangelischer Theologe, Schwager Friedrich Naumanns; 1886 Begründer der Zeitschrift „Christliche Welt", Mitglied des Nationalsozialen Vereins, dann Freisinniger, 1918 Abgeordneter der DDP in der preußischen verfassunggebenden Versammlung, Mitglied des „Kirchlichen Komitees zur Pflege freundschaftlicher Beziehungen zwischen Großbritannien und Deutschland"; vgl. M. Rade, Die Kirche nach dem Kriege, Tübingen 1915; Johannes Rathje, Die Welt des freien Protestantismus. Leben und Werk von Martin Rade, Stuttgart 1952.

[370]) Den Abschnitt über W. Schücking hat Quidde hier herausgenommen, um ihn, so seine Absicht, an anderer Stelle einzufügen. Die Ausführungen zum Fall Schücking sollten in dem von Quidde nicht mehr erstellten Kapitel „Mitkämpfer und Bundesgenossen" erscheinen. Unter der Überschrift „Schücking" schreibt Quidde: „Unerhört und skandalös war, wie schon am Schluß des IX. Kapitel erwähnt, das Verhalten der militärischen Behörden gegenüber Schücking. Die Versündigung Schückings bestand darin, daß er die Ideen, zu denen er sich in Friedenszeiten bekannt hatte, auch während des wildesten Treibens der Kriegsverherrlichung festgehalten und nicht, wie so viele andere ‚umgelernt' hat, daß er dann (aber mit Vorwissen des Auswärtigen Amtes) an der Konferenz im Haag im April 1915 teilgenommen hatte und daß er als deutscher Vertreter dem Vorstand der damals gegründeten ‚Zentralorganisation für dauernden Frieden' angehörte, ebenso dem Bunde Neues Vaterland. Gegen beide Organisationen wandte sich ja die wütende Hetze der alldeutschen Presse. Im September 1915 wurde ihm untersagt, über die Probleme der internationalen Organisation mit ausländischen Gelehrten zu korrespondieren, Reisen ins Ausland zu machen oder sich auch nur in den Grenzgebieten des Reiches aufzuhalten und seine Ideen über internationale Organisation, auch nur in theoretischer Weise, in Schrift oder Wort zu äußern. Die Begründung enthielt auch jene Wendung, die nach einem von Berlin bezogenen Klischee in Verfügungen verschiedener Generalkommandos wiederkehrt: daß die Bestrebungen der Pazifisten an Landesverrat grenzten.

Um zu ermessen, welche Bedeutung diese Mundtotmachung für Schücking hatte, muß man beachten, daß Völkerrecht zu lehren sein amtlicher Beruf war und seine ganze wissenschaftliche Tätigkeit der Begründung eines neuen Völkerrechtes galt. Nachdem der Reichskanzler selbst sich in seiner schon mehrfach erwähnten Erklärung vom 9. November auf den Boden der Idee einer internationalen Organisation in einem Weltfriedensbund gestellt hatte, ersuchte Schücking das Generalkommando in Kassel, ihm für die Zukunft die öffentliche Erörterung dieser Probleme zu gestatten, weil es sich für ihn um die Früchte jahrelanger Arbeit handle. Dieses Gesuch wurde abschlägig beschieden. Da inzwischen die öffentliche Erörterung der Kriegszielfragen freigegeben war, wandte er sich mit einer neuen Eingabe an das Generalkommando. Er erhielt die Antwort, sein erneutes Gesuch sei an die Berliner Beschwerdeinstanz weitergegeben. Tatsächlich wurde das Verbot stillschweigend außer Wirksamkeit gesetzt, aber einer Antwort wurde der Gesuchsteller nicht gewürdigt.

Über die Behandlung Schückings sprach Abg. Gothein am 5. Juni 1918 im Reichstag, abgedr. Friedenswarte, 1918, September, S. 222 ff." – BA, NL Quidde/72; auf der ersten Seite ist oben links vermerkt: „herausgenom-

men aus Kap. IX., zu verwerten in Kap. XI"; gleichfalls auf dieser Seite links oben neben dem laufenden Text: „Ich gehe hier darauf ein, obschon ich damit dem Kapitel XI., das der Tätigkeit und den Schicksalen der pazifistischen Persönlichkeiten gewidmet ist, vorgreife." Dieser Satz ist von Quidde wieder gestrichen. – Einer Eingabe Schückings vom 10. November 1916, in der er bat, das gegen ihn vom Stellvertretenden Generalkommando in Kassel im Spätherbst 1915 verfügte Rede- und Schreibverbot aufzuheben, wurde nicht entsprochen. An C. Haußmann, von dem er Rat und Beistand erhoffte, sandte er eine Abschrift der Eingabe. Aus seinem Begleitschreiben geht hervor, daß sich Schücking mit einer Beschwerde an Bethmann Hollweg und einem Privatbrief an Unterstaatssekretär Zimmermann gewandt hatte. W. Schücking an C. Haußmann, 2. Dezember 1916 und C. Haußmann an W. Schücking, 6. Dezember 1916. HStA Stuttgart, NL C. Haußmann, Bestand I 47, Büschel 117. – Zu der Behandlung Schückings durch die Behörden vgl. auch Pazifismus und Belagerungszustand, S. 30 f.; James D. Shand, Doves Among the Eagles: German Pacifists and Their Government During World War I. In: Journal of Contemporary History, 10, 1975, S. 102.

[371]) Die Eingabe ist abgedruckt in: Völkerfriede, 17. Jg. (1917) September, S. 8 f.

[372]) Ein Korrekturabzug der Eingabe vom 1. Juli 1917 mit der Denkschrift „Die Handhabung des Gesetzes über den Belagerungszustand gegenüber den deutschen Pazifisten" in: BA, NL Quidde/68.

[373]) Die genannte Broschüre in: BA, NL Quidde/68 und BA, Deutsche Demokratische Partei / Deutsche Staatspartei R 45 III/62.

[374]) Die Eingabe vom 2. Oktober 1917 mit der dazu gehörenden Denkschrift in: BA, NL Quidde/68.

[375]) Quiddes Zitate und Ausführungen in diesem Kapitel fußen auf der Darstellung in: Pazifismus und Belagerungszustand, S. 23–29. Zur Zentralstelle Völkerrecht vgl. Karl Köstler und Kurt Stenkewitz, Das Anwachsen des Massenkampfes gegen den Krieg, in: Deutschland im Ersten Weltkrieg, Bd. 2, S. 446–449.

[376]) Julius Gerson, Berliner Bankier und Förderer der Deutschen Friedensgesellschaft.
Martin Gerson, Kaufmann; Pazifist.

[377]) Paul Löbe (1875–1967), sozialdemokratischer Politiker, 1904 Stadtverordneter in Breslau, 1905–1919 Mitglied des schlesischen Provinziallandtages, 1919/20 MdN, 1920–1933 MdR, 1949–1953 Mitglied des Bundestages; vgl. P. Löbe, Der Weg war lang. Lebenserinnerungen, Berlin 1954.

[378]) Elisabeth Schwann-Schneider, Vorsitzende des Landesvereines Preußischer Volksschullehrerinnen (Sitz Berlin); Frau von Hans Schwann, eines Redakteurs der „Menschheit"; 1919 Schriftführerin der Deutschen Friedensgesellschaft..

[379]) Gustav Landauer (1870–1919), Schriftsteller, anarchistischer Theoretiker; als Mitglied der bayerischen Räteregierung ermordet. Vgl. Eugene Lunn, Prophet of Community. The Romantic Socialism of Gustav Landauer, Berkeley/Los Angeles/London 1973; Ulrich Linse (Hg.), Gustav Landauer und die Revolutionszeit 1918/19. Die politischen Reden, Schriften, Erlasse und Briefe Landauers aus der November-Revolution 1918/19, Berlin 1974; Ruth Salinger Hyman, Gustav Landauer: German-Jewish Populist and Cosmopolitan, phil. Diss. New York 1975.

[380]) Max Lehmann (1845–1929), Historiker, Professor in Göttingen, Gegner der kleindeutsch-borussischen Geschichtsschreibung; über seine Schwierigkeiten während des Ersten Weltkrieges berichtet seine Tochter: „Besonders in den Kriegsjahren 1914–1918, als das Alldeutschtum mit seiner Eroberungslust und seiner Forderung nach einem ‚deutschen Frieden' hervortrat, ist es zu man-

chem heftigen Zusammenstoß mit den Kollegen gekommen. Schließlich zog Max Lehmann es vor, dem allgemeinen Sprechzimmer der Professoren in der Universität, wo nur offiziell Erwünschtes geduldet war, fernzubleiben, was indessen nicht verhinderte, daß ein Kollege vom Fach aus einem auf der Straße belauschten Gespräch staatsfeindliche Äußerungen Lehmanns entnommen zu haben glaubte und dies beim Rektor zur Anzeige brachte. Ein Disziplinarverfahren sollte eingeleitet werden, aber die Untersuchung ergab sofort einwandfrei die völlige Nichtigkeit der aufgestellten Behauptung." Gertrud Lehmann (Hg.), Bismarck. Eine Charakteristik von Max Lehmann, Berlin 1948, S. 10 f.; seinen Lebensgang beschreibt Max Lehmann in: Sigfrid Steinberg (Hg.), Die Geschichtswissenschaft der Gegenwart in Selbstdarstellungen, Leipzig 1925, Bd. 1, S. 207–232.

381) Der Gründungsaufruf der Zentralstelle Völkerrecht in: BA, NL Quidde/68.

382) Umgekehrt urteilte Landauer ähnlich positiv über Quidde, so in seiner Rede vor dem provisorischen Nationalrat des Volksstaates Bayern am 18. Dezember 1918: „ich achte ihn, er ist ein Ehrenmann durch und durch, er ist auch der Einsicht zugänglich wie wenige in seiner Partei". Ulrich Linse (Hg.), Gustav Landauer und die Revolutionszeit 1918/19, S. 98.

383) Der Aufruf der Zentralstelle Völkerrecht von Ende August 1916 auch abgedruckt in: Pazifismus und Belagerungszustand, S. 69.

384) Die Unterzeichner des Aufrufes sind aufgeführt im Flugblatt Nr. 1 der Zentralstelle Völkerrecht; BA, NL Quidde/70. Der Aufruf abgedruckt in: Friedenswarte, XVIII. Jg. (1916), S. 274.

385) Die Eingabe der Zentralstelle Völkerrecht „An den deutschen Reichstag" von Ende September 1916 in: BA, NL Quidde/68. Abdruck in: Friedenswarte, XVIII. Jg. (1916), S. 320 f.

386) An anderer Stelle berichtet Quidde über die Besprechung vom 30. September: „Wir behaupteten zwar, daß diese Zusammenkunft gar keine Versammlung gewesen sei; denn es hatte keinen Vorsitzenden, keine Referenten, keine Beschlüsse gegeben; es konnte ‚singen, wem Gesang gegeben'. Aber unsere Vorsicht half uns nicht; gegen die ‚Einbrecher', Eduard Bernstein, Pastor Francke und Hellmut von Gerlach wurde am 29. Oktober ein Strafverfahren eingeleitet. Da ich zwar beileibe keinen Bericht erstattet, aber den Anwesenden allerhand ‚erzählt' hatte, wurde ich scharf verwarnt wegen Übertretung des gegen mich doppelt – in Berlin und München – ergangenen Verbotes propagandistischer Äußerungen." L. Quidde, Hauptmann Henninger. Kriegserinnerungen. In: Vossische Zeitung, Nr. 589, 23. Dezember 1924.

387) Die Denkschrift des Anti-Oorlog-Raad und Quiddes Schreiben vom 29. September 1916 an die Mitglieder des Reichstages in: BA, NL Quidde/68.

388) Aristide Briand (1862–1932), französischer Staatsmann, Ministerpräsident und Außenminister; vgl. Ferdinand Siebert, Aristide Briand 1862–1932. Ein Staatsmann zwischen Frankreich und Europa, Erlenbach-Zürich 1973.

389) Gemeint ist die Rede Bethmann Hollwegs in der Reichstagssitzung vom 28. September 1916; Verhandlungen des Reichstags, Sten. Ber., Bd. 308, S. 1693.

390) Philipp Scheidemann (1865–1939), sozialdemokratischer Politiker, 1918 Staatssekretär im Kabinett des Prinzen Max von Baden; Mitglied des Rats der Volksbeauftragten, 1919 erster Reichs-Ministerpräsident der Republik; 1920–1925 Oberbürgermeister von Kassel, 1920–1933 MdR; P. Scheidemann, Memoiren eines Sozialdemokraten, 2 Bde., Dresden 1928.

391) Scheidemanns Rede in der Reichstagssitzung vom 11. Oktober 1916; Verhandlungen des Reichstags, Sten. Ber., Bd. 308, S. 1707; vgl. P. Scheidemann, Memoiren, Bd. 1, S. 420.

392) Kuno Graf von Westarp (1864–1945), konservativer Politiker, 1908–1918 MdR für die Deutschkonservative Partei und deren Fraktionsvorsitzender 1913–

1918; 1920–1929 MdR für die Deutschnationale Volkspartei, Mitbegründer der Konservativen Volkspartei und als deren Vertreter ab 1930 MdR; wenn Quidde vom „deutschnationalen Redner Graf Westarp" spricht, so ist dies ungenau: die Parteizugehörigkeit von Westarp in der Weimarer Zeit wird von Quidde in die Jahre des Ersten Weltkrieges verlegt.
Die Antwort Westarps auf die Rede Scheidemanns wie diese in der Reichstagssitzung vom 11. Oktober 1916, Verhandlungen des Reichstags, Sten. Ber., Bd. 308, S. 1723–1727; Westarp führte aus: „Der Herr Abgeordnete Scheidemann meinte heute, das französische Volk möge wissen, daß kein Fußbreit französischen oder belgischen Bodens verloren gehen würde. Gegen diese Auffassung muß ich allerdings von unserer Seite den schärfsten Widerspruch erheben. Davon kann nach meiner Auffassung nicht die Rede sein. Nein, meine Herren, was wir haben, was mit unserem Blute erobert worden ist, das halten wir fest."

[393]) Der von Quidde im folgenden dargestellte Zusammenhang ähnlich in seinem Artikel „Hauptmann Henninger. Kriegserinnerungen." (s. o. S. 362, Anm. 386).

[393a]) Diesen Vorschlag Quiddes aufgreifend, wandte sich H. v. Gerlach am 23. Oktober 1916 an das Oberkommando in den Marken. Jedoch blieben seine Bemühungen, die Genehmigung für eine sich im Rahmen des Referates bewegende Diskussion zu erlangen, erfolglos. Den Brief v. Gerlachs sowie die Verfügung des Oberkommandos in den Marken vom 19. Oktober 1916 über das Diskussionsverbot für die geplante geschlossene Versammlung machte Quidde in Abschriften C. Haußmann zugänglich. Quidde an C. Haußmann, 29. Oktober 1916, HStA Stuttgart, NL C. Haußmann, Bestand I 47, Büschel 74.

[394]) In der Reichstagssitzung vom 28. Oktober 1916 sagte Scheidemann: „Ich habe hier im Reichstag am 11. Oktober einen einzigen Fall von Schutzhaft herausgegriffen, den Fall des Schriftstellers Mehring, der ja auch in der Kommission dann noch besprochen worden ist. Was erlebten wir trotzdem später noch für Fälle? Man muß sich geradezu schämen, wenn man hört, daß ein deutscher Landtagsabgeordneter, der fortschrittliche Professor Quidde, infolge einer Verfügung binnen 24 Stunden Berlin verlassen und nach München abreisen mußte. Das ist wirklich unerhört." Verhandlungen des Reichstags, Sten. Ber., Bd. 308, S. 1889. Auch Müller-Meiningen vertrat, Scheidemann bekräftigend, die Auffassung, „man sollte nicht in einer solchen Weise gegen Abgeordnete vorgehen, wie es hier gegen Kollegen Quidde geschehen ist." Ebd., S. 1891. – Quiddes Darstellung hinsichtlich des gegen ihn verfügten Aufenthaltsverbots „im Bezirk der Stadt Berlin und der Provinz Brandenburg" ist lückenhaft und enthält Irrtümer. An das Verbot, die Verfügung dritten Personen bekannt zu machen, hatte er sich bewußt nicht gehalten. Den Text der Verfügung vom 19. Oktober 1916 und den Entwurf einer Beschwerdeschrift hatte er Scheidemann, Müller-Meiningen und C. Haußmann zugestellt. Das Verbot „jeder öffentlichen und nichtöffentlichen Werbetätigkeit" und die Ausweisung Quiddes stand im Zusammenhang mit seinem Referat vom 30. September 1916 (s. o. S. 116). Sein Bericht für die Zentralstelle Völkerrecht sei eine Zuwiderhandlung gegen das Verbot der Verfügung des Kgl. Bayerischen Kriegsministeriums vom 6. März 1916 (s. o. S. 103). Am 30. Oktober 1916 wandte sich Quidde mit einer Beschwerde gegen die Verfügung des Oberkommandos in den Marken. Die seine Ausweisung betreffenden Akten sandte Quidde in Abschriften an C. Haußmann. Quidde an C. Haußmann, 29. Oktober 1916, HStA Stuttgart, NL C. Haußmann, Bestand I 47, Büschel 74.

[395]) Richard Wirth (geb. 1865), Patentanwalt in Frankfurt a. M.; wegen der Weigerung, den Ariernachweis zu führen, bis 1939 mit Berufsverbot bedroht; Vorstandsmitglied der Arthur Pfungst-Stiftung in Frankfurt a. M.; siehe Dokumente zur Geschichte der Frankfurter Juden 1933–1945, hg. von der Kommis-

sion zur Erforschung der Geschichte der Frankfurter Juden, Frankfurt a. M. 1963, S. 62, 160.

[396]) Hans Paasche (1881–1920), Sohn des nationalliberalen Vizepräsidenten des Reichstages Hermann Paasche; Schriftsteller, Mitbegründer des „Abstinenten-Bundes deutscher Offiziere" und der Zeitschrift „Der Vortrupp" (1912), von der er sich 1917 wegen unterschiedlicher politischer Ansicht zu H. Popert trennte; trat während des Ersten Weltkrieges in der Marine für die Verbreitung pazifistischer Ideen ein; 1916 ohne Angabe von Gründen aus der Marine entlassen, wandte er sich gegen die Kriegsziele der deutschen Annexionisten; am 20. Oktober 1917 wegen Aufforderung zum Hochverrat angeklagt und verhaftet, nach mehrmonatigem Gefängnisaufenthalt Abbruch des Verfahrens mit der Begründung, er habe die ihm vorgeworfenen strafbaren Handlungen im „Zustande krankhafter Geistestätigkeit" begangen; bis zum 9. November 1918 Schutzhäftling in einer Heilanstalt für Nervenkranke in Charlottenburg, danach Mitglied des Vollzugsrates der Arbeiter- und Soldatenräte; politisch dem linken Flügel der USPD nahestehend; im Mai 1920 auf seinem Gut ermordet; vgl. H. Paasche, Meine Mitschuld am Weltkrieg, Berlin 1919; Magnus Schwantje, Hans Paasche. Sein Leben und Wirken, Berlin 1921; Otto Wanderer, Paasche-Buch, Werther 1922.

[397]) Hugo Sinzheimer (1875–1945), Rechtsanwalt und Notar, Soziologe, Arbeitsrechtler, sozialdemokratischer Politiker; Mitbegründer der Akademie der Arbeit, 1919/20 für die SPD MdN, 1920 Professor für Arbeitsrecht in Frankfurt a. M., 1933 Emigration nach Holland, dort Professor in Amsterdam und Leiden; vgl. H. Sinzheimer, Arbeitsrecht und Rechtssoziologie. Gesammelte Aufsätze und Reden, 2 Bde., hg. von Otto Kahn-Freund und Thilo Ramm mit einer Einleitung von O. Kahn-Freund, Frankfurt a. M./Köln 1976.

[398]) Die Referate von H. Sinzheimer und W. Schücking wurden in der von der Deutschen Friedensgesellschaft, dem Verband für Internationale Verständigung, der Zentralstelle Völkerrecht und dem Nationalen Frauenausschuß für einen dauernden Frieden gemeinsam herausgegebenen Sammlung „Nach dem Weltkriege. Schriften zur Neuorientierung der auswärtigen Politik" abgedruckt, Heft 1: Hugo Sinzheimer, Völkerrechtsgeist. Rede zur Einführung in das Programm der Zentralstelle Völkerrecht, gehalten auf der Gründungsversammlung am 3. Dezember 1916, Leipzig 1917; Heft 2: Walther Schücking, Der Weltfriedensbund und die Wiedergeburt des Völkerrechts, Leipzig 1917.

[399]) Vgl. Beilage Nr. 11, S. 270. Ein ausführlicher Bericht über die Versammlung abgedruckt in: Friedenswarte, XIX. Jg. (1917), S. 17 ff.

[399a]) Gemeint ist die amerikanische Friedensorganisation „League to Enforce Peace". Vgl. R. J. Bartlett, The League to Enforce Peace, Chapel Hill 1944 und Heinrich Timmermann, Friedenssicherungsbewegungen, S. 13–170.

[400]) Quidde zitiert aus dem Flugblatt Nr. 2 der Zentralstelle Völkerrecht; BA, NL Quidde/68.

[401]) Vgl. Beilage Nr. 11, S. 269 f.; die Beschlüsse der Gründungsversammlung der Zentralstelle Völkerrecht auch abgedruckt in: Pazifismus und Belagerungszustand, S. 70 f.

[402]) Franz Wirth (1826–1897), Sohn von Johann Georg August Wirth; Mitglied der Deutschen Volkspartei, 1886 Begründer und Vorsitzender des Frankfurter Friedensvereins, 1892–1897 propagandistisch für die Deutsche Friedensgesellschaft tätig, begründete in diesem Zeitraum 33 Ortsgruppen der Deutschen Friedensgesellschaft; Mitglied des Internationalen Friedensbureaus in Bern, 1894 Hg. der „Monatlichen Friedenskorrespondenz"; vgl. H. Wehberg, Die Führer der deutschen Friedensbewegung, S. 13 ff.; Alexander Dietz, Franz Wirth und der Frankfurter Friedensverein. Festschrift, Frankfurt a. M. 1911.

[403]) Die Rede Bethmann Hollwegs in: Norddeutsche Allgemeine Zeitung, 56. Jg.

(1916), 10. November 1916 (Erste Ausgabe). Auch als Broschüre gedruckt: Wer ist schuld am Kriege? Rede des deutschen Reichskanzlers im Hauptausschusse des deutschen Reichstags am 9. November 1916, Berlin 1916.

[404]) Gemeint ist Bethmann Hollwegs Rede vom 5. April 1916 im Reichstag; Verhandlungen des Reichstages, Sten. Ber., Bd. 307, S. 853.

[405]) Vgl. Quiddes Ausführungen auf S. 116 f.

[406]) Max van den Bergh, preußischer Oberstleutnant, Chef der Nachrichtenabteilung im preußischen Kriegsministerium.

[407]) Quiddes Dokumentensammlung enthalten in: BA, NL Quidde/67–69; die Eingabe vom 29. November 1916 an den Reichstag in: BA, NL Quidde/68.

[408]) Vgl. Quiddes Ausführungen auf S. 119 f.

[409]) Verhandlungen des Reichstages, Sten. Ber., Bd. 308, S. 2332. – Zum Friedensangebot der Mittelmächte vom 12. Dezember 1916 vgl. F. Fischer, Griff nach der Weltmacht, S. 381–386.

[410]) BA, NL Quidde/68.

[411]) Das Schreiben Umfrids in: BA, NL Quidde/68.

[412]) Der Rundbrief der Geschäftsleitung der Deutschen Friedensgesellschaft an die Ortsgruppen und Vertrauensleute, vom Generalkommando des XIII. Armeekorps genehmigt, in: BA, NL Quidde/68.

[413]) Heinrich Ernst Müller (1866–1944), genannt Müller-Meiningen, Jurist und linksliberaler Politiker, 1898–1910 MdR für die Freisinnige Volkspartei und deren Fraktionsvorsitzender (ab 1906), 1910–1918 MdR für die Fortschrittliche Volkspartei, 1919/20 bayerischer Justizminister, 1920 stellvertretender bayerischer Ministerpräsident, danach Rat am Bayerischen Obersten Landgericht; vgl. E. Müller-Meiningen, Parlamentarismus. Betrachtungen, Lehren und Erinnerungen aus deutschen Parlamenten, Berlin und Leipzig 1926; J. Reimann, E. Müller-Meiningen senior und der Linksliberalismus in seiner Zeit, München 1968; Hermann Ostfeld, Die Haltung der Reichstagsfraktion der Fortschrittlichen Volkspartei zu den Annexions- und Friedensfragen in den Jahren 1914–1918, Kallmünz 1934, S. 17 f.

[414]) Quidde hat seine Position gegenüber der Kriegsschuldfrage wiederholt bekräftigt; nach Kriegsende zuerst zusammenhängend in dem Artikel „Schuldfragen ohne Ende", in: Münchner Neueste Nachrichten, 71. Jg., Nr. 602, 28. November 1918; vgl. L. Quidde, Die Schuldfrage, Berlin 1922. Daß Quidde auch später an seiner grundsätzlichen Einstellung festgehalten hat, verdeutlicht eine Aufzeichnung aus dem Jahre 1934: „1. Verantwortlich für die Vorkriegspolitik, die die chronische Kriegsgefahr herbeiführte? Antwort: Verantwortlichkeit geteilt, aber vorzugsweise bei Rußland und Frankreich, genauer bei jenen russischen und französischen Politikern, die als Ziele ihrer Politik die Gewinnung Konstantinopels resp. Elsaß-Lothringens betrachteten, da beide Ziele nur durch Krieg erreichbar. 2. Verantwortlich für Herbeiführung der akuten Kriegsgefahr im Juli 1914? Antwort: Ausschließlich die österreichisch-ungarische und die deutsche Regierung durch das Ultimatum an Serbien. 3. Verantwortlich dafür, daß nicht trotz der akuten Kriegsgefahr der Friede erhalten blieb? Antwort: stark geteilte Verantwortung, bei verschiedenen Personen in verschiedenen Ländern." Aufzeichnungen Quiddes „Zur Schuldfrage", BA, NL Quidde/28. – Zur Verursachung des Ersten Weltkrieges vgl. Imanuel Geiss (Bearb.), Julikrise und Kriegsausbruch. Eine Dokumentensammlung, 2 Bde., Hannover 1963/64.

[415]) James Watson Gerard (1867–1951), 1913–1917 Botschafter der Vereinigten Staaten in Berlin.

[416]) BA, NL Quidde/68.

[417]) Wilhelm Epstein (geb. 1860), 1906 Geschäftsführer des Frankfurter Bundes für Volksbildung.

[418]) Vgl. Beilage Nr. 12, S. 270–280.

[418a]) Quidde erhoffte für sich in dieser Organisation eine führende Position. L. Quidde an M. Quidde, 28. Juni 1917, NL M. Quidde.

[419]) Karl Helfferich (1872–1924), Politiker, 1915 Reichs-Schatzsekretär, verantwortlich für die Kriegsfinanzierung; 1916/17 Staatssekretär des Innern, Sommer 1918 diplomatischer Vertreter in Moskau.

[420]) Alfred von Tirpitz (1849–1930), 1897–1916 Staatssekretär im Reichsmarineamt, trat 1916 zurück, weil seine Forderung nach uneingeschränktem U-Boot-Krieg vorerst abgelehnt wurde; gründete mit W. Kapp 1917 die Deutsche Vaterlandspartei.

[421]) Die grundsätzlich positive Einstellung pazifistischer Kreise gegenüber Bethmann Hollweg wird in einem umfangreichen Schreiben des bayerischen Kriegsministeriums an die bayerischen stellvertretenden kommandierenden Generale vom 5. August 1916 bestätigt. In dem Schreiben „Überblick über Ziele, Methoden, Umfang und Hintergründe der gegen den Reichskanzler gerichteten politischen Bewegung" heißt es: „Von Seiten der sozialdemokratischen Mehrheit vollends sind keine Schwierigkeiten für den Kanzler zu befürchten. Aus Gründen der äußeren wie der inneren Politik ist der Kanzler nicht ihr Ideal, aber praktisch der beste erreichbare Staatsleiter. Gleicher Ansicht sind die Pazifisten aller Richtungen." Vgl. W. Deist, Militär und Innenpolitik, S. 413.

[422]) Gemeint ist das am 6. Januar 1917 von der amerikanischen „Association of Commerce and Trade" zu Ehren des Botschafters Gerard im Hotel Adlon gegebene Diner; Quiddes Einschätzung der deutschen Politik gegenüber den Vereinigten Staaten deckt sich mit der Auffassung Gerards; vgl. J. W. Gerard, Meine vier Jahre in Deutschland, Lausanne 1919, S. 328–333.

[423]) Ebenso urteilten Hindenburg, Ludendorff und Capelle, der Nachfolger von Tirpitz im Reichsmarineamt; vgl. Eugen Schiffer, Ein Leben für den Liberalismus, Berlin 1951, S. 51.

[424]) Diese Vermutung wird von Quidde weiter unten erhärtet, s. S. 144.

[425]) Ottokar Graf Czernin von und zu Chudenitz (1872–1932), 1916–1918 österreichisch-ungarischer Außenminister, strebte vergeblich für die Monarchie einen Sonderfrieden an, Teilnehmer an den Friedensverhandlungen von Brest-Litowsk; vgl. Graf Czernin, Im Weltkriege, Berlin und Wien 1919.

[426]) Zu den Erklärungen vom 29. und 30. März sowie zu jenen vom 10. und 14. April vgl. Völkerfriede, 17. Jg. (1917) Mai, S. 10 f.; Graf Czernin, Im Weltkriege, S. 193 f.

[427]) Der Brief in: BA, NL Quidde/68; der von Quidde hier zitierte Teil des Schreibens auch wiedergegeben in: Völkerfriede, 17. Jg. (1917) Juli, S. 10.

[428]) Hans Francke (1864–1938), evangelischer Pastor in Berlin, Vorsitzender des ersten deutschen Friedenskongresses nach dem Ersten Weltkrieg; 1919–1929 in der Geschäftsleitung der Deutschen Friedensgesellschaft, Gegner der Kriegsdienstverweigerung, trat für starken Völkerbund ein.

[429]) Die Eingabe mit der Denkschrift in: BA, NL Quidde/68. Vgl. Horst Schumacher, Die Reaktion der deutschen Arbeiterbewegung und des bürgerlichen Pazifismus auf die Februarrevolution in Rußland, in: Deutschland im Ersten Weltkrieg, Bd. 2, S. 654 ff.

[430]) Die Eingabe auch abgedruckt in: Völkerfriede, 17. Jg. (1917) Juni, S. 8 und in: Berliner Tageblatt, 46. Jg., Nr. 224, 3. Mai 1917 (Abendausgabe).

[431]) Dazu vgl. Imanuel Geiss, Der polnische Grenzstreifen 1914–1918. Ein Beitrag zur deutschen Kriegszielpolitik im Ersten Weltkrieg, Lübeck und Hamburg 1960, S. 41–70.

[432]) Vgl. etwa die ausführliche Schilderung bei J. W. Gerard, Vier Jahre in Deutschland, S. 68–83. Zur Bedeutung des Falles Zabern vgl. Hans-Ulrich Wehler,

Symbol des halbabsolutistischen Herrschaftssystems: Der Fall Zabern von 1913/14 als Verfassungskrise des Wilhelminischen Kaiserreichs, in: ders., Krisenherde des Kaiserreichs 1871–1918. Studien zur deutschen Sozial- und Verfassungsgeschichte, Göttingen 1970, S. 65–83.

433) Leo Trotzki (1879–1940), eigentlich Lew Bronstein, sowjetischer Politiker und Staatsmann.

434) Alexander Fjodorowitsch Kerenski (1881–1970), 1912 Mitglied der Duma, veranlaßte 1917 als Kriegsminister die russische Offensive, Juli 1917 Ministerpräsident, November 1917 gestürzt.

435) Vgl. F. Fischer, Griff nach der Weltmacht, S. 443 f.

436) Vgl. Völkerfriede, 17. Jg. (1917) Juni, S. 11; im Text dieser Eingabe sind 21 und nicht 22 Länder angegeben, in der Aufzählung fehlt im Abdruck des Völkerfrieden Rußland.

437) Der Aufruf in Quiddes Dokumentensammlung; BA, NL Quidde/68. Eine gekürzte Fassung in: Völkerfriede, 17. Jg. (1917) Juni, S. 11.

438) Vgl. S. 281–286.

439) Die von Quidde hier nicht behandelten Teile des Nachtrages zu der Denkschrift vom 1. Juli 1917 sind zusätzlich im Anhang abgedruckt. Dieser Auszug dokumentiert nicht weniger klar die Verfolgung des deutschen Pazifismus durch die Militärbehörden; vgl. Beilage Nr. 20, S. 308–314.

439a) Dem Schriftführer der Berliner Ortsgruppe, Rechtsanwalt Victor Fraenkl, wurde das Verbot am 22. August 1917 eröffnet. Von der Anordnung des Oberkommandos in den Marken setzte Fraenkl C. Haußmann in Kenntnis. V. Fraenkl an C. Haußmann, 26. August 1917, HStA Stuttgart, NL C. Haußmann, Bestand I 47, Büschel 74.

440) Vorsitzender der Leipziger Ortsgruppe war Justizrat Karl Melos.

441) Mathilde Ludendorff (1877–1966), Mitbegründerin des Tannenbergbundes.

442) Edouard Soulier (gest. 1938), katholischer Geistlicher, elsässischer Abgeordneter in der französischen Kammer (1919–1938).

443) Georg Friedrich Nicolai (1874–1964), Arzt (Herzspezialist) und Privatdozent der Universität Berlin; trat bei Kriegsausbruch als vertraglich verpflichteter Zivilarzt in die Dienste der Militärverwaltung, zum Chefarzt des Lazarettes auf dem Tempelhofer Felde ernannt; Mitverfasser des Aufrufs „An die Europäer" (vgl. S. 352, Anm. 317); wegen seiner Kritik an der Verletzung der belgischen Neutralität, an der Verwendung von Giftgasen und an der Torpedierung von Handelsschiffen zahlreichen Verfolgungen durch die Militärverwaltung ausgesetzt; schließlich zum „gemeinen Soldaten" degradiert, zwei Jahre Dienst als Krankenwärter; Beschlagnahme seines Manuskriptes „Biologie des Krieges" und Verhaftung, Freilassung, mehrmalige Anklage und Vertagung des Prozesses; widersetzte sich strikt dem Befehl, eine Waffe zu tragen; mit einem Flugzeug nach Dänemark gelangt (1918), versuchte er erfolglos von der deutschen Regierung Rechtsschutz gegen die Übergriffe der Militärverwaltung zu erwirken und nach Deutschland zurückzukehren; stand der USPD nahe; 1919 an der Universität Berlin zum Professor ernannt, bei seiner Antrittsvorlesung Anfang 1920 von deutschnationalen Studenten am Vortrag gehindert; die Forderung, ihn vor den nationalistischen Studenten zu schützen, beantwortete der akademische Senat der Universität mit einer politischen Rüge Nicolais; das Eingreifen des Kulturministers wurde von der Hochschule abgewehrt; Anfang der 20er Jahre emigrierte Nicolai nach Argentinien; vgl. G. F. Nicolai, Warum ich aus Deutschland ging. Offener Brief an denjenigen Unbekannten, der die Macht hat in Deutschland, Bümpliz–Bern 1918; ders., Romain Rollands Manifest und die deutschen Antworten. Mit einem Anhang über den Fall Nicolai, Charlottenburg o. J. (nach 1919); Romain Rolland, Zwischen den Völkern. Aufzeichnungen und Dokumente aus den Jahren

1914–1919, Bd. 1, Stuttgart 1954, S. 805 f.; Hans-Peter Bleuel, Deutschlands Bekenner. Professoren zwischen Kaiserreich und Diktatur, Bern/München/Wien o. J., S. 143 ff.; Karl Hammer (Hg.), Deutsche Kriegstheologie 1870–1918, München 1974, S. 119 ff.; Augustin Souchy, „Vorsicht: Anarchist!" Ein Leben für die Freiheit. Politische Erinnerungen, Darmstadt und Neuwied 1977, S. 70 ff.

[444]) Robert Redslob, Jurist und Völkerrechtslehrer, Professor in Straßburg, Schriftsteller; verfaßte „Entre la France et l'Allemagne. Souvenirs d'un Alsacien" (Paris 1933).

[445]) Julius Becker (1881–1945), Schriftsteller und Redakteur; in der Zeit der Weimarer Republik Genfer Korrespondent der „Vossischen Zeitung"; vgl. Friedenswarte, XLVI. Jg. (1946), S. 155.

[446]) Magnus Jocham (1886–1923), katholischer Priester und Publizist; gründete 1919 den „Friedensbund deutscher Katholiken", dessen Vorstand er angehörte; vgl. Dieter Riesenberger, Die katholische Friedensbewegung in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1976, S. 30–38.

[447]) Friedrich von Payer (1847–1931), Rechtsanwalt und liberaler Politiker; seit 1877 Mitglied der süddeutschen Volkspartei und MdR; seit 1910 in der Fortschrittlichen Volkspartei führend tätig; 1917/18 Vizekanzler, 1919/20 MdN für die Deutsche Demokratische Partei; Hans-Georg Müller-Payer, Friedrich Payer. Demokratischer Politiker – letzter Vizekanzler des Kaiserreiches 1847–1931. In: Lebensbilder aus Schwaben und Franken. Im Auftrag der Kommission für Geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg, hg. von Max Miller und Robert Uhland, 11. Bd., Stuttgart 1969, S. 344–367; Friedrich von Payer, Autobiographische Aufzeichnungen und Dokumente 1847–1931, bearbeitet von Günther Bradler, Göppingen 1974.

[448]) Matthias Erzberger (1875–1921), Zentrumspolitiker; nach annexionistischer Politik seit 1917 für einen Verständigungsfrieden, 1919 Finanzminister, Opfer eines Attentates; vgl. M. Erzberger, Erlebnisse im Weltkrieg, Stuttgart/Berlin 1920; Klaus Epstein, Matthias Erzberger und das Dilemma der deutschen Demokratie, Frankfurt a. M./Berlin/Wien 1976.

[449]) Enthalten in: BA, NL Quidde/68.

[450]) Gemeint sind wahrscheinlich Vertreter des linken Flügels der nationalliberalen Fraktion wie Hartmann Freiherr von Richthofen.

[451]) BA, NL Quidde/68. Das mit der Eingabe an C. Haußmann gesandte Begleitschreiben enthält eine Notiz Quiddes: „Über den Erfolg der Eingabe mache ich mir natürlich keine Illusionen, aber es schien mir eine Pflicht für uns Pazifisten, bei dieser Gelegenheit unsere Auffassung geltend zu machen. Wenigstens können Sie nun gegenüber Angriffen von rechts darauf hinweisen, daß der Text den pazifistischen Forderungen noch keineswegs entspricht. [. . .] Sehr ungern habe ich in die Begründung den 3. Absatz aufgenommen; aber er war eine unvermeidliche Konzession an die Auffassung jener, die da meinen, der ganze Wert der Resolution sei zunichte gemacht durch die ‚Lüge' von dem Verteidigungskrieg und die herausfordernde ‚Drohung' mit den Waffen." Quidde an C. Haußmann, 17. Juli 1917, HStA Stuttgart, NL C. Haußmann, Bestand I 47, Büschel 92. – Hinsichtlich Quiddes Haltung zu dieser Eingabe s. auch u. S. 151. Ein Abdruck der Eingabe in: Völkerfriede, 17. Jg. (1917), September, S. 8 f.

[452]) BA, NL Quidde /68.

[453]) Der Text der Rede von Michaelis war mit den Mehrheitsparteien des Reichstages abgestimmt und vereinbart worden. Die Formulierung „wie ich sie auffasse" hat Michaelis zusätzlich eingefügt; wie er diesen Nachsatz verstanden wissen wollte, geht aus einem Schreiben von Michaelis an Graf Czernin vom 17. August 1917 hervor: keine Abtretung von Elsaß-Lothringen an Frankreich, indirekte Einverleibung des Gebietes von Longwy und Briey sowie Belgiens,

kein Verzicht auf Galizien, Anschluß Polens und Rumäniens an die Mittelmächte, indirekte Einverleibung von Kurland und Litauen; vgl. dazu M. Erzberger, Erlebnisse im Weltkrieg, S. 266; Graf Czernin, Im Weltkriege, S. 213–219; F. Fischer, Griff nach der Weltmacht, S. 542 f.

[454]) BA, NL Quidde/68; abgedruckt in: Völkerfriede, 17. Jg. (1917) September, S. 9 f.

[455]) Vgl. Wolfgang Steglich (Bearb. und Hg.), Der Friedensappell Papst Benedikts XV. vom 1. August 1917 und die Mittelmächte. Diplomatische Aktenstücke des Deutschen Auswärtigen Amtes, des Bayerischen Staatsministeriums des Äußern, des Österreichisch-Ungarischen Ministeriums des Äußern und des Britischen Auswärtigen Amtes aus den Jahren 1915–1922, Wiesbaden 1970; ders. (Hg.), Die Verhandlungen des Zweiten Unterausschusses des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses über die Päpstliche Friedensaktion von 1917, Wiesbaden 1974.

[456]) Vgl. dazu Völkerfriede, 17. Jg. (1917) Oktober, S. 15.

[457]) Eugenio Pacelli (1876–1958), 1917–1925 Apostolischer Nuntius in München, ebenso 1920–1929 in Berlin.

[458]) BA, NL Quidde/68; abgedruckt in: Völkerfriede, 17. Jg. (1917) Oktober, S. 12 f.

[459]) Die Mitteilung für die Presse in: BA, NL Quidde/68.

[460]) Vgl. dazu F. Fischer, Griff nach der Weltmacht, S. 444 f.

[461]) Julius F. Lehmann (1864–1935), 1897 Mitbegründer der Münchener Ortsgruppe des Alldeutschen Verbandes, Mitglied des Deutschen Schulvereins und der Thule-Gesellschaft; führendes Mitglied der Münchener Gruppe der Deutschen Vaterlandspartei und des 1919 gegründeten „Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes"; vgl. Melanie Lehmann (Hg.), Verleger J. F. Lehmann. Ein Leben im Kampf für Deutschland. Lebenslauf und Briefe, München 1935; siehe auch Hellmuth Auerbach, Hitlers politische Lehrjahre und die Münchener Gesellschaft 1919–1923, in: VfZG, 25. Jg., 1977, S. 6–10.

[462]) Max von Gruber (1853–1927), österreichischer Hygieniker und Bakteriologe.

[463]) Max von Pettenkofer (1818–1901), 1865–1894 Professor der Hygiene, 1890–1899 Präsident der Bayerischen Akademie der Wissenschaften.

[464]) Erich Keup (geb. 1885), leitete seit 1913 die Zentralstelle gemeinnütziger Siedlungsgesellschaften in Berlin; Hg. des Archivs für innere Kolonisation; Mitarbeiter von Friedrich von Schwerin, des Ratgebers Bethmann Hollwegs in Ostfragen.

[465]) Balthasar Goßner (1877–1937), 1925–1937 Professor für Mineralogie und Kristallographie in München.

[466]) Oskar Stillich (1872–1945), linksliberaler Publizist und Gelehrter; 1898–1933 Dozent an der Berliner Humboldt-Akademie; wandte sich in der Weimarer Republik gegen die Anti-Versailles-Politik, da er den Vertrag von Versailles als gerecht ansah; veröffentlichte anonym einen „Deutsch-Völkischen Katechismus" (Leipzig/Berlin, 3 Bde., 1929–1932); vgl. O. Stillich, Der Friedensvertrag von Versailles im Spiegel deutscher Kriegsziele, Berlin 1922; H. Wehberg, Dr. Oskar Stillich (1872–1945). Sein Kampf für die objektive Beurteilung des Versailler Friedensvertrages, in: Friedenswarte, XLVI. Jg. (1946), S. 316 ff.

[467]) Das Flugblatt entsprach mit geringfügigen Änderungen einem von F. Röttcher verfaßten und bereits am 17. Juli im Stuttgarter Beobachter erschienenen Artikel. Am gleichen Tag bat Röttcher das Stellvertretende Generalkommando des XIII. Armeekorps, die Verbreitung des Artikels als Flugblatt zu genehmigen; sie sollte „überall da erfolgen, wo die erwähnte alldeutsche Broschüre ‚Deutschlands Zukunft bei einem guten und bei einem schlechten Frieden' verbreitet wurde." Unter Hinweis auf „den außerordentlich maßvollen Ton des Artikels über wirtschaftliche Kriegsziele" wurde die Stadtdirektion Stuttgart am 27. Juli 1917 aufgefordert, der Deutschen Friedens-

gesellschaft mitzuteilen, daß dem Ersuchen Röttchers stattgegeben werde. Der Vorgang in: StA Ludwigsburg, Bestand F 201, Büschel 653, fol. 99.

[468]) BA, NL Quidde/68.

[469]) Otto Huë (1868–1922), Gewerkschaftsführer der Bergarbeiter.

[470]) S. O. Stillich, S. 32.

[471]) S. O. Stillich, S. 50.

[472]) Es handelt sich um die Schlacht von Karfreit (ital. Caporetto) am 24. Oktober 1917 (im Verlaufe der 12. Isonzoschlacht); vgl. Cyrill Falls, Caporetto 1917, London 1966.

[473]) Vgl. dazu den Bericht von Heinrich Laib über die Berner Zusammenkunft vom 19. bis 22. November 1917, in: Völkerfriede, 18. Jg. (1918), S. 13 ff. – Verschiedene Teile des Manuskriptes „Der deutsche Pazifismus während des Weltkrieges" hat Quidde leicht verändert in den von ihm Anfang 1940 verfaßten Artikel „Die Idee des Völkerbundes in der deutschen Friedensbewegung während des ersten Weltkrieges" (in: Friedenswarte, XLIV. Jg. (1944), S. 299–315) übernommen; vgl. Einleitung, S. 30. So auch eine gekürzte Fassung der hier beschriebenen Diskussion in Berlin.

[474]) Joseph Anton Scherrer (1847–1924), Rechtsanwalt, Förderer der Friedensbewegung; 1890 Nationalrat, 1891–1894 Regierungsrat, 1902 Mitglied des Rates der Interparlamentarischen Union.

[475]) Paul Eugène Moriaud (1865–1924), seit 1904 Professor des römischen Rechts und der vergleichenden Gesetzgebung in Genf; Präsident internationaler Schiedsgerichte.

[476]) Andreas Blunck (1871–1933), linksliberaler Politiker, Rechtsanwalt; 1904–1918 Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft, 1912 MdR für die Fortschrittliche Volkspartei, 1919/20 MdN für die Deutsche Demokratische Partei; nahm in Absprache mit dem Auswärtigen Amt an der Konferenz teil. – Die Haltung des Auswärtigen Amtes zur Berner Konferenz hat ihren Niederschlag gefunden in dem Aktenbestand Wkr. Nr. 2, Bd. 1–4, AA/Pol. Arch.; hierzu K. Holl, Die deutsche Friedensbewegung im Wilhelminischen Reich, S. 361–365.

[477]) Wolfgang Heine (1861–1944), sozialdemokratischer Politiker, Rechtsanwalt; 1898–1918 MdR, 1910/20 MdN, November 1918 preußischer Justizminister, 1919/1920 preußischer Innenminister; 1933 Emigration in die Schweiz; ein die Berner Tagung betreffender Briefwechsel im NL Heine, Nr. 284, Internationales Institut für Sozialgeschichte, Amsterdam.

[478]) Edgar Jaffé (1866–1921), Professor an der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität München; 1918–1919 bayerischer Finanzminister, der USPD nahestehend.

[479]) Theodor Niemeyer (1854–1939), Völkerrechtslehrer, Professor in Halle und Kiel; gründete 1914 das „Institut für internationales Recht an der Universität Kiel", das 1926 von Walther Schücking übernommen wurde; vgl. den Nachruf von H. Wehberg in: Friedenswarte, XXXIX. Jg. (1939), S. 238 ff.

[480]) Philipp Freiherr von Hellingrath (1862–1939), 1916–1918 bayerischer Kriegsminister.

[481]) Gegen den Widerstand des stellvertretenden Generalstabs erteilte die bayerische Militärbehörde Quidde die Ausreisegenehmigung. Entscheidend war hierbei die Tätigkeit Falkner von Sonnenburgs, der mit diesem Schritt der Tendenz entgegenzutreten gedachte, daß die dem stellvertretenden Generalstab eingeräumte Zuständigkeit in Abwehrsachen darauf verwandt würde, über Bayern eine „geheime preußische Nebenregierung" zu errichten. Eine ausführliche Schilderung des Vorganges findet sich bei D. Fischer, Münchner Zensurstelle während des Ersten Weltkrieges, S. 182–187; für Falkner von Sonnenburg war Quidde „der von den preußischen militärischen Stellen am

meisten verfolgte Pazifist" (zitiert nach D. Fischer, S. 186). – Im Zusammenhang mit der Schilderung Quiddes im Kapitel „Ein persönliches Intermezzo" (S. 189 ff.) über seine Unterredung mit Herron vom 16. April 1918 in der Schweiz und den sich darauf beziehenden Bericht in der „Daily Mail" steht der erneute Versuch Ludendorffs, sowohl Quiddes pazifistische Tätigkeit als auch die Entscheidungskompetenz des bayerischen Kriegsministeriums in Sachen Ausreisegenehmigung einzuschränken: „Wenn auch Quidde der Nachricht der Daily Mail öffentlich widersprochen hat und ich keinen Anlaß habe, die Aufrichtigkeit seiner Erklärung in Zweifel zu ziehen, so bleibt doch die Tatsache bestehen, daß er zu einer eingehenden, von ihm selbst mit einer gewissen Genugtuung verzeichneten Unterredung einen Mann aufgesucht hat, dessen Deutschfeindlichkeit schon dadurch genügend beleuchtet wird, daß er seinerseits keine Veranlassung nahm, die Darstellung der Daily Mail zu dementieren; und die weitere Tatsache, daß sich an diesen Besuch eine für uns höchst unerfreuliche Presse-Erörterung angeknüpft hat. Quidde hat damit bewiesen, daß es ihm an dem nötigen Takt fehlt, um bei seinen politischen Sonderbestrebungen die Reichspolitik kompromittierende Entgleisungen zur vermeiden.
Ich halte es für dringend erwünscht, daß die Frage, ob nicht dem Professor Quidde die Genehmigung zu Auslandsreisen grundsätzlich zu versagen ist, auf Grund der jetzigen Vorkommnisse einer erneuten Prüfung unterzogen wird und wäre Eurer Excellenz dankbar, wenn hierbei sowie in allen Fällen, in denen die Ausreise von Pazifisten in das neutrale Ausland zur Entscheidung steht, die Abteilung III b des Stellvertretenden Generalstabs der Armee beteiligt würde." Ludendorff an Hellingrath, 2. Juni 1918, BHStA IV München, MKr. 13374. – Der Gerlachs Paßangelegenheit betreffende Vorgang in: AA/Pol. Arch. WK. 2, Bd. 1 und 3; s. auch: Friedenswarte, XXI. Jg. (1919), S. 163 f. und S. 178 f.

[482]) Rudolf (von) Laun (geb. 1882), 1911 Professor an der Universität Wien, 1914 als Hauptmann der Reserve Kriegsteilnehmer; legte 1915 aus Protest gegen die Politik der Mittelmächte sein Adelsprädikat ab; lehrte 1919–1951 an der Universität Hamburg Staats-, Verwaltungs-, Verfassungs-, Völker- und Kirchenrecht und Philosophie; 1924–1926 und 1947/48 Rektor der Universität Hamburg, 1927–1933 Mitglied des Staatsgerichtshofes für das Deutsche Reich; seit 1956 Mitherausgeber der Zeitschrift „Internationales Recht und Demokratie".

[483]) Halvdan Koht (1873–1965), norwegischer Politiker, Professor für Geschichte und Literatur an der Universität Christiania, Mitglied der Norwegischen Friedensgesellschaft, 1935–1941 Außenminister.

[484]) Leon Graf Piniński (1857–1938), Statthalter von Galizien und Mitglied des österreichischen Herrenhauses.

[485]) Johannes Ude (1874–1965), Moraltheologe, Professor in Graz; trat in den 20er Jahren für internationale Kriegsdienstverweigerung ein.

[486]) Oskar Jászi (1875–1957), politischer und soziologischer Schriftsteller, Mitarbeiter der Zeitung „Világ", Führer der ungarischen radikalen Bürgerpartei, Freimaurer; trat 1917 für eine Donauföderation ein, forderte die Gleichberechtigung aller Nationalitäten anstelle der Suprematie Ungarns; vgl. Michael Graf Károlyi, Gegen eine ganze Welt. Mein Kampf um den Frieden, München 1924, S. 299–303.

[487]) Gottfried Ritter von Böhm (geb. 1845), bayerischer Minister-Resident in der Schweiz.

[488]) Die ab April 1917 in Bern erscheinende „Freie Zeitung" war das Organ der deutschen Exilpazifisten und Emigranten in der Schweiz. Anfang des Jahres 1920 stellte die „Freie Zeitung" ihr Erscheinen ein. Zum Personenkreis, der

sich um sie gruppierte, vgl. etwa H. Thimme, Weltkrieg ohne Waffen, S. 80–101; Wolfgang Benz, Der „Fall Muehlon". Bürgerliche Opposition im Obrigkeitsstaat während des Ersten Weltkriegs, in: VfZG, 18. Jg. (1970), S. 343–365.

[489]) Vgl. dazu „Der Friedensapostel Quidde aus München". In: Die Freie Zeitung, 1. Jg., Nr. 66, 28. November 1917. Unter anderem heißt es, Quiddes Rede sei „ein schwächlicher, ein vegetarischer und nikotinfreier Pazifismus, gänzlich ohne Alfred H. Frieds gründlicheren Blick, ein unendlich weit hinter Wilsons Friedenskreuzzug zurückstehender und unradikaler Pazifismus, der sich mit dem kleinlichen Schwindel, mit dem lediglich vorübergehend konzessionierten fortschrittlichen Vizekanzler (bei unverändert konservativem preußischem Ministerium) abspeisen läßt, statt den ganzen Krieg der Entente seit Amerikas Eintritt als den großen Bundesgenossen, als die große Erzwingung der Demokratie zu begreifen."

[490]) Am 8. Februar 1918 in Erfurt, siehe dazu S. 172 f.

[491]) Gustav Rühle, II. Vorsitzender der Deutschen Friedensgesellschaft, Vorsitzender der Ortsgruppe Stuttgart und des Württembergischen Landesvereines, Mitglied der Zentralstelle Völkerrecht; Kanzleirat, Postdirektor.

[492]) BA, NL Quidde/68.

[493]) Georg Arnhold (1859–1926), Bankier, Konsul, Kommerzienrat; Sohn eines Arztes; Vorsitzender der Ortsgruppe Dresden der Deutschen Friedensgesellschaft, Propagandist der Esperantobewegung, großzügiger Geldgeber der DFG; vgl. den Nachruf von H. Wehberg in: Friedenswarte, XXVII. Jg. (1927), S. 14 f.

[494]) BA, NL Quidde/68.

[495]) Richard von Kühlmann (1872–1948), 1909–1914 Botschaftsrat in London, 1917/18 Staatssekretär des Auswärtigen Amtes.

[496]) Irrtum Quiddes: neben den drei holländischen Vertretern waren aus neutralen Ländern zwei Italiener und vier Schweizer bei der Tagung anwesend; vgl. S. 59.

[497]) Die Resolutionen sind in der Dokumentensammlung Quiddes nicht enthalten; in dieser Edition als Beilage Nr. 14, S. 286 ff.

[498]) Vgl. dazu Völkerfriede, 18. Jg. (1918), S. 36; die von Quidde verfaßte Resolution ist als Beilage Nr. 21 im Anhang zusätzlich abgedruckt, s. S. 314 f.

[499]) Vgl. Karl Heinz Janssen, Macht und Verblendung. Die Kriegsziele der deutschen Bundesstaaten 1914–1918, Göttingen/Berlin/Frankfurt a. M./Zürich 1963.

[500]) BA, NL Quidde/68.

[501]) Die Verbindung zur „Waldeckischen Rundschau" war durch Heinrich Kramer, den Schriftleiter der Zeitung, gegeben. Kramer gehörte zu den Mitgliedern der Zentralstelle Völkerrecht.

[502]) Vgl. etwa John Wheeler-Bennett, Brest-Litowsk. The Forgotten Peace, London 1938; F. Fischer, Griff nach der Weltmacht, S. 627–674; Der Friede von Brest-Litowsk. Ein unveröffentlichter Band aus dem Werk des (Parlamentarischen) Untersuchungsausschusses der Deutschen Verfassunggebenden Nationalversammlung und des Deutschen Reichstages, bearb. von Werner Hahlweg, Düsseldorf 1971.

[503]) BA, NL Quidde/69; über den Inhalt der Eingabe vgl. den Bericht in: Völkerfriede, 18. Jg. (1918), S. 17 f. Vollständig in: Friedenswarte, XX. Jg. (1918), S. 45–48.

[504]) Die Eingabe vom 15. Februar 1918 in Quiddes Dokumentensammlung; BA, NL Quidde/69.

[505]) Max Hoffmann (1869–1927), preußischer General; als Nachfolger Ludendorffs seit 1916 Generalstabschef des Oberkommandos Ost; vertrat bei den Verhandlungen von Brest-Litowsk die Siegfrieden-Forderungen als Bevollmäch-

tigter der OHL; vgl. Max Hoffmann, Die Aufzeichnungen des Generalmajors M. H., hg. von Friedrich Nowak, Berlin 1929 (2 Bde.).

[506]) Klemens Graf von Podewils-Dürniz (1850–1922), 1896–1902 bayerischer Gesandter in Wien, 1903–1912 Ministerpräsident in Bayern, 1918 bayerischer Bevollmächtigter bei den Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk.

[507]) Vgl. S. 288 ff.

[508]) Für eine Quidde entgegengesetzte pazifistische Bewertung der Friedensverträge von 1919 vgl. O. Stillich, Katechismus des Friedensvertrages für Jugend und Volk, Ludwigsburg 1922.

[509]) Quidde bezieht sich auf die Schrift von Friedrich Wilhelm Foerster, Zur Beurteilung der deutschen Kriegsführung, Berlin 1919, in der Foerster fordert, eine autorisierte Kommission einzuberufen, welche die Anklagen gegen die deutsche Kriegsführung zu prüfen hätte. Allerdings fährt Foerster dann fort (S. 4 f.): „Es gibt aber auch eine Reihe von Delikten, die schon heute so weiten Kreisen bekannt geworden und durch so viele zuverlässige Zeugnisse erwiesen sind, daß es für die Wissenden keine Entschuldigung mehr gibt, wenn sie noch zögern, diese Dinge an den Pranger zu stellen und deren Bestrafung, mindestens aber die öffentliche Kennzeichnung der Schuldigen zu fordern. In dieser Gruppe deutscher Kriegsdelikte gehören u. a. die folgenden Vorkommnisse: 1. Die ebenso brutalen, wie völkerrechtswidrigen Deportationen von Belgiern. Deutsche Augenzeugen fanden keine Worte über die bei solchen Deportationen angewandte Praxis: Es wurden nicht nur Arbeiter, sondern Leute aus allen Ständen zusammengetrieben, wie das Vieh untergebracht, und dann ganz unvorbereitet und daher ohne genügende Kleidung, nach Deutschland gesandt. Über die völlig unnötige und unglaubliche Praxis, durch die ein an und für sich schon völkerrechtswidriger Akt zu einer schweren Menschenquälerei und zu einem wahren Fluch für den deutschen Namen in Belgien geworden ist, unterrichte man sich in dem Werke von F. Passeleque: ‚Les déportations belges', Paris 1916. Weit weniger bekannt als diese belgischen Deportationen sind 2. die Deportationen junger Mädchen und Frauen aus den besetzten französischen Gebieten."

[510]) Quidde ist sich der Tatsache nicht bewußt, daß es im Ersten Weltkrieg keine belgischen Franctireurs gab. Eine deutsche Erfindung, dienten sie dazu, den begangenen Greueltaten einen Schein des Rechts zu verleihen; vgl. etwa S. Zurlinden, Der Weltkrieg, S. 142–297; Fernand Mayence, Die Legende der Franktireurs von Löwen. Antwort auf das Gutachten des Professors Meurer von der Universität Würzburg, Louvain 1928; Rapports sur les attentas commis par les troupes allemandes pendant l'invasion et l'occupation de la Belgique, Brüssel/Lüttich 1923; Jean Schmitz/Norbert Nieuwland, Documents pour servir à l'histoire de l'invasion allemande dans les provinces de Namur et de Luxembourg, 8 Bde., Brüssel/Paris 1919–1925; Peter Schöller, Der Fall Löwen und das Weißbuch. Eine kritische Untersuchung der deutschen Dokumentation über die Vorgänge in Löwen vom 25. bis 28. August 1914, Köln und Graz 1958; Franz Petri / Peter Schöller, Zur Bereinigung des Franktireurproblems vom August 1914. In: VfZG, 9. Jg. (1961), S. 234–248.

[511]) Vgl. die bereits erwähnte Schrift von F. W. Foerster, S. 5 f.; Les Allemands à Lille et dans le nord de la France. Note adressée par le Gouvernement de la Republique Française, Paris 1916; Georg Graf Arco / Albert Einstein u. a. (Hg.), Lille, 2. Aufl., Berlin 1920 (Beiträge zur Naturgeschichte des Krieges, Heft 1); L. Jannasch, Untaten des preußisch-deutschen Militarismus im besetzten Frankreich und Belgien, Wiesbaden 1924, S. 39–43.

[512]) Vgl. dazu Lothar Elsner, Belgische Zwangsarbeiter in Deutschland während des Ersten Weltkrieges. In: ZfG, XXIV. Jg. (1976), S. 1256–1267.

[513]) Georg Kerschensteiner (1854–1932), Pädagoge und liberaler Politiker; als

Schulreformer Hauptvertreter der Arbeitsschulbewegung, Professor in München; 1912–1918 MdR für die Fortschrittliche Volkspartei; vgl. Marie Kerschensteiner, G. Kerschensteiner. Der Lebensweg eines Schulreformers, München – Düsseldorf 1954, 3. erweiterte Auflage, hg. von Josef Dolch.

[514]) S. Verhandlungen des Reichstages, Sten. Ber., Bd. 310, S. 3812 (c).

[515]) BA, NL Quidde/69.

[516]) Zu dem Gesamtkomplex vgl. Klaus Schwabe, Deutsche Revolution und Wilson-Frieden. Die amerikanische und deutsche Friedensstrategie zwischen Ideologie und Machtpolitik 1918/19, Düsseldorf 1971; Leo Haupts, Deutsche Friedenspolitik 1918–19. Eine Alternative zur Machtpolitik des Ersten Weltkrieges, Düsseldorf 1976.

[517]) Die Rede Hertlings vom 24. Januar 1918 vor dem Hauptausschuß des Reichstages abgedruckt in: Norddeutsche Allgemeine Zeitung, 57. Jg., Nr. 45, 25. 1. 1918 (Morgen-Ausgabe). Vor der Reichskanzlerschaft Hertlings hatten vor allem Müller-Meinungen und Quidde „auf das entschiedenste" gewarnt. Sie waren aufgrund ihrer bayerischen Landtagserfahrungen von Hertlings „absoluter Unzulänglichkeit" überzeugt. So kritisierte Quidde Hertlings „bedenkliche Haltung in der elsaß-lothringischen Frage und in Sachen Artikel 9" des Gesetzes über den Belagerungszustand: „Übrigens habe ich mit H[ertling] kurz über Elsaß-Lothringen gesprochen und ihn darauf hingewiesen, wie gefährlich es sei, von Aufteilungsplänen zu sprechen. Er meinte darauf ziemlich kleinlaut, er habe deshalb im Plenum darüber geschwiegen." Quidde an C. Haußmann, 12. November 1917, HStA Stuttgart, NL C. Haußmann, Bestand I 47, Büschel 29.

[518]) Die Eingaben mit der Vorbemerkung in: BA, NL Quidde/69. Der die elsaßlothringische Frage betreffende Teil der Eingabe abgedruckt in: Friedens-warte, XX. Jg. (1918), S. 136 ff.

[519]) William Henry Young (1863–1942), Professor der Mathematik an verschiedenen englischen Universitäten; mehrere Jahre in Deutschland, in der Schweiz und in Italien wohnhaft; 1913–1919 Professor für Philosophie und Geschichte der Mathematik an der Liverpool University, 1922–1924 Präsident der London Mathematical Society.

[520]) Herbert Arthur White (1876–1958), englischer Journalist, später Bankier; 1903 bis 1911 Korrespondent der United Press of America und des Daily Express in Berlin, 1916–1918 mit amtlich-politischen Aufgaben und Missionen im Ausland beauftragt.

[521]) David Lloyd George (1863–1945), Earl of Dwyfor, liberaler britischer Politiker, 1916 Kriegsminister, 1916–1919 Premierminister.

[522]) Julius Meinl (1869–1944), Großindustrieller und Großgrundbesitzer; begründete im Dezember 1915 die Österreichische Politische Gesellschaft, 1916 Leiter und Organisator der „Kriegs-Kaffeezentrale"; versuchte 1917 zu einem Verständigungsfrieden zu gelangen; wollte den Nationalitäten in Österreich-Ungarn weitgehende Autonomie zuerkennen; vgl. Heinrich Benedikt, Die Friedensaktion der Meinlgruppe 1917/18.

[523]) Otto Ritter von Dandl (1868–1942), 1917/18 bayerischer Ministerpräsident und Staatsminister des Kgl. Hauses und des Äußeren, Vorsitzender des Ministerrates.

[524]) George Davis Herron (1862–1925), amerikanischer Theologe, Schriftsteller und Politiker; persönlicher Bekannter von Präsident Wilson, im Ersten Weltkrieg als dessen Berater in der Schweiz; zur Tätigkeit Herrons im Ersten Weltkrieg vgl. H. Benedikt, Friedensaktion der Meinlgruppe, S. 144–149, K. Schwabe, Deutsche Revolution und Wilson-Frieden, S. 22 ff. – Zu dem Anteil C. Haußmanns an den im folgenden dargestellten Vorgängen vgl. die Ausführungen bei C. Haußmann, Schlaglichter, S. 176–181.

[525]) Londoner Morgenblatt mit hoher Auflage, propagierte einen entschiedenen britischen Imperialismus. Den Bericht, der am 10. Mai 1918 erschien, verfaßte Sefton Delmer, damals Berner Korrespondent der „Daily Mail". Eine Übersetzung des Artikels unter dem Titel „Apostel eines deutschen Friedens" in: Die Freie Zeitung, 2. Jg., Nr. 42, 25. Mai 1918.

[525a]) Vgl. B. de Jong van Beek en Donk, L'Entrevue Quidde-Herron. Extrait de la Revue Guerre et Paix, o. O. o. J. [1918].

[526]) Darüber hinaus wandte sich Quidde öffentlich gegen den Bericht der „Daily Mail"; vgl. Quiddes Darlegungen in: Vossische Zeitung, Nr. 243, 14. Mai 1918 (Morgenausgabe).

[527]) Hilmar Freiherr von dem Bussche-Haddenhausen (1867–1939), deutscher Diplomat, ab 1906 Vortragender Rat im Auswärtigen Amt, 1910–1914 Gesandter in Buenos Aires, 1914–1916 in Bukarest, 1916–1918 Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt.

[528]) BA, NL Quidde/69.

[529]) Eine Abschrift in: BA, NL Quidde/69.

[530]) Die Überzeugung, daß Deutschland den Krieg nicht verlieren könne, dürfte nicht zuletzt ein Ergebnis der massiven Beeinflussung der deutschen Presse durch die Zensurbehörden gewesen sein; vgl. dazu etwa die Ausführungen des damaligen Chefredakteurs der National-Zeitung, Kurt Mühsam, Wie wir belogen wurden. Die amtliche Irreführung des deutschen Volkes, München 1918.

[531]) Dionysius Adrianus Petrus Norbertus Koolen (1871–1945), holländischer Politiker, 1925 Minister für Arbeit, Handel und Industrie.

[532]) Vgl. S. 69.

[533]) BA, NL Quidde/69.

[534]) Wilhelm Solf (1862–1936), 1911–1918 Staatssekretär des Reichskolonialamtes, 1918 des Auswärtigen Amtes, 1920–1928 Botschafter in Tokio; vgl. Eberhard von Vietsch, Wilhelm Solf. Botschafter zwischen den Zeiten, Tübingen 1961; ders. (Hg.), Gegen die Unvernunft 1915–1918. Der Briefwechsel zwischen Paul Graf Wolff Metternich und Wilhelm Solf mit zwei Briefen Albert Ballins, Bremen 1964.

[535]) Arthur James Earl of Balfour (1848–1930), konservativer britischer Staatsmann, 1916–1919 Außenminister; setzte sich für die Gründung des Völkerbundes ein und gab den Anstoß für die Gründung einer nationalen Heimstatt für die Juden in Palästina.

[536]) Irrtum Quiddes: Solf hielt die Rede vor der Deutschen Gesellschaft und nicht im Reichstag; Wortlaut der Rede Solfs in: Norddeutsche Allgemeine Zeitung, 57. Jg., Nr. 425, 21. August 1918 (Morgen-Ausgabe); zu den Reden von Solf und Balfour vgl. E. v. Vietsch, Wilhelm Solf, S. 190 f.

[537]) Paul von Hintze (1864–1941), Admiral, 1903 Marineattaché in St. Petersburg, 1911–1914 Gesandter in Mexiko, 1918 Staatssekretär im Auswärtigen Amt.

[538]) Ansprache Prinz Max von Badens an den Großherzog anläßlich der badischen Verfassungsfeier vom 22. August 1918 in Karlsruhe; Wortlaut der Rede in: Norddeutsche Allgemeine Zeitung, 57. Jg., Nr. 429, 23. 8. 1918 (Morgen-Ausgabe).

[539]) Das Schreiben an Prinz Max von Baden und die Mitteilung für die Presse in: BA, NL Quidde/69.

[540]) Am 18. Juli 1918 setzte die Gegenoffensive der Entente-Mächte zwischen Aisne und Marne ein; mit deren Tankangriff auf Amiens vom 8. August war die Niederlage der deutschen Truppen besiegelt.

[541]) Vgl. Beilage Nr. 2, S. 244. – Zu der von der deutschen Friedensbewegung erhobenen Forderung nach einem Völkerbund vgl. Ursula Fortuna, Der Völ-

kerbundsgedanke in Deutschland während des Ersten Weltkrieges, phil. Diss. Zürich 1974.

542) Friedenswarte, XII. Jg. (1915), S. 7.

543) Vgl. Beilage Nr. 8, S. 254.

544) Vgl. Beilage Nr. 11, S. 269.

545) Vgl. Beilage Nr. 14, S. 267.

546) Dazu eine ausführlichere Schilderung der Politik Erzbergers bei F. Fischer, Griff nach der Weltmacht, S. 525–528; ebenso schätzt M. Epstein, M. Erzberger, S. 226 die Haltung Erzbergers anders als Quidde ein: „Es waren nie moralische Gründe, die Erzberger zum Gegner des Annexionsgedankens machten. Er war im Sommer 1917 ebenso wie später darauf aus, wirtschaftliche und strategische Gewinne für Deutschland zu erzielen, vorausgesetzt, daß der dadurch hervorgerufene Unwille im Ausland nicht größer würde als die greifbaren Vorteile für das Deutsche Reich. Die wilden Annexionspläne, die er in den ersten Jahren des Krieges befürwortet hatte, lehnte er 1917 freilich ab, hoffte aber immer noch, daß ein lohnender Gebietsaustausch für Deutschland möglich sein werde."

547) BA, NL Quidde/69; Abdruck der Eingabe in: Völkerfriede, 18. Jg. (1918), S. 92 ff.

548) Léon Victor Bourgeois (1851–1925), französischer Staatsmann, mehrfach Minister; setzte sich erfolglos für eine Exekutivgewalt des Völkerbundes ein, erhielt 1920 den Friedensnobelpreis.

549) Die Eingabe vom 1. September 1918 wiedergegeben in dem Flugblatt „Eine Reichskommission zum Studium der Fragen des Völkerbundes", in: BA, NL Quidde/69.

550) Johannes Kriege (1859–1937), 1911–1918 Ministerialdirektor, Völkerrechtsexperte im Auswärtigen Amt; vgl. den Nachruf in: Friedenswarte, XXXVII. Jg. (1937), S. 195 f.

551) Walter Simons (1861–1937), Jurist und Politiker; 1918 Ministerialdirektor in der Reichskanzlei und Direktor der Rechtsabteilung des Auswärtigen Amtes, 1919 Generalkommissar der deutschen Friedensabordnung in Versailles, 1920/1921 Außenminister der Weimarer Republik, 1922–1929 Präsident des Reichsgerichts und des Staatsgerichtshofes, 1925 stellvertretender Reichspräsident, 1927 Professor für Völkerrecht in Leipzig, 1929 Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Völkerrecht, 1925–1936 Präsident des Evangelisch-Sozialen Kongresses; vgl. Horst Gründer, Walter Simons als Staatsmann, Jurist und Kirchenpolitiker, Neustadt a. d. Aisch 1975; ders., Walter Simons, die Ökumene und der Evangelisch-soziale Kongreß. Ein Beitrag zur Geschichte des politischen Protestantismus im 20. Jahrhundert, Soest 1974; Nachruf von H. Wehberg in: Friedenswarte, XXXVII. Jg. (1937), S. 193 ff.

552) Friedrich Wilhelm Otto Gaus (1881–1955), Leiter der Rechtsabteilung des Auswärtigen Amtes seit 1923.

553) Eduard David (1863–1930), sozialdemokratischer Politiker; seit 1903 MdR, 1918 Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt; 1919 MdN und deren erster Präsident, 1919/20 Reichsinnenminister; 1920–1930 MdR; vgl. Erich Matthias / Susanne Miller (Bearb.), Das Kriegstagebuch des Reichstagsabgeordneten Eduard David 1914 bis 1918, Düsseldorf 1966; Gerd Schwieger, Zwischen Obstruktion und Kooperation. Eduard David und die SPD im Kriege, phil. Diss. Kiel 1970.

554) Paul Barth, Universitätsprofessor in Leipzig.

555) Ingolf Askevold (geb. 1875), Vorsitzender, später stellvertretender Vorsitzender der Ortsgruppe Kassel der Deutschen Friedensgesellschaft.

556) Hermann Maaß, Oberpostsekretär in Ulm, Mitglied des „Arbeitsausschusses des Deutschen Männerbundes für Frauenstimmrecht".

557) BA, NL Quidde/69.

[558]) Olga Knischewska, Frankfurt, später Wiesbaden; 1919 Geschäftsführerin des deutschen Zweiges der „Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit".

[559]) Vgl. Beilage Nr. 16, S. 290–295.

[560]) Stadtdirektion Stuttgart an G. Rühle, 12. Juli 1918 (Bescheid auf Zuschrift vom 29. Juni 1918); BA, NL Quidde/69.

[561]) Ebd.

[562]) Ebd.

[562a]) Dazu ein Bericht von Elsbeth Friedrichs, Internationale Frauenkonferenz für Völkerverständigung, in: Friedenswarte, XX. Jg. (1918), S. 132–136; s. auch: Andreas Latzko, Frauen im Krieg. Geleitworte zur Internationalen Frauenkonferenz für Völkerverständigung in Bern, Zürich 1918.

[563]) Wilhelm Foerster (1832–1921), Vater von Friedrich Wilhelm Foerster, Astronom, Professor an der Universität Berlin; Vorsitzender des internationalen Maß- und Gewichtskomitees, der Deutschen Gesellschaft für ethische Kultur und der Berliner Ortsgruppe der Deutschen Friedensgesellschaft.

[564]) Julius Freiherr von Soden (1846–1921), 1900–1906 württembergischer Minister des Äußeren.

[565]) Theodor Kroner (1845–1923), 1894 erster Stadtrabbiner von Stuttgart, 1914 in die Geschäftsleitung der Deutschen Friedensgesellschaft berufen.

[566]) BA, NL Quidde/68, vgl. auch F. Röttcher an Quidde, 15. 8. 1937. BA, NL Quidde/72. – Über die Behandlung Röttchers durch die Militärbehörden eine ausführliche und der Darstellung Quiddes ähnliche Schilderung von H. Popert, „Fidelis". In: Der Vortrupp, 7. Jg. (1918), Nr. 23, S. 449 f.

[567]) BA, NL Quidde/69.

[568]) Verhandlungen des Reichstages, Sten. Ber., Bd. 312, S. 5191–5209.

[569]) S. dazu S. 360 f.

[570]) Hermann von Habermaas (1856–1938), württembergischer Staatsminister des Kirchen- und Schulwesens 1912–1918.

[571]) Maximilian Friedrich Ritter von Brettreich (1858–1938), 1907–1912 und 1916–1917 bayerischer Minister des Innern.

[572]) Vgl. dazu S. 352, Anm. 309.

[573]) BA, NL Quidde/69.

[574]) Ebd.

[575]) Ebd.

[576]) Ebd.

[577]) Ein Durchschlag der Beschwerde in: BA, NL Quidde/69.

[578]) Die Datierung ergibt sich aus Quiddes Darstellung, S. 203; ebenso aus einer Notiz im Völkerfrieden, 18. Jg. (1918), S. 55.

[579]) BA, NL Quidde/69.

[580]) Ebd.

[581]) Vgl. Beilage Nr. 22, S. 315–322. Quidde hatte sich außerdem bemüht, Gothein und C. Haußmann zu einer Beschwerde zu veranlassen. Quiddes Darstellung gegenüber Haußmann von der entrüsteten Reaktion Gotheins auf den Geheimerlaß vom 8. Juli 1918 findet ihre Bestätigung in einem Schreiben Gotheins an C. Haußmann. Gothein war nicht gewillt, die „sehr kühle" Antwort Payers auf seine Beschwerde hinzunehmen. Quidde an C. Haußmann, 19. August 1918 und Gothein an C. Haußmann, 7. September 1918. HStA Stuttgart, NL C. Haußmann, Bestand I 47, Büschel 116. Die Beschwerde vom 17. September 1918 ist wegen ihrer politischen Bedeutung zusätzlich im Beilagenteil abgedruckt.

[582]) Der Sturz von Steins erfolgte am 9. Oktober 1918. Seine Entlassung hat Prinz Max von Baden bei einem Thronvortrag vom deutschen Kaiser erwirkt. Von Stein selbst war sich im unklaren darüber, welche „Gewalten" seine Entlassung verursachten. Vgl. v. Stein, Erlebnisse und Betrachtungen, S. 135. –

Zu den Hintergründen von Steins Entlassung s. Erich Matthias / Rudolf Morsey (Bearb.), Die Regierung des Prinzen Max von Baden, Düsseldorf 1962, passim.

583) BA, NL Quidde/69.

584) Bereits am 21. Oktober 1918 wandte sich G. Rühle im Namen der Geschäftsleitung der Deutschen Friedensgesellschaft an das württembergische Kriegsministerium, um die Aufhebung des gegen F. Röttcher erlassenen Verbotes jedweder „schriftstellerischer, politischer und pazifistischer Betätigung" zu erwirken. In dem Schreiben heißt es: „Wegen angeblicher Übertretung des erwähnten Verbotes ist gegen unseren Sekretär eine militärische Strafe von drei Tagen Mittelarrest verhängt worden. Infolge des Amnestieerlasses zum Geburtstag S. M. d. Königs von Württemberg hat der Sektretär unserer Gesellschaft diese Strafe zwar nicht absitzen müssen, doch bitten wir trotzdem die Löschung dieser Strafe in allen Registern aussprechen zu wollen." HStA Stuttgart WKM 1/4, Bd. 1167.

585) So etwa in: Königsberger Hartungsche Zeitung, Nr. 424, 10. September 1918 (Abendausgabe) und in: Berliner Börsen-Courier, 50. Jg., Nr. 419 und 423, 7. und 10. September 1918.

586) Gottfried Traub (1869–1956), evangelischer Pfarrer und linksliberaler, dann deutschnationaler Politiker; als Anhänger Friedrich Naumanns im Nationalsozialen Verein, dann in der Freisinnigen Vereinigung tätig; 1913–1918 MdR für die Fortschrittliche Volkspartei, Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses; seit 1917 in der Deutschen Vaterlandspartei aktiv; 1919/20 deutschnationales MdN.

587) Robert Lansing (1864–1928), amerikanischer Politiker; Rechtsanwalt und Völkerrechtler; seit 1892 Berater der amerikanischen Regierung in internationalen Rechtsfragen, 1915 Staatssekretär des Äußeren, Chef der Delegation der USA bei der Pariser Friedenskonferenz von 1919.

588) BA, NL Quidde/69.

589) BA, NL Quidde/69; der Wortlaut des Schreibens ist abgedruckt in: Völkerfriede, 18. Jg. (1918), S. 119 f.

590) BA, NL Quidde/69.

591) Georges Benjamin Clemenceau (1841–1929), französischer Politiker und Staatsmann, 1917–1920 Kriegsminister und Ministerpräsident.

592) Vgl. S. 295 ff.

593) BA, NL Quidde/69.

594) Arthur Holitscher (1869–1941), in Ungarn geborener deutscher Schriftsteller, seit 1907 in Berlin lebend. A. Holitscher, Mein Leben in dieser Zeit. Der „Lebensgeschichte eines Rebellen" Zweiter Band (1907–1925), Potsdam 1928.

595) Karl Liebknecht (1871–1919), sozialistischer Politiker und MdR; stimmte im August 1914 in der SPD gegen die Bewilligung der Kriegskredite, veröffentlichte ab Januar 1916 die Spartakusbriefe; verließ 1916 die Reichstagsfraktion der SPD; wurde wegen einer öffentlichen Demonstration gegen den Krieg (1916) zu Zuchthausstrafe verurteilt, verlor 1917 sein Reichstagsmandat; 1919 von regulären Truppen ermordet.

596) René Schickele (1883–1940), elsässischer Dichter und Schriftsteller; 1914–1920 Hg. der expressionistischen Zeitschrift „Die weißen Blätter", 1916–1920 in Zürich im pazifistischen Exil.

597) Magnus Hirschfeld (1868–1935), Nervenarzt und Sexualforscher; 1919 Gründer und Leiter des Instituts für Sexualwissenschaften in Berlin.

598) Karl Christian Planck (1819–1880), Philosoph, Professor am Gymnasium in Ulm; Vertreter eines deutschen föderalistischen Staatsmodells; stellte die soziale Frage in den Mittelpunkt jedweder Staats- und Rechtswissenschaft; vgl. K. C. Planck, Testament eines Deutschen, Tübingen 1881; O. Umfrid, Karl

Christian Planck, Tübingen 1881; F. J. Schmidt, Das Lebensideal Karl Christian Plancks, Berlin 1896; Mathilde Planck, Karl Christian Planck. Leben und Werk, Stuttgart 1950; Annemarie Rayhrer, Karl Christian Planck. Lehrer in Ulm und Blaubeuren. Ephorus in Maulbronn. Philosoph 1819–1880. In: Lebensbilder aus Schwaben und Franken, 11. Bd., Stuttgart 1969, S. 263–295.

[599]) Hugo Preuß (1860–1925), Jurist und linksliberaler Politiker; Professor für Staatsrecht an der Handelshochschule in Berlin; 1918 Staatssekretär des Innern, 1919 Reichsminister des Innern.

[600]) Vgl. H. v. Gerlach, Der Zusammenbruch der deutschen Polenpolitik, Berlin 1919, S. 13–19.

[601]) Immanuel Herrmann (geb. 1870), Prof. f. Elektrotechnik in Stuttgart; MdL (SPD) in Württemberg; Mitglied d. Geschäftsleitung d. DFG (1919).

[602]) Wilhelm Blos (1849–1927), Schriftsteller und Journalist; seit 1872 Mitglied der SPD, 1881–1918 MdR, 1918–1920 Ministerpräsident von Württemberg.

[603]) Kurt Eisner (1867–1919), sozialdemokratischer Politiker, 1917 Mitglied der USPD, 1918 Gefängnishaft; 1918/19 bayerischer Ministerpräsident und Minister des Äußeren, Opfer eines Attentates; vgl. Allan Mitchell, Revolution in Bayern 1918/1919, S. 29–64.

[604]) Heinrich Held (1868–1938), Geheimer Hofrat, 1899–1914 Chefredakteur des „Regensburger Anzeigenblattes", seit 1907 Mitglied des bayerischen Landtags für das Zentrum, 1914 Vorsitzender der Zentrumsfraktion und -partei in Bayern, 1919–1924 Fraktionsvorsitzender der Bayerischen Volkspartei, 1924–1933 bayerischer Ministerpräsident; Richard Keßler, Heinrich Held als Parlamentarier. Eine Teilbiographie 1868–1924, Berlin 1971.

[605]) Carl Gandorfer (1875–1932), 1913 Mitglied des bayerischen Landtages, 1919 und 1928–1932 MdR für den Bayerischen Bauernbund, deren politischer Führer er war; Vorsitzender des Zentralbauernrates in München.

[606]) Franz Schmitt (1862–1932), sozialdemokratischer Politiker, Mitglied des bayerischen Landtages, MdR 1912–1918.

[607]) Verhandlungen des Provisorischen Nationalrates des Volksstaates Bayern im Jahre 1918/1919. Stenographische Berichte Nr. 1 bis 10. 1. Sitzung am 8. November 1918 bis zur 10. Sitzung am 4. Januar 1919, München 1919, S. 3.

[608]) Georg Heim (1865–1938), seit 1897 Mitglied des bayerischen Landtages, 1897–1912 MdR für das Zentrum; 1918 Mitbegründer der Bayerischen Volkspartei, 1919/20 MdN, 1920–1924 MdR für die Bayerische Volkspartei; bis 1925 Präsident der Bayerischen Landesbauernkammer.

[609]) Heinrich Ritter von Frauendorfer (1855–1921), 1904–1912 und 1918–1920 bayerischer Verkehrsminister.

[610]) Ernst Toller (1893–1939), deutscher Schriftsteller; Führer der Münchener USPD, nach Eisners Ermordung Vorsitzender des Zentralrates der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte in Bayern; nach dem Sturz der Räterepublik zu fünf Jahren Festungshaft verurteilt (vgl. das autobiographische Zeugnis Ernst Tollers, Eine Jugend in Deutschland, Amsterdam 1933); 1933 Exil in den USA, dort Freitod; vgl. John M. Spalek, Ernst Toller and his critics. A bibliography, Charlottesville 1968.

[611]) Erhard Auer (1874–1945), sozialdemokratischer Politiker; 1907–1933 Mitglied des bayerischen Landtages, seit 1908 Landessekretär der SPD in Bayern, 1918/19 bayerischer Innenminister, 1919/20 MdN, 1920 Vizepräsident des bayerischen Landtages und Chefredakteur der „Münchner Post".

[612]) Diese Auffassung wurde von Quidde im Dezember 1918 in einem in München gehaltenen Vortrag, den die Verlagsabteilung der Deutschen Volkspartei veröffentlichen ließ, vertreten. L. Quidde, Monarchie und Republik. Revolution und Demokratie, München 1918, S. 5 ff. Zu den oben geschilderten Vorgängen vgl. A. Mitchell, Revolution in Bayern, S. 95–210 und Albert Schwarz: Die

Zeit von 1918–1933. Erster Teil: Der Sturz der Monarchie. Revolution und Rätezeit. Die Einrichtung des Freistaates (1918–1920), in: Spindler, Max (Hg.), Handbuch der bayerischen Geschichte, Bd. IV, 1. Hälfte, München 1974, S. 387–453.

[613]) Wesentliche Auszüge aus dem Rededuell Quidde–Eisner in: P. Dirr (Hg.), Bayerische Dokumente zum Kriegsausbruch und zum Versailler Schuldspruch, München und Berlin 1922, S. 84 und 86. Quiddes Kritik an Eisners Außenpolitik gründete sich auf eine entgegengesetzte Position in der Kriegsschuldfrage: „Wir dürfen in diesem Punkte ... die gegenwärtigen Machthaber, Eisner und seine Leute, angreifen. Sie sind beherrscht von dem unglückseligen Gedanken, daß wir unsere Stellung verbessern können, wenn wir in Sack und Asche bekennen, daß alle Schuld auf unserer Seite liege. Damit erreicht man aber nur die Verachtung unserer Feinde gegen uns, die wir so würdelos unser eigenes Volk schänden. Wir sollen jetzt im Unglück den Kopf als Deutsche doppelt hoch tragen. Bei aller Kritik an den Sünden des alten Regimes wollen wir uns nicht sagen lassen, daß wir allein allzumal Sünder und daß die anderen frei von Schuld und Fehler seien. Wir haben das Recht, uns gegen die abscheuliche Art, wie wir im Ausland beschimpft und herabgesetzt werden, zu verwahren, und all das zu betonen, was Wert im Deutschtum hat für uns und für die gesamte Menschheit." Auswärtige Politik. Vortrag von Dr. Quidde, München 1918, S. 7. – Quiddes Haltung gegenüber Eisner kritisierte G. F. Nicolai auf der Kasseler Generalversammlung der Deutschen Friedensgesellschaft (24.–26. 10. 1919). Nicolai führte aus, „Quidde habe nach Kräften gegen Eisner gehetzt und damit das alldeutsche Treiben gegen diesen Politiker, der vor allen anderen sich durch unbedingten Wahrheitsmut auszeichnete, unterstützt." Völkerfriede, 19. Jg. (1919), S. 107.

[614]) Georg Hohmann (1880–1970), Arzt, Professor in München; linksliberaler Politiker; politische Anfänge als Anhänger Friedrich Naumanns im Nationalsozialen Verein; Mitglied des bayerischen Landtages für die DDP und deren Fraktionsvorsitzender; 1946 Rektor der Universität München; vgl. G. Hohmann, Ein Arzt erlebt seine Zeit. Ansprachen, Begegnungen, Lebensbilder, München 1957.

[615]) Gedruckt in der Verlagsabteilung der Deutschen Volkspartei, München o. J. (1918); vgl. auch Kurt Töpner, Zusammenbruch und staatlicher Neuaufbau nach 1918 im Urteil deutscher Hochschullehrer. Ein Beitrag zum Zeitgeist der frühen Weimarer Republik, phil. Diss. Erlangen/Nürnberg 1966, S. 56 ff.

[616]) Vgl. Günter Höhne, Zur Stellung führender Pazifisten zum Versailler Vertrag, in: Jenaer Beiträge zur Parteiengeschichte Nr. 26/27, Juli 1970, S. 124–136.

[617]) Johann Baptist von Kiene (1852–1919), Zentrumspolitiker, seit 1894 Mitglied der württembergischen Abgeordnetenkammer, später deren Vizepräsident.

[618]) Berthold Heymann (1870–1939), sozialdemokratischer Politiker; seit 1906 Mitglied des württembergischen Landtages, 1918/19 württembergischer Kultusminister, 1919/20 württembergischer Minister des Innern, 1919 MdN.

[619]) Arthur Crispien (1875–1946), sozialdemokratischer Politiker, 1912–1914 Redakteur der sozialdemokratischen „Schwäbischen Tagwacht"; wiederholte Bestrafung wegen politischer Vergehen und Preßdelikte; von Juni bis Dezember 1916 wegen Führung einer Straßendemonstration für den Frieden im Gefängnis; 1918/19 Staatspräsident von Württemberg und Innenminister der ersten Regierung Blos; 1919 Vorsitzender der USPD, 1920–1933 MdR; Mitglied des Parteivorstandes der SPD; vgl. den Nachruf von H. Wehberg in: Friedenswarte, XLVII. Jg. (1947), S. 58 ff.

[620]) BA, NL Quidde/69.

[621]) Ebd.

[622]) Ebd; der Wortlaut der Kundgebung zum Teil abgedruckt in: Völkerfriede, 19. Jg. (1919), S. 45.

[623]) Vgl. den Bericht über die Gründung der Liga in: Völkerfriede, 19. Jg. (1919), S. 19 f.

[624]) Thea Mertelmeyer (Berlin), 1919 Geschäftsführerin des deutschen Zweiges der „Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit".

[625]) Lujo Brentano (1844–1931), Nationalökonom, Professor in München; linksliberaler Politiker; 1872 Mitbegründer des „Vereins für Sozialpolitik"; vgl. Lujo Brentano, Mein Leben im Kampf um die soziale Entwicklung Deutschlands, Jena 1931. James J. Sheehan: The Career of Lujo Brentano. A Study of Liberalism and Social Reform in Imperial Germany, Chicago 1966. Herbert Döring, Der Weimarer Kreis. Studien zum politischen Bewußtsein verfassungstreuer Hochschullehrer in der Weimarer Republik, Meisenheim a. G. 1975, passim.

[626]) James Franck (1882–1964), Physiker; während des Ersten Weltkrieges Offizier in einer technischen Spezialtruppe; 1917 Abteilungsvorstand im Kaiser-Wilhelm-Institut in Berlin-Dahlem, 1920 Professor an der Universität Göttingen und Direktor des dortigen Physikalischen Instituts; 1926 gemeinsam mit Gustav Hertz Nobelpreisträger für Physik; stellte 1933 aus Protest gegen die Entlassung anderer jüdischer Wissenschaftler seinen Lehrstuhl zur Verfügung, lehrte 1935–1938 an der John Hopkins-Universität in Baltimore, 1938–1947 an der Universität Chicago; wandte sich als Miterbauer der Atombombe in dem nach ihm benannten „Franck-Report" (Juni 1945 an den Kriegsminister der USA) entschieden gegen den Einsatz der neuen Waffe.

[627]) Albrecht Mendelssohn-Bartholdy (1874–1936), Völkerrechtslehrer, Professor in Würzburg, dann in Hamburg, dort Hg. der Zeitschrift „Europäische Gespräche", Leiter des Instituts für Auswärtige Politik; in der Weimarer Republik in der Deutschen Friedensgesellschaft tätig; Vorstandsmitglied des Verbandes für Internationale Verständigung, 1926 deutscher Vertreter beim Dawes-Schiedsgericht, 1931 juristischer Beirat der deutschen Delegation zur zwölften Völkerbundsversammlung; 1933 nach England emigriert; vgl. den Nachruf von H. Wehberg in: Friedenswarte, XXXVII. Jg. (1937), S. 30 f.

[628]) Rudolf Broda (1880–1932), in Österreich geborener Pazifist, Hg. der „Dokumente des Fortschritts", Begründer des „Bundes für Menschheitsinteressen"; gab seit September 1914 in der Schweiz die Wochenschrift „Die Menschheit", seit 1920 zusammen mit F. Röttcher heraus; legte 1915 mit der Schrift „Verfassung des künftigen Staatenverbandes" einen Völkerbundentwurf vor; in den 20er Jahren Präsident der „Liga für die Organisation des Fortschritts"; Professor am Antioch College in Yellow Springs (Ohio); vgl. den Nachruf von H. Wehberg in: Friedenswarte, XXXII. Jg. (1932), S. 238 f.

[629]) Quiddes Angaben treffen nicht ganz zu: Broda wird in dem Bericht des Völkerfriedens nicht als Vorsitzender bezeichnet. Sein Name wird im Zusammenhang mit dem Schluß der Konferenz erwähnt, als er den Teilnehmern für ihre Arbeit dankte.

[630]) Hans Mühlestein (geb. 1887), Historiker; stand der KPD nahe; ab 1948 Professor für Geschichte der sozialen Bewegung in Leipzig.

[631]) Robert Bosch (1861–1942); seine Haltung zur Berner Konferenz beschreibt Theodor Heuss: „Die Unternehmung wurde für ihn zu einer schrecklichen Enttäuschung; er fühlte sich von denen, die ihn aufgefordert hatten, ‚an der Nase herumgeführt' – kein Franzose war da, ein Amerikaner, dessen Wiege Bosch in Galizien vermutete, zwei englische Damen, sonst fast nur Deutsche, vorzugsweise junge intellektualistische Juden, die sich untereinander stritten oder ‚reine Ideale aufstellten'. ‚Bei der Frage der Abrüstung', schreibt Bosch in einem ironisch-verärgerten Bericht aus Bern (12. März 1919), ‚wundert es mich geradezu, daß nicht der Antrag gestellt wurde, es solle kein Eisen mehr gewonnen werden dürfen, weil daraus ein Gewehr gemacht werden kann.

Sie sehen, ich bin auch schon angesteckt ...' Aber der Humor ist bitter: er sieht das betonte Mißtrauen der bisherigen Pazifisten gegen solche, die jetzt erst mit ihren Bekenntnissen beginnen (das sei wohl gelegentlich berechtigt), er spürt deren Neid und die Sorge, von ihrer Stelle verdrängt zu werden, er begegnet Leuten, die ganz offenbar aus dem Pazifismus ein Geschäft machen, und schämt sich über die Deutschen, die in Selbstanklage machen und erzählen, ‚daß es in Deutschland genau so sei wie früher usw. usw.'" Th. Heuss, Robert Bosch. Leben und Leistung, München [2]1975, S. 249.

[632]) A. Schwarz, Mitglied des Aufsichtsrates des pazifistischen Verlages „Friede durch Recht".

[633]) Rudolf Berger (1866–1935), Studienrat und Schriftsteller; nach dem Bericht im Völkerfrieden war Berlin durch Herrn und Frau Berger vertreten.

[634]) Emil Julius Gumbel (1891–1966), Statistiker; Hochschullehrer; deckte in den 20er Jahren in mehreren Veröffentlichungen die Hintergründe der Fememorde auf; 1930 zum Professor an der Universität Heidelberg ernannt, konnte sein Lehramt 1931 wegen einer terroristischen Kampagne der politischen Rechtskreise nicht antreten; 1932 ins Exil nach Frankreich, Lehr- und Forschungstätigkeit an der Universität Lyon; Emigration in die USA, lehrte 1940–1966 an der Columbia-University, New York.

[635]) BA, NL Quidde/69.

[636]) Bei der im folgenden abgedruckten Materialübersicht Quiddes wurden die zahlreichen Abkürzungen aufgelöst, um die Lesbarkeit zu erleichtern. Die Sperrungen und eckigen Klammern stammen von Quidde. BA, NL Quidde/72.

[637]) In einer Resolution forderte die Berliner Ortsgruppe der Deutschen Friedensgesellschaft: Bekämpfung und Beseitigung jeder Art von Gewalt-, Klassenherrschaft und Gegenrevolution, völlige Neugestaltung der deutschen Verfassung und Verwaltung im demokratisch-freiheitlichen Geist, durchdringende Aufklärung des Volkes über die im Kriege verbreiteten Lügen, Herbeiführung der internationalen Versöhnung und sozialen Gerechtigkeit; Wortlaut der Resolution in: Völkerfriede, 18. Jg. (1918), S. 120.

[638]) BA, NL Quidde/69 und 70; ähnlich der Erklärung vom 15. November 1918, vgl. S. 219 f.

[639]) Es handelt sich um Anweisungen für die Tätigkeit der Ortsgruppen der Deutschen Friedensgesellschaft angesichts des bevorstehenden Friedensschlusses; BA, NL Quidde/69.

[640]) Vgl. S. 220.

[641]) Vgl. S. 222.

[642]) Der Vorsitzende der Hamburger Ortsgruppe der Deutschen Friedensgesellschaft, F. Bloh, sprach über das Thema „Die Schuld am Weltkriege"; Völkerfriede, 19. Jg. (1919), S. 6.

[643]) Entsprechende Hinweise in: Völkerfriede, 18. Jg. (1918), S. 120 f.

[644]) Gemeint ist ein von F. Röttcher verfaßtes Flugblatt der Deutschen Friedensgesellschaft, das die Überwindung der Gewalttätigkeit im Innern und in den internationalen Beziehungen fordert. BA, NL Quidde/69.

[645]) Völkerversöhnende Frauenarbeit, November 1918/Dezember 1920, S. 8 f.

[646]) Die Resolution der Versammlung der Zentralstelle Völkerrecht, Ortsgruppe Erfurt, forderte „die sofortige Einsetzung eines internationalen Gerichtshofes zur Feststellung der Kriegsursachen und Aburteilung der wirklichen Kriegshetzer in allen Ländern" und wandte sich „mit aller Schärfe gegen die Treibereien der Spartakusgruppe". Wortlaut der Resolution in: Völkerfriede, 19. Jg. (1919), S. 18.

[647]) Gemeint sind die in einer Reklamenotiz für die Broschüre „Pazifismus und Belagerungszustand" hervorgehobenen Mitteilungen von Tepper-Laskis über das englische Friedensangebot vom Frühjahr 1915. BA, NL Quidde/69.

[648]) In den von den Ortsgruppen Stuttgart und Geislingen veranstalteten Versammlungen über den Völkerbund (in Geislingen am 8. Dezember 1918) wurden gleichlautende Resolutionen, welche die Gründung des Völkerbundes verlangten, verabschiedet. Des weiteren wurde gefordert, bei den Wahlen zur Landes- und Nationalversammlung nur jene Parteien und Kandidaten zu unterstützen, die für Schaffung des Völkerbundes seien und sich dafür einsetzten, „daß die auswärtige Politik der kommenden großdeutschen Republik im Geiste der Völkerversöhnung geleitet wird". Wortlaut der Resolution in: Völkerfriede, 19. Jg. (1919), S. 7.

[649]) Vgl. S. 229.

[650]) Vgl. S. 229; eine Zusammenfassung der Begrüßungsansprache Erzbergers, der die Versammlung einberufen hatte und leitete, in: Völkerfriede, 19. Jg. (1919), S. 19 f.

[651]) Wortlaut des Funkentelegramms der Berliner Ortsgruppe der Deutschen Friedensgesellschaft an Charles Richet, Präsident der französischen Friedensgesellschaft, in: Völkerfriede, 19. Jg. (1919), S. 17.

[652]) Diese Liste in: BA, NL Quidde/69.

[653]) Vgl. S. 229 f.

[653a]) Gemeint sind die zahlreichen Bestrebungen der Frauenliga, die anläßlich der Wahlen zur Nationalversammlung und zu den Volksvertretungen in den Einzelstaaten auftretenden gewaltsamen politischen Auseinandersetzungen zu entschärfen. Vgl. Völkerversöhnende Frauenarbeit November 1918/Dezember 1920, S. 12–16; siehe auch S. 228.

[654]) Entsprechende Berichte in: Völkerfriede, 19. Jg. (1919), S. 20 f.

[655]) Vgl. S. 230.

[656]) Eine Besprechung von G. Grosch zu der von A. H. Fried hg. Dokumentensammlung „Gedankenaustausch über die Beendigung des Krieges seitens deutscher und französischer Pazifisten" (Heft 11/12 der „Internationalen Organisation", Zürich 1919) in: Völkerfriede, 19. Jg. (1919), S. 22.

[657]) Es wurde dazu aufgerufen, einen neutralen Staat „Elsaß-Lothringen" unter der Garantie der Großmächte oder unter dem Protektorat Frankreichs oder Großbritanniens zu bilden. Eine inhaltliche Zusammenfassung der Kundgebung in: Völkerfriede, 19. Jg. (1919), S. 20.

[658]) Vgl. S. 226.

[659]) Vgl. S. 227.

[660]) Vgl. S. 226 f.

[661]) Vgl. S. 387, Anm. 719.

[661a]) Abgedruckt in: Völkerversöhnende Frauenarbeit, November 1918/Dezember 1920, S. 13.

[662]) Abgedruckt in: O. Lehmann-Rußbüldt, Der Kampf für den Weltfrieden, S. 91 ff.

[663]) Am 29. Dezember 1918 zog sich die USPD aus dem Rat der Volksbeauftragten zurück. Die USPD-Mitglieder Breitscheid, Adolph Hoffmann und Rosenfeld schieden am 3. Januar 1919 aus der preußischen Regierung aus; vgl. S. 222.

[664]) Es handelt sich um eine Kundgebung der Friedensvereinigungen der neutralen Länder für den Völkerbund. BA, NL Quidde/69.

[665]) Der Briefwechsel abgedruckt in: Völkerfriede, 19. Jg. (1919), S. 17 f.

[666]) Ein Bericht über die Hamburger Sitzung der „Deutschen Gesellschaft für Völkerrecht" vom 8. Januar 1919 in: Völkerfriede, 19. Jg. (1919), S. 20.

[667]) Die Mitteilungen Brockdorff-Rantzaus zu den Waffenstillstandsbedingungen in: Völkerfriede, 19. Jg. (1919), S. 16.

[668]) Ein Bericht über die Sitzung in: Völkerfriede, 19. Jg. (1919), S. 23 f.

[669]) Francke wandte sich gegen Paul Rohrbachs Vorwurf, die deutschen Pazifisten seien „politische Dilettanten". Franckes Stellungnahme in: Völkerfriede, 19. Jg. (1919), S. 16 f.

[670]) Der Aufruf forderte die Errichtung eines Freistaates Elsaß-Lothringen. Abgedruckt in: Völkerfriede, 19. Jg. (1919), S. 24.

[671]) Vgl. S. 229.

[672]) Ein entsprechendes Zitat aus der Rede Wilsons in: Völkerfriede, 19. Jg. (1919), S. 21.

[673]) BA, NL Quidde/69.

[674]) Der Aufruf forderte dazu auf, dem Frauenbund der Deutschen Friedensgesellschaft beizutreten. BA, NL Quidde/69.

[675]) Politische Führer der Rheinlande wandten sich gegen eine Trennung des linken Rheinufers oder einzelner seiner Teile von Deutschland. Sollte Preußen geteilt werden, sei eine „Westdeutsche Republik" im Verbande des Deutschen Reiches zu bilden. Wortlaut der Entschließung in: Völkerfriede, 19. Jg. (1919), S. 32.

[676]) Der Präsident des Großen Stadtrates von Zürich, Häberlin, sprach in einer von der Pastoralgesellschaft Zürich veranstalteten Bezirksfeier über das Thema: „Der Völkerbund ein Menschheitsziel". Völkerfriede, 19. Jg. (1919), S. 31.

[677]) Vgl. S. 229.

[678]) Die Berliner Ortsgruppe der Deutschen Friedensgesellschaft forderte unter Berufung auf eine am 9. Februar 1919 in Berlin veranstaltete große öffentliche Versammlung: „I. Die Nationalversammlung wolle bei der Errichtung der neuen Verfassung einen deutlichen Trennungsstrich gegen die Überlieferungen des vergangenen deutschen Kaiserreiches ziehen. II. [...] unter tunlichster Zurückdrängung aller partikularistischen Bestrebungen die deutsche sozialistische Republik zentralistisch ausgestalten. III. [...] sie wolle den Plan des Völkerbundes mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln fördern". Der gesamte Wortlaut der Forderungen in: Völkerfriede, 19. Jg. (1919), S. 45 f.

[679]) In der öffentlichen Sitzung der Pariser Friedenskonferenz vom 14. Februar 1919 von Wilson vorgetragen; ein entsprechender Hinweis in: Völkerfriede, 19. Jg. (1919), S. 38.

[680]) Quidde verurteilte unter Hinweis auf bestimmte Einzelvorgänge die Praxis der französischen Besatzungsmacht, pfälzische Zeitungen zum Abdruck „deutschfeindlicher oder Frankreich verherrlichender Artikel" zu zwingen. Frankfurter Zeitung, 63. Jg., Nr. 145, 23. Februar 1919 (Erstes Morgenblatt). Zu dem Vorgang: Völkerfriede, 19. Jg. (1919), S. 32.

[681]) Der Wortlaut des Briefes von Magnus Jocham an die Deutsche Friedensgesellschaft in: Völkerfriede, 19. Jg. (1919), S. 46.

[682]) Die Reichsregierung wurde von der Berliner Ortsgruppe der Deutschen Friedensgesellschaft aufgefordert, „sobald als möglich mit energischen Maßnahmen gegen die Vergnügungssucht vorzugehen". Begründung und Wiedergabe des betreffenden Schreibens in: Völkerfriede, 19. Jg. (1919), S. 31.

[683]) Der Antrag der weiblichen Abgeordneten aller Fraktionen an die Nationalversammlung abgedruckt in: Völkerfriede, 19. Jg. (1919), S. 32.

[684]) Es handelt sich um eine Kundgebung der „Arbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Deutschlands". Der Wortlaut in: Völkerfriede, 19. Jg. (1919), S. 32 f.

[685]) Der Aufruf richtete sich an die Katholiken aller Länder und forderte zur Völkerversöhnung auf; ein Auszug des Aufrufes in: Völkerfriede, 19. Jg. (1919), S. 35.

[686]) Der Aufruf richtete sich an alle, „denen die Wiederherstellung der alle Völker vereinigenden Künste und Wissenschaften eine Notwendigkeit ist". Neben anderen hatten E. Bernstein, M. Cauer, H. von Gerlach, K. Kollwitz, G. F. Nicolai und H. Stöcker den Aufruf unterzeichnet. Dazu eine Notiz in: Völkerfriede, 19. Jg. (1919), S. 35.

[687]) Vgl. S. 230.

[688]) Entsprechende Berichte in: Völkerfriede, 19. Jg. (1919), S. 36 ff.

[689]) Die Resolution verlangte die vollständige Beseitigung des alten militärischen Systems in Deutschland und die sofortige Zurücknahme der noch in den baltischen Provinzen stationierten deutschen Truppen. Der gesamte Wortlaut der Resolution in: Völkerfriede, 19. Jg. (1919), S. 48.

[690]) Der Vorstand der Deutschen Friedensgesellschaft (Ortsgruppe Hamburg) schloß Otto Ernst mit 12 gegen 2 Stimmen aus. Diese Entscheidung begründete C. von Ossietzky auf einer am 18. März 1919 eigens dazu einberufenen öffentlichen Versammlung in Hamburg. O. Ernst hatte F. Bloh in einem Zeitungsartikel verunglimpft. Auf die literarischen Kriegsprodukte von O. Ernst eingehend (das Buch „Gewittersegen" und die Hetzgedichte gegen England), führte C. von Ossietzky aus, O. Ernst „habe sich während des Krieges als schlimmster Chauvinist entpuppt." Gegen wenige Stimmen nahm die Versammlung eine Resolution an, in der O. Ernsts Ausschluß mit Nachdruck gebilligt wurde. Vgl. den Bericht „Otto Ernst und die Pazifisten". In: Völkerfriede, 19. Jg. (1919), S. 72.

[691]) In einer öffentlichen Versammlung der Deutschen Friedensgesellschaft (Ortsgruppe Kiel) wurde eine Resolution angenommen, die unter Berufung auf ein Wort Wilsons verlangte, daß Deutschland bei dem künftigen Friedensschluß „unparteiische Gerechtigkeit" entgegengebracht werde. Neben dem Recht auf freie Selbstbestimmung wurden die sofortige Herausgabe der deutschen Kriegsgefangenen, die Aufhebung der Hungerblockade und die Lieferung von Rohstoffen als Voraussetzung eines gerechten Friedens gefordert. Abgedruckt in: Völkerfriede, 19. Jg. (1919), S. 56.

[692]) Eine kritische Auseinandersetzung mit dem Beschluß der Leipziger Akademiker leistete der Nationale Frauenausschuß für dauernden Frieden in: Völkerfriede, 19. Jg. (1919), S. 57.

[693]) Auf der Sitzung wurde beschlossen, eine von G. Rühle abzufassende Stellungnahme zur Kriegsschuldfrage in Kürze zu veröffentlichen. Vgl. den Bericht in: Völkerfriede, 19. Jg. (1919), S. 39 f.

[694]) Gemeint ist eine Versammlung der „Deutschen Friedenspartei", Ortsgruppe Stuttgart. In seinem Vortrag führte Dr. Siemsen aus, „daß die Erlösung der Menschheit aus dem gegenwärtigen Wirrsal nicht auf dem Wege des Aufbaus unserer Industrie, sondern nur auf dem Wege der Läuterung und Reinigung des Einzelmenschen, auf dem Wege der Erziehung der Menschen zu selbständigen, denkenden und urteilenden Wesen zu erhoffen sei." Völkerfriede, 19. Jg. (1919), S. 47.

[695]) Gemeint ist eine für die Presse bestimmte Notiz des Sekretariats der Deutschen Friedensgesellschaft; BA, NL Quidde/69. Zum Inhalt s. u., Anm. 703.

[696]) Vgl. S. 228.

[697]) Das von Martha Springer verfaßte Flugblatt in: BA, NL Quidde/69.

[698]) Die Entschließung wandte sich gegen die Deutschland im Vorfriedensvertrag auferlegten „harten Bedingungen" und forderte, daß die „Betrachtung der Schuldfrage ... gegenüber der alles überragenden Notwendigkeit, auf dem Trümmerfeld Europas eine neue Welt der Ordnung aufzurichten", zurückzutreten habe. BA, NL Quidde/69. Abgedruckt in: Deutsche Allgemeine Zeitung (früher Norddeutsche Allgemeine Zeitung), 58. Jg., Nr. 161, 3. April 1919. Vgl. S. 230 f.

[699]) In einer Mitgliederversammlung der DDP Würzburg; dazu ein Bericht in: Völkerfriede, 19. Jg. (1919), S. 47.

[700]) Der Inhalt der Eingabe des Sächsischen Lehrervereines wiedergegeben in: Völkerfriede, 19. Jg. (1919), S. 57.

[701]) Vertreter der internationalen Studentengruppen Berlin, Göttingen, Königsberg

und Marburg gründeten in Jena als „Verkehrs- und Vollzugsrat" den studentischen Ausschuß für internationale Bewegung in Deutschland, dem Aufgaben übertragen wurden wie etwa Veranstaltung von Weltjugendtagen, Mitarbeit bei der Errichtung von Welthochschulen, Gewinnung des Bildungswesens und der Presse für den Internationalismus. Diese und weitere Angaben in: Völkerfriede, 19. Jg. (1919), S. 88.

[702]) S. o., Anm. 696.

[703]) Von der Geschäftsleitung der Deutschen Friedensgesellschaft gegenüber der Reichsregierung erhobene Forderung; BA, NL Quidde/69. Abdruck der Resolution in: Völkerfriede, 19. Jg. (1919), S. 45.

[704]) Vgl. S. 227 f.

[705]) Der Aufruf an die Kulturvereine Deutschlands im Wortlaut in: Völkerfriede, 19. Jg. (1919), S. 74.

[706]) Eine Besprechung der Broschüre von G. Grosch in: Völkerfriede, 19. Jg. (1919), S. 62. Der Erwiderung Egelhaafs folgte die Broschüre: Unseres Glückes Totengräber von A. G. Eine Auseinandersetzung mit den Alldeutschen über die Schuldfrage am Kriege, Stuttgart 1919.

[707]) Eine entsprechende Pressenotiz aus dem Stuttgarter Beobachter vom 3. Mai 1919 in: BA, NL Quidde/71.

[708]) Die Resolution zu den Pariser Friedensbedingungen in: Völkerfriede, 19. Jg. (1919), S. 60; nach Genf verlegt wurde der Sitz des Zentralbüros der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit. Zum Verlauf der Konferenz s. Völkerversöhnende Frauenarbeit, November 1918/Dezember 1920, S. 5 ff.

[709]) Wortlaut der Resolution (58 Unterschriften) in: Völkerfriede, 19. Jg. (1919), S. 55.

[710]) S. o. S. 19 und S. 324, Anm. 20.

[711]) Es handelt sich um einen Protest gegen den Entwurf des Friedensvertrages, der dem Wilsonschen Friedensprogramm nicht entspreche. Wilson wird aufgefordert, an seinen Grundsätzen festzuhalten. BA, NL Quidde/69; der Brief abgedruckt in: Frankfurter Zeitung, 63. Jg., Nr. 383, 25. Mai 1919 (Erstes Morgenblatt) sowie Die Hilfe, 25. Jg. (1919), Nr. 22, S. 269 f.

[712]) Wortlaut und Unterzeichner der Kundgebung in: Völkerfriede, 19. Jg. (1919), S. 55.

[713]) Gemeint ist die Schrift von Friedrich Wilhelm Foerster, Zur Beurteilung der deutschen Kriegsführung. Veröffentlichung der Deutschen Friedensgesellschaft, Berlin 1919.

[714]) Eine entsprechende Entschließung dieser Versammlung der Deutschen Friedensgesellschaft (Ortsgruppe Kiel) abgedruckt in: Völkerfrieden, 19. Jg. (1919), S. 73.

[715]) Ein Bericht über die von der „Vereinigung der vergewaltigten Völker" und dem „Schutzbund für Grenz- und Auslandsdeutsche" in Berlin veranstalteten Massenkundgebung in: Völkerfriede, 19. Jg. (1919), S. 74.

[716]) Der Deutsche Frauenausschuß für dauernden Frieden und der Deutsche Frauenstimmrechtsbund vollzogen auf der Hauptversammlung in Frankfurt a. M. ihre Verschmelzung zur Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit, Deutscher Zweig. Die Geschäftsführung wurde fünf Beauftragten übertragen (A. Augspurg, L. G. Heymann, O. Knischewska, T. Mertelmeyer und F. Perlen). Zu dem Vorgang ein Bericht in: Völkerfriede, 19. Jg. (1919), S. 75.

[717]) Es wurde beschlossen, die Zentralstelle Völkerrecht mit der Deutschen Friedensgesellschaft zu verschmelzen. F. Röttcher führte in seinem Geschäftsbericht aus, daß die Mitgliederzahl der Deutschen Friedensgesellschaft seit der Revolution um etwa 1000 Personen zugenommen habe; neue Ortsgruppen wurden in Bremen, Bremerhaven, Luckenwalde und Speyer gegründet. In das

neue Präsidium wählten die Delegierten H. von Gerlach, L. Quidde und H. Stöcker. Ein ausführlicher Bericht über die Versammlungen von G. Grosch in: Völkerfriede, 19. Jg. (1919), S. 57 ff.

[718]) Die Resolutionen des 8. deutschen Pazifistenkongresses wie etwa zur Kriegsschuldfrage und zur Abschaffung der Todestrafe abgedruckt in: Völkerfriede, 19. Jg. (1919), S. 71 f. und Friedenswarte, XXI. Jg. (1919), S. 118. – Quidde zu den Ergebnissen des Kongresses: „In dessen Verhandlungen spielte – leider, aber unvermeidlich! – die Schuldfrage eine vorherrschende Rolle. Die Richtung, die etwa im Sinne Professor Foersters eine moralische Rehabilitierung Deutschlands von einem möglichst rückhaltlosen Schuldbekenntnis erwartet und deshalb, unbeirrt durch kritische Erwägungen auf ein solches dringt, war dort stark vertreten. Zur Annahme gelangten Resolutionen, in denen zwar nicht die ausschließliche Schuld Deutschlands, aber doch eine sehr weitgehende Verantwortlichkeit der alten kaiserlichen Regierung für den Ausbruch des Krieges anerkannt, im übrigen der Friedenswillen des deutschen Volkes und die Mitverantwortlichkeit des ganzen alten internationalen Systems betont wurde." L. Quidde, Die Pazifistentagung in Bern. In: Frankfurter Zeitung, 64. Jg., Nr. 683, 14. September 1919 (Erstes Morgenblatt). Vgl. auch: Achter deutscher Pazifistenkongreß einberufen von der Deutschen Friedensgesellschaft und der Zentralstelle Völkerrecht. Berlin 13. bis 15. Juni 1919 im Preußischen Herrenhaus. Verhandlungsbericht mit wörtlicher Wiedergabe der Reden von Hellmut v. Gerlach, Auguste Kirchhoff, Prof. Georg F. Nicolai, Dr. Ludwig Quidde, Dr. Helene Stöcker, Prof. Dr. v. Tyszka, Dr. Hans Wehberg und einem Sonderschreiben von Dr. Alfred H. Fried, Charlottenburg 1919.

[719]) In einer Eingabe an den Reichspräsidenten Ebert forderte die Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit (Deutscher Zweig) erneut „die Einsetzung einer Spezial-Untersuchungskommission von gleichvielen Männern und Frauen, welche die mit der deutschen Kriegführung zusammenhängenden Untaten gegen die Zivilbevölkerung im Auslande feststellt und die beteiligten Beamten des Heeres und des auswärtigen Dienstes behufs weiterer Strafverfolgung namhaft macht". Zitiert nach: Völkerfriede, 19. Jg. (1919), S. 55.

[720]) Dazu ein Bericht in: Völkerfriede, 19. Jg. (1919), S. 75 f.

[721]) Am 22. Juni 1919 hatte die Reichsregierung an die Entente-Mächte eine Note gerichtet, in der sie es ablehnte, die in dem Friedensvertrag enthaltene Behauptung von der Kriegsschuld Deutschlands zu akzeptieren und die damit in Zusammenhang stehende Verpflichtung, die deutschen Kriegsverbrecher zur Aburteilung auszuliefern, zu übernehmen. Eine ausführliche Schilderung über die Haltung der deutschen Parteien und ihrer Vertreter zu den Friedensbedingungen gibt F. Payer, Von Bethmann Hollweg bis Ebert, S. 292–304.

[722]) Der Aufruf forderte die Erfüllung der Friedensbedingungen, verlangte zugleich eine Revision des Friedensvertrages im Rahmen des Völkerbundes; BA, NL Quidde/69 und 71. Der Aufruf der August-Nr. des Völkerfrieden, 19. Jg. (1919), angehängt.

[723]) Der Aufruf des Internationalen Friedensbureaus in: Völkerfriede, 19. Jg. (1919), S. 75.

[724]) Der Inhalt der Eingabe wiedergegeben in: Völkerfriede, 19. Jg. (1919), S. 73.

[725]) Es wurde beschlossen, die zukünftige Vereinstätigkeit vor allem „der demokratischen Ausgestaltung des Völkerbundes" zu widmen. Vgl. die entsprechende Notiz in: Völkerfriede, 19. Jg. (1919), S. 89.

[726]) Die Eingabe „Umarbeitung des Gesetzentwurfes über die Errichtung eines Staatsgerichtshofes" in: BA, NL Quidde/69 und 70.

[727]) BA, NL Quidde/70.

[728]) Auf dem in Amsterdam tagenden Kongreß wurde die Haltung der deutschen Gewerkschaften zu der während des Weltkrieges vorgenommenen Deporta-

tion belgischer Arbeiter ausführlich behandelt. Dazu ein Bericht in: Völkerfriede, 19. Jg. (1919), S. 87.

[729]) Resolution der Stuttgarter Ortsgruppe der Deutschen Friedensgesellschaft über die Kriegsschuld Deutschlands. Abgedruckt in: Völkerfriede, 19. Jg. (1919), S. 87 f.

[730]) Der Aufruf in: BA, NL Quidde/71.

[731]) Völkerfriede, 19. Jg. (1919), S. 88.

[732]) An anderer Stelle datierte Quidde das Dokument auf Ende Juli 1919; BA, NL Quidde/69.

[733]) Völkerfriede, 19. Jg. (1919), S. 70.

[734]) Die Eingabe in: BA, NL Quidde/70 und 71.

[735]) Es handelt sich um einen Bericht Quiddes über die Sitzung des „Conseil" des Internationalen Friedensbureaus vom 30. August bis 2. September 1919 in Bern. Im Vordergrund der Beratungen standen die Haltung der deutschen Pazifisten während des Weltkrieges und die Frage nach der Verantwortlichkeit für den Kriegsausbruch. Von französischen Vertretern wurde beantragt, die von den deutschen Pazifisten während des Krieges eingenommene Position zu verurteilen. Quidde „wurde beschuldigt, annexionistische Forderungen vertreten und der militaristischen und nationalistischen Auffassung unzulässige Zugeständnisse gemacht, daneben auch die Pflicht, gegen gewisse Maßnahmen der deutschen Heeresleitung zu protestieren, nicht erfüllt zu haben." Obwohl Quidde Versäumnisse im einzelnen einräumte, beharrte er darauf, daß die Generallinie der deutschen Pazifisten nicht zu beanstanden sei. Ergebnis der Diskussion war, daß, wie Quidde ausführt, „trotz meiner noch am Schluß der Debatte festgestellten Unbußfertigkeit – [...] statt der Verurteilung der deutschen Pazifisten die Bereitwilligkeit zu gemeinsamer Arbeit ausgesprochen wurde." – Quiddes Darlegungen zu der Resolution über die deutsche Verantwortlichkeit am Kriegsausbruch erweisen ihn auch hier als einen entschiedenen Gegner der – von ihm als „Lüge" bezeichneten – These von der Alleinschuld Deutschlands (vgl. S. 365, Anm. 414). Ein Sonderabdruck aus der Frankfurter Zeitung in: BA, NL Quidde/70. Zu der Sitzung des Rats des Internationalen Friedensbureaus in Bern vom 30. 8. bis 2. 9. 1919 ein Bericht nebst Resolutionen in: Friedenswarte, XXI. Jg. (1919), S. 142–145.

[736]) M. Flesch wandte sich in einem Brief an Friedrich Wilhelm Foerster gegen dessen Schrift „Zur Beurteilung der deutschen Kriegsführung"; abgedruckt in: Völkerfriede, 19. Jg. (1919), S. 106 f.

[737]) Berichte über die Kasseler Generalversammlung der Deutschen Friedensgesellschaft in: Völkerfriede, 19. Jg. (1919), S. 99 f. und 107 f. In der politischen Aussprache wandte sich G. F. Nicolai insbesondere gegen Quidde und Schücking: sie „hätten gemeinsam in der Demokratischen Partei gegen den Versailler Frieden gearbeitet, sie hätten in erster Linie die demokratische Fraktion in ihrer Haltung gestärkt, wären die Seele des Widerstandes gegen den Frieden gewesen. Der radikale Flügel sähe in Quidde nicht mehr den Führer, den die Zeit brauche; er sei nicht mehr das Gesicht der Friedensgesellschaft. Man solle nicht immer die Frage stellen: wer tritt aus, wenn Quidde geht?, sondern vielmehr: wer kommt nicht, wenn er bleibt?" G. Rühle gelang es, nachdem der Delegierte Wagner (Kaiserslautern) vehement für Quidde und Schücking Partei ergriffen hatte, die Konfliktsituation zu entschärfen. Völkerfriede, 19. Jg. (1919), S. 107; s. auch F. Röttchers Bericht in: Friedenswarte, XXI. Jg. (1919), S. 170–173. – Der in der Auseinandersetzung unterlegene Nicolai zog sich von der Geschäftsleitung der Deutschen Friedensgesellschaft zurück, was Quidde mit Genugtuung als Sieg „über Nicolai und seinen Schildknappen Lehmann-Rußbüldt" verzeichnete. L. Quidde an M. Quidde, 28. Oktober 1918, NL M. Quidde.

[738]) So der Titel eines Artikels in: Völkerfriede, 19. Jg. (1919), S. 94 f. Es wurde gefordert, den unterzeichneten Friedensvertrag „aufs peinlichste und gewissenhafteste mit aller Kraft zu erfüllen".

[739]) Eine entsprechende Ankündigung in: Völkerfriede, 19. Jg. (1919), S. 102.

[740]) Vorwiegend aus finanziellen Erwägungen stellte der Völkerfriede sein Erscheinen ein; vgl. C. von Ossietzkys Leitartikel „Abschied", in: Völkerfriede, 19. Jg. (1919), S. 105 (Dezember-Heft).

Quellen- und Literaturverzeichnis

A. UNVERÖFFENTLICHTE DOKUMENTE

Bundesarchiv Koblenz
R 43 I Reichskanzlei
R 45 III Deutsche Demokratische Partei/Deutsche Staatspartei
Nachlaß Gothein
Nachlaß Quidde
Nachlaß Wehberg
Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Bonn
Der Weltkrieg
Referat Deutschland
Abteilung Inland
Bayerisches Hauptstaatsarchiv, Abt. IV, Kriegsarchiv, München
Friedensbewegungen (Vereinigungen) 1915–1918
Hauptstaatsarchiv Stuttgart
Nachlaß C. Haußmann
Hauptstaatsarchiv Stuttgart, Militärarchiv
Stellvertretendes Generalkommando XIII. Armeekorps
Staatsarchiv Ludwigsburg
Stadtdirektion Stuttgart XV, 9. Akten betr. Deutsche Friedensgesellschaft 1916–1918
Deutsches Literaturarchiv Marbach
Bestand Harry Graf Keßler
Stadtbibliothek München
Handschriftensammlung, Nachlaß M. Quidde
Bibliothek der Vereinten Nationen, Genf
Fonds Quidde
Internationaal Instituut voor Sociale Geschiedenis, Amsterdam
Nachlaß W. Heine
Bestand Freundeskreis Carl von Ossietzky
Public Record Office, London
Foreign Office
Privatbesitz: Nachlaß W. E. Rappard

B. VERÖFFENTLICHTE DOKUMENTE (ERINNERUNGEN, BRIEFSAMMLUNGEN UND ZEITGENÖSSISCHES SCHRIFTTUM)

1. *Aktenpublikationen*

Benedikt, Heinrich: Die Friedensaktion der Meinlgruppe 1917/18. Die Bemühungen um einen Verständigungsfrieden nach Dokumenten, Aktenstücken und Briefen, Graz/Köln 1962.

Buchner, Eberhard: Kriegsdokumente. Der Weltkrieg 1914 in der Darstellung der

zeitgenössischen Presse. 1. Band: Die Vorgeschichte – Der Krieg bis zur Vogesenschlacht, München 1914.
Deist, Wilhelm (Bearb.): Militär und Innenpolitik, 2 Bde., Düsseldorf 1970.
Dirr, Pius (Hg.): Bayerische Dokumente zum Kriegsausbruch und zum Versailler Schuldspruch, München/Berlin 1922.
Erdmann, Karl Dietrich (Hg.): Kurt Riezler, Tagebücher, Aufsätze, Dokumente, Göttingen 1972.
Geiss, Imanuel (Bearb.): Julikrise und Kriegsausbruch 1914. Eine Dokumentensammlung, 2 Bde., Hannover 1963/64.
Grumbach, Salomon: Das annexionistische Deutschland. Eine Sammlung von Dokumenten, die seit dem 4. 8. 1914 in Deutschland öffentlich oder geheim verbreitet wurden. Mit einem Anhang: Antiannexionistische Kundgebungen, Lausanne 1917.
Hahlweg, Werner (Bearb.): Der Friede von Brest-Litowsk. Ein unveröffentlichter Band aus dem Werk des (Parlamentarischen) Untersuchungsausschusses der Deutschen Verfassunggebenden Nationalversammlung des Deutschen Reichstages, Düsseldorf 1971.
Jannasch, Lilli (Hg.): Untaten des preußischen Militarismus im besetzten Frankreich und Belgien, Wiesbaden 1924.
Lepsius, Johannes: Deutschland und Armenien 1914–1918. Sammlung diplomatischer Aktenstücke, Potsdam 1919.
Les Allemands à Lille dans le Nord de la France. Note adressée par le Gouvernement de la République Française, Paris 1916.
Matthias, Erich / Miller, Susanne (Bearb.): Das Kriegstagebuch des Reichstagsabgeordneten Eduard David 1914–1918, Düsseldorf 1966.
Matthias, Erich / Morsey, Rudolf (Bearb.): Die Regierung des Prinzen Max von Baden, Düsseldorf 1962.
Organisation Centrale pour une Paix Durable (Hg.): Compte Rendu de la Réunion Internationale, 7–10 avril 1915, La Haye et autres documents relatifs aux travaux de l'organisation, La Haye, Mai 1916.
Rapport sur les attentats commis par les troupes allemandes pendant l'invasion et l'occupation de la Belgique, Brüssel/Lüttich 1923.
Schmitz, Jean / Nieuwland, Norbert: Documents pour servir à l'histoire de l'invasion allemande dans les provinces de Namur et de Luxembourg, 8 Bde., Brüssel/Paris 1919–1925.
Steglich, Wolfgang (Hg. und Bearb.): Der Friedensappell Papst Benedikts XV. vom 1. 8. 1917 und die Mittelmächte. Diplomatische Aktenstücke des Deutschen Auswärtigen Amts, des Österreichisch-Ungarischen Ministeriums des Äußeren, des Bayerischen Staatsministeriums des Äußeren und des Britischen Auswärtigen Amtes aus den Jahren 1915–1922, Wiesbaden 1970.
ders. (Hg.): Die Verhandlungen des Zweiten Unterausschusses des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses über die Päpstliche Friedensaktion von 1917, Wiesbaden 1974.
Stenographische Berichte der Verhandlungen des Deutschen Reichstages, Bd. 307–311.
Stenographische Berichte der Verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 327.
Verhandlungen des Provisorischen Nationalrates des Volksstaates Bayern im Jahre 1918/1919. Stenographische Berichte Nr. 1 bis 10. 1. Sitzung am 8. November 1918 bis zur 10. Sitzung am 4. Januar 1919, München 1919.

2. Zeitungen und Zeitschriften

Baseler Nachrichten.
Beobachter: ein Volksblatt aus Württemberg (Stuttgarter Beobachter).

Berliner Börsen-Courier.
Berliner Tageblatt.
Frankfurter Zeitung.
Königsberger Hartungsche Zeitung.
Münchner Neueste Nachrichten.
Neue Zürcher Zeitung.
Norddeutsche Allgemeine Zeitung.
Pariser Tageblatt.
Schwäbische Tagwacht.
Vossische Zeitung.
Weser-Zeitung.

Die Aktion.
Die Freie Zeitung.
Die Friedenswarte und Ergänzungshefte zur Friedenswarte (Blätter für zwischenstaatliche Organisation).
Die Hilfe.
Mouvement pacifiste / Die Friedensbewegung. Organ des Internationalen Friedensbureaus.
Die Neue Weltbühne.
Der Völkerfriede.
Der Vortrupp.

3. *Erinnerungen, Briefsammlungen und zeitgenössisches Schrifttum*

Achter deutscher Pazifistenkongreß, einberufen von der Deutschen Friedensgesellschaft und der Zentralstelle Völkerrecht. Berlin 13. bis 15. Juni 1919 im Preußischen Herrenhause. Verhandlungsbericht mit wörtlicher Wiedergabe der Reden von Hellmut von Gerlach, Auguste Kirchhoff, Prof. Georg F. Nicolai, Dr. Ludwig Quidde, Dr. Helene Stöcker, Prof. Dr. v. Tyszka, Dr. Hans Wehberg und einem Sonderschreiben von Dr. Alfred H. Fried, Charlottenburg 1919.
Angell, Norman: Prussianism and its Destruction, London 1914.
ders.: Why Freedom Matters, London 1917.
ders.: The Political Conditions of Allied Success, London 1918.
ders.: After All. An Autobiography, London 1952.
Arco, Georg Graf / Einstein, Albert u. a. (Hg.): Lille, 2. Aufl., Berlin 1920 (Beiträge zur Naturgeschichte des Krieges, Heft 1.).
Bäumer, Gertrud: Heimatchronik des Weltkrieges, Berlin 1930.
Bajer, Fredrik: Les origines du Bureau International de la Paix, Bern 1904.
Bernays, Paul / Eichler, Willi u. a. (Hg.): Leonhard Nelson. Gesammelte Schriften, 9 Bde., Hamburg 1970–1974.
Bradler, Günther (Bearb.): Friedrich von Payer. Autobiographische Aufzeichnungen und Dokumente 1847–1931, Göppingen 1974.
Brentano, Lujo: Mein Leben im Kampf um die soziale Entwicklung Deutschlands, Jena 1931.
Czernin, Ottokar: Im Weltkriege, Berlin / Wien 1919.
Dickinson, Goldsworthy Lowes: The European Anarchy, o. O. 1916.
ders.: The International Anarchy 1904–1914, o. O. 1926.
Dietz, Alexander: Franz Wirth und der Frankfurter Friedensverein, Frankfurt a. M. 1911.
Erzberger, Matthias: Erlebnisse im Weltkrieg, Berlin / Stuttgart 1920.
Foerster, Friedrich Wilhelm: Die deutsche Jugend und der Weltkrieg. Kriegs- und Friedensaufsätze, Leipzig 1916.

ders.: Erlebte Weltgeschichte 1869–1953. Memoiren, Nürnberg 1953.
Forel, Auguste: Rückblick auf mein Leben, Zürich 1935.
Fried, Alfred H.: Handbuch der Friedensbewegung, 2 Bde., Berlin / Leipzig [2]1911–1913 (Neudruck New York / London 1972).
ders.: Mein Kriegstagebuch, 4 Bde., Zürich 1918–1920.
Gerard, James W.: Meine vier Jahre in Deutschland, Lausanne 1919.
Gerlach, Hellmut von: Meine Erlebnisse in der preußischen Verwaltung, Berlin 1919.
ders.: Der Zusammenbruch der deutschen Polenpolitik, Berlin 1919.
ders.: Erinnerungen eines Junkers, Berlin 1925.
ders.: Die große Zeit der Lüge, Charlottenburg 1926.
ders.: Von rechts nach links. Der Lebensgang eines Junkers, mit einem Vor- und Nachwort von Emil Ludwig, Zürich 1937.
Grelling, Richard: J'accuse! Von einem Deutschen, Lausanne 1915.
Grey, Edward: Fünfundzwanzig Jahre Politik 1892–1916. Memoiren, 2 Bde., München 1926.
Grosch, Georg: Deutsche Pazifisten. Eine Sammlung von Vorkämpfern der Friedensbewegung in Deutschland. (Ein Gedenkbuch von Dr. G. Grosch für Dr. A. Richter, den 1. Vorsitzenden der Deutschen Friedensgesellschaft) Stuttgart 1917.
Haase, Ernst: Hugo Haase. Sein Leben und Wirken. Mit einer Auswahl von Briefen, Reden und Aufsätzen, Berlin-Frohnau 1929.
Hallgarten, Constanze: Als Pazifistin in Deutschland. Eine biographische Skizze, Stuttgart 1956.
Hamilton, Mary: J. Ramsay MacDonald. Sein Leben und sein Charakter, Zürich 1934.
Haußmann, Conrad: Schlaglichter, Reichstagsbriefe und Aufzeichnungen, hg. von Ulrich Zeller, Frankfurt a. M. 1924.
Herzog, Wilhelm: Hymnen und Pamphlete. Dreißig Jahre Arbeit und Kampf, Paris 1939.
ders.: Menschen, denen ich begegnete, Bern / München 1959.
Heydorn, Joachim (Hg.): Leonhard Nelson. Ausgewählte Schriften, Frankfurt a. M. 1974.
Hiller, Kurt: Leben gegen die Zeit [Logos], Hamburg 1969.
Hirschfeld, Hans E. / Reichert, Hans J. (Hg.): Ernst Reuter, Schriften und Reden. 1. Band: Briefe, Aufsätze, Referate 1904–1922, Berlin / Frankfurt a. M. / Wien 1972.
Hohmann, Georg: Ein Arzt erlebt seine Zeit. Ansprachen, Begegnungen, Lebensbilder, München 1957.
Holitscher, Arthur: Mein Leben in dieser Zeit. Der „Lebensgeschichte eines Rebellen" Zweiter Band (1907–1925), Potsdam 1928.
Holl, Karl: Ludwig Quidde vor hundert Jahren: Vita und Abituraufsatz, in: Bremisches Jahrbuch, Bd. 54 (1976), S. 207–219.
Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit / Deutscher Zweig (Hg.): Völkerversöhnende Frauenarbeit während des Weltkrieges, Juli 1914–November 1918, München 1920.
dies.: Völkerversöhnende Frauenarbeit, II. Teil, November 1918 / Dezember 1920, Stuttgart 1921.
Internationaler Frauenkongreß. Haag. Vom 28. April bis 1. Mai 1915. Bericht (deutsch, französisch und englisch), Amsterdam o. J. [1915].
Internationaler Frauenkongreß. Den Haag. Vom 28. April bis 1. Mai 1915. Beschlüsse, Amsterdam o. J. (1915).
Interparlamentarische Union 1889–1939. Ein Sammelwerk, vom Interparlamentari-

schen Büro anläßlich des 50jährigen Jubiläums der Union veröffentlicht, Lausanne 1939.
Jocham, Magnus: Wir Christen und das päpstliche Friedensprogramm. Eine christliche Würdigung der Friedensworte Benedikts XV., Leipzig 1917.
de Jong van Beek en Donk, B.: L'Entrevue Quidde-Herron. Extrait de la Revue Guerre et Paix, o. O. o. J. (1918).
Kahn-Freund, Otto / Ramm, Thilo (Hg.): Hugo Sinzheimer. Arbeitsrecht und Rechtssoziologie. Gesammelte Aufsätze und Reden, 2 Bde., Frankfurt a. M. / Köln 1976.
Károlyi, Michail Graf: Gegen eine ganze Welt. Mein Kampf um den Frieden, München 1924.
Kollwitz, Hans (Hg.): Ich sah die Welt mit liebevollen Blicken. Käthe Kollwitz. Ein Leben in Selbstzeugnissen, Hannover 1968.
Ladendorf, Heinz / Milatz, Alfred / Mommsen, Wolfgang / Schieder, Theodor / Uhsadel, Walter (Hg.): Friedrich Naumann. Werke, 6 Bde., Köln / Opladen 1964.
Lammasch, Marga / Sperl, Hans (Hg.): Heinrich Lammasch. Seine Aufzeichnungen, sein Wirken und seine Politik, Wien / Leipzig 1922.
Latzko, Andreas: Frauen im Krieg. Geleitworte zur Internationalen Frauenkonferenz für Völkerverständigung in Bern, Zürich 1918.
Lehmann, Gertrud (Hg.): Bismarck. Eine Charakteristik von Max Lehmann, Berlin 1948.
Lehmann, Melanie (Hg.): Verleger J. F. Lehmann. Ein Leben für Deutschland. Lebenslauf und Briefe, München 1935.
Lehmann-Rußbüldt, Otto: Die Schöpfung der Vereinigten Staaten von Europa, 1914.
ders.: Der Kampf der deutschen Liga für Menschenrechte, vormals Bund Neues Vaterland für den Weltfrieden 1914–1927, Berlin 1927.
ders.: Die blutige Internationale der Rüstungsindustrie, Berlin 1929.
Lepsius, Johannes: Bericht über die Lage des armenischen Volkes in der Türkei, Berlin 1916.
Lichnowsky, Max Fürst von: Auf dem Wege zum Abgrund. Londoner Berichte, Erinnerungen und sonstige Schriften, 2 Bde., Dresden 1927.
Linse, Ulrich (Hg.): Gustav Landauer und die Revolutionszeit 1918/1919. Die politischen Reden, Schriften, Erlasse und Briefe Landauers aus der November-Revolution 1918/1919, Berlin 1974.
Löbe, Paul: Der Weg war lang. Lebenserinnerungen, Berlin 1954.
Lüders, Else: Minna Cauer. Leben und Werk, dargestellt an Hand ihrer Tagebücher und nachgelassenen Schriften, Gotha 1925.
MacDonald, James Ramsay: National Defence, London 1917.
Mandere, H. Ch. G. J. van der: Nederlandsche Anti-Oorlog-Raad. Grotius Annuaire international pour 1918, Le Haye 1919, S. 71–101.
Morel, Edmund: Truth and the War, London 1916.
Muehlon, Wilhelm: Die Verheerung Europas. Aufzeichnungen aus den ersten Kriegsmonaten, Zürich 1918.
Mühsam, Kurt: Wie wir belogen wurden. Die amtliche Irreführung des deutschen Volkes, München 1918.
Müller, Karl Alexander von: Mars und Venus. Erinnerungen 1914–1919, Stuttgart 1954.
Müller-Meiningen, Ernst: Parlamentarismus. Betrachtungen, Lehren, Erinnerungen aus deutschen Parlamenten, Berlin / Leipzig 1926.
Nathan, Otto / Norden, Heinz (Hg.): Albert Einstein, Über den Frieden. Weltordnung oder Weltuntergang? Vorwort von Bertrand Russell, Bern 1975.
Nicolai, Georg Friedrich: Die Biologie des Krieges, Zürich 1917.
ders.: Warum ich aus Deutschland ging. Bümpliz b. Bern 1919.

ders.: Romain Rollands Manifest und die deutschen Antworten. Mit einem Anhang über den Fall Nicolai, Charlottenburg o. J. (1919 ?).
Nippold, Otfried: Durch Wahrheit zum Recht. Gesammelte Kriegsaufsätze, Bern 1919.
Nowak, Friedrich (Hg.): Max Hoffmann. Die Aufzeichnungen des Generalmajors Max Hoffmann, 2 Bde., Berlin 1929.
Ostwald, Grete: Wilhelm Ostwald. Mein Vater, Stuttgart 1953.
Paasche, Hans: Meine Mitschuld am Weltkrieg, Berlin 1919.
Payer, Friedrich von: Von Bethmann Hollweg bis Ebert. Erinnerungen und Bilder, Frankfurt a. M. 1923.
Pfemfert, Franz: Vor zehn Jahren, o. O. 1924.
ders.: Meine Erinnerungen und Abrechnungen, o. O. 1951.
Planck, Karl Christian: Testament eines Deutschen, Tübingen 1881.
Popert, Hermann: Tagebuch eines Sehenden. Aufzeichnungen aus den Jahren 1914–1919, Hamburg 1920.
Ponsonby, Arthur: Democracy and Diplomacy, London 1915.
Quidde, Ludwig: Die Idee des Völkerbundes in der deutschen Friedensbewegung während des ersten Weltkrieges, in: Friedenswarte, XLIV. Jg. (1944), S. 299–315.
ders.: Pazifismus und Belagerungszustand. Eingabe an den Deutschen Reichstag, Frankfurt a. M. 1917.
ders.: Auswärtige Politik. Vortrag von Dr. Quidde, München 1918.
ders.: Die Schuldfrage, Berlin 1922.
ders.: Die Interparlamentarische Union von 1889–1939, Lausanne 1939.
Rade, Martin Paul: Die Kirche nach dem Kriege, Tübingen 1915.
Redslob, Robert: Probleme des Völkerrechts. Eine Studie über den Fortschritt der Nationen zu einem universellen Staatensystem, das die Geltung des Völkerrechts verbürgt, Leipzig 1917.
ders.: Entre la France et l'Allemagne. Souvenir d'un Alsacien, Paris 1933.
Reinken, Liselotte von (Hg.): Bertha von Suttner. Memoiren, Bremen 1965.
Rolland, Romain: Zwischen den Völkern. Aufzeichnungen und Dokumente aus den Jahren 1914–1919, 2 Bde., Stuttgart 1954.
Rotten, Elisabeth: Auskunfts- und Hilfsstelle für Deutsche im Ausland und Ausländer in Deutschland, Berlin 1918.
dies: Jane Addams 1860–1935, Saanen 1936.
Scheidemann, Philipp: Memoiren eines Sozialdemokraten, 2 Bde., Dresden 1928.
Schiffer, Eugen: Ein Leben für den Liberalismus, Berlin 1951.
Schücking, Walther: Der Weltfriedensbund und die Wiedergeburt des Völkerrechts. Heft 2 der Sammlung: „Nach dem Weltkriege. Schriften zur Neuorientierung der auswärtigen Politik", Leipzig 1917.
ders.: Die völkerrechtlichen Lehren des Weltkrieges, Leipzig 1918.
Schwann, Hans (Hg.): Wer ist Fr. W. Foerster? Eine Aufsatzsammlung, Berlin-Weissensee 1930.
Schwantje, Magnus: Hans Paasche. Sein Leben und Wirken, Berlin 1921.
Seger, Gerhart: Der Fall Quidde. Tatsachen, Dokumente, Leipzig [2]1924.
Selenka, Margarete Leonore: Die internationale Kundgebung der Frauen zur Friedenskonferenz vom 15. Mai 1899, München 1900.
Shaw, George Bernard: Common Sense about the War, o. O. 1914.
ders.: What I Really wrote about the War, o. O. 1931.
Sinzheimer, Hugo: Völkerrechtsgeist. Rede zur Einführung in das Programm der Zentralstelle Völkerrecht vom 3. Dezember 1916. Heft 1 der Sammlung: „Nach dem Weltkriege. Schriften zur Neuorientierung der auswärtigen Politik", Leipzig 1917.
Snowden, Philip: An Autobiography 1864–1932, 2 Bde., London 1934.

Souchy, Augustin: „Vorsicht: Anarchist!" Ein Leben für die Freiheit. Politische Erinnerungen, Darmstadt und Neuwied 1977.
Stein, Hermann von: Erlebnisse und Betrachtungen aus der Zeit des Weltkrieges, Leipzig [2]1919.
Steinberg, Sigfried (Hg.): Die Geschichtswissenschaft der Gegenwart in Selbstdarstellungen, 2 Bde., Leipzig 1925/26.
Stillich, Oskar: Katechismus des Friedensvertrages für Jugend und Volk, Ludwigsburg 1922.
ders.: Der Friedensvertrag von Versailles im Spiegel deutscher Kriegsziele, Berlin 1922.
ders. (anonym): Deutsch-Völkischer Katechismus, 3 Bde., Leipzig / Berlin 1929–1932.
Stöcker, Helene: Verkünder und Verwirklicher, Berlin 1928.
Suttner, Bertha von: Die Waffen nieder! Ausgewählte Schriften, hg. von Klaus Mannhardt und Winfried Schwamborn, Köln 1978.
Thimme, F. / Nowak, U. F. (Hg.): Erinnerungen und Gedanken des Botschafters Anton Graf Monts, Berlin 1932.
Toller, Ernst: Eine Jugend in Deutschland, Amsterdam 1933.
Twellmann, Margrit (Hg.): Lida Gustava Heymann in Zusammenarbeit mit Dr. jur. Anita Augspurg, Erlebtes – Erschautes. Deutsche Frauen kämpfen für Freiheit, Recht und Frieden (1850–1940), Meisenheim a. Glan 1972.
Umfrid, Grete (Hg.): Zum Gedächtnis von Otto Umfrid, Stuttgart 1921.
Umfrid, Otto: Karl Christian Planck, Tübingen 1881.
ders.: Bismarcks Gedanken und Erinnerungen im Lichte der Friedensidee, o. O. 1902.
ders.: Anti-Treitschke, o. O. 1904.
ders.: Weltverbesserer und Weltverderber. Eine Sammlung von Kriegsaufsätzen, Zürich 1916.
Unseres Glückes Totengräber von A. G. Eine Auseinandersetzung mit den Alldeutschen über die Schuldfrage am Kriege, Stuttgart 1919.
Vierbücher, Heinrich: Armenien 1915. Die Abschlachtung eines Kulturvolkes durch die Türken, Hamburg-Bergedorf 1930.
Vietsch, Eberhard von: Gegen die Unvernunft 1915–1918. Der Briefwechsel zwischen Paul Graf Wolff-Metternich und Wilhelm Solf mit zwei Briefen Albert Ballins, Bremen 1964.
Wanderer, Otto: Paasche-Buch, Werther 1922.
Wegner, Marie A.: Merkbuch der Frauenbewegung, Leipzig / Berlin 1908.
Wehberg, Hans: Als Pazifist im Weltkrieg, Leipzig o. J. (1919), (Neudruck New York / London 1972).
ders.: Wider den Aufruf der 93! Das Ergebnis einer Rundfrage an die 93 Intellektuellen über die Kriegsschuld, Berlin 1920.
ders.: Die Führer der deutschen Friedensbewegung (1890–1923), Leipzig o. J. (1923), (Neudruck New York / London 1972).
ders.: Die Zentralorganisation für einen dauernden Frieden (1915–1919), in: Friedenswarte, XLIV. Jg. (1944), S. 315–323.
ders.: Ludwig Quidde. Ein deutscher Demokrat und Vorkämpfer der Völkerverständigung, Offenbach 1948.
Wer ist schuld am Kriege? Rede des deutschen Reichskanzlers im Hauptausschusse des deutschen Reichstags am 9. November 1916, Berlin 1916.
Zentralorganisation für einen dauernden Frieden (Hg.): Ein dauernder Friede. Offizieller Kommentar des Mindestprogramms, Den Haag o. J. (1916).

C. DARSTELLUNGEN

Acker, Detlev: Walther Schücking (1875–1935), Münster i. W. 1970.

Albertin, Lothar: Liberalismus und Demokratie am Anfang der Weimarer Republik. Eine vergleichende Analyse der Deutschen Demokratischen Partei und der Deutschen Volkspartei, Düsseldorf 1972.

Albrecht, Walter: Landtag und Regierung in Bayern am Vorabend der Revolution von 1918, Berlin 1968.

Auerbach, Hellmuth: Hitlers politische Lehrjahre und die Münchener Gesellschaft 1919–1923, in: VfZG, 25. Jg., 1977, S. 1–45.

Ay, Karl-Ludwig: Die Entstehung einer Revolution. Die Volksstimmung in Bayern während des Ersten Weltkrieges, Berlin 1968.

Bachmann, Elfriede: Auguste Kirchhoff, in: Bremische Biographie 1912–1962, Bremen 1969, S. 271 ff.

Bartlett, R. J.: The League to Enforce Peace, Chapel Hill 1944.

Baumgart, Franzjörg: Die verdrängte Revolution. Darstellung und Bewertung der Revolution von 1848 in der deutschen Geschichtsschreibung vor dem Ersten Weltkrieg, Düsseldorf 1976.

Benz, Wolfgang: Der „Fall Muehlon". Bürgerliche Opposition im Obrigkeitsstaat während des Ersten Weltkrieges. In: VfZG, 18. Jg., 1970, S. 343–365.

Bleuel, Hans Peter: Deutschlands Bekenner – Professoren zwischen Kaiserreich und Diktatur, Bern / München / Wien 1968.

Bredendiek, Walter: Otto Umfrid – ein vergessener Vorkämpfer für eine Welt ohne Krieg. Zu seinem fünfzigsten Todestag, in: Stimme der Gemeinde zum kirchlichen Leben, zur Politik, Wirtschaft und Kultur, 22. Jg., 1970, S. 394–402.

Burg, Hans-Henning von der: Sittengesetz oder Sozialorganisation – Wege zur civitas humana. Friedrich Wilhelm Foerster und seine politische Ethik, phil. Diss. Freiburg i. Br. 1971.

Burgelin, Henri: Le mouvement pacifiste dans l'Allemagne de Weimar, in: Cahiers de l'Association interuniversitaire de l'est, 3, relations internationales, Strasbourg 1961, S. 75–88.

Burger, Herbert: Politik und Ethik bei Friedrich Wilhelm Foerster, Bonn 1969.

Calkins, Kenneth R.: Hugo Haase. Demokrat und Revolutionär, Berlin 1976.

Cheval, René: Romain Rolland, l'Allemagne et la Guerre, Paris 1963.

Chickering, Roger: A Voice of Moderation in Imperial Germany: The „Verband für Internationale Verständigung" 1911–1914, in: Journal of Contemporary History 8, 1973, S. 147–164.

ders.: Imperial Germany and a World without War. The Peace Movement and German Society (1892–1914), Princeton 1975.

Deutschland im Ersten Weltkrieg, 3 Bde., von einem Autorenkollektiv unter Leitung von Fritz Klein, Willibald Gutsche und Joachim Petzold, Berlin (DDR) 1968/69.

Doerries, Reinhard R.: Washington-Berlin 1908–1917. Die Tätigkeit des Botschafters Johann Heinrich Graf von Bernstorff in Washington vor dem Eintritt der Vereinigten Staaten in den Ersten Weltkrieg, Düsseldorf 1975.

ders.: Imperial Berlin and Washington: New Light on Germany's Foreign Policy and America's Entry into World War I, in: Central European History, XI, 1978, S. 23–49.

Döring, Herbert: Der Weimarer Kreis. Studien zum politischen Bewußtsein verfassungstreuer Hochschullehrer in der Weimarer Republik, Meisenheim am Glan 1975.

Dolch, Josef (Hg.): Marie Kerschensteiner, Georg Kerschensteiner, Der Lebensweg eines Schulreformers, München / Düsseldorf [3]1954.

Doty, Madeleine Z.: The Central Organization for a Durable Peace (1915–1919). Its History, Works and Ideas, Ambilly 1945.

Düding, Dieter: Der nationalsoziale Verein 1896–1903. Der gescheiterte Versuch einer parteipolitischen Synthese von Nationalismus, Sozialismus, Liberalismus, München 1972.
Elsner, Lothar: Belgische Zwangsarbeiter in Deutschland während des Ersten Weltkrieges. In: ZfG, XXIV. Jg. (1976), S. 1256–1267.
Elton, Godrey: The Life of James Ramsey MacDonald, London 1939.
Engel, Ingrid: Gottesverständnis und sozialpolitisches Handeln. Eine Untersuchung zu Friedrich Naumann, Göttingen 1972.
Erdmann, Karl Dietrich: Geschichte, Politik und Pädagogik – aus den Akten des Deutschen Historikerverbandes, in: GWU, 19. Jg., 1968, S. 2–21.
Epstein, Klaus: Matthias Erzberger und das Dilemma der deutschen Demokratie, Frankfurt a. M. / Berlin / Wien 1976.
Erger, Johannes: Der Kapp-Lüttwitz-Putsch. Ein Beitrag zur deutschen Innenpolitik 1919/20, Düsseldorf 1967.
Evans, Richard J.: The Feminist Movement in Germany 1894–1933, London / Beverly Hills 1976.
Eyck, Erich: Auf Deutschlands politischem Forum. Deutsche Parlamentarier und Studien zur neuesten deutschen Geschichte, Erlenbach / Zürich / Stuttgart 1963.
Falls, Cyrill: Caporetto 1917, London 1966.
Fischer, Doris: Die Münchener Zensurstelle während des Ersten Weltkrieges. Alfons Falkner von Sonnenburg als Pressereferent im bayerischen Kriegsministerium in den Jahren 1914–1918/19, phil. Diss. München 1973.
Fischer, Fritz: Krieg der Illusionen. Die deutsche Politik von 1911–1914, Düsseldorf [2]1969.
ders.: Der Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschlands 1914–1918, Düsseldorf [4]1971.
Fischer, Heinz Dietrich (Hg.): Pressekonzentration und Zensurpraxis im Ersten Weltkrieg, Berlin 1973.
Forster, Edward M.: Goldsworthy Lowes Dickinson, London 1934.
Fortuna, Ursula: Der Völkerbundsgedanke in Deutschland während des Ersten Weltkrieges, phil. Diss. Zürich 1974.
Geiss, Imanuel: Der polnische Grenzstreifen 1914–1918. Ein Beitrag zur deutschen Kriegszielpolitik im Ersten Weltkrieg, Lübeck 1960.
ders.: Weltherrschaft durch Hegemonie. Die deutsche Politik im Ersten Weltkrieg nach den Riezler-Tagebüchern, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament", B 50/72, 9. Dezember 1972, S. 3–22.
Grappin, Pierre: Le Bund Neues Vaterland (1914–1916). Les rapports avec Romain Rolland, Lyon / Paris 1952.
Greuner, Ruth: Wandlungen eines Aufrechten. Lebensbild Hellmut von Gerlachs, Berlin (DDR) 1965.
Grote, Adolf: Unangenehme Geschichtstatsachen. Zur Revision des neueren deutschen Geschichtsbildes, Nürnberg 1960.
Großmann, Kurt R.: Die Exilsituation in der Tschechoslowakei, in: Durzak, Manfred (Hg.): Die deutsche Exilliteratur 1933–1945, Stuttgart 1973.
Grumbach, Salomon: Der Irrtum von Zimmerwald-Kiental, Bern 1915.
Gründer, Horst: Walter Simons, die Ökumene und der Evangelisch-Soziale Kongreß. Ein Beitrag zur Geschichte des politischen Protestantismus im 20. Jahrhundert, Soest 1974.
ders.: Walter Simons als Staatsmann, Jurist, Kirchenpolitiker, Neustadt a. d. Aisch 1975.
Gülzow, Erwin: Der Bund „Neues Vaterland". Probleme der bürgerlich-pazifistischen Demokratie im Ersten Weltkrieg (1914–1918), Diss. Berlin (DDR) 1969.
Halbwachs, Maurice: Le „Bund Neues Vaterland", in: Les Cahiers des Droits de l'Homme, 10. Januar 1922.

Hammer, Karl: Deutsche Kriegstheologie 1870–1918, München 1974.
Hanak, H.: The Union of Democratic Control during the First World War, in: Bulletin of the Institute of Historical Research, Bd. 36, 1936, S. 168–180.
Hanschmidt, Alwin: Die französisch-deutschen Parlamentarierkonferenzen von Bern (1913) und Basel (1914), in: GWU, 26. Jg., 1975, S. 335–359.
Heberlein, Fritz: Zeitgenossen, Zürich / Stuttgart 1974.
Heimpel, Hermann: Deutsche Reichstagsakten, Ältere Reihe, in: Die Historische Kommission der Bayerischen Akademie der Wissenschaften 1858–1958, Göttingen 1958, S. 96–103.
Herneck, Friedrich: Albert Einstein, Leipzig ²1975.
Heß, Jürgen C.: Das ganze Deutschland soll es sein. Demokratischer Nationalismus in der Weimarer Republik am Beispiel der Deutschen Demokratischen Partei, Stuttgart 1978.
Heuss, Theodor: Friedrich Naumann. Der Mann, das Werk, die Zeit, Stuttgart 1937.
ders.: Robert Bosch. Leben und Leistung, München ²1975.
Hirsch, Willi: Elisabeth Rotten, in: Der neue Bund, 1964.
Höhne, Günter: Zur Stellung führender Pazifisten zum Versailler Vertrag, in: Jenaer Beiträge zur Parteiengeschichte, Nr. 26/27, Juli 1970.
Holl, Karl: Ludwig Quidde, in: liberal, 13. Jg. 1971, S. 224–229.
ders.: Die deutsche Friedensbewegung im Wilhelminischen Reich. Wirkung und Wirkungslosigkeit, in: Hubert, Wolfgang / Schwerdtfeger, Johannes (Hg.), Kirche zwischen Krieg und Frieden. Studien zur Geschichte des deutschen Protestantismus, Stuttgart 1976, S. 321–372.
ders.: Pazifismus oder liberaler Neu-Imperialismus? Zur Rolle der Pazifisten in der Deutschen Demokratischen Partei 1918–1930, in: Radkau, Joachim / Geiss, Imanuel (Hg.), Imperialismus im 20. Jahrhundert. Gedenkschrift für George W. F. Hallgarten, München 1976, S. 171–195.
Holl, Karl / Wild, Adolf (Hg.): Ein Demokrat kommentiert Weimar. Die Berichte Hellmut von Gerlachs an die Carnegie-Friedensstiftung in New York 1922–1930, Bremen 1973.
Hollenberg, Günter: Englisches Interesse am Kaiserreich. Die Attraktivität Preußen-Deutschlands für Konservative und liberale Kreise in Großbritannien 1860–1914, Wiesbaden 1974.
Huber, Werner: Gertrud Bäumer. Eine politische Biographie, Diss. München 1970.
Hunt, James Clark: The People's Party in Württemberg and Southern Germany, 1890–1914, Stuttgart 1975.
Hymann, Ruth Salinger: Gustav Landauer: German-Jewish Populist and Cosmopolitan, Diss. New York 1975.
Janssen, Karl-Heinz: Macht und Verblendung. Die Kriegsziele der deutschen Bundesstaaten 1914–1918, Göttingen / Berlin / Frankfurt a. M. / Zürich 1963.
Keiner, Peter K.: Bürgerlicher Pazifismus und „Neues Völkerrecht": Hans Wehberg (1885–1962), jur. Diss. Freiburg i. Br. 1976.
Kempf, Beatrix: Bertha von Suttner. Das Leben einer großen Frau, Schriftstellerin, Politikerin, Journalistin, Wien ²1965.
Keßler, Richard: Heinrich Held als Parlamentarier. Eine Teilbiographie (1868–1924), Berlin 1971.
Klebs, Elimar: Caligula. Eine Studie über römischen Cäsarenwahnsinn. Von Ludwig Quidde, in: HZ, Bd. 73 (1894), S. 308–312.
Kröll, Ulrich: Die internationale Buren-Agitation 1899–1902. Haltung der Öffentlichkeit und Agitation zu Gunsten der Buren in Deutschland, Frankreich und in den Niederlanden während des Burenkrieges, Münster i. W. 1973.
Leithäuser, Joachim: Albert Einstein, Berlin 1965.

Lunn, Eugene: Prophet of Community. The Romantic Socialism of Gustav Landauer, Berkeley / Los Angeles / London 1973.
Lutz, Heinrich: Deutscher Krieg und Weltgewissen. Friedrich Wilhelm Foersters politische Publizistik und die Zensurstelle des bayerischen Kriegsministeriums (1915–1918), in: Zeitschrift für Bayerische Landesgeschichte, 25, 1962, S. 470–549.
Lutz, Hermann (Hg.): E. D. Morel. Der Mann und sein Werk. Ein Gedenkbuch, Berlin 1925.
Mayence, Fernand: Die Legende der Franktireurs von Löwen. Antwort auf das Gutachten des Herrn Professor Meurer von der Universität Würzburg, Louvain 1928.
Michelmore, Peter: Albert Einstein. Genie des Jahrhunderts, Hannover 1968.
Mitchell, Allan: Revolution in Bayern 1918/1919. Die Eisner-Regierung und die Räterepublik, München 1967.
Müller-Payer, Hans Georg: Friedrich von Payer. Demokratischer Politiker – letzter Vizekanzler des Kaiserreichs 1847–1931, in: Miller, Max / Uhland, Robert (Hg.) im Auftrag der Kommission für Geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg: Lebensbilder aus Schwaben und Franken, 11. Band, Stuttgart 1969, S. 344–367.
Ostfeld, Hermann: Die Haltung der Reichstagsfraktion der Fortschrittlichen Volkspartei zu den Annexions- und Friedensfragen in den Jahren 1914–1918, phil. Diss. Kallmünz 1934.
Peter, Ania: William E. Rappard und der Völkerbund. Ein Schweizer Pionier der internationalen Verständigung, Bern / Frankfurt a. M. 1973.
Peter, Lothar: Literarische Intelligenz und Klassenkampf. „Die Aktion" 1911–1932, Köln 1972.
Petri, Franz / Schöller, Peter: Zur Bereinigung des Franktireurproblems vom August 1914. In: VfZG, 9. Jg. (1961), S. 234–248.
Pistorius, Peter: Rudolf Breitscheid 1874–1944. Ein biographischer Beitrag zur deutschen Parteiengeschichte, phil. Diss. Köln 1968.
Planck, Mathilde: Karl Christian Planck. Leben und Werk, Stuttgart 1950.
Rathje, Johannes: Die Welt des freien Protestantismus. Leben und Werk von Martin Rade, Stuttgart 1952.
Rayhrer, Annemarie: Karl Christian Planck. Lehrer in Ulm und Blaubeuren, Ephorus in Maulbronn, Philosoph 1819–1880, in: Lebensbilder aus Schwaben und Franken, 11. Bd., Stuttgart 1969, S. 263–295.
Reimann, Joachim: Ernst Müller-Meiningen senior und der Linksliberalismus in seiner Zeit. Zur Biographie eines bayerischen und deutschen Politikers (1866–1944), München 1968.
ders.: Der politische Liberalismus in der Krise der Revolution, in: Bosl, Karl (Hg.): Bayern im Umbruch. Die Revolution von 1918, ihre Voraussetzungen, ihr Verlauf und ihre Folgen, München / Wien 1969, S. 165–194.
Riesenberger, Dieter: Die katholische Friedensbewegung in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1976.
Robbins, Keith: The Abolition of War. The 'Peace Movement' in Britain, 1914–1919, Cardiff 1976.
Robinet, René: Jeanne Mélin. Propagandiste féministe, apôtre du pacifisme (1877–1964), in: Études Ardennaises, No. 38, Juillet–Septembre 1964, Charleville-Mézières 1964, S. 3–7.
Rürup, Reinhard: Ludwig Quidde, in: Wehler, Hans-Ulrich (Hg.): Deutsche Historiker, Bd. 3, Göttingen 1972, S. 124–147.
Scheer, Friedrich-Karl: Die Deutsche Friedensgesellschaft (1892–1933). Organisation – Ideologie – Politische Ziele. Ein Beitrag zur Entwicklung des Pazifismus in Deutschland. Frankfurt a. M. 1978.

Schiefel, Werner: Bernhard Dernburg 1865–1937. Kolonialpolitiker und Bankier im Wilhelminischen Deutschland, Zürich / Freiburg i. Br. o. J. (1974).
Schmidt, F. J.: Das Lebensideal Karl Christian Plancks, Berlin 1896.
Schöller, Peter: Der Fall Löwen und das Weißbuch. Eine kritische Untersuchung der deutschen Dokumentation über die Vorgänge in Löwen vom 25. August bis 28. August 1914, Köln / Graz 1958.
Schwabe, Klaus: Wissenschaft und Kriegsmoral. Die deutschen Hochschullehrer und die politischen Grundfragen des Ersten Weltkrieges, Göttingen 1969.
ders.: Deutsche Revolution und Wilson-Frieden. Die amerikanische und deutsche Friedensstrategie zwischen Ideologie und Machtpolitik 1918/19, Düsseldorf 1971.
Schwarz, Albert: Die Zeit von 1918–1933. Erster Teil: Der Sturz der Monarchie. Revolution und Rätezeit. Die Einrichtung des Freistaates (1918–1920), in: Spindler, Max (Hg.), Handbuch der bayerischen Geschichte, Bd. VI/1, München 1974, S. 387–453.
Schwieger, Gerd: Zwischen Obstruktion und Kooperation. Eduard David und die Sozialdemokratische Partei Deutschlands im Krieg, phil. Diss. Kiel 1970.
Shand, James D.: Doves among the Eagles: German Pacifists and their Government during World War I, in: Journal of Contemporary History, 10, 1975, S. 95–108.
Sheehan, James J.: The Career of Lujo Brentano. A Study of Liberalism and Social Reform in Imperial Germany, Chicago 1966.
Siebert, Ferdinand: Aristide Briand 1862–1932. Ein Staatsmann zwischen Frankreich und Europa, Erlenbach-Zürich 1973.
Spalek, John M.: Ernst Toller and his critics. A bibliography, Charlottesville 1968.
Stephan, Werner: Aufstieg und Verfall des Linksliberalismus 1918–1933. Geschichte der Deutschen Demokratischen Partei, Göttingen 1973.
Sterzel, Fredrik: The Interparliamentary Union, Stockholm 1968.
Stöcker, Jakob: Männer des deutschen Schicksals. Von Wilhelm II. bis Adolf Hitler, Berlin 1949.
Swanwick, H. M.: Baumeister des Friedens. Zehn Jahre Geschichte der Union für Demokratische Kontrolle, Halberstadt 1925.
Swartz, M.: The Union of Democratic Control in British Politics during the First World War, Oxford 1971.
Thadden, R. von: Friedrich Curtius. Elsaß-Lothringen und das Kaiserreich, in: R. von Thadden / G. von Pistohlkors / H. Weiss (Hg.), Das Vergangene und die Geschichte. Festschrift für Reinhard Wittram, Göttingen 1973.
Taube, Utz-Friedebert: Ludwig Quidde. Ein Beitrag zur Geschichte des demokratischen Gedankens in Deutschland, Kallmünz 1963.
Thimme, Anneliese: Hans Delbrück als Kritiker der Wilhelminischen Epoche, Düsseldorf 1955.
Thimme, Hans: Weltkrieg ohne Waffen. Die Propaganda der Westmächte gegen Deutschland, ihre Wirkung und ihre Abwehr, Stuttgart / Berlin 1932.
Timmermann, Heinrich: Friedenssicherungsbewegungen in den Vereinigten Staaten von Amerika und in Großbritannien während des Ersten Weltkrieges, Frankfurt a.M./Bern/Las Vegas 1978.
Töpner, Kurt: Zusammenbruch und staatlicher Neuaufbau nach 1918 im Urteil deutscher Hochschullehrer. Ein Beitrag zum Zeitgeist der frühen Weimarer Republik, phil. Diss. Erlangen/Nürnberg 1966.
Tutas, Herbert E.: Nationalsozialismus und Exil. Die Politik des Dritten Reiches gegenüber der deutschen politischen Emigration 1933–1939, München 1975.
Vallentin, Antonina: Das Drama Albert Einsteins. Eine Biographie, Stuttgart 1955.
Verosta, Stephan: Realität von Bündnissen. Heinrich Lammasch, Karl Renner und der Zweibund (1897–1914), Wien 1971.

Vietsch, Eberhard von: Wilhelm Solf. Botschafter zwischen den Zeiten, Tübingen 1961.
Walter, Hans-Albert: Asylpraxis und Lebensbedingungen in Europa. Deutsche Exilliteratur 1935–1950, Bd. 2, Neuwied 1972.
Walter, Hilde: Aus der Chronik des Nobelpreises für Carl von Ossietzky, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament", B 40/69, 4. Oktober 1969, S. 2–32.
Wehler, Hans-Ulrich (Hg.): Ludwig Quidde, Caligula. Schriften über Militarismus und Pazifismus, Frankfurt a. M. 1977.
ders.: Krisenherde des Kaiserreichs 1871–1918. Studien zur deutschen Sozial- und Verfassungsgeschichte, Göttingen 1970.
Weller, Uwe B.: Maximilian Harden und die „Zukunft", Bremen 1970.
Wettley, Annemarie: Auguste Forel. Ein Arzt-Leben im Zwiespalt seiner Zeit, Salzburg 1953.
Wheeler-Benett, John: Brest-Litowsk. The Forgotten Peace, March 1918, London 1938.
Wild, Adolf: Baron d'Estournelles de Constant (1852–1924). Das Wirken eines Friedensnobelpreisträgers für die deutsch-französische Verständigung und europäische Einigung, Hamburg 1973.
Willis, Edward F.: Prince Lichnowsky, Ambassador of Peace: A Study of Prewar Diplomacy, 1912–1914, Berkeley / Los Angeles 1942.
Young, Harry F.: Maximilian Harden. Censor Germaniae. Ein Publizist im Widerstreit von 1892–1927, Münster 1971.
ders.: The Misunderstanding of August 1, 1914, in: Journal of Modern History, 48, 1976, S. 644–665.
Zechlin, Egmont: Die 'Zentralorganisation für einen dauernden Frieden' und die Mittelmächte, in: Jahrbuch für internationales Recht, 11, 1962, S. 448–511.
Zurlinden, S.: Der Weltkrieg. Vorläufige Orientierung von einem schweizerischen Standpunkt aus, 2 Bde., Zürich 1917/18.

Personenindex

Achilles, Wilhelm 96, 352
Addams, Jane 76, 78, 229 f., 232, 235, 342
Adelswärd, Axel Theodor 69, 163, 340
Alber, Paul 85 f., 137, 348
Alexander, Josef G. 59, 61, 63 f., 336
Andrews, Fannie Fern 59, 69, 336
Angell, Norman 107, 339, 358
Arco, Georg Graf von 67, 72 f., 79, 83, 100, 113, 220, 250, 303, 338, 355
Arnhold, Georg 166, 171, 302, 306 f., 372
Askevold, Ingolf 203, 376
Auer, Erhard 225, 379
Augspurg, Anita 75 ff., 110, 229, 342, 386

Baden, Prinz Max von 195 f., 200, 215 ff., 220, 348, 375, 377
Bäumer, Gertrud 78, 297–301, 344
Bajer, Fredrik 59, 331, 337
Baker, Joseph Allen 69, 73, 332, 340
Bakker-Van-Bosse, Christina Clasina 77, 343 f.
Balfour, Arthur James Earl of 195, 200, 375
Bart de la Faille, Samuel 59, 336
Barth, Paul 203, 376
Baumgarten, Hermann 12
Becker, Julius 148, 368
Beerfelde, Hans Georg von 355
Benedikt XV. 87, 92, 155 f., 254 f.
Berger, Rudolf 230, 382
Bergh, Max van den 124, 365
Bernstein, Eduard 83 f., 116, 163 f., 173, 202, 230, 250 f., 302 ff., 306 f., 342, 347, 362, 384
Bethmann Hollweg, Theobald von 69, 73, 78, 80, 82, 92 f., 97, 109, 116, 122–125, 127, 129, 133, 135 f., 138, 148 f., 160, 185 f., 197, 200, 256–260, 294, 339, 346, 361 f., 366
Bismarck, Fürst Otto von 13, 70
Bloh, Friedrich 97, 352, 382, 385
Blos, Wilhelm 223, 379
Blunck, Andreas 163 f., 370
Böhm, Gottfried Ritter von 165, 371
Böhmer-Springer 34
Borgius, Walther 302
Bosch, Robert 230, 381 f.
Bothmer, Graf von 331
Bourgeois, Léon Victor 200, 376
Bovet, Georges 51, 59, 334
Breitscheid, Rudolf 80, 83, 302, 306 f., 346, 383
Brentano, Lujo 230, 303, 381
Brettreich, Maximilian Friedrich Ritter von 211, 377
Briand, Aristide 116, 123, 362
Brockdorff-Rantzau, Ulrich Karl Graf von 233, 383
Broda, Rudolf 230, 236, 381
Bronsart von Schellendorf, Paul 57, 335
Bronsart von Schellendorf, Walter 57, 335
Bruck, Elsbeth 27, 32, 102, 355
Bucher-Heller, Franz 51, 59, 62 f., 334
Büchner, Georg 312
Bülow, Bernhard Fürst von 68
Buisson, Ferdinand 23
Bussche-Haddenhausen, Hilmar Freiherr von 191, 217, 375

Capelle, Eduard von 366
Carrière, Henri 51, 59, 334
Cassirer, Paul 312
Cauer, Minna 77, 302, 307, 344, 384
Claß, Heinrich 97, 352
Clemenceau, Georges Benjamin 219, 378
Cohn, Oskar 355
Courtney, Catherine D. 76, 342
Courtney of Penwith, Lord 56, 258, 335, 342
Cremer, Sir Randal 337
Crispien, Arthur 227
Curtius, Ernst 359
Curtius, Friedrich 111, 359 f.
Czernin, Ottokar Graf von und zu Chudenitz 136, 160 f., 168, 177, 366, 368

Dandl, Otto Ritter von 189, 374
David, Eduard 202, 376
Davidsohn, Robert 333
Delbrück, Hans 79, 303, 345 f.
Delmer, Sefton 375
Dernburg, Bernhard 81, 85, 229, 303, 347
Dickinson, Goldsworthy Lowes 69, 73, 340
Dietz, Alexander 96, 351
Dorn, Harald 356
Dresselhuys, Hendrik Coenraad van 69, 71 ff., 194, 340
Durieux, Tilla 312
Dutton, Samuel Train 59, 336

Ebert, Friedrich 235
Egelhaaf, Gottlob A. Fr. 235, 386
Einstein, Albert 98, 352
Eisner, Kurt 18, 223 ff., 228, 379 f.
Endriß, Emilie 58, 131, 335, 358
Endriß, Karl E. 335
Engels, Friedrich 305
Epstein, Wilhelm 131, 350, 365
Ernst, M. 81, 346
Ernst, Otto 48, 234, 333, 385
Erzberger, Matthias 148, 163, 198, 202, 368, 376

Falkenhayn, Erich von 79, 346
Falkner von Sonnenburg, Alfons 81, 109, 216, 346 f., 370
Feilbogen, Frau 349
Ferrero, Guglielmo 29 f.
Fischer, K. A. 157
Flesch, M. 236, 388
Foch, Ferdinand 348
Foerster, Friedrich Wilhelm 20, 39, 148, 180, 183, 191, 212, 222, 235 f., 313, 328 ff., 373, 377, 387
Foerster, Wilhelm 208, 302, 308, 377
Forel, Auguste 69, 340
Fraenkl, Victor 367
Franck, James 230, 381
Francke, Hans 137, 233, 362, 366, 383
Frantz, Constantin 328, 330
Frauendorfer, Heinrich Ritter von 224, 379
Fried, Alfred Hermann 17, 39, 51, 59 f., 64 f., 67, 123 f., 130, 164 f., 183, 195 f., 221, 311, 329, 334, 337, 372
Frühwirth, Andreas 92, 350
Fuchs, Eduard 302, 305, 307
Fuhrmann, Paul 265

Gandorfer, Carl 223, 379
Garibaldi, Giuseppe 331
Gaus, Friedrich Wilhelm Otto 201, 377
Gerard, James Watson 130, 135, 365 f.
Gerlach, Hellmut von 21, 25, 28 f., 63, 78, 83, 113, 116, 119, 147, 152, 166, 171 f., 175, 185, 199, 213, 222 f., 230, 235 f., 284, 302, 305, 307, 311, 320, 337, 348, 362 f., 384, 386
Gerson, Julius 112, 355, 361
Gerson, Martin 112, 361
Geßler, Otto 19
Giesswein, Alexander 59 f., 69, 337
Gildemeister, Otto 266
Gilsbach, Dr. 359
Giretti, Edoardo 59–63, 65, 336 f.
Goebbels, Josef 25
Goetz, Walter 326
Golay, Henri 51, 59, 62, 65, 334
Goldscheid, Rudolf 69, 72, 80, 83 f., 250 f., 302 f., 306 f., 340
Goldschmit, Dr. 333 f.
Goßner, Balthasar 157, 161, 369
Gothein, Georg 25, 78 f., 84, 111, 163 f., 202, 209 f., 251, 345 f., 360, 377
Grelling, Kurt 99, 353
Grelling, Richard 39, 230, 330, 353
Grey, Sir Edward 45 f., 160, 198, 215, 294, 304, 332
Gröben, Unico Graf von der 68, 302, 339
Grosch, Georg 91, 203, 235 f., 350, 383, 386
Gruber, Max von 157 f., 369
Grumbach, Salomon 80, 346
Gumbel, Abraham 235
Gumbel, Emil Julius 230, 382

Haase, Hugo 45, 332 f., 342
Habermaas, Hermann von 210, 377
Häberlin, Dr. 233, 384
Hallgarten, Constanze 76, 343
Hallgarten, George W. F. 343
Hamburger, Dagobert 98
Hamburger, Hanna 98
Hamburger-Ludwig, Frau 98
Hammerschmidt, Karl 18
Harden, Maximilian 78, 344 f.
Hartmann, Wilhelm 41, 86, 331
Haußmann, Conrad 14, 55, 190, 208, 227, 335, 341, 357, 361, 363, 367, 374, 377
Haußmann, Julius 14, 335

Heilberg, Adolf 59–63, 129 f., 166–171, 202, 302, 304, 307, 336
Heim, Georg 223, 379
Heine, Wolfgang 163, 370
Held, Heinrich 223, 379
Helfferich, Karl 133, 135, 366
Hellingrath, Philipp Freiherr von 165, 211, 370
Henninger, Eugen 81, 115, 117 f., 347
Herrmann, Immanuel Gottlob 223, 379
Herriot, Edouard 43, 332
Herron, George Davis 189 ff., 371, 374
Hertling, Georg Graf von 148, 168, 172, 174, 185 f., 190, 194, 199, 201, 208 f., 215 f., 287, 315–320, 374
Herz, Ludwig 163
Herzog, Wilhelm 85, 302, 348 f.
Heymann, Berthold 227, 380
Heymann, Lida Gustava 75 ff., 96, 110 f., 166, 172, 175, 185, 199, 212, 229, 284, 310, 342, 348, 351 f., 386
Hiller, Kurt 27
Hindenburg, Paul von 22, 193, 217, 307, 366
Hintze, Paul von 195, 375
Hirschfeld, Magnus 221, 378
Hitler, Adolf 25
Hoesch-Ernst, Lucy 102 f., 109, 350, 355, 359
Hoffmann, Adolph 383
Hoffmann, Max 175, 372 f.
Hohmann, Georg 225
Holitscher, Arthur 220, 355, 378
Holthöfer, Dr. 356
Huë, Otto 160 f., 370
Hugo, Victor 331

Jacobs, Aletta H. 75, 78, 342
Jacobson, Julius 12
Jacobson, Margarethe, s. Quidde, Margarethe
Jaffé, Edgar 163, 370
Jagow, Gottlieb von 78, 256, 260
Jannasch, Lilli 67 f., 102, 230, 338, 350, 355, 359
Jastrow, Ignaz 83, 302, 305 ff., 347
Jászi, Oskar 164, 371
Jocham, Magnus 148, 233, 368, 384
Jong van Beek en Donk, B. Jonkheer de 49, 59, 62, 64, 69, 125 f., 163, 182, 189 ff., 197, 230, 333
Jong van Beek en Donk, C. A., s. Kluyver, C. A.

Kapp, Wolfgang 97, 352, 366
Kautsky, Karl 342
Kemnitz, Mathilde von 147, 367
Kerenski, Alexander Fjodorowitsch 141, 367
Kerschensteiner, Georg 182, 373 f.
Keßler, Harry Graf von 25 f.
Kestenberg, Leo 355
Keup, Erich 157, 266, 369
Kiene, Johann Baptist von 227, 380
Kinkel, Walter 97, 131, 352
Kirchhoff, Auguste 76, 111, 343
Kleinschmidt, Charlotte (Mutter) 24, 28, 33, 35,
Kleinschmidt, Charlotte (Tochter) 28, 35
Kluyver, C. A. 49, 77
Knischewska, Olga 203, 229, 376 f., 386
Köhl, Karl 81, 346
Koht, Halvdan 163, 371
Kollwitz, Käthe 11, 359, 384
Koolen, Dionysius Adrianus Petrus Norbertus 194, 375
Korfanty, Wojciech 84, 187, 347
Kossak, Georg 96, 352
Kramer, Heinrich 372
Kriege, Johannes 201, 376
Kroner, Theodor 208, 377
Kühlmann, Richard von 169, 177, 183, 205, 293, 372
Küster, Fritz 22, 28
Kwast-Hiller, Tony 357

La Fontaine, Henri 45, 48, 59, 62, 65, 69, 332, 337
La Fontaine, Frau 59
Laib, Heinrich 370
Lammasch, Heinrich 96, 351
Landauer, Gustav 113, 224, 361 f.
Lange, Christian L. 29, 69 ff., 327, 340
Lansing, Robert 217, 378
Laun, Rudolf (von) 163 f., 371
Legien, Karl 236
Lehmann, Julius F. 157–160, 211, 369
Lehmann, Max 113, 220, 361 f.
Lehmann-Rußbüldt, Otto 38, 40, 67 ff., 79, 113 f., 327, 329, 388
Lemonnier, Charles 331
Lenin 168
Leonhart, Johannes 99, 202, 353
Levinger, Wilhelm 357
Leyden, Casimir Graf von 68, 339
Lichnowsky, Karl Max Fürst von 68, 339, 355
Liebknecht, Karl 220, 342, 378

Lindhagen, Carl 80, 346
Löbe, Paul 113, 361
Lloyd George, David 189, 219, 374
Loreburn, Lord 258
Lotz, Walter 303
Ludendorff, Erich 148, 193, 196, 216 f., 366, 371 f.
Ludendorff, Mathilde, s. Kemnitz, M. von
Ludwig, Emil 98, 352

Maaß, Hermann 203, 376
MacDonald, James Ramsey 107, 339, 358
MacMillan, Crystall 69, 76, 340
Maier, Gustav 51, 62, 334
Maier, Hans 119, 171, 286
Maier, Hermann 67, 302, 307, 338
Marcks, Erich 326
Meerfeld, Johannes 359
Mehring, Franz 363
Meinl, Julius 189, 374
Mélin, Jeanne Philomène 76, 342
Melos, Karl 367
Mendelssohn-Bartholdy, Albrecht 230, 234, 381
Mercier, André 69, 341
Mertelmeyer, Thea 229, 381, 386
Michaelis, Georg 148, 153, 160, 167 f., 208, 368
Misăr, Olga 340, 342
Moch, Gaston 42, 59, 332
Möller, Wilhelm 350
Montgelas, Maximilian Graf 39, 229 f., 233, 330
Monts, Anton Graf von 68, 339
Morel, Edmund D. 107, 339, 358
Moriaud, Paul Eugène 163, 370
Moscheles, Felix Stone 59, 336
Mühlestein, Hans 230, 381
Müller, Hermann 45, 333
Müller, Karl Alexander von 26, 326
Müller-Meiningen, Ernst 18, 130, 154, 363, 365, 374

Naumann, Friedrich 83, 85, 302, 305 f., 344, 347, 360, 378
Nelson, Leonhard 99, 111 230, 353
Neufville, Edouard de 28, 42, 45 f., 51, 59, 230, 332
Nicolai, Georg Friedrich 148, 230, 349, 351 f., 367 f., 380, 384, 388
Niemeyer, Theodor 163, 202, 370
Nietzsche, Friedrich 308
Nikolaus II. 136
Nilsson, Nils August 59, 336
Nippold, Friedrich 334
Nippold, Otfried 51, 66 f., 123, 334

Oncken, Hermann 326
Opet, Otto 307
Oppenheimer, Franz 302, 306
Ossietzky, Carl von 11, 28 f., 385
Ostwald, Wilhelm 48, 333
Otlet, Paul 69, 71, 340

Paasche, Hans 119, 330, 364
Paasche, Hermann 364
Pacelli, Eugenio 155 f., 369
Passy, Frédéric 17, 338
Payer, Friedrich von 14, 148 f., 166, 172, 183, 195, 209, 236, 317, 368, 377, 387
Penzig, Rudolf 307
Perlen, Frida 58, 75 f., 110 f., 229, 336, 386
Pettenkofer, Max von 157, 369
Pfemfert, Franz 85, 348 f., 351
Pillay, T. Padmanabba 53, 334,
Piloty, Robert von 67, 163, 338
Piniński, Leo Graf 164, 371
Planck, Karl Christian 222, 328, 378 f.
Podewils-Dürnitz, Klemens Graf von 177, 373
Ponsonby, Arthur A. 107, 358
Popert, Hermann M. 39, 330, 364
Potter, Richard 342
Preuß, Hugo 222, 379
Puttkamer, Karl Baron von 67, 87, 302 f., 338

Quarck, Max 73, 129, 342
Quartier-la-Tente, Edouard 51, 334
Quidde, Anna Adelheid 12
Quidde, Ludwig August 12
Quidde, Margarethe 12, 325
Quidde, Rudolf 12

Rade, Paul Martin 111, 360
Rappard, William E. 29 f., 326
Rathenau, Walter 221
Redslob, Robert 148, 368
Reinheimer, Max 27
Reitmeier, Lorenz 351 f.
Reuter, Ernst 68, 302 f., 338

Reventlow, Graf Ernst zu 355
Richet, Charles 232, 383
Richter, Adolf 40 ff., 331
Richthofen, Hartmann Oswald Freiherr von 368
Riezler, Kurt 69, 339 f.
Rößler, Heinrich 42, 113, 119 f., 128, 131, 175, 185, 199, 284, 320, 331
Röttcher, Fritz 27, 32, 38, 56, 85, 91, 100, 104 f., 109, 128, 131, 159, 203, 208 f., 213, 215, 230 f., 283, 328, 335, 353 f., 357 f., 369 f., 377 f., 381 f., 386
Röttcher-Mertens, Anni 27
Rosenfeld, Kurt 383
Roth, Christian 81, 347
Rotten, Elisabeth 76, 343
Rühle, Gustav 166, 175, 185, 199, 205 f., 212 f., 215, 297, 320, 372, 378, 385, 388
Rungioli, Friderike 24
Rutgers, Victor Henri 59, 62, 194, 336
Ruyssen, Théodore 42 f., 51, 59, 332

Sänger, Otto Maria 355
Sauser-Hall, Georges 69, 341
Schaper, Johan Hendrik Andries 59, 337
Scheer, Charles 43 f., 332
Scheidemann, Philipp 117 f., 362 f.
Scherrer-Füllemann, Joseph Anton 163 f., 370
Schickele, René 221, 230, 378
Schildger, Frau 355
Schlieben, Hans August Otto 68, 302, 339
Schlumberger, Emmy von 75, 110, 342
Schlumberger, Jacques von 332
Schmitt, Franz 223, 379
Schoen, Wilhelm Freiherr von 82, 347
Schoenaich, Paul Freiherr von 22
Schücking, Walther 20, 39, 67, 69, 71 ff., 83 f., 111 f., 119 f., 147 f., 163, 166, 171 f., 198 f., 201, 210, 229 f., 250 f., 302 ff., 307, 310 ff., 329, 360 f., 364, 388
Schwann, Hans 361
Schwann-Schneider, Elisabeth 113, 355, 361
Schwantje, Magnus 307
Schwarz, A. 230, 382
Schwendemann 325
Schwimmer, Rosika 340
Seeberg, Reinhold 265
Seeckt, Hans von 21
Selenka, Emil 343
Selenka, Margarete Leonore 76, 343
Semenoff, E. 59, 336
Shaw, George Bernard 107, 233, 358
Siegmund-Schultze, Friedrich 343
Siemsen, Dr. 385
Simon, Hugo 307, 355
Simons, Walter 201, 376
Sinzheimer, Hugo 119, 173, 202, 310 ff., 364
Snowden, Philip 107, 358
Soden, Julius Freiherr von 208, 377
Solf, Wilhelm 195 f., 200, 217, 317, 375
Sonnemann, Leopold 14
Soulier, Edouard 147, 367
Springer, Martha 385
Srbik, Heinrich Ritter von 326
Stein, Hermann von 99, 103, 135, 214, 321, 354, 377 f.
Stein, Karl Reichsfreiherr vom und zum 339
Sternfeld, Wilhelm 326
Stillich, Stefan W. 27
Stillich, Oskar 28, 156, 159 ff., 369
Stöcker, Helene 76, 119, 163, 166, 171 f., 221, 229 ff., 302, 307 f., 343, 384, 386 f.
Stresemann, Gustav 11
Stumm, Ferdinand Freiherr von 72, 341
Suttner, Bertha Freifrau von 58, 335

Tepper-Laski, Kurt von 67, 69, 71 ff., 100, 113, 175, 185, 199, 220 f., 283, 302, 338, 341 f., 382
Thüngen, Karl Freiherr von 311
Tirpitz, Alfred von 133, 135, 209, 352, 366
Toller, Ernst 224, 379
Traub, Gottfried 216, 378
Trevelyan, Charles 107, 339, 358
Treitschke, Heinrich von 331
Trotzki 141, 168, 215, 367

Ude, Johann 164, 371
Umfrid, Otto 17, 41 f., 50, 55 f., 85 f., 93, 99 f., 104, 109, 128 f., 222, 242, 244, 268, 331, 353 f., 357

Valentin, Veit 331
Valentini, Rudolf von 79, 346
Vierbücher, Heinrich 349
Vogtherr, Ewald 349

Wagner 388
Wahnschaffe, Arnold 102, 109, 356
Weber, Otto 230
Wedel, Botho Graf von 69, 73, 339
Wegner, Marie A. 77, 111, 344
Wehberg, Hans 20, 24, 27–31, 33–35, 39 f., 83, 99, 230, 302 f., 306 f., 329 f., 334, 347
Weigert, Charlotte 350
Weizsäcker, Julius 12, 26
Westarp, Kuno Graf von 117, 362 f.
Westmeyer 357
White, Herbert Arthur 189 f., 374
Wilhelm I. 15
Wilhelm II. 14, 57, 68, 127 f., 216 f., 221, 331
Wilker, Karl 343
Wilson, Woodrow 128, 130, 133, 168, 177, 184 f., 187, 189 f., 217 ff., 233, 235, 289, 296, 314, 374, 384 ff.
Wirth, Franz 122, 331, 364
Wirth, Johann Georg August 364
Wirth, Richard 119, 122, 230, 302, 305, 307, 363
Witting, Richard 78, 128, 344 f.

Young, William Henry 189, 374

Zimmermann, Arthur 69, 72, 92, 133, 340, 361
Zipernowsky, Anna 59 f., 336
Zipernowsky, Karl 336

Sachindex*

Abrüstung (s. a. Rüstungsbeschränkung) 39, 77, 110, 138, 150, 152 ff., 167 f., 170 f., 174, 177, 192, 196, 198, 200 f., 205, 217, 226, 229, 288 f., 294, 333 (132)
Alldeutscher Verband 94 f., 97 f., 101, 107 f., 111 f., 134–137, 140, 145 f., 148, 157–161, 168 f., 172, 192 f., 195, 200, 207–210, 221, 266 f., 285, 320, 352 (314), 360 ff. (370, 380), 369 (461)
Allgemeen Nederlandsche Bond: Vrede door Recht 336 (170, 173), 344 (245)
Amnestie 220
Anarchismus, Anarchisten 113, 224
Annexionen (s. a. Annexionsforderungen, Eroberungen) 70, 75, 78, 80–84, 86 f., 93 f., 108, 111, 114 f., 125 f., 138, 141 ff., 148 f., 155, 157, 159–162, 168 f., 173 ff., 178, 183, 188, 192 ff., 204, 206, 216, 245, 248–251, 259, 263 f., 288 f., 303, 305 ff., 314, 376 (546)
Annexionsforderungen (s. a. Annexionen, Eroberungen) 78, 82, 87, 136, 143 f., 151, 157 f., 161, 186, 191 f., 194, 204, 265–268, 293, 342 (228), 388 (735)
Antimilitarismus 169
Anti-Oorlog-Raad (= Nederlandsche Anti-Oorlog-Raad) 49, 66, 68 f., 71, 77, 80, 100, 116 f., 125, 147, 154 ff., 212, 304, 333 (131), 336 (173), 344 (245), 362 (387)
Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrat (Bayern) 223, 225
Arbeiter- und Soldatenräte 22 f., 225, 379 (610)
Armenier (s. a. Minderheiten, nationale) 87, 349 f. (286, 287)
Aufruf der 24 Verbände (3. 5. 1917) 141 ff.
Auswärtiges Amt 69, 72, 105, 123 f., 134, 183, 190 f., 201, 217, 339 f. (204, 206), 344 (248), 347 (270), 360 (370), 370 (476), 372 (495), 375 (527, 534, 537), 376 (550), 376 (551, 552, 553)

Baltische Frage (s. a. Kriegsziele, deutsche) 139, 152, 157, 162, 173 f., 176, 178 f., 188, 234, 369 (453)
Bayerischer Bauernbund 223, 379 (605)
Bayerischer Nationalrat, Provisorischer (s. a. Arbeiter-, Soldaten und Bauernrat (Bayern)) 224 f.
Bayerische Volkspartei 223, 379 (604, 608)
Bayern 183, 211 f., 223–226
– Kriegsministerium 103, 105, 109, 118, 163, 211 f., 216, 218, 348 (278), 354 (334), 366 (421), 370 (481)
Belagerungszustand 145, 148, 172, 207 ff., 213 f., 228, 281, 284 ff., 308–315, 318 ff., 361 (372)
Belgien
– Annexionsforderungen, deutsche 78, 81 f., 86, 122, 125, 193 f., 306, 345 (254), 363 (392), 368 (453)
– Besatzungspolitik, deutsche 64, 180 f., 373 (509)
– Kriegsziele, angeblich feindliche 157, 160
– Kriegsziele, deutsche 158, 162, 250, 257, 291
– pazifistische Tätigkeit 89, 94, 125 f., 188, 346 (256)
– Verletzung der Neutralität 60 ff., 65, 290, 300, 337 (181)
– Wiederherstellung der Unabhängigkeit 71 f., 116, 127, 129, 171, 182, 186, 190, 204, 290, 293
Berner Bureau (s. Internationales Friedensbureau in Bern)
Böhmische Frage (s. a. Kriegsziele, deutsche) 157, 221 f.

* Die in Klammern gesetzten Zahlen geben die Anmerkungsziffern wieder.

Bolschewiki, Bolschewismus 141, 161, 168, 224
British National Peace Council 336 (165)
Bund deutscher Frauenvereine 78, 297–302, 344 (247, 249, 250)
Bundesrat 147, 201
Bund für Menschheitsinteressen 236, 381 (628)
Bund Neues Vaterland 39, 67 f., 73, 78 ff., 83, 86, 100–103, 109–112, 121 f., 132, 137, 171, 175, 185, 199, 214, 220 ff., 229, 233, 235, 246, 250, 266, 271, 274 f., 277 f., 281, 283, 288 f., 338 (188, 189, 194), 352 (317), 355 (337), 360 (370)
Burenfrage 343 (242)

Carnegiestiftung 273, 277, 333 (129), 335 ff. (154, 164, 171, 180), 358 (354)

Deportationen 181, 373 (509)
Deutsche Demokratische Partei 41, 225 f.
Deutsche Friedensgesellschaft
- Frauenbund der DFG 58, 85, 88, 96, 131 f., 207, 228, 256, 272, 277, 344 (250), 384 (674)
- Generalversammlungen 37, 42, 58, 85–93, 95 f., 99, 106, 121, 164–174, 197, 202, 208, 236, 254–256, 286 ff., 349 f. (287), 351 f. (307), 353 f. (326, 328), 380 (613), 388 (737)
- Organisation 37–41, 46, 85, 91, 95 ff., 131 ff., 146, 166, 197, 205, 215, 230, 270–273, 276–280, 333 (130), 351 (304), 353 (326), 382 (639), 385 (690), 386 f. (717)
- Propaganda 44–47, 73 f., 90 f., 101 f., 121 f., 125, 128–131, 137 f., 153 f., 155, 159, 164 f., 173 ff., 185, 191 ff., 195 f., 199, 203 f., 208 f., 211 f., 214 ff., 218 f., 226–229, 231–236, 256, 288 f., 295 ff., 314 ff., 320 ff., 369 (467), 382 f. (637, 648), 384 f. (678, 682, 691)
- Kriegsflugblätter 44 ff., 48, 50 ff., 54, 58, 89, 106, 131, 197, 239–244, 334 (137)
- Zensur- und Unterdrückungsmaßnahmen 103 f., 108–113, 120 f., 207 ff., 282–286, 308–322, 378 (584)
Deutsche Friedenspartei 228, 234, 385 (694)
Deutsche Gesellschaft für Völkerrecht 202, 233, 383 (666)
Deutsche Liga für Menschenrechte und Weltfrieden 38, 67, 329 (95)
Deutsche Liga für Völkerbund 229, 232, 235, 343 (241, 243)
Deutsch-Englisches Verständigungskomitee 271
Deutscher Frauenausschuß für dauernden Frieden (s. Nationaler Frauenausschuß für dauernden Frieden)
Deutscher Frauenstimmrechtsbund 147, 207, 211, 235, 342 (234), 343 (239, 240), 386 (716)
Deutscher Nationalausschuß 114
Deutscher Verband für Frauenstimmrecht 342 (233), 344 (246)
Deutscher Volksbund für dauernden Frieden 113
Deutsche Vaterlandspartei 146, 154, 162, 209, 216
Deutsche Volkspartei (Bayern) 225 f.
Deutsch-Französische Liga 42 ff., 271
Deutschnationale Volkspartei 229

Elsaß-Lothringen 42 ff., 50, 126 ff., 149, 157, 180, 182–185, 188, 190 f., 195, 232, 290, 292 f., 332 (122), 333 (135), 359 f. (368), 368 (453), 383 (657), 384 (670)
- elsässisch-lothringische Autonomisten 232 f.
Emigranten, pazifistische 40, 165, 339 (202), 348 (281), 378 (596)
England
- Friedensbedingungen 116, 125 f., 200, 219
- Kriegspolitik 61, 63, 71 ff., 134 ff., 186, 189, 193 f., 232, 341 (225), 382 (647)
- Kriegsziele, angebliche 157
- Kriegsziele, deutsche 158, 161
- Nachkriegspolitik 383 (657)
- öffentliche Meinung 95, 170, 183 f.
- Pazifismus 89, 107, 358 (355, 360)
- Verständigungspolitik 44, 132, 332 (115)
- Vorkriegspolitik 45 f.
Eroberungen (s. a. Annexionen, Annexionsforderungen) 74, 89, 97, 144, 314
Föderalismus 222, 328 (94), 329 f. (101), 378 f. (598)
Fortschrittliche Volkspartei 129, 149, 162, 192
Franctireurs 180 f., 373 (510)
Frankreich
- Frankreichpolitik, deutsche 186 f.

- Friedensbedingungen 126, 183 f., 200, 219
- Internationale Frauenliga 228, 235
- Kriegspolitik 123, 135, 144, 160, 180, 187
- Kriegsziele, angebliche 157
- Kriegsziele, deutsche 158, 161, 250, 291, 362 (392), 368 (453)
- Nachkriegspolitik 233, 383 (657)
- öffentliche Meinung 80, 95, 117, 182, 195
- Pazifismus 64, 116, 232
- Verständigungspolitik 44, 132
- Völkerbund 199
- Vorkriegspolitik 45 f., 339 (198)

Frauenfrage 76 ff., 110, 147, 154, 174, 249

Frauenkonferenzen und -kongresse 75–78, 86, 88, 110, 142, 207, 212, 228, 235, 249, 275, 297–302, 340 (210)

Freiheit der Meere 70, 74, 94, 115, 126, 149, 152 f., 164, 167, 217, 226, 248, 264, 294

Friedensbedingungen 89 ff., 119, 122 f., 126 f., 129 f., 138 f., 154, 160 f., 171, 173 f., 176 f., 184, 187 f., 189, 192 ff., 219 f., 226, 229, 232, 235, 387 (722)

Friedensbund Deutscher Katholiken 233

Friedensinitiativen, vatikanische
- Enzyklika 8. 9. 1915 87, 92, 145, 188, 254 f.
- Friedensappell 1. 8. 1917 155 f., 160, 164, 168, 174, 210, 369 (455)

Friedenskonferenzen und -kongresse, pazifistische 41 f., 49, 51, 56, 59–66, 69–75, 78, 98, 142, 154, 162 ff., 170, 178 f., 189, 197, 230, 233–236, 332 (116)

Friedensschlüsse
- Brest-Litowsk 162, 170, 173–179, 185 f., 190, 198, 200, 215, 366 (425), 372 f. (502, 505, 506)
- Bukarest 179
- Versailles 157, 160 f., 179, 187, 235 f., 329 (98), 330 (104), 369 (466), 376 (551), 380 (616), 387 (722), 388 f. (738)

Friedensverhandlungen 89, 91 ff., 106, 116, 125, 127 ff., 131, 136, 141 f., 153, 168, 171, 173–178, 182 f., 185–190, 217, 231 f., 257, 289

Frühjahrsoffensive 1918 187–194, 196, 203 f., 213, 217

Geheimdiplomatie, Geheimverträge 70, 115, 126, 154, 169, 245, 249

Generalkommando, Stellvertretende (s. a. Zensur, militärische)
- Oberkommando in den Marken 38, 78, 80, 84, 101, 103, 109, 115, 117–122, 153, 212 f., 279, 308–312, 315 ff., 344 (246), 347 (268), 348 (278)
- VI. AK Breslau 101
- VII. AK Münster 101
- XI. AK Kassel 101, 360 f. (370)
- XIII. AK Stuttgart 92, 101, 104 f., 109, 142, 208, 213 ff., 282, 352 f. (316, 320), 354 (328, 333), 356 f., (343, 344), 357 f. (352, 353), 365 (412)
- XVIII. AK Frankfurt 119 ff., 145, 213
- XIX. AK Leipzig 85, 92, 147
- I. bay. AK München 81 f., 147, 349 f. (287), 359 (363)

Generalstreik 47

Gesellschaft der Friedensfreunde (Österreich) 335 (161)

Gewaltfrieden 126, 142 f., 204, 234, 290 ff.

Gewerkschaften 178, 236, 387 (728)

Haager Friedenskonferenzen 248, 351 (306)

Handelsfreiheit 70, 74, 110, 126, 150, 152 ff., 164, 248, 333 (132)

Hauptquartier, Großes 58, 79

Inflation 172

Institut de Droit International (Genf) 329 (99)

International Arbitration and Peace Association 336 (169)

Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit 39, 75, 77, 86, 88, 109, 122, 132, 137, 174 f., 222, 227 ff., 231 f., 235 f., 336 (163), 342 (237), 343 (240), 344 (250), 376 f. (558), 381 (624), 386 (716), 387 (719)

Internationale Schiedsgerichtsbarkeit, Internationaler Gerichtshof 70, 96, 112, 114, 119, 149 f., 163, 167, 177, 192, 196 f., 200 f., 205, 232, 244 f., 248 f., 287, 329 (98), 370 (475)

Internationales Frauenkomitee für dauernden Frieden 77

Internationales Friedensbureau in Bern 41, 45, 47 f., 51, 59 ff., 96, 136, 170, 178, 180, 197, 218 f., 245, 331 (107, 111), 332 (115, 118, 125), 334 (139, 140,

141, 142), 337 (177, 179), 343 (243), 364 (402), 387 (723), 388 (735)
Interparlamentarische Union 66, 69, 132, 271 f., 337 f. (185)
- Konferenzen, interparlamentarische 43 f.
Italien
- Kriegsteilnahme 161, 179, 341 (223)
- Pazifismus 351 (306)
- Vorkriegspolitik 45, 72

Kapitalismus 170 f., 221
Kapp-Putsch 228
Katholizismus 156, 170
Kirchenaustrittsbewegung 67, 329 (95)
Kirchliches Komitee für deutsch-englische Verständigung 271
Kolonien 72, 74, 82, 115, 157 f., 183 f., 195, 226, 245, 251, 289 f., 333 (132), 346 (263)
Konservative 122
Kriegsdienstverweigerung 47, 366 (428), 371 (485)
Kriegsentschädigungen 157, 174, 192 f., 217, 289, 294, 346 (263)
Kriegsgefangene 51, 55 f.
Kriegsgreuel 52—57, 87, 179 f.
Kriegsministerien (s. Bayern, Preußen, Württemberg)
Kriegsschuldfrage 129 f., 150, 230, 233 ff., 330 (103, 104), 333 (134), 334 (138), 365 (414), 382 (642), 385 (693, 698), 387 (718, 721), 388 (729, 735)
Kriegsziele, angebliche feindliche 157
Kriegsziele, deutsche 74, 81 f., 86, 93 ff., 103, 109, 111, 114 f., 117, 130 f., 141 ff., 148 ff., 156–161, 169, 173 ff., 186 f., 194, 207, 255, 259 ff., 265 ff., 290–294, 313 f., 346 (263), 356 (340), 360 (370), 369 (467)
- Ägypten 158
- Baltikum 139, 157, 162, 173–176, 291, 369 (453)
- Belgien (s. Belgien, Kriegsziele, deutsche)
- Böhmen (mit Mähren und Slowakei) 157
- Boulogne, Calais, Dünkirchen 158
- Bulgarien 158
- Burgund 221
- Dardanellen, Konstantinopel 93, 261
- Finnland 139
- Flandern 158
- Galizien 173, 369 (453)
- Longwy und Briey 78, 158, 160 f., 186, 194, 291, 368 (453)
- Ostsee 157
- Rumänien 157, 369 (453)
- Rußland 157
- Schlesien 157
- Schleswig-Holstein 157, 160
- Serbien 157 f.
- Tirol 157
- Triest 157
- Türkei 158
- Wallonie 158
- Westpreußen 157

Liga zur Erzwingung des Friedens (League to Enforce Peace) (USA) 120, 147
Ligue Internationale de la Paix et de la Liberté 40, 331 (107, 108), 334 (141)
Lille 181
Locarno-Vertrag 184
Löwen (Louvain), Zerstörung von 180 f.
Longwy und Briey (s. a. Kriegsziele, deutsche)

„Manifest der 93“ 50
Menschewiki 141
Mexiko 134
Militärbehörden, Maßnahmen gegen pazifistische Tätigkeit (s. a. Generalkommandos, Stellvertretende und Zensur, militärische) 92, 95 f., 98–108, 112, 118 f., 142, 144 ff., 148, 162, 172, 181, 188, 195, 207 ff., 211 f., 214 f., 346 (263)
Militarismus, preußisch-deutscher 40, 49, 88, 124, 126, 140, 152, 157 f., 160, 187 f., 194, 221 f., 255, 329 f. (101), 334 (138)
Minderheiten, nationale 70, 84, 140, 150, 152 f., 167, 169, 176 ff., 187, 221, 226, 245, 255, 264, 288 f.
- Armenier 87, 349 f. (286, 287)
- Juden, russische 87, 94
Monistenbund 329 (95), 333 (129), 340 (213)

Nationaler Frauenausschuß für dauernden Frieden (seit 1919; ab Sommer 1917: Deutscher Frauenausschuß für dauernden Frieden) 88, 110–113, 131 f., 137, 142 f., 154, 171, 175, 181, 185, 188,

198 f., 203, 207, 210, 217, 228 ff., 232–236, 271, 275, 277, 281 ff., 288 f., 344 (250), 364 (398), 385 (692), 386 (716)
Nationalitätenprobleme 139, 154, 163 f., 171, 179, 248, 287, 289 f.
Nationalliberale 122, 149
National Peace Council 154
Nationalsozialismus 226
Nationalversammlung, Deutsche 221, 226 f., 233–236
Neutrale Staaten (s. a. Niederlande, Schweden, Schweiz) 49 f., 55, 61, 63, 77, 80, 106, 108, 116, 120, 129, 134, 139, 142, 154, 159, 164, 170, 179, 181 f., 184, 194, 217, 229, 245 f., 257 f., 267, 270, 300, 383 (664)
Niederlande
– Friedensinitiativen 194 f.
– Kriegsziele, angebliche feindliche 157, 160
– Neutralität 54 ff.
– Pazifismus 48 ff., 66, 217 f.
– Völkerbund 199
Novemberrevolution 216 f., 220, 223, 347 (266)

Oberkommando Ost 210, 372 (505)
Oberste Heeresleitung 92, 123 f., 147, 181, 187, 193 f., 196, 208, 210, 216 f., 388 (735)
Österreich-Ungarn
– Friedensverhandlungen 168
– Kriegsziele 158, 173, 188
– Kriegsziele, angebliche feindliche 157
– Nachkriegsentwicklung 227, 235
– Separatismus 224
– Sozialisten 194
– Völkerbund 199
– Vorkriegspolitik 45, 239, 337 (181)
„Offene Tür“ 94, 115, 126, 150, 152, 167, 245, 264, 290, 292
Ostpreußen 180, 187
Ostpreußische Gesellschaft 97

Paix par le Droit, La 42, 332 (118, 119)
Pariser Konferenz 126, 227, 378 (587), 384 (679)
Polen
– Annexionen 162, 188, 369 (453)
– Brest-Litowsk, Friede von 174 f.
– Korridor 187
– Nationalitätenfrage 139, 152
– Österreich, Anschlußüberlegungen 173
– polnisch-ukrainische Grenze 178
– Selbständigkeit 70 f., 84, 173 f.
– Waffenstillstandsbedingungen 222 f.
Präliminarfrieden 230 f.
Preußen
– Hegemoniefrage 222
– Kriegsministerium 92, 99, 103–108, 119, 121, 123, 135, 146, 148, 163, 181, 208, 210 ff., 214 f., 282 f., 315–318, 335 (158), 354 (329), 357 (348), 365 (406)
– Kriegszielpolitik 173, 183
Propaganda, deutsche 50, 54 f., 63, 72, 81, 86, 141 ff., 156–159, 171, 179, 181, 185, 191, 204
Propaganda, pazifistische 87 f., 90 f., 104 f., 121, 142, 144–148, 153, 167, 171 ff., 202 f., 205, 221, 228, 315 f.

Rat der Volksbeauftragten 222, 332 (126), 383 (663)
Rechtsfriede 129, 161, 232
„Rechtspazifismus“ 39
Reichsregierung
– Adressat pazifistischer Eingaben 42, 73, 78 ff., 87, 93 f., 95 ff., 101 ff., 109, 111 f., 115, 127, 137 f., 141 f., 145 f., 172, 174 ff., 185, 187 f., 195, 198, 199 ff., 209 ff., 215, 315–320
– Außenpolitik 68, 72 f., 82, 94, 127 f., 135 f., 161 f., 169, 173 ff., 182 f., 185 ff., 193 f., 257 f.
– Erklärung des Reichskanzlers (9. 11. 1916) 113, 122–126, 129 f., 138 ff., 167, 200, 269, 275, 284
– Reaktion auf Friedensinitiativen 116 f., 123, 155, 160, 168, 177, 190, 195
Reichstag, Deutscher
– Adressat pazifistischer Eingaben 38, 73, 87, 93, 95, 102, 106, 112, 114 f., 116, 124 f., 130 f., 135, 137 f., 141, 144 ff., 148 f., 153, 174–177, 181 f., 185, 188, 197 ff., 201, 260–268, 281–284, 287–290
– Kriegszielresolution (19. 7. 1917) 147–151, 153 ff., 160 ff., 168, 171, 173 ff., 185 f., 188, 192–195, 200, 204, 214
– Reaktion auf Friedensinitiativen 73, 93 f., 109, 116 f., 122 f., 127, 162, 194
Rotes Kreuz 82, 89
Rüstungen 84, 114 f., 140, 150, 152, 154, 164, 346 (256)
Rüstungsbeschränkungen (s. a. Abrüstung) 70, 138, 155, 164, 167, 170, 177, 245, 248

Rüstungsindustrie 87, 157, 171, 255, 286, 329 (95)
– Verstaatlichung 77, 110, 164, 171, 245
Rußland
– Besetzung Ostpreußens 180
– deutsch-russisches Verhältnis 188, 234
– Februarrevolution 136–139, 141, 168 f., 170
– Kriegsziele, deutsche 251, 257 f.
– nachrevolutionäre Politik 140 f., 154, 160
– Oktoberrevolution 161
– Vorkriegspolitik 45, 239 f.

Sächsischer Lehrerverein 234
Schwarze Reichswehr 328 (94), 329 (95)
Schweden 80, 217, 229, 232
Schwedische Friedensvereine 136
Schweiz
– Exil, pazifistisches 339 (202)
– Friedensorganisationen 217, 227, 229, 232
– Neutralität 55, 63 f., 80, 127, 217
– Völkerbund 199 f.
Schweizerische Friedensgesellschaft 51, 334 (143, 144)
Selbstbestimmungsrecht der Völker 94 f., 114, 125 ff., 138 f., 169, 171, 174 f., 178, 220, 233, 287 f., 293
Separatismus 223 f.
Sozialdemokratie
– SPD 39, 46, 73 f., 100, 113, 122, 129, 149, 160, 163 f., 170, 178, 190, 192, 208, 216 f., 222, 223 ff., 227 f., 366 (421)
– USPD 222, 227, 233, 342 (228), 383 (663)
Staatsgerichtshof 236
Streik 178
Studentischer Ausschuß für internationale Bewegungen 234

Tschechoslowakei (s. Böhmische Frage)

U-Boot-Krieg 117, 121, 130, 134 ff., 143, 157, 168, 341 (224), 346 (256), 366 (420)
Ukraine
– Friedensverhandlungen Brest-Litowsk 174 f.
– polnisch-ukrainische Grenze 178
Unabhängiger Ausschuß für einen deutschen Frieden 114, 146, 154, 208, 275
Union of Democratic Control 68, 358 (356, 360)
USA
– Fehleinschätzung durch die deutsche Politik 194
– Kriegseintritt 134 ff., 141, 144, 185, 187, 190, 216, 341 (224)
– öffentliche Meinung 184
– Politik vor Kriegseintritt 121, 144
– Verständigungsfriede 193
– Völkerbund 199

Verband für Internationale Verständigung 66 f., 86, 111, 132, 152, 171, 199, 271, 273, 276 f., 279, 329 (100), 334 (138), 335 (152), 338 (186), 360 (368), 364 (398), 381 (627)
Verband internationaler Gesellschaften 69
Verlag Neues Vaterland 67, 102
Versammlungstätigkeit, pazifistische 98, 101, 104 f., 109 f., 115, 117, 120, 124, 144 f., 213–216
Verständigungsfrieden 93, 128, 136, 142 f., 149 ff., 153–156, 161, 164 f., 169, 186, 190, 192 f., 204, 206, 214, 229, 232, 289–294, 315, 321, 334 (138), 342 (228), 349 (282)
Verteidigungskrieg 151, 349 (282)
Vierbund 176 f.
Vierzehn Punkte (Wilson) 183–187, 190, 201, 217 ff., 229, 289, 386 (711)
Völkerbund 38, 70, 122, 125, 128, 138 f., 149 f., 154 f., 162 f., 171, 177 f., 185, 192, 195–202, 205, 217, 219 f., 226 f., 229 f., 232–236, 289, 296, 366 (428), 375 (535), 376 (548), 381 (627), 383 (648), 384 (676, 678), 387 (722, 725)
Völkerbund-Konferenz in Bern 230, 234, 381 f. (631)
Völkerrecht 60 ff., 65, 70 f., 77, 94, 115 f., 119, 123, 126, 140, 154, 159 f., 163, 167, 170 f., 177, 181 ff., 216, 264 f., 329 (99), 333 (132), 338 (186), 360 (370)

Waffenhandel 77
Waffenstillstand 76, 196, 216 f., 219, 222, 229 ff., 295, 383 (667)
Wehrpflicht, allgemeine 168, 170
Weltkongreß der Intellektuellen 234
Wirtschaftsverbände, Eingabe an die Reichsregierung (März 1915) 78 ff., 265

Women's International Congress 69
Württemberg 228
- Friedensorganisationen 234, 353 (320)
- Kabinett des Königs 89, 208
- Königliches Ministerium für das Kirchen- und Schulwesen 210
- Kriegsministerium 223, 378 (584)
- Württembergische Bürgerpartei 227

Zabernaffäre 140, 366 f. (432)
Zeitschriften, pazifistische 40, 50 f., 56, 64, 68, 74, 89, 99 ff., 106, 109, 111, 130, 153, 165, 236, 272, 328 (94), 329 (100), 330 (102), 331 (109), 332 (117), 339 (202), 348 f. (281, 282), 354 (333), 371 f. (488), 378 (596), 381 (628), 389 (740)
Zensur, militärische 54, 78, 81 f., 85 ff., 94–100, 103 ff., 112 f., 119 ff., 123 f., 142, 144–147, 159, 167, 172, 180, 182, 203, 207 ff., 212–216, 220, 265 f., 281–286, 308–320, 346 (263), 350 f. (293, 298), 352 f. (309, 320), 354 (333), 357 f. (348, 349, 352), 360 (370), 367 (439), 375 (530)
Zentralorganisation für einen dauernden Frieden 71, 74 f., 77, 101, 147, 162, 170, 178, 197, 246–249, 340 (207, 213), 360 (370)
Zentralstelle Völkerrecht 37, 39, 44, 67, 97, 99, 112–117, 119–122, 124 ff., 128 f., 132, 137, 155, 164 f., 173, 175, 185, 192, 197, 199, 210, 214, 229, 232, 236, 268–271, 275–282, 284, 286–289, 315, 320, 331 (112), 337 (180), 362 (381, 385), 364 (398, 401), 372 (491, 501), 382 (646), 386 (717)
„Zentrum" 122, 149, 192, 211, 223, 226
Zivilinternierte 51, 56, 89
Zivilkabinett, preußisches 79